

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nachdruck der deutschsprachigen Erstausgabe, Berlin 1957.
Übersetzt nach der siebenten russischsprachigen Ausgabe, Moskau 1954.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2004

ISBN 978-3-932636-84-4

**Die Kommunistische Partei der
Sowjetunion in Resolutionen
und Beschlüssen der Parteitage,
Konferenzen und Plenen des ZK**

Band V: 1924–1925

Band VI: 1925–1927

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion
in Resolutionen und Beschlüssen
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954

B a n d V

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten
russischen Ausgabe in III Teilen.

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40.
Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktober-
revolution vom Institut für Gesellschaftswissen-
schaften beim Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt

Herausgegeben vom Institut für Gesellschafts-
wissenschaften beim Zentralkomitee der SED -
Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-
Leninismus, Lehrkabinett. - Berlin 1957

V e r b e m e r k u n g

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU vom Plenum des ZK der KPR (B) Moskau, 29., 31. Januar 1924 bis zum Plenum des ZK der KPR (B), 3.-10. Oktober 1925.

Die Redaktion lag in den Händen der Genossin Gertraud Liebscher vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert. Abschriften und Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nicht gestattet.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19/23, mitzuteilen.

II

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 29., 31. Januar 1924 | 1 - 8 |
| I. Aufruf des Plenums | 3 |
| An alle Arbeiter und Arbeiterinnen .. | 3 |
| II. EntschlieÙung des Plenums | 5 |
| Über die Aufnahme von Arbeitern der Werkbank in die Partei | 5 |
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 31. März - 2. April 1924 | 9 - 13 |
| Der dreizehnte Parteitag der KPR (B), Moskau, 23. - 31. Mai 1924 | 14 - 141 |
| I. Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages | 16 |
| Zum Rechenschaftsbericht des Zentral- komitees | 16 |
| Zum Bericht der Zentralen Kontroll- kommission | 21 |
| Zum Bericht der Zentralen Revisions- kommission | 21 |
| Zum Bericht der Vertretung der KPR (B) im Exekutivkomitee der Kommuni- stischen Internationale | 22 |
| Über die nächsten Aufgaben des Partei- aufbaus | 22 |
| Über die Termine der Gouvernements- partei-konferenzen | 42 |

III

| | |
|--|-----|
| Über die Dauer der Parteizugehörig- keit für Sekretäre der Gouverne- mentskomitees | 42 |
| Über die Arbeit der Kontrollkom- missionen | 42 |
| Über den Binnenhandel | 51 |
| Über die Genossenschaften | 55 |
| Über die Arbeit auf dem Lande | 65 |
| Über die Kulturarbeit auf dem Lande .. | 81 |
| Über die Presse | 86 |
| Über die Agitations- und Propaganda- arbeit | 97 |
| Über die Arbeit unter der Jugend .. | 113 |
| Über die Herausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels | 130 |
| Über die Arbeit des Lenin-Instituts .. | 130 |
| Über die Arbeit unter den Arbeit- rinnen und Bäuerinnen | 131 |
| II. Grußschreiben des Parteitages | 135 |
| An die Kommunistische Internationale .. | 135 |
| An die Kommunistische Partei Deutschlands | 136 |
| An die Kommunistische Partei Frank- reichs | 138 |
| III. Resolution der XIII. Parteikonfe- renz, bestätigt vom XIII. Parteitag der KPR (B) | 139 |
| Über den Parteiaufbau | 139 |

IV

| | |
|---|-----------|
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 16. - 20. August 1924 | 142 - 148 |
| Resolution des Plenums | 143 |
| Über die Lohnpolitik | 143 |
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 25. - 27. Oktober 1924 | 149 - 157 |
| Resolution des Plenums | 149 |
| Über die nächsten Aufgaben der Arbeit auf dem Lande | 149 |
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 17. - 20. Januar 1925 | 158 - 173 |
| Resolutionen und Beschlüsse | 160 |
| Resolution über das Auftreten Trotzkis, die am 17. Januar 1925 vom Plenum des ZK der KPR (B) und der ZKK beschlossen wurde | 160 |
| Über die nächsten Aufgaben der Par- tei bei der Arbeit unter den Arbeiterinnen, Bäuerinnen und werk- tätigen Frauen des Ostens | 172 |
| Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 23. - 30. April 1925 | 174 - 191 |
| Resolutionen des Plenums | 174 |
| Die nächsten Aufgaben der Wirt- schaftspolitik der Partei in bezug auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Dorfes | 174 |
| Zur Kosakenfrage | 188 |
| Die vierzehnte Konferenz der KPR (B), Moskau, 27. - 29. April 1925 | 192 - 254 |

V

| | |
|---|-----------|
| Resolutionen der Konferenz | 194 |
| Über den Parteaufbau | 194 |
| Über die Genossenschaften | 216 |
| Über die einheitliche Landwirt- schaftssteuer | 235 |
| Über die Metallindustrie | 238 |
| Über die revolutionäre Gesetzlich- keit | 240 |
| Über die Aufgaben der Komintern und der KPR (B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des EKKI | 241 |
| Auf der XIV. Konferenz der KPR (B) angenommene Thesen über die Auf- gaben der Komintern und der KPR (B) im Zusammenhang mit dem er- weiterten Plenum des EKKI | 241 |
| Plenum des ZK der KPR (B), 3. - 10. Oktober 1925 | 255 - 280 |
| Resolutionen des Plenums | 256 |
| Über den Außenhandel | 256 |
| Über die Arbeit der Partei unter der Dorfarmut | 265 |
| Über die Arbeit der Gewerkschaften | 271 |
| An alle Organisationen, an alle Mitglieder der KPR (B) | 275 |

Plenum des ZK der KPR(B)

Moskau, 29., 31. Januar 1924

I.

Nachdem das Plenum des ZK die Resolutionen der Parteikonferenz über den Parteaufbau, über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik, über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei erörtert hatte, beschloß es:

- a) die Resolution über den Parteaufbau zu bestätigen;
 - b) die Resolution über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik zu bestätigen;
 - c) die Resolution über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei mit folgenden Ergänzungen zu bestätigen:
- 1) Dem Punkt 11 ist nach den Worten: "... die stenographischen Berichte von den Plenartagungen des ZK allen Mitgliedern und Kandidaten des ZK und der ZKK zuzustellen,..." - hinzuzufügen: "sowie den Gebiets- und Gouvernementskomitees".
 - 2) Am Ende der Resolution über die Ergebnisse der Diskussion ist zu ergänzen: "Das ZK bestätigt die Resolution über die Ergebnisse der Diskussion und richtet die Aufmerksamkeit aller örtlichen Organisationen, in denen die Diskussion scharfe Formen angenommen hat, dringend darauf, daß es notwendig ist, die entstandene Verschärfung möglichst schnell aus der Welt zu schaffen und die völlige Einheit der Reihen zu festigen, was gerade jetzt besonders wichtig ist, da Genosse Lenin verschieden ist."

II.

Das Plenum des ZK nahm noch eine Resolution zur Frage der Aufnahme von Arbeitern von der Werkbank in die Partei an.

Außerdem stellte die Parteikonferenz den wachsenden Zustrom der Arbeiter in die Partei in Rechnung und faßte den Beschluß, mindestens 100 000 Industriearbeiter von der Werkbank aufzunehmen. Mit dem Tod des Genossen Lenin nahm dieser Zustrom besonders große Ausmaße an. Das stellte die Partei vor die Aufgabe, eine breite Werbekampagne durchzuführen. Die Kampagne war auf drei Monate berechnet. Alle Parteiorganisationen sollen diese Kampagne planmäßig durchführen und dabei in den nächsten Monaten die gesamte organisatorische Arbeit und ideologische Schulungsarbeit darauf konzentrieren.

Die Grundlagen der angenommenen Resolution laufen im allgemeinen auf folgendes hinaus:

In die Partei sollen ausschließlich Arbeiter von der Werkbank aufgenommen werden. Fehlen Arbeitern die notwendigen Empfehlungen, so müssen die Parteikomitees in höchstens einem Monat organisieren, daß Parteimitglieder, die das Recht haben, Empfehlungen auszustellen, mit den Arbeitern, die in die KPR eintreten wollen, bekannt gemacht werden. Die Parteikomitees können Aufnahmeanträge auch ohne das übliche Einreichen von Empfehlungen behandeln, wenn der Eintretende von der allgemeinen Versammlung der Arbeiter eines Betriebes empfohlen und auf einer öffentlichen Versammlung einer Zelle angenommen wird.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß die Arbeiterjugend aus den Komsomolverbänden, die an der Werkbank arbeitet, in die Reihen der Partei aufgenommen wird.

Es ist notwendig, die bestehenden Anordnungen über die politischen Grundschulen der Kandidaten der KPR zu überprüfen, wobei das Hauptaugenmerk in diesen Schulen auf das Studium der Geschichte der Partei in Verbindung mit der besonderen Rolle des Genossen Lenin in dieser Geschichte sowie auf das Studium des Parteiprogramms zu konzentrieren ist. Alle Parteiorganisationen sind verpflichtet, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, daß den neu in die Partei eintretenden Arbeitern von der Werkbank ein rascher und richtiger Besuch der verkürzten politischen Grundschulen gewährleistet wird.

Die Resolution wird zur Schlußredaktion dem Politbüro des ZK übergeben.

I. Aufruf des Plenums

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen

Teure Genossen!

Unsere Partei und mit ihr die gesamte Arbeiterklasse haben ihren großen Führer verloren, der uns führte und uns durch Gewitter und Sturm der großen Revolution geführt hat.

Dieser unersetzliche Verlust wühlte und rüttelte Hunderttausende von Arbeitern auf, beflügelte sie zu neuen Anstrengungen, ließ sie unserer Partei hilfsbereit die Hand entgegenstrecken. Eine Welle eines unerhörten Aufschwungs brauste durch unser ganzes Land, und der mächtige Zustrom immer neuer Kämpfer in unsere Partei zeigt am besten allen Feinden des Proletariats, wie stark und wie lebensfähig unsere Sowjetmacht ist, wie treu die Kommunistische Partei ihrem Ziel zustrebt und wie fest der Wille des Proletariats ist, bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen.

Das Unterpfand dieses Sieges ist die unzerstörbare Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Je fester diese Einheit ist, je untrennbarer dieser kämpferische Zusammenhalt ist und je breiter die Massen der werktätigen Proletarier sind, die die Partei unterstützen und hinter ihr stehen, um so unerschütterlicher, fester und siegreicher ist die Arbeiterbewegung, um so leichter werden die Schwierigkeiten auf dem dornenvollen Pfad der proletarischen Revolution überwunden.

Der aufopferungsvolle Heroismus der Arbeiterklasse, die unter der Führung unserer Partei im Oktober 1917, in der ganzen Zeit des Bürgerkrieges, kämpfte, als die Sowjetrepublik vom Feuerring der Feinde eingekreist und von Hunger und Blockade erschöpft und fast niedergebrochen war, - dieser aufopferungsvolle Heroismus der Arbeiter rettete die große Sache des Proletariats. Im schwierigsten Augenblick, als der Feind dicht vor Moskau stand, als sich das

ganze Sowjetland eng um die rote Hauptstadt scharte, meldeten sich immer neue Kräfte zum Kampf, die an die Front gingen, kämpften, starben und schließlich - s i e g t e n .

Jetzt haben wir ein neues Stadium der Entwicklung erreicht. Uns stehen noch große Schlachten bevor. Gegenwärtig ist die geduldige, unermüdlige Arbeit für unsere wirtschaftliche Wiederherstellung am wichtigsten. Nach außen hin sind wir eine große proletarische Macht, eine Kraft, die schon unsere ärgsten Feinde anerkennen. Im Inneren erkämpfen wir Schritt für Schritt neue Positionen im Kampf gegen Hunger und Elend. Doch um diese Feinde zu besiegen, um die wachsende Bourgeoisie im wirtschaftlichen Kampf zu besiegen, um die mit unserem Blut erkämpfte Wirtschaft, unsere proletarischen Fabriken und Werke - wie es sein muß - in Gang zu bringen, um unser Bündnis mit der Bauernschaft zu festigen und zu stärken, - ist die selbstlose Arbeit des gesamten Proletariats notwendig. Alle Arbeiter zu dieser bewußten Arbeit für sich selbst und nicht für die Kapitalisten, sondern g e g e n die Kapitalisten und zum K a m p f gegen sie heranzuziehen - ist unsere vordringlichste Aufgabe. Diese Aufgabe kann man nur bei freundschaftlicher und rückhaltsloser Unterstützung seitens der Arbeiter selbst lösen. Eine große Unterstützung bei dieser Arbeit ist der Zustrom neuer Mitglieder von der Werkbank, der wirklichen Proletarier, d i e u n m i t t e l b a r i n d e r P r o d u k t i o n s t e h e n , in unsere proletarische Partei. Die Partei nimmt diese brüderliche Hilfe seitens ihrer Klasse ganz und gar und bedingungslos an. Die Partei ruft alle parteilosen Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen auf, ihr bei der Aufnahme neuer Kämpfer zu helfen. Auf sie, die an den Maschinen und Werkbänken stehen, setzt die Partei ihre Hoffnung. Mit Hilfe aller Arbeiter treten die besten, standhaftesten, treuesten, ehrlichsten und kühnsten Söhne des Proletariats in die Partei ein.

Unsere Partei, e u r e Partei, Genossen, nimmt die Arbeit und den Kampf mit neuen Kräften auf! Zusammengeschweißt unter dem Banner des Oktobers, mit dem Vermächtnis L e n i n s im Herzen und mit Unterstützung aller Werktätigen wird unsere Partei alle

Hindernisse überwinden und das Ziel erreichen können, für das Hunderttausende von Proletariern lebten und starben.

Es lebe die KPR (B)!

Es lebe die Arbeiterklasse!

Das Zentralkomitee der KPR (B)

II. Entschließung des Plenums

Über die Aufnahme von Arbeitern der Werkbank in die Partei

I.

Mit der Wiederherstellung der Industrie, mit der Wiederherstellung und dem Anwachsen des Proletariats in der letzten Periode wuchs auch der Zustrom von Arbeitern in unsere Partei. Die letzte Unionsparteikonferenz stellte diesen wachsenden Zustrom von Industriearbeitern in die Reihen unserer Partei in Rechnung und faßte den Beschluß, mindestens hunderttausend Arbeiter von der Werkbank in die Reihen der Kommunistischen Partei Rußlands aufzunehmen. Im Zusammenhang mit dem Ableben W.I.Lenins offenbarte sich die große Sympathie der Arbeiter sowohl für den Genossen Lenin selbst als auch für die Kommunistische Partei, deren Führer er seit ihrer Entstehung war. Der verstärkte Zustrom von Arbeitern in die Partei nahm in der letzten Zeit ungewöhnlich große Ausmaße an. All das stellt die Partei vor die Aufgabe, eine breite und energische Kampagne zur Aufnahme von Produktionsarbeitern in die Reihen unserer Partei durchzuführen. Diese Kampagne soll gleichzeitig auch in der Zukunft der Verstärkung der ständigen und systematischen Arbeit der Partei zur Werbung von Arbeitern der Werkbank für die Partei und zur Erhöhung des spezifischen Anteils dieses Teils der Partei dienen. Die Losungen dieser Kampagne müssen lauten: "Arbeiter von der Werkbank, treue Anhänger der proletarischen Revolution, tretet in die KPR ein! Proletarier! Entsetzt in die Partei die besten, fortschrittlichsten, ehrlichsten und kühnsten Kämpfer!" Die Frist zur Erfüllung der nächsten Aufgaben

dieser Kampagne beträgt drei Monate.

II.

Alle Parteiorganisationen von unten bis oben müssen sich als erste innerparteiliche Aufgabe die planmäßige Durchführung dieser Kampagne zur Werbung von Arbeitern von der Werkbank für die Partei stellen. Die gesamte organisatorische Arbeit und ideologische Schulungsarbeit muß ihre Hauptkräfte in den nächsten Monaten auf diese Hauptaufgabe der Partei konzentrieren.

III.

In die Partei sollen ausschließlich Arbeiter von der Werkbank aufgenommen werden. Die vom XII. Parteitag festgesetzten Bedingungen über Zahl und Kandidatenzeit der für den Eintritt in die Partei empfohlenen Personen bleiben bestehen. Wenn Arbeiter von der Werkbank nicht die erforderlichen Empfehlungen vorlegen können, sind die Parteikomitees zu verpflichten, innerhalb eines Zeitraums von höchstens einem Monat zu organisieren, daß Genossen Parteimitglieder, die das Recht der Empfehlung für die Aufnahme in die Partei besitzen, mit den Arbeitern bekannt gemacht werden, die in die KPR eintreten wollen. Gesuche um Aufnahme in die Partei von Genossen ohne Vorlage von Empfehlungen (wenn der Genosse sie nicht vorlegen kann) können von den Parteikomitees behandelt werden, wenn die Parteiorganisation mit Hilfe der allgemeinen Versammlungen der Arbeiter diese Kandidaturen hinreichend geprüft hat.

IV.

Es ist wünschenswert, daß die Kandidaturen von Arbeitern, die Anträge auf Aufnahme in die Partei abgegeben haben, vorher auf der allgemeinen Versammlung der Arbeiter des Betriebes diskutiert werden, damit somit der Partei die Möglichkeit der notwendigen Überprüfung der entsprechenden Kandidaturen erleichtert wird. Es muß erreicht werden, daß die parteilosen Arbeiter bei der Beurteilung eines Arbeiter-Kandidaten, der in die Partei

- 7 -

eintreten will, so aktiv wie möglich teilnehmen. Auf diese Weise muß erreicht werden, daß einerseits die besten, treuesten und aktivsten Arbeiter für die Aufnahme in die Partei ausgewählt werden und daß andererseits die Verbindung unserer Partei mit den breiten Massen der parteilosen Arbeiter gefestigt wird. Die Kandidaten für die Partei müssen nach der Meinungsäußerung der allgemeinen Arbeiterversammlung von der Zelle bestätigt werden.

V.

Gesuche um Aufnahme in die Partei können sowohl von einzelnen Arbeitern als auch von Gruppen von Arbeitern gestellt werden. Jedoch wird die Aufnahme in die Partei erst nach der vorherigen Überprüfung jeder Kandidatur im einzelnen vorgenommen.

Entsprechend dem Beschluß des XII. Parteitags müssen die Kandidaturen derjenigen Personen, die früher Mitglieder anderer Parteien waren, besonders sorgfältig geprüft werden.

VI.

In Verbindung mit der Aufgabe, Arbeiter von der Werkbank in die Reihen der Partei aufzunehmen, ist besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Arbeiterjugend aus den Komsomolverbänden, die an der Werkbank arbeitet, in die Reihen der Partei aufgenommen wird, um so mehr, da dies zu einer Verstärkung des parteilichen Kerns des Kommunistischen Jugendverbandes sowie zur Verstärkung seines rein proletarischen Teils führt.

VII.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß es notwendig ist, die bestehenden Anordnungen über die politischen Grundschulen für die Kandidaten der KPR dahingehend zu überprüfen, daß das Hauptaugenmerk dieser politischen Grundschulen auf die Geschichte der Partei in Verbindung mit der besonderen Rolle der Leitideen des Genossen Lenin in ihr konzentriert wird.

Das Zentralkomitee verpflichtet alle Parteiorganisationen, das Hauptaugenmerk und die Hauptkräfte der Partei darauf zu konzentrieren, daß den neu in die Partei eintretenden Arbeitern von der Werkbank ein rascher und richtiger Besuch der politischen Grundschulen für Kandidaten gewährleistet wird.

Abgedruckt nach dem Wortlaut der
"Iswestija des ZK der KPR (B)",
Nr.2, Februar 1924.

Die Mitteilung über das Plenum ist
abgedruckt nach dem Wortlaut der
Zeitung "Prawda", Nr.2 vom 1. Febr. 1924.

Plenum des ZK der KPR (B)

Moskau, 31. März bis 2. April 1924

Am 31. März wurde das Plenum des ZK der KPR eröffnet, an dessen Arbeit ebenfalls die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission teilnahmen.

Die Hauptfragen, die auf der Tagesordnung des Plenums des ZK standen, waren:

1.) Über die Verhandlungen mit England; 2.) Über den Verlauf der Währungsreform; 3.) Über die Militärbehörden; 4.) Über die Verbraucher-genossenschaften und über den Binnenhandel; 5.) Fragen der Tagesordnung des Parteitag; 6.) Über die Vertretungsquoten für den XIII. Parteitag und über das Stimmrecht des Leninaufgebots bei den Wahlen für den Parteitag; 7.) Über die Zusammensetzung und die weitere Arbeit der Zentralen Kontrollkommission; 8.) Über die Konzession "Lena-Goldfields"; 9.) Informatorische Mitteilung über die Komintern und 10.) Über die Reisen der Mitglieder des ZK an die einzelnen Orte.

Zur Frage der Verhandlungen mit England nahm das Plenum den Bericht des Vorsitzenden der Unionsdelegation für die Verhandlungen mit England, Rakowski, entgegen und beschloß:

"Die Beschlüsse, die vom Politbüro im Zusammenhang mit den englisch-russischen Verhandlungen gefaßt wurden, werden gebilligt".

Zur Frage der Vertretungsquoten für den XIII. Parteitag beschloß das Plenum:

"a) allen Kandidaten der KPR das Recht der beschließenden Stimme bei den Wahlen der Delegierten für den XIII. Parteitag zuzuerkennen; b) die alte Vertretungsquote für den Parteitag - ein Delegierter auf 1.000 Wähler - beizubehalten".

Dieser Beschluß wird zur endgültigen Bestätigung dem XIII. Parteitag vorgelegt.

Nach der Entgegennahme des Berichts beschloß das Plenum zur Frage des Verlaufs der Währungsreform:

- a) das Politbüro zu beauftragen, den Meinungs-austausch, der auf der Sitzung des Plenums erfolgte, bei der weiteren Durchführung der Währungsreform zu berücksichtigen;
- b) dem Rat für Arbeit und Verteidigung vorzuschlagen, einmal im Monat gemeinsame Sitzungen mit den Vertretern der leitenden Wirtschaftsorgane der Gebiete durchzuführen, wobei auf die Tagesordnung dieser Beratungen ein Konjunkturüberblick der Staatlichen Plankommission und zur Erörterung des Konjunkturberichts und im Zusammenhang mit ihm konkrete Fragen der Durchführung der Währungsreform gestellt werden sollen;
- c) den Rat für Arbeit und Verteidigung zu beauftragen, die Frage des Einberufungstermins der ersten derartigen Beratung durch telegraphische Übermittlung seiner Vorschläge über den Termin und unter Berücksichtigung der erhaltenen Antworten zu lösen;
- d) die erste derartige Beratung beim Rat für Arbeit und Verteidigung zu beauftragen, die Frage der Neuverteilung der Mittel auf die Gebiete zu erörtern".

Zur Frage der Militärbehörde faßte das Plenum nach Entgegennahme des Berichts des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR folgenden Beschluß:

"Das Plenum des ZK billigt die Arbeit, die der Revolutionäre Kriegsrat der Union hinsichtlich des Übergangs der Roten Armee zu normalen Lebens- und Arbeitsbedingungen geleistet hat, insbesondere hält das Plenum die Durchführung der Einberufung des Jahrganges 1902 im Frühjahr dieses Jahres für völlig richtig.

Das Plenum billigt die Reform, die vom Revolutionären Kriegsrat der Union auf dem Gebiet der Reorganisation und Vereinfachung des Verwaltungsapparates der Militärbehörde durchgeführt wurde und hebt besonders hervor, daß die entscheidenden Schritte richtig sind, die die Militärbehörde auf dem Gebiet der Beförderung der Kommandeure und Verwaltungsleute, die Parteimitglieder sind, auf verantwortliche Posten in der Armee sowohl in den Feldtruppenteilen als auch in den Stäben geplant hat.

Das Plenum erachtet es für notwendig, weiterhin die Rote Armee durch Kommunisten zu ergänzen und beauftragt das Orgbüro,

die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

Das Plenum billigt die Maßnahmen der Militärbehörde bei der Erweiterung der Praxis des Milizaufbaus, die in der Schaffung einer Reihe neuer territorialer Divisionen zum Ausdruck gekommen ist.

Im Zusammenhang mit der Wichtigkeit der Rolle, die die territorialen Formationen im allgemeinen System unseres Militäraufbaus von jetzt an spielen werden, lenkt das Plenum die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit ihrer unmittelbaren und engsten Teilnahme an der Arbeit zur Bildung und Ausbildung der territorialen Truppenteile, insbesondere darauf, daß die Ausbildung der Bevölkerung vor der Einberufung auf die gebührende Höhe gehoben wird, denn sie ist die Grundlage des gesamten Milizaufbaus.

Das Plenum betont die außerordentliche Bedeutung, die die Arbeit zum Aufbau der Miliz gewinnen kann, vom Standpunkt der Belebung der Arbeit auf dem Lande, wenn die Partei mit der gebührenden Aufmerksamkeit und mit der richtigen Einstellung zur Sache herangeht. Die territorialen Formationen können und müssen eine der neuen zusätzlichen Formen des Bündnisses des Sowjetstaates mit der Bauernschaft sein.

Das Plenum billigt die Maßnahmen der Militärbehörde hinsichtlich der Berücksichtigung und Anwendung der nationalen Momente des Aufbaus der Roten Armee, insbesondere die Tatsache, daß die politische und kulturelle Schulungsarbeit in der Muttersprache durchgeführt wird, und erachtet es für notwendig, diese Arbeit im Sinne der Beschlüsse des XII. Parteitags zu erweitern und zu vertiefen.

Das Plenum ist der Ansicht, daß die Verbesserung der materiellen Lage der Roten Armee die wichtigste laufende Aufgabe des militärischen Aufbaus ist und billigt völlig den Beschluß des revolutionären Kriegsrates der Union, die Einsparungen, die im Ergebnis der inneren Umgruppierungen im Finanzwesen des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten und der Einschränkung seines Apparates gemacht werden, für die Verbesserung der materiellen

Lage der Roten Armee insgesamt und insbesondere ihres unteren und mittleren Kommandeurbestands und des administrativ-wirtschaftlichen Bestands zu verwenden.

Gleichzeitig erachtet es das Plenum für notwendig, die weitere Arbeit zur Hebung der materiellen Lage der Armee entsprechend der allgemeinen Finanzlage der Union durchzuführen und beauftragt den Revolutionären Kriegsrat, ein Programm der weiteren Arbeit in dieser Richtung auszuarbeiten".

Zur Frage des Binnenhandels und der Verbrauchergenossenschaften wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Zu den Fragen der Arbeit des Komitees für Binnenhandel:

1) Die Reorganisation des Komitees für Binnenhandel in ein Volkskommissariat mit örtlichen Organen, aber mit einem, im Vergleich zu den anderen Volkskommissariaten, eingeschränkten Etat, ist im voraus zu entscheiden.

2) Es ist anzuerkennen, daß die Hauptaufgabe dieses Volkskommissariats die Beherrschung des Marktes seitens des staatlichen Handels und der Genossenschaften auf Kosten des privaten, in erster Linie des Großhandels- und Handelskapitals, und die Ausübung einer aktiven Kontrolle über die Tätigkeit des Privatkapitals sein muß. Es ist anzuerkennen, daß dazu dem Volkskommissariat das Recht der Reglementierung des gesamten Handels und die führende Mitarbeit bei der Festlegung der Handelspolitik aller Organisationen, in die staatliches Kapital investiert wurde, zuerkannt werden muß.

3) Die führenden Funktionäre des Komitees für Binnenhandel, des zukünftigen Volkskommissariats, sind durch verantwortliche Mitarbeiter zu verstärken.

b) Zu den Fragen der Arbeit der Verbrauchergenossenschaften:

Der praktische Vorschlag der Kommission des Politbüros für die Fragen der Arbeit der Verbrauchergenossenschaften ist im wesentlichen anzunehmen.

Der dreizehnte Parteitag der KPR(B)

Moskau, 23. - 31. Mai 1924

- 13 -

Außerdem beschloß das Plenum, den **o r d e n t l i c h e n**
X I I I . P a r t e i t a g z u m 20. M a i einzuberufen.

"Prawda" Nr. 75 und 76;
2. und 3. April 1924.

Auf dem Parteitag waren 748 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 735 881 Parteimitglieder vertraten, davon 241 591, die während des Lenin-Aufgebots Mitglieder der Partei wurden und 127 741 Kandidaten, die schon vorher der Partei angehörten. 416 Delegierte mit beratender Stimme nahmen teil.

Tagesordnung: 1) Über die Zuerkennung des beschließenden Stimmrechts den Kandidaten der KPR bei den Wahlen zum XIII. Parteitag der KPR; 2) Politischer Bericht des ZK; 3) Organisatorischer Bericht des ZK; 4) Bericht der Zentralen Revisionskommission; 5) Bericht der Zentralen Kontrollkommission; 6) Bericht der Vertretung der KPR im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale; 7) Über den Binnenhandel und das Genossenschaftswesen: a) Über den Warenumsatz und die Planarbeit; b) Über das Genossenschaftswesen; 8) Über die Arbeit auf dem Lande; 9) Über parteiorganisatorische Fragen; 10) Über die Arbeit unter der Jugend; 11) Information über die Handschriften von Karl Marx und Friedrich Engels; 12) Information über die Arbeit des Lenin-Institutes; 13) Wahlen der zentralen Institutionen der Partei.

Der Parteitag nahm den Rechenschaftsbericht des ZK, der vom Genossen J.W. Stalin gehalten wurde, den Bericht der ZKK vom Genossen W.W. Kuibyschew, das Referat über die parteiorganisatorischen Fragen vom Genossen W.M. Molotow, den Bericht über das Genossenschaftswesen vom Genossen A.A. Andrejew und die Referate über die Arbeit auf dem Lande von dem Genossen M.J. Kalinin und der Genossin N.K. Krupskaja entgegen.

Der Parteitag verurteilte einstimmig die Plattform der trotzkistischen Opposition, die er als kleinbürgerliche Abweichung vom Marxismus, als Revision des Leninismus kennzeichnete und bestätigte die Resolutionen der XIII. Parteikonferenz "Über den Parteaufbau" und "Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei".

Ausgehend von der Aufgabe der Stärkung des Zusammenschlusses

zwischen Stadt und Land gab der Parteitag Hinweise zur weiteren Ausdehnung der Industrie, in erster Linie der Leichtindustrie, wobei er gleichzeitig die Notwendigkeit einer raschen Entwicklung des Hüttenwesens hervorhob.

Der Parteitag bestätigte die Schaffung des Volkskommissariats für Binnenhandel und stellte allen Handelsorganen die Aufgabe, die Herrschaft über den Markt zu erlangen und das Privatkapital aus dem Handel zu verdrängen.

Der Parteitag stellte die Aufgabe, den billigen Staatskredit an die Bauernschaft zu erweitern und den Wucherer aus dem Dorf zu verdrängen.

Bezüglich der Arbeit auf dem Lande wurde vom Parteitag als Hauptaufgabe die Losung, den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauernmassen in jeder Weise zu fördern, herausgegeben.

Der XIII. Parteitag war der erste Parteitag unserer Partei nach dem Tode W.I. Lenins.

Der Parteitag wies auf die gewaltige Bedeutung des Lenin-Aufgebots hin und lenkte die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit unter den jungen Parteimitgliedern, vor allem unter denen des Lenin-Aufgebots, um ihnen die Grundlagen des Leninismus zu vermitteln.

In das ZK wurden gewählt: J.W. Stalin, W.M. Molotow, K.J. Woroschilow, A.A. Andrejew, F.E. Dserschinski, L.M. Kaganowitsch, M.I. Kalinin, S.M. Kirow, D.S. Manuilski, A.J. Mikojan, G.K. Ordshonikidse, M.W. Frunse, A.D. Zjurupa u.a.; als Kandidaten wurden A.J. Badajew u.a. gewählt. In die ZKK wurden gewählt: W.W. Kuibyschew, N.K. Krupskaja, F.W. Lengnik, M.F. Schkirjatow, N.M. Schwernik, J.M. Jaroslowski, R.S. Semljatschka u.a. Der Parteitag wählte ebenfalls die Revisionskommission, bestehend aus drei Mitgliedern.

Am 2. Juni 1924 trat das Plenum des auf dem XIII. Parteitages gewählten ZK der KPR(B) zusammen. Das Plenum wählte die Exekutivorgane des ZK: das Politbüro, das Orgbüro und das Sekretariat.

I. Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages

Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees

Der XIII. Parteitag billigt voll und ganz die richtige politische Linie und organisatorische Arbeit des Zentralkomitees, die der Partei bedeutsame Erfolge auf allen Arbeitsgebieten in einer sehr schwierigen und komplizierten Situation gewährleisteten. Der Parteitag stellt mit Befriedigung die Richtigkeit der Arbeit des Zentralkomitees während der vergangenen Rechenschaftsperiode fest, die das erste Jahr der Arbeit des ZK war, in dessen Verlauf das ZK und die gesamte Partei die unmittelbare Führung des Genossen Lenin entbehren mußte.

Der Parteitag bestätigt voll und ganz die Resolutionen der XIII. Unionsparteikonferenz "Über den Parteaufbau" und "Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung" und beschließt, diese Resolutionen den Beschlüssen des XIII. Parteitages der KPR beizufügen. Der Parteitag billigt voll und ganz die Standhaftigkeit und bolschewistische Unversöhnlichkeit, die das Zentralkomitee während der Diskussion bei der Verteidigung der Grundlagen des Leninismus gegenüber den kleinbürgerlichen Abweichungen an den Tag gelegt hat.

Der Parteitag billigt die internationale Politik, die das Zentralkomitee betrieb und die zur Anerkennung de jure der Union der SSR durch eine Reihe der größten bürgerlichen Staaten führte.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, auch weiterhin maximale Vorsicht bei der Erteilung von Konzessionen walten zu lassen, mit aller Entschiedenheit das Außenhandelsmonopol zu verteidigen, den Getreideexport zu entwickeln und für die Festigung der aktiven Bilanz unseres Außenhandels Sorge zu tragen.

Angesichts der entstandenen neuen internationalen Situation, insbesondere angesichts der Beharrlichkeit, die die internationale Bourgeoisie in all ihren Teilen bei den Versuchen an den Tag legt, die UdSSR zu zwingen, die zaristischen Schulden und das nationalisierte Vermögen der ausländischen Großkapitalisten zu begleichen,

hält es der Parteitag für besonders notwendig, die werktätige Bevölkerung der UdSSR und besonders das Dorf mit allen wichtigen Beschlüssen der Partei und der Sowjetmacht zu den Fragen der internationalen Politik sorgfältiger und systematischer bekanntzumachen.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß die Bildung der Union der SSR erfolgreich abgeschlossen und somit eine feste Basis für das brüderliche und friedliche Zusammenleben aller Nationalitäten, die die UdSSR bewohnen, geschaffen worden ist.

Der Parteitag beauftragt das ZK der Partei, sorgfältig darauf zu achten, daß die Rechte ausnahmslos aller Nationalitäten der Union der SSR entsprechend den Entschlüssen des XII. Parteitags der KPR zur nationalen Frage gesichert sind.

Der Parteitag stellt fest, daß die von der Partei betriebene Neue Ökonomische Politik jene Aufgaben erfüllt hat, die ihr von der Partei gestellt wurden.

Auf der Basis dieser Neuen Ökonomischen Politik zeichnet sich deutlich ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung ab: Zweifellos macht die Landwirtschaft Fortschritte; die staatliche Industrie wächst und ihre Konzentration vergrößert sich; der Arbeitslohn steigt allmählich und bei der Hebung der Arbeitsproduktivität werden gewisse Erfolge erzielt.

Gegen die Divergenz der Preise zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industrieprodukten führte und führt die Partei ebenfalls einen erfolgreichen Kampf. Auf dieser Grundlage wächst das Vertrauen der Arbeiterklasse zur KPR, wird immer fester und uneingeschränkt.

Die Partei sieht keinerlei Gründe für eine Revision der Neuen Ökonomischen Politik und betrachtet die systematische Arbeit zur Verstärkung der sozialistischen Elemente in der gesamten Volkswirtschaft als die nächste Aufgabe auf der Grundlage der Neuen Ökonomischen Politik.

Die unveränderte Aufgabe der Partei bleibt die Festigung und Stabilisierung des Vertrauens der Bauernschaft zum proletarischen Staat mittels Durchführung einer Reihe realer Maßnahmen zur Förderung des ökonomischen Zusammenschlusses von Stadt und Land, zur

Unterstützung der Bauernwirtschaft (landwirtschaftlicher Kredit u.a.) und zur Hebung des kulturellen Niveaus im Dorf.

Der Parteitag stellt fest, daß das ZK der Partei rechtzeitig eine wohlgedachte Währungsreform durchgeführt hat, die für den gesamten wirtschaftlichen Aufbau des sozialistischen Staates von gewaltiger Bedeutung ist. Die strenge Durchführung dieser großen Reform ist die Grundlage für die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens der Union der SSR. Indem der Parteitag mit Befriedigung die erzielten Erfolge auf diesem Gebiet feststellt, beauftragt er alle örtlichen Organisationen, die genaueste und strengste Durchführung aller mit der Währungsreform zusammenhängenden Beschlüsse der zentralen Organe zu gewährleisten, wobei er im Auge hat, daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiet nicht ausgeschlossen sind und daß es nur bei maximaler Disziplin gelingen wird, sie zu vermeiden.

Der Parteitag billigt die rechtzeitige Initiative des ZK der Partei in solchen grundlegenden Fragen wie der Frage des Binnenhandels und des Genossenschaftswesens. Diese Fragen werden für eine ganze Periode zu zentralen Fragen. Von der richtigen Politik der Partei in diesen Fragen werden die weiteren Erfolge des wirtschaftlichen Aufbaus der Union der SSR abhängen. Der Parteitag stellt fest, daß das Zentralkomitee der Partei das in der gegenwärtigen Epoche der NÖP unvermeidliche Anwachsen einer neuen Bourgeoisie klar sieht und alle entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ergreift, die sich aus dieser Tatsache ergeben.

Mit besonderer Befriedigung vermerkt der Parteitag die politische Initiative und die Arbeit des Zentralkomitees in Zusammenhang mit dem Lenin-Aufgebot. Nachdem die Deklassierung des Proletariats aufgehalten worden war und die Sowjetmacht die ersten bedeutenden Erfolge an der Wirtschaftsfront errungen hatte, wurde es möglich, Hunderttausende neuer Mitglieder - Arbeiter von der Werkbank - in die Reihen der Partei aufzunehmen. Die KPR war und bleibt eine Arbeiterpartei. Die Verbindung der Partei mit der großen Masse der parteilosen Arbeiter wird gefestigt, wird stärker. Die Zeit rückt immer näher, wo die Hauptmasse des Proletariats unserer Union in die Partei eintreten wird. Der Parteitag beauftragt das

Zentralkomitee, die gesamte Arbeit in der Richtung zu führen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern besteht, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind.

Der Parteitag lenkt die besondere Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die Notwendigkeit, die Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu intensivieren und sie in alle wählbaren Organe der Partei und der Sowjets zu befördern. Der Parteitag billigt die besondere Aufmerksamkeit, die das ZK dem Komsomol und der gesamten Arbeit unter der Arbeiter- und Bauernjugend widmet. Der Aufschwung der politischen Aktivität der Arbeitermassen stellt der Partei die erste Aufgabe, die breiten Massen zur aktiven Arbeit in den Sowjets, Gewerkschaften und in den Genossenschaften heranzuziehen.

Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, verstärkte Aufmerksamkeit darauf zu richten, sich enger mit dem besten Teil der städtischen und ländlichen Lehrerschaft, der Agronomen und anderer Schichten der werktätigen Intelligenz auf dem Lande zu verbinden. Dazu muß die Partei in erster Linie der Verbesserung der materiellen Lage dieser Schichten ernste Aufmerksamkeit widmen. Bei einer richtigen Linie in dieser Frage wird die Partei bald erreichen, daß diese Schichten die Grundideen der Partei und der Sowjetmacht in die breiten Massen der Bauernschaft tragen, insbesondere müssen alle Parteiorganisationen der Vorbereitung des ersten Allunionskongresses der Lehrer genügend Aufmerksamkeit widmen; sie müssen versuchen zu erreichen, daß auf diesem Kongreß die Dorflehrer der einzelnen Orte in ihrer überwiegenden Mehrheit anwesend sein können, damit der Kongreß tatsächlich die große Aufgabe erfüllt, die ihm durch die ganze Situation gestellt ist.

Auf dem Gebiet der Hebung der staatlichen Industrie ist die Hebung des Hüttenwesens die wichtigste Aufgabe der anbrechenden Periode. Nachdem die Brennstofffrage gelöst, das Verkehrswesen gehoben und die Währungsreform fortgeschritten ist, ist das Metall an der Reihe. Die Produktion von Produktionsmitteln innerhalb der Union in Gang bringen bedeutet, eine wirklich stabile Grundlage für die sozialistische Wirtschaft zu schaffen und sich von der Notwendigkeit der Erteilung großer Aufträge an das Ausland in hohem

Maße zu befreien. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, diesem Problem ernste Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, der Elektrifizierung der UdSSR noch mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden und alles nur Mögliche zu tun, um den gesamten Plan der Elektrifizierungsarbeiten zu verwirklichen, die für die Stabilisierung unserer Wirtschaft und damit zugleich für die Festigung des Sozialismus von so ungeheurer Bedeutung sind.

Der Parteitag begrüßt die Schritte, die vom Zentralkomitee zur Durchführung der herangereiften Reform der Militärbehörde und ihrer Verstärkung durch Parteifunktionäre unternommen wurden. In Zusammenhang mit der Rolle der territorialen Formationen bei der Verteidigung des Landes lenkt der Parteitag das Augenmerk der Partei auf die Notwendigkeit, auf das energischste an der Durchsetzung des kommunistischen Einflusses in ihnen zu arbeiten. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl der Kommunisten unter den Rotarmisten und Matrosen zu ergreifen.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung die regelmäßige fruchtbringende Arbeit des Plenums des ZK und der gemeinsamen Plenarsitzungen des ZK und der ZKK fest. Die Erfahrung hat erwiesen, daß die Vergrößerung des Mitgliederbestands des ZK durch Aufnahme von sehr eng mit den Massen verbundenen örtlichen Funktionären in das ZK der Sache großen Nutzen gebracht hat. Der Parteitag erkennt die weitere Vergrößerung des Mitgliederbestands des ZK und der ZKK als notwendig an.

Der Parteitag ist der Meinung, daß das Zentralkomitee der Arbeit zur Einschränkung und Vereinfachung des Staatsapparates besonders ernste Aufmerksamkeit schenken muß.

Der Parteitag betrachtet die Verbesserung der Arbeit der Organe des Genossenschaftswesens, des Handels und der Kreditinstitute und die verstärkte Heranziehung von kommunistischen Funktionären zu diesen Organen als nächste Aufgabe der Partei.

Der Parteitag erachtet es für notwendig, daß den kommunistischen Universitäten noch ernstere allseitige Hilfe als bisher

seitens der Partei erwiesen wird. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, der Verbesserung der Arbeit an den Hochschulen größte Aufmerksamkeit zu schenken. Durch gute Gestaltung der Arbeit, durch die Propagierung des Leninismus und die Klärung strittiger Fragen wird es die Partei verstehen, den besten Teil der studierenden Jugend auf ihre Seite zu ziehen.

Der Parteitag ist der Meinung, daß die mit Billigung des Zentralkomitees der Partei durchgeführte Überprüfung des Mitgliederbestands einiger Gruppen von Parteizellen zur rechten Zeit unternommen wurde und der Partei großen Nutzen gebracht hat.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, die Einheit der Partei und die erprobte Linie des Bolschewismus ebenso entschieden und konsequent wie bisher vor irgendwelchen Abweichungen zu bewahren. Nachdem die Partei den Genossen Lenin verloren hat, ist die Sicherung der völligen Einheit der Partei noch wichtiger und notwendiger als bisher geworden. Die geringste Fraktionstätigkeit ist auf das strengste zu verfolgen. Die Festigkeit und Einheitlichkeit der KPR auf der Grundlage der Prinzipien des Leninismus ist die wichtigste Voraussetzung für die weiteren Erfolge der Revolution.

Zum Bericht der Zentralen Kontrollkommission

Nach Entgegennahme des Berichts über die Tätigkeit der ZKK billigt der XIII. Parteitag ihre Arbeit und erkennt die Linie, die die ZKK verfolgt hat, als richtig an, die in der von Wladimir Iljitsch und dem XII. Parteitag gewiesenen Richtung vorstatten ging.

Der Parteitag vermerkt mit Befriedigung die Arbeit der ZKK zur Verbesserung des Staatsapparates.

In der Meinung, daß die unternommene Überprüfung des Mitgliederbestands einiger Zellen eine Seite der Überprüfung des Sowjetapparates ist, vertritt der Parteitag die Ansicht, daß diese Überprüfung rechtzeitig begonnen wurde und richtig durchgeführt wird.

Zum Bericht der Zentralen Revisionskommission

Nach Entgegennahme des Berichts des Genossen Kurski über die

Tätigkeit der Revisionskommission beschließt der XIII. Parteitag, den Rechenschaftsbericht der Revisionskommission zu bestätigen.

Zum Bericht der Vertretung der KPR(B) im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

Der XIII. Parteitag bringt seine vollständige Zufriedenheit mit der Arbeit der Vertretung der KPR im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zum Ausdruck und erklärt sich völlig solidarisch mit der taktischen Linie des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Der Parteitag stellt fest, daß die rechten Abweichungen, die trotz der Beschlüsse des ZK der KPR von Radek verfochten wurden, mit der politischen Linie der Kommunistischen Partei Rußlands nichts gemein haben.

Der XIII. Parteitag erklärt sich insbesondere mit der Linie des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in der deutschen, französischen und englischen Frage solidarisch.

Angesichts der großen Bedeutung der gegenwärtig vor der Kommunistischen Internationale erstehenden Fragen beauftragt der XIII. Parteitag das Zentralkomitee, die qualifiziertesten Funktionäre dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zur Verfügung zu stellen.

Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus

1. Die Partei hat einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung des Landes festgestellt und eine Einschätzung desselben gegeben. Dieser wirtschaftliche Aufschwung in der Stadt hängt hauptsächlich mit der begonnenen Wiederherstellung der staatlichen sozialistischen Industrie zusammen. Daneben vollzieht sich ein Aufschwung der privaten Industrie, vor allem auf dem Lande (Aufschwung der Kleinbauernwirtschaft), und in gewissem Grade auch in der Stadt.

Auf der Grundlage dieses wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Wiederherstellung der entsprechenden hauptsächlich sozialen Schichten, und zwar das Abstoppen der Deklassierung und die Wiederherstellung des Industrieproletariats auf der einen Seite und die

soziale Festigung der bürgerlichen (und in erster Linie der kleinbürgerlichen) Schichten des Landes auf der anderen Seite, unvermeidlich.

Jetzt muß die Partei schon unbezweifelbares Anwachsen der politischen Aktivität aller Klassenschichten im Lande feststellen. Folglich ist es vom Standpunkt des Proletariats und seiner Partei notwendig und besonders wichtig festzustellen, daß die politische Aktivität und Bewußtheit der sozial feindlichen und halbfeindlichen Schichten in der Stadt und besonders auf dem Lande zugenommen haben.

Die damit verbundenen neuen Schwierigkeiten und Gefahren für das Wachstum und die Festigung der Diktatur des Proletariats muß die Partei in ihrer Arbeit stets berücksichtigen.

2. Neben dem Wachstum der politischen Aktivität unter den neuen bürgerlichen Schichten (die Kulaken auf dem Lande und die NÖP-Leute in der Stadt) war auch in unserer Partei ein Eindringen kleinbürgerlicher Stimmungen festzustellen. Die XIII. Allunionsparteikonferenz hat die innerparteiliche Opposition am Ende des vorigen Jahres schon als "klar ausgeprägte kleinbürgerliche Abweichung" charakterisiert. "Es unterliegt keinem Zweifel", heißt es in dieser Resolution, "daß diese Opposition objektiv den Druck des Kleinbürgertums auf die Positionen der proletarischen Partei und ihre Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Grenzen der Partei bereits dehnbar auszulegen, und zwar im Sinne einer Abschwächung der Diktatur des Proletariats und der Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie"¹⁾.

Die am wenigsten standhaften Elemente der Partei, hauptsächlich aus den nichtproletarischen Rayons und Zellen, sind teilweise diesen kleinbürgerlichen Einflüssen erlegen. Diese Schwankungen bilden jedoch für die Partei sowohl ihrem ideologischen Inhalt nach, der dem Leninismus feindlich ist, als auch in ihren Folgen, die sie für die Stabilität der proletarischen Diktatur in unserem Lande haben können, eine außerordentlich große Gefahr.

1) s. vorl. Ausg. Bd. IV, Seite 265/266

Unsere Partei, die führende Partei der proletarischen Diktatur, muß solchen Schwankungen innerhalb der Partei nicht nur eine entschiedene Abfuhr erteilen, sondern auch vorbeugende Maßnahmen ideologischen und organisatorischen Charakters gegen ihr künftiges Entstehen ergreifen.

3. Eine überaus wichtige positive Erscheinung der letzten Zeit ist das schon erwähnte Wachstum und die Wiederherstellung des Proletariats in den hauptsächlichsten Industriezweigen. Die besten proletarischen Kader, die vor kurzem erst aus den Arbeiterbezirken auf das Land abgewandert sind, kehren in die Werke und Fabriken zurück. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich verbessert. Das kulturelle Niveau der Arbeitermasse ist gestiegen. Der Einfluß und die Autorität der kleinbürgerlichen Parteien (der Menschewiki und Sozialrevolutionäre) sind ganz deutlich gesunken. Die Sympathie der Arbeiter für unsere Partei und die Anziehungskraft der Partei für die Arbeiter hat in den letzten Jahren merklich zugenommen. Unter diesen Umständen ergaben sich für unsere Partei günstige Bedingungen für die Aufnahme breiter Schichten fortschrittlicher Arbeiter in die Reihen der Partei.

Die Partei hat schon wiederholt die ungenügende Gleichartigkeit ihrer Zusammensetzung und das langsame Anwachsen des proletarischen Teils gegenüber den anderen sozialen Gruppen festgestellt. Gegenwärtig, da sogar innerhalb der Partei merkbare Einflüsse kleinbürgerlicher Stimmungen zutage getreten sind, wird für die Partei die Festigung ihres proletarischen Bestands von außerordentlicher Bedeutung.

Eine der besten Garantien gegen das Eindringen kleinbürgerlicher Einflüsse in die Partei und zugleich eine sichere Gewähr für die unzerstörbare Einheit der Partei auf den Grundlagen des Leninismus kann nur die weitgehende Gleichartigkeit der Partei und die Vergrößerung des Prozentsatzes der proletarischen Mitglieder in ihr sein. Die Partei des revolutionären Proletariats, wie es unsere Partei ist, muß in ihrer gesamten Arbeit unabhängig eine revolutionäre proletarische Politik betreiben und zugleich durch ihre soziale Zusammensetzung (das entscheidende Überwiegen der proletarischen Elemente in der Partei) die konsequente Durchführung

dieser Politik gewährleisten.

Gleichzeitig muß sich in der Partei das Bewußtsein durchsetzen, daß sich die gesamte Partei nach ihrem grundlegenden Kern, den Arbeitern, ausrichten muß. Deshalb ist die von der Partei entsprechend dem Beschluß der XIII.Unionsparteiokonferenz durchgeführte Werbung von Arbeitern der Werkbank für die Partei von gewaltiger Bedeutung für ihre Zukunft.

Die Tatsache, daß der faktische Zustrom von Arbeitern in die Partei die ursprünglich festgesetzte Zahl von 100 000 bedeutend überschritten hat, und die Tatsache, daß sich der gesamte Verlauf der gegenwärtigen Werbungskampagne in einer Atmosphäre gewaltigen politischen Aufschwungs in den Arbeitermassen und unter ihrer aktivsten Teilnahme an der Auswahl des besten Teils der Arbeiter für unsere Partei vollzieht, ist ein Beweis, daß die Kampagne von der Partei rechtzeitig unternommen wurde, und ist eine Bestätigung für den wirklich großen Einfluß der Partei in den Arbeitermassen.

Das Ableben Wladimir Iljitschs, das die breiten Arbeitermassen zutiefst bewegt hat, erhöhte den Zustrom der Arbeiter in die Partei, in die die Arbeiter jetzt als in die Leninsche Partei eintreten, zur Fortsetzung des Werkes des großen Lehrers und Führers.

Unsere Losung muß sein zu erreichen, daß im Laufe des nächsten Jahres mehr als die Hälfte der Mitglieder der Partei Arbeiter von der Werkbank sind. Diese Losung muß im wesentlichen die Aufgaben unserer gesamten Parteiarbeit in der nächsten Periode bestimmen.

4. Für die Kampagne des Lenin-Aufgebots, die zum Zeitpunkt des Parteitags als abgeschlossen betrachtet werden muß, hat die Partei beschlossen, nur Arbeiter von der Werkbank, nur Arbeiter, die gegenwärtig unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, zu werben. Nur in dieser Richtung mußten wir auch die gegenwärtige Kampagne der Werbung für die Partei durchführen.

Unsere Aufgabe war nicht die einfache Vergrößerung der Mitgliederzahl der Partei, sondern die Vergrößerung der Partei auf Kosten der wichtigsten Kader des Proletariats in der Produktion. Diese Aufgabe bleibt auch nach dem XIII.Parteitag für die Partei

bestehen. Die Partei braucht nicht eine einfache Vergrößerung der Zahl der Arbeiter in den Organisationen. Man darf die Kampagne nicht dem spontanen Verlauf - dem Selbstlauf - überlassen. Man muß die Arbeiter aktiv in die Partei rufen und dabei bestrebt sein, ihren besten Teil in die Reihen der Partei aufzunehmen. Es ist unvermeidlich, daß ein Teil der Mitglieder des neuen breiten Zustroms von Arbeitern in die Partei sich vorläufig als noch nicht fest mit unserer Partei verbunden erweist. Aber das wird nur eine unbedeutende Minderheit sein. Die Erfahrung der Werbung hat schon erwiesen, daß gegenwärtig in erster Linie diejenigen Arbeiter in die Partei eintreten, die die Arbeit der Partei in den letzten Jahren, die Ziele und Aufgaben ihres Kampfes am besten kennen und die im letzten Jahr der Partei schon sehr nahestanden. So ist zum Beispiel in allen Organisationen zu beobachten, daß die sogenannten Sympathisierenden-Gruppen bei den Arbeiterzellen in den Betrieben sowie die ständigen Teilnehmer der Delegiertenversammlungen usw. während der Kampagne des Lenin-Aufgebots fast vollständig in die Partei eingetreten sind.

Man muß gleichzeitig feststellen, daß während der Kampagne des Lenin-Aufgebots die wenigen in die gesellschaftliche Arbeit einbezogenen proletarischen Schichten, zum Beispiel die Arbeiterinnen, nicht genügend umfassend zur Partei herangezogen wurden. Daraus ergibt sich für die Parteiorganisationen in den proletarischen Bezirken die Aufgabe, die Parteiarbeit hinsichtlich der Aufnahme von Arbeiterinnen in die Partei tatsächlich und systematisch zu verstärken, wozu besondere agitatorische und organisatorische Maßnahmen durchzuführen sind (besondere Versammlungen der Arbeiterinnen, eine besonders verstärkte Propaganda unter ihnen, die Entsendung einer großen Anzahl von Propagandisten und Organisatoren in Betriebe mit vorwiegend weiblichen Beschäftigten.).

Die ungenügend umfassende Aufnahme der Arbeiterjugend während der Kampagne des Lenin-Aufgebots in die Partei stellt alle Parteiorganisationen vor die Aufgabe, die Arbeit in dieser Hinsicht zu verstärken. Dabei ist es notwendig, daß die Parteiorganisationen diese gesamte Arbeit aufs engste mit der Arbeit des Komsomol verbinden und die Organisationen des Kommunistischen Jugendverbandes

aktiv dazu heranziehen.

Das Lenin-Aufgebot demonstriert hinreichend die erhöhte Rolle der Partei in der Arbeiterklasse, die Zunahme ihrer politischen Autorität in den Arbeitermassen. Wir haben schon Beispiele dafür, daß in einzelnen Betrieben die Mehrzahl der Arbeiter in die Reihen unserer Partei eingetreten ist. Diese bis jetzt noch vereinzelt Beispiele weisen darauf hin, in welcher Richtung sich das weitere Wachstum unserer Partei vollzieht. Es ist nicht zu bezweifeln, daß wir nach dem gegenwärtigen breiten Zustrom der Arbeiter von der Werkbank in unsere Partei auch künftig einen immer mehr zunehmenden Drang der Arbeitermassen in unsere Partei haben werden. Das muß die Bedingungen dafür schaffen, daß schon im Laufe des nächsten Jahres die Hauptmasse des Proletariats - die Arbeiter an der Werkbank - klar und entscheidend in unserer Partei vorherrscht.

5. Der Eintritt von über 200 000 neuen Arbeiter-Kandidaten in unsere Partei bringt eine bedeutsame Erneuerung ihres Mitgliederbestandes mit sich. Da jedoch ihre Hauptmasse zweifellos der in politischer Hinsicht am meisten entwickelte und reifste Teil der Arbeiterklasse ist, werden die neuen Mitglieder der Partei schon in der nächsten Zukunft aus ihrer Mitte neue Kräfte für verantwortliche Arbeiten auf den verschiedenen Gebieten hervorbringen. Es ist ebenfalls nicht zu bezweifeln, daß auch die Hauptkader der Partei in der Folge in nicht geringem Maße auf Grund des politischen Wachstums und der planmäßigen Erziehung der neuen Parteimitglieder - der Arbeiter - im Prozeß ihrer Teilnahme an der Arbeit der Partei ergänzt werden.

Die grundlegenden Kader unserer Partei bestehen heute, sieben Jahre nach der Oktoberrevolution, keineswegs nur aus Genossen mit einer großen Erfahrung aus der Zeit vor der Revolution, sie umfassen bereits eine bedeutende Anzahl jüngerer Parteikräfte, die in den Jahren der Revolution gut für die Partei vorbereitet und durch die Revolution gestählt wurden. Diese Parteikader wurden in den Jahren der Revolution schon ergänzt und werden immer mehr durch neue Parteikräfte aus den Reihen unserer Partei- und Komsomolorganisationen ergänzt und erneuert werden. Gerade deshalb ist eine konsequente kommunistische Erziehung der Parteijugend von so gewal-

tiger Bedeutung für die Partei. Eben darum wird der Eintritt von über 200 000 neuen Arbeiter-Kandidaten in der Zukunft gewaltige Bedeutung für die Festigung und Erneuerung der grundlegenden Kader der Partei haben.

6. Die Hauptaufgabe, die die Partei im Zusammenhang mit dem Zustrom von über 200 000 Mitgliedern zu erfüllen hat, besteht darin, sie zur Arbeit im Staatsapparat heranzuziehen. Man darf die Heranziehung der neuen Parteimitglieder aus den Reihen der Arbeiter zur praktischen Arbeit im Staatsapparat auf keinen Fall auf irgendeinen Termin verschieben. Eine maximale Zahl der neuen Parteimitglieder muß mit dieser oder jener praktischen Arbeit in den staatlichen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, Partei- und anderen Organen betraut werden. Ungenügende Ausbildung der neuen Parteimitglieder und insbesondere die Tatsache, daß sie keinen Propagandistenlehrgang der Partei absolviert haben, darf dies nicht hindern. Es ist notwendig, daß die in die Partei eingetretenen Arbeiter in die verschiedenen Zweige der praktischen Arbeit im Staatsapparat einbezogen und vor allem durch die aktive Teilnahme am Parteilieben ihrer Organisationen zu parteiverbundenen Menschen erzogen werden.

Die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie ist unter den jetzigen Bedingungen von um so größerer Bedeutung, als die zahlreichen neuen proletarischen Kader der Partei in möglichst kurzer Zeit zu aktiven Teilnehmern am Parteilieben und zu aktiven Teilnehmern bei der Ausarbeitung einer kollektiven Parteimeinung erzogen werden müssen.

Im Zusammenhang damit ist die verstärkte und systematische Einbeziehung unserer Betriebszellen, die durch neue Kräfte bedeutend ergänzt wurden, in die Produktions- (und in die gesamte wirtschaftliche) Arbeit gegenwärtig zu einer noch wichtigeren Angelegenheit unserer Parteiorganisationen geworden.

Eine richtige Parteierziehung werden die neuen Parteimitglieder vor allem dann erhalten, wenn sie diese oder jene praktische Arbeit in den Sowjet-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und anderen Organen übernehmen und diese Arbeit unter der unmittelbaren und ständigen Anleitung der Parteiorganisation leisten.

Somit müssen die Parteiorgane, wenn sie neu in die Partei eingetretene Arbeiter zur Arbeit im Staatsapparat heranziehen, vor allem dafür Sorge tragen, daß die neuen Genossen in ihrer gesamten Arbeit die allgemeine Linie der Partei einhalten und unter ihrer vollständigen und direkten Anleitung stehen.

Wenn wir auf die Notwendigkeit hinweisen, die neuen Parteimitglieder zur praktischen Arbeit in den verschiedenen Organen heranzuziehen, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß mit den Genossen der Partei auch parteilose Arbeiter zu dieser Arbeit herangezogen werden müssen. Dadurch werden wir nicht nur unsere Verbindung zu der gesamten Masse der Arbeiter festigen, sondern auch das weitere gesunde Wachstum des proletarischen Teils in unserer Partei fördern.

7. Hand in Hand mit dem allgemeinen Aufschwung des Landes nimmt die politische Aktivität der Arbeitermassen zu, was sich in der begonnenen Belegung der Arbeit der Sowjets, der Gewerkschaftsorgane, im Wachstum der kulturellen und anderen Organisationen der Arbeiter äußert.

Von besonderer Bedeutung ist die Belegung der Arbeit der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten (die Bildung von Sektionen, Kommissionen und Beratungen bei den Sowjets unter Heranziehung einer bedeutenden Anzahl von Arbeitern, Angestellten und Bauern), die Entfaltung der Arbeit der Gewerkschaften (insbesondere der unteren Organe), die Belegung und weitere Verstärkung der Arbeit der Produktionsberatungen, der Kommissionen zur Unterstützung der Genossenschaften, der Wohnungsgemeinschaften und überhaupt der Arbeiterorganisationen, die mit der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter verbunden sind, der verschiedenen kulturellen Organisationen, der Klubhäuser usw.; solche Organisationen wie die Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, die Jugendkorrespondenten, die Korrespondenten der Sowjetpresse aus der Roten Armee, aus den Reihen der Arbeiterinnen, Bäuerinnen usw. Die gesunde Initiative bei der Bildung freiwilliger Arbeitergesellschaften muß unterstützt werden, nicht nur die Organisationen für kulturelle Patenschaft bedürfen der Unterstützung auch bei der Bildung von Zellen der Internationalen Roten Hilfe, der ODWF u.a. muß geholfen werden.

Im Wachsen und in der Belegung der Arbeit dieser Organisationen offenbart sich die Entfaltung der proletarischen gesellschaftlichen Aktivität, oder mit anderen Worten, die Entfaltung der wahren Arbeiterdemokratie.

In der Arbeit dieser Organisationen gibt es gegenwärtig einige Mängel: für ein und dieselbe Angelegenheit werden verschiedene parallele (und folglich oft überflüssige) Organisationen geschaffen; Die Arbeit gleichartiger Organisationen in verschiedenen Betrieben ist nicht miteinander koordiniert und kann deshalb nicht den notwendigen Schwung erhalten; gegenwärtig überwiegt die organisatorische Handwerkerlei, d.h., in der Organisation und ideologischen Anleitung dieser Arbeit fehlt die notwendige Einheit und Planmäßigkeit; die Arbeit dieser Arbeiterorganisationen ist bis jetzt noch wenig mit der Arbeit der entsprechenden staatlichen Organe verbunden, was sowohl für die Entfaltung der Arbeit dieser Organisationen selbst als auch für die Verbesserung und engere Verbindung der Arbeit der staatlichen Organe mit den Arbeitermassen äußerst wichtig ist.

In diesen Organisationen werden gegenwärtig neue Schichten von Mitarbeitern im öffentlichen Leben erzogen, die dann auf verantwortlichere Posten aufrücken sollen.

Die Partei muß die richtige Entfaltung der Arbeit dieser Organisationen auf jede nur mögliche Art und Weise unterstützen.

Die Parteimitglieder müssen aktiv in ihnen mitarbeiten. Die Parteimitglieder müssen ihren richtigen organisatorischen Aufbau, die tatsächliche Heranziehung von Parteimitgliedern und parteilosen Arbeitern zu ihrer Arbeit unterstützen und wirklich ihre ideologischen und politischen Führer werden.

All das erfordert verstärkte Aufmerksamkeit der Partei für die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in diesen Organisationen. Die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in all diesen proletarischen Organisationen muß verstärkt werden und bestimmte Form annehmen, damit sie seitens der Parteikomitees systematisch angeleitet werden können.

Die kommunistischen Fraktionen in den nicht parteigebundenen

Organisationen müssen für die festere Verbindung mit den Parteikomitees und den Zellen verantwortliche Organisatoren (oder Sekretäre) haben, die dem Parteikomitee verantwortlich sind.

8. Der Eintritt einer großen Zahl von Produktionsarbeitern in unsere Partei ist für die Arbeit unserer Partei auf dem Lande von gewaltiger Bedeutung. Ein großer Prozentsatz der neuen Parteimitglieder aus den Reihen der Arbeiter ist unmittelbar mit dem Dorf verbunden und kennt genau seine Sorgen und Nöte. Die Partei muß besondere organisatorische Maßnahmen ergreifen, um dadurch diese Verbindungen mit dem Dorf in ihrem Interesse umfassender auszunutzen.

Eine der speziellen Formen zur Organisierung dieser Verbindung hat sich schon herausgebildet, und zwar die sogenannte Landsmannschaft.

Die Bildung von Landsmannschaften aus Arbeitern in der Stadt soll zur Verstärkung der gesamten Arbeit der kulturellen Patenschaft über das Dorf beitragen. Die Landsmannschaften sollen den Partei- und Sowjetorganen vor allem bei der Verbesserung des Staats-, Genossenschafts- und Parteiapparates auf dem Lande helfen; insbesondere sollen sie die Verbreitung entsprechender Literatur und vor allem der Zeitungen unter den Bauern fördern. Gleichzeitig sollen aus den Landsmannschaften neue und besonders wertvolle Gruppen von Funktionären für das Dorf - Arbeiter, die die Arbeit auf dem Lande genau kennen -, ausgewählt werden.

Die Praxis einiger Organisationen (z.B. der Leningrader) verbindet schon die Bildung solcher Landsmannschaften mit der Organisierung örtlicher freiwilliger Arbeitergesellschaften für kulturelle Patenschaft über das Dorf. Diesen Organisationen gehören auch parteilose Arbeiter an. Die Parteiorganisationen müssen die Bildung solcher Organisationen unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten mit allen Mitteln unterstützen und ihnen die notwendige Anleitung geben. Die örtlichen Organisationen müssen eine besondere Feinfühligkeit und Aufmerksamkeit bei der Ausarbeitung neuer Methoden zur Festigung unserer Verbindungen mit der Bauernschaft über die neuen Arbeitermitglieder der Partei an den Tag legen.

9. In der nächsten Zeit rückt die Parteierziehungsarbeit mit den neuen Mitgliedern aus dem Lenin-Aufgebot in den Vordergrund. Die richtige und umfassende Gestaltung dieser Angelegenheit ist gegenwärtig für die Partei von außerordentlicher Bedeutung. Diese gesamte Arbeit muß unbedingt von allen Elementen der Buchstaben-gelehrsamkeit und Lebensfremden Propaganda befreit werden, die es leider noch gar zu oft in unserer Praxis gibt.

Gegenwärtig muß die gesamte Schulungsarbeit der Partei besonders mit den Parteimitgliedern des Lenin-Aufgebots, im Zusammenhang mit den hauptsächlichlichen Etappen der Geschichte unserer Partei gelehrt werden, wobei die außerordentliche Bedeutung der richtungweisenden Ideen des Genossen Lenin hervorgehoben werden müssen.

Der stark angewachsene Bedarf an propagandistischen Kadern erfordert jetzt von der Partei eine entsprechende Verstärkung der Arbeiterbezirke mit Parteikräften. Die Parteiorganisationen müssen zu diesem Zweck alle wirklich erprobten marxistischen Kräfte in den entsprechenden Arbeiterbezirken konzentrieren, wobei ihre Hauptaufgabe die Propagierung der Grundlagen des Leninismus sein muß.

Von besonderer Bedeutung für den wirklichen Massencharakter der Schulungsarbeit der Partei ist jetzt die Verbreitung der Zeitungen.

Zur Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und vor allem der Parteimitglieder des Lenin-Aufgebots erschien es dem Zentralkomitee notwendig, eine besondere populäre gesamttrussische Parteizeitung herauszugeben, die neben der Behandlung der laufenden politischen, kulturellen und ökonomischen Ereignisse innerhalb und außerhalb des Landes der systematischen Propagierung der Grundlagen des Leninismus genügend Aufmerksamkeit widmen kann. Die örtlichen Parteiorganisationen haben die Aufgabe, für die weite Verbreitung dieser Zeitung in der Arbeitermasse Sorge zu tragen.

Alle Formen der politischen Schulungs- und Erziehungsarbeit der Partei, die die breiten Arbeitermassen gewinnen sollen (wie z.B. die Klubhäuser, Produktionsberatungen, öffentliche Versammlungen der Zellen usw.), erlangen gegenwärtig noch größere Bedeutung. Deshalb müssen sich ihnen unsere örtlichen Parteiorganisatio-

nen in noch stärkerem Maße widmen.

10. Die organisatorischen Aufgaben der Partei müssen den neuen Arbeitsbedingungen in den Arbeiterbezirken angepaßt werden. Unsere Betriebszellen sind in den letzten Monaten in ihrer Mehrzahl bedeutend, oft um das Vielfache ihrer früheren Mitgliederzahl, gewachsen. Allein das bringt ein erhöhtes Bedürfnis an ausgebildeten Funktionären für die Arbeiterzellen mit sich. Die Parteiorganisationen müssen diese Zellen auf jede mögliche Art und Weise vor allem dadurch unterstützen, daß sie neue Kräfte dorthin schicken, auch wenn dies auf Kosten anderer Arbeitszweige geschieht.

Insbesondere ist es sowohl für die organisatorische als auch für die parteierzieherische Arbeit notwendig, einen bestimmten Teil der Kommunisten, die die Möglichkeit hatten, in den letzten Jahren eine gewisse Ausbildung zu erhalten, aus dem Studium herauszunehmen. Von den neu in die Partei eingetretenen Mitgliedern müssen einige Genossen schon jetzt auf verantwortlichere Posten befördert werden, wodurch eine entsprechende Auffrischung der Verwaltungs-, Wirtschafts- und anderen Apparate möglich wird.

Die Schaffung von Abteilungszellen im Betrieb, die zum Kollektiv des gesamten Werkes oder der gesamten Fabrik bei Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der Parteiführung des Betriebes gehören, wird ebenfalls von der gegenwärtigen Lage der Dinge in unseren Produktionszellen diktiert.

Die allgemeine parteiorganisatorische Aufgabe aller Betriebszellen besteht gegenwärtig darin, die Arbeit der Zelle so zu gestalten, daß die größtmögliche Anzahl der Mitglieder der Zelle, nach Möglichkeit alle ihre Mitglieder, von der Partei mit der einen oder anderen, wenn auch nicht großen, Arbeit beauftragt werden, daß sie über diese Arbeit vor ihrer Zelle Rechenschaft ablegen und die notwendigen Anweisungen und Anleitungen für die Arbeit erhalten.

11. Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit auf den inneren Gehalt der Arbeit der Zellen zu konzentrieren.

Die Parteimitglieder, insbesondere die neu eingetretenen Genossen, müssen an Hand der Erfahrung der Arbeit der Zellen im Sinne

der bolschewistischen Ideologie erzogen werden. Dazu ist es notwendig, daß die Erörterung und Lösung der konkreten Fragen mit der allgemeinen Politik, der Taktik und den grundlegenden Direktiven der Partei verbunden wird.

Dementsprechend muß die Tagesordnung der Zellenversammlungen so aufgestellt werden, daß sowohl spezielle praktische Fragen als auch allgemeine Fragen der Partei, der Komintern, des Staates, der Gewerkschaften usw. berücksichtigt werden.

Die Aufmerksamkeit für die vorherige Ausarbeitung der Fragen, die von der Zelle erörtert werden, muß verstärkt werden. An dieser vorbereitenden Durcharbeitung sollen nach Möglichkeit Gruppen (oder Kommissionen) der Mitglieder der Zellen teilnehmen.

Die gesamte Arbeit der Zellen muß planmäßiger gestaltet werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß sich alle Parteimitglieder und Kandidaten, besonders diejenigen des Lenin-Aufgebots, sowohl in ideologischer als auch in organisatorischer Hinsicht die Prinzipien der eisernen bolschewistischen Disziplin aneignen.

Einzelne Fälle der Verletzung der Parteidisziplin müssen deshalb vor den Parteikollektiven (Zellen) zur Diskussion gestellt werden, damit ihre Erörterung organisatorisch-erzieherischen Charakter trägt.

12. Die Belegung der Parteiarbeit und die Vergrößerung der Partei durch neue Mitglieder erfordern die Erweiterung der Zusammensetzung der wählbaren Organe der Partei, sowohl der Parteikomitees selbst als auch ihrer Büros und der Büros der Zellen.

Die Zahl der Mitglieder der Büros der Produktionszellen kann durchschnittlich auf 7 bis 9 heraufgesetzt werden. Die Zahl der Mitglieder der Kreis- (Ujesd-) (oder Rayon-) komitees muß durchschnittlich auf 15 bis 17 Personen heraufgesetzt werden.

In allen wählbaren Organen der Partei, besonders in den Arbeiterbezirken, muß ein bedeutender Teil (wünschenswert ist mindestens $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ des Mitgliederbestands) aus Produktionsarbeitern bestehen.

Der Bestand der anderen wählbaren Organe der Massenorganisationen der Arbeiter (Gewerkschaften, Genossenschaften, Klubs usw.) muß ebenfalls erweitert werden.

13. Bei der Verteilung der Parteifunktionäre muß im nächsten Jahr das Hauptaugenmerk auf die Verstärkung der wichtigsten Wirtschafts- und Staatsorgane, insbesondere auf die Verstärkung der Organe der Genossenschaft, des Kreditwesens und des staatlichen Handels konzentriert werden.

In Verbindung mit dem quantitativen Anwachsen der Parteioorganisationen, besonders in den Industriegebieten, muß die Beschickung der proletarischen Rayons, die am dringendsten Parteikräfte benötigen, mit entsprechenden Funktionären, besonders mit Propagandisten, als wichtigste praktische Aufgabe des ZK betrachtet werden.

Die wichtigste Aufgabe des ZK und der örtlichen Parteiorgane hinsichtlich der Kaderauswahl muß die systematische Überprüfung des leitenden Kerns der Funktionäre in den wichtigsten Funktionen der Wirtschafts- und Staatsorgane unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen und speziellen Ausbildung werden.

Der Parteitag erkennt als notwendig an, die vom ZK begonnene Arbeit in dieser Richtung systematisch fortzusetzen, wobei die Gewerkschaften möglichst breit dazu herangezogen werden müssen und die Beförderung von Kandidaten auf verantwortliche Posten in den Staats- und Wirtschaftsorganen durch sie gefördert werden muß.

Diese Arbeit muß organisatorisch aufs engste mit der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission verbunden werden.

Beim Studium der Funktionäre des Staatsapparates muß die Initiative der Behörden selbst verstärkt und gefördert werden; die Zweckmäßigkeit der Verwendung von Funktionären, sowohl von Parteimitgliedern als auch von Parteilosen, in den staatlichen Organen muß geklärt werden, wobei man sich insbesondere auf die Stellungnahmen der Grundorganisationen der Partei und der Gewerkschaften stützen muß.

14. Die Verstärkung der Parteiarbeit, die sich vor allem auf die verstärkte aktive Teilnahme der Masse der Parteimitglieder stützt, erfordert eine verbesserte Information der Parteiorganisationen.

Die rechtzeitige und regelmäßige Informierung der unteren Organisationen der Partei durch das ZK und durch die Gebiets- und Gouvernementskomitees über ihre Arbeit, über die innerparteiliche Lage, über die wirtschaftliche und politische Lage des Landes einerseits und die unmittelbare Rechenschaftslegung der Leiter der Sowjet- und Wirtschaftsorgane vor der Masse der Parteimitglieder erlangt die Bedeutung eines wirksamen Instruments zur Verbindung der Parteiorganisationen und der verschiedenen Schichten der Partei untereinander.

Die Organisation der Information muß gleichzeitig dazu beitragen, daß die unteren Parteiorganisationen Material für die vorherige Erörterung wichtiger politischer, wirtschaftlicher und anderer Fragen haben, die die Arbeiterorganisationen vor der Partei des proletarischen Staates aufwerfen.

Die Bildung einer Informationsabteilung im Apparat des ZK laut Beschluß der XIII. Parteikonferenz soll die Grundlage für die Verbesserung der Organisation der gesamten Parteiinformation sein, welche eine bestimmte Rolle bei der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie spielen muß.

Unter diesem Blickwinkel muß das gesamte Informationssystem in den Parteiorganisationen überprüft und dabei alles beseitigt werden, was den Charakter überflüssigen Bürokratismus trägt, und es muß all das in den Vordergrund gestellt werden, was zur Lösung der neuen innerparteilichen und anderen Aufgaben beitragen kann.

Die in der letzten Zeit eingebürgerte Praxis der Versendung der stenographischen Berichte von den Plenarsitzungen des ZK, in denen alle grundlegenden Fragen des allgemein-politischen und innerparteilichen Lebens erörtert werden, ist die beste Form der Information der einzelnen Orte über die Tätigkeit des ZK. Künftig müssen die erwähnten Stenogramme regelmäßig in die einzelnen Orte versandt werden. Durch sie werden die Berichte und internen Briefe

des ZK ersetzt.

15. Die bedeutend gewachsene Zahl der Betriebszellen und das Vorhandensein eines bedeutsamen politischen Aufschwungs unter den Arbeitermassen schaffen neue Bedingungen in den Wechselbeziehungen zwischen den Parteizellen und den Betriebskomitees. Die Rolle der Parteiorganisationen in den Betrieben ist mit ihrem Wachstum bedeutend gestiegen. Das darf aber auf keinen Fall dazu führen, daß die Arbeit und die Rolle der anderen Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaftsorganisationen, in den Betrieben herabgemindert und eingeengt werden. Vielmehr muß auch die Rolle der Massenorganisationen der Arbeiter (der Gewerkschaften, Sowjets u.a.) stark anwachsen.

Die Zelle darf sich nicht das Ziel setzen, alle Fragen in den vorbereitenden Parteiversammlungen im voraus zu lösen. Die Zelle muß sich unbedingt das vorherige Bekanntmachen mit den Fragen des allgemein-betrieblichen Lebens und die Vorbereitung auf sie vorbehalten, soll aber bestrebt sein, diese vorherige Vorbereitung auf Fragen von richtungweisender und grundsätzlicher Bedeutung zu konzentrieren. Somit darf die Rolle der allgemeinen Betriebsversammlungen und die Arbeit der gewählten Organe der Betriebe nicht nur nicht eingeengt werden, sondern muß jetzt unter der aktiven Teilnahme der Parteimitglieder und bei dem notwendigen lenkenden Einfluß der örtlichen Parteizelle noch breiter entfaltet werden.

In Verbindung mit der erwähnten neuen Situation, die sich in den Betrieben für die gemeinsame Arbeit der Parteiorganisationen und der übrigen Massenorganisationen der Arbeiter herausgebildet hat, ist eine neue Ausarbeitung dieser Fragen sowohl auf der Parteiebene als auch auf der Ebene der Arbeit der Gewerkschaften notwendig.

16. Die Arbeitsformen, die sich in den letzten Jahren in der organisatorischen Parteipraxis eingebürgert haben, wie z.B. die Instrukteure, die regelmäßigen Rayon- und Stadtversammlungen der Organisatoren (oder Sekretäre) der Zellen, die Beratungen der Organisatoren (Sekretäre) der Produktionszellen einzelner Produktionszweige und einzelner Zweige der wirtschaftlichen und Sowjetarbeit,

die öffentlichen Versammlungen der Zellen, die Arbeit der Individuellen (?); die Berichte der Zellen in den Parteikomitees und die Berichte der Vertreter der Parteikomitees selbst auf den Versammlungen der Zellen, die Heraushebung und Überführung der großen Industrierayons und Produktionszellen unter die besondere Aufsicht des ZK und der Gouvernementskomitees usw. müssen gefestigt und in ihrer Gestaltung verbessert werden.

Hinsichtlich der einzelnen Zweige der Parteiarbeit muß man sich von folgenden Weisungen leiten lassen: die Arbeit der Abteilungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen muß der allgemeinen Parteiarbeit nähergebracht werden. Die bestehende gewisse Loslösung der Parteiarbeit in der Roten Armee und Roten Flotte von der allgemeinen Parteiarbeit muß ebenfalls überwunden werden, wobei die entsprechenden Verfügungen überprüft und die organisatorischen Wechselbeziehungen zwischen den Parteikomitees und den Politorganen der Truppenteile präzisiert werden müssen.

Die Parteikomitees müssen der Arbeit der Kommissionen für das Genossenschaftswesen und für die Arbeit auf dem Lande, die es bei jedem Gouvernementsparteiomitee geben muß, besondere Aufmerksamkeit widmen. Dies ist durch die Notwendigkeit bedingt, die Aufmerksamkeit für die gesamte Arbeit, die mit der Betreuung des Dorfes zusammenhängt, zu verstärken.

In den nationalen Republiken und Gebieten muß die Arbeit auf der Grundlage der Beschlüsse des XII. Parteitages und der praktischen Entschlüsse der Beratung der Nationalitäten beim ZK im Jahre 1923 fortgesetzt und gesteigert werden.

Es wird festgestellt, daß die Parteiorganisationen der Arbeit der Zellen in den Sowjetorganen ungenügende Aufmerksamkeit widmen. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeit der Zellen der Sowjetorgane, zu denen ein bedeutender Prozentsatz der Kommunisten gehört, sowohl eine Intensivierung der innerparteilichen Arbeit der Zellen der Sowjetorgane als auch eine Verstärkung der politischen und kulturellen Arbeit unserer Parteizellen des Staats- und Wirtschaftsapparates unter der Masse der partellosen Angestellten erfordert.

Die Parteizellen des Sowjetapparates müssen zugleich an der

Arbeit des Staatsapparates selbst aktiver teilnehmen und somit die Leiter der Sowjet- und Wirtschaftsorgane bei der Beseitigung der Mängel in der Arbeit der Sowjetorgane unterstützen.

Besondere Aufmerksamkeit ist ebenfalls der Arbeit der Hochschulzellen zu schenken.

17. Es muß bestätigt werden, daß auch nach der Kampagne des Lenin-Aufgebots die umfassende Aufnahme von Arbeitern von der Werkbank in die Partei unter Befolgung der vom XII. Parteitag festgelegten Bedingungen eine der grundlegenden Aufgaben der Partei ist. Die Partei muß auch weiterhin ihr Hauptaugenmerk auf diese Aufgabe konzentrieren.

In die Partei werden jedoch nicht nur Arbeiter aufgenommen, sondern auch Bauern, Rotarmisten, Angestellte, Studenten u.a. Gegenüber diesen Kategorien (den Elementen, die nicht zur Arbeiterklasse gehören) müssen jene Bedingungen aufrechterhalten werden, die im Statut der Partei festgelegt sind, wobei erneut die Notwendigkeit der genauen Einhaltung dieser Bedingungen des Parteistatuts sowohl bei der Aufnahme von Kandidaten in die Partei als auch bei der Übernahme von Kandidaten als Parteimitglieder betont werden muß (nachdem der Beschluß des XII. Parteitages über das vollständige Verbot der Übernahme von nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Elementen aus den Reihen der Kandidaten als Parteimitglieder aufgehoben worden ist).

Diesen früheren Weisungen über die Aufnahme in die Partei muß hinzugefügt werden, daß bei der Aufnahme nicht nur die festgelegten formalen Bedingungen eingehalten werden müssen, sondern daß auch unbedingt die Fähigkeit des neuen Parteimitgliedes, der Partei und den Organen der proletarischen Diktatur in der Tat zu helfen, überprüft werden muß. Allein die Erfüllung der für die Aufnahme in die Partei festgesetzten formalen Bedingungen muß als unzureichend angesehen werden. Es ist erforderlich, daß ein neues Parteimitglied, das nicht aus den Reihen der Produktionsarbeiter hervorgegangen ist, früher in dieser oder jener praktischen Arbeit im Staatsapparat hervorgetreten ist, daß es eine lebendige und unmittelbare Verbindung zu den Massen der Arbeiter und Bauern hat und bei der Aufnahme ein wirklich bewußtes und standhaftes Mitglied

der Partei wird.

Für die Angestellten aus den Schichten der Intelligenz ist eine genügende Vorbereitung erforderlich, um bei der Arbeit unter den Arbeiter- und Bauernmassen Helfer in der ideologischen Erziehungsarbeit zu sein, oder sie müssen eine ernsthafte und hinreichende Erprobung in dieser oder jener praktischen und für den Arbeiterstaat nützlichen Tätigkeit aufweisen. Somit müssen neben den formalen Kriterien für die Aufnahme in die Partei die Kriterien der wirklichen Nützlichkeit für die Partei desjenigen, der in die Partei als Mitglied einzutreten wünscht, eine nicht geringere Rolle spielen.

Die Kandidatenzeit muß, gemäß dem Parteistatut, für alle Kategorien der neuen Parteimitglieder genau eingehalten werden. Die Kandidatenzeit soll eine zusätzliche Überprüfung aller neuen Parteimitglieder sein, darunter auch der Genossen, die im Lenin-Aufgebot eingetreten sind.

18. Die Partei hat bereits eine besondere Arbeit zur Überprüfung und Verbesserung der Parteizellen begonnen, die aus nichtproletarischen Mitgliedern bestehen. Die Aufgabe dieser Überprüfung besteht vor allem in der Säuberung der Partei von ihr in sozialer Hinsicht fremd gegenüberstehenden und zersetzenden Elementen sowie in der Säuberung der Partei von denjenigen nichtproletarischen Elementen, die sich während ihrer Mitgliedschaft in den Reihen der Partei bei der Verbesserung der Arbeit dieser oder jener staatlichen, wirtschaftlichen und anderen Organisationen nicht als Kommunisten gezeigt und keine unmittelbare Verbindung zu den Arbeiter- und Bauernmassen haben.

Wenn die Partei die oben erwähnten Elemente aus ihren Reihen entfernt, so hebt sie damit die grundlegenden Pflichten der Kommunisten unter den gegenwärtigen Bedingungen hervor. An ihre nichtproletarischen Schichten, die in ihrer Mehrzahl auf einem überdurchschnittlichen kulturellen Entwicklungsniveau stehen, muß die Partei auch höhere Forderungen stellen. Diese Forderungen müssen sein: ideologische Schulung und Diszipliniertheit, wirkliche Erfüllung der kommunistischen Pflichten hinsichtlich der Verbesserung

der Arbeit unserer Partei-, staatlichen, gewerkschaftlichen und anderen Organe und lebendige Verbindung mit den Massen.

19. Der XIII. Parteitag billigt voll und ganz die Resolutionen über den Parteaufbau und über die Ergebnisse der Diskussion, die von der XIII. Unionsparteikonferenz gefaßt und vom Plenum des ZK am 31. Januar 1924 gebilligt wurden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen und in Verbindung mit dem Lenin-Aufgebot, das der Partei über 200 000 neue Parteimitglieder aus den Reihen der Produktionsarbeiter brachte, ist die wirkliche Entfaltung der innerparteilichen Demokratie in der gesamten praktischen Parteilarbeit noch dringender erforderlich. Nur unter diesen Bedingungen und unter Aufrechterhaltung der eisernen bolschewistischen Disziplin und der vollkommenen Einheit auf der Grundlage des Leninschen Vermächtnisses kann die Partei die Mängel der letzten innerparteilichen Schwankungen restlos überwinden. Auf eben dieser Grundlage der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie kann die Partei, durch das letzte proletarische Lenin-Aufgebot gefestigt, neue Erfolge in ihrem ideologischen und organisatorischen Wachstum erzielen und zur weiteren machtvollen Entfaltung der Kräfte der proletarischen Republik beitragen.

20. Die besonderen Bedingungen und speziellen Schwierigkeiten in der Arbeit der Partei in den nationalen Republiken und Gebieten und vor allen Dingen in den entlegeneren östlichen Republiken und Gebieten müssen berücksichtigt werden. Gegenüber diesen letzteren müssen gewisse Erleichterungen für die Aufnahme von Bauern, Landarbeitern und Handwerkern festgesetzt werden, und zwar in dem Sinne, daß die Zahl der Bürgen bis auf zwei Parteimitglieder mit einer zweijährigen Mitgliedszeit herabgesetzt wird und daß die neu aufzunehmenden Kandidaten in die Partei von den Gebiets- (Oblast-) parteikomitees bestätigt werden. Es muß gleichzeitig als notwendig angesehen werden, die Listen der Kandidaten der oben erwähnten entlegenen Gebiete und Republiken, die die Kandidatenzeit bis zum XIII. Parteitag abgeschlossen haben, zu überprüfen, damit den Genossen, die den allgemeinen Forderungen des Statuts für die Aufnahme als Parteimitglieder (in erster Linie den armen Bauern, Landarbeitern und Handwerkern) genügen, die Übernahme als Mitglied der Partei

erleichtert wird, was, wie ihre Bestätigung als Parteimitglieder selbst, dem Gebiets- (Gouvernement-) komitee der Partei dieser Republiken und Gebiete zu übertragen ist.

Über die Termine der Gouvernementsparteikonferenzen

In Abänderung des Beschlusses des XII. Parteitages wird festgelegt, daß die ordentlichen Gouvernementsparteikonferenzen zweimal im Jahr einzuberufen sind. Ausnahmen von dieser Regel sind nur mit Genehmigung des ZK in jedem einzelnen Falle zulässig.

Über die Dauer der Parteizugehörigkeit für Sekretäre der Gouvernementskomitees

In Abänderung des entsprechenden Teils des Punktes 35 des Parteistatuts wird festgelegt, daß für die Sekretäre der Gouvernementskomitees eine sechsjährige Parteizugehörigkeit obligatorisch ist (in Abänderung der obligatorischen Parteizugehörigkeit seit der Zeit vor der Oktoberrevolution 1917).

Über die Arbeit der Kontrollkommissionen

In Bestätigung des Beschlusses des vorigen Parteitages über die Aufgaben und Arbeitsmethoden der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion erachtet es der XIII. Parteitag für notwendig, unter Berücksichtigung der Erfahrung der geleisteten Arbeit folgende zusätzliche Weisungen zu geben.

1. Das Interesse, das von allen Gouvernements- und Gebiets- (Oblast-) parteikonferenzen für die Berichte der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion an den Tag gelegt wurde, zeugt davon, daß für die Reorganisierung der örtlichen Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion auf der Grundlage der Beschlüsse des XII. Parteitages über die zentrale Kontrollkommission und die Arbeiter- und Bauerninspektion das Bedürfnis ganz und gar herangereift ist und die notwendigen Bedingungen vorhanden sind. Infolgedessen beschließt der Parteitag, die Vereinigung der Arbeiten der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauernin-

spektionen auf alle örtlichen Organe auszudehnen und der Zentralen Kontrollkommission als eine Hauptaufgabe zu stellen, die Arbeit der örtlichen Organe anzuleiten und eine enge Verbindung zwischen ihnen und dem Zentrum herzustellen.

2. Die Konzentrierung der Kräfte der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission im Zentrum, die durch die frühere Struktur der Zentralen Kontrollkommissionen vorgesehen war, ist aus den Beweggründen, die schon von Wladimir Iljitsch genannt wurden, von großer positiver Bedeutung. Gerade dieser Umstand gibt die Möglichkeit, aus den Mitgliedern der Zentralen Kontrollkommission eine geschlossene Gruppe zu bilden, die im Kollektiv die Maßnahmen zur Verbesserung des Staatsapparates ausarbeitet und allen Versuchen, die Einheit der Partei zu zerstören, entgegenwirkt. Aber andererseits wird bei einer solchen Konzentrierung der Mitglieder der ZKK im Zentrum für die Mitglieder der ZKK die Möglichkeit bedeutend herabgemindert, ständig auf dem laufenden darüber zu sein, was in der Partei und in den breiten Massen der Arbeiter vor sich geht. Zur Erhaltung der positiven Seiten der früheren Organisation der ZKK und zugleich zur Ausfüllung der erwähnten organisatorischen Lücke und zur weiteren Entwicklung des Planes des Genossen Lenin zur Reorganisation der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion beschließt der Parteitag: die Gesamtzahl der Mitglieder der ZKK ist auf 150 Personen festzusetzen, die sich etwa in folgender Weise aufschlüsseln:

a) 70 Mitglieder der ZKK werden für die ständige Arbeit in der ZKK und Arbeiter- und Bauerninspektion im Zentrum bestimmt, wobei zu dieser Zahl etwa 20 Arbeiter, die in der Produktion, vorwiegend an der Werkbank, beschäftigt sind, und Bauern, die in der Landwirtschaft tätig sind, gehören müssen.

Die Mitglieder der ZKK, die für die Arbeit in der ZKK und in der Arbeiter- und Bauerninspektion bestimmt sind, müssen von allen ihnen früher auferlegten Pflichten befreit sein.

b) 50 Mitglieder der ZKK werden aus den Reihen der Parteimitglieder gewählt, die an der Werkbank arbeiten. Diese sollen auch nach der Wahl weiterhin in der Produktion arbeiten.

c) 30 Mitglieder der ZKK bleiben nach ihrer Wahl zur Arbeit

in den örtlichen Organen der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion der größten und wichtigsten Gebiets- und Gouvernementsorganisationen.

d) Die Mitglieder der ZKK, die für die unmittelbare Arbeit in der ZKK und Arbeiter- und Bauerninspektion (mit Ausnahme der 20 Produktionsarbeiter und der Bauern) bestimmt sind, müssen mindestens eine zehnjährige Parteizugehörigkeit aufweisen. Die Mitglieder der ZKK, die in den örtlichen Organen arbeiten, müssen mindestens schon vor der Februarrevolution und die Produktionsarbeiter und die Bauern vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sein.

Von diesen Forderungen über die Mitgliedschaft in der Partei, die an die Kandidaten der ZKK gestellt werden, können besonders für die nationalen Gebiete und Republiken einzelne Ausnahmen gemacht werden.

e) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder der ZKK, sowohl derjenigen, die an der Werkbank bleiben, als auch derjenigen, die in den zentralen und örtlichen Organen der Kontrollkommissionen arbeiten, werden durch eine besondere Instruktion, die von der ZKK auszuarbeiten ist, bestimmt.

f) In Abänderung des Beschlusses des XII. Parteitages beschließt der XIII. Parteitag: Das Präsidium der ZKK wird vom Plenum der ZKK in Stärke von 15 Personen und 6 Kandidaten gewählt, die aus Genossen mit einer in jeder Beziehung großen Parteierfahrung bestehen, d.h. aus Funktionären, die annähernd auf dem Niveau eines Mitglieds des ZK stehen.

g) In Abänderung des Beschlusses des XII. Parteitages beschließt der XIII. Parteitag: Die Dauer der Mitgliedschaft in der Partei für Mitglieder der Gouvernementskontrollkommissionen von der Mitgliedschaft vor der Februarrevolution auf die Mitgliedschaft vor der Oktoberrevolution herabzusetzen.

3. Die Aufgabe der Partei im Kampf für den Staatsapparat formulierte Genosse Lenin folgendermaßen: "Wir müssen danach streben, einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die Führung über die Bauern behaupten, sich das Vertrauen der Bauern bewahren und durch größte Sparsamkeit jede Spur jedweden überflüssigen Aufwandes aus

ihrer Gesellschaftsordnung ausmerzen.

Wir müssen unseren Staatsapparat auf die größte Sparsamkeit einstellen. Wir müssen jede Spur überflüssigen Aufwandes aus ihm ausmerzen, der sich in ihm vom zaristischen Rußland, von seinem bürokratischen kapitalistischen Apparat in so großem Maße noch erhalten hat¹⁾.

Diese gewaltige Aufgabe kann die Partei nur dann erfüllen, wenn sie sich "auf der Suche nach neuen Kräften dorthin wendet, wo unsere Diktatur am tiefsten verwurzelt ist", d.h., wenn sie "die besten unserer Arbeiter" für die Arbeit zum Studium und zur Verbesserung des Staatsapparates und zur Beseitigung aller Mängel "mobilisiert".

Außer der Heranziehung der Arbeiter zur unmittelbaren Arbeit in den Organen der Verwaltung und Wirtschaft ist die Mobilisierung der Bemühungen der Arbeiter um die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion und der ZKK notwendig, die, nach dem Gedanken des Genossen Lenin und entsprechend der Resolution des XII. Parteitag, Organe sind, welche zur Verbesserung des Staatsapparates beitragen.

Angesichts dessen bestätigt der Parteitag den Beschluß des Zentralkomitees der Partei und der Zentralen Kontrollkommission über die Herstellung einer engen Verbindung zwischen den Organen der Arbeiter- und Bauerninspektion und den Betriebskomitees und über die gegenseitige Unterstützung der Organe der Gewerkschaftsverbände und der Organe der Partei- und Sowjetkontrolle bei der Verbesserung der Produktion und Verwaltung.

Der Erfolg dieser Bemühungen zur Verbesserung des Staatsapparates kann nur dann gesichert sein, wenn zu dieser Arbeit auch diejenigen herangezogen werden, die an der Spitze des jeweiligen Organs oder Betriebes stehen.

Daher müssen die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Gewerkschaften vermeiden, die Arbeit zur Verbesserung des Staatsapparates losgelöst von den Leitern der entsprechenden Organe

1) W.I.Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 1018-1019

durchzuführen; sie müssen alle Verbesserungen des Apparates über diese Leiter vollziehen, die für die Sachlage in dem jeweiligen Organ oder Betrieb verantwortlich sind.

Hinsichtlich der Einbeziehung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen in die Verbesserung des Staatsapparates muß die Information über die Arbeit der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion sowie der Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane und ebenfalls die Agitation und Propaganda der Ideen W.I.Lenins, die er der Reorganisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion und der ZKK zugrunde gelegt hat, und die Popularisierung der Aufgaben, die durch die Entschließung der Partei diesen Organen gestellt wurden, maximal verstärkt werden.

Der Parteitag beauftragt die ZKK, in ihrer täglichen Arbeit das Augenmerk darauf zu richten, daß die Funktionäre und Leiter der Wirtschafts- und Gewerkschaftsorgane oft keine gemeinsame Sprache und keine gemeinsame Linie haben. Die Aufgabe der Kontrollkommissionen muß darin bestehen, sowohl dem ZK als auch den örtlichen Parteiorganen dabei zu helfen, die Linie der Gewerkschaftler und Wirtschaftler bei der Erfüllung der gemeinsamen Aufgabe der Errichtung des Staates der Arbeiterdiktatur und der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu koordinieren und auszurichten.

4. Auf dem Gebiet der Arbeit der Parteikollegien dürfen sich die Kontrollkommissionen nicht ausschließlich in Gerichtsorgane zur Behandlung von Verletzungen des Parteistatuts und der kommunistischen Moral verwandeln. Die Kontrollkommissionen müssen umfassend und systematisch krankhafte Erscheinungen in der Partei sowohl auf dem Gebiet der Ideologie als auch auf dem Gebiet der organisatorischen Praxis und der Lebensweise der Parteimitglieder studieren. Auf der Grundlage dieses Studiums müssen die Kontrollkommissionen gemeinsam mit den Parteikomitees Maßnahmen zur Beseitigung der Bedingungen ausarbeiten, die diese krankhaften Erscheinungen hervorrufen und in ihrer Praxis statt Bestrafung vorwiegend Maßnahmen parteierzieherischen Charakters anwenden, insbesondere gegenüber den Parteimitgliedern aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, unter Berücksichtigung des kulturellen Niveaus der Parteimitglieder, ihrer

Lebensbedingungen, nationalen Besonderheiten u.a. Die Kontrollkommissionen müssen ihre Arbeit so organisieren, daß zufällige kleine Vergehen von Parteimitgliedern, die dem Leben der Organisation nicht schaden und nicht von der Verderbtheit des Parteimitglieds zeugen, welches dieses kleine Vergehen begangen hat, nicht durch die Kontrollkommission verhandelt werden, sondern in der Gemeinschaft der Genossen geahndet werden.

Bei Überprüfung dieses oder jenes Parteimitgliedes dürfen sich die Kontrollkommissionen bei der Festlegung von Erziehungsmaßnahmen keinesfalls von irgendeiner Schablone leiten lassen; jedem Parteimitglied gegenüber, das für dieses oder jenes Vergehen zur Verantwortung gezogen wird, muß eine ganz individuelle Methode angewandt und alle Umstände und Bedingungen für das Begehen der betreffenden Tat berücksichtigt werden.

Um diese Linie der Partei im Kampf gegen krankhafte Erscheinungen zu sichern, wie gegen die Verletzung des Parteistatuts und der kommunistischen Moral, muß der Arbeit der Parteikollegien der Kontrollkommissionen, die aus den erprobtesten, klügsten und feinfühligsten Genossen bestehen müssen, maximale Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Arbeit des Parteikollegiums muß unter der unmittelbaren Anleitung des Präsidiums der Kontrollkommissionen vor sich gehen. An der Spitze des Parteikollegiums muß ein Mitglied des Präsidiums der Kontrollkommission stehen.

Der Parteitag bestätigt den Beschluß der ZKK, alle Mitglieder der Kontrollkommissionen der Reihe nach zu den Überprüfungsarbeiten in den Parteikollegien heranzuziehen. Ebenfalls sind die einfachen Parteimitglieder aus den Produktionszellen als Parteibeisitzer hinzuzuziehen.

5. Um ein allseitiges und tiefgründiges Studium des Staatsapparates zu gewährleisten und dauerhafte und grundlegende Verbesserungen im Staatsapparat einzuführen, schlägt der Parteitag den Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion vor, die Anzahl der Abteilungen, die untersucht und studiert werden müssen, maximal zu begrenzen, wobei solche Abteilungen des Staatsapparates herausgegriffen werden sollen, die bei der Sicherung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft entscheidend sind. Die Kon-

trollkommissionen und die Arbeiter- und Bauerninspektion müssen ihre Arbeit nach einem bestimmten Plan aufbauen, der von den Parteikomitees und den entsprechenden höheren Sowjetorganen (Rat der Volkskommissare, Gouvernementsexekutivkomitees) zu bestätigen ist und vorher mit den Planungsorganen der Volkswirtschaft (Staatliche Plankommission, Gouvernementsplankommission, Wirtschaftsrat usw.) und den Leitern der entsprechenden Institutionen abgestimmt wird.

6. Die Vielzahl und mangelnde Koordinierung der Kontrolle über die Sowjet- und Wirtschaftsorgane muß beseitigt werden, da die gegenwärtig bestehende Lage die Verwaltung und Wirtschaft desorganisiert, die Verantwortlichkeit der Leiter einer Institution oder Behörde für den Zustand der Dinge auf diesem oder jenem Gebiet des Staatsapparates herabmindert und eine unrationelle und unökonomische Kräftevergeudung darstellt, ohne daß wesentliche Ergebnisse bei der Verbesserung der Verwaltung und Wirtschaft erzielt werden.

Der Parteitag erachtet es für notwendig, daß zur Herstellung der Einheit und zur Koordinierung in den Kontroll- und Revisionshandlungen der entsprechenden Organe, die sich in diesem oder jenem Grade mit diesen oder jenen Aufgaben, mit der Überprüfung oder der Kontrolle des Staatsapparates (Arbeiter- und Bauerninspektion, Staatliche Plankommission, Zentrale Statistische Verwaltung, Gewerkschaften, Finanzverwaltung des Volkskommissariats für Finanzen, Wirtschaftliche Verwaltung der Staatlichen Politischen Verwaltung usw.) befassen, der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion die Verpflichtung auferlegt wird, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Tätigkeit der genannten Organe auszuarbeiten und in den Händen der Kontrollkommissionen und der Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion die praktische Koordinierung ihrer Kontroll- und Revisionshandlungen und die Arbeit zur Überprüfung des Staatsapparates zu konzentrieren.

7. Die Kontrollkommissionen und die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion dürfen bei der Überprüfung des Staatsapparates und bei der Durchführung von Untersuchungen nicht von dem vorgefaßten Gedanken ausgehen, daß die Leiter der von ihnen zu überprüfenden oder zu untersuchenden Organe zur Leitung der ihnen übertragenen Angelegenheit nicht fähig sind. Die Arbeit der Partei zur

Auswahl der Leiter der Institutionen und Wirtschaftsorgane hat schon jetzt große positive Ergebnisse gezeitigt, nachdem erfahrene und erprobte Parteimitglieder an die Spitze der Staats- und Wirtschaftsorgane gestellt wurden.

Die kommunistischen Wirtschaftler sind eine der Sturmtruppen der KPR, denen eine verantwortliche und für die gesamte Arbeiterklasse notwendige Arbeit übertragen worden ist. Man darf nicht vergessen, daß ihre Lage unter den Bedingungen der NÖP und in der Umgebung von bürgerlichen Elementen überaus schwierig ist und daß die Partei bei aufmerksamer Verfolgung ihrer gesamten Arbeit überaus sorgsam mit solchen Funktionären umgehen muß, die neben ihrer Ergebenheit für die Partei bewiesen haben, daß sie fähig sind, sich die für die Leitung der Industrie notwendige Erfahrung anzueignen. Die Partei muß diese Genossen mit allen Mitteln bei ihrer Arbeit unterstützen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß sich diese Wirtschaftler nicht von der Parteiorganisation und den Arbeitermassen loslösen.

Zugleich muß man daran denken, daß die verantwortliche Rolle, die die Partei den Wirtschaftlern beimißt, ihnen selbst die Verpflichtung auferlegt, ihre Arbeit zur ständigen Wahrung der Interessen des Staates gemeinsam und in enger Verbindung mit den breiten Arbeitermassen durchzuführen und daß der Kampf gegen jeglichen unnötigen Aufwand im Staatsapparat, gegen Unwirtschaftlichkeit, Bürokratismus, Maßlosigkeit im persönlichen Leben und Mißbrauch mit der Dienststellung auf keinen Fall von der Partei abgeschwächt werden darf.

8. Der Parteitag stellt der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion die besondere Aufgabe, die richtige Durchführung aller Beschlüsse der Partei hinsichtlich der Spezialisten zu kontrollieren und dabei gegen die verschiedenen Abweichungen, die bei einigen Mitgliedern der Partei auf diesem Gebiet zu beobachten sind, energisch anzukämpfen.

9. Um die Einheit in der Leitung der Parteiorganisationen und der Partei insgesamt zu sichern, hält es der Parteitag für notwendig, die Arbeit der Kontrollkommissionen mit den Parteikomitees eng zu koordinieren, was insbesondere in der obligatorischen Teil-

nahme der von den Parteikomitees ausgewählten Vertreter an den Sitzungen der Kontrollkommissionen und an ihrer Arbeit überhaupt zum Ausdruck kommen soll.

10. Die Hauptbedingung für die Gewährleistung des Erfolgs in der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Kontrollkommissionen ist die Auswahl wirklich guter Mitarbeiter, die sich sowohl als Kommunisten als auch als Spezialisten der verschiedenen Zweige der staatlichen Verwaltung und Wirtschaft bewährt haben. Der Parteitag schlägt allen Organisationen der Partei vor, die besten und qualifiziertesten Kräfte für die Arbeit in den Organen der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Kontrollkommissionen auszusuchen. Alle Organisationen müssen zur Auswahl der besten und erprobtesten Spezialisten für diese Organe beitragen, ihnen sind nicht die schlechtesten, sondern die besten Existenzbedingungen bei der Überführung in die Arbeit zur Verbesserung des Staatsapparates zu geben.

Diese Auswahl guter Mitarbeiter für die Arbeit in den Kontrollkommissionen und in der Arbeiter- und Bauerninspektion ist nur bei maximaler Einschränkung der Zahl der Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion und Hebung ihrer materiellen Sicherstellung möglich, worauf Genosse Lenin in seinen Artikeln deutlich hingewiesen hat. Angesichts dieser Tatsache stellt der Parteitag dem Zentralkomitee und den höchsten Sowjetorganen die Aufgabe, alle Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion, darunter auch die örtlichen, mit Mitteln zu versorgen, die dazu ausreichen, den Angestellten und Mitarbeitern der Arbeiter- und Bauerninspektion und Kontrollkommissionen Lebensbedingungen zu bieten, die auf keinen Fall schlechter sein dürfen als in den von ihnen untersuchten und revidierten Organen.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Auswahl der Inspektoren der Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion gewidmet werden. Neben den Mitgliedern der ZKK und der Gouvernementskontrollkommissionen muß auch der Bestand der Inspektoren durch verantwortungsbewußte Mitglieder der Partei erweitert werden, die ihre Arbeit bei der Leitung der Untersuchungen des Staatsapparates, welche sich durch Verantwortlichkeit und entscheidenden Charakter auszeichnet, für

die Ergebnisse der Arbeiten der Arbeiter- und Bauerninspektion und Kontrollkommission insgesamt als wichtigste schöpferische Arbeit auf dem Gebiet des Staats- und Parteaufbaus betrachten müssen.

11. Der Parteitag bestätigt den Beschluß des ZK und der ZKK über die Durchführung der Überprüfung der Parteimitglieder in den Sowjet- und Hochschulzellen und ist der Meinung, daß das ZK und die ZKK diese Säuberung auch weiterhin planmäßig durchführen und allmählich eine Organisation nach der anderen erfassen müssen. Diese Säuberung der Parteimitglieder, die sich in den Sowjet- und Hochschulzellen befinden, darf keinesfalls als unbegründetes Mißtrauen gegenüber allen Parteimitgliedern, die in der Sowjet- und Wirtschaftsarbeit tätig sind, sowie gegenüber den Lehrern und Studenten betrachtet werden, sondern wird nur deshalb durchgeführt, um den Parteimitgliedern bei der Durchführung der ihnen übertragenen Arbeit durch Beseitigung aller derjenigen Mitglieder aus der Partei zu helfen, die die Partei kompromittieren und schließlich die Ausübung einer wirklich parteimäßigen Führung und richtigen Anleitung des Staatsapparates verhindern.

Über den Binnenhandel

Sowohl die Interessen der weiteren Entwicklung der staatlichen Industrie als auch die Interessen der Herstellung eines wirklichen ökonomischen Bündnisses zwischen Stadt und Land erfordern von der Partei besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Fragen des Warenumsatzes im Lande. Je mehr sich die Produktivkräfte des Landes entwickeln, um so reicher wird die UdSSR an Erzeugnissen der Industrie und Landwirtschaft, um so mehr wird die Bauernwirtschaft in das allgemeine Wirtschaftsleben mit einbezogen, - um so größere Bedeutung erlangen die Fragen des Warenumsatzes und um so dringender wird die Notwendigkeit der planmäßigen Lenkung des Marktes seitens der Sowjetmacht.

Die Zersplitterung der Kleinbauernwirtschaft macht es gegenwärtig unvermeidlich, daß sie zu einem überaus großen Teil durch den privaten Handelsapparat betreut wird. Gestützt auf die nationalisierte Industrie und das nationalisierte Verkehrswesen, auf die staatliche Organisation des Kreditwesens, auf das Außenhandels-

monopol und die staatliche Organisation des Großhandels sowie auf das sich entwickelnde Netz der Genossenschaften muß die Partei jedoch bestrebt sein, den gesamten Prozeß des Marktwarenumsatzes, der Versorgung und Verteilung systematisch und in wachsendem Maße ihrem lenkenden Einfluß unterzuordnen.

Die Höhe des Einflusses, die der Staat bei der Regulierung der Marktpreise erreicht hat, ist der unmittelbare Gradmesser für die Verwirklichung der führenden Rolle des Sowjetstaates auf dem Markt.

Der Parteitag stellt fest, daß nur das weitere Anwachsen des Warenumsatzes eine feste Basis für die weitere Entwicklung der Industrie und den erfolgreichen Abschluß der Währungsreform schafft. Er erkennt an, daß die Organisierung der richtigen Versorgung der breiten Massen der Verbraucher und insbesondere der Bauernschaft durch die Entwicklung und Festigung der Positionen des staatlichen Handels und der Genossenschaft auf dem Markt die Hauptaufgabe der Handelspolitik im gegenwärtigen Augenblick sein muß.

Die Hauptmethoden bei der Inbesitznahme des Marktes dürfen nicht Maßnahmen der administrativen Einwirkung sein, sondern die Verstärkung der ökonomischen Positionen des staatlichen Handels und der Genossenschaft, indem die Hauptmasse der Produkte, die für die breiten Schichten der Verbraucher notwendig sind, in ihren Händen konzentriert und das koordinierte und planmäßige Wirken all dieser Organe im Marktumsatz gewährleistet wird.

Die von der Partei betriebene Politik der Preissenkung und der Eroberung des viele Millionen umfassenden bäuerlichen Marktes durch die staatliche Industrie ist völlig gerechtfertigt. Dieser Politik muß eine aufmerksame und möglichst genaue Berücksichtigung der Bedürfnisse des Marktes und ihre planmäßig vorbereitete Befriedigung zugrunde gelegt werden.

Nur durch eine solche Politik ist es möglich, die Aufgabe, den privaten Handelsapparat systematisch zu verdrängen, zu verwirklichen und ihn durch den staatlichen Handel und die Genossenschaft zu ersetzen.

Dabei ist es jedoch notwendig, stets zu berücksichtigen, daß

solche Maßnahmen auf dem Gebiet des privaten Handels, die zu einer Einschränkung oder Verletzung des allgemeinen Warenumsatzes führen und somit keine positiven, sondern negative Ergebnisse für die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR zeitigen würden, unzulässig sind.

Der Parteitag billigt die Umbildung der Kommission STO für den Binnenhandel in ein besonderes Volkskommissariat und ist der Auffassung, daß die Hauptaufgabe dieses Volkskommissariats sein muß, den Binnenhandel so zu organisieren und eine solche Anleitung der Tätigkeit des staatlichen Handels und der Genossenschaft zu geben, daß sie die Inbesitznahme des Marktes erleichtert und in erster Linie die Einbeziehung und weitere Eroberung des Großhandels durch das staatliche Kapital gewährleistet und eine reale Kontrolle des Staates über die Tätigkeit des Privathandels garantiert wird.

Deshalb muß dem Volkskommissariat für Binnenhandel das Recht der Regelung des gesamten Binnenhandels, der Festsetzung stabiler Preise, die Kontrolle über ihre tatsächliche Realisierung und die führende Teilnahme an der Festlegung der Handelspolitik aller Organisationen, in denen Staatskapital investiert ist, zugestanden werden.

Die besondere Aufgabe des Volkskommissariats ist die systematische Kontrolle der Beziehungen der staatlichen Wirtschaftsorgane zu dem privaten Kapital auf dem Gebiet des Binnenhandels, ihre Organisation auf richtigen und für den Staat vorteilhaften Grundlagen und der entschiedene Kampf gegen jegliche Versuche des Privatkapitals, offen oder versteckt (Verzugsbedingungen bei der Kreditgewährung, Sonderformen der Rechnungsführung, Auswahl der besten Sortimente) den Interessen der staatlichen Industrie, des staatlichen Handels oder der Genossenschaft Schaden zuzufügen.

Das Ziel der Politik der Kreditinstitute muß die systematische Stärkung der Positionen der staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen im Kampf gegen das Privatkapital auf dem Markt sein.

Besonderes Augenmerk ist in den Randgebieten dem Kampf gegen

den Wucher und die Schuldknechtschaft, die dort vom Handelskapital errichtet worden sind, zu schenken. Hier muß man unter günstigen Bedingungen Kredite bewilligen. Der staatliche Handel und die Genossenschaften sind besonders zu unterstützen.

Die nächste Aufgabe ist die planmäßige Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Getreidebeschaffungskampagne sowie die Beschaffung der anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und landwirtschaftlichen Rohstoffe für die Industrie. Alle leitenden Wirtschaftsinstitutionen der Union und die Staatliche Plankommission müssen schon jetzt alle Fragen ausarbeiten, die mit der staatlichen Getreidebeschaffung und mit der Vorbereitung jener Waren in Verbindung stehen, die im Herbst, zum Zeitpunkt der Realisierung der Ernte, auf den bäuerlichen Markt gebracht werden müssen. Angesichts der besonderen Bedeutung der bevorstehenden Kampagne zur Realisierung der Ernte lenkt der Parteitag das Augenmerk der Wirtschaftsorgane auf die Notwendigkeit, sich mit allen Mitteln auf die Versorgung des Dorfes mit Erzeugnissen der städtischen Industrie vorzubereiten und alle notwendigen Maßnahmen zur Beförderung der Industrieerzeugnisse auf das Land zu ergreifen. Sofern sich hier die Kräfte des staatlichen und genossenschaftlichen Handels als ungenügend erweisen sollten, muß ebenfalls auch der private Handelsapparat ausgenutzt werden. Das Kommissariat für Binnenhandel muß dafür sorgen, daß das Privatkapital tatsächlich die staatliche Industrie und die staatlichen Getreidebeschaffungsorgane unterstützt.

Der Parteitag lenkt das Augenmerk des Zentralkomitees auf die Notwendigkeit, in das neue Volkskommissariat und seine örtlichen Organe eine genügende Anzahl von erfahrenen und erprobten Parteimitgliedern einzubeziehen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der örtlichen Organisationen auf die Notwendigkeit, die Maßnahmen zur Organisation des Marktes und zur Stärkung der Positionen des staatlichen Handels und der Genossenschaft auf der Basis der Erweiterung des Warenumsatzes ihrerseits größtmöglich zu unterstützen.

Über die Genossenschaften

Nachdem es der Sowjetmacht und unserer Partei gelungen ist, durch Vergrößerung und Erweiterung der Produktion der staatlichen Industrie, durch Erhöhung der Transportfähigkeit des Verkehrswe- sens einerseits und durch die Hebung der Landwirtschaft andererseits erste Erfolge bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes zu erzielen, - wird die Inbesitznahme des Marktes und seine Organisierung, d.h. im wesentlichen die Entwicklung und Festigung der Genossenschaften zur wichtigsten und erstrangigen wirtschaftlichen Aufgabe. Die große Bedeutung und Wichtigkeit der Aufgabe des genossenschaftlichen Aufbaus muß auch noch deshalb verstanden und anerkannt werden, weil es auf dem Gebiet der Ökonomie völlig klar ist, daß unser weiterer Vormarsch zur sozialistischen Wirtschaft durch zwei parallele Momente bestimmt wird: 1. durch die Erfolge der Entwicklung der staatlichen Großindustrie und 2. durch die Erfolge des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bevölkerung. Da die Gesundung der Industrie schon positive Ergebnisse gezeitigt hat, muß man das Augenmerk in der nächsten Periode auf die Organisierung des Handels und der Genossenschaft konzentrieren.

1. Die Rolle der Genossenschaften beim Zusammenschluß der staatlichen Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft

Durch die Einrichtung der NÖP wurde auf dem Markt und in der Produktion das Privatkapital bis zu einem gewissen Grade zugelassen, aber wie man voraussehen konnte, konzentrierte sich das Privatkapital nicht auf die Produktion (da 9/10 der gesamten Industrie sich gegenwärtig in den Händen des Staates befinden), sondern auf den Handel, und durch die geringe Verbreitung der Organe der Genossenschaft und des staatlichen Handels gelang es dem privaten Händler, besonders auf dem Lande, in bedeutendem Maße den Markt in seine Hände zu bekommen. Damit erwuchs der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und dem unmittelbaren Zusammenschluß der staatlichen Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft in Gestalt des noch nicht entwickelten, jedoch schon zum größten Teil vom privaten Handel beherrschten Marktes eine direkte Gefahr. Es entsteht

ein Widerspruch, da sich die Industrie in den Händen des Staates befindet, der Vermittler zwischen ihr und der Bauernschaft jedoch der private Handel ist. Aus diesem Grunde besteht die Aufgabe der Entwicklung der Genossenschaften vor allem in der Verdrängung des Privatkapitals aus dem Handel und somit in der Herstellung einer engen Verbindung zwischen der Landwirtschaft und der sozialistischen Industrie.

2. Produktion und Organisation des Absatzes

Die in den letzten Jahren vorgekommenen sogenannten Absatzkrisen für Erzeugnisse, die von unserer staatlichen Industrie hergestellt werden, wurden nicht so sehr durch schwache Kaufkraft des Dorfes (da die Bedürfnisse des letzteren sehr groß sind und die Kaufkraft gestiegen ist) als durch unsere Unfähigkeit zu handeln, die Ware zu verbilligen und den Verbraucher zu finden und durch die Schwäche des genossenschaftlichen und staatlichen Handelsapparates hervorgerufen. Unter Verhältnissen, wo die wachsende Wiederherstellung der Landwirtschaft die Arbeit unserer staatlichen Industrie überholt hat und sie noch weiterhin überholt, kann für eine tatsächliche Überproduktion und Absatzkrisen kein Platz sein. Aber ein solches anormales Nichtübereinstimmen zwischen Produktion und Absatz kann sich auch in Zukunft wiederholen, wenn es uns nicht gelingt, rasche Erfolge bei der Inbesitznahme und Organisierung des Marktes, hauptsächlich über die Genossenschaft, zu erzielen. Die weitere Steigerung der Produktion der staatlichen Industrie wird in bedeutendem Maße davon abhängen, wie man es versteht, über die Entwicklung der Genossenschaften den Konsumenten in Gestalt der ungeheuren bäuerlichen Wirtschaft zu finden und ständige Verbindung mit ihm herzustellen.

3. Die Genossenschaften unter der Diktatur des Proletariats

Die Genossenschaften mußten, wie die Gewerkschaften in der schweren Zeit des Bürgerkrieges und des durch ihn bedingten Systems der Getreideablieferungspflicht, entsprechend den neuen Aufgaben der Arbeiterklasse und der Bauernschaft umgestaltet werden und ihre früheren Traditionen und ihre frühere Arbeit aufgeben.

In dieser Zeit spielten die Genossenschaften auf Weisung des Staats die Rolle des Verteilers der Lebensmittelprodukte, und durch diese Arbeit haben sie die Festigung des Arbeiterstaates gewaltig unterstützt. Der Übergang zur NÖP verzehnfacht die Bedeutung der Genossenschaft. Niemals und nirgends hatte die Genossenschaft eine so ungeheure und entscheidende Bedeutung beim Aufbau des Sozialismus wie nach dem Sieg des Proletariats über seinen Klassenfeind und besonders in einem solchen Land wie dem unsrigen mit seiner riesigen Zahl von kleinen Bauernwirtschaften, die man nur über die kollektiven Formen der Organisation, d.h. über die Verbraucher- und Produktionsgenossenschaften zum Sozialismus führen kann. Die genossenschaftlich zusammengeschlossene bäuerliche Wirtschaft wird unvermeidlich ihren individuellen Charakter verlieren und sich in kollektive Wirtschaft verwandeln. Andererseits hat die Genossenschaft nirgends und niemals, in keinem einzigen kapitalistischen Land, so günstige Entwicklungsbedingungen wie in den Sowjetrepubliken.

In allen kapitalistischen Ländern erstickt und ruiniert das Monopol des Großkapitals im Handel und in der Industrie unvermeidlich die Genossenschaften, und deshalb sind die Genossenschaften dort Jahrzehnte hindurch überaus schwach und gebrechlich; zugleich sind sie ein Instrument der bürgerlichen Herrschaft, während unter der Diktatur des Proletariats die gesamte Hilfe der Autorität und der Mittel der Staatsmacht, der Partei und der Gewerkschaften die Vorzüge auf der Seite der Genossenschaft und gegen das Privatkapital stehen und für die Entwicklung der Genossenschaft uneingeschränkte Freiheit vorhanden ist. Aus diesem Grunde muß unsere Genossenschaft als eines der Hauptinstrumente in den Händen des Proletariats für den sozialistischen Aufbau in ihrer Entwicklung hundertmal schneller vorwärtsschreiten als irgendwo anders.

4. Der Übergang zu einer festen Währung

Wir müssen durch die Organisierung des genossenschaftlichen und staatlichen Handels auch deshalb rasche Erfolge erzielen, damit eine genügend stabile Basis für den Übergang des Sowjetstaates zu einer festen Währung geschaffen wird; denn die Währungs-

reform wird unvermeidlich durch die Unorganisiertheit des Marktes und die Herrschaft des Privatkapitals auf ihm, das nicht der ständigen und tatsächlichen Regulierung seitens des Staatsapparates unterliegt, ins Wanken gebracht werden.

5. Das Wachstum der Genossenschaften und ihre grundlegenden Mängel

Das Anwachsen des genossenschaftlichen Umsatzes ist im letzten Jahr ganz offensichtlich, und das läßt seinerseits auf gewisse Erfolge schließen, die die Genossenschaften, sowohl die Verbraucher- als auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, in ihrer Entwicklung und wirtschaftlichen Festigung erzielt haben. Das Feststellen gewisser Erfolge der Genossenschaften in Verbindung mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Bedeutung diktiert eine noch stärkere Aufmerksamkeit für die Enthüllung jener Mängel der Genossenschaften, auf deren Überwindung das Augenmerk der gesamten Partei, Gewerkschaften und Funktionäre der Genossenschaften konzentriert werden muß. Zu den Hauptmängeln der Genossenschaft kann man rechnen: 1) die ungenügend rasche Anpassungsfähigkeit der Genossenschaften an die neuen Arbeitsbedingungen, die geringe Verbindung mit dem örtlichen Markt, die genossenschaftliche Hauptabteilungsmanie¹⁾ und daher auch die unzureichende Mitarbeit und ungenügende Eigen-tätigkeit des Verbrauchers in der Arbeit der Genossenschaft; 2) der zögernde Übergang zum System der freiwilligen Mitgliedschaft; 3) die Begeisterung der mittleren und höchsten genossenschaftlichen Organe für den Handelsumsatz und schwache organisatorische Anleitung und Unterstützung der Entwicklung der untergeordneten Genossenschaften von ihrer Seite; 4) Mängel in der Handelspraxis, die in der übermäßigen Verteuerung der Erzeugnisse, in der unglücklichen Auswahl von Waren, in der Zersplitterung bei der Betreuung der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck kommen, wobei manchmal die Aufgabe vergessen wird, den organisierten Konsumenten gut zu versorgen, und schließlich 5) noch vorhandene bürokratische Methoden der Verteilung an den Konsumenten, geringes Interesse an ihm und ungenügender Unternehmungsgeist seitens der Genossenschaft an der Gewinnung des Konsumenten und am Kampf gegen den Privathändler. Das sind

1) russ.: glawizm. D.U.

die hauptsächlich inneren Mängel, die Schwächen unserer Genossenschaften, auf deren Beseitigung in der nächsten Periode die gesamte Aufmerksamkeit konzentriert werden muß.

6. Die Genossenschaften auf dem Lande

Angesichts der besonderen Rolle, die die Genossenschaften beim Aufschwung der Landwirtschaft spielen sollen, ist der Entwicklung der Genossenschaften auf dem Lande besonders ernsthafte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Schwäche der Genossenschaften auf dem Lande ist das schwächste Glied des Bündnisses der proletarischen Industrie mit der Bauernschaft. Die Festigung und das Wachstum der Genossenschaften auf dem Lande ist vor allem Kampf für die Befreiung der armen und Mittelbauern aus der Knechtschaft der Kulaken, gegen Spekulanten und Wucherer, die auf dem Lande die verschiedensten Formen aufweisen. Zweitens ist die breite Einbeziehung der Bauernmassen in die freie genossenschaftliche Betätigung für den Bauern die einfachste und verständlichste Schule der kollektiven Wirtschaftsführung.

Die Aufgabe der Genossenschaften auf dem Lande läuft durchaus nicht nur darauf hinaus, der bäuerlichen Wirtschaft billige Ware zu geben, d.h. sie als Verbraucher anzusprechen. Die Genossenschaften müssen den Bauern auch als Produzenten organisieren, und von diesem Standpunkt ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von größter Bedeutung. Die an einzelnen Orten aufgetretenen Bestrebungen zur Vereinigung der Verbraucher-genossenschaft und der landwirtschaftlichen Genossenschaft sind falsch. Diese Stimmungen zur Verschmelzung beider Formen der Genossenschaften entstehen hauptsächlich deshalb, weil die Aufteilung der Arbeitsgebiete für die eine oder die andere Form der Genossenschaft auf dem Lande in der Praxis nicht genügend erklärt wurde. Die Arbeit für beide Formen der Genossenschaft auf dem Lande ist gewaltig. Man muß den Bauern anfangs ganz und gar organisieren, sowohl als Konsumenten als auch als Produzenten, und erst dann die Frage der Vereinigung stellen, wobei die bis jetzt vorhandenen Erfahrungen der Integration sorgfältig studiert werden müssen. Zur Regelung der weiteren genossenschaftlichen Arbeit auf dem Lande müssen die

Funktionen zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften in gewisser Weise aufgeteilt und in diesen oder jenen Fragen koordiniert werden.

Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Genossenschaft ist der Entwicklung der schon entstandenen Formen der Produktions- und Absatzvereinigungen (Ölzentrums, Flachszenstrum, Kartoffelverband usw.), der Organisation der Artel und kollektiven Formen der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wobei als Anreiz für die Mitglieder dieser Wirtschaften die verschiedensten Prämien, Belohnungen und Privilegien ausfindig gemacht werden müssen; ferner ist der Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften als breiteste und umfassendste Form der Genossenschaft, die fähig ist, die breitesten Schichten der Bauernschaft zu erfassen und die verschiedenen Produktionsbedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaften unmittelbar zu befriedigen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die verstärkte Entwicklung der Genossenschaften ist ebenfalls für das Dorf von gewaltiger kultureller Bedeutung, sowohl im Sinne der freien, selbständigen Betätigung der Bauernschaft als auch im Sinne des allgemeinen Aufschwungs des kulturellen Entwicklungsstands der bäuerlichen Wirtschaft über die Umwandlung des Dorfes in ein Dorf mit landwirtschaftlichen Geräten, agronomischer Hilfe, Saatgut, teilweiser Elektrifizierung des Dorfes usw. Diese ganze Bedeutung der Genossenschaft für das Dorf besteht in der Notwendigkeit, die niederen Genossenschaften davor zu schützen, daß die Elemente der Kulaken und Spekulanten auf dem Lande sie unter ihre Herrschaft und ihren Einfluß bringen. Diese Elemente unternehmen Versuche und werden sie immer wieder unternehmen, die Genossenschaften für ihre Bereicherung auszunutzen, wobei sie die Idee der Genossenschaften unter den breiten Bauernmassen in Mißkredit bringen.

Zum genossenschaftlichen Aufbau auf dem Lande sind folgende Organisationen heranzuziehen: der RKJV, die Komitees für gegenseitige Hilfe und die Organisationen der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter. Das Hauptkomitee für politische Aufklärung und seine örtlichen Organe müssen in ihrer kulturellen Aufklärungsarbeit auf dem Lande der Propagierung der Ideen der Genossenschaft besondere Aufmerksamkeit widmen und die Lehrerschaft dazu heran-

Sinne der umfassendsten Verbindung aller Arbeiter mit den Genossenschaften am besten Einfluß ausüben.

8. Maßnahmen zur Gesundung und Festigung der Genossenschaften

Unter einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Genossenschaft auf dem Lande wie auch in der Stadt sind unter anderem folgende durchzuführen:

a) Sowohl auf organisatorischem Gebiet als auch auf dem Gebiet des Handels und der Kreditfähigkeit muß eine Dezentralisierung durchgeführt werden, wobei den niederen Genossenschaften und ihren Grund- und Rayonvereinigungen maximale Selbständigkeit zu gewähren ist, denn nur dann ist die selbständige und freie Betätigung der genossenschaftlich zusammengeschlossenen Arbeiter- und Bauernmassen gewährleistet. Die genossenschaftlichen Zentren müssen sich von der Aufgabe des unmittelbaren Einkaufs und der Versorgung des gesamten Netzes der Genossenschaften mit allen möglichen Arten von Waren frei machen und ihre Arbeit auf der unerläßlichen Vermittlung zwischen den niederen Genossenschaften und den Staats-, Wirtschafts- und Handelsorganen und auf der wirklichen organisatorischen Leitung der unteren Genossenschaft aufbauen.

b) Der Übergang zur freiwilligen Mitgliedschaft muß unbedingt beschleunigt werden.

c) Durch eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinfachung des Apparates und Verringerung der Unkosten müssen die Genossenschaften erreichen, daß sie im Kampf gegen den privaten Handel ihre Waren zu einem niedrigeren Preis als die durchschnittlichen Marktpreise an ihren organisierten Konsumenten verkaufen, sodaß sie somit den letzteren für die Mitgliedschaft in der Genossenschaft belohnen.

d) Die Genossenschaft muß sich von der Aufgabe, die gesamte Bevölkerung zu versorgen, lossagen und ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, ihren Verbraucher voll und ganz zu versorgen; deshalb muß die kommerzielle Abweichung zum Handel mit Waren, die nicht den Massenbedarf befriedigen, mit Luxusgegenständen usw. liquidiert und das gesamte Augenmerk nur auf jene Waren und Bedarfsgegenstände konzentriert werden, die für den täglichen Gebrauch

ziehen. Das besondere Augenmerk der örtlichen Parteiorgane ist darauf zu lenken, daß alle Mitglieder der dörflichen Parteizellen in die Genossenschaften eintreten und aktiv an der Arbeit der genossenschaftlichen Organisationen teilnehmen.

7. Die Arbeitergenossenschaften

Eine schwache Seite der Arbeitergenossenschaften ist bis jetzt das immer noch ungenügende Erfassen des Arbeiterkonsumenten und die schwache Realisierung seines Lohnes, der zum großen Teil vom privaten Markt verschlungen wird. Aus diesem Grund ist die erste Aufgabe der Arbeitergenossenschaften, in der nächsten Zeit mit voller Unterstützung der Gewerkschaften den genossenschaftlichen Zusammenschluß aller Arbeiter zu erreichen und über die Erweiterung des Netzes der niederen Genossenschaften und die Verbesserung ihrer Handelspraxis dazu zu kommen, daß der Arbeiter einen großen Teil des Arbeitslohnes für billige Verbrauchsgegenstände von guter Qualität in seinen Genossenschaften anlegt.

In Fällen, wo der Arbeitslohn noch nicht so hoch ist, daß der Arbeiter davon all seine Bedürfnisse ganz und gar decken kann, vermag die Genossenschaft die materielle Lage der Arbeiter in bedeutendem Maße durch ihre Vergünstigungen (Arbeiterkredite, verbilligte Waren und Rabatte usw.) zu erleichtern und zu verbessern und kämpft damit gegen die verschiedenen Formen der Unterjochung und Spekulation des privaten Handels auf Kosten der Arbeiter. Hinsichtlich der organisatorischen und materiellen Hilfe müssen die genossenschaftlichen Zentren das Hauptaugenmerk auf die wichtigsten Arbeitergebiete (Donbass, Ural, Leningrad, Baku u.a.) sowie auch auf die Transportarbeitergenossenschaft, die die Arbeiter eines der wichtigsten Wirtschaftszweige betreut, richten.

Von besonders großer Bedeutung für die Festigung der Arbeitergenossenschaften ist die Mitarbeit der Gewerkschaften in den Genossenschaften; die Gewerkschaften können einerseits durch die Entsendung von Funktionären in die Genossenschaft und durch ihre Weisungen große praktische Hilfe erweisen und andererseits - da sie mehr als irgend jemand anders mit den breiten Massen der Parteilosen verbunden sind - durch ihre organisatorische und kulturelle Arbeit im

der Arbeiter und Bauern notwendig sind.

e) Der Unternehmungsgeist und das Interesse an der Gewinnung des Verbrauchers und Produzenten durch die Organe der Genossenschaft müssen verstärkt und entschieden solche Mängel in bezug auf den Verbraucher beseitigt werden, wie routinemäßige Behandlung und Bürokratismus, die sich noch von der Verteilungsperiode her erhalten haben. Besondere Aufmerksamkeit ist der Auswahl der Angestellten der Genossenschaften und ihrer Förderung für eine gute Arbeit zu schenken.

f) Zur Verbesserung des Genossenschaftswesens ist der Wettbewerb zwischen den einzelnen Genossenschaften durch Schaffung und Gegenüberstellung von Beispielen guter und schlechter Arbeit der einzelnen Genossenschaften auf jede mögliche Art und Weise auszunutzen.

g) Zur Gewinnung und Interessierung immer breiterer Massen der Arbeiter und Bauern muß eine genauere und regelmäßige Rechenschaftslegung der Genossenschaft vor ihren Mitgliedern auf den allgemeinen und Delegiertenversammlungen, in der Presse usw. durchgeführt werden.

h) Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Einbeziehung der breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in die Genossenschaft zu richten, und zwar nicht nur als einfache Mitglieder, sondern auch hinsichtlich ihrer Beförderung in die leitenden und Kontrollorgane der Genossenschaften.

i) Auf dem Gebiet der Verstärkung der organisatorischen Arbeit der Genossenschaften muß besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß in den leitenden Organen des Genossenschaftswesens ein guter Apparat von Instruktoren und Inspektoren geschaffen und daß populäre genossenschaftliche Literatur herausgegeben und verbreitet wird.

9. Die Arbeit der Genossenschaft in den nationalen Republiken und Gebieten

Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Genossenschaften ist ihrer Entwicklung in den natio-

nalen Republiken und Gebieten der UdSSR auf dem Wege der organisatorischen und materiellen Hilfe seitens des Staates, seiner Staatsorgane sowie der genossenschaftlichen Zentren und der Heranziehung der örtlichen Bevölkerung zum genossenschaftlichen Aufbau besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

10. Die Genossenschaft und die Staatsorgane

Auf dem Gebiet der staatlichen Unterstützung für die Entwicklung der Genossenschaft müssen vor allem besondere Vorzugsbedingungen festgesetzt und die Gewährung von Bankkrediten, besonders für die niederen Genossenschaften, verstärkt werden. Die geschäftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den Genossenschaften und der staatlichen Industrie, ihren Wirtschaftsorganen, Trusten und Syndikaten müssen auf der maximalen Begünstigung der Genossenschaften sowohl hinsichtlich der Belieferung mit dem besten Warensortiment als auch hinsichtlich der Festsetzung der Termine und Formen der Warenkreditierung aufgebaut werden. Der Einzelhandel muß in der Regel in dem Maße, wie die Genossenschaften stärker werden, von ihnen übernommen werden. Der staatliche Handel muß sich in dem Maße, in dem sich die Genossenschaften festigen, immer mehr auf den Bereich des Groß- und Einzelhandels konzentrieren.

Zwischen der staatlichen Industrie und den Genossenschaften muß mit Hilfe der Staatlichen Plankommission völliges Einvernehmen über die Herstellung tatsächlich notwendiger und gangbarer Arten von Waren des Massenbedarfs erzielt werden. Ein sogenanntes Zwangssortiment für die Genossenschaften seitens der staatlichen Organe darf es nicht geben.

11. Die Wohnungsfrage und die Genossenschaften

Zur wichtigsten Frage des materiellen Lebens der Arbeiter wird immer mehr die Wohnungsfrage, die nicht nur allein durch Maßnahmen und Unterstützung des Staates, sondern auch vor allem durch die Selbständigkeit der Bevölkerung und ihrer materiellen Teilnahme richtig und erfolgreich gelöst werden kann. Die beste Form dieser eigenen Initiative und Eigentätigkeit bei der Beseitigung der Wohnungsnot der Werktätigen ist die Wohnungsbaugenossenschaft, die

auch trotz ihrer bisher nur geringen Erfahrung in der praktischen Arbeit schon ihre Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit bewiesen hat. Alle Organe der Sowjetmacht müssen die Wohnungsbaugenossenschaften in ihrer Arbeit mit allen Mitteln unterstützen.

12. Die besondere Aufgabe der Partei hinsichtlich der Genossenschaften

Angesichts der besonders wichtigen Rolle, die die zur freien Mitgliedschaft übergegangenen Genossenschaften spielen sollen, hält der Parteitag die Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit in den Genossenschaften und die Auswahl der besten Wirtschaftler und Parteimitglieder für die genossenschaftliche Arbeit in allen Gliedern der genossenschaftlichen Organe von unten bis oben für eine besonders wichtige Spezialaufgabe der Kommunistischen Partei, ihres Zentralkomitees und der örtlichen Organe. Besondere Aufmerksamkeit ist der Heranziehung der Arbeiter des Lenin-Aufgebots zum Aufbau der Genossenschaft zu widmen. Die ZKK und die Arbeiter- und Bauerninspektion, die örtlichen Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und die Kontrollkommissionen müssen in der nächsten Periode ihre Aufmerksamkeit auf die sorgfältige Überprüfung und das Studium der Erfolge und auf die praktische Arbeit des Genossenschaftswesens richten.

Über die Arbeit auf dem Lande

1. Die Politik der NÖP hat sich auch auf dem Lande im wesentlichen ganz und gar gerechtfertigt: die Produktivität der Landwirtschaft und der Wohlstand der breiten Bauernmassen schreitet, wenn auch langsam, so doch ununterbrochen vorwärts. Die Ergebnisse, die schon erzielt wurden (Erweiterung der Aussaatflächen, beginnende Liquidierung der Weitfelderwirtschaft und Langfelderwirtschaft, die massenhafte Inangriffnahme der Bestellung der Bodenabschnitte und Rodeländereien durch die Bauern, das Bedürfnis der Bauern, die Wirtschaft zu verbessern, die verstärkte Organisation von Genossenschaften und Artels durch die Bauern), bringen mit sich, daß vornehmlich die mittleren und wohlhabenden Schichten der Bauernschaft einen höheren Lebensstandard erreichen. Daneben wächst die Dorf-

mut, vollzieht sich eine Differenzierung des Dorfes.

Die Eigenart der auf dem Lande vor sich gehenden Differenzierung besteht darin, daß ihr Grundelement bis jetzt nicht so sehr der Boden, als Handel, Vieh und Inventar ist, die zu einem Instrument der Akkumulation und zu einem Mittel der Ausbeutung der wenigbesitzenden Elemente verwandeln. Daneben ist ein Zunehmen der Artels, der Kollektive und Gemeinschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung und zum kollektiven Ankauf von Inventar festzustellen; weiter ist festzustellen, daß die gesellschaftliche Arbeit stärker angewendet wird.

All das findet seinen politischen Ausdruck in der Verstärkung der Aktivität nicht nur der minderbemittelten, sondern auch der wohlhabenderen Schichten auf dem Lande.

2. Bei der Lösung der Frage der Arbeit der Partei auf dem Lande muß man von der für die ganze historische Periode grundlegenden Aufgabe - von der Verwirklichung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, - ausgehen.

Die weitere Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft, der Kampf gegen eine Reihe von Mängeln in ihr, die bei unserem Elend und unserer Zerrüttung unvermeidlich sind, muß auf der Grundlage der weiteren Entwicklung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der staatlichen Industrie mit der Landwirtschaft erfolgen.

3. In der wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes sind zwei Entwicklungslinien festzustellen: die eine Entwicklungslinie - die kapitalistische, wo auf dem einen Pol Kapital aufgehäuft wird und auf dem anderen - Lohnarbeit und Elend herrschen. Die andere Entwicklungslinie - wo die Bauernschaft durch die verständlichsten, leichtesten und am meisten zugänglichen Methoden des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zum Sozialismus geführt wird. Das Bestehen der Sowjetmacht, die Abschaffung des Privateigentums am Boden, die Konzentrierung des Kredits in den Händen des Arbeiter- und Bauernstaates und die staatliche Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft erleichtern die Entwicklung der Landwirtschaft gerade auf diesem zweiten Weg. Die Grundlinie der Partei in dieser Frage ist

die eine gewaltige Rolle beim Aufbau des Sozialismus spielen sollen, konzentriert.

4. Nur der genossenschaftliche Zusammenschluß, die Vergenossenschaftung der Produzenten kann die zweiseitige Aufgabe lösen, die vor der Partei und der Sowjetmacht auf dem Lande steht: das Streben nach weiterer maximal möglicher Vergrößerung der Produktion der Landwirtschaft fortzusetzen und gleichzeitig die Unterstützung der landarmen Elemente auf dem Lande zur Hebung ihrer Wirtschaft und Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulaken in immer größerem Maße zu entwickeln. Der formale Widerspruch, der sich aus der Notwendigkeit ergibt, beide Aufgaben gleichzeitig zu lösen, kann nur durch jenes Anwachsen des wirklichen genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu einer Massenbewegung gelöst werden, von dem Genosse Lenin geschrieben hat. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Arbeit der Produktionsgenossenschaft zu verstärken, ihre Methoden der Verbindung zu verbessern und ein für sie erschwinglicher Kredit und die materielle Hilfe des Staates usw. zu entwickeln.

Die Partei wird selbst die einfachsten Formen des Zusammenschlusses sowohl auf dem Gebiet des Einkaufs von Industriewaren als auch auf dem Gebiet des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und insbesondere auf dem Gebiet der Vereinigung dieser oder jener Elemente der bäuerlichen Produktion fördern. Die Partei wird gleichfalls auch solche einfachen Formen der gesellschaftlichen Arbeit, der "gemeinschaftlichen Arbeit" unterstützen, wie die gemeinsame Bodenbearbeitung oder die gemeinsame Mahd oder auch nur die gemeinsame Nutzung des Viehs bei dieser oder jener Feldarbeit, die gemeinsame Ausnutzung dieses oder jenes Betriebes, etwa von Mühlen oder Ölfabriken, und durch agronomische Ratschläge und Produktions- und Wirtschaftskredit helfen. Wirkliche Massenerfolge auf dem Gebiet der Vergenossenschaftung der Produktionsprozesse können bei den heutigen Arbeitsinstrumenten nur im Laufe einer Reihe von Jahren erreicht werden. Deshalb warnt der Parteitag vor jeder unwirtschaftlichen Eile, vor überflüssiger Reglementierung, vor jeglicher Jagd nach Formen und Zahlen, die den tatsächlichen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauernschaft oft aufhalten können. Das Maß des wirklichen Erfolges wird im Laufe der nächsten Jahre hauptsächlich das qualitative Wachstum sein. In diese Richtung muß

im letzten Artikel Lenins "Über das Genossenschaftswesen" fixiert. Lenin legte in diesem Artikel das Programm der Entwicklung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der ländlichen Bevölkerung als Hauptmethode beim Vormarsch zum Sozialismus in einem Agrarland dar:

"... da die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, da alle Produktionsmittel dieser Staatsmacht gehören, ist bei uns wirklich nur die Aufgabe übriggeblieben, die Bevölkerung in Genossenschaften zu organisieren... Mit der NÖP haben wir dem Bauern als Händler, dem Prinzip des privaten Handels ein Zugeständnis gemacht; gerade darauf folgt (umgekehrt als man denkt) die gigantische Bedeutung der Genossenschaften. Unter der Herrschaft der NÖP ist eine genügend umfassende und genügend tiefgehende Vergenossenschaftung der russischen Bevölkerung im Grund genommen alles, was wir brauchen, weil wir jetzt jenen Grad der Vereinigung der Privatinteressen, der privaten Handelsinteressen, ihrer Überwachung und Kontrolle durch den Staat, den Grad ihrer Unterordnung unter die allgemeinen Interessen gefunden haben, der früher für viele, viele Sozialisten einen Stein des Anstoßes bildete. In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. - ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als Krämerei behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, genauso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles für die Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft Notwendige? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist."¹⁾

Die gegenwärtige Lage des Dorfes zeigt mit einer noch nie gekannten Deutlichkeit die Richtigkeit des von Genossen Lenin gewiesenen Weges und fordert, daß die Partei ihr Hauptaugenmerk in erster Linie auf die Organisation des Kleinproduzenten in Genossenschaften,

1) W.I.Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 988-989

auch die Arbeit der wichtigsten Sowjet-, Genossenschafts- und übrigen Organe gelenkt werden, die praktisch an der Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft arbeiten, um die Arbeit der Vergenossenschaftung an die Bedingungen, an den Charakter und an die Struktur der Klein- und Zwergbauernwirtschaften und der einzelnen Zweige (Vergenossenschaftung der Flachsbauern, der Ölfruchtbauern, Kartoffelverarbeitungsgenossenschaft, Waldgenossenschaft usw.) anzupassen und in der Bauernwirtschaft das genossenschaftliche Element wirklich zu verbreiten.

Unter den Maßnahmen, die von der Partei zur Festigung der Verbindung zwischen Stadt und Land ergriffen werden, muß der landwirtschaftliche Kredit einen zentralen Platz einnehmen.

Das weit verzweigte System des landwirtschaftlichen Kredits, das durch die Ausgabe von Mitteln gefestigt wird, die von der zu eröffnenden Zentralen Landwirtschaftsbank über die Gesellschaften für landwirtschaftliche Kredite, über die Produktions- und Kreditgenossenschaften, insbesondere über ihr unteres Netz, den Bauernwirtschaften zugeleitet werden, wird ein wirksames Instrument bei der Regelung der Wiederherstellung der Landwirtschaft und ihrer besseren Unterstützung für die Schichten der armen und Mittelbauern in den Händen der Partei sein.

Der Parteitag bestätigt den Beschluß des Plenums des ZK über die Freigabe von Mitteln für die Landwirtschaftsbank und hält es für notwendig, diesen Beschluß im Laufe der nächsten 6 Monate durchzuführen. Gleichzeitig ist es notwendig zu erreichen, daß die Prozente, die vom Bauern für den Kredit erhoben werden, möglichst niedrig sind.

Das auf diese Weise zu organisierende System des landwirtschaftlichen Kredits bietet die Möglichkeit, die Initiative der örtlichen Partei- und Sowjetorganisationen zu entwickeln und die breitesten Schichten der Bauernschaft zum Aufbau des sowjetischen Kreditwesens heranzuziehen.

Der Parteitag beauftragt alle örtlichen Parteiorgane, den im Aufbau befindlichen Organisationen des landwirtschaftlichen Kreditwesens größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen und Anleitung zu geben.

5. In Verbindung mit der vor sich gehenden Differenzierung innerhalb der Landwirtschaft ist die Frage, mit welchen Methoden die wirtschaftlich schwache Schicht des Dorfes die reale Möglichkeit, Mitglied der Genossenschaft zu werden, erhält, besonders wichtig.

Eine Reihe von Errungenschaften auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens wird durch die weitere Entwicklung der Arbeit der Komitees für gegenseitige Hilfe und die entsprechende Verknüpfung mit der Arbeit der Genossenschaft möglich gemacht. Ihre gegenwärtige Arbeit auf dem Gebiet der Selbsthilfe für die Bevölkerung, die in erster Linie den wirtschaftlich schwachen Bauern interessiert und die den wirtschaftlich schwachen Bauern durch gemeinsame Interessen mit dem Mittelbauer verbindet, schafft die Grundlage für die weitere Entwicklung der Komitees für gegenseitige Hilfe. Trotz großer Mängel in der Arbeit der Komitees für gegenseitige Hilfe und trotz des Vorhandenseins einiger Bauernkomitees, die nur auf dem Papier bestehen, was bei der ungenügenden Aufmerksamkeit der Partei deren Arbeit gegenüber unvermeidlich war, wird ihre Arbeit in einigen Orten jetzt faktisch bedeutend stärker.

Ohne die gegenwärtigen Funktionen auf dem Gebiet der individuellen Hilfe und der gesellschaftlichen gegenseitigen Hilfe für die Bevölkerung außer Kraft zu setzen, sondern sie im Gegenteil zu entwickeln (Hilfe für die Familien der Rotarmisten, für Invaliden, Abgebrannte, Opfer des Krieges, Waisen, gesellschaftliches Aufpflügen, Getreidevorratsmagazine, Unterstützung der Schulen, Dorflesestuben und Kinderkrippen, Invalidengenossenschaften usw.), ist es gleichfalls notwendig, daß in ihrer Arbeit folgende durch die örtliche Erfahrung ermittelte Aufgaben entwickelt werden:

a) die Vereinigung der wirtschaftlich schwachen Bauern zu Genossenschaften, die Betreuung der wirtschaftlich schwachen Bauern durch diese Genossenschaften und die Verbesserung und Hebung ihrer Wirtschaft; die Einbeziehung der wirtschaftlich schwachen Schichten des Dorfes in die Genossenschaft und die Erleichterung des Zugangs zur Genossenschaft für diese Schichten (Erwerbung von Anteilen usw. aus gesellschaftlichen Mitteln); die Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Bauern unter Ausnutzung der Möglich-

keiten, die durch die Genossenschaft gegeben sind, für die Verbesserung und Hebung ihrer Wirtschaften durch Hinweis auf Wirtschaften, denen der Kredit die Möglichkeit, die Wirtschaft wiederherzustellen und zu entwickeln, geben kann; die Förderung der Gewährung maximal möglicher Vergünstigungen bei der Ausnutzung der Dienste der Genossenschaft; die Verstärkung des Einflusses der wirtschaftlich schwachen Bauern in den Organen der Genossenschaft durch Beförderung der Tüchtigsten und Ehrlichsten unter den wirtschaftlich schwachen Bauern auf verantwortliche Posten in der Genossenschaft und schließlich die Propagierung der Rolle und Bedeutung der Genossenschaft unter den wirtschaftlich schwachen Bauern;

b) die Verteidigung und Wahrung der durch das Gesetz gewährten Vergünstigungen für den wirtschaftlich schwachen Bauern (Steuervergünstigung bei der Abgabe von Holz und beim Übergang zu kultivierten Methoden der Wirtschaftsführung, der rationellen Bodenausnutzung usw.);

c) die Heranziehung der wirtschaftlich schwachen Bauern und Weckung ihrer Initiative zur Organisierung von einfachen Vereinigungen um die am meisten zugänglichen Methoden der gesellschaftlichen Arbeit (gemeinsamer Erwerb und gemeinsame Nutzung des Inventars und der Maschinen, Ölpres- und Fischfangartels, Sicherung der vornehmlichen Gewährung von Krediten in Form von Maschinen, Inventar, Vieh usw., die kollektive Nutzung derselben durch Gruppen von Wirtschaften der wirtschaftlich schwachen Bauern usw.);

d) Unterstützung bei der Beförderung wirtschaftlich schwacher Bauern auf Posten im Dorfsowjet.

Auf der Grundlage dieser Arbeit, die somit auf der Basis der gegenwärtigen fürsorglichen Arbeit der Komitees für gegenseitige Hilfe erwächst, können und müssen sie, wenn sie die wirtschaftlich schwachen Bauern als Hauptkern zusammenfassen und zugleich auch die Mittelbauernschaft mit einbeziehen, zu Organisationen werden, die den genossenschaftlichen Zusammenschluß der überwiegenden Mehrheit der Bauernschaft und die Entwicklung der Arbeit zur Verbreitung der Kollektive fördern.

e) Da die Landarbeiter in ihrer Mehrzahl Halbbauern sind, ist es besonders wichtig, daß die Arbeit des Allunionsverbandes der

Land- und Forstarbeiter mit den Organisationen für gegenseitige Hilfe koordiniert und ihre Organisierung zur Erleichterung und Entwicklung des Bündnisses der Landarbeiter und der armen Bauern mit den Mittelbauern gegen die wachsende Oberschicht der Kulaken unterstützt wird.

6. Die Lösung dieser Aufgabe verlangt maximale Wendigkeit und Aufmerksamkeit. Die Komitees für gegenseitige Hilfe müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer Organisation werden, die den wirtschaftlich schwachen Elementen des Dorfes hilft, sich wirtschaftlich zu verbessern. Die Durchführung der genannten Maßnahmen erfordert eine ernste Arbeit der Parteiorgane innerhalb der Partei zur Klärung der Rolle der Komitees und ihrer Struktur, zur Verstärkung des Einflusses der Partei auf die Arbeit der Komitees, erfordert organisierte Neuwahlen ihrer Präsidien und die Erläuterung ihrer Ziele, ihrer Struktur und ihrer Arbeitsmethoden vor der Bauernschaft. Die Organisation der Komitees muß auf den Prinzipien der Wählbarkeit aufgebaut sein. Der Notwendigkeit, die Organe der Sozialfürsorge zu stärken, muß ernste Aufmerksamkeit gewidmet werden.

7. Der Parteitag stellt fest, daß eine Reihe von Gesetzen, die die Interessen der ärmsten Schichten des Dorfes wahren, wegen der Mängel des Sowjetapparates und der relativen Rückständigkeit der armen Bauern auf dem Lande unbekannt sind. Angesichts dieser Tatsache macht es der Parteitag allen Partei- und Komsomolorganisationen auf dem Lande zur Pflicht, in ihrer Arbeit und in der Arbeit der Sowjetorgane, in erster Linie über die Komitees für gegenseitige Hilfe, anzustreben, daß die durch Gesetz festgelegten Vergünstigungen für die ärmsten Schichten des Dorfes (auf dem Gebiet der Steuervergünstigungen für den armen Bauern, der bevorzugten Abgabe von Holz, der Verteilung von Saatgutanleihen, von Krediten, des Verbotes der Besteuerung des Bodens der armen Bauern, der von ihnen faktisch verpachtet ist usw.) verwirklicht werden.

8. Die Erfahrung der ukrainischen Komitees der Dorfarmut ist im wesentlichen unter den Bedingungen in der Ukraine gerechtfertigt. Die Komitees der Dorfarmut haben sich aus einer politischen Kampforganisation, die in den Jahren 1920 und 1921 die Macht der armen

Bauern auf dem Lande verwirklicht hat, in eine Organisation von Produktionstypus verwandelt. Die beginnende Mitwirkung der Komitees der Dorfarmut beim Zusammenschluß der armen Bauern zu Kollektiven muß größtmöglich entwickelt werden. Die Hauptaufgabe der Partei ist die aufmerksame Pflege der Keime der genossenschaftlichen Artelwirtschaft, die in der Ukraine vorhanden ist, und die Einbeziehung der armen und Mittelbauern in sie. Die erfolgreiche Entwicklung dieser Arbeit ist nur möglich, wenn das Bündnis der armen Bauern mit den Mittelbauern verwirklicht wird, dem muß auch die politische und wirtschaftliche Arbeit der Dorfarmut dienen. Der Schwerpunkt der staatlichen Hilfe für die Dorfarmut muß auf die Gewährung von Krediten für alle Formen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses (Vergenossenschaftung und Kollektivierung) verlagert werden, wobei in erster Linie die einfachsten Formen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern zu fördern sind. Der selbständige wirtschaftliche Zusammenschluß der armen Bauern muß auch in seinen einfachsten Formen zur hauptsächlichsten wirtschaftlichen Arbeit der Komitees der Dorfarmut werden.

9. Der Parteitag stellt fest, daß es notwendig ist, die Arbeiten zur rationellen Bodenausnutzung mit allen Mitteln zu entwickeln. Bei den noch vorhandenen Gemengelagen, der Weit- und Langfelderwirtschaft ist ein wirklicher Aufschwung der Bauernwirtschaft und die weitere Entwicklung ihrer Produktivkräfte nicht möglich. Die Unterstützung für die ärmsten Teile der Bauernschaft muß entwickelt werden, damit ihnen die Möglichkeit gesichert wird, die Bodenbewirtschaftung zu rationalisieren, um ihre Wirtschaft zu verbessern: Um in möglichst kurzer Frist wirkliche Erfolge zu erzielen, sind die Verstärkung und Auffrischung des vorhandenen Fachpersonals für die Rationalisierung der Bodenbewirtschaftung, die Hebung der Qualifikation der Bodenrationalisatoren, die allmähliche Veränderung des Systems ihrer Bezahlung, ihre Heranziehung zur kulturellen und gesellschaftlichen Arbeit auf dem Lande neben der Auswahl und Heranziehung von Bodenrationalisationskadern, die aus Kommunisten und Komsomolzen bestehen und eine Reihe notwendiger Methoden der kulturellen und gesellschaftlichen Arbeit in diese Angelegenheit einführen können, notwendig.

10. Die Arbeit des Allrussischen Verbandes der Land- und Forstarbeiter hatte im letzten Jahre besonders in der Ukraine, im Südosten, im Wolgagebiet, in Kirgisien und in einigen anderen Gebieten eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen.

Die Arbeit des Allrussischen Verbandes der Land- und Forstarbeiter muß entsprechend der Resolution des XII. Parteitags weiterentwickelt, verstärkt und unterstützt werden.

Dabei muß man jedoch auf Grund der schon geleisteten Vorbereitungsarbeit berücksichtigen, daß die Verstreutheit der Landarbeiterschaft auf dem flachen Lande, die Losgelöstheit von den kulturellen Zentren und Verkehrswegen, die Schwierigkeit des Herankommens an den Landarbeiter und eine Reihe zutage getretener schädlicher Abweichungen in den Methoden der Verteidigung der Interessen der Landarbeiterschaft für ihre Überwindung einen hinreichend fähigen und umfangreichen Bestand an hauptamtlichen Funktionären, an Organisatoren der Landarbeiterschaft und eine umfangreiche sorgfältige Vorbereitungsarbeit zur Registrierung und allmählichen Erfassung der Landarbeiter und Landarbeiterinnen durch die Gewerkschaft auf dem Wege von Arbeitsverträgen, der Bildung von Gewerkschaftszellen der Landarbeiter im Dorfe, der Erweiterung der landwirtschaftlichen Arbeitsinspektion, der breiten Aufklärungsarbeit und ihrer Heranziehung zum gesellschaftlichen Leben erfordern.

In Verbindung damit ist es dringend notwendig, daß die Partei die Frage der raschesten Hilfe für den Allrussischen Verband der Land- und Forstarbeiter mit Kräften und Mitteln zur Verstärkung seiner Arbeit sowohl unter den von ihm vereinigten Land- und Forstarbeitern (Sowjetwirtschaften, Versuchsstationen, Gestüte und Förstereien) als auch unter der Landarbeiterschaft sowie unter den für die Wiederherstellung der Bauernwirtschaft ebenso wichtigen ländlichen Spezialisten (Agronomen, Bodenvermesser, Melioratoren und Forstwissenschaftlern) löst.

Der Parteitag beauftragt die kommunistische Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, dem Allrussischen Verband der Land- und Forstarbeiter und seinen Organen größtmögliche Unterstützung zu erweisen. Gleichzeitig muß auf dem Lande die Arbeit

kulturellen Arbeit den Lehrern näherzukommen.

12. Die erfolgreiche Lösung der Hauptaufgabe der Partei hinsichtlich der Verbesserung ihres Mitgliederbestands - die Aufnahme von 200 000 Arbeitern aus der Produktion, die die Anspannung aller Kräfte der Partei erfordert hatte, brachte eine vorübergehende Einstellung der Aufnahme anderer Schichten in die Partei mit sich. Die gegenwärtig schon erzielten Ergebnisse gestatten es, diese zeitweilige Unterbrechung aufzuheben und auf der Grundlage des Beschlusses des XII. Parteitages die Aufnahme von Bauern in die Partei wieder aufzunehmen. In die Partei sollen Landarbeiter, wirtschaftlich schwache Elemente der Bauernschaft und die besten Mittelbauern aufgenommen werden, die die Schule der Roten Armee durchlaufen und Partei und Sowjetmacht durch die Tat aktiv unterstützt haben. Insbesondere sollen diejenigen Neuerer des Dorfes aufgenommen werden, die, ohne Lohnarbeiter zu beschäftigen und ohne einen anderen Bauern auszubeuten, zu kulturvollen Methoden der Führung der Landwirtschaft und zu den kollektiven Formen übergehen und somit dem ganzen Dorf ein Vorbild und Beispiel geben. Die Einbeziehung der werktätigen Bauern und der Landarbeiter der Ostvölker in die Partei ist eine dringliche Aufgabe der Partei.

13. Besondere Bedeutung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erlangt die Komsomolorganisation auf dem Lande. Die in den letzten Monaten zu verzeichnende Einstellung der Aufnahme von Bauern in den Komsomol muß unbedingt beseitigt werden. Der Komsomol muß die fortschrittlichsten Schichten der Bauernjugend (Jungen und Mädchen), der Landarbeiter und wirtschaftlich schwachen Bauern (in erster Linie) und den besten Teil der Mittelbauern aufnehmen.

Die Arbeit der Komsomolorganisationen auf dem Lande muß sich von rein verwaltungsmäßiger Arbeit und reiner "Kultur"-Arbeit in Richtung der aktiven Teilnahme am gesamten gesellschaftlichen Leben des Dorfes, in erster Linie an seinem kulturellen Leben (Mitarbeit bei der Beseitigung des Analphabetentums, Aufklärungslokale, Dorflesestuben und Bauernschulen) und an der gesellschaftlich wirtschaftlichen Arbeit entwickeln, die die für die Bauern verständlichsten und für sie nützlichsten Ergebnisse zeitigen kann (Ausbesserung von Brücken, Feuerwehr, die elementarsten und einfachsten

aller Verbände, deren Mitglieder mit dem Dorf in Verbindung stehen, entwickelt werden. Zur Realisierung der Lenkung und Entwicklung dieser Arbeit beauftragt der Parteitag die Fraktion des Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, beim Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion eine große Kommission zu bilden und einen der angesehensten Genossen an ihre Spitze zu stellen.

11. Die zu verzeichnende Zunahme der gesellschaftlichen Aktivität der ländlichen Intelligenz (Revieragronomen, Landvermesser, Forstspezialisten und Lehrer) erfordert aufmerksames Studium und Einwirkung der Partei zur politischen Erziehung dieser Elemente und zu ihrer Einbeziehung in den allgemeinen Strom der Sowjetarbeit. Durch die Arbeit unter den Agronomen muß erreicht werden, daß der Agronom zur Betreuung einer Bauernwirtschaft, insbesondere einer Bauernwirtschaft, die zu kultivierteren Methoden oder zu gesellschaftlichen Formen in der Wirtschaft übergegangen ist, herangezogen wird. Der organisatorische Zusammenschluß der Agronomen um die Sektion des Allrussischen Verbands der Land- und Forstarbeiter, die Organisation von Wiederholungskursen für sie, die Überprüfung, Auswahl und Verstärkung der Agronomen, die wirklich auf dem Lande arbeiten und die Verbesserung ihrer materiellen Lage müssen erreicht werden. Es ist besonders wichtig, daß die Parteiorganisationen und die Organisationen des Komsomol auf dem Lande sich kameradschaftlich um den Revieragronom kümmern und ihm Hilfe und Unterstützung bei der Durchführung von Maßnahmen der Agrikultur unter der Bauernschaft erweisen und ihn besonders zur Betreuung der Dorfschule heranziehen. All diese Maßnahmen müssen auch gegenüber den übrigen Fachleuten des Dorfes (Landvermesser, Forstwirtschaftler und Melioratoren) allmählich von der Partei ergriffen werden.

Die offensichtliche Wendung der Lehrerschaft zur Sowjetmacht und zur Partei macht eine umfassendere Einbeziehung des Lehrers in den Rahmen der sowjetischen Öffentlichkeit möglich. Das Gehalt des Landlehrers muß erhöht, die Arbeit zur Umerziehung und Umbildung der Landlehrer muß verstärkt werden; er ist zu allen Formen der kulturellen Arbeit der Partei auf dem Lande heranzuziehen. Insbesondere muß die Landbevölkerung mit Zeitungen und Büchern versorgt werden, wobei der Komsomol die Aufgabe hat, auf der Grundlage der

Formen der gesellschaftlichen Arbeit, Anwendung und Propagierung der verständlichsten Methoden zur Hebung des kulturellen Niveaus der Wirtschaft usw.). Die Betreuung der Dorfkomsomolzellen durch die Stadtorganisationen des Komsomol muß verstärkt werden.

14. Nicht weniger wichtig ist die Aufgabe, an der Einbeziehung der Bäuerinnen in das gesellschaftliche Leben des Dorfes mitzuwirken. Dazu ist es notwendig, die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen systematisch zu festigen und ihre Entwicklung zu fördern, mitzuwirken, daß Bäuerinnen für die wählbaren Organe der Sowjets, Genossenschaften usw. aufgestellt werden und daß sie zur Arbeit dieser Organe herangezogen werden. Besonders wichtig ist die Unterstützung der Organisation und Aufklärung der Bäuerinnen durch die Delegiertenversammlungen hinsichtlich jener Formen der gesellschaftlichen Arbeit, die den rückständigsten Schichten am verständlichsten und zugänglichsten sind (Kampf gegen selbstgebrannten Schnaps, Krippen, medizinische Hilfe). Angesichts der sehr unbedeutenden Zahl von Bauernmädchen im Komsomol müssen die Komsomolorganisationen ihre Arbeit darauf richten, mehr Bauernmädchen für den Verband zu werben.

Die Reorganisation und Verbesserung des unteren Sowjetapparates muß ebenfalls die Veränderung des Verhältnisses dieser Organe zu den Rechten und Interessen der Massen der Bäuerinnen berücksichtigen. Die zu beobachtenden Tatsachen, daß die Interessen der Bäuerinnen als Mutter und Hausfrau ignoriert werden, das formale Verhältnis der Gerichtsorgane zu ihr, die Verletzung der elementaren Rechte der Bäuerin als vollberechtigte Bürgerin müssen von der sowjetischen Gesetzgebung mit aller Strenge beseitigt werden.

15. Das Lenin-Aufgebot der Partei, durch das auch zahlreiche Gruppen von Arbeitern, die mit dem Dorf in Verbindung stehen, in die Partei gekommen sind, muß zur Verstärkung der Patenschaftsarbeit größtmöglich ausgenutzt werden. Neben den früheren Formen der Patenschaft (nach den Zellen) müssen auch die neuen Formen entwickelt und erprobt werden, die in Leningrad und Moskau aufgekommen sind (Landsmannschaften) sowie die großen Arbeitergesellschaften für den kulturellen Zusammenschluß von Stadt und Land (Leningrad). Die Parteikomitees müssen die Anleitung der Patenarbeit

verstärken, damit diese Arbeit planmäßig und systematisch durchgeführt wird; wobei der Patenschaft der Charakter einer kulturellen und politischen Hilfe des Arbeiters für den Bauern verliehen werden muß. Insbesondere ist es notwendig, regelmäßige Beratungen aller Arbeiter, die Patenschaftsarbeit auf dem Lande geleistet haben, gemeinsam mit den Funktionären der Staats-, Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Parteiorgane, die die Arbeit auf dem Lande leisten, zu organisieren. Die Organisation des Dorfes kann in vielen Fällen in den Städten durch die Arbeiter beginnen, die mit dem Dorf in Verbindung stehen.

16. Durch die Erweiterung des Milizaufbaus werden der Arbeit der Partei auf dem Lande und der Festigung des Einflusses der Sowjets neue Wege eröffnet. Die territorialen Formationen, die ausschließlich die wirtschaftlich schwachen Schichten und die Mittelbauernschaft auf dem Lande umfassen, können und müssen zu einem Ausgangspunkt für die Vereinigung und die Aufklärung dieser Schichten sowie für die Unterstützung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus auf dem Lande werden. In den Rayons, wo es territoriale Truppenteile gibt, müssen ihre Kader als neue Form der Verbindung des Sowjetapparates und der Partei mit der Bauernschaft ausgenutzt werden. Dazu muß die organisatorische Verbindung der territorialen Kader mit den örtlichen Machtorganen und den Parteiorganisationen neben der Verstärkung der territorialen Truppenteile mit Parteikräften gewährleistet werden.

17. Besondere Aufmerksamkeit ist den Mitgliedern der Sekten zu widmen, von denen viele vom Zarismus grausam verfolgt wurden und unter denen eine große Aktivität festzustellen ist. Durch ein geschicktes Herangehen muß man erreichen, daß man die unter den Anhängern der Sekten vorhandenen bedeutenden wirtschaftlichen und kulturellen Elemente in den Strom der Sowjetarbeit lenkt. Angesichts der großen Anzahl von Sektenmitgliedern ist diese Arbeit von großer Bedeutung. Diese Aufgabe muß unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gelöst werden.

18. Jegliche Versuche, gegen die religiösen Vorurteile mit administrativen Maßnahmen, wie Schließung der Kirchen, Moscheen, Synagogen, Andachtshäuser, römisch-katholischen Kirchen usw., zu

kämpfen, müssen entschlossen liquidiert werden. Die antireligiöse Propaganda auf dem Lande muß ausschließlich den Charakter der materialistischen Erklärung der Erscheinungen der Natur und des gesellschaftlichen Lebens, denen der Bauer begegnet, tragen. Die Erklärung der Vorgänge des Hagels, Regens, Gewitters, der Dürre, des Auftauchens von Schädlingen, der Eigenschaften des Bodens, der Wirkung der Düngung usw. ist die beste Form der antireligiösen Propaganda. Zum Zentrum einer solchen Propaganda müssen die Schulen und Dorflesestuben unter der Anleitung der Parteiorganisationen gemacht werden.

Besonders aufmerksam ist darauf zu achten, daß das religiöse Gefühl des Gläubigen nicht verletzt wird, denn nur durch eine sehr lange, auf Jahre und Jahrzehnte berechnete, Aufklärungsarbeit kann der Sieg über diese Gefühle errungen werden. Ein solches behutsames Herangehen ist besonders in den östlichen Republiken und Gebieten notwendig.

19. Der Parteitag stellt fest, daß die Durchführung der Beschlüsse des XII. Parteitags auf dem Gebiet der Arbeit auf dem Lande nicht in genügendem Umfang vorangetrieben wurde; in Bestätigung der Resolution des XII. Parteitags hält der XIII. Parteitag die Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Verbesserung des Sowjetapparates auf dem Lande für besonders dringlich. "Man muß unermüdlich eine ehrliche und sorgfältige Arbeit der unteren Sowjetorgane zu erreichen suchen. Unpünktliches, nicht rechtzeitiges Zusenden einer Steuerverordnung, Bürokratismus bei der Durchführung von Rationalisierungsarbeiten des Ackerbaus oder bei der Verhandlung eines Gerichtsprozesses, ... Saufereien bei denen, die den "Kampf" gegen den selbstgebrannten Schnaps (Samogon.-D.Ü.) führen sollen, Grobheit, Bestechung und Willkür im Sowjetapparat sind eine Waffe in den Händen unserer Klassenfeinde.

Die wichtigste Aufgabe der Partei und der Sowjetmacht besteht neben der ständigen Hilfe der Partei für die besten Sowjetarbeiter in den unteren Verwaltungsapparaten darin, solche Elemente zu entlarven, die in unseren Sowjetapparat die Methoden des zaristisch-feudalen Regimes hineinbringen und die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verhindern, sie aus dem Sowjetapparat zu vertreiben, öffentliche Gerichtsverfahren ge-

gen sie durchzuführen."

(XII. Parteitag der KPR(B), Stenografischer Bericht, Punkt 5, Abschnitt 2, Resolution über die Arbeit auf dem Lande).¹⁾

Nicht minder wichtig ist die Entfaltung und Verbesserung der Arbeit der Dorfsowjets und der Amtsbezirksexekutivkomitees (Wolost'-exekutivkomitees) auf der Grundlage des einzuführenden Amtsbezirkshaushalts (Wolost-haushalts); der Einfluß der Partei muß auch in diesen Organen verstärkt werden. Mit der Aufstellung des Amtsbezirkshaushalts werden neue Möglichkeiten der Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit der Sowjetorgane der Amtsbezirke und Dörfer und der Heranziehung der ganzen Masse der wirtschaftlich schwachen und Mittelbauernschaft und der Landarbeiter-schaft zu ihrer Arbeit geschaffen. Diese Möglichkeiten müssen von der Partei größtmöglich genutzt werden.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, zur Verbesserung der Arbeit der unteren Sowjet- und Parteiorgane des Dorfes und zu ihrer Loslösung vom Einfluß des Kulaken Maßnahmen zur Verbesserung ihrer materiellen Lage zu ergreifen.

20. Der Parteitag stellt fest, daß die Unterstützung und Anleitung der Dorfzellen seitens der Parteiorgane ungenügend ist und hält es für notwendig, die kulturelle und politische Arbeit der Gouvernements- und Kreiskomitees (Ujesdkomitees) (insbesondere in den bäuerlichen Gouvernements) in größerem Maße auf die Realisierung der wirklichen Anleitung der Parteiarbeit auf dem Lande zu konzentrieren. Die noch oft zu beobachtende Führung der Parteiarbeit auf dem Lande von Kampagne zu Kampagne, ohne Berücksichtigung dessen, was in diesem oder jenem Moment für dieses oder jenes Rayon, Gouvernement oder für diesen oder jenen Kreis wesentlich ist, muß überwunden werden. Die Anleitung der Arbeit der Dorfzellen muß so gestaltet werden, daß ihre Umwandlung in einen wirklichen Vortrupp der fortschrittlichen Schichten der wirtschaftlich schwachen und Mittelbauern sowohl auf dem Gebiet des kulturellen

1) s.vorl. Ausgabe, Bd.IV, Seite 219/220

und politischen als auch auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus des Dorfes gefördert wird. Der wirtschaftliche Aufbau macht erforderlich, daß jene wirtschaftlichen und kulturellen Fragen in die Arbeit der Zellen aufgenommen werden, durch die man am leichtesten die der Partei und der Sowjetmacht nahestehenden Schichten der armen und Mittelbauernschaft um die Partei organisieren kann (Fragen der rationellen Bodenbewirtschaftung, agronomische Hilfe für die Bevölkerung, Schulen zur Beseitigung des Analphabetentums, Verbreitung und Lesen der Zeitungen usw.). Nur die Entfaltung einer Arbeit, die die Besonderheiten jedes Amtsbezirks und jedes Dorfes berücksichtigt, wird ermöglichen, die Zellen zu festigen, ihre Zusammensetzung durch die der Sowjetmacht und der Partei am treuesten ergebenden Bauern zu erweitern und die Parteiorganisation auf dem Lande in Organisatoren der sowjetischen Öffentlichkeit auf dem Lande zu verwandeln.

Die Versetzung von Kommunisten auf das Land muß systematisch durchgeführt und hierbei Freiwilligkeit und Auswahl so miteinander verknüpft werden, daß solche Kommunisten zur Arbeit auf das Land beordert werden, die sich schon als kühne Organisatoren und Funktionäre ausgezeichnet haben. Die für die Arbeit auf dem Lande vorgesehenen Kommunisten müssen eine Vorbereitungsschule durchlaufen und für konkrete, sachliche Arbeit auf dem Lande eingesetzt werden, die in diesem oder jenem Rayon von größter wirtschaftlicher, kultureller und politischer Bedeutung ist. Den Funktionären, die zur Arbeit auf das Land gesandt werden, müssen minimal befriedigende materielle Lebensbedingungen geschaffen werden.

21. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee und die örtlichen Parteiorganisationen, die Arbeit zum Studium des Dorfes, besonders in den Randgebieten und in den östlichen Republiken, weiterzuentwickeln.

Über die Kulturarbeit auf dem Lande

1. Gegenwärtig steht das Dorf an einem Kreuzweg. Es durchlebt einen Moment des Umschwungs. Das Dorf bildet sich jetzt sein neues Antlitz. Davon, wie dieses Antlitz sein wird, hängt das weitere Schicksal der Sowjetmacht und unserer Partei ab; daher ist die

Arbeit auf dem Lande im gegenwärtigen Augenblick eine der wichtigsten, dringlichsten Arbeiten.

2. Die Überprüfungen auf dem Lande, die in der letzten Zeit von der Partei, dem Hauptkomitee für politische Aufklärung und dem Komsomol durchgeführt werden, zeigen, daß das kulturelle Niveau des Dorfes sehr niedrig ist und daß die übliche Agitation und Propaganda das Dorf fast nicht berührt, da in das Dorf keine Zeitungen und Bücher gelangen, dieselben sich nicht auf das Dorf orientieren und den Bauern wenig verständlich sind.

3. Bei dem gegenwärtigen kulturellen Niveau unseres Dorfes muß jegliche politische Arbeit mit der Arbeit zur Hebung der Bildung, zur Verbreitung der elementarsten Kenntnisse und zur elementaren kulturellen Betreuung des Dorfes selbst verbunden werden.

4. Genosse Lenin hat in seinen letzten Reden wiederholt davon gesprochen, daß jetzt der weitere Vormarsch auf dem Wege zum Sozialismus nur durch den kulturellen Aufschwung des Dorfes möglich ist. Die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande ist vom Standpunkt des Sieges des Kommunismus jetzt am vordringlichsten.

5. Das seit dem XII. Parteitag deutlich zutage getretene Erwachen des Dorfes, das Streben der wirtschaftlich schwachen und Mittelbauernschaft nach Organisierung, nach Hebung ihrer Wirtschaft und nach einem allgemeinen kulturellen Aufschwung machen den gegenwärtigen Zeitpunkt für die kulturelle Arbeit auf dem Lande besonders günstig.

6. Das, was gegenwärtig auf dem Gebiet der politischen Aufklärungsarbeit auf dem Lande geleistet wird, ist zuwenig, und außerdem wird diese Arbeit äußerst unplanmäßig und zuwenig zweckentsprechend betrieben. Die Kräfte und Mittel sind zersplittert und isoliert, und deshalb führen sie zu geringeren Ergebnissen, als wenn sie nach einem allgemeinen Plan angelegt worden wären.

7. Es muß ein von der Partei bestätigter klarer Plan für die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande vorhanden sein, und sodann müssen alle Kräfte für die Verwirklichung dieses Planes eingesetzt werden.

8. Die letzten Parteitage haben die Dorflestuben der Amtsbe-

zirke als Stützpunkt und Zentrum der politischen Aufklärungsarbeit auf dem Lande anerkannt. Die organisatorische Arbeit zur Konzentrierung der Menschen um diese Dorflesestuben der Amtsbezirke, zur Anleitung aller im Amtsbezirk vorhandenen Bibliotheken, aller Lokale zur Liquidierung des Analphabetentums, Zirkel und übrigen kulturellen Aufklärungsinstitutionen muß rascher zum Abschluß gebracht werden.

Die Zeit, die seit dem XII. Parteitag verfließen ist, hat gezeigt, daß eine richtig organisierte Dorflesestube des Amtsbezirkes (die sich unter günstigen Bedingungen zu einem Volkshaus entwickelt) tatsächlich ein mit dem Leben verbundenes Zentrum ist, das bereits jetzt beträchtlichen Einfluß auf das kulturelle Leben ausübt. Die nächste Aufgabe besteht darin, diese Arbeit weiterzuentwickeln und zu festigen.

9. Die wichtigste Arbeit in der Dorflesestube muß die informatorische Arbeit im weitesten Sinne des Wortes sein. Zu diesem Zweck muß ein Informationstisch organisiert werden. Die Arbeit muß sich auf einen festen Kern der Bibliothek der Dorflesestube, auf die Arbeit der Zirkel mit einem sorgfältig ausgearbeiteten Programm, auf die Lokale zur Liquidierung des Analphabetentums, auf die Arbeit der Schulen aller Arten für Erwachsene, die durch kurzfristige praktische Lehrgänge ergänzt werden, stützen. Das Lesen der Zeitung, die Arbeit der Dorfkorrespondenten, die die Menschen lehren, sich besser in der Umwelt zu orientieren, die Wandzeitung, die diese Umwelt beleuchtet, die das öffentliche Leben des Dorfes entfaltet - das ist die Hauptaufgabe der Dorflesestube. Die Koordinierung der Arbeit der Dorflesestube mit den Bibliotheken und Wanderbüchereien in den Nachbardörfern ergänzt diese Arbeit.

10. Jegliche Kulturarbeit auf dem Lande muß mit der Arbeit der Dorflesestube verknüpft werden, die die gesamte politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande innerhalb des Amtsbezirkes umfaßt. Zur Verstärkung der Arbeit des politischen Bildungszentrums des Amtsbezirkes muß bei ihm ein Rat der Dorflesestube unter Beteiligung von Vertretern der örtlichen Bauernschaft, der Zelle des Exekutivkomitees, des Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion, der

Genossenschaften, der Verbände der Bildungsfunktionäre und der Land- und Forstarbeiter gebildet werden.

11. Die Gewerkschaften müssen in Berücksichtigung des Umstands, daß die Arbeit auf dem Lande gegenwärtig für den gesamten Staat von sehr großer Bedeutung ist, an der allgemeinen Arbeit nach einem allgemeinen Plan aktiv teilnehmen. Bei der Hebung des kulturellen Niveaus auf dem Lande können die Gewerkschaften, wenn sie die richtige Position einnehmen, eine gewaltige Rolle spielen.

12. Bei der Arbeit der Gewerkschaften auf dem Lande spielt der Bildungsfunktionär eine besondere Rolle. Unter den Bedingungen der sich vollziehenden politischen Umerziehung der Lehrerschaft kann der Dorflehrer bei entsprechender Energie und Initiative der Grundorganisation der Lehrgewerkschaft zu einer aktiven kulturellen Kraft bei der Formierung der sowjetischen Öffentlichkeit werden. Der Aufgabe der Einbeziehung der Dorflehrerschaft in die politische Aufklärungsarbeit, ihre Versorgung mit dem für die Arbeit notwendigen politischen Material (Broschüren und Zeitungen) muß daher erstrangige Bedeutung beigemessen werden.

13. Die Agronomen und Landvermesser müssen über die Organe des Verbandes der Land- und Forstarbeiter und des Volkskommissariats für Landwirtschaft zur politischen Aufklärungsarbeit herangezogen werden, und zwar so, daß sie bestimmten Dorflesestuben zugeteilt werden.

14. Das Volkskommissariat für Volksbildung, für Gesundheitswesen, die Sozialfürsorge und die anderen Sowjetorgane, die mit dem Dorf in Verbindung stehen, müssen ihre Bemühungen ebenso auf die Realisierung eines einheitlichen Planes für die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande konzentrieren.

15. Die Rote Armee muß für die Verbindung mit dem Dorf größtmöglich ausgenutzt werden. Über die Absolventen der Akademien der Roten Armee, über den Kaderbestand der Territorialtruppen, über die zur Vorausbildung Einberufenen, über die Briefe der Rotarmisten muß das Dorf an die laufenden Aufgaben des sowjetischen Staatswesens herangeführt werden.

16. Die breite politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande muß

im nächsten Jahr zur wichtigsten und vordringlichsten Aufgabe werden. Das Hauptkomitee für politische Aufklärung und seine Organe in den Orten müssen die Arbeit aller Staats- und Gewerkschaftsorgane in dieser Richtung vereinigen und bestrebt sein, alle Kräfte und Mittel auf der Grundlage eines einheitlichen, streng koordinierten Planes zusammenzufassen. In letzterem muß die Verstärkung der Arbeit der Dorflesestube an erster Stelle stehen.

Daneben konzentriert das Hauptkomitee für politische Aufklärung seine Bemühungen und die Kräfte der Staats- und Gewerkschaftsorgane und die der Organisationen, die kulturelle Patenschaften übernommen haben, vornehmlich auf:

a) die Ausarbeitung eines sorgfältig durchdachten Grundkatalogs für die Dorflesestube und zusätzlicher Kataloge über einzelne Fragen;

b) die Herausgabe der notwendigen Bücher der Bibliothek;

c) die Zusammenstellung der entsprechenden Bücher und ihre Versendung in die einzelnen Orte;

d) die Ausbildung und Neuausbildung der Leiter der Dorflesestuben über die Sowjet-Parteischulen, pädagogischen Fachschulen, pädagogischen Hochschulen und über kurzfristige Lehrgänge und Konferenzen;

e) die Herausgabe allgemeinverständlicher Anleitungen für die Funktionäre für politische Aufklärung auf dem Lande, und auf

f) die Heranziehung der gesamten Dorfbevölkerung, die in den Dorfsowjets, Dorfkomitees für gegenseitige Hilfe, Partei, Komsomol, Frauenabteilung und Gewerkschaften organisiert ist, zur Arbeit in den Dorflesestuben.

17. Der Kreishaushaltsplan hat bis jetzt nur einen sehr unbedeutenden Posten für die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit veranschlagt. Der Haushaltsplan der Amtsbezirke, der geschaffen wird, sieht dafür überhaupt nichts vor. Eine strikte Anordnung ist daher notwendig; a) über die Vergrößerung des Postens des Kreishaushaltsplans für die politische Aufklärung des Dorfes und insbesondere über die obligatorische Aufnahme des Unterhalts der Leiter der Dorflese-

stuben auf der Basis einer Dorflesestube je Amtsbezirk (des früheren, nicht vergrößerten Maßstabes) sowie des Unterhalts des Bibliothekars des Amtsbezirks und des Liquidators des Analphabetentums des Amtsbezirks in den Haushaltsplan des Kreises; b) über die Aufnahme der wirtschaftlichen Ausgaben für die Dorflesestuben und der Ausgaben für den Unterhalt des Organisators für politische Aufklärungsarbeit im Amtsbezirk in den Haushaltsplan des Amtsbezirks (auf der Grundlage des Lohnes für einen Funktionär eines vergrößerten Amtsbezirks).

18. Die Dorflesestuben müssen mit Büchern und Zeitungen zum Selbstkostenpreis versorgt werden; sie sind ihnen kostenlos zuzuschicken. Den Dorflesestuben muß auch das Recht gewährt werden, kostenlos mit den Institutionen zu korrespondieren.

19. Die Partei muß mit allen Mitteln die Schaffung solcher Bedingungen fördern, unter denen die Komitees für politische Aufklärung, ohne finanziell und durch Mangel an Funktionären gehemmt zu sein, die Arbeit auf dem Lande in einem solchen Umfang entfalten können, wie er durch die ganze gegenwärtige Situation gebieterrisch vorgeschrieben wird.

Über die Presse

1. Im vergangenen Jahr war ein Zunehmen der Auflage der periodischen Presse (von 2 Millionen auf 3 Millionen), eine Besserung ihrer materiellen Lage und eine qualitative Verbesserung und Stärkung ihrer Verbindung mit den breiten werktätigen Massen über die Arbeiter-, Dorf-, Militär- und anderen Korrespondenten, die Elemente einer wahrhaften Arbeiterdemokratie sind, zu verzeichnen. Neben den großen Errungenschaften auf dem Gebiet der Verbreitung der Arbeiter- und Parteipresse muß man auch das Wachstum der Bauernpresse mit der "Bauernzeitung" an der Spitze, die um den individuellen Abonnenten kämpft, und gewisse Erfolge in der Erhöhung der Auflage der nationalen Presse feststellen. All diese Errungenschaften müssen Ausgangspunkt für die weitere systematische Arbeit zur Steigerung der Auflage unserer Zeitungen und zur Verbesserung ihrer Qualität sein. Die Aufgabe des nächsten Jahres muß sein: kein Parteimitglied, das nicht Abonnent und Leser der Parteipresse ist; kein

einzigster Arbeiter, keine einzige Arbeiterin und kein einziger Rotarmist, der nicht die Zeitung liest; zwei Millionen Zeitungen aufs Land - mindestens eine Zeitung auf 10 Bauernhöfe.

2. Unter den gegenwärtigen Bedingungen erlangt die Presse als Mittel zur Erziehung und Organisierung der werktätigen Massen besonders große Bedeutung. Die Verbindung der Presse mit den Massen muß verstärkt werden. Die Presse muß an die Massen herangetragen und das Schwergewicht auf die Erläuterung der Grundfragen des Lebens der Millionen Arbeiter und Bauern konzentriert werden. Abhängig davon müssen die Aufgaben und der Inhalt der Partei-, Arbeiter- und Bauernzeitungen und -bücher für die entsprechenden Schichten festgelegt werden.

3. Entsprechend dem kulturellen und politischen Wachstum der Arbeiterklasse muß die Presse der Arbeitermassen die Fragen der Politik und Wirtschaft (internationale Lage der UdSSR, Weltbewegung der Arbeiter, Fragen des Finanzwesens, der Genossenschaft und des Handels, des Arbeitslohns, der Industrie und Landwirtschaft, der Tätigkeit der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion zur Verbesserung des Staatsapparates) verstärkt und tiefer behandeln und sie dabei mit den Fragen des Lebens in den Betrieben und der Produktion verbinden (Erfahrung der "Gudok"- "Sirene" d.Red.). Die Arbeiterpresse muß auch die Ansprüche der Leser auf dem Gebiet der Allgemeinbildung befriedigen und systematisch Fragen der Wissenschaft, der Technik, der Literatur (Feuilleton, Übersichten, Bibliographien) behandeln. In den Arbeiterzeitungen muß das Leben des Dorfes unter dem Gesichtswinkel der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft systematisch dargestellt werden.

Weitere Arbeit an der Verbesserung der Sprache der Zeitungen und kühne Verknüpfung eines Maximums an einfacher und klarer Darlegung mit Bedeutsamkeit und Ausführlichkeit des Inhalts ist notwendig.

4. Eine überaus wichtige Aufgabe der Arbeiterpresse ist die Betreuung des Lenin-Aufgebots, seine Erziehung im Geiste des Bolschewismus und seine Einbeziehung in die praktische Arbeit (Partei- und gesellschaftliche Arbeit).

In Zusammenhang damit ist es notwendig, eine Massenparteizeitung für die gesamte Sowjetunion zu schaffen und zugleich die Auseinandersetzung mit Fragen der Parteipolitik, des Parteaufbaus, des Parteilebens und der Propagierung des Leninismus in allen Organen der Presse der Arbeitermassen zu verstärken.

5. Der Parteitag hält für notwendig, es unserer Partei- und Sowjetpresse und unserer Gewerkschaftspresse zur Pflicht zu machen, die Arbeit der Genossenschaften, insbesondere ihrer unteren Organe, und die sachliche Gestaltung der genossenschaftlichen Propaganda besonders sorgfältig zu untersuchen, wobei die wirklichen praktischen Errungenschaften, die Initiative und Erfahrung der einzelnen Orte festgestellt, Spekulation und Übergriffe des privaten Handelskapitals entlarvt, die Massen zum Kampf gegen das Privatkapital vereint und zugleich alle Mißbräuche, Bürokratismus, Nachlässigkeit und falsche Durchführung der übertragenen Aufgaben (Warenortiment, Spesen) beim genossenschaftlichen Aufbau einer strengen Kritik unterzogen werden müssen. Es ist notwendig, daß die Parteiorgane der Genossenschaftspresse mehr Beachtung schenken und daß die Genossenschaftspresse durch Parteifunktionäre unterstützt wird.

6. Der Parteitag stellt mit Befriedigung die bedeutenden Erfolge fest, die die "Prawda" auf dem Gebiet der Erweiterung der Auflage und der Verbesserung ihres Inhalts, insbesondere in der Erörterung der Fragen des Parteilebens, errungen hat. Der Parteitag beauftragt das ZK, das Zentralorgan der Partei, die "Prawda", mit den notwendigen Kräften zu verstärken, damit es ihm möglich ist, die Grundlagen des Bolschewismus systematisch darzulegen und eine Kampagne gegen alle Abweichungen vom Bolschewismus durchzuführen. Die führenden Parteiorgane in den nationalen Republiken und großen Zentren müssen ebenfalls verstärkt und verbessert werden, wobei bei ihnen den Abteilungen "Parteileben" großer Platz einzuräumen ist.

7. Die Gewerkschaftspresse muß zur Massenpresse werden. Sie muß ihr Hauptaugenmerk auf die Befriedigung der täglichen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse konzentrieren, sie dabei mit den allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung verbinden und ihre Aufmerksamkeit in erster Linie der Arbeit der Betriebskomitees, der Delegiertenversammlungen und der

Unionsorganisationen zuwenden, ihre Autorität heben und sie mit den breiten Massen des Proletariats verbinden. Die Gewerkschaftspresse muß eine engere Verbindung mit ihrem Leser und Abonnenten herstellen (Heranziehung der unteren Gewerkschaftskorrespondenten im Massenmaßstab, Übergang zum individuellen Abonnement). Die Massenzeitschriften der Gewerkschaften müssen den Weg der Betreuung breiter Kreise der unteren Gewerkschaftsfunktionäre und fortschrittlichen Mitglieder der Verbände einschlagen. Die Parteiorgane müssen zur Verbesserung und Festigung der Gewerkschaftspresse beitragen.

8. Die Presse hat maximal umsichtig und feinfühlig auf die Forderungen und Vorschläge einzugehen, die von den Massen kommen. Die Institutionen der Arbeiterkorrespondenten ist größtmöglich zu festigen und dabei sorgfältig vor jeglichem Amtsschimmel und jeglicher Bürokratisierung zu bewahren. Die Grundform der Organisation der Arbeiterkorrespondenten muß ihre Vereinigung bei der Zeitung sein. Die Hilfe und Anleitung der Partei für die Bewegung der Arbeiterkorrespondenten muß in der Verstärkung der kommunistischen Erziehung der Arbeiterkorrespondenten, in der Unterstützung der Zeitungen bei der Auswahl der Arbeiterkorrespondenten, in der Organisation der politischen Schulungsarbeit unter den Arbeiterkorrespondenten (Zirkel, Klubs, kurzfristige Lehrgänge, Kongresse usw.) und in der Hebung ihrer Qualifikation als Arbeiterkorrespondent bestehen. Die verstärkte Aufmerksamkeit der Partei und der Gewerkschaftsverbände für die Arbeiterkorrespondenten darf sich auf keinen Fall in Bevormundung (Zensur der unteren Zellen, der Betriebskomitees usw.) verwandeln. Die Arbeit der Partei auf dem Gebiet der Bewegung der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten muß sich auf die weitere Heranziehung fortschrittlicher Kader der Arbeiterklasse zur Arbeit als Arbeiterkorrespondenten (insbesondere aus dem Lenin-Aufgebot) und auf die größtmögliche Festigung und Verstärkung der Verbindung der Arbeiterkorrespondenten mit den Massen sowohl im Produktionsprozeß als auch im täglichen Leben orientieren.

9. Die Wandzeitungen erlangen als Instrument der Einwirkung auf die Massen und als Form der Mobilisierung ihrer Aktivität immer größere Bedeutung im System unserer Presse. Die Betriebszeitungen spielen bereits eine große Rolle auf dem Gebiet der Verbesserung

der Produktion, ihrer richtigen Organisation und der Gestaltung des neuen Lebens im Kampf gegen das Analphabetentum und gegen religiösen Aberglauben. Die Arbeit an der Wandzeitung in den Betrieben muß mit allseitiger Unterstützung und unter der Leitung der Parteizellen und des Komsomol durchgeführt werden. Die Parteikomitees müssen die Arbeit der Wandzeitungen besser und stärker anleiten.

Die Wandzeitung auf dem Lande muß zu einer der wichtigsten Formen der Arbeit der Partei- und Komsomolzelle im Dorfe werden. Sie muß für die Verbesserung der Bauernwirtschaft, für die Genossenschaft, für die Hebung des kulturellen Niveaus des Dorfes, für die Interessen der wirtschaftlich schwachen Bauern, gegen die Ausbeutertendenzen des Kulaken und gegen Übergriffe der Verwaltung kämpfen. Die Wandzeitung auf dem Lande muß eng mit der Dorflestube, mit der agronomischen Station und der Schule verbunden werden.

10. Es ist notwendig, das Netz der wöchentlichen Bauernzeitungen weiterzuentwickeln, die bestehenden Bauernzeitungen zu festigen, ihre Auflage zu erhöhen, ihren Inhalt zu verbessern und die Verbindung mit der Bauernschaft durch Heranziehung von Dorfkorrespondenten im Massenmaßstab über die "Vorlesekreise", "Freunde der Zeitung", "Vorleser" usw. zu verstärken. Die Arbeit der Dorfkorrespondenten muß von der Partei und den Sowjetorganen größtmöglich unterstützt werden. Aufmerksame Behandlung der Briefe der Bauern, Weiterleitung jeder Beschwerde von Bauern innerhalb des Sowjetapparates, juristische Hilfe für die Bauernschaft, geschickte Verknüpfung der agronomischen Propaganda mit den allgemeinpolitischen und ökonomischen Problemen, insbesondere mit Problemen der Genossenschaft, und schließlich eine für die Bauernschaft verständliche Darlegung derselben ohne falsche Vereinfachung und unnötige Vulgarisierung - all das sind notwendige Qualitäten für eine Zeitung der Bauernmassen.

Für die Betreuung der Bauernschaft ist die Presse der Roten Armee und Roten Flotte von großer Bedeutung, sie muß größtmöglich verbessert werden, ihre Sprache und ihr Inhalt ist auf den jungen Menschen abzustimmen, der in die Armee eintritt. Die Versammlungen

der Territorialtruppen müssen ebenfalls umfassend für die Herstellung der Verbindung zwischen der Zeitung der Roten Armee und der Bauernzeitung mit der Bauernschaft ausgenutzt werden.

11. Es ist notwendig, dazu überzugehen, daß die Presse der nationalen Republiken in den einheimischen Sprachen herausgegeben wird. Außerdem ist zu erreichen, daß die Auflage der nationalen Presse steigt, daß ihre Verbindung mit den Massen über die Arbeiter- und Bauernkorrespondenten fester wird und daß sich der Typ einer Zeitung herausbildet, der dem Niveau der zurückgebliebenen Bauernschaft der nationalen Republiken angepaßt ist. Die nationale Presse fordert insbesondere stärkere Anleitung seitens der Partei und Verstärkung durch politisch erfahrene Journalisten aus den Reihen der Parteifunktionäre. Auf dem Gebiet des Verlagswesens muß erreicht werden, daß alle nationalen Verlage im wesentlichen zum Druck in ihren einheimischen Sprachen übergehen, daß qualitativ gute und billige Lehrbücher für die Grundschule, populärwissenschaftliche Broschüren für die Arbeiter und Bauern und eine populäre Ausgabe der Lenin-Reihe erscheinen, die den breiten Massen der einheimischen Bevölkerung verständlich ist.

12. Die sich entfaltende Arbeit des Komsomol wird bei weitem nicht genügend mit Literatur unterstützt. Das Netz der Gebietszeitungen der Jugend (der Arbeiter-, Bauern- und nationalen Zeitungen) muß gefestigt und gesichert werden. Eine gesamt-russische Komsomolzeitung ist zu gründen. Besondere Aufmerksamkeit ist den Bauern- und nationalen Zeitungen und der Erweiterung des Netzes der Korrespondenten aus der Arbeiter- und Bauernjugend zu widmen.

Die Verlagsarbeit des Komsomol muß besonders durch Verstärkung der Komsomolredaktionen durch marxistische Partei-Redakteure gefestigt werden.

Als vordringliche Aufgabe ist dem Komsomol die Herausgabe von Literatur für die Massen der Bauernjugend zu stellen. Bei der Herausgabe der Literatur für die Jugend durch die Sowjet-, Partei- und anderen Verlage muß die Anleitung durch die Partei verstärkt und strenge ideologische Konsequenz gewährleistet werden. Die gesamte Arbeit auf diesem Gebiet ist mit der Erziehungsarbeit des

Komsomol zu koordinieren. Besondere Aufmerksamkeit muß der populärwissenschaftlichen Literatur für die Jugend über die Geschichte der KPR, insbesondere den Kampf des Bolschewismus gegen den Opportunismus und die innerparteilichen Abweichungen gewidmet werden.

Die Schaffung einer Kinderliteratur unter sorgfältiger Kontrolle und Anleitung der Partei ist in Angriff zu nehmen. Momente der Erziehung zum Klassenbewußtsein, zum proletarischen Internationalismus und zur bewußten Einstellung zur Arbeit in dieser Literatur sind zu stärken. Insbesondere ist die Herausgabe der Pionierliteratur zu entfalten, wobei die Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetorganisationen zur Unterstützung des Komsomol zu dieser Arbeit herangezogen werden müssen.

13. Die bestehenden periodischen Druckschriften für Arbeiterinnen und Bäuerinnen müssen unterstützt werden, in den allgemeinen Presseorganen muß der Behandlung der Probleme der Arbeit und des Lebens der breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Mitarbeit der Arbeiterinnen und Bäuerinnen an unserer Presse (Arbeiter-, Bauern- und Gewerkschaftskorrespondentinnen) muß verbessert werden, wobei in erster Linie die "Lenin-Arbeiterinnen", die weiblichen Delegierten usw. heranzuziehen sind.

Der Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zur Mitarbeit an den Wandzeitungen ist besonderes Augenmerk zu schenken. Zur Betreuung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen müssen ebenfalls Parteimitglieder herangezogen werden, die an der allgemeinen Presse mitarbeiten.

In den östlichen Republiken ist es notwendig, in der allgemeinen Presse den Fragen der Befreiung der Frau möglichst große Aufmerksamkeit zu schenken und Maßnahmen zur Schaffung einer periodischen und nichtperiodischen Presse für die werktätigen Frauen des Ostens in den nationalen Sprachen zu treffen.

14. Die Presseerzeugnisse müssen weiter verbilligt werden. Auf dem Gebiet der Verbreitung der Bücher und Zeitungen sind die Kräfte und Geldmittel durch Entwicklung des unteren Buchhandelsnetzes auf die maximale Versorgung der breiten Massen zu konzen-

trieren, wobei alle Apparate der Verbreitung (Vertragsagenturen, Organe des Volkskommissariats für Post- und Fernmeldewesen und insbesondere die Genossenschaft) ausgenutzt werden müssen. Die Verbreitung der Presse muß verbilligt und die Anleitung der Partei auf dem Gebiet der richtigen Organisierung dieser Angelegenheit verbessert werden. Die Arbeit der Organe des Volkskommissariats für Post- und Fernmeldewesen auf dem Gebiet der Verbreitung der Presseerzeugnisse ist besonders auf dem Lande zu verbessern; die freiwilligen Massenvereinigungen zur Verbreitung von Literatur (die Vereinigungen des Komsomol), der Betriebe, die Dorfzirkel der "Freunde des Buches und der Zeitung" usw.) sind größtmöglich zu unterstützen.

15. Die finanzielle Sonderhilfe seitens des Staates muß auf die Unterstützung der nationalen Presse, der Bauernpresse und der Presse der Roten Armee, der Spezialliteratur für die Bauernmassen und der Herausgabe der Werke W.I.Lenins durch die Schaffung entsprechender Fonds aus dem Staatsbudget, für die nationalen Republiken aus den örtlichen Budgets konzentriert werden.

16. Es müssen sofort Maßnahmen getroffen werden, daß die Werke W.I.Lenins in einer großen Auflage und in allen Sprachen der Sowjetunion in einer populären Form erscheinen, wobei der redaktionellen Seite dieser Ausgaben, ihrer Verständlichkeit, Verbilligung und Verbreitung besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Die Herausgabe einer Reihe von Buchserien der Werke W.I.Lenins für die Parteimitglieder des Lenin-Aufgebots und die Parteilosen muß organisiert werden. Der Parteitag beauftragt das ZK, die Ausgabe der gesammelten Werke W.I.Lenins in russischer Sprache und der Ausgewählten Werke in allen nichtrussischen Sprachen der Sowjetunion zu beschleunigen und auf die gebührende Höhe zu heben.

17. Der Parteitag stellt fest, daß sich unsere Verlage gefestigt haben und die Tätigkeit der Verlage eine bedeutende Entwicklung genommen hat; er hält es jedoch für notwendig, die Arbeit auf folgenden Gebieten zu intensivieren; 1) zur Differenzierung (Abgrenzung) der Verlage entsprechend den Grundformen der Presse und den Typen der Ausgaben; 2) zur Entwicklung und Festigung der Verlage in den großen Zentren der nationalen Republiken und Gebiete; 3) zur Vereinigung der Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Genos-

schaftsverlage sowohl in den Zentren als auch in den einzelnen Orten mit dem Ziel, den Einfluß der Parteikomitees auf die Arbeit der Verlage zu vertiefen, ihre Verlagspläne größtmöglich zu koordinieren und die Herausgabe und Verbreitung so gut wie möglich zu organisieren.

18. Die Arbeit zur Schaffung und Herausgabe populärwissenschaftlicher und qualitativ guter Bücher und Broschüren im Massenmaßstab, die für die Arbeiter und Bauern verständlich sind, ist vorzubereiten. Dabei muß die Betreuung der breiten Massen die erste und Hauptaufgabe unserer Verlage sein. Die Herausgabe populärer und billiger Literatur für die Bauern ist zu verbessern und zu steigern, wobei dem zurückgebliebenen Leser unter der Bauernschaft und der Herausgabe von Büchern, die für das Dorf praktischen Nutzen haben und von Interesse sind, besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

Die Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Lehrbücher muß sein, endgültig gute Lehrbücher, Lehrmittel und methodische Lehrbücher, die in politischer und methodischer Hinsicht auf hohem Niveau stehen, herauszugeben. Besondere Aufmerksamkeit muß auf die Schaffung und Vorbereitung eines Sowjetlehrbuchs für die Bauernschaft gerichtet werden, das von großer kultureller und politischer Bedeutung ist, sowie auf die Vorbereitung und Herausgabe einer Serie von Lehrbüchern über politische Grundlagen und Gesellschaftswissenschaft für die Massenschulen in Stadt und Land. Das Prinzip des Staatsmonopols für die Herausgabe von Unterrichtsliteratur bleibt gewahrt, aber auch die anderen großen Partei- und Sowjetverlage müssen auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den Staatsverlagen der Unionsrepubliken zu ihrer Herausgabe herangezogen werden.

Zur Unterstützung der selbständigen Weiterbildung der parteilosen und der kommunistischen Arbeiter muß das Erscheinen entsprechender Schriftenreihen und die Herausgabe von Büchern nach dem Vorbild der Schriftenreihe "die Heimuniversität" beschleunigt werden.

Die Anleitung der kritisch-bibliographischen Arbeit unserer Verlage, der Zeitschriften und Zeitungen durch die Partei muß verstärkt werden, wobei in letzteren ständig und systematisch mitarbeitende Abteilungen zu organisieren sind und den Fragen der

Parteischulung und den Massenaufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

19. Die Hauptaufgabe der Partei auf dem Gebiet der schöngeistigen Literatur muß sich auf das Schaffen der Arbeiter und Bauern konzentrieren, die im Frozeß des kulturellen Aufschwungs der breiten Volksmassen der Sowjetunion zu Arbeiter- und Bauernschriftstellern geworden sind. Die Arbeiter- und Bauernkorrespondenten sind als die Reserven anzusehen, aus denen neue Arbeiter- und Bauernschriftsteller hervorgehen.

Die proletarischen und Bauernschriftsteller, die zum Teil von der Werkbank und vom Pflug als Schriftsteller zu uns gekommen sind und zum Teil aus jener intellektuellen Schicht stammen, welche in den Tagen der Oktoberrevolution und in der Epoche des Kriegskommunismus in die Reihen der KPR und des Komsomol eingetreten ist, sind mehr zu fördern und materiell zu unterstützen.

Besondere Aufmerksamkeit muß den Schriftstellern und Dichtern aus dem Komsomol zuteil werden, die aktiv in den Reihen der Arbeiterjugend tätig sind.

Die Hauptbedingung für das Wachstum der Arbeiter- und Bauernschriftsteller ist ihre ernsthafte künstlerische und politische Arbeit an sich selbst und ihre Befreiung vom engstirnigen Zirkelunwesen. Die Partei und insbesondere die Literaturkritiker der Partei müssen sie dabei größtmöglich unterstützen.

Zugleich ist es notwendig, die begabtesten der sogenannten Mitläufer, die durch die Schule, die gemeinsame kameradschaftliche Arbeit mit den Kommunisten erzogen werden, weiter systematisch zu unterstützen. Eine konsequente parteimäßige Kritik ist zu entfalten, die, indem sie begabte Sowjetschriftsteller hervorhebt und unterstützt, ihnen zugleich die Fehler zeigt, die sich ergeben, wenn diese Schriftsteller und Publizisten den Charakter der Sowjetordnung nur unzureichend verstanden haben, und sie zur Überwindung der bürgerlichen Vorurteile erzieht.

Der Parteitag ist der Auffassung, daß keine einzige literarische Richtung, Schule oder Gruppe im Namen der Partei auftreten kann und darf. Er betont, daß das Problem der Literaturkritik und

einer möglichst umfassenden Behandlung und Darstellung der Vorbilder auf dem Gebiet der schöngeistigen Literatur durch die Partei in der Sowjet- und Parteipresse zu regeln ist.

Der Parteitag richtet sein besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit, eine schöngeistige Literatur für die Massen der Arbeiter, Bauern und Rotarmisten zu schaffen.

20. Die wachsende Bedeutung der Presse und die Komplizierung der Ansprüche der Leser fordern von den Parteiorganisationen eine überaus sorgfältige und aufmerksame Auswahl der Mitarbeiter der Presse aus den Reihen der angesehensten Genossen, die in parteimäßiger Hinsicht erprobt und in fachlicher Hinsicht stark sind. Journalisten, die in der Partei arbeiten, müssen in der eigentlichen Pressearbeit eingesetzt werden.

Bei den Wahlen der Parteikomitees müssen insbesondere in den Industriezentren Genossen gewählt werden, die fähig sind, die Arbeit des wichtigsten örtlichen Presseorgans zu leiten. Ebenfalls muß die systematische Ausbildung neuer Funktionäre aus den Reihen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, besonders über das Staatliche Institut für Journalistik, verbessert werden. Das Institut ist durch journalistische Fachkräfte aus der Partei zu stärken. Der Ausbildung der Mitarbeiter für die nationale Presse ist besonderes Augenmerk zu widmen.

Zur Festigung und Stärkung der wichtigsten Verlage im Lande müssen die Parteiorgane ebenfalls eine sorgfältige Auswahl der leitenden Mitarbeiter, insbesondere des Redaktionspersonals, vornehmen.

21. Die erhöhte Bedeutung der Presse als Mittel der Verbindung der Partei mit den Massen erfordert die Schaffung und Festigung von Organen zur Anleitung der Presse, erfordert verstärkte Kontrolle und Lenkung durch die Partei über die Presseabteilungen und -unterabteilungen der Parteikomitees und durch die Parteikomitees als solche. Die Parteikomitees müssen sich mehr mit der Lösung aller Grundfragen der Anleitung der Presse befassen und sie in ihre planmäßige Arbeit einbeziehen. Die Verstärkung der Kontrolle und Anleitung der Zeitungen und Verlage erfordert insbesondere die Ver-

stärkung der Presseabteilungen der Gebietskomitees, der nationalen Zentralkomitees und des Büros des Zentralkomitees.

22. Der Übergang zum System der Gebiets- und Regionspartei-zeitschriften mit der Orientierung auf die Parteimitglieder unter den Mittelbauern und die Umwandlung einer Reihe von Gouvernementspartei-zeitschriften in kleine Parteibulletins ist durchzuführen. Der führende Charakter der Partei-zeitschriften vom Standpunkt der Parteierziehung ist noch mehr zu betonen, wobei in ihnen neben den Fragen des Leninismus, der innerparteilichen Praxis und des innerparteilichen Lebens auch Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus bei vornehmlicher Verwendung örtlichen Materials und der örtlichen Erfahrung behandelt werden müssen.

23. Die Parteiorgane müssen über die Presseabteilungen und Unterabteilungen im Zentrum und in der Provinz festen Kurs auf die Liquidierung aller Arten des behördlichen Schrifttums einschlagen, damit die entsprechenden Quellen für die Unterstützung der nationalen und Bauernpresse frei werden. Die Ausgaben des Staates für das behördliche Schrifttum müssen schroff eingeschränkt werden.

Über die Agitations- und Propagandaarbeit

I. Auf dem Gebiet der Agitation

1. Die günstigen Bedingungen für die Verstärkung des Einflusses der Partei unter den Arbeiter- und Bauernmassen, die durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der UdSSR und durch den Massenzustrom von Arbeitern und Arbeiterinnen der Werkbank in die Partei geschaffen wurden, erfordern eine entschiedene Wendung der Agitations- und Propagandaarbeit der Partei in der Richtung, daß eine Erweiterung und Vertiefung ihrer Massenformen sowohl innerhalb der Partei als auch unter den parteilosen Arbeitern und Bauern vor sich geht. Dies fordern auch die vor der Partei stehenden Aufgaben der Betreuung des Lenin-Aufgebots und seiner Einbeziehung in die aktive Arbeit der Partei, der Gewerkschaften und des Staates auf der einen Seite und der von der Partei eingeschlagene feste Kurs auf die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie auf

der anderen Seite.

2. In erster Linie muß die politische Agitationsarbeit unter den Massen entwickelt werden. Bei Einschränkung der Zahl der Kampagnen und ihre Reduzierung auf die wichtigsten müssen im Prozeß der gegenwärtigen Arbeit die wichtigsten internationalen und innerpolitischen Ereignisse, die wichtigsten Maßnahmen der Sowjetmacht und die wichtigsten Fragen des örtlichen Lebens ständig und regelmäßig behandelt werden, wie da sind: die Tätigkeit der Sowjetorgane, die der Gewerkschaftsorganisationen, die wirtschaftlichen Fragen der Betriebe, die Tätigkeit der Genossenschaft, der kommunalen Wirtschaften, usw. Hierbei darf die Klärung der allgemeinen Aufgaben, die vor der Partei und der Kommunistischen Internationale stehen, keineswegs herabgemindert oder eingeschränkt werden. Man muß gegen die Wiederholung allgemeiner Redensarten kämpfen, wobei ein Maximum an Konkretisierung erzielt und jede Frage mit den vorranglichen Bedürfnissen und Köten der jeweiligen Zuhörerschaft verbunden werden muß.

3. Der Eintritt von 150 - 200 000 Arbeitern von der Werkbank in die Partei, ihr Besuch von politischen Grundschulen und das erhöhte Interesse für die Partei macht es erforderlich, daß die individuelle und Gruppenagitation und -propaganda in breitem Maßstab organisiert werden muß. Ihr Haupthindernis bisher war der Mangel an Parteimitgliedern in den Betrieben. Es muß angestrebt werden, daß jeder einfache Arbeiter und jede einfache Arbeiterin, die Mitglied der Partei sind, zu aktiven Agitatoren der Partei entwickelt werden. In einzelnen Gruppengesprächen und persönlichen Aussprachen mit Arbeitern - in den Pausen, an der Werkbank, in der Wohnung usw. - müssen diese Genossen an Hand wichtiger politischer Ereignisse und bei allen Fragen, die die Arbeiter am meisten bewegen (Währungsreform, Arbeitslohn, Genossenschaft, Gewerkschaftsbewegung, Fragen der kommunalen Wirtschaft, Wohnungsfragen, Fragen der Produktionspropaganda, der Lebensweise usw.) Agitation für die Partei betreiben.

4. Die Arbeit in bezug auf die Auswahl, Ausbildung und Beförderung von Agitatoren und Propagandisten aus den Arbeiterpartei-zellen und die Anleitung ihrer Arbeit müssen verstärkt werden. Die

Arbeit der Kollektive und Roten Ecken in den Betriebsabteilungen, Kasernen, Wohnheimen und Speisesälen muß erweitert und vertieft werden. Die Agitatoren sollen regelmäßig über die Zeitungen und Zeitschriften mit dem notwendigen Material versorgt und zugleich informiert werden. Besondere Aufmerksamkeit ist der Ausarbeitung der Methodik der Agitation unter Berücksichtigung der Erfahrung der Agitatoren zu widmen. Im Rahmen der Möglichkeiten sollen die Referenten zu den einzelnen Fragen (wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen usw.) spezialisiert werden.

5. Um die gründliche Agitationsarbeit unter den Massen, die die rückständigsten Schichten erfaßt, zu erweitern und zu verbessern, muß aus den unteren, größten und wichtigsten Zellen ein Büro gebildet werden, das aus Genossen besteht, die die Agitations- und Propagandaarbeit leiten.

6. Die Neuwahlkampagnen auf dem Lande, besonders die Wahlen in die Sowjets, die man in den einzelnen Orten oft noch mechanisch durchführt, ohne die Wahlen als ein Mittel auszunutzen, die die Verbindung zur Bevölkerung herstellen und den Einfluß der Partei und der Sowjetmacht festigen, müssen sorgfältig vorbereitet werden. Die Arbeit für die agitatorische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Kampagnen zu den Wahlen in die Sowjets gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung, da wir die Tatsache zu verzeichnen haben, daß sich die Klassendifferenzierung des Dorfes verstärkt, die politische Aktivität der Kulakenoberschicht erhöht und sie Versuche macht, im unteren Sowjet- und Genossenschaftsapparat Positionen zu besetzen. Die Vorbereitungen der Neuwahlen in die Sowjets müssen rechtzeitig begonnen werden. Ebenso ist die Aufmerksamkeit für die Wahlen und Neuwahlen der Organe der unteren Genossenschaft (in Verbindung mit der Belegung ihrer Arbeit und dem Übergang zur freiwilligen Mitgliedschaft), der Bauernkomitees für gegenseitige Hilfe und der Komitees der Dorfarmut zu verstärken. Bei der Durchführung all dieser Wahlkampagnen ist es notwendig, die breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen heranzuziehen und die aktivsten weiblichen Delegierten für die Agitation einzusetzen.

7. Besondere Aufmerksamkeit muß der Durchführung der Bauern-

konferenzen unter der Leitung der örtlichen Parteiorganisationen zuteil werden, wobei die früher aufgetretenen Mängel (Mißbrauch mit der Zahl der Konferenzen, Überladung der Tagesordnung usw.) nicht wiederholt werden dürfen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Konferenzen für die Verbindung mit der Bauernschaft, für die Überprüfung des unteren Sowjetapparates und für die politische Aufklärung auf dem Lande von besonders großer Bedeutung sind. Bei der Festsetzung der Termine und der Tagesordnung sowie bei der Durchführung der Konferenzen müssen die örtlichen wirtschaftlichen, nationalen und anderen Besonderheiten des Lebens sehr aufmerksam berücksichtigt und die Wahlen sorgfältig vorbereitet werden, wobei rechtzeitig Referenten entsandt werden müssen, die es verstehen, Kontakt mit der Bauernschaft herzustellen, und die das Dorf im allgemeinen und die örtlichen Bedingungen im besonderen gut kennen. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenzen sollen sich alle Institutionen und Organisationen, die auf dem Lande arbeiten (des Exekutivkomitees, der Genossenschaft, der Bodenabteilung, der Abteilung für Politschulung), auf deren Arbeit konzentrieren. Man muß auch darauf das Augenmerk richten, daß die sachlichen Vorschläge der Konferenzen der Parteilosen durch die örtlichen Organe bei ihrer praktischen Arbeit berücksichtigt werden. Zur organisierten Durchführung der Konferenz vor den Wählern müssen Maßnahmen ergriffen werden. Die Frauen und Bäuerinnen sollen zur aktiven Teilnahme an den Konferenzen der Parteilosen herangezogen werden.

II. Auf dem Gebiet der Propaganda

8. Entsprechend dem allgemeinen Umschwung in der Arbeit der Abteilungen für Agitation und Propaganda in der Partei müssen auch auf dem Gebiet der Propaganda ihre Massenformen in den Vordergrund gestellt werden, und unter ihnen müssen die Arbeiterklubs, die Rote Ecke, die Dorflesestube (das Dorfhaus in der Ukraine) und die kulturelle Patenschaft über das Dorf den wichtigsten Platz einnehmen.

9. Gegenwärtig erhebt sich vor uns mit noch größerer Notwendigkeit als früher die Aufgabe, die Arbeiterklubs wirklich zu Zentren der

kommunistischen Erziehung der breiten Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu machen. Die Betreuung des Lenin-Aufgebots - seine Heranziehung zur organisatorischen Arbeit des Klubs, seine Umwandlung in ein Instrument zur organisatorischen Erfassung der Arbeitermassen, sein Zusammenschluß um die Aufgaben der Partei, des Staates, der Genossenschaft und der Gewerkschaften und die weitere Werbung von Arbeitern für die Partei - muß das Ziel der gesamten Klubarbeit in der nächsten Zeit werden. Diesem Ziel müssen auch alle Grundarten und Formen der Schulungs- und Erziehungsarbeit des Klubs - die sozialpolitische und wirtschaftlich-ökonomische Arbeit, die mit der Produktion und dem täglichen Leben zusammenhängende Arbeit - untergeordnet werden.

Der Klub muß auf der Grundlage der freiwilligen Mitgliedschaft, die die maximale Aktivität seiner Mitglieder gewährleistet, organisiert werden.

In den Vordergrund müssen die Formen der Klubarbeit unter den Massen treten, und ihr ist sowohl die Tätigkeit aller Zirkel des Klubs als auch die Arbeit des Klubauditoriums insgesamt unterzuordnen.

Hinsichtlich des Inhalts der Klubarbeit selbst muß die Propagierung und Darlegung der wesentlichen Aufgaben, die vor der Partei, dem Staat und den Gewerkschaften auf dem Gebiet des wirtschaftlichen, staatlichen und gewerkschaftlichen Aufbaus stehen, die Aufgaben der Taktik der Partei und Politik der Sowjetmacht auf den Grundlagen des Leninismus in den Vordergrund gestellt werden. Der Propagierung des Leninismus ist in der gesamten Arbeit des Klubs ein bedeutender Platz einzuräumen. Eine Stütze dieser Propagierung muß auch die Bibliothek des Klubs werden, wofür die Literatur entsprechend auszuwählen ist.

Bedeutende Aufmerksamkeit muß man der naturwissenschaftlichen (antireligiösen) Propaganda widmen.

Die Aufgaben der Klubs erfordern wirkliche Vereinigung der gesamten Klubarbeit unter der unmittelbaren Anleitung und Kontrolle der Partei. Diese Anleitung hat sowohl in politischer und organisatorischer als auch in methodischer Hinsicht zu erfolgen, sie muß

die Tätigkeit der Arbeiterklubs mit der Arbeit aller anderen Klubs (der Klubs der Partei, des Komsomol, der Roten Armee usw.) verbinden und über die besonderen Klubkommissionen bei den Abteilungen für Agitation und Propaganda der Parteikomitees durchgeführt werden, wobei in jedem Klub aus den kommunistischen Mitgliedern Parteikollektive zu organisieren sind, an deren Spitze die Fraktionen der Leitungen der Klubs stehen und die mit den Klubkommissionen der Parteikomitees in ständiger Verbindung stehen.

10. Bei der Gestaltung der Arbeit hinsichtlich der kulturellen Patenschaft über das Dorf muß der sich verstärkende Prozeß der Differenzierung des Dorfes berücksichtigt werden, wobei intensive Arbeit unter der Masse der Schichten der wenigbesitzenden und Mittelbauern zu leisten ist; sie sind vom Einfluß des Kulakentums loszulösen. Man muß unter ihnen für die einfachsten Formen der Kollektivierung und des Zusammenschlusses in Genossenschaften agitieren und besondere Anstrengungen bei der Unterstützung des politischen und kulturellen Aufschwungs der Landarbeiter und der Arbeiter der Sowjetwirtschaften machen.

In organisatorischer Hinsicht ist folgendes notwendig:

a) Zur Grundlage für die kulturelle Patenschaft müssen die Industriebetriebe werden. Dabei sind die Arbeitermassen, in erster Linie die Kandidaten und Mitglieder der KPR, zur Patenschaftsarbeit heranzuziehen, wobei man sich auf ihre Verbindung mit dem Dorf stützen und die gesamte Arbeit der Leitung der Parteizellen über die besonderen Patenschaftskommissionen innerhalb der Parteizelle unterordnen soll.

b) Die Arbeit jedes einzelnen Paten muß der Leitung des Parteikomitees untergeordnet werden, wofür bei den Abteilungen für Agitation und Propaganda der Parteikomitees besondere Patenschaftskommissionen zu organisieren sind.

c) Die Paten auf kulturellem Gebiet müssen sich in ihrer Arbeit in den Ortschaften und auf dem Lande auf die örtlichen Zellen der KPR und des kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion stützen. Dabei sollen sie diese Zellen darauf ausrichten, daß die selbständige Tätigkeit und Initiative dieser Zellen sowie der wirt-

schaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen des Dorfes geweckt werden und sie somit zur Festigung und Hebung der Autorität des unteren Sowjetapparates beitragen.

Die Paten auf kulturellem Gebiet müssen ihr Augenmerk einerseits auf die organisatorisch-wirtschaftliche Hilfe für das Dorf und auf die Schaffung und Festigung eines politischen Aufklärungszentrums des Dorfes - der Dorflesestube des Amtsbezirks (Dorfhaus in der Ukraine) - andererseits konzentrieren, damit dieses Zentrum der politischen Aufklärung alle im Amtsbezirk vorhandenen Kräfte und Mittel für Schulung und kulturelle Bildung vereinigt und die gesamte Arbeit der Schulung und kulturellen Bildung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Bedürfnisse auf dem Lande aufgebaut wird.

Die materielle Hilfe der Paten soll der Organisation und Festigung der politischen Schulungsarbeit (Dorflesestube, Dorfhaus, Schule, Bibliothek, Erwerb von Literatur, Zeitungen, Laterna magica, eines Wanderkinos usw.) gelten, ohne sich die unmittelbare materielle Hilfe für einzelne Bauern oder für das ganze Dorf in Form verschiedener Geschenke (Baumwollstoffe, Salz, Pflüge usw.) zum Ziel zu stecken.

11. Sowohl die Paten auf kulturellem Gebiet als auch die Dorfgzellen der KPR und des kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion müssen in ihrer politischen Schulungs- und Aufklärungsarbeit auf dem Lande alle Bemühungen auf die Heranziehung der fortschrittlichen Intelligenz des Dorfes, besonders der Dorflehrerschaft und des agronomischen Personals, zu dieser Arbeit konzentrieren und dabei einen entschiedenen Kampf gegen alle Erscheinungsformen verächtlichen Verhaltens zu ihr führen.

Die bedeutende politische Wendung unter der Dorflehrerschaft zur Sowjetmacht hin stellt der Partei die besonders wichtige Aufgabe, sie als Träger der Politik der Partei und der Sowjetmacht auf dem Lande auf dem wirtschaftlichen Gebiet, auf dem Gebiet der kulturellen Bildung und für sozialistische Fragen einzusetzen.

Dazu sollen die Parteiorganisationen in den Orten der Arbeit zur Hebung des kulturellen und politischen Niveaus der Dorflehrerschaft systematischen, planmäßigen Charakter verleihen und mit

Hilfe

1. periodisch einzuberufender Lehrgänge für die pädagogische und politische Umschulung der Lehrerschaft;
2. eines richtigen organisierten Netzes von Zirkeln von Autodidakten unter der Lehrerschaft, insbesondere von Zirkeln zum Studium der Politik der Partei und der Sowjetmacht auf dem Lande und mittels
3. Festigung und Entwicklung des Netzes der Häuser der Schulungsfunktionäre als Hauptpunkte, um die sich die gesamte Arbeit der gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Schulung der Lehrerschaft konzentrieren muß, dieses erreichen.

Eine der wichtigsten Vorbedingungen für diese gesamte Arbeit ist die Organisation der richtigen Versorgung der Lehrerschaft mit der notwendigen Literatur (mit Zeitschriften, Zeitungen, Anleitungen und Lehrmaterial).

Die Parteikomitees müssen die Arbeit unter der Dorflehrerschaft über die Fraktionen des Verbands der Schulungsfunktionäre anleiten und dabei alle Maßnahmen ergreifen, um die Organe dieses Verbands in den einzelnen Orten zu stärken.

12. Bei der Entwicklung der Massenformen ihrer Arbeit in Stadt und Land kann und muß sich die Partei in der nächsten Zeit mehr denn je auf ihren ununterbrochen wachsenden Mitgliederbestand aus der Arbeiterklasse stützen. Deshalb muß deren Vorbereitung auf die Rolle des Trägers des Einflusses der Partei unter den Arbeiter- und Bauernmassen die erste und wichtigste Sache der propagandistischen Arbeit innerhalb der Partei sein.

In Zusammenhang mit der Notwendigkeit, das Niveau der politischen Entwicklung und der politischen Kenntnisse der Parteimitglieder, insbesondere des Lenin-Aufgebots, zu heben, muß das Netz der normalen 5 bis 6 Monate dauernden politischen Grundschulen mit einem Lehrplan, in dem der Geschichte des revolutionären Kampfes und der Kommunistischen Partei, den Fragen der Taktik der Partei und des Parteaufbaus und den Grundfragen der Politik des Sowjetstaates, in erster Linie auf dem wirtschaftlichen Gebiet, der Hauptplatz eingeräumt wird, erweitert, gefestigt und mit materiellen Mitteln aus dem örtlichen Budget gesichert werden.

Der von der Partei breit organisierte Versuch der Massennarbeit mit dem Lenin-Aufgebot in Kurzlehrgängen zur Erlangung der politischen Grundkenntnisse muß von den Abteilungen für Agitation und Propaganda sowohl von der organisatorischen als auch von der methodischen Seite her für die richtige Gestaltung der weiteren Arbeit in den normalen und Kurzlehrgängen zur Erlangung der politischen Grundkenntnisse sorgfältig studiert und ausgenutzt werden.

Die propagandistischen Kräfte, die diesen Versuch durchgeführt haben, müssen in der nächsten Zeit bei den Abteilungen für Agitation und Propaganda der Gouvernementskomitees Lehrgänge zur Neuausbildung von Propagandisten durchlaufen, wobei die Hauptaufgabe dieser Lehrgänge die Ausarbeitung von Lehrplänen für die verkürzten und normalen politischen Grundschulen unter Berücksichtigung der Erfahrung der letzten Zeit sein muß.

Neben der Entwicklung und Festigung der politischen Grundschulen müssen die Parteiorganisationen die autodidaktische Arbeit (vornehmlich die Zirkelarbeit) der zur Partei gehörigen Arbeiter und der parteilosen Arbeiter mit allen Mitteln fördern und unterstützen. Hierbei ist es notwendig, daß die Arbeit der Büros für Konsultationen der selbständig Studierenden bei den Abteilungen für Agitation und Propaganda über die Arbeiterklubs näher an die Industriebetriebe herangebracht wird. Die Parteiorganisationen müssen dazu beitragen, daß für die am weitesten fortgeschrittenen Arbeiter aus der Partei Zirkel zum Selbststudium organisiert, diese mit den Büros für Konsultationen der selbständig Studierenden verbunden und die Selbstbildungsarbeit der Zirkel über sie in den allgemeinen Strom des Studiums der Grundlagen des Leninismus gelenkt werden.

Die politischen Grundschulen und die Zirkel der politischen Selbstbildung müssen zu den Grundformen der Parteigrundschulung auf dem Lande werden. Mit der bis jetzt üblichen Handwerkerlei auf dem Gebiet der Liquidierung des politischen Analphabetentums in Gestalt der politischen Zirkel muß Schluß gemacht werden. Diese Zirkel sind entweder in politische Grundschulen oder in Selbstbildungszirkel umzuwandeln.

13. Die Arbeit zur Liquidierung des politischen Analphabetentums unter den Mitgliedern und Kandidaten der KPR auf dem Lande muß nach wie vor die dringendste Aufgabe der Partei bleiben und vornehmlich in der Form der vom XII. Parteitag empfohlenen Wanderschulen vor sich gehen, deren Lebensfähigkeit und Zweckdienlichkeit im vergangenen Jahr durch die Erfahrung einiger Orte erwiesen worden ist. Die Parteiorganisationen müssen danach streben, daß diese Form der Liquidierung des politischen Analphabetentums vorherrschend wird. Zugleich muß man bei den Kommunisten und Komso molzen des Dorfes, die politische Grundkenntnisse besitzen, die selbständige Studienarbeit entwickeln. Die der Partei am nächsten stehende Intelligenz des Dorfes, besonders die Lehrerschaft, ist in sie einzubeziehen.

14. Die Organisierung der Propagandaarbeit im Massenmaßstab, ihre ständige Erweiterung und Festigung verlangen ein ununterbrochenes Steigen der Zahl der Parteimitglieder mit einem hohen politischen Entwicklungsniveau und großem politischen Wissen. Bei der Lösung dieser Aufgabe über die Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen muß die Partei zugleich der richtigen Gestaltung der Arbeit der Zirkel zum Studium des Marxismus-Leninismus große Aufmerksamkeit schenken.

Diese Zirkel werden nach zwei Richtungen aufgebaut;

1) das Studium der ökonomischen und historischen Theorie des revolutionären Marxismus, seiner philosophischen Grundlagen und 2) das Studium der Geschichte, des Programms, der Taktik, des Aufbaus der KPR und der Komintern und der Grundprobleme der proletarischen Revolution in Verbindung mit dem Leben und der Tätigkeit Lenins und auf der Grundlage seiner Lehre und seines Vermächtnisses.

Man muß berücksichtigen, daß eine fruchtbare Arbeit der Zirkel nur dann möglich ist, wenn sie einen qualifizierten Leiter und eine gut gewählte Hörschaft besitzen. Die Parteikomitees müssen in ihrer gesamten Zirkelarbeit davon ausgehen, die Zahl der Zirkel entschieden einzuschränken, um deren Arbeit qualitativ zu verbessern und sollen - da es an qualifizierten Leitern mangelt - den Zusammenschluß der Zirkel zu Abendlehrgängen mit obligatorischem Studium des Materials unter der Anleitung qualifizierter Lektoren

vorziehen.

15. Das Anwachsen und die Komplizierung der Aufgaben der Parteiarbeit, die durch den Massenzustrom von Arbeitern in die Partei in der Stadt einerseits und durch die wachsende Differenzierung des Dorfes andererseits bedingt sind, bringen die Notwendigkeit mit sich, dem gesamten System der schulgebundenen Parteischulung einen stark ausgeprägten Charakter der Parteilichkeit und der Verbindung mit der Massenarbeit der Partei zu verleihen.

Die Sowjet-Parteischule und die Kommunistische Universität müssen die Ausbildung von Parteifunktionären als ihre Hauptaufgabe betrachten. Dazu müssen sie dem Studium der Geschichte, des Programms, der Fragen des Parteaufbaus, der Taktik der Partei und besonders der sowjetischen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage des Vermächtnisses Wladimir Iljitsch Lenins besondere Aufmerksamkeit widmen.

Der gesamte Unterricht muß den Aufgaben des gegenwärtigen Kampfes und des revolutionären Aufbaus maximal nahegebracht werden. Dieser Aufgabe müssen alle Disziplinen - auch die theoretischen und historischen -, die an den Sowjet-Parteischulen und den Kommunistischen Universitäten gelehrt werden, untergeordnet werden. Die Durchdringung aller gesellschaftlichen Disziplinen mit dem Leninismus, das Studium der Beiträge Wladimir Iljitsch Lenins zu allen Fragen der revolutionären Theorie und Praxis des Marxismus muß zum unbedingt notwendigen Bestandteil der Lehrtätigkeit der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Universitäten werden.

Das System der Aufteilung des letzten, abschließenden Teils des Lehrgangs an den Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Universitäten in besondere Sektionen und Abteilungen (Sowjet- und Partei-) muß abgelehnt werden, da es nicht zweckdienlich ist und durch die Erfahrung nicht gerechtfertigt wird. Die Sowjet-Parteischule und Kommunistische Universität müssen das Parteimitglied zu einem aktiven Funktionär mit einer höheren oder geringeren Qualifikation, abhängig von der Stellung der Schule, erziehen; die Aufgaben der Spezialisierung müssen jedoch durch die Berufsschule einerseits und durch die Ausbildung in der praktischen Arbeit andererseits gelöst werden.

16. Die Gestaltung der Parteierziehungsarbeit in den Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen muß sowohl durch diese allgemeinen Aufgaben der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen als auch durch die Notwendigkeit für die Partei bestimmt sein, die Parteimitglieder dieser Schulen in möglichst großem Maße für die Arbeit unter den Massen zu verwenden.

Die Abgeschlossenheit der Sowjet-Parteischulen und der Kommunistischen Hochschulen und die für die Studenten der Kommunistischen Hochschulen besonders zu gewährende Loslösung von der Massenarbeit und dazu noch die Loslösung von der Produktionsarbeit schaffen Bedingungen, die der proletarischen Ideologie fremde Stimmungen und Abweichungen und eine gewisse Empfänglichkeit für das kleinbürgerliche Element unter ihnen hervorbringen.

Daher muß die Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Parteierziehungsarbeit der Partei unter den Hörern der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen die Gestaltung einer eng mit dem Gesamtplan der Lehrtätigkeit verbundenen, systematischen und dabei kollektiven Teilnahme der Hörer dieser Schulen an der Massenarbeit außerhalb der Schulen sein.

Diese Arbeit müssen die Parteikomitees unter Teilnahme der leitenden Organe und der Büros der Zellen der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen anleiten, und sie muß Hand in Hand mit der Lösung der Planaufgaben für die Zellen der Schulen auf dem Gebiet der organisatorischen und agitatorisch-propagandistischen Arbeit der Partei, der organisatorischen, politischen Schulungsarbeit und kulturellen Arbeit der Gewerkschaften, der Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands und der Arbeit auf dem Lande gehen. Die zweckdienlichste Form solcher Aufgaben ist die Heranziehung der Zelle und ihrer Mitglieder, in Gruppen oder individuell, zur Betreuung der Arbeiterorganisationen in den Industriebetrieben, der Arbeiterkasernen und Kasernen der Rotarmisten und -Klubs, der kulturellen Patenschaft über das Dorf und der Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands sowie die Durchführung aller Arten von Untersuchungen, die für die gegenwärtige Arbeit der Partei, der Gewerkschaften und der Sowjetorgane, besonders der ABJ, usw. notwendig sind. Diese Arbeit muß in den

Unterrichtsperioden betrieben werden, und auch die Ferien sollen dazu im breiten Maße ausgenutzt werden. Dabei muß das Büro der Zelle unter ständiger Kontrolle der Parteikomitees eine sorgfältige Auslese und Auswahl der Studenten für alle Formen der Massenarbeit bei richtiger Berücksichtigung der Qualifikation jedes Studenten durchführen. Die Erfahrung und die Ergebnisse der außerschulischen Arbeit müssen gleichzeitig Gegenstand der Untersuchung und Ausarbeitung durch die Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen sein, und zwar im Zuge des Unterrichts bei der Behandlung der entsprechenden Disziplinen als auch im Zuge der inneren Arbeit der Parteizelle.

Nur bei einer solchen kollektiven Einbeziehung der Hörer in die Massenarbeit außerhalb der Schule können auch die übrigen, schon erprobten Formen der Erziehungsarbeit der Partei an den Kommunistischen Hochschulen, wie die Arbeit der Vollversammlungen, der Zellen, die Propagandaarbeit, die Behandlung und Ausarbeitung der gegenwärtigen Fragen des Parteaufbaus, der Taktik der Partei und der Politik der Sowjetmacht in den Parteizirkeln, Klubs usw., ihr Ziel erreichen.

17. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die materielle Lage der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen zu verbessern.

18. Das bedeutende Wachstum der Kommunistischen Kader und der parteilosen proletarischen Kader unter der Studentenschaft der Hochschulen und der Arbeiterfakultäten hat ohne Zweifel gewaltige Ergebnisse bei der Organisation der Hochschulen in Richtung der Ausbildung roter Spezialisten, die der proletarische Staat braucht, gezeigt. Aber zugleich wurde und wird auch heute noch die gesamte Masse der proletarischen und sogar kommunistischen Studentenschaft vom Einfluß der Partei ungenügend erfaßt. Die Gefahr der kleinbürgerlichen Entartung dieser Teile der Studentenschaft unter den verschiedenen antiproletarischen und antisowjetischen Einflüssen ist hier unermeßlich größer als unter den Hörern der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen. Ein erfolgreicher Kampf gegen diesen Einfluß ist seitens der Partei nur denkbar, wenn radikale Maßnahmen ergriffen werden: 1. Einschränkung des gesamten Kontingents der Studentenschaft und Verbesserung ihrer qualitativen

Zusammensetzung; 2. Verbesserung ihrer materiellen Lage; 3. Heranziehung der proletarischen und insbesondere der kommunistischen Studentenschaft zur Arbeit, die sie mit den arbeitenden Massen verbindet.

Nur durch diese grundlegenden Maßnahmen, die damit zusammenhängen, daß die Gestaltung des Unterrichts in den gesellschaftlichen Disziplinen an den Hochschulen und Arbeiterfakultäten verbessert und er mit kommunistischen Lehrkräften wirklich gut ausgestattet wird, kann die gesamte politische Schulungsarbeit und die Parteierziehungsarbeit unter der Studentenschaft, die an den Hochschulen und Arbeiterfakultäten entfaltet werden kann, fruchtbare Ergebnisse bringen.

Die Einbeziehung dieser Schichten in die Massenarbeit muß in denselben Grundformen erfolgen wie die bei den Hörern der Sowjet-Parteischulen und Kommunistischen Hochschulen. Diese Arbeit muß organisierten Charakter tragen, muß unter der direkten Anleitung der Parteikomitees und Parteizellen und bei unmittelbarer Teilnahme der Gewerkschaftssektionen der Hochschulen und Arbeiterfakultäten und auf der Grundlage sorgfältiger Auswahl der Studenten für jede Art und Form der Massenarbeit erfolgen und von einer Ausarbeitung ihrer Erfahrung und Ergebnisse in den Parteizirkeln unter Heranziehung auch der an dieser Arbeit beteiligten parteilosen Studentenschaft begleitet sein.

III. Die Arbeit in den nationalen Republiken und Gebieten und unter den nationalen Minderheiten

19. Der Parteitag stellt fest, daß nach dem XII. Parteitag und der IV. nationalen Beratung gewisse Ergebnisse beim Übergang der Agitations- und Propagandaarbeit in den nationalen Republiken und Gebieten in dem Teil, der ihre einheimische Bevölkerung betrifft, zu den entsprechenden Sprachen erzielt wurden, hält es jedoch für notwendig, diese Arbeit fortzusetzen und zu vertiefen.

Neben der Verstärkung der Massenagitation muß sie in der nächsten Zeit die Liquidierung der politischen Unwissenheit innerhalb der Parteiorganisationen der nationalen Republiken und Gebiete (Turkestan, Kirgisien, Nordkaukasus usw.) zum Ziele haben, wo

(Polen, Deutsche in der Ukraine usw.).

IV. Das Filmwesen

1. Der Film muß in den Händen der Partei ein wirksames Mittel zur kommunistischen Aufklärung und Agitation sein. Man muß das Augenmerk der breiten proletarischen Massen, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen darauf richten. Bis jetzt ist es der Partei nicht gelungen, den Film gebührend auszunutzen und ihn zu meistern.

Ein Hindernis dafür war das Fehlen einer ausreichenden materiellen Basis bei den vorhandenen Filmorganisationen (in Form von Umlaufkapital), eine schlechte Organisation ihrer Beziehungen untereinander, Mängel auf dem Gebiet der ideologischen Anleitung und Mangel an Mitarbeitern.

2. Der Parteitag hält es für notwendig, die bestehenden Filmorganisationen innerhalb der Unionsrepubliken bei Wahrung des Verleihmonopols in jeder Republik zu vereinigen. Diese Maßnahmen führen zur Beseitigung der Mißlichkeiten und Konflikte, die die Arbeit ernsthaft hemmen und desorganisierten, und ermöglichen eine rationelle Ausnutzung der Mittel.

3. Das noch nicht gefestigte Filmwesen bedarf einer materiellen Unterstützung, die in der Senkung der Steuern und Zölle zum Ausdruck kommen muß.

4. Auf dieser materiellen und organisatorischen Grundlage müssen die Arbeiterrayons und Klubs der Roten Armee breiter als bis jetzt mit wissenschaftlichen, Spielfilmen und Agitationsfilmen versorgt und die Aufgabe der Betreuung des Dorfes mit Wanderkinos auf reale Grundlage gestellt werden.

5. Damit die Produktionstätigkeit der Filmorganisationen in ein Strombett gelenkt wird, das die maximale Versorgung der Arbeiter- und Bauernmassen und der Massen der Rotarmisten mit gutem Filmmaterial gewährleistet, und damit eine strengere und systematischere Kontrolle und Leitung der ideologischen Seite des Filmwesens gesichert ist, ist in der RSFSR, USSR, BSSR und TSSR ein spezielles Organ zu schaffen, das aus Vertretern der Agitations- und Propa-

diese Unwissenheit in den politischen Grundkenntnissen unter den Kommunisten, die zur einheimischen Bevölkerung gehören, sehr groß ist.

Dazu ist die Erweiterung des Netzes der politischen Grundschulen in den nationalen Sprachen bei hinreichender materieller Unterstützung durch das Zentrum notwendig. Zugleich ist die Arbeit zur Ausbildung von Funktionären der nationalen Republiken, sowohl von Sowjet- als auch von Parteifunktionären, aus der Masse der Arbeiter und Bauern bei gleichzeitiger Hebung der Qualifikation der vorhandenen Funktionäre zu verstärken. Dabei muß auch die Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung in die Kommunistischen Hochschulen, Hochschulen, Sowjet-Parteischulen und Arbeiterfakultäten, bei systematischem Übergang dieser Institutionen zur Muttersprache im Unterricht, verstärkt werden. Besondere Aufmerksamkeit ist den Zirkeln des Marxismus-Leninismus unter den nationalen Kommunisten, besonders unter den verantwortlichen Funktionären, und der Erweiterung der Tätigkeit zur Schaffung von marxistischer und populärwissenschaftlicher Literatur für Politik in den entsprechenden Sprachen, sowohl im Zentrum als auch in den Randgebieten, zu schenken.

20. Der Parteitag stellt fest, daß der Arbeit unter den nationalen Minderheiten innerhalb der RSFSR (Polen, Deutsche, Mordwinen usw.) sowie in den nationalen Republiken (Ukraine, Turkestan) bis jetzt in den einzelnen Orten nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Die Parteiorganisationen müssen diese Arbeit größtmöglich verstärken und ihr mehr Kräfte und Mittel zuwenden. Zur Auffrischung und Hebung der Qualifikation der Funktionäre, die in den einzelnen Orten die Arbeit unter den nationalen Minderheiten betreiben, müssen Maßnahmen getroffen werden. Bei der Vervollständigung der politischen Grundschulen, der Zirkel des Marxismus-Leninismus, der Sowjet-Parteischulen, Hochschulen und Kommunistischen Hochschulen müssen die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten berücksichtigt werden. Man muß ihnen so weit wie möglich entgegenkommen. Zugleich ist die agitatorische Betreuung der breiten Massen der nationalen Minderheiten zu verstärken, besonders dort, wo sie bis jetzt noch kaum vom sowjetischen Einfluß berührt wurden

gandaabteilung des ZK, des Volkskommissariats für Volksbildung, der Gewerkschaftsorgane und der Filmorganisationen besteht.

6. Der Parteitag bestätigt den Beschluß des XII. Parteitags über die Notwendigkeit, das sowjetische Filmwesen durch erfahrene Mitarbeiter zu verstärken und beauftragt das ZK, in der nächsten Zeit das Filmwesen mit einer genügenden Zahl Kommunisten sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf ideologischem Gebiet zu verstärken und gemeinsam mit der ZKK eine Überprüfung der Mitarbeiter des Filmwesens durchzuführen.

V. Über die "Istpart"¹⁾

Angesichts des großen Bedürfnisses an Arbeiten über die Geschichte der Partei und der Oktoberrevolution, ihrer gewaltigen erzieherischen Bedeutung und der Notwendigkeit, die Arbeit zur Sammlung und Durchführung der Materialien, zur Aufstellung von Chronologien der revolutionären Ereignisse und Chrestomathien zu intensivieren und insbesondere in Verbindung mit dem kommenden 20. Jahrestag der ersten russischen Revolution ist der XIII. Parteitag der Meinung, daß der "Istpart" große Aufmerksamkeit gewidmet werden muß und daß alle Maßnahmen zur Gewährleistung des Erfolgs ihrer Arbeit (Versorgung mit Mitarbeitern, mit materiellen Mitteln usw.) ergriffen werden müssen.

Über die Arbeit unter der Jugend

1. In der Epoche der Übergangszeit im allgemeinen und insbesondere in ihrer friedlichen organisatorischen Periode, unter den konkreten Bedingungen der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, ist das Problem des kulturellen Niveaus der Werktätigen überhaupt und besonders das der kommunistischen Kader auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, administrativ-politischen und ideologischen Lebens ein grundlegendes und zentrales Problem.

2. Die Frage, ob die sozialistische Ökonomik siegen oder ob die kulturelle Überlegenheit und die Arbeitsfertigkeiten der quali-

1) Istpart = Kommission zur Sammlung und Erfassung der Materialien zur Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Geschichte der KPR(B). - D.Ü.

fizierten Funktionäre der kapitalistischen Gesellschaft (der Intelligenz mit den alten Anschauungen, der Händler, Privatkapitalisten usw.) uns zwingen wird, Schritt für Schritt zurückzuweichen und innerlich zu entarten, - die Entscheidung dieser Frage hängt in bedeutendem Maße davon ab, ob es dem proletarischen Staat gelingen wird, den Kreis der kommunistischen Kader genügend zu erweitern und in progressiv wachsendem Maße die kommunistische Umerziehung der heranwachsenden Generationen zu gewährleisten. Deshalb ist die Frage der Jugend von wahrhaft gewaltiger Bedeutung.

3. Die genannte Aufgabe kann nur dann bewältigt werden, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die Erfahrungen, die Traditionen und Vermächtnisse des Grundkerns der siegreichen Arbeiterbewegung übernommen und weiterentwickelt werden; dieser Grundkern besteht vor allem und in erster Linie aus unserer Partei und, soweit es sich um die einzelnen Schichten innerhalb derselben handelt, in unserer am meisten gestählten und erfahrenen alten Garde.

4. Andererseits kann diese Aufgabe nur in dem Maße gelöst werden, wie die Hauptkader unserer Partei die Frage der Jugend in ihrer vollen Bedeutung verstehen, wenn sie ihr genügend Kräfte und genügend Aufmerksamkeit widmen, wenn sie hellhörig genug auf die neuen Erfordernisse und Bedürfnisse reagieren, die im Verlauf der sich verändernden Bedingungen der allgemeinen Entwicklung unvermeidlich zunehmen.

1. Die organisatorische Sicherung der proletarischen Führung und die soziale Zusammensetzung der Jugendorganisationen

5. Die Sicherung der führenden Rolle des Proletariats äußert sich vor allem in einer bestimmten Politik hinsichtlich der klassenmäßigen Zusammensetzung der Jugendorganisationen.

6. Die Klassenführung wird, wenn eine erprobte revolutionär-marxistische Linie vorhanden ist, durch eine völlig saubere soziale Zusammensetzung der die Führung ausübenden Partei gewährleistet. Die folgende Generation, die organisatorisch im Komsomol verankert ist, kann, in-dem sie sich vor allem auf ihren Bestand an Mitgliedern aus der Arbeiterklasse stützt, ihre soziale Basis erweitern; schließlich muß die Organisation der jungen Pioniere - unter der

Führung von Komsomolzen und kommunistisch gebildeten Pädagogen - ihrer sozialen Zusammensetzung nach noch breitere Kreise umfassen und zusammenschweißen.

7. Diese allgemeine Tendenz, die den wachsenden Einfluß des Proletariats zum Ausdruck bringt, wird jedoch durch das jeweilige Vorhandensein führender Kräfte eingeschränkt. Im entgegengesetzten Fall wäre das Ergebnis umgekehrt: nicht wir würden die kleinbürgerliche Elementargewalt ins Schlepptau nehmen, sondern das letztere würde uns mit sich fortreißen.

8. Einen besonderen Platz nehmen dabei die Hochschulen ein. Da von dort unmittelbar die neuen führenden Kader kommen, muß die Gewähr für ihre kommunistische Einstellung geschaffen werden erstens durch die Politik der Verstärkung des Arbeiterelements unter ihnen und zweitens - da dies gegenwärtig noch nicht immer möglich ist - dadurch, daß man den Prozentsatz der Kommunisten erhöht.

9. Der Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, diese einzige politische Kampf- und Massenorganisation der Jugend, hat in der letzten Zeit in bezug auf die Verbesserung seiner klassenmäßigen Zusammensetzung große Erfolge erzielt.

Der Kommunistische Jugendverband Rußlands, der sich darauf orientiert, die gesamte Arbeiterjugend in sich aufzunehmen, darf jedoch auf keinen Fall auf die Aufgabe verzichten, die Jugend der Kleinbauernschaft, die besten Elemente der Mittelbauern und die dem Proletariat ideologisch am nächsten stehenden Elemente der Intelligenz in seine Reihen zu ziehen. Man muß die Tendenzen der sogenannten engen "Klassenmäßigkeit" bekämpfen, die in Wirklichkeit bedeuten, daß man darauf verzichtet, die Dorfjugend zu führen und daß man diese Führung unvermeidlich bürgerlichen Elementen überläßt.

10. Als neue und vielversprechende Erscheinung muß man die Organisation der Jungen Pioniere betrachten, die sehr schnell wächst, aber noch einen sehr unbedeutenden Prozentsatz der Kinder erfaßt, wobei das Haupthindernis für das Wachstum der Organisation darin liegt, daß die Partei, die Gewerkschafts- und Staatsorgane ihr nicht die gebührende Aufmerksamkeit widmen und daß es an der

entsprechenden Zahl von Leitern und an materiellen Mitteln fehlt.

Die allgemeine Direktive auf diesem Gebiet muß darin bestehen, daß erstens viel mehr Kräfte und Mittel als bisher hierfür aufgewandt werden müssen; zweitens, daß es auf diesem Gebiet notwendig ist, zwar vorwiegend proletarische Kinder heranzuziehen, sich aber gleichzeitig zu bemühen, die soziale Basis der Organisation maximal zu erweitern und dabei dem flachen Lande besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auf keinen Fall darf man wie die proletarische Pionierbewegung des Westens verfahren, wo die Arbeiterklasse noch nicht die Macht erobert hat und wo sie noch nicht vor der Aufgabe steht, das gesamte oder fast das gesamte heranwachsende Menschenmaterial umzuerziehen.

Was die organisatorischen Formen der Bewegung betrifft, so muß die Partei sie über den Kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion leiten, der seinerseits die Arbeit in voller Übereinstimmung mit den Organen der sozialen Erziehung durchführen muß.

11. Am schwierigsten ist die Frage der sozialen Zusammensetzung in den Hochschulen. Die Vorbereitungsschulen für die Hochschulen - die Arbeiterfakultäten - wurden von der Arbeiterklasse erobert. Schlechter ist es um die soziale Zusammensetzung der kommunistischen Hochschulen bestellt, wenn dieser Mangel auch durch den hohen Prozentsatz von Mitgliedern der Partei und des Komsomol vollauf ausgeglichen wird. Bedeutend schlechter, ganz schlecht steht es mit den Hochschulen sowohl hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung als auch der Parteizugehörigkeit.

Die weitere Verstärkung des Arbeiterelements an den Hochschulen und eine Politik, die auf die Steigerung des Prozentsatzes der Parteimitglieder gerichtet ist (durchaus nicht durch Verringerung der an sie gestellten Anforderungen) - dies muß die Grundlinie auf diesem Gebiet sein.

2. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands und die werktätige Jugend

12. Im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik, dem Aufschwung der Produktivkräfte des Landes, der auf dem Lande (und

teilweise auch in der Stadt) neu begonnenen sozialen Differenzierung und folglich auch im Zusammenhang mit einer gewissen Umgruppierung der sozialen Kräfte gehen auch besondere Prozesse unter der werktätigen Jugend vor sich, die wir in unserer Taktik berücksichtigen müssen.

13. Die ökonomischen Prozesse und der Kampf der verschiedenen Wirtschaftsformen, in deren Rahmen sich jetzt hauptsächlich der Klassenkampf als Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus abspielt, tragen selbst widerspruchsvollen Charakter; ihr objektiver Sinn ist oft hinter ihrer Erscheinungsform verborgen (Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Wachstum der staatlichen Industrie, kapitalistische Formen der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Warenwege der Genossenschaften, das Geldsystem als Mittel zur Festigung der sozialisierten Industrie usw.). Neben diesem widerspruchsvollen Charakter der Entwicklung der sozialistischen Ökonomik gibt es sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande ein reales Wachstum kapitalistischer Formen. All das erschwert nicht nur das Verständnis der gegenwärtigen Wirklichkeit, sondern wird auch von einem Wachstum uns aktiv feindlich gegenüberstehender sozialer Kräfte begleitet.

14. In der Stadt entwickelt sich zusammen mit dem Aufschwung der staatlichen Industrie trotzdem die Arbeitslosigkeit und trifft besonders schwer die Arbeiterjugend, was bei allgemein wachsenden Sympathien für den Kommunismus unvermeidlich auch entgegengesetzte Abweichungen hervorrufen muß; die allgemeine Festigung der UdSSR und die Verbesserung der Lage der Intelligenz sind begleitet vom Zustrom der Intellektuellen-Jugend zum Kommunistischen Jugendverband Rußlands, aber gleichzeitig verstärken sich auch die Elemente einer "Aufnahme" der Oktoberrevolution im Sinne der "Smena Wech". Auf dem Lande führt die Differenzierung der Bauernschaft auf der einen Seite zur Verarmung der wirtschaftlich schwachen Bauern und zu der Gefahr, daß sich die Kleinbauernjugend bei allgemeinem Wachstum ihrer Aktivität von uns abwendet, und auf der anderen Seite erhöht sie die Aktivität der wohlhabenderen Schichten der Bauernschaft und verhilft ihr zur kulturellen und folglich auch politischen Hegemonie im Dorf.

15. Unter Berücksichtigung dieser Prozesse muß der Kommunistische Jugendverband Rußlands die Arbeit unter der proletarischen Jugend, als dem grundlegenden Kern der gesamten Organisation, in drei Hauptrichtungen verstärken: auf der ökonomischen und juristischen Linie (Verteidigung der Produktionsinteressen der heranwachsenden Arbeiter), der Hebung des allgemeinen kulturellen und technischen Niveaus der Jugend und auf der Linie der politischen Aufklärung, wobei hier vor allem die Klärung der Besonderheiten der sozialökonomischen und politischen Situation in den Vordergrund gestellt werden muß. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands muß verstärkt unter der Arbeiterjugend werben und die intellektuellen Elemente, für deren Aufnahme strengere formale Forderungen (größere Zahl von Empfehlungen, längere Kandidatenzeit, strengere politische Überprüfung) gestellt werden müssen, sorgfältiger auswählen.

16. Die Arbeit des Komsomols auf dem Lande gewinnt unter den gegenwärtigen Bedingungen außerordentlich große politische Bedeutung. Die Bauernjugend muß gerade durch den Jugendverband politisch zusammengeschlossen werden, dessen Zellen auch jetzt schon auf dem Lande oft eine größere positive Rolle spielen als die Zellen der Partei. In den Dorfgzellen des Komsomols muß man sich in jeder Weise bemühen, die Führung durch die proletarischen und halbproletarischen Elemente zu gewährleisten, indem man die besten, aktivsten und der Sowjetmacht ergebensten Elemente der Dorfjugend in die Organisation aufnimmt. Hiervon ausgehend muß ein entschiedener Kampf dagegen geführt werden, daß der Jugend der Mittelbauernschaft die Türen zum Verband verschlossen werden. Auf der anderen Seite muß die Mitgliedschaft der Dorfgzellen und ihre Zahl nur so weit vergrößert werden, wie die Möglichkeit vorhanden ist, sie praktisch zu betreuen, d.h. die Führung der proletarischen Elemente zu gewährleisten. Die Grundlinie der Arbeit des Komsomols auf dem Lande müssen folgende sein: die gesellschaftliche und politische Arbeit im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Dorfsowjet, Komitees für gegenseitige Hilfe, Genossenschaft, Territorialtruppen); agronomische Propaganda in Wort und Tat; Organisation landwirtschaftlicher Kollektive; Schule; Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Landarbeiterschaft und der halbproletarischen

Elemente.

17. Die außergewöhnliche schwache Heranziehung der Mädchen zum Komsomol, zu den Betriebslehrlingsschulen, zu den Berufs- und technischen Lehrgängen, Arbeiterfakultäten usw. schafft für die Partei die Gefahr, daß die heranwachsende weibliche Generation der werktätigen Jugend außerhalb der Sphäre der kommunistischen Erziehung bleibt.

Der Kommunistische Jugendverband Rußlands muß seine Arbeitsmethoden möglichst stark auf die Aufgabe einstellen, Mädchen in den Verband aufzunehmen und sie zur aktiven Arbeit im Verband heranzuziehen. Die Partei als Ganzes und die Gewerkschafts- und Sowjetorgane müssen dem Komsomol helfen, Mädchen für den Komsomol zu gewinnen sowie für die Arbeiterfakultäten, Betriebslehrlingsschulen, für Berufs- und allgemeinbildende Lehrgänge. Besondere Aufmerksamkeit muß der Arbeit unter den jungen Bäuerinnen und Mädchen der werktätigen Völker des Osten zugewandt werden.

3. Die Partei und der Kommunistische Jugendverband Rußlands

18. Die Organisation der proletarischen und Bauernjugend, der Kommunistische Jugendverband Rußlands, ist von erstrangiger gesellschafts-politischer Bedeutung. Der Komsomol, der dazu berufen ist, die Rolle einer Reserve zu spielen, aus der die Partei zwecks Sicherung des ständigen Zustroms neuer und jüngerer Kräfte die besten Elemente auswählt, ist gleichzeitig der Vermittler, durch den die Partei auf immer breitere Kreise der Arbeiter- und Bauernjugend Einfluß gewinnt.

19. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands, der die werktätige Jugend als Jugend organisiert und auch besondere spezifische Aufgaben zu erfüllen hat, die sich von den allgemeinen Aufgaben der Partei unterscheiden, der der Vermittler für den Einfluß der Partei ist und breite Schichten von Werktätigen in seinen Reihen erfaßt und somit eine Massenorganisation der Jugend ist, muß eine sich selbst verwaltende Organisation sein.

20. Andererseits kann er seine gewaltige Aufgabe nicht erfüllen, wenn der Einfluß der Partei und die Anleitung durch die Partei

nicht vollkommen gewährleistet ist, die durch sorgfältigere Auswahl der Parteivertreter, durch ständige gegenseitige Information und durch die Auswahl der besten Parteigenossen für die Arbeit im Verband gefestigt und verbessert werden kann.

21. Deshalb ist es trotz der im allgemeinen unter der Jugend des Komsomols zunehmenden Neigung zum Eintritt in die Partei notwendig, alle Tendenzen zur Absonderung und zum Abrücken von der Partei (Theorie der "Gleichberechtigung" usw.) zu bekämpfen, die unter einem gewissen Teil der Mitglieder des Verbands festzustellen sind. Die Verstärkung des Parteikerns im Verband und die Heranziehung der Kader seiner aktiven Funktionäre zum Parteileben ist eine aktuelle Hauptaufgabe. Man muß unter den jungen Arbeitern an der Werkbank verstärkt für die Partei werben und das Lenin-Aufgebot für sie verlängern.

22. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands muß, während er unter der Anleitung der Partei seine gesamte eigene gesellschaftliche Arbeit durchführt, seine Mitglieder systematisch zur Erörterung aller grundlegenden Fragen des Lebens der UdSSR und der KPR heranziehen, indem er im Einvernehmen mit der Partei diese Fragen ständig erörtert und sich an der Verwirklichung der von der Partei gefaßten Beschlüsse beteiligt.

23. Man muß dafür sorgen, daß die Geschichte der Partei, ihres Programms und ihrer Taktik, ihrer organisatorischen Prinzipien, das gesamte ideologische Erbe, das Genosse Lenin der Partei hinterlassen hat, systematisch studiert werden. Insbesondere muß der Kampf beleuchtet werden, den die Partei gegen den Opportunismus geführt hat, da unsere Partei sich in diesem Kampf entwickelt und gestählt hat. Der Standpunkt der "Neutralität" im Kampf gegen die Abweichungen innerhalb der KPR(B) ist somit unhaltbar.

24. Die Mitglieder der Partei müssen sich dessen bewußt werden, daß die Arbeit des Verbands von gewaltiger Bedeutung ist. Jegliche Vernachlässigung dieser Arbeit seitens der Parteimitglieder ist vollkommen unzulässig und für die proletarische Bewegung zutiefst schädlich.

25. Die Partei muß die wiederholt gefaßten Beschlüsse verwirk-

lichen, daß mehr und qualifiziertere Parteifunktionäre für die Betreuung des Verbands freigestellt werden sollen. Man muß sich dessen bewußt sein, daß das Wachstum und die Kompliziertheit der Aufgaben, die vor dem Verband stehen, spezielle Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden erfordern. Aufmerksamkeit für die heranwachsende Jugend, Aufmerksamkeit für den Kommunistischen Jugendverband Rußlands - das muß eine der wichtigsten Lösungen unserer Partei sein.

4. Die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands

26. Die Hauptaufgabe des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands besteht darin, die gesellschaftliche und politische Aktivität des gesamten Verbands und eines jeden Mitglieds im einzelnen zu heben. Die Komsomolzen müssen sowohl in der Stadt als auf dem Lande die ersten Helfer der Partei auf dem Gebiet der Politik, der Verwaltung des Sowjetapparates, der Wirtschaft und Aufklärung sein. Die Arbeit des Verbands muß eben so weit entfernt sein von einer politisch neutralen "Nur-Kulturarbeit" wie von einer "rein politischen Arbeit", die nicht mit kultureller, wirtschaftlicher und sachlich administrativer Arbeit verbunden ist. Die Verknüpfung der kulturellen und politischen Arbeit muß die Grundlage für die gesamte Tätigkeit des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands sein.

27. Ebenso notwendig ist es, die theoretische Schulung mit der praktischen Tätigkeit zu verbinden. Nur wenn der Kommunistische Jugendverband Rußlands sich außerordentlich stark an der praktischen Aufbauarbeit beteiligt, kann er wirkliche Kämpfer für den Kommunismus erziehen. Besondere Aufmerksamkeit muß die Partei dem Komsomolaktiv widmen. Man muß festen Kurs darauf nehmen, Arbeiteraktivisten in niedrigen Funktionen auf verantwortlichere, leitende Posten innerhalb des Verbands sowie im Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetapparat zu befördern. Daneben muß man es als Teil der Verbandspflichten des Funktionärs betrachten, daß er systematisch an der Aneignung marxistischer Kenntnisse arbeitet und darf ihn nicht mit organisatorischer Arbeit überlasten.

28. Die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands müssen somit unter Führung der Partei systematisch zur Arbeit der

Gewerkschaften, insbesondere der Betriebskomitees, und der Genossenschaften, zur Patenschaftsarbeit über das Dorf, zur Gestaltung eines neuen Lebens (Kommunehäuser usw.), zur Liquidierung des Analphabetentums, zum Kampf gegen die Verwahrlosung der Kinder; zur Arbeit an der Hebung der Produktion (Produktionskonferenzen usw.); zum Aufbau der Armee und Flotte, der Schule, zur politischen Aufklärung, zur Propaganda für agronomische Maßnahmen und zum Aufbau des Sowjetapparates auf dem Lande usw. usf. herangezogen werden.

29. Bei der Arbeit unter der städtischen proletarischen Jugend ist es vor allem notwendig, daß der Verband seine Arbeit auf ökonomischem und juristischem Gebiet verstärkt. Im Zusammenhang mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und der relativen Senkung des Arbeitslohns der Jugendlichen muß man dafür kämpfen, daß die Arbeiterjugend als künftige vollwertige qualifizierte Arbeitskräfte erhalten bleiben, daß die Gesetzgebung über den Arbeitsschutz der Jugend verwirklicht wird, daß der festgesetzte Prozentsatz an Jugendlichen im Verhältnis zu den Erwachsenen, das System der Entlohnung und ihrer Sozialversicherung aufrechterhalten wird usw.; außerdem muß die Arbeitsschutzfähigkeit, die Tarifarbeit u.a.m. durchgeführt werden. Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß Übereinstimmung herrscht zwischen den Perspektiven der Entwicklung der Industrie und der Ausbildung von Arbeitskräften mit entsprechender Qualifikation. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands muß auch systematisch die Interessen der Jugendlichen in den privaten-, gepachteten- und Konzessionsbetrieben vertreten, sorgfältig darauf achten, daß die sowjetischen Gesetze eingehalten werden und im Falle ihrer Verletzung gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Partei den entsprechenden Widerstand organisieren.

30. Auf dem Gebiet des Kampfes für die Hebung des technischen und kulturellen Niveaus der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterjugend spielen die Fabriklehrlingsschulen und die berufstechnischen Lehrgänge der Gewerkschaften eine besonders wichtige Rolle. Die Erweiterung der Lehrlingsausbildung in den Fabriken und Werken, die Verbesserung des Unterrichts in Verbindung mit der Verbesserung ihrer materiellen Sicherstellung ist die nächste Aufgabe der Partei, der Gewerkschaften und der Sowjetmacht - eine Aufgabe, bei deren

Lösung man sich vor allem auf den Kommunistischen Jugendverband Rußlands stützen muß.

31. In bezug auf die schulische Arbeit in den Städten und auf dem Lande muß man die Schulen möglichst stark den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft anpassen, und zwar auf der Grundlage der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Diese Arbeit muß vom Volkskommissariat für Volksbildung in enger Verbindung mit dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands durchgeführt werden. Zur Bearbeitung aller damit verbundenen Fragen ist es notwendig, eine besondere Beratung beim Zentralkomitee einzuberufen. In Verbindung mit der schulischen Arbeit muß unbedingt die selbständige Tätigkeit der Lernenden möglichst stark entwickelt und ein umfangreiches gesellschaftliches Leben derselben entfaltet werden.

32. Auf dem überaus wichtigen Gebiet der politischen Aufklärung besteht die zentrale Aufgabe darin, die Perspektiven der sozialistischen Entwicklung unter den objektiv notwendigen Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, der kapitalistischen Umkreisung und der wachsenden Kräfte der internationalen Revolution zu erklären. Wenn sich die politische Aufklärung auf die prinzipielle Höhe der Welterwartungen erhebt, darf sie auf keinen Fall den Charakter einer leeren hochtrabenden Phrasologie tragen. Neben der breiten Agitation ist eine vertiefte propagandistische Arbeit besonders notwendig, die man gegenwärtig am besten mit dem Studium des Leninismus verbindet, der als die vollendetste weiterentwickelte Lehre von Marx zu betrachten ist. Dieses Studium muß sich auf die Vermittlung konkreter Kenntnisse auf allen praktisch wichtigen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens stützen.

32 a. Weit größere Aufmerksamkeit als bisher muß der Gestaltung der Presse gewidmet werden: der Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren und Agitationsflugblätter, besonders für das Dorf; eine spezielle Zeitschrift für die Bauernjugend muß geschaffen werden; ebenso muß der Verstärkung und Verbesserung der Presse für die nationalen Minderheiten, die nationalen Republiken und Gebiete mehr Beachtung geschenkt werden. Die "Junge Garde" muß den spezifischen Bedürfnissen der fortschrittlichen Schichten der Jugend mehr angepaßt werden. Die Zeitungen müssen einerseits verallgemeinernde, aber

gleichzeitig verständliche und sachliche propagandistische Artikel bringen und andererseits eine noch engere Verbindung mit den einzelnen Orten herstellen, müssen die Einrichtung der Jugendkorrespondenten festigen und erweitern, ohne ihr jedoch die Möglichkeit zu geben, sich in einen neuen "Apparat" zu verwandeln. Es muß um jeden Preis erreicht werden, daß die Jugendpresse richtig verbreitet wird. Und man muß dafür sorgen, daß sie wirklich in die Dörfer gelangt.

33. In den Hochschulen und Schulen der II. Stufe muß der Kommunistische Jugendverband Rußlands die sowjetischen Elemente zusammenschweißen und vereinigen, ihre Führung übernehmen, zur Umgestaltung der Schule im Sinne der von der Partei angenommenen Generallinie beitragen und somit mit allen Mitteln zur tatsächlichen Eroberung der Schule beitragen.

34. Wie schon weiter oben festgestellt wurde, ist die Rolle des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands auf dem Lande außerordentlich groß und verantwortungsvoll. In der Arbeit der Komitees für gegenseitige Bauernhilfe, der Vereinigung der Land- und Forstarbeiter der Sowjetunion, der Genossenschaft, der Dorflesestuben usw. muß der Komsomol, indem er sich hauptsächlich auf die Dorfarmut stützt, als wichtigster Faktor dieser Arbeit dienen und sich nicht auf Vorhaben kulturellen Charakters beschränken. Die Arbeit der Dorfzelle muß Massencharakter tragen und sich vor den Augen der gesamten Dorfjugend abspielen: die Zelle muß überall dort arbeiten, wo sich die Dorfjugend versammelt (z.B. innerhalb der territorialen Truppenteile).

35. Der Verband muß der fortschrittlichen Dorfjugend helfen, auf neue Weise zu leben und zu arbeiten. Er muß zum aktiven Wegbereiter für alle sozialpolitischen und kulturellen Vorhaben der Sowjetmacht werden: Kampf für neue Formen der Bodenbearbeitung, für die völlige Beseitigung des Analphabetentums, für technische Verbesserungen. Der Verband muß den Zusammenschluß der Jugend in landwirtschaftliche Kollektive fördern, dem jungen Menschen auf dem Lande helfen, sich genossenschaftlich zu organisieren und die Schaffung von Musterwirtschaften mit allen Mitteln unterstützen.

36. Einen besonders wichtigen Platz in der Arbeit der Dorf-

zelle muß die Schule der Bauernjugend einnehmen. Der Bau von Schulen für die Dorfjugend, die einen neuen Typ des revolutionären und kulturell entwickelten Getreidearbeiters ausbildet, der zum genossenschaftlichen Zusammenschluß und zur kollektiven Bodenbearbeitung hinstrebt, muß zur konkreten Hauptaufgabe der Komsomolzen auf dem Lande werden, die unter aufmerksamer Mithilfe der örtlichen Sowjet- und Parteiorgane verwirklicht wird. Die städtischen Organisationen des Komsomol müssen den Dorforganisationen in der Weise helfen, daß alle Fabrik- und städtischen Zellen des Komsomols und in erster Linie jene Jugend, die mit dem Dorf in Verbindung steht, zur Betreuung der kulturellen Bedürfnisse des Dorfes herangezogen werden. Dabei muß man bestrebt sein, daß auch hier die Kulturarbeit mit der politischen Arbeit, die die besten Schichten der Bauernschaft umerzieht, verbunden und von ihr durchdrungen ist. Der Grundgedanke muß hierbei die geschickt propagierte Idee des Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiter sein.

37. Man muß sich ernstlich bemühen, die besten Kräfte der Intelligenz, die Lehrer und Agronomen, zur Arbeit im Kommunistischen Jugendverband Rußlands - besonders auf dem Lande - heranzuziehen. Die Landlehrer und Agronomen werden eine sehr große positive Rolle spielen, wenn es in Verbindung mit der notwendigen Verbesserung ihrer materiellen Lage und der in diesen Kreisen festgestellten Wendung zur Sowjetmacht gelingen wird, den Kontakt zwischen ihnen und den Komsomolzellen herzustellen.

38. Von gewaltiger Bedeutung ist die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands Rußlands in der Armee und Flotte, und sie muß im Geiste der internationalistischen kämpferischen Erziehung durchgeführt werden. Zu dieser Arbeit muß der gesamte Verband herangezogen werden. Die Verstärkung der Militärpropaganda, die politische Aufklärungsarbeit unter den Vordienstpflichtigen, die Sorge für das tägliche Leben der Rotarmisten und roten Matrosen, die Propaganda für die Luftflotte und die Hebung der Kampfkraft der UdSSR überhaupt, die Propägierung militärischer Kenntnisse, insbesondere von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kriegsschemie usw. - das müssen hier die Hauptaufgaben des Kommunistischen Jugendverbands sein.

39. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands, der seine gesamte Erziehungsarbeit im Zeichen des Internationalismus durchführt, der sowohl den Chauvinismus der Großrussen als auch die nationalistischen Vorurteile der anderen Nationalitäten bekämpft, muß die allergrößten Anstrengungen auf dem Gebiet der Arbeit unter den Nationalitäten machen, die in den autonomen und unabhängigen Republiken der Union, insbesondere in den ehemaligen Kolonien des Zarenreiches leben, wo sich der Mangel an kulturell entwickelten örtlichen Kadern am empfindlichsten fühlbar macht und wo die Ausbildung dieser Kader fast ausschließlich aus Schichten der örtlichen Jugend möglich ist. Diese Arbeit ist auch vom Standpunkt des Bündnisses mit den vom Imperialismus unterdrückten Völkern des Ostens von überaus großer Bedeutung. Bei dieser Arbeit müssen die nationalen Besonderheiten, die Besonderheiten der Lebensweise, streng berücksichtigt und muß ein energischer Kampf gegen jede schablonenhafte Arbeit geführt werden.

40. Eine Reihe von Aufgaben, die besonders mit der Lebensweise in Verbindung stehen, muß man dadurch zu lösen versuchen, daß man alle möglichen Arten von freiwilligen Vereinigungen organisiert, zu denen neben dem Kern von Komsomolzen auch parteilose Genossen gehören sollten (solche Vereinigungen wie: landwirtschaftliche Zirkel auf dem Lande, Gesellschaft zum Kampf gegen Alkoholismus und Nikotin, naturwissenschaftliche Gesellschaften und ähnliche). Im Zusammenhang damit, daß bei der Jugend, insbesondere der studierenden Jugend, eine Tendenz zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes festzustellen ist, muß der Kommunistische Jugendverband Rußlands gemeinsam mit den Gewerkschaften seine Arbeit auf dem Gebiet der Körperkultur im weitesten Sinne des Wortes verstärken (Zirkel für Körperkultur, Ausflüge, Sport, Propagierung der Hygiene usw.). Die Organisationsformen und Arbeitsmethoden auf diesem Gebiet müssen vom Kommunistischen Jugendverband Rußlands, der über derartige Organisationen noch weitere Kreise der werktätigen Jugend erfassen kann, sorgfältig berücksichtigt werden

5. Die Hochschule und die Jugend

41. Die Partei, die alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um

den Kommunistischen Jugendverband Rußlands als Massenschule des Kommunismus zu beleben und zu festigen, muß es zur vordringlichen Aufgabe machen, eine rationell kommunistische Erziehung der Jugend an den Hochschulen zu organisieren.

41 a. Eine außerordentlich große Rolle für die Eroberung der Hochschule spielt nach wie vor die Besitzergreifung von den Vorstufen zur Hochschule (die einfache und mittlere Berufsschule, die sowjetische Parteischule, die Arbeiterfakultät).

42. Die Notwendigkeit, gerade diesen Massenlehranstalten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ergibt sich aus dem verhältnismäßig niedrigen Bildungsniveau der Arbeiter, die sich auf die Hochschule vorbereiten müssen, sowie aus dem Vorhandensein der dazu notwendigen Lehrkräfte. Man muß alles tun, um das Netz der einfachen und mittleren Berufsschulen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu erweitern, indem man nicht nur die zentralen Institutionen der UdSSR, sondern auch die örtlichen Sowjets und gesellschaftlichen Organisationen zu ihrer materiellen und kulturellen Betreuung heranzieht.

43. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und den vorhandenen Mitteln Rechnung tragend, muß man sich für eine Verringerung der Zahl sowohl der Hochschulen als auch der Studierenden aussprechen, während gleichzeitig die materielle Seite und der Unterricht verbessert werden müssen.

Nur auf diese Weise kann auch die schwere materielle Lage der Studenten verbessert werden.

44. Die Partei, die eine allgemeine Verbesserung des Unterrichts an den Hochschulen anstrebt, muß diese Verbesserung besonders aufmerksam an den landwirtschaftlichen und pädagogischen Hochschulen verfolgen. Bei der Einschränkung der Hochschulen muß darauf geachtet werden, daß diese Einschränkung in strenger Übereinstimmung mit der ungleichen Bedeutung der Hochschulen der verschiedenen Spezialgebiete durchgeführt wird.

45. Die Versorgung der Hochschulen mit marxistischen Lehrkräften ist nach wie vor eine brennende Frage. In den meisten

Hochschulen für bestimmte Fachgebiete sind sogar die Lehrstühle für Gesellschaftswissenschaften noch von alten bürgerlichen Professoren besetzt. Man muß alle Kräfte einsetzen, damit schnellstens Kader kommunistischer Professoren ausgebildet werden. Zu diesem Zweck müssen die Arbeit des Instituts der Roten Professur maximal entfaltet und gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um den Prozentsatz der Arbeiter unter den Studenten dieses Institutes zu vergrößern, indem man an diesem Institut Vorbereitungslehrgänge für die Absolventen der Arbeiterfakultäten usw. aufbaut. Ebenso muß der Verbesserung des Mitarbeiterstabs unserer Hochschulen und ihrer materiellen Sicherstellung die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

46. Die Partei muß für die Ausbildung von qualifizierten Parteimitgliedern für die aktive revolutionäre Arbeit überhaupt und für die politische Führung des Sowjetaufbaus sorgen. Diese Aufgabe erfüllt die Kommunistische Hochschule, die so aufgebaut werden muß, daß sie allseitig entwickelte politische Funktionäre ausbildet und keinen Spezialisten für eine Vielzahl von Arbeitsgebieten.

47. Die letztere Aufgabe verpflichtet zum Kampf gegen die Scholastik, die an den Kommunistischen Hochschulen verbreitet ist. Das Programm der Kommunistischen Hochschule muß durch Disziplinen ergänzt werden, die eng mit der Praxis verbunden sind; der gesellschaftswissenschaftliche Unterricht muß belebt und mit den praktischen Aufgaben der Gegenwart verbunden werden; auf der anderen Seite ist es notwendig, die Vereinfachung und den Feldzug gegen die Theorie zu bekämpfen. Wenn wir so die Unterrichtsmethoden beleben und reformieren und die theoretische Aufmerksamkeit für die Probleme der Gegenwart verstärken, dürfen wir jedoch keinesfalls darauf verzichten, der neuen Generation der Marxisten das grundlegende theoretische Rüstzeug mitzugeben, auf das sich unsere Partei in ihrem Kampf gestützt hat und noch heute stützt.

48. Den Hochschulen aller Arten muß die Herstellung einer äußerst lebendigen Verbindung mit der Produktion empfohlen werden. An den Fachhochschulen wird diese Verbindung durch die praktische Arbeit in den entsprechenden Betrieben realisiert, wobei sowohl Partei als auch Komsomol darauf achten müssen, daß diese

Praxis sich nicht nur auf das rein technische Gebiet beschränkt, sondern daß sie den Praktikanten auch in das Leben des ganzen Betriebes einführt. Somit muß die Praxis auch zur politischen Erziehung beitragen. Für die Studenten der Kommunistischen Hochschulen sowie für die Kommunisten und Komsomolzen, die Hörer der Hochschulen sind, muß diese Praxis in einer systematischen Parteiarbeit in den Produktionszellen und Gewerkschaften zum Ausdruck kommen, wobei diese Arbeit unbedingt an der Hochschule berücksichtigt und richtig verstanden werden muß, und zwar muß eine derartige Heranziehung der Studentenschaft zur Massenarbeit von den Parteiorganisationen hauptsächlich als Mittel zur politischen Erziehung der Studentenschaft betrachtet werden - nicht nur als Ausnutzung ihrer Kräfte - und muß mit den Bedürfnissen des Unterrichts an den Hochschulen in Einklang gebracht werden.

49. Die Partei- und Komsomolzellen der Hochschulen, die die aktive und führende Kraft innerhalb der Studentenschaft sind, müssen den Inhalt und die Methoden ihrer Arbeit verbessern. Ihre führende Rolle darf auf keinen Fall so ausgelegt werden, daß man an ihr Studium und ihre gesellschaftliche Arbeit geringere Anforderungen stellt; Erscheinungsformen kommunistischer Überheblichkeit müssen besonders energisch bekämpft werden. Die Arbeit der Kommunisten und Komsomolzen muß ganz radikal so rationalisiert werden, daß die gesellschaftliche Arbeit nicht die wissenschaftliche Arbeit stört und umgekehrt. Zu diesem Zweck müssen organisatorischer Wirrwarr, Parallelismus in der Arbeit und das Vorhandensein überflüssiger Organisationen, die im Leerlauf arbeiten, bekämpft werden. Auf der anderen Seite muß bei der Verbesserung der materiellen Lage der Studenten gegen ihre Überlastung im Studium gekämpft werden, die bei uns zu einer alltäglichen und deshalb auch besonders gefährlichen Erscheinung geworden ist.

50. Die Partei muß verstehen, daß die negativen Erscheinungen unter der Jugend (Erscheinungen des Dilettantismus, Skeptizismus, ideologische Abweichungen zum Idealismus oder zur Vulgarisierung) unvermeidlich einerseits aus der überaus schweren Lage der studierenden Jugend und andererseits aus dem katastrophalen Mangel an qualifizierten kommunistischen Kräften auf den ideologischen Kom-

mandoposten entspringen. Die ideologischen Bedürfnisse der Jugend übersteigen somit die gegenwärtig vorhandene Zahl an führenden Kräften; die immer komplizierter werdenden Fragen, die eine besondere Bearbeitung erfordern, finden oft keine Antwort, und die Jugend kann leicht auf den falschen Weg geraten. Deshalb ist die Auswahl qualifizierterer Kräfte ausschließlich für diese Arbeit eine unbedingt notwendige Vorbedingung für die Verbesserung der ideologischen Erziehung der Jugend.

Über die Herausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee in Übereinstimmung mit dem Exekutivkomitee der Komintern, alle Maßnahmen zur schnellsten Herausgabe der sämtlichen Werke von Marx und Engels in russischer und in anderen Sprachen zu ergreifen.

Über die Arbeit des Lenin-Instituts

Der XIII. Parteitag der KPR(B) beschließt:

- 1) Das Lenin-Institut ist als eröffnet zu betrachten.
- 2) Der Parteitag fordert alle Organisationen unserer Partei sowie auch die einzelnen Mitglieder der Partei auf, dem Institut aktiv und mit allen Mitteln beim Sammeln von Material, das sich auf das Leben und die Tätigkeit W.I.Lenins bezieht, zu helfen. Dieselbe Bitte zu helfen, im Lenin-Institut alles zu konzentrieren, was sich auf das Leben und die Tätigkeit W.I.Lenins bezieht, richtet der Parteitag an die kommunistischen Bruderparteien aller Länder.

Der Parteitag hält es für notwendig, daß alle Manuskripte, Briefe, Aufzeichnungen W.I.Lenins, die Originale seiner Fotografien und andere Materialien, ganz gleich, wo sie sich befinden, im Lenin-Institut konzentriert werden. Ebenso müssen im Institut ausnahmslos alle literarischen Werke vorhanden sein, die sich auf W.I.Lenin beziehen. Der Parteitag überträgt den örtlichen Instituten für Parteigeschichte die Aufgabe, regelmäßig das in den Orten vorhandene literarische Material zu liefern.

- 3) Der Parteitag hält es für notwendig, daß das Zentralin-

stitut für Parteigeschichte sowie das Zentralarchiv das bei ihnen vorhandene Material, das sich auf das Leben, und die Tätigkeit W.I.Lenins bezieht, innerhalb kürzester Frist dem Lenin-Institut übergeben.

4) Der Parteitag billigt die Vorbereitungsarbeit, die das Institut in bezug auf das Sammeln von Material und seine Popularisierung unter den breiten Massen der Werktätigen bereits geleistet hat. Als die erste und die Hauptaufgabe des Instituts betrachtet der XIII. Parteitag die absolut wissenschaftliche und äußerst sorgfältige Herausgabe der sämtlichen Werke Lenins und die Vorbereitung einer Lenin-Schriftenreihe für breitere Massen der Arbeiter aus den ausgewählten Werken W.I.Lenins in den Sprachen aller Nationalitäten der UdSSR. Die Überarbeitung und Herausgabe des überaus reichen literarischen Nachlasses W.I.Lenins muß die Aufmerksamkeit nicht nur der alten Bolschewiki, sondern auch unserer Jugend auf sich ziehen. Das W.I.Lenin-Institut muß somit die Grundlage für das Studium und die Verbreitung des Leninismus unter den breiten Massen der Parteimitglieder und der Parteilozen sein.

5) Der Parteitag beauftragt das ZK der KPR, dafür zu sorgen, daß im Lenin-Institut eine Museumsabteilung eingerichtet wird, zu der die breiten Massen der Arbeiter und Bauern Zutritt haben.

6) Der Parteitag verpflichtet das ZK der KPR und die Ortsorganisationen der Partei, die Herausgabe aller literarischen Werke W.I.Lenins und alles dessen, was über Lenin veröffentlicht wird, ständig zu verfolgen.

Über die Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen¹⁾

1) Der wirtschaftliche Aufschwung in der Republik hat zur Zunahme der politischen Aktivität und zur Steigerung der kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Massen in Stadt und Land geführt.

Obgleich sich die Lage der Arbeiterklasse im allgemeinen verbessert hat, ist die Lage der Arbeiterinnen, die größtenteils zum

1) Die vorliegende Resolution wurde im Auftrag des XIII. Parteitages ausgearbeitet und vom ZK der KPR(B) bestätigt. (Anmerkung der Redaktionskommission des "Stenographischen Berichtes")

unqualifizierten, schlechter bezahlten Teil des Proletariats gehören, noch immer sehr schwer.

2) Obgleich die Masse des weiblichen Proletariats immer stärker vom Einfluß der Partei erfaßt wird, ist der Prozentsatz der Arbeiterinnen, die während des Lenin-Aufgebots in die Partei eingetreten sind, nur unbedeutend, was hauptsächlich durch die sozialen Verhältnisse sowie durch die allgemeine Rückständigkeit der Arbeiterinnen und die ungenügende Aufmerksamkeit zu erklären ist, welche die Parteiorganisationen der Werbung von Arbeiterinnen für die Partei widmen.

3) Neben den vorhandenen Erfolgen auf dem Gebiet der Arbeit der Partei unter den Frauen stellt der Parteitag fest, daß in der Arbeit der Abteilungen "Arbeiterinnen" gewisse Tendenzen vorhanden sind, sich auf die ausschließlich agitatorischen, propagandistischen und kulturellen Aufgaben sowie die der Aufklärung zu beschränken und die Arbeit an der sozialen Befreiung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu ignorieren.

4) Der Parteitag hebt diese Tatsache hervor und stellt fest, daß die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei auf dem Gebiet der Arbeit unter den Frauen folgende sind:

a) den Einfluß der Partei auf dem Wege der politischen und kulturellen Erziehung auf die breiten Schichten der Arbeiterinnen und Bäuerinnen auszudehnen,

b) die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Sowjetaufbau heranzuziehen,

c) über die Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und anderen Organisationen am Aufbau von Einrichtungen zu arbeiten, die die Arbeiterinnen und Bäuerinnen entlasten (Krippen, öffentliche Speisehallen usw.).

Gleichzeitig hebt der Parteitag hervor, daß die organisatorischen Formen und Methoden der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die früher von der Partei festgelegt und in den Resolutionen ihrer Parteitage verankert wurden, zweckmäßig sind.

5) Als die nächsten Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen betrachtet der

Parteitag folgende:

- a) die Verstärkung der Arbeit zur Werbung von Arbeiterinnen von der Werkbank für die Partei,
 - b) die Werbung der klassenbewußtesten Arbeiterfrauen, die sich in der gesellschaftlichen Arbeit hervorgetan haben und aus Arbeiterkreisen stammen, für die Partei sowie die Gewinnung der bewußtesten Bäuerinnen, darunter auch der Frauen von Kleinbauern, Landarbeitern und dem besten Teil der Mittelbauern,
 - c) die systematische und energische Beförderung von Arbeiterinnen und Bäuerinnen auf alle Wahlfunktionen in den Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Wirtschaftsorganisationen,
 - d) die Ausbildung hervorragender Arbeiterinnen und Bäuerinnen für verantwortliche Arbeiten,
 - e) die Beförderung der Kommunistinnen auf leitende Posten in den Partei- und Sowjetorganen,
 - f) die Organisation einer systematischen Massenarbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in den Betrieben und Wohnheimen,
 - g) die verstärkte Leitung der Arbeit unter den Bäuerinnen seitens der Parteiorganisationen und die Festigung der Arbeit, die von den Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen in den Amtsbezirken geleistet wird,
 - h) die weitere Verstärkung der Apparate für die Arbeit unter den Frauen, die Heranziehung einer größeren Anzahl kommunistischer Arbeiterinnen in diese Apparate und die Vergrößerung der Kader der hauptamtlichen Organisationen in den Amtsbezirken.
- 6) In Verbindung mit der noch andauernden Verdrängung von Arbeiterinnen aus der Produktion hebt der Parteitag hervor, daß die Erhaltung der weiblichen Arbeitskraft in der Produktion von politischer Bedeutung ist und stellt der Partei die Aufgabe, verstärkt daran zu arbeiten, daß die Qualifikation der Frauenarbeit erhöht wird und die Frauen, wo es möglich ist, in solchen Zweigen der Produktion zu beschäftigen, wo Frauenarbeit früher überhaupt nicht oder nur in ungenügendem Maße angewandt wurde.

7) Die allgemeine wirtschaftliche Verbesserung der Republik gestattet es der Partei, die Aufgabe zu stellen, daß die entsprechenden Organe verstärkt am Aufbau von Einrichtungen arbeiten, die zur Entlastung und Befreiung der Arbeiterinnen beitragen. In dieser Richtung muß die selbständige Tätigkeit der Werkstätigen selbst entwickelt werden.

8) Angesichts der Bedeutung, die den Massen der werktätigen Frauen beim Aufbau der Genossenschaften zukommt, macht der Parteitag auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Massen der werktätigen Frauen in großem Maßstab in Genossenschaften zu organisieren und die Genossenschaften stärker den Bedürfnissen der Verbraucherinnen anzupassen.

9) Der Parteitag hebt die Erfolge und den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei auf die breiten Schichten der werktätigen Frauen des Ostens hervor und macht noch einmal auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die Parteikomitees die Leitung der Arbeit unter den werktätigen Frauen des Ostens verstärken, daß die Abteilungen "Arbeiterinnen" gefestigt und aus der örtlichen Bevölkerung ergänzt werden. Gleichzeitig weist der Parteitag auf die Notwendigkeit hin, Vorurteile bezüglich der Lebensgewohnheiten zu bekämpfen, die gesetzgebende Arbeit auf dem Gebiet der Befreiung der werktätigen Frauen des Ostens durchzuführen, und zwar unter sorgfältiger Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten, und die Arbeit zur Einbeziehung der werktätigen Frauen des Ostens in die Produktion und ihre Gewinnung für die Partei ebenfalls zu verstärken. Der Parteitag hält es für notwendig, einen bestimmten Fonds aus den Mitteln des Zentrums und den örtlichen Mitteln für die Arbeit unter den Frauen (Organisation von Arteln, Frauenklubs usw.) in den östlichen Republiken und Gebieten zu bewilligen.

10) Schließlich hält es der Parteitag für notwendig, die gesamte Partei darauf hinzuweisen, daß die jetzige Beteiligung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen am Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsaufbau gegenwärtig bei weitem nicht genügend ist und daß die Arbeit der Partei unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen deshalb ersträngige Bedeutung gewinnt. Man muß den Kon-

servatismus gegenüber der Frau bekämpfen, den uns die kapitalistische Gesellschaft als Erbe hinterlassen hat.

Vor allem unsere Parteiorganisationen müssen in dieser Hinsicht vorbildlich sein.

"Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft selbst aber wird erst dann beginnen, - nach den Worten des Genossen Lenin - wenn wir, nachdem wir die vollständige Gleichheit der Frau durchgesetzt haben, gemeinsam mit der von dieser Kleinlichen, abstumpfenden, unproduktiven Arbeit befreiten Frau an die neue Arbeit gehen werden."¹⁾

Die ständige Einhaltung dieses Weges, den uns die Hand des großen Führers gewiesen hat, ist das Unterpand für die Verwirklichung des Leninismus auf dem Gebiet der Arbeit der Kommunistischen Partei unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

II. G r u ß s c h r e i b e n d e s P a r t e i t a g e s

An die Kommunistische Internationale

Der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands übermittelt der Kommunistischen Internationale am Vorabend des V. Weltkongresses heiße Grüße.

Der Tod unseres Lehrers und Führers, der gleichzeitig der allgemein anerkannte Lehrer und Begründer der gesamten Kommunistischen Internationale war, zwingt die kommunistischen Parteien der ganzen Welt, ihre Reihen noch enger zusammenzuschließen. Die Kommunistische Partei Rußlands kennt keine stolzere Verpflichtung als die, der Kommunistischen Internationale bei ihrer großen Arbeit zu helfen, eine ihrer treuesten Sektionen zu sein. Das vergangene Jahr brachte eine Fülle großer Ereignisse auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterbewegung. Allmählich beginnt sich eine neue Welle der internationalen Revolutionen zu erheben. Besonders zeigen

1) W.I.Lenin, Werke, Bd.30, S.25, (russ.) d.Red.

W.I.Lenin, Ausgew. Werke in 12 Bd., Verlagsgenossenschaft ausl. Arbeiter in der UdSSR, Moskau - Leningrad 1936, Bd.9, S.539

die vergangenen Wahlen in einer ganzen Reihe von Ländern, daß die Kräfte der Kommunistischen Internationale schnell wachsen. Daraus entsteht für die Kommunistische Internationale ein neues schwieriges Problem. Die Kommunistische Partei Rußlands schätzt sich glücklich, der Kommunistischen Internationale mitteilen zu können, daß der russische Vortrupp aus seiner Prüfung noch geschlossener und fester hervorgegangen ist. Das Proletariat, das sich zur Union der Sozialistischen Republiken zusammengeschlossen hat, wird stärker, die wirtschaftliche Lage in unserer Union wird besser, und die Kommunistische Internationale kann überzeugt sein, daß ihre russische Sektion, so wie sie es bisher war, der internationalen Revolution bis zu Ende treu bleiben wird.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

An die Kommunistische Partei Deutschlands

Der XIII. Parteitag hat Euer freundschaftliches Grußschreiben an uns dankbar zur Kenntnis genommen und übermittelt Euch ebenfalls heiße Grüße seiner brüderlichen Solidarität. Im vergangenen Jahr schien der Sieg des deutschen Proletariats uns allen eine Zeitlang besonders nahe zu sein. Jedoch mußte das deutsche Proletariat noch einmal zurückweichen. Wir sind fest davon überzeugt, daß dies nicht auf lange Zeit sein wird. Das heldenhafte deutsche Proletariat wird seine Kräfte schnell wieder sammeln. Der glänzende Wahlsieg der Kommunistischen Partei Deutschlands hat gezeigt, daß sich der Kern des deutschen Proletariats schon unter unserem Banner vereinigt hat. Die Avantgarde des deutschen Proletariats hat mit fester Hand die "sächsischen" Fehler korrigiert und mit den opportunistischen Abweichungen Schluß gemacht. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die innere Krise überwunden und den breiten Weg des politischen Kampfes beschritten. In der Frage der Gewerkschaften, in dieser zentralen taktischen Frage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, hat die Partei die richtige Linie eingeschlagen und den schädlichen Tendenzen zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung eine entschiedene Abfuhr erteilt. Darin sehen wir das Hauptunterpand dafür, daß die Partei es verstehen wird, die vor ihr stehenden schwierigen taktischen Aufgaben zu lösen. Wir

sind der festen Überzeugung, daß der innere Kampf innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands seinem Ende entgegengeht, daß sich die gesamte Partei den Beschlüssen, die mit der taktischen Generallinie der Komintern übereinstimmen, wie ein Mann fügen wird und daß das neue Zentralkomitee, das vor schwierigen aber ehrenvollen Aufgaben steht, es verstehen wird, alle Kräfte aus den früheren Fraktionen, alle Genossen, die auf dem Boden der Komintern stehen, zur Arbeit heranzuziehen.

Der XIII. Parteitag der KPR stellt erfreut und stolz fest, daß sich die deutsche Bruderpartei in allen ernsthaften taktischen Fragen, mit denen sich die KPR in der letzten Zeit beschäftigte, mit unserer Partei vollkommen einstimmt. Die russischen Arbeiter wissen sehr gut, daß sie von ihren deutschen Brüdern viel lernen müssen.

Das Bestreben der deutschen Partei, zu einer Partei zu werden, die völlig auf dem Boden des Leninismus steht, erfüllt uns mit Stolz. Der Bolschewismus hat sich im Kampf nicht nur gegen den Opportunismus, sondern auch gegen die "Kinderkrankheiten des linken Radikalismus" herausgebildet und gestählt.

Im Prozeß der endgültigen Umwandlung der europäischen kommunistischen Parteien in bolschewistische Parteien dürfen die ausländischen Genossen diese Lehre der russischen Partei nicht vergessen.

Mit größter Freude stellt der XIII. Parteitag der KPR fest, daß die Krise in der kommunistischen deutschen Bruderpartei im wesentlichen überwunden ist, daß die deutsche Kommunistische Partei einmütig und fest geschlossen den bevorstehenden großen Schlachten entgegengeht. Der XIII. Parteitag der KPR ist davon überzeugt, daß unsere Partei in allen irgendwie ernsthaften Problemen der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere auf dem V. Kongreß der Komintern Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und in voller ideologischer Solidarität mit ihr arbeiten wird.

Mit größter Aufmerksamkeit und heißer Sympathie verfolgen wir Euren Kampf und sind ebenso wie Ihr bereit, unsere Pflicht bis zu Ende zu erfüllen.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

An die Kommunistische Partei Frankreichs

Der XIII. Parteitag der KPR hat Eure brüderlichen Grüße dankbar entgegengenommen. Wir sind stolz darauf, daß die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt die taktische Linie unserer Partei billigen. Diese Billigung dient uns als Beweis dafür, daß unsere Partei unbeirrbar den Weg geht, den ihr unser Lehrer W.I. Lenin gewiesen hat.

Der XIII. Parteitag der KPR beglückwünscht Euch herzlich zu dem Erfolg, den Ihr bei den letzten Wahlen errungen habt. Besonders heiße Grüße senden wir den revolutionären Arbeitern der Vororte von Paris, die bewiesen haben, daß sich die Elite des französischen Proletariats schon unter dem Banner des Kommunismus zusammengeschlossen hat. Wir sind stolz darauf, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs und die Seineföderation, die ohne Zweifel eine der besten Organisationen der Kommunistischen Partei Frankreichs ist, es verstanden haben, diesen glänzenden Sieg zu organisieren.

Die französischen Sozialisten haben ihr Geschick noch einmal mit dem der Bourgeoisie verbunden. Sie sind nichts anderes als eine der Fraktionen der bürgerlichen Demokratie. Es besteht kein Zweifel, daß die Kommunistische Partei Frankreichs es jetzt verstehen wird, in der nächsten Zeit den französischen Sozialisten jene Schichten der Werktätigen abzurufen, die ihnen bis jetzt vertraut haben. Vor Eurer Partei eröffnet sich jetzt eine besonders breite politische Tätigkeit. Wir zweifeln nicht daran, daß sich die Partei als auf der Höhe ihrer Aufgaben stehend erweisen wird. Der XIII. Parteitag der KPR hebt besonders erfreut jenen Teil Eures Schreibens an uns hervor, in dem Ihr schreibt, daß die Aufgabe in der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien Westeuropas besteht und nicht in der Entbolschewisierung der KPR. Der XIII. Parteitag der KPR ist der gleichen Meinung und ist davon überzeugt, daß es uns mit gemeinsamen Kräften gelingen wird, diese große Aufgabe zu lösen.

Es lebe die Kommunistische Partei Frankreichs!

Es lebe das heldenhafte französische Proletariat!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

III. Resolution der XIII. Parteikonferenz, bestätigt vom XIII. Parteitag der KPR (B)¹⁾

Über den Parteaufbau

Die Partei unter den Bedingungen der NÖP

a) Die Neue Ökonomische Politik, die das Wachstum der Produktivkräfte ermöglicht, hat sich bewährt als eine notwendige Etappe auf dem Wege des langwierigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie hat beigetragen zum Aufschwung der Volkswirtschaft im allgemeinen, zum Aufschwung der Bauernwirtschaft, der staatlichen Industrie, des staatlichen Handels und der Genossenschaft. Wir haben ein allmähliches Steigen der Arbeitslöhne, den Prozeß der Rückkehr qualifizierter Proletarier in die Städte, eine Hebung des kulturellen Niveaus in den breiten proletarischen Massen und insbesondere, dank der systematischen Ausbildung von Arbeitern und Bauern an den Hochschulen, die Entstehung neuer Kader einer aus dem Proletariat und der Bauernschaft kommenden Intelligenz.

b) Schon der XII. Parteitag, der eine bedeutende Belebung des wirtschaftlichen Lebens des Landes feststellte, wies gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, in jeder Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung dieselbe vom Standpunkt des sozialistischen Aufbaus zu beurteilen. Die Diktatur des Proletariats, die sich nicht festigen und entwickeln kann, wenn nicht der materielle Wohlstand des Landes wächst, hätte sich auch dann nicht halten können, wenn dieses Wachstum des Wohlstandes zu einem Übergewicht des Privatkapitals gegenüber dem staatlichen geführt hätte.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Wirtschaft des Landes jetzt zu überwinden hat, kommen vor allem darin zum Ausdruck, daß die Erzeugnisse unserer staatlichen Industrie nicht

1) Die Resolution der XIII. Parteikonferenz "Über die Ergebnisse der Diskussion über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei", die ohne Abänderung vom XIII. Parteitag bestätigt wurde, ist auf S. 260/271 im Bd. IV der vorliegenden Ausgabe veröffentlicht. Von der Resolution "Über den Parteaufbau" wird nur der Teil veröffentlicht, der vom XIII. Parteitag bestätigt wurde und in der Resolution der XIII. Parteikonferenz fehlte, aber in der Resolution enthalten war, die auf der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK am 5.12.23 angenommen wurde. D.Red.

genügend Absatz finden. Wenn der Absatz im letzten Jahr auf immer größere Schwierigkeiten gestoßen ist, so ist das zum großen Teil durch die außerordentlich hohen Herstellungskosten der Produkte, durch die außerordentlich hohen Handelsspesen in Verbindung mit unzulässigen Methoden der übertrieben hohen Preisberechnung auf Kosten des Verbrauchers zu erklären. Die Grundlage dieser Schwierigkeiten bilden die ungenügende Produktivität und ungenügende Koordinierung der verschiedenen Elemente der staatlichen Wirtschaft untereinander und mit dem Markt, die unrationelle oder ungenügend rationelle Organisation der Industrie- und Handelsbetriebe und ihrer Operationen und insbesondere die Unfähigkeit unserer noch immer bürokratischen Handels- und Genossenschaftsorganisationen, sich den Weg zum Bauernmarkt zu bahnen.

Die zentrale Aufgabe ist nach wie vor das Bündnis der staatlichen Industrie mit der bäuerlichen Landwirtschaft, d.h. in erster Linie die Herstellung einer richtigen Wechselbeziehung zwischen der Produktion unserer staatlichen Industrie auf der einen Seite und den Bedürfnissen und der Kapazität unseres vorwiegend bäuerlichen Marktes auf der anderen Seite. Aber diese Aufgabe kann nur in dem Maße gelöst werden, wie der Zusammenschluß der verschiedenen Faktoren und Elemente der staatlichen Wirtschaft miteinander richtig und systematisch gewährleistet wird.

Aus alledem muß die Partei von ihren obersten bis zu den untersten Organen für sich die Schlußfolgerungen ziehen, daß die weitere wirtschaftliche Belebung, die in der nahen oder nächsten Zukunft die gegenwärtige Krise überwinden wird, nur insofern dem sozialistischen Aufbau dienen wird, wie wir tatsächlich lernen werden, die Elemente der staatlichen Wirtschaft in ihrer ständigen Wechselwirkung sowohl untereinander als auch mit dem Markt in Einklang zu bringen.

Daraus geht die außerordentlich große Bedeutung der Staatlichen Plankommission - des wirtschaftlichen Stabs des sozialistischen Staates - und aller örtlichen Organisationen der Wirtschaftsplanung hervor. Es muß ihnen tatsächlich auch der Platz eingeräumt werden, der ihnen in der Resolution des XII. Parteitages angewiesen wurde.

Plenum des ZK der KPR (B)

Moskau, 16. - 20. August 1924.

- 141-

Die in der letzten Zeit ergriffenen Maßnahmen zur Senkung der Preise für Fabrikate und auf dem Gebiet des Getreideexports haben schon jetzt zu einer gewissen Belebung des Handelsumsatzes und zur Erhöhung der Brotgetreidepreise geführt. Der Kampf gegen die Hauptursachen der Absatzkrise erfordert jedoch von der Partei eine schwierige und systematische Arbeit an der Durchführung der vom XII. Parteitag vorgeschlagenen Maßnahmen zur Konzentrierung der Industrie, zur richtigen Organisierung des Industrie- und Handelsapparates, zur Hebung der Landwirtschaft, zur Hebung ihres technischen Niveaus und zu ihrer Anpassung an den Kampf auf dem Weltmarkt unter anderem durch Vergrößerung des landwirtschaftlichen Kredits usw. Diese Aufgaben stehen jetzt schon in ihrer ganzen Größe als völlig unaufschiebbar vor der Partei. Es besteht kein Zweifel, daß die Partei geschlossen alle Kräfte zu ihrer tatsächlichen Lösung anspannen wird.¹⁾

"XIII. Parteitag der KPR(B).
Stenographischer Bericht".
1924

1) Weiterhin folgt der Wortlaut der Resolution "Über den Parteaufbau", die von der XIII. Parteikonferenz der KPR(B) angenommen wurde (siehe: vorliegende Ausgabe Bd. IV, S. 251/260).
D.Red.

Das Plenum behandelte folgende Fragen: 1) Die Information über die Verhandlungen der UdSSR mit England; 2) Die Kontrollziffern des Haushaltsplans der UdSSR für das Jahr 1924/25; 3) Den Bericht der Lohnkommission des ZK und der ZKK; 4) Die Sozialversicherung; 5) Den Bericht des Orgbüros des ZK der KPR(B) über die politische Erziehung der Genossen des Leninaufgebots; 6) Den Kampf gegen die Folgen der Mißernte und der Dürre und über den Getreideexport; 7) Das Verhältnis zur Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale; 8) Die zweiten Parteigebietskonferenzen.

Zur ersten Frage der Tagesordnung beschloß das Plenum, nach einem Meinungsaustausch über das Wesen des unterzeichneten Vertrages, die Entscheidung dieser Frage zu vertagen.

Die Kontrollziffern des Haushaltsplans der UdSSR für das Jahr 1924/25 wurden zur Kenntnis genommen.

Das Plenum erkannte, daß es notwendig ist, daß neben dem vorläufigen Jahreshaushalt im Jahre 1924/25 feste Quartalshaushaltspläne beibehalten und eine strenge Haushaltsdisziplin durchgeführt werden müssen. Man darf nicht zulassen, daß die Ausgaben die Einnahmen überschreiten, und man muß durchsetzen, daß alle Einnahmen vollständig und rechtzeitig eingehen. Der Jahreshaushalt ist so aufzubauen, daß im laufenden Jahr 1924/25 tatsächlich Maßnahmen ergriffen werden können, die die Entwicklung der Hüttenindustrie und einen Aufschwung der Landwirtschaft gewährleisten.

Das Plenum bestätigte die von der Kommission des ZK und der ZKK eingebrachten konkreten Vorschläge auf dem Gebiet der Lohnpolitik. Die Resolution des Plenums über die Lohnpolitik wird nachstehend veröffentlicht.

Zur Frage der Sozialversicherung beschloß das Plenum Maßnahmen auszuarbeiten und zu ergreifen, die die Beteiligung und die Verantwortlichkeit der Wirtschaftsorgane für die Organisierung der Sozialversicherung gewährleisten, und die Festsetzung eines

durchschnittlichen Versicherungsbeitrages von 14 Prozent des Arbeitslohnes für zulässig zu erklären.

Der Bericht des Orgbüros des ZK der KPR(B) über die politische Erziehung der Genossen des Leninaufgebots wurde vom Sekretär des ZK, L.M.Kaganowitsch gegeben.

Das Plenum des ZK beschloß, die Arbeit des Orgbüros und der Kommission zur Erziehung der Genossen des Leninaufgebots zu billigen und beauftragt das Orgbüro, weitere praktische Maßnahmen für die Arbeit mit den Genossen des Lenin-Aufgebots auszuarbeiten.

Das Referat über den Kampf gegen die Folgen der Mißernte und Dürre und über den Getreideexport wurde vom Plenum zur Kenntnis genommen.

In der Frage des Verhältnisses zur Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale billigte das Plenum des ZK der KPR(B) die allgemeine Linie des Politbüros der Verhandlungen zwischen sowjetischen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsinternationale mit der Amsterdamer Internationale. Im Zusammenhang mit der Einladung sowjetischer Gewerkschaftler zum Kongreß der britischen Trade-Unions in Hull, billigte das Plenum die Entsendung einer Delegation des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion.

Resolution des Plenums. Über die Lohnpolitik

(Angenommen am 19. August 1924)

Einleitung.

Nach den Angaben der Staatlichen Plankommission erhöhte sich die tägliche durchschnittliche Bruttoproduktion eines Arbeiters in den vierzehn wichtigsten Zweigen der nationalisierten Industrie von 4,38 Rubel im Oktober 1922 auf 5,40 Rubel im Januar 1924, d.h. um 23,3 Prozent, während der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters von 37,8 Kop. auf 71,9 Kop., um 90 Prozent stieg.¹⁾

1) Die genannten Ziffern haben nur bedingten Charakter und über ihre genaue Bedeutung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Jedoch charakterisieren sie richtig die Tendenz, daß die Zunahme der Arbeitsproduktivität der Arbeiter hinter dem Ansteigen des Arbeitslohnes zurückbleibt. (Anmerkung des Originals.)

Dieser Prozeß, daß der Arbeitslohn schneller anstieg, war bis jetzt unvermeidlich und im allgemeinen gesetzmäßig. Der Arbeitslohn mußte so weit ansteigen, damit die notwendigsten Bedürfnisse des Arbeiters gesichert werden konnten. Das war nicht nur unvermeidlich vom Standpunkt der Interessen des Arbeiters, sondern es war außerdem noch eine notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit, im weiteren eine schnelle und entscheidende Hebung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Wenn jedoch ein solches Verhältnis zwischen dem Steigen der Löhne und dem der Arbeitsproduktivität lange bestehen bleibt, gefährdet es die Interessen der Industrie und des Staates. Die Entwicklung der Industrie, die Macht des Staates, die Möglichkeit des stetigen Steigens des Arbeitslohnes selbst und die Festigung seines gegenwärtigen Standes verlangen das umgekehrte Verhältnis - das stärkere Ansteigen der Bruttoproduktion, - die auf einen Arbeiter in der Industrie entfällt, und die Steigerung der Arbeitsproduktivität muß das Steigen des Lohnes überholen. Nur unter dieser Bedingung wird die materielle Basis geschaffen und werden Mittel akkumuliert sowohl für die Gewährleistung des Steigens des Arbeitslohnes als auch für die Erweiterung der Produktion, die eine Erhöhung der Umlaufmittel verlangt, als auch für die Wiederherstellung der abgenutzten, veralteten Ausrüstungen, als auch für die Befriedigung der ständig wachsenden kulturellen Bedürfnisse sowie für die Erziehung und Bildung der heranwachsenden Generation und für die Verwaltung und Verteidigung des Staates.

Gegenwärtig deutet eine ganze Reihe von Anzeichen auf die Gefahr hin, die aus dem oben erwähnten Mißverhältnis zwischen dem Steigen des Arbeitslohnes und dem Steigen der Arbeitsproduktivität entspringt. Diese Anzeichen sind folgende: Die wachsende Zahl von Arbeitslosen, die sich daraus ergibt, daß viele auf der Suche nach Arbeit vom Dorf in die Stadt strömen; die wachsende Verschuldung in bezug auf die Sozialversicherung; die überaus großen Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Lohnzahlung, die verspätete Lohnzahlung und die Lohnrückstände in der ganzen Metall- und Brennstoffindustrie; der Mangel an Umlaufmitteln und Krediten für die notwendige Erweiterung der Produktion

und für die Wiederherstellung des Grundkapitals; das ungenügend schnelle Tempo der Erweiterung der Produktion und der Verbilligung der Erzeugnisse, um die Bedürfnisse der Mittel- und Kleinbauern entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit zu befriedigen.

Deshalb muß die Lösung des Tages werden: Steigerung der Arbeitsproduktivität, Erweiterung der Produktion, Verbilligung der Industriewaren. Die Partei muß ihre ganze Aufmerksamkeit und alle ihre Kräfte hierauf konzentrieren. Dies erfordert auch die Mißernte, die den Südosten heimgesucht hat. Im Zusammenhang mit dieser Mißernte werden auch die Preise für Brot und für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die einen bedeutenden Teil des Budgets des Arbeiters ausmachen, unvermeidlich steigen, und der Reallohn des Arbeiters wird unvermeidlich sinken, wenn die Produktion von Industriewaren nicht erweitert und verbilligt wird, d.h., wenn die Arbeitsproduktivität nicht maximal steigt. Im Zusammenhang mit der Mißernte ist darauf hinzuweisen, daß der Kampf gegen sie eine gewaltige finanzielle Anspannung erfordert, die sich nicht nur unter der oben erwähnten Bedingung auf den Lohn auswirken wird. Ausgehend von dem oben Dargelegten erinnert das ZK alle Parteiorganisationen, Wirtschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre daran, daß man sich auf dem Gebiet der Lohnpolitik unbedingt von der Resolution des XII. Parteitages leiten lassen muß.

Das Steigen der Arbeitslöhne in den einzelnen Zweigen und in den einzelnen Betrieben muß sich genau nach der Arbeitsproduktivität richten und nicht nur nach den Ressourcen des betreffenden Industriezweiges oder Trusts, sondern auch nach den Ressourcen und dem Zustand der gesamten Industrie, nach ihren Bedürfnissen und dem allgemeinen Lohnniveau, besonders in der Schwerindustrie und im Verkehrswesen.

Das ZK schlägt allen Parteiorganisationen vor, eine ganze Reihe längerer Kampagnen zu organisieren, die bei der gesamten Arbeiterklasse die Erkenntnis festigen, daß eine ständige, nicht nachlassende Arbeit zur Hebung der Arbeitsproduktivität und zur Erweiterung und Verbilligung der Produktion notwendig ist. Die örtlichen Parteiorganisationen, der Oberste Volkswirtschaftsrat, der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, die

Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane sowie die Arbeiter- und Bauerninspektion und die Zentrale Kommission müssen ihre ganze Aufmerksamkeit auf diese Seite konzentrieren. Diese Fragen müssen in den Produktionsberatungen, Kommissionen und Delegiertenversammlungen im Vordergrund stehen.

Es muß aufhören, daß die Wirtschaftsorgane im allgemeinen den Gewerkschaften gegenübergestellt werden, wie das ziemlich häufig geschieht. Unter der Diktatur des Proletariats muß sowohl der Oberste Volkswirtschaftsrat als auch die Gewerkschaften die Hebung der Arbeitsproduktivität als ihre eigene Angelegenheit betrachten, ihre ökonomische Arbeit muß verstärkt werden, und sie dürfen weder auf dem Gebiet der Lohnerhöhung noch auf anderen Gebieten Forderungen erheben, die die Aufwendung zusätzlicher Mittel erfordert, ohne daß sowohl die Geldmittel und Bedürfnisse des betreffenden Betriebes als auch die der gesamten Industrie berücksichtigt werden und ohne daß die Forderungen den Direktiven der Partei entsprechen.

Konkrete Maßnahmen

Es ist notwendig, folgende konkrete Maßnahmen zu ergreifen:

1. Um den Reallohn aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit zu erhöhen, muß mit Beginn des neuen Haushaltjahres ohne allgemeine Erhöhung der Nominallöhne eine weitere Senkung der Einzelhandelspreise vorgenommen werden.
2. In den Zweigen der Leichtindustrie, die in bezug auf die Lohnhöhe schnelle Fortschritte gemacht haben, muß einer weiteren Erhöhung der Löhne Einhalt geboten werden, und in den zurückgebliebenen Zweigen der Industrie (Verkehrswesen, Hüttenindustrie) muß der Kurs auf eine weitere Erhöhung des Nominallohnes beibehalten werden unter unbedingter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zustandes und der wirtschaftlichen Möglichkeiten des betreffenden Industriezweiges.
3. Um Fehler in der Einstufung der Qualifikation von Arbeitern zu beseitigen und die Arbeiter richtig nach Tarifgruppen einzuteilen, werden die Fraktionen des Zentralrats der Gewerkschaften der

Sowjetunion und des Obersten Volkswirtschaftsrates verpflichtet, für die einzelnen Industriezweige die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Fehler zu ergreifen.

4. Als wichtigstes Problem auf dem Gebiet der Lohnpolitik ist die Frage der weiteren Hebung sowohl der persönlichen als auch der allgemeinen Arbeitsproduktivität zu betrachten. Deshalb sind folgende Maßnahmen notwendig:

- a) die richtige (rationelle) Organisation der Arbeit und der Produktion in den Betrieben, die die volle Auslastung des Arbeitstages der Arbeiter und der Angestellten zum Ziel haben muß;
- b) die Erhöhung der Leistungsnormen in den Fällen, wo sie noch nicht den Stand der technisch möglichen Normen erreicht haben, unter Berücksichtigung der maximalen Auslastung der Maschinen und Ausnützung des vollen Arbeitstages;
- c) Aufhebung der Beschränkungen für Nebenverdienst im Akkord; Errichtung eines Systems der periodischen Überprüfung der Leistungsnormen und der Akkordsätze unter der Bedingung, daß eine technische und organisatorische Verbesserung erzielt worden ist, die eine Erhöhung des Produktionsausstoßes zur Folge hat;
- d) beharrliche Durchführung der Arbeit zur Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen der Zahl der Produktionsarbeiter und der der Hilfsarbeiter und Angestellten;
- e) Verbesserung der technischen Ausrüstungen und Schaffung eines maximalen Anreizes sowohl für die Arbeiter als auch für das technische Personal, Fortschritte auf dem Gebiet der Erfindungen zu erzielen, die dazu dienen, die Ausrüstungen und die Organisation des Produktionsprozesses zu verbessern;
- f) weitere Konzentrierung der Produktion, möglichst volle Auslastung der Betriebe und Erweiterung der Produktion und des Absatzes;
- g) Vereinfachung und maximale Zusammendrängung des Sortiments der Massenbedarfsartikel und zweckmäßige Verteilung der Aufträge an die einzelnen Betriebe unter Berücksichtigung ihrer Spezial-

sierung;

h) maximale Sparsamkeit und weitere Senkung der Unkosten in der Produktion und im Handel;

i) maximale Einsparung von Rohstoffen, Brennstoff in den Betrieben (Ausschuß, Mehrverbrauch an Strom usw.).

Alle diese Maßnahmen müssen unbedingt zur Senkung der Selbstkosten der Fertigungseinheit führen.

5. Während sich im allgemeinen die rechtzeitige Lohnzahlung verbessert hat, ist in der Hütten- und Kohlenindustrie die Lage hinsichtlich der Lohnzahlung nach wie vor schwierig; das ZK macht sowohl die Partei- als auch die Sowjetorgane auf die Notwendigkeit aufmerksam, diesen Mißstand innerhalb kürzester Frist abzustellen. Es müssen Maßnahmen zur Beseitigung der verspäteten Lohnzahlung ergriffen werden, in-dem man die Abrechnungen zwischen den Betrieben und den Verbrauchern der Erzeugnisse mit Hilfe maximaler Ausnützung des Systems der Kreditinstitute für diesen Zweck regelt.

6. Der allgemeine Lohnfonds der Angestellten der Trusts, Syndikate und Volkskommissariate darf nicht erhöht werden; es ist nach wie vor notwendig, für die Senkung der Gehälter der relativ höchstbezahlten Kategorien der Angestellten zu kämpfen. Dagegen müssen die Gehälter für die zurückgebliebenen Gruppen (der Lehrer, Ärzte, Agronomen, Volksrichter usw.) im laufenden Jahr nach Möglichkeit bis zum durchschnittlichen Lohnniveau der Industriearbeiter erhöht werden.

7. Es wird als verbindlich bestätigt, daß in der Regel alle Konflikte und Streitigkeiten, die zwischen Wirtschaftsorganen und Gewerkschaften auf Grund des Abschlusses, der Änderung oder der Nichterfüllung der Kollektivverträge entstehen, in der gewöhnlichen Weise beigelegt werden, und zwar durch Verhandlung vor dem Schiedsgericht.

"Prawda" Nr. 201
vom 5. September 1924

Plenum des ZK der KPR (B)

Moskau, 25. - 27. Oktober 1924

Das Plenum erörterte Wirtschaftsfragen, zu denen es die Berichte "Über aktuelle Wirtschaftsfragen" und "Über den Haushaltsplan und die Währung" entgegennahm. Zu den Fragen der Arbeit im Dorfe hielt W.M. Molotow das Referat "Über die nächsten Aufgaben der Arbeit auf dem Lande". Die Resolution "Über die nächsten Aufgaben der Arbeit auf dem Lande" wurde vom Plenum als Grundlage angenommen und in der endgültigen Redaktion vom Politbüro bestätigt.

Resolution des Plenums über die nächsten Aufgaben der Arbeit auf dem Lande

(Resolution des Plenums des ZK der KPR zum Bericht des Genossen Molotow)

Ausgehend von den Beschlüssen des XIII. Parteitag zu den Fragen der Arbeit auf dem Lande, in denen grundlegende Anweisungen für alle wichtigsten Seiten dieser Arbeit gegeben wurden (wie: Partei- und Sowjetapparat im Dorfe, Hebung der Landwirtschaft, die Aufgaben der Genossenschaft und der Kollektivierung in der Landwirtschaft, die Verteidigung der Interessen der Dorfarmut und die Bauernkomitees, die Organisation der Landarbeiterschaft und die Entwicklung der Tätigkeit der Gewerkschaften, die Kultur- und Aufklärungsarbeit und die Heranziehung der ländlichen Intelligenz hierzu, die Arbeit unter der Jugend, unter den Bäuerinnen, unter den territorialen Divisionen u.a.) sowie unter Berücksichtigung des weiteren Wachstums der politischen Aktivität im Dorfe wird als notwendig anerkannt, daß den Parteiorganisationen folgende zusätzliche Anweisungen gegeben werden:

I.

Die Leitung der Arbeit der Dorfzellen und der Amtsbezirk-Komitees muß verstärkt werden. Zu diesem Zweck muß dem

Inhalt der Arbeit der Zellen auf dem Lande besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es ist notwendig, daß die Zellen und Amtsbezirks-Komitees im Dorfe neben den Fragen der politischen Erziehung ihrer Mitglieder und der politischen Aufklärungsarbeit unter den Massen der Bauernschaft (unter der Landarbeiterschaft und unter den Schichten der Kleinbauern) auch den Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Dorfes, der Arbeit der entsprechenden Sowjet- und Wirtschaftsorgane, der Genossenschaft, der Bauernkomitees usw. die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Die Fragen der Haushaltspläne der Amtsbezirke, die agronomische Hilfe, die Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen, die Melioration, die Viehzucht, das örtliche Gericht, die Schulen, die Bauernlestuben, die Verbreitung und die Lektüre der Zeitungen und andere Tagesfragen aus dem Leben des Dorfes müssen in Verbindung mit der Arbeit der Sowjets und in Anwendung auf die örtlichen Bedingungen im gegebenen Moment den ersten Platz in der Arbeit der ländlichen Parteizellen und der Parteikomitees (des Amtsbezirks, des Rayons) einnehmen, aber gleichzeitig darf nicht zugelassen werden, daß die Sowjets (und die Exekutivkomitees), die Genossenschaftsorgane usw. durch die Parteiorgane ersetzt werden.

Deshalb ist es notwendig:

- a) eine systematische Arbeit der Kommissionen für die Arbeit auf dem Lande beim ZK, bei den Gebiets-Komitees, bei den Gouvernementskomitees und bei den Bezirks-Komitees (und, wenn nötig, bei den Kreis-Komitees) zu organisieren, wobei diese Arbeit nach Möglichkeit mit dem Gesamtplan verbunden werden muß.

Die Kommissionen müssen unter dem Vorsitz des Sekretärs (oder eines Mitgliedes des Büros) des Gebiets-Komitees, bzw. Gouvernementskomitees, bzw. Bezirks-Komitees arbeiten.

- b) Die "Prawda" sowie die anderen zentralen und örtlichen Zeitungen (in denen es das noch nicht gibt) müssen regelmäßig eine Seite dem Dorf widmen.
- c) Die von der "Prawda" (sowie von der "Dorfarmut" und der "Bauernzeitung") durchgeführte Kampagne zur Betrachtung der Arbeit der Parteiorganisationen auf dem Lande wird gebilligt.

- d) Die Gründung einer zweiwöchentlich erscheinenden Zeitschrift "Der Kommunist im Dorf" für die führenden Parteikader im Dorf wird gebilligt.

II.

Bei der Arbeit der Parteiorganisationen im Dorfe ist von besonders großer Bedeutung ihre persönliche Zusammensetzung und vor allem die Zusammensetzung der Leiter dieser Organisationen.

Der Mangel an geschulten Parteifunktionären auf dem Lande macht es erforderlich, daß ständig Kommunisten auf das Land versetzt werden.

Daneben ist es notwendig, besonders die Aufmerksamkeit für die Ausbildung und Förderung neuer Funktionäre aus der Bauernschaft selbst zu verstärken.

Vor den Parteiorganisationen steht die gewaltige Aufgabe, neue Kommunisten aus den Reihen der Bauernschaft zu erziehen sowie die Aufgabe, die wachsenden Kräfte der parteilosen bäuerlichen Aktivisten politisch zu führen.

Aus diesem Grunde ist es notwendig:

- a) Der Ausbildung von Funktionären für leitende Partei- und sonstige Arbeit in den Kreisen (zum Beispiel Schule für verantwortliche Kreis-Funktionäre beim ZK u.a.) ständige Aufmerksamkeit zu widmen.
- b) Im Laufe des Winters müssen (durch die Gouvernements- und Kreis-Komitees) verschiedene Wiederholungslehrgänge oder kurzfristige Schulen für die Amtsbezirks-Sekretäre, Genossenschaftler, Funktionäre der Bodenorgane, Komsomolfunktionäre, Organisatoren der Bäuerinnen, Leiter der Dorfesestuben, Lehrer usw. organisiert werden, um sowohl der Partei angehörende als auch parteilose Dorf- und Amtsbezirks-Funktionäre (vor allem aus den Reihen der Bauern selbst) auszubilden.
- c) Bei den Parteikomitees (angefangen vom Kreis-Komitee bis zum ZK) muß es unter den Instruktoren unbedingt Funktionäre aus der Bauernschaft geben (und für die Arbeit unter den Bäuerinnen

aus den Reihen der Bäuerinnen).

- d) Besondere Aufmerksamkeit muß den Dorfkorrespondenten (sowohl den der Partei angehörenden als auch den parteilosen) gewidmet werden, wobei sie besonders erfaßt und zur leitenden Arbeit im Dorf eingesetzt werden müssen.
- e) Eine Anzahl der verantwortlichen Funktionäre (Mitglieder des ZK und der ZKK, Volkskommissare, Vorsitzende der Gouvernements-exekutivkomitees, Mitglieder der Gouvernementskomitees usw.) müssen zur Arbeit in den einzelnen Ortschaften für einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten in die Amtsbezirke und Kreise entsandt werden.

III.

Die Verstärkung der Arbeit und insbesondere der personellen Zusammensetzung der Parteiorganisationen im Dorfe ist um so notwendiger, als gleichzeitig mit der ökonomischen Festigung auch die politische Aktivität der gesamten bäuerlichen Masse wächst. Diese wachsende politische Aktivität der Bauernschaft im allgemeinen und besonders der der wirtschaftlich schwachen Bauern muß die Partei vor allem hinlenken auf die **B e l e b u n g** der **S o w j e t s** und auf die Verstärkung der Tätigkeit der Sowjet-, Genossenschafts- und anderen Organisationen. Diese Aufgabe - die Belebung der Sowjets im Dorfe, die mit der Gesamtfrage der Belebung der Arbeit der Sowjets verbunden ist, ist eine der grundlegenden und dringlichsten Aufgaben der Gegenwart.

Die Stabilisierung der Sowjetordnung und die allgemeinen politischen Bedingungen im Lande als Ganzes rücken gegenwärtig gebieterisch die Aufgabe in den Vordergrund, in den Sowjets die unmittelbare Initiative der Bauernschaft selbst zu entfalten und die parteilosen Bauern stärker zur gesamten Arbeit der Sowjets heranzuziehen.

Durch die Verstärkung und Belebung der Sowjets müssen um die Partei bereits Kader aktiver parteiloser Bauern geschaffen werden, aus denen die Partei Kräfte schöpfen kann und durch die unsere Verbindung mit den breiten bäuerlichen Massen und die Führung derselben durch uns gefestigt werden muß. Die Masse der Bauern

selbst muß der Arbeit der Sowjets noch näher kommen, muß die Sowjets noch stärker als ihre eigenen ihr nahestehenden leitenden Organe empfinden und die Arbeit der Sowjets tatsächlich beleben. Die Erweiterung (im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Amtsbezirks-Budgets) der Rechte und der materiellen Möglichkeiten für die Arbeit der Sowjets im Dorfe und im Amtsbezirk (Rayon) und die Verwirklichung der Beschlüsse über die Verbesserung der materiellen Lage der Amtsbezirk-Funktionäre schaffen die Voraussetzungen für eine wirkliche Entfaltung der Arbeit in den Sowjets auf dem Lande.

In Verbindung damit ist es notwendig, die Form der revolutionären Gesetzlichkeit streng einzuhalten und alle Arten administrativer Willkür, der Bestechung, zu bekämpfen, den Kampf gegen den Bürokratismus allseitig zu verstärken usw.

All das bringt folgende Aufgaben mit sich:

a) Bei den Wahlen eine große Anzahl von parteilosen Bauern und Bäuerinnen in die Sowjets und in die Exekutivkomitees zu bringen, vor allem solche, die von der Bauernschaft geachtet werden, die die Stimmung der Bauernschaft am besten zum Ausdruck bringen und die nützliche Funktionäre in den Sowjets und Exekutivkomitees werden können.

Auf den nächsten Sowjetkongressen der Republiken und dem der Union müssen mehr parteilose Bauern in den Zentralexekutivkomitees vertreten sein, und zwar mindestens einer von jedem Gouvernement (hauptsächlich Bauern, die unmittelbar mit der Wirtschaft verbunden sind). Dabei muß ihnen die Möglichkeit gewährleistet werden, daß sie tatsächlich aktiv und in breitem Maße an der Arbeit der höchsten Machtorgane teilnehmen können. Ähnliche Maßnahmen müssen in den Gebieten, Gouvernements und Kreisen durchgeführt werden.

b) Es ist notwendig, daß die Wählbarkeit strikter eingehalten und die ungesetzliche Einmischung in die Arbeit der Sowjets beseitigt wird.

c) Innerhalb kürzester Frist sind eine Reihe von Volkskommissariaten (Volkskommissariat für Landwirtschaft, Volkskommissariat für Volksbildung, Volkskommissariat für Gesundheitswesen, Volkskommis-

sariat für innere Angelegenheiten, Volkskommissariat für soziale Fürsorge, Arbeiter- und Bauerninspektion) durch ein bis zwei Kollegienmitglieder aus den Reihen der Bauernschaft (darunter auch parteiloser Bauern) zu ergänzen, die mit den breiten Schichten des Dorfes verbunden sind.

Es muß gewährleistet werden, daß die Mitglieder des Kollegiums innerhalb kürzester Frist Mitarbeiter aus den Reihen der Bauernschaft (darunter auch der parteilosen) in die entsprechenden Gouvernementsabteilungen (und Kreisabteilungen) in die einzelnen Orten, sowie in die provisorischen Exekutivkomitees (in die Amtsbezirks-, Kreis- und nach Möglichkeit in die Gouvernementsexekutivkomitees) einbeziehen.

d) In einer Sonderkommission muß die Frage bearbeitet werden, wie die Arbeit der Sowjets und der Exekutivkomitees entfaltet werden kann, indem man bei ihnen und bei den einzelnen Abteilungen der Exekutivkomitees entsprechende Sektionen, Kommissionen und Beratungen schafft und hierzu die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen heranzieht, und indem man Bauernkonferenzen und -kongresse durchführt.

e) Der systematische Kampf gegen Personen, die gegen die revolutionäre Gesetzlichkeit verstoßen (gegen administrative Willkür: Bestechung, Bürokratismus usw.) muß verstärkt werden, indem man die Schuldigen vor Gericht stellt, sie auch innerhalb der Partei und durch die Presse zur Verantwortung zieht.

f) Alle Kommunisten sowie die parteilosen Genossen, die in den Sowjets, Genossenschaften usw. arbeiten (besonders die Leiter dieser Organe) müssen ständig darauf achten, daß die Direktiven der Partei und der Sowjetmacht in der gesamten Arbeit dieser Organe richtig in der Praxis durchgeführt werden (richtige Befriedigung der Bedürfnisse der Masse der Bauernschaft, Unterstützung der Armen, Verteidigung der Interessen der Landarbeiterschaft).

g) Die Beratung über die Arbeit im Dorfe wird verpflichtet, sich mit der Lage der Kosaken zu beschäftigen, besonders in den Rayons, die während des Bürgerkrieges sehr gelitten haben. Zur Erörterung dieser Frage sind örtliche Funktionäre heranzuziehen, und über die

Ergebnisse dieser Arbeit ist dem nächsten Plenum des ZK Bericht zu erstatten.

h) Um die politische Leitung der Arbeit der Sowjets zu verstärken, muß die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den Sowjets und in den örtlichen Exekutivkomitees (des Amtsbezirks des Rayons, die den entsprechenden Zellen des Amtsbezirks und des Parteikomitees (des Amtsbezirks, des Rayons) verstärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen.

IV.

Bei der Gestaltung unserer gesamten Agitation und Propaganda in den bäuerlichen Rayons sowie bei der Durchführung der wichtigsten allgemeinpolitischen Kampagnen müssen sowohl die örtlichen als auch die zentralen Organe (sowohl in der Presse als auch in öffentlichen Reden) bestrebt sein, die Ansprüche, die Nöte und Stimmungen der breiten Masse der Bauernschaft wirklich sorgfältig und aufmerksam zu behandeln. Dazu ist folgendes notwendig:

a) Für die örtlichen Organisationen (besonders für die Presse) sind besondere Anweisungen zu den Fragen auszuarbeiten, die bei einer falschen Einstellung zu den Stimmungen der bäuerlichen Massen zu negativen politischen Ergebnissen auf dem Lande führen können (solche Fragen sind die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, das Kulakentum usw.).

b) Die allgemeinen politischen Kampagnen (z.B. Kampf gegen Misernten, Hebung der Arbeitsproduktivität usw.), sind nicht nur im Namen der Partei, sondern gleichzeitig über die entsprechenden Sowjetorgane, die Gewerkschaften, Genossenschaften usw. durchzuführen (auszugestalten).

c) Populäre Broschüren und Bücher sind sorgfältig vorzubereiten und in Massenaufgaben (von einer halben Million bis zu einer Million und mehr Exemplaren) systematisch herauszugeben. Darin muß nicht nur der Psychologie der Bauernmassen gewissenhaft Rechnung getragen werden, sondern sie sollen auch noch vor ihrer Veröffentlichung in einer Reihe von Orten von Bauern gelesen und von ihnen vom Standpunkt der Klarheit der Sprache und der

Popularität ihrer Darlegung gebilligt werden.

d) Man muß in jeder Weise dazu beitragen, daß neue Schichten politischer und praktischer Funktionäre aus den Reihen der Bauern und Bäuerinnen im Geiste der Grundlagen des Marxismus-Leninismus erzogen werden. Dabei ist besonders den Dorfkorrespondenten große Aufmerksamkeit zu schenken. Dazu ist es unter anderem notwendig, daß diejenigen von ihnen energisch unter den Schutz der sowjetischen Gesetze und der Sowjetorgane gestellt werden, die Gegner der Sowjetmacht entlarvt haben und sich damit der Gefahr aussetzen können, daß konterrevolutionäre und Kulakenelemente im Dorf gegen sie Gewalt anwenden.

e) Es wird kategorisch erklärt, daß die Fragen der antireligiösen Propaganda mit besonderer Vorsicht zu behandeln und Maßnahmen administrativer Einwirkung (Schließung von Kirchen usw.), die in den meisten Fällen nur das Gegenteil bewirken, unbedingt verboten sind.

V.

Neben den Parteiorganen sind auf dem Lande die Organisationen des Komsomol von besonders großer Bedeutung. Das bedeutende Wachstum dieser Organisationen auf dem Lande ist als eine durchaus gesunde Erscheinung zu bewerten. Im Unterschied von der Partei müssen die Türen zu den Komsomolorganisationen nicht nur für die Landarbeiterschaft und die wirtschaftlich schwachen Schichten des Dorfes weit geöffnet sein, sondern auch für den besten, bewußtesten Teil der Mittelbauern, die die Komsomolorganisation als die Vorbereitungsschule für die revolutionäre gesellschaftliche Tätigkeit durchlaufen sollen.

Gleichzeitig müssen die Parteiorganisationen der politischen Leitung des Komsomol noch stärkere Aufmerksamkeit widmen, in stärkerem Maße bewußte und ideologisch geschulte Elemente der Bauernjugend in ihre Reihen aufnehmen.

Deshalb ist es notwendig:

a) die Komsomolorganisationen in den Dörfern noch weiter zu ent-

Plenum des ZK der KPR (B)

Moskau den 17. - 20. Januar 1925

- 157 -

falten, wo es revolutionär - bewußte Elemente unter der bäuerlichen Jugend gibt, die noch nicht in diese Organisationen aufgenommen sind;

b) ein richtiges Verhältnis zwischen den entsprechenden Partei- und Komsomolorganisationen herzustellen, das den Parteiorganisationen die ständige und wirksame politische Führung gewährleistet.

c) Die besten, ideologisch am stärksten geschulten Elemente des Komsomol müssen sich den Parteiorganisationen eingliedern, was unter anderem dazu beitragen soll, den zahlenmäßig weniger starken Parteiorganisationen gegenüber den zahlenmäßig stärkeren Organisationen des Komsomol im Dorfe die tatsächliche politische Führung zu gewährleisten.

"Prawda" Nr. 252, 4. November 1924.

Auf dem Plenum des ZK der KPR(B), an dem die Mitglieder der ZKK teilnahmen, wurden folgende Fragen behandelt: 1) die Resolutionen der örtlichen Organisationen über das Auftreten Trotzki's; 2) die Erweiterung des Budgets; 3) die Lage und die Perspektiven der Metallindustrie; 4) das Referat des Orgbüros über Maßnahmen zur Verstärkung der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen; 5) das erweiterte Plenum des EKKI.

Außerdem behandelte das Plenum einige laufende organisatorische Fragen und nahm Mitteilungen über die internationale Lage und die Konzessionsverhandlungen entgegen.

Zu den Beschlüssen der örtlichen Organisationen über das Auftreten Trotzki's nahm das Plenum eine kurze Mitteilung des Sekretariats des ZK entgegen. J.W. Stalin, der diese Mitteilung machte, wies auf den Charakter der in den Orten angenommenen Resolutionen hin, die sich im wesentlichen in 3 Kategorien gliederten:

- 1) solche, die Trotzki's Ausschluß aus der Partei fordern,
- 2) solche, die seine Entfernung von der Arbeit im Revolutionären Kriegsrat und seinen Ausschluß aus dem Politbüro verlangen und
- 3) solche, die Trotzki's Entfernung aus dem Revolutionären Kriegsrat und sein bedingtes Verbleiben im Politbüro fordern.

Die Resolution zu der Mitteilung des Sekretariats wird nachstehend veröffentlicht.

Zur Erweiterung des Budgets beschloß das ZK, die Mitteilung über das Budget und die Finanzpolitik zur Kenntnis zu nehmen. Das Plenum erkannte als notwendig an:

- 1) dafür zu sorgen, daß die Vertreter der Unionsrepubliken und Gebiete sowohl an der vorläufigen Aufstellung des Budgets als auch an seiner endgültigen Bestätigung stärker teilnehmen;
- 2) zu gewährleisten, daß das Budget rechtzeitig und gründlich von

der Haushaltskommission des Zentralen Exekutivkomitees und auf der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees erörtert wird.

Zum Referat F.E.Dershinskis über die Lage und die Perspektiven der Metallindustrie hielt es das Plenum für erforderlich, die Metallindustrie weiter zu vergrößern und im Zusammenhang hiermit die Zuweisungen aus dem Haushalt und den Kredit für die Metallindustrie zu erweitern.

Das Plenum beschloß, als notwendig anzuerkennen, daß man mit der Ausarbeitung eines Planes zur Wiederherstellung der Grundfonds, zur Neuausstattung der Betriebe und zum Bau neuer Betriebe beginnen soll, entsprechend den Bedürfnissen der gesamten Volkswirtschaft, und im Haushalt für das zweite Halbjahr die erforderlichen Mittel für die Metallindustrie bereitzustellen, deren sie zur Verbesserung ihrer technischen Ausrüstung bedarf.

Das Plenum beauftragte das Politbüro, Maßnahmen zu erörtern, die eine maximale Versorgung des Dorfes mit Metall gewährleisten.

In den einzelnen konkreten Fragen der Metallindustrie billigte das Plenum den Beschluß, die Produktion von Kupfer, Blei und Zink unverzüglich zu steigern und erachtete es für erforderlich, daß sich die entsprechenden Sowjetorgane (die Staatliche Plankommission, das Volkskommissariat für Verkehrswesen, der Oberste Volkswirtschaftsrat und die Arbeiter- und Bauerninspektion) mit der Frage des Baues von Lokomotiven, Diesellokomotiven und Waggons sowie mit der Wiederherstellung der Schienenwege beschäftigen.

Die Resolution des Plenums zum Referat des Organisationsbüros über Maßnahmen zur Verstärkung der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen wird nachstehend veröffentlicht.

Außerdem erörterte das Plenum des ZK die Einberufung der nächsten Parteikonferenz und beauftragte das Politbüro, den endgültigen Einberufungstermin so festzulegen, daß die Konferenz dem Unionssowjetkongreß unmittelbar vorausgeht.

Das Plenum bestätigte folgende Tagesordnung der Konferenz:

- 1) Organisatorische Fragen der Partei,
- 2) Über die Genossenschaften,
- 3) Über die Landwirtschaftssteuer,
- 4) Über die Metallindustrie und
- 5) Über das erweiterte Plenum des EKKI.

Durch die Erklärung einer Gruppe von Mitgliedern des ZK und der ZKK angeregt, betrachtete es das Plenum als notwendig, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Pioniere, des Komsomol und der studierenden Jugend zu untersuchen und beauftragte das Organisationsbüro und das Präsidium der ZKK, gemeinsam mit dem ZK des Komsomol ein System von Maßnahmen auszuarbeiten, um die Arbeit der Komsomol- und Pionierorganisationen zu regeln.

Die Mitteilungen über das erweiterte Plenum des EKKI, den bevorstehenden Sowjetkongreß, die Konzessionsverhandlungen und über die internationale Politik nahm das Plenum zur Kenntnis.

Resolutionen und Beschlüsse

Resolution über das Auftreten Trotzki's, die am 17. Januar 1925 vom Plenum des ZK der KPR(B) und der ZKK beschlossen wurde

(Angenommen von der Mehrheit aller Mitglieder des ZK gegen zwei Stimmen und sämtlicher Mitglieder des ZKK bei einer Stimmenthaltung)

Die grundlegende Voraussetzung für alle Erfolge der bolschewistischen Partei bestand stets in der stählernen Einheit und eisernen Disziplin, in der echten Einheit der Anschauungen auf dem Boden des Leninismus. Die ununterbrochenen Stellungnahmen Trotzki's gegen den Bolschewismus stellen die Partei jetzt vor die Notwendigkeit, entweder auf diese grundlegenden Voraussetzungen zu verzichten oder solchen öffentlichen Meinungsäußerungen ein für allemal ein Ende zu setzen. Im internationalen Maßstab werden die Stellungnahmen Trotzki's gegen die Partei von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie als Vorbote einer Spaltung der KPR gewertet, d.h. eines Zerfalls der Diktatur des Proletariats überhaupt. Daraus zieht der internationale Imperialismus

jetzt zum Teil auch seine praktischen Schlußfolgerungen in bezug auf die UdSSR, obwohl, objektiv gesehen, die Lage der UdSSR jetzt fester ist als je zuvor.

Im Inland werden die oppositionellen Reden Trotzki's von allen antisowjetischen und schwankenden Elementen als Signal verstanden, sich gegen die Politik der Partei zusammenzuschließen, um das Regime der proletarischen Diktatur im Sinne von Zugeständnissen an die bürgerliche Demokratie zu zersetzen.

Die antiproletarischen Elemente im Staatsapparat, die nach der "Emanzipation" von der Parteiführung trachten, erblicken in Trotzki's Kampf gegen das ZK der Partei ihre Hoffnung. Der Diktator des Proletariats und insbesondere einem der wichtigsten Vermächtnisse des Genossen Lenin, über die Notwendigkeit, den gesamten Staatsapparat im Geiste der Arbeiter- und Bauernmacht umzugestalten, wird schwerer Schaden zugefügt.

Innerhalb und außerhalb der Partei machten Trotzki's oppositionelle Reden seinen Namen zum Banner aller nichtbolschewistischen, unkommunistischen und antiproletarischen Abweichungen und Gruppierungen.

In ganz allgemeiner Form kann man die Gesamtheit von Trotzki's Stellungnahme gegen die Partei jetzt als Bestrebungen charakterisieren, die die Ideologie der KPR in irgendeinen von Trotzki "modernisierten" "Bolschewismus" ohne Leninismus zu verwandeln trachtet. Das ist kein Bolschewismus. Das ist eine Revision des Bolschewismus. Das ist der Versuch, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu ersetzen, der Versuch, die leninistische Theorie und Taktik der internationalen proletarischen Revolution durch jene Abart des Menschewismus zu ersetzen, die der alte Trotzkiismus darstellte und wie sie der jetzt geborene "neue Trotzkiismus" verkörpert. Seinem Wesen nach ist der moderne Trotzkiismus eine Verfälschung des Kommunismus im Sinne einer Annäherung an die "europäischen" Vorbilder des Pseudomarxismus, d.h. letzten Endes im Geiste der "europäischen" Sozialdemokratie.

+ + +

Im Laufe einiger Jahre, die Trotzki der KPR angehört, mußte unsere Partei mit Trotzki vier gesamtrossische Diskussionen führen, die weniger umfangreichen Auseinandersetzungen über äußerst wichtige Fragen gar nicht gerechnet.

Die erste Diskussion fand über den Brester Frieden statt, Trotzki begriff nicht, daß die Bauernschaft nicht kämpfen wollte und nicht kämpfen konnte, und er trieb eine Politik, welche beinahe der Revolution den Kopf gekostet hätte. Es bedurfte der Drohung des Genossen Lenin, aus der Regierung auszutreten, es bedurfte eines harten Kampfes auf dem VII. Parteitag, um den Fehler zu korrigieren und um die "Atempause" von Brest zu bekommen, wenn auch zu schlechteren Bedingungen.

Die zweite Diskussion wurde über die Gewerkschaften geführt. In Wirklichkeit handelte es sich um das Verhältnis zur Bauernschaft, die sich gegen den Kriegskommunismus erhob, um das Verhältnis zur Masse der parteilosen Arbeiter und um die Einstellung der Partei zu der Masse in der Periode überhaupt, als der Bürgerkrieg bereits beendet war. Es bedurfte einer scharfen gesamtrossischen Diskussion, es bedurfte einer angespannten Kampagne des gesamten Kernes der Partei mit dem Genossen Lenin an der Spitze gegen die "fiebrigen Häupter" des Trotzkiismus, um die Partei vor Fehlern zu bewahren, die die gesamten Errungenschaften der Revolution hätten in Frage stellen können.

Die dritte Diskussion wurde über den "Parteiapparat", den "Plan", die angebliche "bäuerliche Abweichung" des ZK, über den "Kampf der Generationen" usw. geführt. In Wirklichkeit ging es erneut um das ökonomische Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft, um die Preispolitik, um die Geldreform, um die Notwendigkeit, die Politik der Partei auf die Arbeitervorhut zu orientieren, um die Erhaltung der führenden Rolle der Partei in der Wirtschaft und den Staatsorganen, um den Kampf gegen die "Freiheit" der Fraktionen und Gruppierungen, um die Erhaltung der führenden Rolle der bolschewistischen Parteikader, mit einem Wort um die Beibehaltung der Leninschen Parteilinie in der Periode der NÖP. In dieser Diskussion wurde Trotzki bereits völlig offen zum Sprachrohr der

kleinbürgerlichen Abweichung. Erneut drängte er die Partei zu einer Politik, welche die Revolution zugrunde richten konnte, denn diese Politik suchte die wirtschaftlichen Erfolge der Partei schon im Keim zu beschneiden. Die von Trotzki angeführte kleinbürgerliche Opposition brachte sich selbst in eine solche Lage, daß sie, da sie ihre grundlegenden Fehler nicht zugeben wollte, nach der Formel urteilen mußte: "Je schlechter, desto besser", d.h. ihre Hoffnung auf die Mißerfolge der Partei und der Sowjetmacht setzte.

Ein harter Kampf war notwendig, um diesen kleinbürgerlichen Vorstoß gegen die Festungen des Bolschewismus abzuwehren. Jetzt ist bereits allen klar, daß das Gerede der Trotzkiisten vom Herbst 1923 über den "Untergang des Landes" nur ein Ausdruck der kleinbürgerlichen Angst, des Unglaubens an die Kraft unserer Revolution und des völligen Unverständnisses für unsere Ökonomik war. Die Geldreform, der Trotzki einen "Plan" gegenüberstellte und von der er prophezeite, daß sie mißlingen werde, führte zur Gesundung der Wirtschaftslage und war ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zur wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes.

Die Industrie ist trotz der Mißernte des Jahres 1924 im Aufschwung begriffen. Die materielle Lage der Arbeiter bessert sich. Die Partei ging gestärkt aus dieser Prüfung hervor. Das Leninaufgebot stärkte die Partei durch neue proletarische Kräfte. Hätte aber die bolschewistische Partei dem halb bolschewistischen Rückfall Trotzki keine so scharfe und einmütige Abfuhr erteilt, so wären für unser Land, für die Arbeiterklasse und für unsere Partei unzählige wirkliche Gefahren entstanden. Sämtlichen Stellungnahmen Trotzki gegen die Linie der Gesamtpartei von 1918 bis 1924 lag letzten Endes das halb bolschewistische Unverständnis für die Rolle des Proletariats im Verhältnis zu den nichtproletarischen und halbproletarischen Schichten der Werktätigen zugrunde, die Herabminderung der Rolle der Partei in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau, das Nicht-begreifen-wollen, daß die bolschewistische Partei ihre historische Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie wirklich ideologisch einheitlich und geschlossen ist.

Die vierte gegenwärtig stattfindende Diskussion hat noch ernstere, umfassendere Meinungsverschiedenheiten zwischen Trotzki und der bolschewistischen Partei aufgedeckt. Es handelt sich jetzt bereits um zwei Systeme der Politik und Taktik, die einander grundsätzlich gegenüberstehen. In der gegenwärtigen Diskussion eröffnete Trotzki bereits einen direkten Feldzug gegen die Grundlagen der bolschewistischen Weltanschauung.

- 1) Trotzki lehnte die gesamte Lehre von den Triebkräften der russischen Revolution völlig ab, die der Leninismus seit 1904 gab und auf der die gesamte Taktik des Bolschewismus in den drei russischen Revolutionen beruhte.
- 2) Er setzte der bolschewistischen Einschätzung der Triebkräfte der russischen Revolution und der leninschen Lehre von der proletarischen Weltrevolution seine alte "Theorie" der permanenten Revolution entgegen, eine Theorie, die in drei russischen Revolutionen (sowie auch in Polen und Deutschland) völlig Bankrott gemacht hat und die Genosse Lenin wiederholt als einen eklektischen (verworrenen) Versuch charakterisierte, den kleinbürgerlichen menschowistischen Opportunismus mit "linken" Phrasen zu vereinen und als ein Bestreben, die Bauernschaft zu übergehen.
- 3) Trotzki versuchte die Partei davon zu überzeugen, daß der Bolschewismus, bevor er den Weg der Diktatur des Proletariats beschritt, ideologisch umrüsten, d.h. sich angeblich vom Leninismus lossagen und den Weg des Trotzkiismus beschreiten mußte.
- 4) Er propagiert die Theorie des "Zerhackens" des Bolschewismus in zwei Teile:
 - a) in den Bolschewismus vor der Oktoberrevolution 1917, der angeblich von zweitrangiger Bedeutung ist und
 - b) in den Bolschewismus vom Oktober 1917 an, der angeblich in den Trotzkiismus hinüberwachsen mußte, um seine historische Mission erfüllen zu können.
- 5) Die Geschichte des Oktober selbst wird von ihm so "dargelegt", daß die Rolle der bolschewistischen Partei verschwindet und

die Rolle der Persönlichkeit Trotzki nach der Formel "die Helden und die Masse" in den Vordergrund gerückt wird. Dabei hat die Version vom "friedlichen Aufstand", der angeblich bereits am 10. Oktober 1917 erfolgte, mit der bolschewistischen Auffassung vom bewaffneten Aufstand nichts gemein.

- 6) Trotzki zeichnet die Rolle des Genossen Lenin in der Oktoberrevolution äußerst zweideutig. Er stellt es so dar, als sei Genosse Lenin dafür eingetreten, auf dem Wege der Verschwörung, hinter dem Rücken der Sowjets die Macht zu ergreifen, und als seien die praktischen Vorschläge des Genossen Lenin daraus entsprungen, daß er die Situation nicht verstand.
- 7) Die Beziehungen zwischen Genossen Lenin und dem ZK werden grundlegend entstellt, indem er sie als einen ununterbrochenen Krieg zweier "Mächte" darstellt. Trotzki will den Leser zwingen, an diese Version zu glauben, indem er (ohne Erlaubnis des ZK) Auszüge aus einzelnen Dokumenten veröffentlicht, die in einem falschen Licht und einem die Wahrheit entstellenden Zusammenhang dargeboten werden.
- 8) Trotzki schildert die Rolle des gesamten ZK der Partei, das den Aufstand leitete, in einem solchen Licht, um dadurch heute tiefstes Mißtrauen gegen den Haupttrupp des Parteistabes zu säen.
- 9) Er entstellt die wichtigsten Episoden der Revolution vom Februar bis zum Oktober 1917 (die April- und Junidemonstration, die Julitage, das Vorparlament usw.).
- 10) Er entstellt die Taktik des Exekutivkomitees der Komintern und versucht, dessen Kern für die Mißerfolge in Deutschland, Bulgarien usw. verantwortlich zu machen und sät damit Mißtrauen sowohl gegen das ZK der KPR als auch gegen das EKKI.

Der Umfang der Meinungsverschiedenheiten zwischen Trotzki und der bolschewistischen Partei wächst somit von Jahr zu Jahr und in der letzten Zeit von Monat zu Monat. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen nicht nur Fragen der Vergangenheit; das längst Vergangene wird zu dem Zwecke "revidiert", um eine Platt-

form für die gegenwärtigen aktuellen politischen Meinungsverschiedenheiten "vorzubereiten". Insbesondere brachte Trotzki die retrospektive Aufdeckung eines "rechten Flügels" im alten Bolschewismus dazu, um sich unter diesem Deckmantel das Recht zu erkämpfen, einen wirklich rechten Flügel in der KPR von heute zu bilden, jetzt, wo in der Epoche der NÖP und der Verzögerung der Weltrevolution die kleinbürgerlichen Gefahren, die die Bildung eines rechten Flügels in der KPR und in der Komintern begünstigen würden, vorhanden sind.

Und die Revision des Leninismus in der Frage der Triebkräfte der Revolution (d.h., vor allem in der Frage der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft) ist die "Begründung" für die unbolschewistischen Anschauungen über die gegenwärtige Politik der Partei in der Bauernfrage. Trotzki's falsche antileninistische Einschätzung der Rolle der Bauernschaft in der Revolution ist es, zu der uns sämtliche Parteidiskussionen mit Trotzki immer wieder zurückführen. Fehler auf diesem Gebiet werden gerade jetzt besonders gefährlich, da die Partei unter der Losung "das Gesicht dem Dorfe zu" verstärkt an der Festigung des Bündnisses zwischen der städtischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft arbeitet, indem sie die breiten Massen der Bauernschaft zum sowjetischen Aufbau heranzieht, die Sowjets belebt usw., und wo die weiteren Erfolge oder Mißerfolge der Revolution eben davon abhängen, ob ein richtiges oder falsches Verhältnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft besteht.

In den Hauptfragen der internationalen Politik (Rolle des Faschismus und der Sozialdemokratie, Rolle Amerikas in Europa, Dauer und Charakter der "demokratisch-pazifistischen Ära", in deren Einschätzung Trotzki in zahlreichen Punkten mit dem sozialdemokratischen "Zentrum" konform ging usw.) bezog Trotzki eine andere Stellung als die KPR und die gesamte Komintern, ohne überhaupt den Versuch zu machen, seine Ansicht vorher dem ZK oder dem EKKI darzulegen.

Die Delegation der KPR auf dem V. Kongreß der Komintern machte Trotzki mit vollem Einverständnis des ZK der KPR den Vorschlag,

seine besonderen Ansichten über die internationalen Fragen dem Kongreß der Internationale darzulegen. Trotzki lehnte es ab, dies auf dem Kongreß zu tun, hielt es jedoch für zweckmäßig, es ganz kurz darauf in einer Versammlung von Mitarbeitern des Veterinärwesens zu tun - über den Kopf der Komintern und der KPR hinweg. Es gab in der letzten Zeit keine bedeutende Frage, bei der Trotzki gemeinsam mit der Partei auftrat, immer häufiger sprach er sich gegen die Ansichten der Partei aus.

Die Partei steht vor der nächsten äußerst wichtigen politischen Aufgabe: entschieden Kurs darauf zunehmen, die Elemente, die eine Isolierung der Stadt vom Lande herbeiführen könnten zu überwinden, d.h., sie muß sich in ihrer ganzen Größe die Aufgabe stellen, die Preise der städtischen Erzeugnisse weiter zu senken, die Voraussetzungen für einen wirklichen Aufschwung der Landwirtschaft zu schaffen (Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen, Bodennutzung), die allergrößte Aufmerksamkeit auf die Belegung vor allem der landwirtschaftlichen Genossenschaft zu richten (wirkliche Freiwilligkeit, Wählbarkeit, Kredit), sie muß sich die Aufgabe stellen und sie auch lösen, der Bauernschaft die Steuerlasten zu erleichtern und eine Reform der Steuerpolitik durchzuführen sowie unter Anspannung aller Kräfte der Partei die Frage der Verbesserung der politischen Lage auf dem Lande lösen (richtige Anwendung des Wahlprinzips, Heranziehung parteiloser Bauern usw.).

Diese in allen wesentlichen Punkten vom Genossen Lenin entworfene Politik ist die einzige, die zu einer tatsächlichen Festigung der staatlichen Industrie führt, zur Sicherung ihres weiteren Aufschwungs, zum Wachstum, zur Konzentration und Vergrößerung der sozialen Macht des Industrie-Proletariats, d.h. die Diktatur des Proletariats unter den Bedingungen der NÖP nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich festigt.

Die erste Voraussetzung für die Durchführung dieser gesamten Politik ist die absolute Erhaltung der führenden Rolle unserer Partei in den Staats- und Wirtschafts-Organen, die wahrhafte Einheit der Partei auf dem Boden des Leninismus.

Dieses in der gegenwärtigen Situation so entscheidende Verhältnis zwischen Partei, Arbeiterklasse und Bauernschaft ist gerade das, was Trotzki nicht begreift.

Diese Umstände führten zwangsläufig dazu, daß alles Nichtbolschewistische und Antibolschewistische im In- und Ausland begonnen hat, in Trotzki's Position den eigenen Inhalt hineinzulegen, denn sie schätzen und unterstützen Trotzki gerade deswegen, wegen ihm die KPR und die Komintern verurteilen. Die Partei, welche die Diktatur des Proletariats in einer Situation leitet, in der sämtlichen antiproletarischen Parteien und Gruppen die "Freiheit" entzogen ist, muß zwangsläufig Feinde haben. Alle diese Feinde, insbesondere die Ideologen des wohlhabenden Kleinbürgertums, wollen in dem Trotzki von heute die Gestalt erblicken, welche die eiserne Diktatur des Proletariats erschüttern, die Partei spalten, die Sowjetmacht auf ein anderes Gleis schieben wird usw.

Sämtliche Führer der II. Internationale, die die gefährlichsten Söldlinge der Bourgeoisie sind, versuchen Trotzki's ideologischen Aufstand gegen die Grundlagen des Leninismus zu benutzen, um den Leninismus, die russische Revolution und die Komintern in den Augen der Arbeitermassen Europas zu kompromittieren und um dadurch die sozialdemokratischen Arbeiter desto fester vor den Wagen der Bourgeoisie zu spannen. Der Renegat P. Levi gab Trotzki's Buch "Die Lehren des Oktober" in deutscher Sprache mit seinem eigenen Vorwort heraus und die deutsche Sozialdemokratie übernahm die Verbreitung dieses Buches, das sie mit großer Reklame als ein gegen den Kommunismus gerichtetes Buch anpreist. Der aus der Komintern ausgeschlossene Suwarin versucht, die Kommunistische Partei Frankreichs zu spalten, indem er konterrevolutionäre Märchen über die KPR verbreitet. Balabanowa, Cheglund und andere Renegaten des Kommunismus verhalten sich ungefähr ebenso. Die italienischen Sozialfaschisten vom "Avanti", die Söldlinge der deutschen Bourgeoisie vom "Vorwärts", die Renodeli und Grumbachs vom "Cotidien" usw. usf., alle diese Elemente suchen sich mit Trotzki bei seinem Kampf gegen das ZK der KPR und das EKKI zu solidarisieren.

Die parteilosen Arbeiter, die in einem führenden Parteifunk-

tionär ein Vorbild an Solidarität mit seiner Partei erblicken müßten, sehen in Wirklichkeit, wie Trotzki im Laufe mehrerer Jahre ungestraft die Einheit der Partei erschüttert. Ein solcher Zustand untergräbt die elementare Klassendisziplin, ohne welche eine siegreiche Diktatur des Proletariats nicht möglich ist.

Die Bauernschaft, die sehen muß, daß es in der Frage des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft in der KPR nicht die geringsten Schwankungen gibt, daß die Partei in dieser Frage einiger ist als in irgendeiner anderen, überzeugt sich am Beispiel Trotzki vom Gegenteil und beginnt, in dieser wichtigen Frage allen möglichen Legenden Gehör zu schenken. Das bedeutet eine sehr starke Gefährdung des Blocks der Arbeiter und Bauern. Unsere Partei muß die Diktatur des Proletariats in einem Bauernland leiten. Diese Diktatur läßt sich nicht durchführen, wenn Trotzki in einer solchen Weise an der Bauernschaft herumzerrt.

Die Jugend, die früher in Trotzki einen der größten Parteiführer sah, überzeugt sich davon, daß dieser Führer die Jugend in den "Kampf der Generationen" auf einen antileninistischen Weg zieht.

Die Rote Armee und die Rote Flotte, die in der Armeeführung ein Vorbild an Parteidisziplin und ein Beispiel für das richtige Verständnis der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft sehen sollen (unsere Armee besteht in der Mehrzahl aus Bauern), sind jetzt gezwungen, in Trotzki das genaue Gegenteil zu erblicken. Eine solche Lage birgt große Gefahren für den inneren Zustand der Armee.

Die gesamte Partei überzeugt sich davon, daß bei einer solchen Lage der Dinge von der Wahrung einer wahrhaft bolschewistischen Geschlossenheit der KPR keine Rede sein kann und gelangt zu der Schlußfolgerung, daß unserer Partei gewaltige ideologische und organisatorische Gefahren drohen würden, wenn sie einen solchen Kampf Trotzki gegen die bolschewistische Partei noch länger duldet. Die Genossen des Leninaufgebots, die ehrlich bestrebt sind, den echten Leninismus in sich aufzunehmen, überzeugen sich, daß Trotzki versucht, den Trotzkiismus statt des Leninismus durch-

zuführen und fordern, daß die Partei die Situation vollkommen klärt.

Die gesamte Komintern sieht, wie eines der angesehensten Mitglieder der KPR die Bolschewisierung der Sektionen der Komintern behindert und praktisch die Feinde des Bolschewismus aus dem Lager der II. Internationale ideologisch und politisch unterstützt.

Bei einer solchen Lage der Dinge ist das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der Ansicht, daß, wenn man den Grundstein zur Endbolschewisierung und sogar direkt zum Zerfall der Partei legen würde, wenn man die bisherige Lage bestehen ließe, daß die Partei Beschlüsse faßt und Trotzki seine Angriffe gegen die Partei fortsetzt. Mit der Abwehr des Trotzkiismus wird die Frage entschieden, was die KPR im Jahre 1925 ist, eine bolschewistische Partei aus einem Guß, die auf dem unerschütterlichen Fundament des Leninismus steht oder eine Partei, in der halbmenschenwistische Anschauungen zu einer "legitimen Schattierung" werden können.

Nach Durchsicht der Erklärung Trotzki an das ZK vom 15. Januar 1925 nimmt das Plenum des ZK und ZKK die Bereitschaft Trotzki zur Kenntnis, unter Kontrolle der Partei die Arbeit durchzuführen, die ihm aufgetragen werden wird und stellt fest, daß Trotzki in dieser Erklärung nicht mit einem einzigen Wort seine Fehler zugibt und faktisch versucht, auf seiner antibolschewistischen Plattform zu beharren, indem er sich nur auf eine formale Loyalität beschränkt.

+ + +

Ausgehend von den obigen Ausführungen, besonders aber von der Tatsache, daß Trotzki trotz der bekannten Beschlüsse des XIII. Parteitagess erneut die Frage einer grundlegenden Veränderung der Parteiführung stellt und Anschauungen propagiert, die von diesem Parteitag kategorisch verurteilt werden, beschließen die Plenartagungen des ZK und ZKK:

- 1) Trotzki eine kategorische Verwarnung in dem Sinne zu erteilen, daß die Zugehörigkeit zur bolschewistischen Partei die wirkliche und nicht nur in Worten behauptete Einhaltung der Parteidisziplin und den völligen und bedingungslosen Verzicht auf jeglichen Kampf gegen die Ideen des Leninismus erfordert.
- 2) In Anbetracht dessen, daß keine Armeeführung ohne die volle Unterstützung durch die Autorität der gesamten Partei undenkbar ist; daß ohne diese Unterstützung die Gefahr einer Untergrabung der eisernen Disziplin in der Armee entsteht, daß einerseits die Konferenz der politischen Funktionäre und andererseits der Revolutionäre Kriegsrat der UdSSR sich bereits für die Enthebung Trotzki von der militärischen Arbeit ausgesprochen haben, schließlich in Anbetracht dessen, daß Trotzki selbst in seiner Erklärung an das ZK vom 15. Januar 1925 anerkannt hat, daß das Interesse der Sache die beschleunigte Befreiung "Trotzkis von seinen Verpflichtungen als Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates erforderlich macht", wird die weitere Arbeit Trotzki im Revolutionären Kriegsrat der UdSSR für unmöglich erklärt.
- 3) Die Frage der weiteren Tätigkeit Trotzki im ZK wird bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt mit der Warnung, daß das ZK im Falle eines neuen Versuches Trotzki, die Parteibeschlüsse zu verletzen oder nicht zu erfüllen, genötigt sein wird, ohne den Parteitag abzuwarten, Trotzki weitere Zugehörigkeit zum Politbüro für unmöglich zu erklären und auf der vereinigten Sitzung des ZK und der ZKK die Frage seiner Entfernung von der Arbeit im ZK zu stellen.
- 4) Die Diskussion wird als abgeschlossen erklärt.
- 5) Die Aufklärungsarbeit der Partei über den durch anti-bolschewistischen Charakter des Trotzismus ist fortzusetzen und zu entwickeln, angefangen mit dem Jahre 1903 bis zu den "Lehren des Oktober", und das Politbüro wird beauftragt, sämtliche Propagandaorgane (die Parteschulen usw.) in dieser Beziehung entsprechend aufzuklären; in die Lehrpläne des politischen Unterrichts ist die Aufklärung über den kleinbürgerlichen Charakter des Trotzismus aufzunehmen usw.

- 6) Neben der Aufklärungspropaganda innerhalb der Partei, im Kom-somol usw. ist eine breite populäre Aufklärung der Arbeiter- und Bauernmassen über die Abweichung des Trotzismus und seinen falschen Weg der zum Bruch des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft führt, notwendig.

Über die nächsten Aufgaben der Partei bei der Arbeit unter den Arbeiterinnen, Bäuerinnen und werktätigen Frauen des Ostens

(Beschuß des Plenums des ZK der KPR(B) vom 17.-20. Januar 1925)

Das Plenum des Zentralkomitees hat das Referat "Über die nächsten Aufgaben der Partei bei der Arbeit unter den Bäuerinnen, Arbeiterinnen und werktätigen Frauen des Ostens" angenommen und bestätigt die Resolution des Organisationsbüros des ZK vom 22. Dezember 1924 und ruft alle Parteiorganisationen auf, alle vorgesehenen praktischen Maßnahmen beharrlich in die Tat umzusetzen. Das ZK ist der Meinung, daß die Erweiterung und Festigung der von der Partei bereits erzielten Erfolge in bezug auf die Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsaufbau eine äußerst wichtige Aufgabe für die künftige Parteiarbeit bildet.

Wenn sie nach Möglichkeit sämtliche Arbeiterinnen zu organisieren vermag, macht die Partei einen großen Schritt vorwärts. Wenn wir die Bäuerinnen aller Nationalitäten der Sowjetunion für die Sowjetmacht und die Partei gewinnen, versetzen wir dem Konservatismus und der Rückständigkeit, die von großbäuerlichen Elementen auf dem Lande gegen die Diktatur des Proletariats ausgenutzt werden, einen ganz entscheidenden Schlag. Besondere Aufmerksamkeit ist auf folgendes zu richten:

- a) möglichst viele Arbeiterinnen und Bäuerinnen und werktätige Frauen des Ostens zum aktiven Aufbau von Partei, Sowjets, Gewerkschaften und Genossenschaften herauszuziehen und ihnen damit auf der allgemeinen Grundlage den Weg zum Eintritt in die Partei und zur Teilnahme an der Verwaltung des Landes zu eröffnen;

b) der Unterstützung und Entwicklung von Einrichtungen, die es den Arbeiterinnen und Bäuerinnen tatsächlich ermöglichen, gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern an der gesamten gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen (Mittagstisch der "Volksernährung", Kinderkrippen, Gemeinschaftswäschereien, Sanitätsstellen auf dem Lande usw.) genügend Aufmerksamkeit zu widmen;

c) die sowjetische und kommunistische Aufklärung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu verstärken und dazu die Lehrerschaft, insbesondere die Lehrerinnen, heranzuziehen;

d) mit allen Mitteln die berufliche Qualifikation der Arbeiterinnen zu heben, um sie fest an die Produktion zu binden.

"Prawda" Nr. 16 und 24 vom
20. Januar 1925, und
30. Januar 1925.

Plenum des ZK der KPR(B)

Moskau, 23.-30. April 1925

Das Plenum des ZK bestätigte im wesentlichen die Resolutionsentwürfe zu Fragen der Tagesordnung der XIV. Parteikonferenz.

Das Plenum erörterte ein Referat über die Situation im Eisenbahntransportwesen. Das Plenum erkannte die Wiederherstellung des Verkehrswesens im Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft als besonders wichtig an und beschloß, zur Bearbeitung dieser Frage eine Kommission aus 10 Mitgliedern des ZK zu bilden, die den Auftrag erhielt, die Ergebnisse ihrer Tätigkeit dem nächsten Plenum des ZK zu unterbreiten.

Zum Referat der Beratung des ZK über die Arbeit auf dem Lande nahm das Plenum die von W.M. Molotow vorgeschlagene Resolution über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Partei im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Dorfes sowie eine Resolution über das Kosakentum an.

Zu dem Referat L.M. Kaganowitschs über die Tätigkeit der Kommission des ZK für die Arbeit unter den in die Partei eingetretenen und neu eingetretenen Arbeitern billigte das Plenum die Arbeit der Kommission und betrachtete ihre Tätigkeit als beendet. Es beschloß, die Kommission aufzulösen.

Zur Frage des Termins für die Einberufung des nächsten Parteitages beschloß das Plenum, den XIV. Parteitag für die zweite Novemberhälfte des laufenden Jahres einzuberufen.

Resolutionen des Plenums

Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Partei in bezug auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Dorfes

(Beschuß des Plenums des ZK vom 30. April 1925 zum Referat des Genossen Molotow)

Die politischen Aufgaben der Partei auf dem Lande (die in der

Hauptsache in den Beschlüssen des Oktoberplenums des ZK festgelegt wurden) müssen in unlösbarem Zusammenhang mit unserer Wirtschaftspolitik stehen. Nur unter dieser Voraussetzung, d.h. nur bei einer richtigen Wirtschaftspolitik in bezug auf das Dorf, und nur dann, wenn wir diese Politik richtig in die Tat umsetzen, ist es möglich, die Arbeit der Sowjets wirklich zu entfalten und zu beleben, breitere Massen der Bauernschaft zu ihrer Arbeit heranzuziehen und Tausende und aber Tausende neuer Funktionäre aus der Bauernschaft für sämtliche Gebiete der Sowjets, der Genossenschaft und sonstigen Arbeit zu entwickeln.

I.

Die wirtschaftlichen Hauptaufgaben der Partei und der Sowjetmacht auf dem Lande sind in der gegenwärtigen Periode folgende: Hebung und Wiederherstellung sämtlicher Bauernwirtschaften auf der Grundlage einer weiteren Entfaltung des Warenumsatzes im Lande. Nachdem die Oktoberrevolution den gutsherrlichen Landbesitz liquidiert hat, ist das Haupthindernis auf dem Wege zu einem wahrhaft gewaltigen Aufschwung unserer Bauernwirtschaften beseitigt. Jedoch hatten die Jahre des Bürgerkrieges und die damit verbundene allgemeine wirtschaftliche Zerrüttung sowie die Jahre der darauf folgenden Mißernten sich äußerst stark auf die Lage der Landwirtschaft ausgewirkt. Infolgedessen kam es zu einem beträchtlichen Absinken der landwirtschaftlichen Produktion und einer Verarmung des Dorfes (starker Mangel an lebendem und totem Inventar), was jetzt in der sich stark fühlbar machenden relativen Überbevölkerung des Dorfes zum Ausdruck kommt (in der sogenannten "ländlichen Arbeitslosigkeit"). In den letzten Jahren begann sogar trotz der schweren Mißernten und der sich daraus ergebenden Folgen ein beträchtlicher Aufschwung und die Wiederherstellung der Bauernwirtschaften, die jedoch bislang weder für eine tatsächliche Verbesserung der Lage der Bauernmassen noch für die weitere mächtige Entwicklung unserer Industrie genügen. Unsere Aufgabe ist es, das weitere Wachstum der Landwirtschaft der gesamten Bauernmasse mit allen Mitteln zu fördern und unser Augenmerk insbesondere auf die Bedürfnisse des noch recht beträchtlichen Teils der armen Bauern zu richten. Dabei muß

die Sowjetmacht die staatliche Unterstützung für die Wiederherstellung der schwachen Bauernwirtschaften fortsetzen und verstärken, insbesondere in den Rayons, die während des Bürgerkriegs und unter den Mißernten der letzten Jahre besonders gelitten haben.

Um einen tatsächlichen Aufschwung in der Landwirtschaft zu erreichen, die sich in der gegenwärtigen Periode zu ihrem überwältigenden Teil in Form kleiner Bauernwirtschaften entwickelt, ist es erforderlich, die Warenproduktion der Bauernwirtschaften zu steigern und in Verbindung hiermit die Überreste des "Kriegskommunismus" auf dem Lande zu beseitigen (z.B. den mit administrativen Maßnahmen geführten Kampf gegen den Privathandel, das Kulakentum usw. einzustellen), da sie der unter den Bedingungen der NÖP zulässigen Entwicklung der Marktbeziehungen im Lande widersprechen. Mit der Entwicklung der Marktbeziehungen im Dorfe selbst sowie mit den verstärkten Handelsbeziehungen zwischen Stadt und Land sowie dem Auslandsmarkt werden wir eine Festigung der Hauptmasse der Mittelbauernwirtschaften auch weiterhin zu verzeichnen haben.

Gleichzeitig (wenigstens in den nächsten Jahren) wachsen einerseits die wohlhabenden Schichten des Dorfes unter Aussonderung kapitalistischer Elemente (Kulaken) und andererseits die Zahl der Landarbeiter und der Dorfarmut.

Die Tatsache, daß es auf dem Lande eine beträchtliche Zahl unbeschäftigter Arbeitskräfte gibt, die nicht von der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft aufgesogen werden, unterstreicht besonders die Notwendigkeit, gegenwärtig wirklich alle administrativen Hindernisse zu beseitigen, die das Wachstum und die Festigung der Bauernwirtschaften hemmen (darunter auch ihrer wohlhabenden Schichten) bei gleichzeitiger, unbedingter Durchführung gesetzlicher (besonders wirtschaftlicher) Maßnahmen zum Kampf gegen das Kulakentum, das auf dem Lande Wucher treibt und die Dorfarmut wie Leibeigene aushandelt.

Unter diesen Bedingungen der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft besteht die praktische Hauptaufgabe der Partei und des Sowjetstaates darin, den Zusammenschluß von Wirtschaften werktätiger Bauern durch die Entwicklung der Vergenossenschaftung auf dem Lande mit allen Mitteln zu fördern. Nur die Genossenschaften

und deren wirklich ununterbrochenes Wachstum (bei wichtiger Unterstützung durch staatliche Kredite) können unter den Bedingungen des Sowjetstaates und der sich entwickelnden Großindustrie den langsamen Aufstieg der stark geschwächten Masse der kleinen Bauernwirtschaften in eine machtvolle Entwicklung der Produktivkräfte des Dorfes verwandeln (durch Intensivierung der Landwirtschaft, zunehmende Entwicklung der Viehwirtschaft usw.).

Auf dieser Grundlage, wenn wir wirklich verstärkt an der Vergenossenschaftung der breiten Massen (vor allem in Bezug auf Absatz und Versorgung), beruhend auf ihrer tatsächlichen, selbständigen Tätigkeit, arbeiten, schaffen wir die reale Möglichkeit, die wirtschaftliche Hilfe für schwache Wirtschaften allmählich zu verstärken, und zwar aus den Mitteln (Akkumulation) der Bauernschaft, welche den staatlichen und genossenschaftlichen Organen in zunehmendem Maße zufließen. Dies schafft zusammen mit der Entwicklung der einfachsten Form der Zusammenarbeit zwischen den schwachen und mittleren Wirtschaften (Maschinengenossenschaften, Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung, Kontrollverbände für die Viehzucht u. a.) die Voraussetzungen für den allmählichen (freiwilligen) Übergang zu einer kollektiven großen Landwirtschaft, zu der die Anwendung der neuesten Methoden der Mechanisierung und die Elektrifizierung gehören. Somit schafft nun die Vergenossenschaftung der Bauernschaft (in der erwähnten Verbindung mit staatlichen Krediten) unter den Bedingungen des sich wirtschaftlich und politisch festigenden proletarischen Staates die notwendigen Voraussetzungen, um die Bauernmassen allmählich zum Sozialismus zu führen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die staatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe, die Sowjetwirtschaften, mit allen Mitteln zu unterstützen und zu festigen, denn sie müssen Vorbild für die Führung einer kulturell hochstehenden Großwirtschaft sein und den Bauern der Umgebung wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung gewähren. Der erfolgreichereren Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die in den ersten Jahren der Revolution äußerst stark gelitten haben, muß von seiten der Partei größere Beachtung geschenkt und von seiten des Sowjetstaates größere materielle Unterstützung gewährt werden. Gleichzeitig muß eine teilweise Einschränkung der Sowjetwirtschaft durchgeführt werden, die in den nächsten

zwei bis drei Jahren nicht wirklich wieder aufgebaut werden können. Weiterhin ist es notwendig, die Kollektivwirtschaftsbewegung (landwirtschaftliche Genossenschaften, Artels, Kommunen usw.) zu unterstützen, sofern sie sich tatsächlich aus einer völlig freiwilligen Beteiligung der sich zusammenschließenden Bauernwirtschaften und Landarbeiter entwickelt. Die Partei und der proletarische Staat müssen vor allem jene Kollektivwirtschaft unterstützen, die ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit als kollektive landwirtschaftliche Großbetriebe Werktätiger bewiesen haben oder tatsächlich beweisen können, die in der Lage sind, die wirtschaftliche und kulturelle Lage ihrer Mitglieder zu verbessern und durch ihre Arbeit helfen können, die unter den Bauern verbreiteten Vorurteile und Voreingenommenheit gegen die kollektiven Großwirtschaften zu beseitigen.

II.

Neben den Fragen der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktion (die mit unserer Landwirtschaftspolitik im Zusammenhang stehen, die im wesentlichen gemäß der Linie des Volkskommissariats für Landwirtschaft richtig durchgeführt wird) sind unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft die Fragen des Handels von außerordentlich großer Bedeutung, d. h. die Fragen der Preisrelationen für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse und in Verbindung damit die Aufgaben der staatlichen Preisregulierung.

Die noch ungenügende Entwicklung der staatlichen Großindustrie, die ihren Ausdruck in erhöhten Preisen für Industriewaren findet, die unbefriedigende Organisation des Handels und die Schwäche der Genossenschaften, schließlich die Notwendigkeit einer umfangreichen staatlichen Beschaffung von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Getreide, die bisher scharfe Maßnahmen zur wirtschaftlichen Regulierung gewisser Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorrief, machten es erforderlich, daß wir ständig und unter den gegenwärtigen Verhältnissen (im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes) in immer stärkerem Maße unsere Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Industrie und auf die Aufgaben der Wiederherstellung des Heimgewerbes (und der Handwerks- und Gewerbege-

senschaften), auf die Organisierung des Handels und insbesondere auf die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften, auf den wichtigsten Teil der staatlichen Erfassung für Binnen- und Exportmärkte richten und daß wir angesichts alles dessen der gesamten Regulierung der Preise für Getreide und landwirtschaftliche Rohstoffe die ernsteste Beachtung schenken.

Das bedeutet jedoch, daß den Hauptfragen des Handels und den Problemen der Wirtschaftspolitik überhaupt stärkere Beachtung gezollt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, eine wahrhaft elastische wirtschaftliche Preisregulierung durchzuführen, die den örtlichen Besonderheiten der einzelnen Rayons, Gebiete (Oblast') und so weiter Rechnung trägt. Bei dieser allgemeinen Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates müssen die Grundinteressen der staatlichen Industrie mit den wichtigsten Belangen der landwirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht und in jeder neuen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend richtig koordiniert werden. Dies muß vor allem in einem richtigen ökonomischen Bündnis der Industrie mit der Landwirtschaft zum Ausdruck kommen, daß auf der allgemeinen Leitung durch den proletarischen Staat (der das Wirtschaftsleben des ganzen Landes lenkt) fußt und somit der ganzen Hauptmasse der Bauernwirtschaften die Möglichkeit zum Aufstieg und zu einer breiten Entwicklung geboten wird, bei der wirklich in ihnen (den Bauernwirtschaften) materielle Mittel akkumuliert werden. In der (vom Standpunkt der Grundinteressen des proletarischen Staates) richtigen Lösung dieses Problems besteht die Hauptaufgabe unserer Partei und der Sowjetmacht in der gegenwärtigen Periode.

III.

Neben den Maßnahmen der Landwirtschaftspolitik, die den Aufschwung einer breiteren Masse von Bauernwirtschaften erleichtern, neben den Maßnahmen zur besseren Durchführung der allgemeinen Wirtschaftspolitik (und insbesondere der Handels- und Preispolitik) in bezug auf die Interessen der kleinbäuerlichen Wirtschaft ist im gegenwärtigen Augenblick die Erleichterung und Regelung der Steueranlagung auf dem Lande sowie die Durchführung zusätzlicher staatlicher Maßnahmen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage

und besseren Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Bauernmassen als besonders wichtig zu betrachten.

Diese letztgenannten Maßnahmen, die auf die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der gesamten werktätigen Bauernschaft abzielen und vom Sowjetstaat als Maßnahmen einer wirksamen und unmittelbaren Hilfe des proletarischen Staates, insbesondere für die Kleinbauern durchgeführt werden, müssen bereits in nächster Zukunft eine große Bedeutung für die Festigung des Vertrauens der Bauernmassen zum proletarischen Staat und seiner gegenwärtigen Führung erlangen. Diese Maßnahmen sind schnell durchzuführen, insbesondere im Zusammenhang mit den obengenannten Aufgaben zur schnellsten Festigung und Entwicklung der Bauernwirtschaften. Aus all dem erwachsen folgende praktische Aufgaben.

Praktische Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaftspolitik

1. Um die Bauern daran zu interessieren, daß sie ihre akkumulierten Mittel in größerem Umfang für die Bearbeitung und Düngung des Bodens zur Steigerung und Erhöhung der Erträge anwenden, muß man die dem Bodenkodex widersprechenden Versuche, den Boden häufig neu aufzuteilen, entschieden bekämpfen.

2. Zu dem gleichen Zweck sind den Exekutivkomitees der Amtsbezirke (Volost') (der Rayons) von seiten der Sowjets (und entsprechend von seiten der Partei) feste Anweisungen zu geben, daß auf Grund des Bodenkodex in größerem Umfang von dem Recht Gebrauch gemacht werden darf, daß Bauern ihren Boden für eine Zeit bis zu zwei Saatfolgen bei Vielfelderwirtschaft und bei Drei- und Vierfelderwirtschaft für einen Zeitraum von nicht über 12 Jahren verpachten dürfen, wobei auf dem gepachteten Boden die gleichen Vorschriften für die Verwendung von Lohnarbeit anzuwenden sind, die laut Gesetz für Anteilland gelten.

Außerdem sind die Hindernisse zu beseitigen, die es verbieten, den brachliegenden Bodenfonds der bäuerlichen Vereinigungen an einzelne landbearbeitende Personen zu verpachten. Die Einnahmen aus dieser Pacht sind an den Haushalt des Dorfes und Amtsbezirken zu überweisen.

Es wird als zulässig anerkannt, für Land aus den staatlichen Bodenfonds, das an einzelne Nutznießer verpachtet ist, entsprechend den Bedingungen der Verträge auch Fristen von mehr als 12 Jahren festzusetzen.

Gleichzeitig ist jede Art von Weiterverpachtung als eine verbrecherische Spekulation mit nationalisiertem Boden kategorisch zu verbieten und entschieden zu bekämpfen.

3. Der Beschluß des Politbüros des ZK vom 16. April 1925 zur Frage der Anwendung von Lohnarbeit in den Bauernwirtschaften wird gebilligt.¹⁾

4. Gleichzeitig wird es als notwendig anerkannt, der Zusammensetzung und der gesamten Arbeit der Gewerkschaft Land- und Forstarbeiter einen stärker ausgeprägt proletarischen Charakter zu geben und die Arbeit zur Gewinnung der Landarbeiter für die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter in jeder Weise zu verstärken. Ferner ist es notwendig, daß die gesamte Hauptarbeit der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter von der Partei und vom Zentralrat der Gewerkschaften systematisch unterstützt wird.

5. Um die Arbeiten zur rationellen Nutzung der Anbauflächen zu beschleunigen und zu verbessern, insbesondere um gruppenweise Arbeiten aller Art auf diesem Gebiet durchführen zu können (Beseitigung der Gemengelage in den Siedlungen, Auseinandersiedeln von Ortschaften mit vielen Gehöften usw.), sind möglichst vorteilhafte Kredite für Arbeiten zur rationellen Nutzung der Anbauflächen zu gewähren und außerdem mindestens drei Millionen Rubel aus dem diesjährigen Staatshaushalt zur Durchführung unentgeltlicher Arbeiten zur rationellen Nutzung der Anbauflächen für die Kleinbauernwirtschaften zu bewilligen. Bei der gesamten entsprechenden Arbeit der Bodenorgane und vor allem bei der Gewährung von Anleihen und finanziellen Unterstützungen sind die Maßnahmen zur rationellen Nutzung der Anbauflächen mit dem Übergang zur Vielfelderwirtschaft, mit der Anlage breiter Felder usw. zu verbinden.

6. Bei Förderung des Wachstums solcher Formen der Bodennutzung, die für die Entwicklung der Vergenossenschaftung und die Mechanisie-

¹⁾ Siehe auch das entsprechende Dekret des Rates der Volkskommissare der UdSSR, veröffentlicht in "Prawda" und "Iswestija" vom 22. April d.J. (Anmerkung des Originals)

rung der Landwirtschaft günstiger sind (Siedlungen, Weiher usw.), sind der Bildung von Sonderland und Vorwerken keine administrativen Hindernisse in den Weg zu legen, wobei streng darauf zu achten ist, daß die Form der Bodennutzung entsprechend dem Boden frei gewählt werden darf.

7. Um die Bodenbearbeitung zu intensivieren und die Warenproduktion der Landwirtschaft zu steigern, muß die Partei die schnelle Durchführung aller Maßnahmen gewährleisten, die mit der Wiederherstellung der vorhandenen und der Organisation neuer flachs-verarbeitender Betriebe, Molkereien, kartoffel-verarbeitender Fabriken usw. zusammenhängen. Zu demselben Zwecke ist es nötig, die Mechanisierung (Einsatz von Traktoren, kleine Elektrifizierung usw.), die Betreuung durch Agronomen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Viehzucht und zur Entwicklung des Anbaus gewerblicher Nutzpflanzen zu verstärken.

Besonders notwendig ist die Ausarbeitung eines Planes zur schnelleren Wiederherstellung der Zuckerrfabriken sowie zur Schaffung eines Systems von Kühllhäusern und Elevatoren.

8. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um den Plan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Landwirtschaft in den Dürrebezirken beschleunigt zu verwirklichen.

9. In bezug auf die staatliche Großlandwirtschaft (Sowjetwirtschaft) sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Der Beschluß des Rates der Volkskommissare der RSFSR vom 6. März 1925 über die materielle Unterstützung der in Trusten zusammengefaßten Sowjetwirtschaften ist wirksam und unverzüglich in die Tat umzusetzen, indem man sie auch weiterhin mit allen Mitteln unterstützt.

Es ist notwendig, in bezug auf die Sowjetwirtschaft der anderen Republiken entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Gleichzeitig ist sorgfältig zu prüfen, ob die Existenz der augenblicklichen Zahl von Sowjetwirtschaften, sowohl von in Trusten vereinigten als auch insbesondere von nicht zu Trusten zusammengeschlossenen, zweckmäßig ist.

b) Es ist notwendig, daß die Sowjetwirtschaften den Bauern

der Umgebung in verstärktem Maße wirtschaftliche und kulturelle Hilfe gewähren, indem sie das Saatgut sortieren sowie Musterfelder anlegen, Kraftwerke errichten usw.

10. Besondere Beachtung ist der Stärke und Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auf dem Lande zu schenken. Es wird als notwendig erachtet, die staatliche ökonomische Unterstützung auf die wichtigsten Knotenpunkte der Entwicklung der bäuerlichen Ökonomik zu konzentrieren und die materielle Hilfe und Unterstützung für die Genossenschaften von seiten des Staates mit einer wirklichen Verbesserung und Regelung der Arbeit der Genossenschaften zu verbinden. (Sie sollen wirklich mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Bauern freiwillige Anteile und Einlagen einbringen, sollen die Arbeit wirtschaftlich organisieren, ordnungsgemäß Rechenschaft ablegen, darauf achten, daß die leitenden Organe tatsächlich gewählt werden, schonungslos gegen Übergriffe vorgehen usw.)

11. Um das Grundkapital der Zentralen Landwirtschaftsbank und der Landwirtschaftsbanken der Republiken zu vergrößern, sind ihnen aus dem Haushalt des zweiten Halbjahres mindestens 10 Millionen Rubel zuzuweisen, mit Auszahlung eines zusätzlichen Bürgschaftskredits von 10 Millionen durch die Staatsbank. Es sind Maßnahmen zu treffen, damit dieser Kredit insbesondere den schwachen Wirtschaften möglichst billig und langfristig gewährt wird.

12. Für die verstärkte Kreditierung der Kollektivwirtschaften (landwirtschaftliche Genossenschaften, Artels, Kommunen usw.) sind vom Stammkapital der Zentralen Landwirtschaftsbank und der Republikbanken besondere Fonds abzuzweigen; die insbesondere eine erweiterte langfristige Kreditierung dieser wirtschaftlichen Vereinigungen gewährleisten.

13. Die Anstrengungen zur Schaffung örtlicher Saatgutfonds sind auf der Grundlage der bestehenden Gesetze mit allen Mitteln zu vergrößern.

14. Bezüglich der weiter zurückgebliebenen nationalen Republiken, Gebiete (Oblast') und einzelnen Rayons wird es als notwendig anerkannt, der Entwicklung ihrer Landwirtschaft stärkere

Bedeutung und Unterstützung zu gewähren.

Die praktischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Handels, der Genossenschaften und der wirtschaftlichen Preisregulierung

1. Die Arbeit der Konsumgenossenschaften auf dem Lande ist mit allen Mitteln zu verbessern. Wahrhaft breite und aktive Massen sind für den genossenschaftlichen Aufbau zu gewinnen. Die staatliche Industrie und die Banken haben den Genossenschaften bestimmte Vorteile zum Vergleich zu den Bedingungen für den Privathandel zu gewähren, dürfen dabei aber nicht zulassen, daß Kräfte und Mittel für die Organisierung einer zu großen Zahl neuer Genossenschaften vergeudet werden, die nicht mit den vorhandenen Möglichkeiten im Einklang steht.

2. Sämtliche örtliche Abgaben sind wesentlich zu senken und die administrativen Hindernisse für den bäuerlichen Kleinhandel auf Basaren, Märkten usw. zu beseitigen. Die örtlichen Organe sind mit Strafen zu belegen (und dem Gericht zu übergeben), wenn sie gegen die entsprechenden Zentralen und örtlichen Bestimmungen verstoßen.

3. Die geltenden Steuern sind zu senken und die administrativen Hindernisse für den Privathandel auf dem Lande zu beseitigen, um seine Arbeit mit zweckentsprechenden und rein wirtschaftlichen Maßnahmen in das allgemeine Netz der Warenbewegung des Sowjethandels einzugliedern.

4. Die Politik der Preissenkungen der Industriewaren ist unentwegt fortzusetzen und dabei das Hauptaugenmerk auf Preis und Qualität der Waren zu richten, die in der Hauptsache aufs Land gehen. Gleichzeitig muß die Produktion von Waren für das Dorf immer stärker entfaltet werden (die Produktion von Metall-Textilwaren usw. für die Landbevölkerung ist zu steigern). Insbesondere ist zu klären, ob die taxierten Preise (Etikettenpreise) weiter gesenkt werden können und ob es zweckmäßig ist, die Zahl der taxierten Waren zu erhöhen.

Die Preise für landwirtschaftliche Maschinen sind in diesem Jahre nach der Vorkriegspreisliste festzusetzen. Um den bäuerlichen Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen in voller Höhe

decken zu können, ist neben der größtmöglichen Erweiterung des landwirtschaftlichen Maschinenbaus in der UdSSR eine entsprechende Einfuhr der fehlenden landwirtschaftlichen Maschinen aus dem Ausland erforderlich.

5. Die Entwicklung des Heimgewerbes auf dem Lande insbesondere dort, wo sich der Überschuß an Arbeitskräften besonders fühlbar macht, ist zu fördern, indem man die Steuern für die Heimgewerber senkt und die Kreditgewährung für die Handwerks- und Gewerbenossenschaften und ihre Unterstützung verstärkt.

Besonders sind umgehend die Mittel und Wege zu prüfen, wie auf die heimgewerblichen Betriebe die geltenden Gesetze über das Lehrlingswesen und die der Sozialversicherung anzuwenden sind.

6. Zwecks staatlich-ökonomischer Regulierung der Preise für Getreide und landwirtschaftliche Rohstoffe werden folgende Maßnahmen für notwendig erklärt:

a) es sind ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, um die in der letzten Periode übliche Praxis zu beseitigen, die Preise für Getreide und landwirtschaftliche Rohstoffe zu limitieren, indem man zu einer elastisch staatlich-ökonomischen Regulierung sowie zu einer Vereinbarung der staatlichen und genossenschaftlichen Erfassungsstellen übergeht.

b) Die Durchführung dieser staatlich-ökonomischen Preisregulierung und die Vereinbarungen zwischen den staatlichen Organen und den Genossenschaften über die Erfassungspreise dürfen in keinem Falle zur Festsetzung von für die verkaufenden Bauern verbindlichen Preisen führen.

Das Volkskommissariat für Binnenhandel ist unter Kontrolle des Rates für Arbeit und Verteidigung dafür verantwortlich zu machen, daß die obengenannten Direktiven in der Praxis wirklich richtig durchgeführt werden.

c) Bei der Durchführung der Preisregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist die Anwendung irgendwelcher administrativer Maßnahmen wie Geldstrafen, Verhaftungen usw. streng zu verbieten. Personen, die gegen diese Anweisung verstoßen, sind zu bestrafen, und in schweren Fällen ist ein Gerichtsverfahren gegen sie

einzuweisen.

d) Den Genossenschaften ist die Durchführung der staatlichen Erfassung nicht als administrative obligatorische Aufgabe zu übertragen, sondern diese Aufgabe ist vor allem mit der Bedingung der Kreditgewährung durch die Bank zu koordinieren und überhaupt so, daß man die finanzielle und wirtschaftliche staatliche Unterstützung für die Genossenschaften damit verbindet.

e) Die Staatliche Plankommission und die anderen Behörden müssen die Beschlüsse der höchsten Sowjetorgane über Fragen der rechtzeitigen Vorbereitung der wichtigsten Erfassungskampagnen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wirklich planmäßig vorbereiten. In diesem Jahr ist die Aufmerksamkeit besonders auf die Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen bezüglich der Erzeugnisse der Viehwirtschaft zu lenken, wobei die Interessen der bäuerlichen Wirtschaften so sehr wie irgend möglich gewahrt werden müssen.

7. Es ist notwendig, die Frage der Erfassungspreise für landwirtschaftliche Exporterzeugnisse besonders zu bearbeiten, wobei darauf zu achten ist, daß die jetzigen Unkosten unbedingt gesenkt und gleichzeitig unmittelbaren bäuerlichen Produzenten beim Verkauf von Exportprodukten möglichst vorteilhafte Preise gezahlt werden.

Maßnahmen zur Steuersenkung auf dem Lande und zusätzliche praktische Maßnahmen

1. Es wird als notwendig anerkannt, in diesem Jahre die Landwirtschaftssteuer auf 280 Millionen Rubel herabzusetzen, wobei dem Haushalt der Amtsbezirke 100 Millionen Rubel unbedingt gesichert werden müssen. Gleichzeitig sind sämtliche auf die bäuerliche Kleinwirtschaft entfallenden Gebühren einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen.

2. Im allgemeinen Staatshaushalt sowie auch im örtlichen Haushalt ist der Anteil der Mittel, die insbesondere zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der breiten Bauernmassen dienen (Einrichtungen neuer Schulen, Sanitätsstellen usw.), real zu erhöhen.

3. Um die finanzielle Unterstützung für die schwachen Bauern-

wirtschaften zu erhöhen, ist die Sparsamkeit in der Verwendung der staatlichen Mittel überall entschieden zu verstärken. Das gilt insbesondere für weniger produktive Bedürfnisse des Staatsapparates. In Anbetracht dessen wird es im einzelnen für notwendig erachtet, daß jede Senkung der staatlichen Ausgaben und jede tatsächliche Einsparung bei der Unterhaltung des Staatsapparates (Senkung der Angestelltenzahl, Senkung der Ausgaben für Dienstreisen usw.) zur Erhöhung der Mittel, welche für die Kreditierung der Landwirtschaft und überhaupt zur Unterstützung der schwachen Bauernwirtschaften zur Verfügung gestellt werden, führen.

4. Um die gegenwärtig starke relative Überbevölkerung des Dorfes zu vermindern, wird eine Erweiterung der staatlichen Arbeiten (Melioration, Straßenbau usw.) für erforderlich gehalten, besonders in den Rayons mit der größten Zahl unbeschäftigter Arbeitskräfte. Zu demselben Zweck sind Mittel für die Umsiedlung von Bauern aus den landärmsten Rayons bereitzustellen.

5. Es wird für notwendig erachtet, einen Teil der Ländereien des Staatsfonds (darunter der von den Staatsorganen gepachteten) den Bauern in Nutzung zu übergeben. Darüber hinaus ist es notwendig, in den Gouvernements (z.B. Tula, Kursk, Moskau, Twer usw.), wo es zweckmäßig ist, die Zahl der Sowjetwirtschaften etwas einzuschränken, den Boden dieser Sowjetwirtschaften den Bauern zur Nutzung zu übergeben.

6. Es wird für notwendig erachtet, die Übergabe der Wälder von örtlicher Bedeutung an die Bauern bis zum 1. August tatsächlich abzuschließen. Die örtlichen Exekutivkomitees sind zu veranlassen, soweit es möglich ist, mit finanzieller Unterstützung aus Mitteln der zentralen Organe die Durchführung dieses Beschlusses mit materiellen Mitteln zu gewährleisten.

Es wird für notwendig erachtet, daß eine Sonderkommission des ZK und der ZKK eingehend die Frage bearbeitet, wie die Bauern zusätzlich mit Wald versorgt werden können. Dabei soll sie darauf sehen, daß die den Bauern zur Verfügung gestellten Waldflächen gegenüber der im gegenwärtigen Plan vorgesehenen etwas vergrößert wird. Die Aufmerksamkeit sämtlicher Parteiorganisationen wird auf die Durchführung des Dekretes des Rates der Volkskommissare der

RSFSR sowie der entsprechenden Maßnahmen in den anderen Unionsrepubliken betreffs Versorgung der Landbevölkerung der waldarmen Gebiete mit Holz gelenkt.

Zur Kosakenfrage

Nachdem das ZK der KPR das Referat über die Lage in den Rayons mit Kosakenbevölkerung angehört und erörtert hat, ist es der Ansicht:

1. Die allgemeine Parteilinie in bezug auf das Dorf muß unter den Bedingungen des Kosakenlebens so durchgeführt werden, daß man die örtlichen Besonderheiten und Traditionen besonders sorgfältig und ständig berücksichtigt und daß man zur Beilegung des Zwistes zwischen den Kosaken, den Bauern und den ehemals unterjochten Nationalitäten dieses Rayons beiträgt. Dabei wird als völlig unzulässig erklärt, die Besonderheiten der kosakischen Lebensweise zu ignorieren und im Kampf gegen Überreste der Kosakentraditionen Gewalt anzuwenden.

2. Es ist in Erwägung zu ziehen,

a) daß die Kosakenrayons besonders stark durch den Bürgerkrieg gelitten haben und sie ihre Wirtschaften noch nicht in dem Maße wiederherstellen können, wie das in anderen Bezirken der Fall ist;

b) daß es sich bei diesen Rayons um fruchtbare Gebiete handelt, die für die Union der Republiken große wirtschaftliche Bedeutung haben;

c) daß die zugewanderten und kosakischen Kleinbauern, welche im Verlaufe des Bürgerkrieges und der Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen zusätzliche Bodenanteile erhalten haben, nicht die Möglichkeit haben, sie zu bearbeiten. Das führt dazu, daß die Gesamterzeugung der Landwirtschaft des betreffenden Rayons sinkt, die Zahl der armen Bauern wächst und ihre Lage sich verschlechtert. Die Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen in den Kosakenrayons sind möglichst rasch und vollständig durchzuführen, wobei die Interessen der zugezogenen Bauern und der armen Kosaken in bezug auf die Bodennutzung entsprechend

zu wahren und diesen Rayons höhere Landwirtschaftskredite einzuräumen sind.

3. Die nächste Aufgabe besteht in der konsequenten und vollkommenen Durchführung der Aufgabe, die Sowjets zu beleben und auf der Grundlage der neuen Verordnung über die Dorfsowjets und die Exekutivkomitees der Amtsbezirke breite Schichten der Kosaken über die Sowjets entschlossen zum Sowjetaufbau heranzuziehen.

In den Kosakenrayons sind zur Partei- und Sowjetarbeit erprobte Kosaken heranzuziehen, und zwar sowohl solche, die dort wohnen und nicht ausgelastet sind, als auch solche, die in anderen Rayons arbeiten.

Die Militärkommandeure, die die Führer der roten Kosaken im Kampf gegen die Konterrevolution waren, sind taktvoll zu behandeln. Die örtlichen Sowjets und Parteiorgane müssen sie kennen und zur aktiven Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit heranziehen.

Die Arbeit der Vorwerkssowjets und Stanicaexekutivkomitees ist sehr aufmerksam zu verfolgen. Insbesondere dürfen die Mitglieder dieser Exekutivkomitees nicht häufig wechseln, wie das früher beobachtet werden konnte und was zahlreiche Beschwerden der Bevölkerung hervorrief.

Der in Zusammenhang mit der Einberufung des I. Nordkaukasischen Sowjetkongresses gefaßte Beschluß des Präsidiums des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion über die Wiedergewährung des Wahlrechtes an Reemigranten, die bis zu diesem Zeitpunkt aus der Emigration zurückgekehrt sind und ihre loyale Einstellung zum Sowjetstaat bewiesen haben, ist auch auf die übrigen Kosakengebiete anzuwenden und seine Durchführung ist zu kontrahieren.

Die Frage der Aberkennung der Wahlrechte für Stanica- und Vorwerksatamane und -schreiber sowie für Wahlmänner der Kosaken, die ihre Loyalität gegenüber der Sowjetmacht bewiesen haben, ist neu zu überprüfen.

Die Kosakenintelligenz ist stärker in die Apparate der örtlichen Sowjetorgane einzusetzen.

Die Sowjets in den Kosakenbezirken müssen in ihrer Bezeichnung die Worte: "und Kosakendeputierten" führen.

4. Sämtliche obenangeführte Beschlüsse über die breite Heranziehung der Kosaken zum Sowjetaufbau sind mit der gleichen Genauigkeit auch in bezug auf alle gesellschaftlichen Organisationen durchzuführen (Genossenschaften, gegenseitige Bauernhilfe usw.).

5. Es wird für notwendig erachtet, der Arbeit des Komsomols in den Kosakenrayons größere Aufmerksamkeit zu schenken, um die wirtschaftlich schwachen und mittelbäuerlichen Schichten der jungen Kosaken in stärkerem Maße für den Komsomol zu gewinnen.

Bei seiner Arbeit muß der Komsomol dieser Rayons streng die Forderung der Partei erfüllen, die antireligiöse Propaganda besonders vorsichtig zu betreiben.

6. Die Arbeit unter den Kosakinnen, insbesondere ihre Gewinnung für die Sowjets, Genossenschaften usw. ist zu verstärken.

7. Es ist notwendig, in der Lokalpresse der entsprechenden Rayons weit mehr als bisher die Lage und die Bedürfnisse der Kosaken zu beachten und der Heranziehung von Dorfkorrespondenten aus den Kosaken die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

8. Funktionäre aus dem örtlichen werktätigen Kosakentum sind nicht nur dadurch heranzubilden, daß man ehrliche sowjetische Stanicabewohner auf verantwortliche Posten stellt, sondern auch auf dem Wege, daß man systematisch daran arbeitet, junge Kosaken, insbesondere solche, die die Schule des Bürgerkrieges durchgemacht haben, auf Lehnanstalten verschiedener Art schickt.

Die Kosakenkinder sind zu den gleichen Bedingungen in die Lehnanstalten aufzunehmen wie die Bauernkinder.

9. Die Methoden in der Durchführung der Nationalitätenpolitik in den Kosakenrayons verlangt besonderes Taktgefühl. In Rayons mit gemischter nationaler Zusammensetzung ist die Beteiligung der Kosaken an den leitenden Organen der nationalen Republiken und Gebiete, wo die Kosaken bisher in geringem Maße zu dieser Arbeit herangezogen wurden, zu verstärken.

10. Es wird als zulässig anerkannt, Rayons mit kompakter Kosakenbevölkerung in nationalen Gebieten als Verwaltungseinheiten auszusondern (z.B. der Rayon Orenburg).

Die Bearbeitung dieses Problem in den Einzelheiten wird den Sowjets überlassen.

"Prawda" Nr. 104 und 109 vom 9.Mai und 15.Mai 1925

Die XIV. Konferenz der KPR(B)

Moskau 27. - 29. April 1925

An der Konferenz nahmen 178 Delegierte mit beschließender und 392 Delegierte mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung der Konferenz: 1) Parteiorganisatorische Fragen; 2) Über das Genossenschaftswesen; 3) Über die Landwirtschaftssteuer; 4) Über die Metallindustrie; 5) Über das erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale; 6) Über die revolutionäre Gesetzlichkeit.

Die internationale Lage wurde zu dieser Zeit durch das Vorhandensein einer zeitweiligen relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den bürgerlichen Ländern und einer Stabilisierung der Sowjetunion, deren internationale Lage sich weiterhin festigte, gekennzeichnet. Aber diese beiden Stabilisierungen unterschieden sich grundlegend voneinander. Die erste der Stabilisierung führte zur Verschärfung der Grundwidersprüche des Kapitalismus und bereitete neue Krisen in den kapitalistischen Ländern vor. Die Stabilisierung der Sowjetunion bedeutete ein weiteres Wachstum und eine Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Landes des Sozialismus.

Die Volkswirtschaft des Sowjetlandes näherte sich in schnellem Tempo dem Vorkriegsstand. Mit aller Schärfe erhob sich die Frage der weiteren Entwicklungsperspektiven und des Schicksals des Sozialismus in der UdSSR. Auf diese Frage gab die Partei eine klare und bestimmte Antwort. Die XIV. Parteikonferenz erörterte und billigte auf Vorschlag des ZK die Thesen des ZK "Über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des EKKI". Diese Resolution ist eines der wichtigsten Parteidokumente in der Geschichte unserer Partei. Die Partei ging bei ihrem Beschluß von Lenins Feststellung aus, daß unser Land alles hat, was notwendig und ausreichend ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten. Die Arbeiterklasse und

die Bauernschaft der UdSSR sind durchaus in der Lage, die Bourgeoisie im Innern ihres Landes zu besiegen und die vollendete sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Den anderen Teil des Problems des Sieges des Sozialismus bildet seine internationale Seite. Solange die kapitalistische Umkreisung besteht, bleibt die Gefahr der kapitalistischen bewaffneten Intervention und der Versuche zur Wiederherstellung des Kapitalismus bestehen. Diese äußere Gefahr kann das Sowjetvolk mit eigenen Kräften allein nicht beseitigen, weil dazu die kapitalistische Umkreisung beseitigt werden muß. Dieses ist aber nur möglich im Ergebnis der siegreichen proletarischen Revolution mindestens in einigen Ländern. Daraus folgt, daß der Sieg der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern ein Lebensinteresse der Werktätigen der UdSSR ist. Die Einstellung der Partei auf den Sieg des Sozialismus in unserem Lande ist zu einem Parteigesetz geworden, das für alle Mitglieder der Partei bindend ist.

Die XIV. Parteikonferenz verurteilt die menschwistische "Theorie der permanenten Revolution" der Trotzkisten, die die Möglichkeit des Sieges des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR verneinten, und erteilte den Versuchen der Bucharinleute, der Einstellung der Partei ihre "Theorie" des friedlichen Hineinwachsens der Bourgeoisie in den Sozialismus gegenüberzustellen, eine Abfuhr. Sinowjew und Kamenew verkrochen sich feige, sie wagten nicht, gegen die Einstellung der Partei aufzutreten; sie begannen, eine "neue Opposition" zum Kampf gegen die Generallinie der Partei zusammenzuschustern.

Im Referat des Genossen W.M. Molotow über parteiorganisatorische Fragen wurde die Aufgabe gestellt, die Führung durch die Partei auf dem Lande zu verbessern und das Bündnis der Arbeiterklasse und der Dorfarnut mit dem Mittelbauern zu festigen. Die Konferenz nahm Resolutionen über den Parteaufbau, über das Genossenschaftswesen, über die einheitliche Landwirtschaftssteuer und über die revolutionäre Gesetzlichkeit an.

Auf Grund des Referates, das F.E. Dzierzynski über die Arbeit und die Aufgaben der Metallindustrie hielt, faßte die Konferenz

einen Beschluß über die Entwicklung der Metallindustrie als der Grundlage der sozialistischen Industrialisierung unseres Landes.

Resolutionen der Konferenz

Über den Parteaufbau

1. Die Eigenart der gegenwärtigen Zeit liegt darin, daß sich sowohl die internationale als auch die gesamte innere Lage wesentlich verändert. Dieser Umschwung besteht in seinen hauptsächlichsten und grundlegenden Zügen in folgenden Tatsachen: Fehlen eines revolutionären Aufschwungs in Mitteleuropa bei gleichzeitiger Entwicklung der revolutionären Bewegung gegen den Imperialismus in den Kolonien und abhängigen Ländern und eine gewisse zeitweilige Stabilisierung des kapitalistischen Regimes insgesamt; ein ziemlich schnelles wirtschaftliches Wachstum der UdSSR und Festigung der Sowjetmacht; veränderte Beziehungen zwischen der UdSSR und der kapitalistischen Welt, die in Form von "Anerkennungen" zum Ausdruck kommen; innerhalb der UdSSR auf der Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums geht die Entwicklung neuer Prozesse, die neue Schwierigkeiten für die Festigung des Blockes der Arbeiter und Bauern schaffen, vor sich.

2. Der ins Wanken geratene Kapitalismus des Westens und die sich entwickelnde revolutionäre Bewegung des Ostens - das sind die allgemeinen Bedingungen unserer Entwicklung, die die für den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande notwendigen äußeren Verhältnisse schaffen. Jedoch kann dieser Aufbau nur in dem Maße erfolgreich sein, wie die Partei die sich verändernden Beziehungen der Klassenkräfte richtig einschätzt und somit die Fähigkeit zeigt, die Bauernschaft in der neuen Situation zu führen.

3. Die siegreiche Beendigung des Bürgerkrieges, die Herstellung von Außenhandelsbeziehungen und die De - jure - Anerkennung der UdSSR seitens einer Reihe kapitalistischer Mächte, das Anwachsen des Warenaumschlags zwischen Stadt und Land und die entscheidende Bedeutung der Frage der Preise schaffen ein neues Verhältnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft und eine neue Grundlage für das Bündnis der Arbeiter und Bauern.

4. Der Übergang gutsherrlicher Ländereien an die Bauernschaft und die Beseitigung der Knechtung durch die Gutsbesitzer - was im Ergebnis der Führung durch das siegreiche Proletariat und seines Blockes mit der Bauernschaft errungen wurde und früher als Grundlage des Blockes der Arbeiter und Bauern diente - wird jetzt zu einem unzureichenden Mittel für die Festigung dieses Blockes; gleichermaßen spielt heute das Kriegsbündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, das sich auf die Verteidigung des dem Gutsbesitzer entrissenen Bodens stützte, heute, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, schon nicht mehr die Rolle, die es während des Bürgerkrieges gespielt hat.

5. Die friedlichen Handelsbeziehungen, die die Bauernschaft mit dem äußeren Markt verbinden sowie das wirtschaftliche Wachstum der UdSSR zeigen und enthüllen die bekannten Widersprüche der Interessen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, die auf der Linie des Kampfes um die Preise liegen (für Industrieerzeugnisse einerseits und für Erzeugnisse der Landwirtschaft andererseits). Dies sind jedoch in einem proletarischen Staat keine unversöhnlichen Widersprüche, wenn die staatlichen Maßnahmen zur ökonomischen Regulierung der Preise richtig durchgeführt werden und die gesamte ausschlaggebende Masse der Bauernschaft bei der Wiederherstellung der Landwirtschaft allseitige staatliche Unterstützung erfährt.

6. Aber diese Widersprüche werden durch die Überreste des Kriegskommunismus auf dem Lande - sowohl auf dem Gebiete der ökonomischen als auch auf dem der politisch-administrativen Praxis - noch bedeutend verschärft. Die latente landwirtschaftliche Überbevölkerung und die Steuerbelastung der Heimindustrie, die diese Überbevölkerung noch verschärft hat, haben sich nicht nur auf die gesamte Wirtschaft und auf die Entwicklung der Produktivkräfte ausgewirkt, sondern haben auch auf beiden Polen des Dorfes, d.h. bei der wohlhabenden kulakischen Oberschicht und einigen Schichten der Dorfarmut Unzufriedenheit ausgelöst.

7. Die Entwicklung der Bauernwirtschaft, die von ihrer durch unsere Partei in jeder Weise unterstützten Rationalisierung begleitet ist, sowie die schnell wachsende kulturelle und politische

Aktivität des Bauern gerät auch deshalb mit den Überresten des Kriegskommunismus in Widerspruch, weil diese Rationalisierung auch eine entsprechende auf einer äußerst strengen Gesetzmäßigkeit beruhende administrative Praxis erfordert, die es allein dem Produzenten ermöglicht, die von ihm zu zahlenden Steuern und die anderen Anforderungen der Staatsmacht im voraus zu berücksichtigen.

8. Unter diesen Bedingungen ist es notwendig, das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern und die Diktatur des Proletariats, die ohne dieses Bündnis undenkbar ist, zu festigen, und zwar auf der Grundlage der neuen Beziehungen und durch neue Methoden, die sich aus diesen neuen, sich herausbildenden Beziehungen ergeben.

9. Auf dem Gebiete der W i r t s c h a f t s p o l i t i k ist es notwendig, dem wirtschaftlichen Umsatz in allen Wirtschaftszweigen, darunter auch auf dem Lande, freie Bahn zu schaffen. Das soll unter der Bedingung geschehen, daß sich die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen schon in Händen des Proletariats befinden und wirklich gefestigt werden. Die Elemente des Kapitalismus, die in den nächsten Jahren unvermeidlich anwachsen werden, werden mit den Mitteln des ökonomischen Kampfes und durch die zunehmende Vergenossenschaftung der Hauptmasse der Bauernschaft überwunden werden. Im Ergebnis des schnelleren Warenumschlags werden sowohl das Tempo der Akkumulation in der gesamten Volkswirtschaft als auch das immer stärkere absolute und relative Wachstum der sozialistischen Elemente der Wirtschaft zunehmen.

10. Auf dem Gebiete der P o l i t i k muß die Haupttrichtlinie der Partei darin bestehen; die Sowjets zu beleben und die proletarische Führung der Bauernschaft durch die Organe der Sowjetmacht zu verbessern, wobei sie kühn und entschlossen zur Linie der revolutionären Gesetzmäßigkeit und der Ausrottung der Überreste des Kriegskommunismus in der administrativen politischen Arbeit übergeht.

Nur auf diese Weise kann unter den augenblicklichen Bedingungen die Diktatur des Proletariats gefestigt werden.

11. Alle Parteimitglieder müssen klar erkennen, daß dieser Parteikurs unbedingt notwendig ist. Die Arbeit eines jeden Partei-

mitgliedes, einer jeden örtlichen Organisation und eines jeden verantwortlichen Parteifunktionärs muß danach beurteilt werden, in welchem Grade sie es verstehen, auf diese Linie überzugehen, die die einzig richtige Linie der proletarischen Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen ist.

I. Aufgaben der Parteiführung und praktische Maßnahmen zu ihrer Verbesserung

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Partei steht heute die Aufgabe, die richtige Führung des Dorfes durch das Proletariat zu verwirklichen. Die Führung der Bauernschaft durch das Proletariat besteht nach dem Siege der proletarischen Revolution sowohl in der richtigen allgemeinen politischen Linie, die auf die Festigung der Grundlagen (vor allem der ökonomischen Grundlagen) des proletarischen Staates gerichtet ist, als auch darin, konkrete Methoden und Maßnahmen zur Durchführung dieser politischen Linie in der jeweiligen Entwicklungsperiode der proletarischen Revolution festzulegen. In der Periode der Diktatur des Proletariats ist diese Führung als Hilfe des proletarischen Staates für das ökonomische, kulturelle und politische Wachstum der Bauernschaft als der rückständigeren und weniger organisierten Massen der Werktätigen notwendig. Aber nur wenn zusammen mit den Arbeitern auch die Bauernschaft allmählich zum Aufbau des proletarischen Staates herangezogen und dabei unbedingt die proletarische Führung verwirklicht wird, wird sowohl die Entwicklung der proletarischen Republik selbst als auch die immer stärkere und wirksamere Teilnahme der breitesten Bauernmassen am gesamten Sowjetaufbau und damit am Sozialismus gewährleistet, sonst ist der endgültige Sieg des Sozialismus nicht möglich.

In der gegenwärtigen Periode (in der eine durch die Erfahrung der Revolution erprobte allgemeine Parteilinie vorhanden ist und herangereifte Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Lage des Dorfes durchgeführt werden) ist die Frage der Methoden der proletarischen Führung und damit die Frage der Methoden, mit denen die Bauernschaft an den sozialistischen Aufbau herangeführt wird, von

außerordentlich großer Bedeutung.

Unter den jetzigen Bedingungen ist die Entfaltung der Arbeit der Sowjets, des Genossenschaftswesens, der Gewerkschaften und anderen Organisationen des praktischen Aufbaus unter immer stärkerer Heranziehung der Arbeiter- und Bauernmassen zu ihrer Arbeit von außerordentlich großer Bedeutung, wobei die Überreste der falschen Praxis der Einmischung in ihre Arbeit (des Ernennens, des sogenannten "Kommandierens" u.ä.) und in die Arbeit ihrer gewählten Organe entschlossen beseitigt werden müssen. Deshalb müssen die Hauptmethoden der proletarischen Führung des Dorfes in der gegenwärtigen Periode folgende sein:

- a) Belebung der Sowjets (und gleichzeitig des Genossenschaftswesens, der Bauernkomitees usw.). Dabei sind in wirklich großem Maßstab parteilose Bauern und Bäuerinnen in verantwortliche Stellen in den Sowjets und ihren Exekutivkomitees, in den Genossenschaften und anderen Organen (des Dorfes, des Kreises, des Gouvernements und der Republik) einzusetzen, während gleichzeitig richtig und systematisch die besten Kräfte der Partei im Dorf, die durch die Entsendung geschulter Funktionäre aus der Stadt verstärkt werden, zur Arbeit in den Sowjets (und in den Genossenschaften) herangezogen werden. Daneben ist die Arbeit zur Verbesserung der Zusammensetzung des Funktionärkörpers der Sowjetorgane und der Genossenschaften wirklich zu verstärken;
- b) elastische, sich den Bedingungen unseres vorwiegend bäuerlichen Landes anpassende und gleichzeitig planmäßige staatlich-ökonomische Regulierung des Wirtschaftslebens (z.B. in bezug auf industrielle und landwirtschaftliche Preise). Gleichzeitig ist mit allen Mitteln der staatlichen Hilfe und durch die Arbeit der Industrie- und Handelsorgane der Aufschwung und besonders die wirtschaftliche Vereinigung der Bauern durch die Entwicklung der Vergenossenschaftung zu fördern, welche (die Vergenossenschaftung) zusammen mit dem staatlichen Kredit die Grundbedingung für die allmähliche Heranziehung der Bauernmassen an den sozialistischen Aufbau und für die Durchführung der proletarischen Führung im Dorfe ist;
- c) Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und

Besteuerung sowie entsprechender örtlicher Maßnahmen, die auf die Sicherung und Wahrung der Interessen des landwirtschaftlichen Proletariats und der Dorfarmut gerichtet sind, bei strenger Beachtung der revolutionären Gesetzlichkeit;

d) Entfaltung des kulturellen Aufbaus im Dorfe (Schulen, Bibliotheken, Lesestuben usw.) bei richtiger und vollständiger Ausnutzung der vorhandenen Kräfte und Sicherung eines wirklich breiten Wachstums von neuen sowjetischen Kadern der Dorfintelligenz (Lehrer, Agronomen, Ärzte usw.) und bei ständiger Festigung der Gewerkschaftsorganisation der Landarbeiter und der anderen dörflichen Arbeiter;

e) Organisation der politischen Erziehung durch Entfaltung einer wirklich die Massen erfassenden kommunistischen Propaganda und Agitation in Wort und Schrift auf dem Lande, wie z.B. Verbreitung von Büchern und Zeitungen, an der bäuerliche Dorfkorrespondenten und bäuerliche Schriftsteller selbst möglichst stark teilnehmen (hierbei ist besonders die aktivste Unterstützung der Dorfkorrespondentenbewegung notwendig, da sie augenblicklich der wichtigste Helfer der Partei im Kampf gegen Mängel und Übergriffe in den Sowjet-, Genossenschafts- und anderen Organen sowie bei der Arbeit zur Verbesserung der Tätigkeit der Partei-, Sowjet- und anderen Organe ist); systematische Entsendung von geschulten Propagandisten, Agitatoren usw. aufs Land;

f) stärkere Heranziehung von Landarbeitern, Kleinbauern und des besten revolutionären Teiles der Mittelbauern in die Reihen unserer Parteiorganisationen sowie Entfaltung der Arbeit des Komsomol, der Pionierorganisationen, der Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen usw. auf dem Lande.

Nur bei richtiger Anwendung aller dieser Methoden zur Führung des Dorfes und nur gestützt auf alle diese Hebel der proletarischen Führung der Bauernschaft, kann die von der Kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse systematisch das Vertrauen der Bauernschaft zur Diktatur des Proletariats festigen; dadurch wird das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft für den Sieg des Sozialismus wachsen und stärker werden.

Auf keinen Fall darf verschleiert werden, daß die proletarische Führung der Bauernschaft nur dann eine wirkliche Führung durch die konsequenteste und entschlossenste Klasse - das Proletariat, - in der sowjetischen Revolution sein wird, wenn diese Führung gelenkt wird von der Kommunistischen Partei, der wahrhaften Vertreterin der grundlegenden und wirklichen Interessen dieser Klasse als Ganzes und damit der Interessen aller Werktätigen des Dorfes und der Stadt in ihrem gemeinsamen Kampf für die Umgestaltung unseres Landes in eine wirklich führende sozialistische Republik.

Als Avantgarde und Führer des Proletariats muß die Kommunistische Partei, und zwar nicht nur in bezug auf die allgemeine politische Linie, immer an der Spitze der Arbeiter- und Bauernmassen stehen, indem sie die Initiative und die Rolle des Hauptorganisators im gesamten praktischen revolutionär-proletarischen Aufbau übernimmt und die Arbeiter- und Bauernmassen immer stärker zu diesem Aufbau heranzieht. Das trifft auf alle Gebiete des wirtschaftlichen und kulturellen, gewerkschaftlichen und politischen Aufbaus in der Sowjetrepublik zu und damit auch auf die Verbesserung von Unzulänglichkeiten und Fehler der Sowjet-, Genossenschafts- und anderen Organe sowie auf den Kampf gegen die direkten und noch häufig auftretenden Übergriffe in ihrer Arbeit.

Das stellt weiterhin besondere Anforderungen an die Zusammensetzung und Organisation der Partei selbst und an die Zusammensetzung und Organisation der kommunistischen und der sich an die Partei anlehenden Organisationen wie z.B. des Komsomol und der Organisation der Jungen Pioniere, der Organisation der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, der Arbeiter- und Dorfkorrespondentenbewegung usw. Dieses stellt schließlich besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen immer höhere Anforderungen sowohl an die Verbesserung der Führung unmittelbar auf der Parteilinie, d.h. der Führung der unteren Parteiorganisationen durch die übergeordneten Parteiorgane, als auch der Führung der Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderer nicht zur Partei gehörenden Organisationen durch die Partei. Dies alles legt Zeugnis davon ab, daß es besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen notwendig ist, mit allen Mitteln

die Qualität der Parteiarbeit und vor allem die Qualität der Parteiführung zu verbessern.

Alle diese Maßnahmen sind gegenwärtig besonders in bezug auf das Dorf und folglich in erster Linie in bezug auf unsere dörflichen Grundorganisationen durchzuführen. Hier (im Dorfe) liegt augenblicklich eine besonders schwierige Aufgabe für unsere Partei, weil hier unsere Organisationen und Parteifunktionäre schwächer und politisch weniger entwickelt sind und weil es unter den augenblicklichen Bedingungen unbedingt erforderlich ist, daß die Partei die Methoden, mit denen sie die Arbeit der Sowjets, der Gewerkschaften, der Bauernkomitees und der anderen nicht zur Partei gehörenden Organisationen des Dorfes anleitet, entschieden in der obenangeführten Richtung ändert.

Daraus ergibt sich für unsere gesamte Partei die Notwendigkeit, sich besonders ernsthaft und aufmerksam zur Verbesserung der Arbeit unserer Parteiorganisationen im Dorfe, zur Verstärkung ihrer politischen Erziehung sowie zur Verbesserung und Erneuerung ihres Mitgliederbestandes selbst zu verhalten.

Daneben ist es notwendig, der Arbeit der Parteiorganisationen; Sowjets und Gewerkschaften in den Industriebezirken größere Aufmerksamkeit zu widmen und anzustreben, daß auch hier die Wählbarkeit der entsprechenden Organe streng beachtet wird (es ist kein Ernennen und Aufzwingen von Kandidaten usw. zuzulassen). Gleichzeitig muß die Erziehungsarbeit und die organisatorische Arbeit der Partei weiter entfaltet werden, und die Arbeiter sind immer stärker zu dem gesamten Sowjetaufbau und insbesondere zur Arbeit an der Verbesserung der Organisation der Produktion und an der Steigerung der Arbeitsproduktivität heranzuziehen; dabei ist die Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Grundorganisationen der Partei in den Werken und Fabriken und in erster Linie auf die Arbeit der Zellen in den Abteilungen der Großbetriebe weiter zu verstärken.

Ausgehend von dem Obengesagten, wird anerkannt, daß die wichtigsten Aufgaben der Parteiführung gegenwärtig folgende sind:

In der Arbeit der Sowjets, der Genossenschaften, der Gewerkschaften und der Organisationen der proletarischen Öffentlichkeit

1. Weitere Durchführung der Maßnahmen zur Belebung der Sowjets, die im wesentlichen vom Oktoberplenium des ZK und den darauffolgenden allgemeinen Partei- und Sowjetbeschlüssen umrissen wurden. Dabei ist besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, die Sowjets in den Randgebieten, in den nationalen Gebieten und Republiken zu organisieren und zu beleben;
2. Wiederherstellung und Festigung der Arbeit der kommunistischen Fraktionen innerhalb der Sowjets, Gewerkschaften und Genossenschaften usw., da sie die Organe sind, die die Führung dieser Organisationen durch die Partei verwirklichen. Dabei dürfen sie aber auf keinen Fall die entsprechenden Organe der Sowjets (der Genossenschaft usw.) ersetzen und müssen mit allen Mitteln dazu beitragen, daß parteilose Bauern, Arbeiter und überhaupt der Sowjetmacht ergebene parteilose Werktätige zur Arbeit in diesen Organen herangezogen werden und insbesondere in ihre gewählten Organe aufsteigen. Im Zusammenhang damit wird es als notwendig anerkannt, daß das ZK zusätzliche Anweisungen ausarbeitet, wie die kommunistischen Fraktionen in den nicht an die Partei gebundenen Organisationen unter den gegenwärtigen Bedingungen arbeiten sollen.
3. Um die Leitung der Sowjetorgane durch die Partei elastischer und systematischer zu gestalten, wird es für notwendig erkannt, unter richtiger Wahrung des Wahlprinzips die personellen Verbindungen zwischen den leitenden Partei- und Sowjetorganen zu verstärken, so daß zum Beispiel der Sekretär und einige Mitglieder des Büros des Gouvernementskomitees dem Präsidium des Gouvernements-exekutivkomitees, der Vorsitzende des Gouvernementsexekutivkomitees dem Büro des Gouvernementskomitees angehört; dasselbe gilt auch für die Kreise usw.
4. Bei der Anleitung der Arbeit der Gewerkschaften ist streng von den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR auszugehen, und die vereinzelt Fälle von kleinlicher Einnischung und Bevormundung sind entschlos-

sen auszumerzen. Als Ergänzung dazu wird es als notwendig erachtet, daß das ZK zusätzlich ausführlichere Anweisungen über die Beziehungen zwischen Parteiorganen und Gewerkschaften ausarbeitet.

5. Da den Produktionsberatungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Hebung der Organisation der Produktion besonders große Bedeutung für die Herstellung einer richtigen Organisations- und Arbeitsordnung beigemessen wird, wird es als notwendig betrachtet, daß diese Produktionsberatungen, Zirkel und Konferenzen (nach Wirtschaftstrusts) von den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganen und mit Unterstützung und unter allgemeiner Leitung durch die Parteiorganisationen organisiert werden.

6. Es wird bestätigt, daß die Arbeiterklubs gewaltige Bedeutung haben. Es ist deshalb zweckmäßig, daß sie den Gewerkschaften und ihren Organen angegliedert werden, die ideologisch richtunggebende Anleitung von den Parteiorganisationen erhalten und daß die politischen Aufklärungsorgane des Volkskommissariats für Volksbildung an ihrer Arbeit stärksten Anteil nehmen.

7. Außerordentlich große Aufmerksamkeit ist der Arbeiter- und Dorfkorrespondentenbewegung zu widmen. Bei voller Beibehaltung der Leitung dieser Bewegung durch die Partei wird es jedoch für zweckmäßig gehalten, daß diese Organe vor allem bei den entsprechenden Arbeiter- und Bauernzeitungen und -zeitschriften aufgebaut werden und daß diese dabei reale Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Redaktionkollegien ergreifen. Gleichzeitig ist die Anleitung der Wandzeitungen, die schon jetzt gewaltige Bedeutung erlangt haben, zu verstärken.

8. Es wird festgestellt, daß das proletarische gesellschaftliche Leben sich entwickelt hat und unter anderem die freiwilligen Organisationen aller Art gewachsen sind. Es wird die Notwendigkeit ihrer engen Verbundenheit mit der gesamten Arbeit der Sowjets und der entsprechenden Sowjetorgane hervorgehoben. Gleichzeitig muß gegen jede Anwendung von Zwang und halbem Zwang bei der Werbung von Mitgliedern (sowohl von der Partei angehörenden als auch parteilosen Bauern, Arbeitern und Angestellten) für diese Organisationen ein entschiedener Kampf geführt werden.

9. Eine der augenblicklich wichtigsten Bedingungen für die richtige Gestaltung der Führung durch die Partei im Dorf (sowie im Kreis und Gouvernement, und zwar in bezug auf Funktionäre, die in ihrer Arbeit mehr mit dem Dorfe verbunden sein müssen) muß die Herstellung einer persönlichen und ständigen Verbindung mit den aktivsten parteilosen Bauern sein. Die fortschrittlichsten Bauern sind in ihrer politischen Entwicklung und bei ihrer Heranziehung zur gesellschaftlichen Arbeit usw. zu unterstützen.

10. Die örtlichen Parteiorganisationen sind verpflichtet, an der Arbeit und am Leben der territorialen Truppenteile stärksten Anteil zu nehmen, nicht nur während der Tagungen von deren nicht-ständigen Organen, sondern auch in den Perioden zwischen diesen Tagungen.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß überall örtliche Lehrstätten als Zentren der militärisch-politischen Arbeit auf dem Lande organisiert und ausgestattet werden und daß eine gute Auswahl von Funktionären für diese Stätten getroffen wird. Die örtlichen Organisationen sollen dafür sorgen, daß die Parteimitglieder vollzählig und rechtzeitig zu den Zusammenkünften kommen.

11. Die Arbeit zur Heranziehung sowohl von der Partei angehörenden als auch von parteilosen Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen zur Arbeit in den Sowjets, in den Wirtschaftsorganen, Gewerkschaften und in den Genossenschaften ist fortzusetzen. Ihre Heranziehung ist in immer stärkerem Maße mit einer vorherigen fachlichen Ausbildung für die Arbeit zu verbinden, für die die neuen Funktionäre eingesetzt werden. Insbesondere muß darauf hingewiesen werden, daß bisher in ungenügendem Maße Arbeiter und Bauern der nationalen Minderheiten als neue Funktionäre herangezogen wurden.

12. Der Verteilung der Parteikräfte, die eine der wichtigsten Seiten der Parteiführung in bezug auf die nicht zur Partei gehörenden Organisationen und Institutionen darstellt, ist auch in Zukunft größte Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei muß man sich die Aufgabe stellen, an die wichtigsten Schwerpunkte der Sowjet-, Wirtschafts-,

Genossenschafts-, Gewerkschafts- und anderen Arbeit führende Parteifunktionäre zu entsenden. Dabei muß gleichzeitig entschieden mit der Praxis gebrochen werden, daß man Funktionäre häufig von einer Arbeit zur anderen schickt, wobei man das Prinzip der Wählbarkeit verletzt und ihnen nicht in notwendigem Maße die Möglichkeit gibt, sich mit den Bedingungen der örtlichen Arbeit und mit den Bedürfnissen der örtlichen Arbeiter- und Bauernmassen vertraut zu machen. Demgemäß müssen die Parteikomitees exakter jene wichtigsten Stellen in den Staats- und verschiedenen Wirtschaftsapparaten festlegen, die in erster Linie mit den besten Parteikräften zu besetzen sind.

13. Die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Periode ist eine verstärkte und verbesserte Ausbildung und Umschulung von Funktionären mit Fachkenntnissen (sowohl von Parteimitgliedern als auch von Parteilosern) für alle Zweige des sowjetischen Aufbaus, besonders aber für die Wirtschaftsarbeit, die Pädagogik und das Genossenschaftswesen unter richtiger Berücksichtigung des Bedarfes, den das Dorf an Genossenschaftlern, an Lehrern, Spezialisten für gute Ausnutzung der Ackerflächen, Agronomen und medizinischem Personal hat. Insbesondere ist es notwendig, die Ausbildung und Umschulung von Funktionären, die Praktiker auf den verschiedensten Gebieten der Arbeit auf dem Lande sind, besonders in den nationalen Republiken und Gebieten zu verstärken.

Auf dem Gebiet der Anleitung der Parteiorganisationen

1. Um die ideologisch-bolschewistische Erziehung der Massen der Parteimitglieder und der sich an die Partei anlehnenen proletarischen Schichten zu verstärken, ist die Propaganda zur Aufklärung über den politischen Schaden und die Gefahr der kleinbürgerlichen Abweichungen (insbesondere des Trotzismus) fortzusetzen und gleichzeitig die simplifizierte Darlegung des Wesens des Leninismus zu kritisieren. Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß die Presse (insbesondere die bäuerliche Presse) und die Arbeit der Verlage konsequent im Sinne der Partei angeleitet wird.

2. Es wird festgestellt, daß sich der Gedanke, als Ergänzung zur

"Prawda", ein kämpferisches, führendes Parteiorgan (die Zeitschrift "Bolschewik") zu schaffen, als vollkommen richtig erwiesen hat und daß die Partei mit allen Mitteln zur weiteren Festigung des "Bolschewik", als des konsequent führenden Organs des Leninismus, beitragen muß. Ebenso muß ein führendes Organ des Komsomol für die Komsomolkader geschaffen werden. Die Zeitschrift "Derewenski Komunist" (Der Dorfkommunist - D.Übers.) muß zu dem entsprechenden Organ für die Parteifunktionäre auf dem Lande werden und sie müssen selbst in großem Umfang daran mitarbeiten. Außerdem wird es als zweckmäßig erachtet, bei der Zeitschrift "Bolschewik" nach Bedarf Diskussionshefte über die wichtigsten Fragen der Parteiarbeit herauszugeben.

3. Für die gesamte Parteiarbeit ist eine möglichst große Anzahl von Mitgliedern und Kandidaten der Partei heranzuziehen. Die Parteidisziplin ist zu festigen, was jetzt, bei einer weitgehenden Erneuerung der Partei, besonders notwendig ist, und daneben sind die Bestimmungen über die Wählbarkeit der Parteiorgane streng einzuhalten, indem jede Erscheinung von Bürokratismus in der Parteiarbeit, alle Versuche, die gesunde Kritik an den Parteiorganen zu beseitigen und überhaupt alle Verletzungen der Methoden der innerparteilichen Demokratie entschieden bekämpft werden müssen.

4. Die wichtigste Aufgabe der leitenden Parteiorgane ist die Überprüfung der Durchführung der Parteibeschlüsse bei gleichzeitiger Einschränkung der zu großen Anzahl neuer Pläne und deklaratorischer Entschlüsse.

5. Die größte Aufmerksamkeit ist der unmittelbar lebendigen Anleitung der Grundorganisationen der Partei durch Besuche an Ort und Stelle, durch eine richtige Organisation des Instrukteurapparates und durch eine besser organisierte Arbeit der Presse usw. zu widmen. Das ZK und die örtlichen Komitees haben gleichzeitig Maßnahmen zur entschiedenen Einschränkung der formalen Berichterstattung, zu einer wirklichen Verminderung der Zahl der Rundschreiben und Thesen, die in die Orte geschickt werden, zur Einschränkung von Anforderung schriftlicher Informationen, statistische Berichte usw. zu ergreifen.

6. Für die Arbeit der Organisationen und Institutionen ist sowohl den leitenden Organen dieser Institutionen selbst als auch insbesondere den dort arbeitenden Kommunisten größere Verantwortung zu übertragen, wobei überflüssige Kommissionen eingeschränkt, die Zahl der Sitzungen auf das wirklich notwendige Maß verringert werden müssen und auf keinen Fall zugelassen werden darf, daß die Anleitung, die das Parteikomitee geben muß, durch die Anleitung von dieser oder jener ständigen Parteikommission oder -beratung ersetzt wird.

7. Es sind entschiedene Maßnahmen gegen die übermäßige Belastung einzelner Genossen und gegen die Ausübung mehrerer Funktionen durch solche Genossen zu ergreifen, indem neue Funktionäre, besonders aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, herangezogen werden. In bezug auf die einfachen Parteimitglieder ist der Beschluß zu verwirklichen, daß sie mindestens zwei freie Abende und außerdem einen vollständig freien Tag in der Woche haben müssen.

8. In den Arbeiterbezirken ist der Leitung der Zellen in den Werkabteilungen und der Grundorganisationen der Partei in den Fabriken und Werken besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wobei ihre Arbeit mit der Parteiarbeit der Zelle des gesamten Betriebes zu koordinieren ist. Es ist notwendig, daß das ZK zusätzliche Anweisungen über die Arbeit der Zellen der Werkabteilungen auf der Grundlage der im letzten Jahr in ihrer Arbeit gewonnenen Erfahrungen gibt.

9. Es wird festgestellt, daß von den Parteiorganisationen bei weitem noch nicht genug für die Hebung der Arbeit der Parteizellen in den Sowjets und Hochschulen getan worden ist, und deshalb werden die örtlichen Parteikomitees verpflichtet, dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und dabei zu berücksichtigen, daß die Wichtigkeit der Arbeit dieser Organisationen im Zusammenhang mit den Aufgaben der Belebung der Sowjets immer mehr wächst.

10. Der Arbeit der Delegiertenversammlungen von Arbeiterinnen und Bäuerinnen ist besonders im Zusammenhang mit der Aufgabe, eine große Anzahl von Arbeiterinnen und Bäuerinnen auf verantwortliche Posten in den Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften und anderen Organisationen einzusetzen, von Seiten aller Parteiorganisationen

noch größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei müssen sie stets daran denken, daß diese Arbeit nicht nur die Aufgabe der Abteilung: Arbeiterinnen und Bäuerinnen, sondern der gesamten Partei ist.

11. Da die allgemeinen Parteiüberprüfungen und Reinigungen der Organisationen als Ausnahemaßnahmen zu betrachten sind, ist den Aufgaben der tagtäglichen und systematischen Säuberung der Organisationen von demoralisierten, nicht wirklich parteiverbundenen und die Partei diskreditierenden Elementen in Zukunft um so mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

12. Der Beschluß des ZK und der ZKK über Maßnahmen zur Verstärkung der realen Verantwortlichkeit der Kommunisten für Vergehen, die mit der Durchführung ihrer Arbeit in den Sowjets oder einer anderen gesellschaftlichen Arbeit in Zusammenhang stehen, wird gebilligt.

II. Maßnahmen zur Festigung der Parteiorganisationen auf dem Lande

Eine Verbesserung der Parteiarbeit auf dem Lande ist nur möglich, wenn die Zusammensetzung der Parteiorganisationen auf dem Lande gefestigt, ihre Arbeit verstärkt, die Führung ernsthaft verbessert und überhaupt die Hilfe für die ländlichen Organisationen von Seiten der gesamten Partei verstärkt wird. Dies ist es, was gegenwärtig besonders notwendig ist, und zwar aus folgenden Gründen: Die Parteiorganisationen auf dem Lande sind noch äußerst schwach, die Mitgliedschaft dieser Organisationen hat sich in den letzten Jahren wenig erneuert und erfordert in einigen Fällen eine ernsthafte Reinigung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine höhere politische und fachliche Ausbildung als früher notwendig. Ausgehend von all diesem werden folgende Maßnahmen zur Festigung der ländlichen Parteiorganisationen als notwendig anerkannt:

1. Auffüllung und Erneuerung des Mitgliederbestandes der ländlichen Parteiorganisationen, die dadurch zu erreichen ist, daß man energischer daran arbeitet, revolutionäre fortschrittliche Elemente aus der Kleinbauernschaft (insbesondere Bäuerinnen, die durch die Schule der Delegiertenversammlungen gegangen sind) sowie aus den

Reihen der Landarbeiter und des bestens Teiles der Mittelbauern für die Partei zu gewinnen.

2. Besonders große Bedeutung bei der Festigung der Parteiorganisationen auf dem Lande ist der Verstärkung der politischen Erziehung und der fachlichen Ausbildung des ländlichen Komsomolaktivs beizumessen und wirksame Maßnahmen zu treffen, um seinen gesamten politisch geschulten Teil in die Partei einzubeziehen.

3. Gleichzeitig ist es notwendig, in den Parteiorganisationen der Amtsbezirks(und Kreise), in denen sich in der Mitgliedschaft der Organisationen das Vorhandensein demoralisierter und von der Partei losgelöster Elemente gezeigt hat, die die Partei in den Augen der Bauernschaft deskreditieren, eine teilweise Überprüfung durchzuführen. Zu dieser Überprüfung der ländlichen Parteiorganisationen sollen parteilose Bauern hinzugezogen und wirklich verantwortliche Parteifunktionäre dorthin entsandt werden. Es ist notwendig, daß das ZK ergänzende Richtlinien über die Durchführung der Überprüfung der ländlichen Zellen herausgibt.

4. Zur Hebung der Parteierziehungsarbeit in den ländlichen Organisationen ist es notwendig, mindestens dreitausend Propagandisten aufs Land zu entsenden, nachdem notwendige Maßnahmen für ihre Ausbildung bis zum 1. September ergriffen sind (dabei sollen unter anderen die qualifizierteren Hörer von Sowjetparteischulen und von kommunistischen Hochschulen eingesetzt werden).

5. Zur Verstärkung des Instrukteurapparates der Kreispartei Komitees zum gleichen Termin (1. September) sind aus größeren Parteiorganisationen mindestens tausend Parteifunktionäre zu delegieren. Es wird auf die Richtigkeit des Beschlusses der letzten Moskauer Parteikonferenz hingewiesen, die sich für eine Stärkung der Provinz durch solche verantwortlichen Funktionäre aussprach, die die Schule der Moskauer Stadtorganisation besucht haben.

6. Nachdem vorbereitende Maßnahmen zum bevorstehenden Lehrjahr durchgeführt sind, ist eine Reorganisation der Sowjetparteischulen sowie der Schule für ländliche Propagandisten und der Lesestuben vorzunehmen.

7. Die Zusammensetzung der auf das Land entsandten Funktionäre ist sorgfältig zu überprüfen. Die Anzahl vorübergehender Kommandierungen ist wesentlich einzuschränken.

Der Entsendung von Funktionären, die freiwillig den Wunsch geäußert haben, aufs Land zu gehen, ist große Bedeutung beizumessen, und in der Presse und in Parteiversammlungen ist dementsprechend dafür zu agitieren, daß Funktionäre freiwillig aufs Land gehen. Besondere Aufmerksamkeit ist auf Patengesellschaften zur Ausbildung von Funktionären für das Land (besonders von freiwillig aufs Land gehenden Funktionären) zu richten.

8. Die Initiative großer proletarischer Organisationen (Leningrad, Moskau, Tula) bei der Entfaltung der Arbeit von Patenschaftsgesellschaften der Arbeiter auf der Grundlage des entsprechenden Beschlusses des ZK wird gebilligt. Angesichts wiederholt aufgetretener Fälle völlig falscher und geradezu unzulässiger Formen der Patenschaftsarbeit (leichtsinnige politische und antireligiöse Propaganda, Verbindung von Patenschaftskommandierungen mit Vergnügungen usw.) sind die örtlichen Parteikomitees gleichzeitig zu verpflichten, diese Erscheinungen entschlossen zu bekämpfen, indem sie derartigen Patenschaftsorganisationen das Recht auf eine selbständige Patenschaftsarbeit auf dem Lande entziehen.

9. Es ist notwendig, daß die politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee unter den Rotarmisten, die in diesem Jahr ihre Dienstzeit beenden und auf das Land zurückkehren, eine spezielle Arbeit mit dem Ziel durchführt, ihnen eine gewisse Ausbildung im Zusammenhang mit den von der Partei für die Arbeit auf dem Lande gestellten Aufgaben zu geben.

10. In bezug auf die Arbeit der Abteilungen Arbeiterinnen und Bäuerinnen auf dem Lande wird es für notwendig gehalten, der Verbindung der politischen Arbeit dieser Organisationen mit den praktischen Interessen der Bäuerinnen hinsichtlich der unmittelbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Frauen auf dem Lande und der Heranziehung der Bäuerinnen zur Arbeit in den Sowjets, Genossenschaften, Bauernkomitees usw. größere Aufmerksamkeit zu widmen.

11. In Abänderung des Parteistatuts wird es unter den gegenwärtigen Bedingungen als zweckmäßig anerkannt, die Wahlen der Parteikomitees der ~~Amtsbezirke~~ nicht alle drei Monate, sondern alle sechs Monate durchzuführen. Dieser Beschluß ist dem nächsten ordentlichen Parteitag zur Bestätigung vorzulegen.

III. Verbesserung der Zusammensetzung und Regelung des Wachstums der Partei

In dem seit dem XIII. Parteitag vergangenen Jahr ist die Partei im allgemeinen weiterhin normal gewachsen, und zwar hauptsächlich durch Aufnahme von Arbeitern. Die Konferenz stellt jedoch fest, daß der grundlegende Beschluß des XIII. Parteitages über die Regelung der Parteizusammensetzung - der Beschluß, daß mindestens 50 Prozent der Mitglieder unserer Partei unmittelbar in der Produktion beschäftigte Arbeiter sein sollen - bis jetzt noch nicht durchgeführt ist und erklärt, daß dieser Beschluß des XIII. Parteitages auch weiterhin die grundlegende richtung-gebende Weisung für die Regelung des Wachstums der Partei sein muß.

Daneben sind die ländlichen Parteiorganisationen, wie schon gesagt, durch die besten revolutionären, standhaften und politisch geschulten Arbeiter des Dorfes und durch Landarbeiter, landarme Bauern und den der Partei am nächsten stehenden Teil der Mittelbauern zu ergänzen. Außerdem werden die Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Beschluß des XIII. Parteitages über die Aufnahme von Angestellten und Angehörigen der Intelligenz in der Partei streng einzuhalten und bei ihrer Aufnahme sowohl die festgesetzten formellen Anforderungen zu beachten als auch die im Beschluß des Parteitages genannten Forderungen bezüglich der Fähigkeit des neuen Parteimitgliedes, der Partei und den Organen der proletarischen Diktatur wirklich zu helfen. Insgesamt gesehen muß man sich in der Frage des weiteren Wachstums der Partei von der Aufgabe leiten lassen, die Partei als die wirkliche kommunistische Avantgarde des Proletariats zu erhalten und deshalb der Verbesserung der qualitativen Zusammensetzung der Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr Aufmerksamkeit widmen, indem an

alle neu in die Partei eintretenden Mitglieder entsprechende Anforderungen gestellt werden.

In Anbetracht dessen:

1. wird erklärt, daß, wenn Industriearbeiter, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, als Kandidaten in die Partei eintreten, zwei Empfehlungen von Parteimitgliedern, die der Partei mindestens ein Jahr angehören, ausreichend sind. Es wird für notwendig angesehen, die Praxis, die sich herausgebildet hat, beizubehalten, daß die Kandidatur von Personen, die in die Partei eintreten wollen, auf öffentlichen Zellenversammlungen diskutiert wird. Dieser Beschluß ist dem nächsten ordentlichen Parteitag zur Bestätigung vorzulegen;
2. um Landarbeitern, werktätigen Bauern und Rotarmisten aus Arbeiter- und Bauernkreisen den Eintritt in die Partei zu erleichtern, ist es notwendig, die Zahl ihrer Bürgen und deren Mitgliedszeit auf zwei Parteimitglieder mit zweijähriger Mitgliedschaft herabzusetzen; außerdem wird die Bestätigung neuer Parteikandidaten dieser Kategorie von den Gouvernementskomitees auf die Kreis-Komitees (bzw. die Bezirks-Komitees) übertragen. Die örtlichen leitenden Parteiorgane auf dem Lande werden verpflichtet, Parteifunktionäre dorthin zu entsenden, wo Bauern und Landarbeiter in die Partei eintreten wollen, es jedoch keine Parteimitglieder gibt, die berechtigt sind zu bürgen, damit diese Funktionäre die Bauern, die in die Partei eintreten wollen, kennenlernen und gegebenenfalls die notwendige Parteibürgschaft für sie leisten.
3. Der Kampf gegen den Amtsschimmel bei der Überprüfung der Anträge (insbesondere der Anträge von Bauern) auf Aufnahme in die Partei und gegen eine unzulässige Verzögerung der Aufnahme von Kandidaten als Parteimitglieder ist zu verstärken.
4. Die Kampagne zur Massenwerbung für den Eintritt in die Partei ist sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande unbedingt einzustellen.
5. Den örtlichen Parteiorganisationen wird verboten, die Aufnahme in die Partei so vorzunehmen, daß vorher eine bestimmte Zahl für

die Aufnahme oder das prozentuale Verhältnis zwischen den einzelnen Kategorien der Aufzunehmenden festgelegt wird.

6. Angesichts des allgemeinen Wachstums der Partei und der Notwendigkeit einer größeren organisatorischen Klarheit im Parteaufbau wird das weitere Bestehen von irgendwelchen besonderen unterstützenden oder sympathisierenden Organisationen (mit ihren separaten Versammlungen usw.) für unzweckmäßig gehalten.

IV. Über den Komsomol und die Pionierorganisationen

Im vergangenen Jahr ist der Komsomol sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande erheblich gewachsen. Aus dem anhaltenden Wachstum der Komsomolorganisationen ergibt sich für die leitenden Organe des Komsomol und die Partei die dringende Forderung, die Arbeit des Komsomol und vor allem die Arbeit seines Aktivs zu verbessern sowie die Führung des Komsomol durch die Partei zu verbessern und zu verstärken. Da der Komsomol die Organisation der Arbeiter- und Bauernjugend ist, soll er seinem gesunden Wachstum durch Zustrom der fortschrittlichen Arbeiter- und Bauernjugend keine Hindernisse in den Weg legen. Gleichzeitig muß der Komsomol stets die Aufgabe haben, die proletarische Führung im Komsomol selbst und durch den Komsomol in den breiten Massen der Arbeiter- und Bauernjugend zu verwirklichen. Dementsprechend ist der richtigen Verteilung der leitenden Kader des Komsomol auf seine Organisationen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Weiter ist es notwendig, Maßnahmen zur Ausbildung neuer leitender Funktionäre des Komsomol zu ergreifen, die fest auf dem Boden der Partei stehen. Schließlich müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die Organisationen des Komsomol tatsächlich und in der Praxis unter Führung der Partei stehen, nachdem sie faktisch, besonders auf dem Lande, zum wichtigsten Helfer der Partei geworden sind.

Durch seine Teilnahme an der praktischen Arbeit der verschiedenen Sowjet-, Genossenschafts- und anderen Organisationen, besonders auf dem Lande, sowie durch seine tägliche Hilfe, die er der Bauernschaft bei der Erklärung der sowjetischen Gesetzgebung und durch ihre richtige Anwendung im Interesse der Dorfarmut leistet,

soll der Komsomol durchsetzen, daß seine Autorität in den Augen der Bauernschaft und der Arbeiter auf ein bedeutend höheres Niveau gehoben wird. Alles dies ist um so notwendiger, als sich augenblicklich unter unmittelbarer Leitung des Komsomol immer stärker die gewaltige Arbeit zur Organisation der Pioniere entfaltet, die von allergrößter Bedeutung für die Partei ist.

Angesichts dessen:

1. wird es als Hauptaufgabe der Partei in bezug auf den Komsomol erachtet, die leninistische Erziehung der zu seinen Organisationen gehörenden Arbeiter- und Bauernjugend mit allen Mitteln zu verstärken. Deshalb ist der Ausgestaltung der Komsomolpresse besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Neben der führenden Komsomolbereitschaft ist ein täglich erscheinendes Zentralorgan des Komsomol zu schaffen, die örtliche Komsomolpresse zu verbessern und der gesamten für das Dorf bestimmten Komsomolliteratur mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Alle örtlichen Parteiorganisationen sollen besondere Kader von Parteipropagandisten zur Betreuung der Erziehungsarbeit des Komsomol bestimmen. Außerdem sollen sie dem Komsomol bei der Ausbildung von Propagandisten aus den Reihen der Jugend selbst helfen;

2. ist es erforderlich, daß die leitenden Organe des Komsomol (und der Partei) das Wachstum und die Regulierung der Zusammensetzung der Komsomolorganisationen, besonders auf dem Lande, aufmerksam verfolgen, diskreditierende und völlig undisziplinierte Elemente aussondern und alle Maßnahmen ergreifen, um den Kern von Landarbeitern und landarmen Bauern in den Komsomolzellen auf dem Lande zu festigen.

Schematische Verbote für die Aufnahme in den Komsomol sowie Festlegung bestimmter Sätze des prozentualen Verhältnisses für die aufzunehmenden Gruppen werden als unzulässig betrachtet;

3. sind im Herbst dieses Jahres mindestens zweitausend Komsomolfunktionäre für die Verstärkung des Instrukteurapparates bei den Kreisjugendkomitees und unmittelbar bei den Komsomolorganisationen der Amtsbezirke auf das Land zu entsenden, nachdem sie vorher entspre-

chende Vorbereitungskurse besucht haben. Diese Arbeit ist mit den entsprechenden Kommandierungen von seiten der Partei zu koordinieren;

4. ist gegen die ungesetzliche Einmischung von Komsomolmitgliedern in die Arbeit der Sowjets und anderer Organisationen auf dem Lande sowie gegen unzulässige Methoden antireligiöser Propaganda ein entschiedener Kampf zu führen und sind Maßnahmen (über die Gouvernementskomitees des LKJVR¹⁾) zu ergreifen, die bis zur Auflösung einzelner örtlicher Organisationen (des Dorfes oder des Amtsbezirks) gehen können;

5. ist die wichtigste Frage in der Komsomolarbeit augenblicklich die Festigung der Kader des Komsomolaktivs (augenblicklich besonders auf dem Lande). Dazu ist notwendig:

- a) die statistische Erfassung dieser Kader richtig zu organisieren;
- b) mit allen Mitteln und systematisch die politische Entwicklung und das ideologische Wachstum dieser Kader und des gesamten Parteikernes im Komsomol zu fördern;
- c) eine immer größere Anzahl von ihnen in die Reihen der Partei einzubeziehen;

6. fordert das außerordentlich schnelle Anwachsen der Pionierorganisationen sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande vom Komsomol und von der Partei, daß sie der Verbesserung dieser Arbeit verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Es wird augenblicklich als besonders notwendig erachtet, Maßnahmen zu ergreifen, um beschleunigt beträchtliche Kader von Leitern der Pionierbewegung aus den besser geschulten Funktionären der Partei und des Komsomol auszubilden;

7. ist sowohl in der Arbeit des Komsomol als auch in der Arbeit der Pionierorganisationen die Aufmerksamkeit auf die Regulierung der Arbeit selbst zu lenken. Im Zusammenhang damit ist es notwendig, einen entschiedenen Kampf gegen die Überlastung der Funktio-

1) im Russischen: RLKSM = Leninscher Kommunistischer Jugendverband Rußlands - d. Übers.

näre des Komsomol und der Pioniere zu führen und wirksame Maßnahmen zur Erhaltung ihrer Gesundheit und normalen Entwicklung zu ergreifen.

Über die Genossenschaften

Die augenblickliche Periode des wirtschaftlichen Aufbaus der UdSSR ist durch ein schnelles Wachstum der Produktivkräfte des Landes gekennzeichnet. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaus des Sowjetstaates sind bedeutende Erfolge errungen worden. Der Aufschwung der Landwirtschaft und das Anwachsen ihrer Warenproduktion, die schnelle Entfaltung der Großindustrie und die Verbesserung der Arbeit des Transportes, die Steigerung der Arbeit des Transportes, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Ausweitung des Handelsumsatzes und der entschiedene Fortschritt in der Richtung eines Angleichens der Preise für Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Industrie, die Einstellung der Emission und gleichzeitig damit das Anwachsen des Staatshaushaltes - das sind die grundlegenden Merkmale für den Wiederherstellungsprozeß der Wirtschaft der UdSSR.

Der Übergang zu einer stabilen Währung und die erfolgreiche Festigung eines stabilen Geldumlaufes eröffnen eine neue Seite auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus der UdSSR, da sie eine feste Basis für den weiteren ökonomischen Fortschritt schaffen.

Die Hauptaufgabe der Partei und der Sowjetmacht besteht in der weiteren Unterstützung der Entwicklung der Produktivkräfte. Dieses Wachstum der Produktivkräfte wird in einer Situation vor sich gehen, in der in einer Reihe von Industriezweigen die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung auf Kosten des alten Grundkapitals bereits erschöpft sind oder erschöpft werden. Das Wachstum der Landwirtschaft macht es seinerseits notwendig, das Dreifeldersystem schnellstens durch das Mehrfeldersystem zu ersetzen und zu vollkommeneren Methoden der landwirtschaftlichen Produktion überzugehen. Vor der Partei und dem Staat steht die Aufgabe, das erreichte Tempo bei der Wiederherstellung der Wirtschaft beizubehalten, was durch eine entsprechende Politik auf dem Gebiete der Produktion und Reproduktion des Grundkapitals des Landes sowohl in der Industrie

und im Transportwesen als auch in der Landwirtschaft gesichert werden muß.

Das Anwachsen der Produktivkräfte unter den Bedingungen der weiteren Entwicklung der Waren- und Geldbeziehungen bringt jedoch auch neue Schwierigkeiten mit sich. Neben der Festigung der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft der UdSSR geht gleichzeitig die Entwicklung des Privatkapitals vor sich und die hiermit verbundene teilweise Verschärfung der Konkurrenz zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Elementen der Wirtschaft sowohl in der Stadt als auch besonders auf dem Lande, und das wird auch weiterhin geschehen.

Die mit dem Übergang zur neuen ökonomischen Politik begonnene Differenzierung des Dorfes wird in der nächsten Zukunft ihren Ausdruck darin finden, daß sich für eine gewisse Zeit einerseits die neue bäuerliche Bourgeoisie, die aus den wohlhabenden Schichten der Bauernschaft hervorgegangen ist, vergrößert und verstärkt und daß andererseits die landarmen Elemente der Bauernschaft proletarisiert werden.

Deshalb müssen die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik des Staates sowohl auf dem Gebiete der Regulierung der gesamten Volkswirtschaft als auch insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft diesen Tatsachen unbedingt Rechnung tragen. Die allgemeine Politik der Partei und der Sowjetmacht muß auf die Festigung der sozialistischen Grundlagen unserer Volkswirtschaft gerichtet sein und auf die Sicherung einer wirksamen Kontrolle in den Händen des Staates über alle im Dorfe vor sich gehenden wirtschaftlichen Prozesse. Dazu ist besonders notwendig, die zusätzlichen materiellen Reserven, die aus der Beschleunigung des gesamten Akkumulations tempos und dem dadurch erzielten Wachstum des Nationaleinkommens und der Haushaltsmittel entstehen, für die Kreditgewährung und Hilfeleistung für die Hauptmasse der Bauernschaft auszunutzen.

Obwohl sich die Produktivkräfte sowohl der Stadt als auch des Landes schnell entwickelt haben, reichte diese Entwicklung trotzdem nicht aus, um die gesamte überschüssige Bevölkerung des Dorfes aufzunehmen. Deshalb ist es notwendig, eine produktive

Verwendung für die bedeutenden Arbeitermassen, die es im Dorfe gibt, zu finden. Dies kann durch eine Intensivierung der Landwirtschaft, ein weiteres Anwachsen der Industrie, durch die Entwicklung des Heim- und Wandergewerbes, durch eine Erleichterung der Bedingungen für die Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft, durch kurzfristige Bodenpacht sowie durch Organisierung der Umsiedlung und durch eine großzügige wirtschaftliche Unterstützung der schwachen Bauernwirtschaften erreicht werden.

Die Maßnahmen in bezug auf die Genossenschaften sollen in voller Übereinstimmung mit der gesamten Wirtschaftspolitik der Union entwickelt werden.

Unter den Bedingungen des freien Warenumsatzes und der Herrschaft der kleinen Warenproduzenten auf dem Lande sind die Genossenschaften die gesellschaftlich-ökonomische Grundform der Verbindung zwischen der staatlichen Wirtschaft und dem kleinen Warenproduzenten des Dorfes. Nur sie kann dem Staate in stärkstem Maße die Möglichkeit sichern, sowohl die landwirtschaftliche Kleinproduktion als auch den Warenumsatz im Lande zu kontrollieren und zu regulieren.

Auf Grund dessen kommt dem Aufbau des Genossenschaftswesens gegenwärtig außerordentlich große Bedeutung zu. Damit alle Prozesse des Wirtschaftslebens auf dem Lande in möglichst großem Umfang durch die Genossenschaften erfaßt werden, ist allen Bevölkerungsschichten, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, das Recht zu garantieren, sich an den Genossenschaften zu beteiligen.

Um jedoch der Mehrheit der Bauernschaft den führenden Einfluß in den Genossenschaften zu gewährleisten, sollen die Genossenschaftsorganisationen aller Art in ihre Statuten Einschränkungen aufnehmen, die die Garantie geben, daß ausgesprochene Kulakenelemente nicht in die Leitung der Organisationen gewählt werden.

Die Arbeit der Partei und jeder anderen Organisation der armen Bauern und der Mittelbauern (Komitees der gegenseitigen Hilfe usw.) ist in der Richtung zu führen, daß die Interessen der armen und mittelbäuerlichen Schichten der Bevölkerung gewahrt werden.

Der genossenschaftliche und staatliche Handel kann den wachsenden Warenumsatz im Lande nicht vollkommen bewältigen; deshalb bleibt auf dem Gebiete des Handels bedeutender Raum für die Beteiligung des Privatkapitals. Die Partei, die diese Rolle des privaten Handelskapitals berücksichtigt, muß jedoch gleichzeitig mit allen Mitteln jeden Versuch bekämpfen, die gegenwärtige Handelspolitik im Sinne einer Änderung des Verhältnisses der Partei und der Sowjetmacht zum Genossenschaftswesen auszulegen. Diese Rolle des Privatkapitals auf dem Gebiete des Handels führt nicht dazu, daß die Aufgaben der Genossenschaften, insbesondere der Verbrauchergenossenschaften, geringer, sondern dazu, daß sie um ein Vielfaches größer werden und macht es selbstverständlich notwendig, daß Partei und Staat sich gegenüber den Bedürfnissen der Genossenschaften noch aufmerksamer verhalten und sie noch energischer unterstützen.

Es müßten Maßnahmen zur Verbilligung der den Genossenschaften, insbesondere den Landwirtschaftlichen Genossenschaften, gewährten Kredite ergriffen werden; das ist eine der besonderen Bedingungen für die erfolgreiche Entfaltung ihrer Arbeit.

Für die Unterstützung der Genossenschaften bei der Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben, ihre Finanzwirtschaft zu regeln und genossenschaftliche Mittel zu akkumulieren, sind die Genossenschaftsbanken von wesentlicher Bedeutung. Deshalb muß die Partei ihrer Festigung und Entwicklung gebührende Aufmerksamkeit widmen.

Die Genossenschaft muß ihrerseits alle Maßnahmen ergreifen, um ihre inneren Krankheiten schneller zu überwinden, die bisher hauptsächlich darin zum Ausdruck kamen, daß sie es nicht verstanden hat, ihre Aufgabe mit ihren Mitteln in Einklang zu bringen, daß ihre organisatorischen Formen nicht stabil waren, dem Apparat die Beweglichkeit fehlte, die Waren zu teuer waren usw.

Die Qualität der Arbeit der Genossenschaften ist augenblicklich von entscheidender Bedeutung. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt auch das weitere Wachstum des Genossenschaftswesens ab.

Die gefährlichste Krankheit ist im Augenblick die Vermengung

der Funktionen der verschiedenartigen Genossenschaften (der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft, der Verbraucher- und der Gewerbe-genossenschaft). In Zukunft muß eine strenge Abgrenzung ihrer Funktionen, besonders zwischen der Verbrauchergenossenschaft und der landwirtschaftlichen Genossenschaft, gesichert werden, wobei die landwirtschaftliche Genossenschaft sich auf keinen Fall mit der Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des persönlichen Bedarfs befassen soll.

Eine solche Abgrenzung der Funktionen ist die Grundbedingung für die Schaffung eines stabilen, einheitlichen, primären Netzes der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaft. Dieses einheitliche Netz, das im Gesamtsystem der landwirtschaftlichen Genossenschaft verbleibt, soll sowohl Kredit und Produktionsfunktionen als auch Vermittlungsoperationen beim Absatz und bei der Versorgung in sich vereinigen. Die Mittel, die direkt für den Kredit bestimmt sind, dürfen auf keinen Fall für irgendwelche anderen Operationen verwendet werden, auch dürfen sie weder in den einzelnen Verbänden der Genossenschaften noch in den Unionsvereinigungen als Bürgschaft für Kreditkapitalien verwendet werden, die für andere Arten der Genossenschaftstätigkeit bestimmt sind.

Im Zusammenhang hiermit sind neue Statuten der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auszuarbeiten.

Partei und Staat müssen die Arbeit der Genossenschaftsorgane verbessern, den Genossenschaften und der den Genossenschaften angehörenden Bevölkerung alle möglichen Vergünstigungen gewähren und dadurch erreichen, daß immer größere Massen der Bevölkerung in die Genossenschaften eintreten. Diese Vergünstigungen für die in Genossenschaften organisierte Bevölkerung dürfen keinesfalls unter Verwendung von solchen staatlichen Mitteln gewährt werden, die zur Unterstützung der gesamten bäuerlichen Bevölkerung bestimmt sind. Wenn allgemeine staatliche Maßnahmen im Einverständnis mit den Genossenschaften über die Genossenschaftsorgane durchgeführt werden, sind Bedingungen zu schaffen, die garantieren, daß auch die Bedürfnisse des nicht in Genossenschaften organisierten Teiles der Bevölkerung von den Genossenschaften berücksichtigt werden.

Grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung der Genossenschaften und die Heranziehung der breiten Massen der Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an den Genossenschaften muß sein, sie so zu organisieren, daß die Wahlfreiheit, die Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der gewählten Organe gegenüber den Wählern vollkommen gesichert ist. Die Partei- und Sowjetorgane in den einzelnen Orten dürfen keine administrative Einmischung in die Genossenschaftsarbeit dulden und haben für die genaue Einhaltung der Genossenschaftsstatuten Sorge zu tragen.

Die Parteiorganisationen dürfen auf keinen Fall vergessen, daß die Genossenschaftsbewegung auf dem Lande für die Erziehung der Landbevölkerung dieselbe Rolle spielen muß, die die Gewerkschaft für die Erziehung der parteilosen Arbeitermassen spielt.

Von seiten der örtlichen Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorgane sollen den Genossenschaften auf keinen Fall Aufgaben, Pflichten oder Aufgaben übertragen werden, die nicht unmittelbar mit der Genossenschaftsarbeit verbunden sind und die die Statuten der Genossenschaft verletzen.

Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften müssen der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits, des Absatzes, der Versorgung und der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten besondere Aufmerksamkeit widmen. Denn gerade hierdurch können sie zu einer wirklichen, direkten Vergenossenschaftung der breiten Schichten der Bauernschaft gelangen. Daneben sollen die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften die halbruinierten pferdlosen Bauern unterstützen und ihnen auf die Beine helfen, insbesondere durch die Organisierung von Arteln, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Kolchosen, Kommunen und sonstigen Formen der kollektiven Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit und Produktion.

Die weitgehende Heranziehung der bäuerlichen Ersparnisse durch die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften ist die Grundbedingung für die Versorgung der Bauernwirtschaften mit Geld- und Produktionskredit und für eine der allgemeinen Wirtschaftspolitik entsprechende Ausnutzung der sich in der bäuerlichen Wirtschaft ansammelnden Mittel.

Die Entwicklung der Produktivkräfte des Dorfes ist aufs engste mit der Entwicklung des Heim- und Wandergewerbes verbunden, das in einigen Bezirken eine bedeutende Einkommensquelle der bäuerlichen Bevölkerung darstellt. Daraus ergibt sich die gewaltige Bedeutung, die den Heimgewerbe-genossenschaften zukommt.

Die Aufgaben, die vor den Genossenschaften stehen, können von ihnen nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn die Partei in größerem Maße als bisher die für den Aufbau der Genossenschaften erforderlichen Kräfte zur Verfügung stellt.

Die Parteiorganisationen sollen häufige Versetzungen von Funktionären sowohl innerhalb der Genossenschaftsbewegung als auch vom Gebiet des Genossenschaftsaufbaus zu anderen Arbeiten vermeiden.

Die Parteiorganisationen müssen bei der Auswahl von Parteimitgliedern für die Arbeit in den Genossenschaften besonders aufmerksam sein und mit aller Entschlossenheit gegen jegliche, von welcher Seite auch immer unternommenen Versuche ankämpfen, die Genossenschaften dazu auszunutzen, ihnen vorübergehend Genossen zu schicken, die sich nicht mit der organischen Arbeit in diesen Genossenschaften beschäftigen.

Für die Regelung der genossenschaftlichen Arbeit und die Festigung des Vertrauens der breiten Massen der Bevölkerung zur Genossenschaft gewinnt der Kampf gegen Mißbrauch, Veruntreuung und Mißwirtschaft in den Genossenschaftsorganen gegenwärtig besondere Bedeutung.

Die Partei und die Genossenschaftsorgane müssen danach streben, ständige, sowohl der Partei angehörende als auch parteilose Kader für die sowjetischen Genossenschaften zu schaffen, die die allgemeinen Aufgaben der Sowjetmacht verstehen und den fachlichen Anforderungen der Genossenschaftsarbeit vollständig gewachsen sind. Bei der Bildung neuer Kader für die Genossenschaften soll die Heranziehung der Frauen zur Genossenschaftsarbeit eine bedeutende Rolle spielen.

Über die landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften

Von den Maßnahmen, die die Entwicklung und Rationalisierung der bäuerlichen Wirtschaft und die verstärkte Teilnahme der Bauern am wirtschaftlichen Aufbau zum Ziel haben, muß die organisatorisch-wirtschaftliche Festigung und Entwicklung der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften den ersten Platz einnehmen.

1. Erstrangige Aufgaben der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften sind folgende:

- a) Organisierung des Genossenschaftskredits;
- b) Organisierung der Verarbeitung und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf der Grundlage der sich entwickelnden Warenproduktion des Dorfes;
- c) Entwicklung aller möglichen Formen der kollektiven Landwirtschaft: aller Art von Kolchosen, Kommunen usw.;
- d) Versorgung der breiten bäuerlichen Massen mit Produktionsmitteln.

Durch die Organisierung des landwirtschaftlichen Kredits, der Versorgung, der Verarbeitung und des Absatzes können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der Sowjetstaat in starkem Maße auf die Produktionsprozesse der verstreuten bäuerlichen Einzelwirtschaften einwirken kann.

Die landwirtschaftliche Genossenschaft soll sich einerseits in der Richtung spezieller landwirtschaftlicher Genossenschaften und andererseits in der Richtung landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften entwickeln.

Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften bilden in ihrer Kreditstätigkeit das primäre Netz des Gesamtsystems der Organisation des Landwirtschaftskredits (mit der Zentralen Landwirtschaftsbank an der Spitze), aber auf Grund ihrer Absatz-, Versorgungs- und Produktionsarbeit sowie entsprechend ihrer genossenschaftlichen Anleitung gehören sie zum System der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die früher angenommenen Parteidirektiven in bezug auf die allseitige Unterstützung und Festigung der unteren Genossenschaften bleiben vollständig in Kraft. Man muß jedoch gegen die schädlichen Abweichungen ankämpfen, die in der Ignorierung der Unionsvereinigungen zum Ausdruck kommen können.

Es ist notwendig, die Einbeziehung der Aktivsten, Fortschrittlichsten aus der Bauernschaft in die wählbaren Organe der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften, besonders in die ihres unteren Netzes, mit allen Mitteln zu unterstützen. Die örtlichen Organe dürfen keine administrative Einmischung in die Tätigkeit der Genossenschaften, insbesondere in bezug auf Umstellung, Zusammenschluß zu Rayons, Zusammenlegung, Ausscheidung oder Teilung zulassen und keine im Gesetz über das Genossenschaftswesen nicht vorgesehene Begrenzung seiner Funktion.

2. Die Praxis der Schaffung spezieller landwirtschaftlicher Produktions- und Absatzgenossenschaftsvereinigungen hat sich bewährt und muß weitergeführt und vertieft werden. Die Spezialisierung der unteren Genossenschaften und des örtlichen Unionsnetzes ist jedoch mit äußerster Vorsicht zu betreiben, und dabei sind die Stärke des Netzes und die ökonomischen Besonderheiten des Rayons zu berücksichtigen, damit nicht das System als Ganzes geschwächt wird.

3. Der Grundtyp der primären Kreditvereinigungen bäuerlicher Wirtschaften soll die landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft mit Vermittlungsfunktion sein. Die Haupttätigkeit dieser Genossenschaften soll auf die Heranziehung der bäuerlichen Ersparnisse in Form von Einlagen und auf Kreditoperationen gerichtet sein.

Vermittlungsoperationen im Handel können von der Genossenschaft nur im Auftrag ihrer Mitglieder ausgeführt werden. Handels- und Produktionsoperationen auf eigene Rechnung können nur bei Vorhandensein spezieller Kapitalien ausgeführt werden. Nur eine solche Genossenschaft kann Depositoperationen ohne Risiko für die Deponenten durchführen. Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften dürfen auf keinen Fall Handel mit Konsumwaren treiben.

4. Der Kollektivierung der Landwirtschaft muß größere Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Die Organisation von Kolcho-

sen jeglicher Art (Genossenschaften, Artels und Kommunen) soll die Entwicklung ihrer Warenproduktion gewährleisten und sich auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung aufbauen. Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit auf die verstärkte Kreditgewährung für Kollektivwirtschaften und auf die Regelung des Absatzes ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu richten. Die Organe für die rationelle Ausnutzung der Anbaufläche sollen durch ihre Arbeit in erster Linie die Bedürfnisse des Teiles der Bauernschaft befriedigen, der zu kollektiven Formen der Wirtschaftsführung übergeht.

Besondere Bedeutung kommt der Hebung der Technik der Kollektivwirtschaften zu. Zu diesem Zweck ist ihre Versorgung mit lebendem und totem Inventar zu verbessern.

5. Innerhalb des Systems der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften sind unbedingt eine Reihe Maßnahmen zu ihrer Gesundung durchzuführen:

- a) Die vollkommene Abgrenzung der Funktionen zwischen der Konsum- und der landwirtschaftlichen Genossenschaft ist zu verwirklichen.
- b) Für den Anfang ist die wirtschaftliche Tätigkeit auf einige wenige Zweige zu konzentrieren und unbedingt nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung und in Übereinstimmung mit den realen Mitteln durchzuführen.
- c) Eine wirkliche Rentabilität aller Arbeiten insgesamt ist zu sichern.
- d) Eine weitere Senkung der Spesen, besonders im unteren Genossenschaftsnetz, ist durchzuführen, indem man sich überall dort, wo es möglich ist, auf ein bezahltes Leitungsmitglied beschränkt.
- e) Es sind die Grundlagen für eine äußerst strenge Kreditdisziplin zu schaffen.
- f) Das Prinzip der Verantwortlichkeit einer jeden genossenschaftlichen Organisation für alle von ihr übernommenen Verpflichtungen, unabhängig vom Wechsel der Leitungsorgane, ist ganz kategorisch zu verwirklichen.
- g) Die Organisations-, Instrukteur- und Revisionsarbeit der

Unionsvereinigungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zu verstärken.

6. Die Aufgabe, die Mittel der Bevölkerung selbst in die Anteil- und anderen Kapitalien der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften einzubeziehen, muß in ihrem ganzen Umfang gestellt werden. In der Praxis der genossenschaftlichen Tätigkeit soll die gesetzlich garantierte Schweigepflicht über Einlagen streng gesichert sein. Das Anwachsen der genossenschaftlichen Kapitalien aus dem Gewinn ist zu gewährleisten. Die unteren Genossenschaften sollen es sich zur Aufgabe machen zu erreichen, daß die Bauernschaft ihrer Genossenschaft Kredit gewährt, indem sie Produkte ihrer Wirtschaft zwecks Realisierung auf Kredit übergibt und Anzahlungen auf von ihr bestellte Versorgungsgegenstände leistet. Es ist ein besonderes Gesetz zu erlassen, welches die volle Garantie gibt, daß die zur Kredithilfe für die Bevölkerung bestimmten Mittel, die sowohl aus den Mitteln des Landwirtschaftskredits als auch aus den Mitgliedsbeiträgen und Einlagen der Bevölkerung gebildet werden, von der Haftpflicht für irgendwelche Verpflichtungen der Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderer Organisationen sowie auch für vermittelnde Operationen der Kreditgenossenschaften, außer in solchen Fällen, wo aus diesen Mitteln ein spezieller Anteil für die Beteiligung an einem Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften gebildet wird, vollkommen befreit werden.

7. Für die schnellste Organisierung eigener Mittel der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften ist unter den bestehenden Verhältnissen eine richtig aufgebaute Finanzhilfe von Seiten des Staates notwendig, die entsprechend der Einbeziehung von Mitteln aus der Bevölkerung selbst verwirklicht wird. Die Verstärkung der Kapitalien der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften soll in Form der Ausschreibung langfristiger Anleihen zum Grundkapital sowohl aus zentralen wie auch örtlichen Mitteln auf der Grundlage von Verträgen, die die Bedingungen zur Tilgung dieser Anleihen bestimmen, durchgeführt werden. Die Kreditgewährung an landwirtschaftliche Genossenschaften von Seiten der Banken und der staatlichen Industrie soll auf der Meistbegünstigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der vollen Ausnutzung

ihner organisatorischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten begründet sein.

8. Bei einer Reihe staatlicher Maßnahmen zur Entwicklung und Festigung des Landwirtschaftskredits spielen die zentrale und die örtlichen Landwirtschaftsbanken und die Gesellschaften für Landwirtschaftskredit eine besonders wichtige Rolle. Es ist notwendig, daß die Zentrale Landwirtschaftsbank und die örtlichen Landwirtschaftsbanken sowie die Gesellschaften für Landwirtschaftskredit ihre Arbeit in voller Übereinstimmung mit den Landwirtschaftsorganen und dem System der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften durchführen und sowohl das untere als auch das Unionsgenossenschaftsnetz festigen.

9. Die Kreditfähigkeit der Zentralen Landwirtschaftsbank, der örtlichen Landwirtschaftsbanken und der Gesellschaften für Landwirtschaftskredite soll sich unmittelbar auf das untere Netz der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften stützen. Die Kreditgewährung der unteren Genossenschaften soll nach den gewöhnlichen Bankbestimmungen vorgenommen werden, wobei man sich sowohl von der Zweckmäßigkeit der Gewährung von Kredit als auch von seiner Verbilligung leiten lassen soll. Gesellschaften für Landwirtschaftskredit sollen in keinem kleineren Maßstab geschaffen werden als jeweils für ein Gebiet, ein Gouvernement (auch einen großen Bezirk). In ihrer Tätigkeit können sie sich sowohl auf ihre Abteilungen oder Vertretungen als auch auf die Rayonverbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften stützen.

10. Die Organe der staatlichen Industrie und des staatlichen Handels sollen sich des Systems der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Erfassung der Rohstoffe und der Realisierung von Industriewaren, die für die landwirtschaftliche Produktion notwendig sind, vollkommen auf vertraglicher Grundlage bedienen. Die staatlichen Organe zur Regulierung des Handels und der Industrie müssen in bezug auf die Genossenschaften Direktiven vermeiden, die für die Genossenschaften Verlustgeschäfte nach sich ziehen.

11. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen das ihnen durch das Gesetz über das Außenhandelsmonopol zuerkannte Recht des selbständigen Auftretens auf dem Außenhandelsmarkt dazu aus-

nutzen, um in möglichst hohem Grade die unteren Genossenschaften und die zu Genossenschaften zusammengeschlossene Masse der Bauernschaft an der Entwicklung des Außenhandels zu interessieren.

Über die Gewerbe-Genossenschaften

I.

Heimindustrie, Gewerbe und Handwerk sind noch von außerordentlich großer Bedeutung in der gesamten Wirtschaft der UdSSR und werden es noch lange sein. Die Entwicklung der Heimindustrie und des Gewerbes, die den inneren (den bäuerlichen und städtischen) Markt versorgen, unterstützen einerseits die staatliche Großindustrie durch Herstellung und Bearbeitung von Halbfabrikaten und sind andererseits ein Mittel zur Ausnutzung der überschüssigen Arbeitskräfte des Dorfes und in einigen Rayons die Haupteinnahmequellen der Bauernschaft.

Aus diesem Grunde haben Partei und Staat den Fragen der Heimindustrie und der Vergenossenschaftung der Heimarbeiter und der Gewerbetreibenden größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Die Aufgabe der Vergenossenschaftung kann nur unter der Bedingung erfolgreich gelöst werden, daß die Heimarbeiter- und Gewerbe-Genossenschaften den Heimarbeiter mit Arbeit versorgen, seinen Verdienst und die Produktionsverhältnisse seiner Arbeit verbessern.

II.

Angesichts dessen ist auf rechtllichem Gebiet folgendes dringend notwendig:

1) Man muß aufhören, die werktätigen Heimarbeiter und Gewerbetreibenden zu den nichtwerktätigen Elementen zu zählen;

2) man muß ihnen die Möglichkeit der faktischen Ausübung ihres Wahlrechts sichern;

3) man muß sie in die Arbeit der Sowjetorgane und Organe des sowjetischen öffentlichen Lebens einbeziehen;

4) man muß werktätigen Heimarbeitern, die zeitweilig die Verbindung mit der Produktion verloren haben, das Recht erhalten,

Mitglied der Gewerkschaft zu sein.

III.

Auf organisatorischem Gebiet ist die Beseitigung der Mängel in den bestehenden Gewerbege nossenschaftsvereinigungen in folgender Richtung notwendig:

1) Es sind genaue Formen der Wechselbeziehungen und der organisatorischen Verbindung zwischen den einzelnen Gliedern der Gewerbege nossenschaften festzulegen.

2) Die bestehenden sowohl gemischten als auch rein gewerblichen ge nossenschaftlichen Unionsorganisationen sind von dem Standpunkt aus zu überprüfen, wie weit sie tatsächlich die Bedürfnisse der gewerbetreibenden Bevölkerung befriedigen.

3) In bezug auf das untere Netz sind einfachste Formen der Massenvereinigung von Heimarbeitern und Einzelgewerbetreibenden zu organisieren und ist gleichzeitig gegen das Entstehen von Pseudoge nossenschaften anzukämpfen.

4) In die Arbeit der Gewerbege nossenschaften sind alle ihre Mitglieder in allen ihren Gliederungen auf der Grundlage der Freiwilligkeit, der Selbständigkeit und strengen Beachtung der Statuten zur aktiven Betätigung heranzuziehen.

5) Die Peripherie ist an dem aus den Operationen erzielten Gewinn zu beteiligen, und die materielle Interessiertheit der Mitglieder an der Arbeit der Gewerbege nossenschaften ist zu verstärken.

6) Die ge nossenschaftliche Arbeit ist in erster Linie auf die wichtigsten Zweige der Heimindustrie zu konzentrieren.

7) Das Prinzip der strengen wirtschaftlichen Rechnungsführung ist konsequent durchzuführen.

8) Die Unkosten sind mit allen Mitteln zu senken.

9) Die Anleitung und die organisatorische Betreuung der unteren Gliederungen der Gewerbege nossenschaften ist zu verstärken.

10) Das Prinzip der vollen Verantwortlichkeit einer jeden ge nossenschaftlichen Organisation für die von ihr übernommenen

Verpflichtungen ist streng durchzuführen.

11) Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, die Heimarbeiterinnen zu Ge nossenschaften zusammenzuschließen.

IV.

Zur Gesundung der Finanzlage der Gewerbege nossenschaften ist außer der Verstärkung der eigenen Mittel der Gewerbege nossenschaft notwendig, daß:

1) von seiten des Staates auf dem Wege über den Staatshaushalt und Kredite spezielle Mittel zur Unterstützung und Entwicklung der Gewerbe in Übereinstimmung mit der Bedeutung dieser Zweige in der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt werden,

2) die Kreditgewährung an Gewerbege nossenschaften durch Banken entsprechend der jeweiligen Saison, der Umschlagsgeschwindigkeit und der anderen Besonderheiten eines jeden Gewerbes ist zu verstärken,

3) den Gewerbege nossenschaftsvereinigungen durch die staatlichen Organe Rohstoffe oder Halbfabrikate auf Kredit geliefert wird.

V.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Maßnahmen müssen folgende durchgeführt werden:

1) Maßnahmen zur Gewährung von Steuervergünstigungen für werktätige Heimarbeiter und Handwerker des Dorfes und der Stadt.

2) Maßnahmen, die zur Hebung der Warenproduktion der Heimindustrie und der Gewerbe beitragen und insbesondere Förderung des Exports von Erzeugnissen der Heimindustrie und des Gewerbes sowie Unterstützung der Versorgung der Heimarbeiter mit Werkzeugen und Produktionsmitteln für die Heimarbeit sowohl von seiten der staatlichen Industrie der Union als auch durch den Import;

3) eine Preispolitik, die auf die Verbilligung der Erzeugnisse der Heimindustrie und des Gewerbes gerichtet ist, sich aber nicht schädlich auf den normalen Verdienst des Heimarbeiters und Gewerbetreibenden auswirkt;

- 4) Akkumulation eigener Mittel und Erweiterung und Festigung der Grundkapitalien der Gewerbegenossenschaften;
- 5) Förderung der Entwicklung der Arbeitskredite, die Heimarbeiter ihren Vereinigungen gewähren;
- 6) bei den Holzgenossenschaften insbesondere ist ihre Gleichstellung mit den Holztrusts bezüglich des Rechtes auf Zuweisung von Holzeinschlägen und eine Überprüfung des Stubbenfeldes und des Tarifes für Holzerzeugnisse durchzuführen.

VI.

Es ist eine enge Koordinierung der Gewerbegenossenschaften mit der staatlichen Industrie notwendig. Die Organe der Industrie und des staatlichen Handels müssen in ihren Beziehungen zum Heimarbeiter von der Notwendigkeit ausgehen, die Entwicklung der Heimgewerbe zu unterstützen und dürfen keine ruinierenden Geschäfte in bezug auf den Heimarbeiter dulden. Insbesondere sind folgende Maßnahmen systematisch durchzuführen:

- 1) Erteilung von Aufträgen an die Gewerbegenossenschaften über Erzeugnisse, die für die staatliche Industrie und die staatlichen Handelsorgane notwendig sind;
- 2) Ausnutzung der Gewerbegenossenschaften von seiten der staatlichen Industrie für die Bearbeitung und Fertigstellung ihrer Produktion;
- 3) in die Pläne der staatlichen Industrie sind Versorgungsprogramme für die Heimindustrie und die Gewerbe aufzunehmen;
- 4) stillliegende Industriebetriebe sind vorzugsweise an die Heimarbeiterorganisationen zu verpachten.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Heimindustrie und dem Gewerbe in den nationalen Republiken und in den Randgebieten der Union zu widmen.

Über die Verbrauchergenossenschaften

1. Das vergangene Jahr hat bestätigt, daß es richtig war, die Verbrauchergenossenschaften auf die freiwillige Mitgliedschaft umzustellen. Auf dieser Grundlage haben die Genossenschaften bedeu-

tende positive Ergebnisse erzielt.

Augenblicklich ist die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die qualitative Verbesserung der Genossenschaften, auf die Festigung des bestehenden Genossenschaftsnetzes, die Vertiefung seiner Arbeit, die aktivere Heranziehung der in den Genossenschaften organisierten Bevölkerung zur Arbeit der Verbrauchervereinigungen und auf die weitere wirtschaftliche und finanzielle Gesundung der Verbrauchergenossenschaften zu richten.

2. Da die Verbrauchergenossenschaften auch in Zukunft als grundlegendes, hauptsächliches Glied in der warenbewegenden Kette anzusehen sind, muß die staatliche Industrie ihre Waren in erster Linie über die Verbrauchergenossenschaften bewegen, während sie sich des Privatkapitals in dem Maße bedient, wie die Genossenschaften nicht imstande sind, den gesamten Warenlauf zu übernehmen. Den Genossenschaften sind günstigere Kredit- und Verrechnungsbedingungen als dem Privatkapital zu sichern.

3. Das Warensortiment des genossenschaftlichen Handels muß in völlige Übereinstimmung mit dem Bedarf der breiten Massen der Bevölkerung gebracht werden. Zu diesem Zweck hat die staatliche Industrie in der nächsten Zeit das System des Zwangssortiments zu beseitigen. Bis zur völligen Abschaffung dieses Systems sind die Verbrauchergenossenschaften neben dem staatlichen Handel in bezug auf das Warensortiment in erster Linie zu berücksichtigen.

Um die bestmögliche Versorgung der Genossenschaftsmitglieder und eine Belebung der genossenschaftlichen Tätigkeit zu erreichen, ist es notwendig, zur Festlegung des Warensortiments im genossenschaftlichen Handel die in Genossenschaften organisierte Bevölkerung unmittelbar heranzuziehen.

4. Die Hauptaufgabe der Verbrauchergenossenschaften - die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Umsatzes - kann nur verwirklicht werden, wenn der genossenschaftliche Handel auf der Grundlage der Verlustlosigkeit und der vollen Garantie für die Rückzahlung der Kredite betrieben wird, welche die Genossenschaft erhält.

5. Gleichzeitig soll die Genossenschaft die Waren zu Preisen

verkaufen, die zur Senkung der durchschnittlichen Marktpreise beitragen und für die größtmögliche Verringerung der Spanne zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen kämpfen.

6. Daß der genossenschaftliche Handel bei gleichzeitiger Senkung der Marktpreise ohne Verlust arbeitet, kann vor allem durch die Senkung der Unkosten erreicht werden, die immer noch zu hoch sind und weiter herabgesetzt werden müssen.

Alle Organe der Genossenschaften müssen sofort praktische Maßnahmen ausarbeiten und durchführen, die auf eine möglichst umfangreiche und schnelle Senkung der Unkosten gerichtet sind. Insbesondere soll die Zahl der bezahlten Leitungsmitglieder im unteren Netz der Verbrauchergenossenschaft bis auf ein Minimum gesenkt und überall, wo es möglich ist, auf einen bezahlten Funktionär beschränkt werden.

7. Die gewählten Organe der Verbrauchergenossenschaften sollen gegenüber ihren Wählern streng rechenschaftspflichtig und verantwortlich sein. Um zu ermöglichen, daß die Arbeit auf die Grundlage der vollen Verantwortung für sie gestellt wird und um das Vertrauen der Bevölkerung zu erringen, sollen die gewählten Organe ihre Vollmachten für die in den Statuten festgelegte Zeit behalten.

8. Im gesamten System der Verbrauchergenossenschaften ist das Prinzip durchzuführen, daß sie vorzugsweise für ihre Mitglieder arbeiten. Eine der grundlegenden Aufgaben der Verbrauchergenossenschaften muß es daher sein, den Bedarf der Mitglieder zu ermitteln, um ihn möglichst vollständig zu decken und ihnen wirkliche materielle Vorteile zu gewähren.

9. Bei der allseitigen Unterstützung und Festigung des unteren Netzes der Verbrauchergenossenschaften entsprechend den Direktiven der Partei ist gleichzeitig die schädliche Abweichung zu bekämpfen, daß die Unionsvereinigungen ignoriert werden, und deren organisatorische, anleitende und Revisionsfunktionen sind zu verstärken.

10. Die Verbrauchergenossenschaften haben gegenwärtig eine erhebliche Verbesserung im Sinne der Beschleunigung des Umschlages erreicht. In Zukunft ist anzustreben, daß das erreichte Tempo des genossenschaftlichen Umschlages in den Gebieten, wo die Aufgabe der Beschleunigung des Umschlages hinreichend gelöst ist, auf

demselben Stande gehalten wird und die in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Gebiete auf den gleichen Stand gebracht werden.

11. Im Kampf gegen die schädlichen Folgen der unsystematischen Kreditgewährung an die Verbraucher, die einerseits zur Untergrabung des Genossenschaftswesens führt und andererseits die Anteilzahler in eine äußerst schwierige Lage versetzen, sind die entschiedensten Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere ist der Mißbrauch von Krediten durch verantwortliche (gewählte und bezahlte) Mitarbeiter der Genossenschaften, der Sowjets usw. auszurotten. Im allgemeinen ist es jedoch als zulässig anzusehen, Kredit an Genossenschaftsmitglieder sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu geben, besonders um gegen den Warenkredit von seiten privater Händler anzukämpfen, der für die Arbeiter und Bauern durchweg knechtenden Charakter hat. Die Praxis der Kreditgewährung an einzelne Arbeiter und Bauern auf freiwilliger Grundlage ist fortzusetzen und dabei die Aufgabe zu stellen, den Kredit in dem Sinne zu regeln, daß seine Rückzahlung gewährleistet ist und daß der Kredit in bezug auf Sortiment, Höhe und Fristen beschränkt wird.

12. Der Verbrauchergenossenschaft ist ein größerer Anteil am Import von Waren mit Verbrauchscharakter zu gewähren.

13. Zur Festigung der finanziellen Lage der Genossenschaften ist es vor allem erforderlich, in stärkerem Maße die Mittel der Bevölkerung selbst sowie Anteil- und zweckgebende Beiträge für die Genossenschaften heranzuziehen als auch das akkumulierte genossenschaftliche Kapital.

14. Da jedoch anerkannt wird, daß der wachsende Warenumsatz eine schnellere Vergrößerung des Handelskapitals der Genossenschaften erforderlich macht und daß die Genossenschaften dieses allein mit eigenen Mitteln in der nächsten Zeit nicht erreichen können, muß das Grund- und Umsatzkapital der unteren Genossenschaften durch Bewilligung von langfristigen Darlehen für diesen Zweck aus dem Staatshaushalt erhöht werden. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Kreditgewährung seitens der Kredit- und Handelsorganisationen entsprechend der Höhe der Umsätze und der eigenen Mittel der Genossenschaften erforderlich.

15. Die Fristen und Bedingungen der Kredite sind mit den Wa-

in diesem Jahr zu vermeiden, sind alle notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung der für den Transport arbeitenden Werke zu ergreifen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Bestätigung des Planes über die Metallversorgung des Transportes für das nächste Jahr zu beschleunigen.

3. Es ist notwendig, eine Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung und Unterstützung der Heimindustrie im allgemeinen und der metallverarbeitenden Heimindustrie im besonderen zu ergreifen und zu entwickeln, und zwar auf dem Gebiete ihrer Versorgung mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Werkzeugmaschinen, des Absatzes ihrer Erzeugnisse, der Organisation der Lager, des Kredits, der Förderung der Vergenossenschaftung und der Regelung ihrer Beziehungen zu den Industrierwerken. Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR muß zur Leitung dieser Arbeit ein starkes und autoritatives Organ innerhalb seines Apparates haben und in voller Übereinstimmung mit den Gewerbetenossenschaften arbeiten.

4. Der Zustand, daß eine Reihe von Trusts bei einer so bedeutenden Erweiterung der Produktion mit Verlust arbeitet, ist im Jahre 1924/25 zu beseitigen; das ist nicht nur den Organen des Obersten Volkswirtschaftsrates, sondern auch den Partei- und Gewerkschaftsorganen zur unbedingten Aufgabe zu stellen.

5. Die Senkung der Selbstkosten bei einer Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse stellt auch weiterhin die Hauptaufgabe der Metallindustrie dar. Nach diesem Gesichtspunkt sind sowohl die Leiter der Hauptverwaltung Metall und die Leiter der Trusts als auch die Betriebe zu beurteilen.

6. Auf dem Gebiete des Arbeitslohnes und der Steigerung der Arbeitsproduktivität sind alle Maßnahmen zu ergreifen, wobei die bewilligten Mittel als auch der vorhandene Elan der Arbeiter auszunutzen sind für eine erfolgreichere Durchführung der Kampagne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels verbesserter Organisation der Produktion, Einführung technischer Vervollkommnung, Ersetzung abgenutzter Ausrüstungen durch neue, Mechanisierung der Produktion, besonders der Hilfsarbeit und der Beförderung und der strikten Durchführung der Spezialisierung usw. usf. sowie auch durch systematische und ständige Erhöhung des Arbeitslohnes

in den zurückgebliebenen Wirtschaftszweigen und Rayons, in erster Linie auf der Grundlage der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

7. Als die wichtigste Aufgabe in bezug auf das technische Personal ist die Lösung folgender Fragen zu betrachten: Hebung der Qualifikation auf das Niveau des Auslands, zahlenmäßige Verstärkung der Kader, Koordinierung der Ausbildung mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat und der Industrie, Verbesserung und Regelung seiner Arbeitsbedingungen und seiner Stellung im gesamten System der Lenkung und Leitung der Industrie.

8. Auf dem Gebiete des Baues von Arbeiterwohnungen ist aufmerksam über die vollständige Erfüllung des vorgesehenen Programms zu wachen, wobei die Trusts und Werkleitungen die Verantwortung tragen, damit die bewilligten Mittel nicht unwirtschaftlich verausgabt werden und damit sie den größtmöglichen Effekt erzielen. Sowohl auf der Wirtschafts- als auch auf der Partei- und Gewerkschaftslinie ist die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß auf dem Gebiete des Bauwesens bisher die größte Mißwirtschaft und Unordnung herrscht.

9. Der Kampf gegen die unerhört hohen Kleinhandelsaufschläge auf Metallerzeugnisse und die Verbesserung der Apparate, die das Metall auf das Land leiten, ist als die wichtigste Aufgabe anzusehen. Dabei sind die Lager zu spezialisieren, der Weg der Erzeugnisse vom Werk zum Verbraucher ist zu verkürzen, und die Erzeugnisse sind dem Bedarf des bäuerlichen Marktes anzupassen. Mit dieser Aufgabe müssen der Oberste Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für Binnenhandel und die Genossenschaften beauftragt werden.

10. Auf dem Gebiete des Perspektivplanes der Metallindustrie ist es notwendig, noch in diesem Jahr einen Dreijahrplan für den Bau neuer Metallbetriebe und für die Organisation dieser Bauten unter Angabe der Rayons, wo sie errichtet werden sollen, auszuarbeiten und als vorläufige Richtlinien zu bestätigen. Es ist notwendig, den Bau neuer Werke der Metallindustrie als erstrangige Aufgabe anzuerkennen.

Über die revolutionäre Gesetzmäßigkeit

Die Konferenz erkennt an, daß im Interesse der Festigung des

proletarischen Staates und des weiteren Wachstums des Vertrauens der breiten Bauernmassen zu ihm im Zusammenhang mit der jetzt von der Partei durchgeführten Politik die stärkste Festigung der revolutionären Gesetzlichkeit, insbesondere in den unteren Machtorganen, erforderlich ist und beschließt deshalb:

a) Die Initiative der Zentralen Kontrollkommission, die diese Aufgabe als eine der gegenwärtig vor der Sowjetmacht stehenden Hauptaufgabe gestellt hat, wird gebilligt;

b) Das ZK und die ZKK werden beauftragt, auf der Grundlage der Hinweise Lenins, die er in dem am 23. April dieses Jahres veröffentlichten Brief gegeben hat, sowie auf der Grundlage des Berichtes von Sol'c alle notwendigen organisatorischen Maßnahmen für die Festigung der revolutionären Gesetzlichkeit auszuarbeiten. Durchzuführen sind diese Maßnahmen durch die Sowjets.

Über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Die Thesen des ZK der KPR(B) über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des EKKI werden gebilligt. Die Konferenz schließt sich den Beschlüssen des erweiterten Plenums des EKKI vollkommen an und billigt das Verhalten der Delegation der KPR(B) auf diesem Plenum.

Auf der XIV. Parteikonferenz der KPR(B) angenommene Thesen über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B) im Zusammenhang mit dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern

1. Die Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees der Komintern hatte sowohl auf Grund der Zusammensetzung der Teilnehmer als auch nach der Wichtigkeit der erörterten Fragen die Bedeutung eines Kongresses.

Die wichtigsten Dokumente, die von der letzten Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees der Komintern diskutiert und ange-

nommen wurden, sind folgende:

a) Thesen über die Bolschewisierung, die vom Standpunkt des Leninismus die vom V. Kongreß aufgestellte allgemeine Losung der Bolschewisierung unter den gegebenen Verhältnissen für eine Reihe Länder konkretisierten.

b) Thesen über die Bauernschaft, in denen theoretisch und politisch die Ansichten der Komintern über die Rolle der Bauernschaft in der gegenwärtigen Periode entwickelt wurden - ohne deren (der Ansichten) praktische Anwendung keine echte Bolschewisierung möglich ist.

c) Resolutionen über die Lage in einzelnen besonders wichtigen Sektionen der Komintern (Amerika, Italien, Tschechoslowakei usw.), besonders über die liquidatorische Abweichung in der tschechoslowakischen Partei usw.

d) Resolution, die die Gruppe Brandler, Radek und Thalheimer als rechte Gruppierung innerhalb der Komintern verurteilt.

2. Die wichtigsten Themen, die im Zusammenhang mit den Arbeiten des erweiterten EKKI gestellt wurden, sind folgende Fragen:

a) Die in gewissen Grenzen vom EKKI anerkannte "Stabilisierung" des Kapitalismus und

b) das weitere Schicksal der UdSSR im Zusammenhang mit der Verzögerung der internationalen Revolution.

Genauso wurde die Frage in der gesamten internationalen kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse gestellt. So wird sie auch in den breiten Kreisen unserer eigenen Partei und unseres Landes gestellt werden.

3. "Die Revolution kann und wird wahrscheinlich sich in langjährigen Kämpfen vollziehen, sie wird einige Perioden des Ansturms kennen, die von konterrevolutionären Zuckungen der bürgerlichen Ordnung unterbrochen sein werden", (Lenin "Über eine Broschüre P.B. Axelrods")¹⁾

1) Lenin: Werke, Bd. 21, S. 364-365 (russ.); deutsch: Lenin, Sämtl. Werke, Verlag für Literatur und Politik, Wien - Berlin 1929, S. 410

Diese vom Genossen Lenin schon im Jahre 1915 aufgestellte These wird jetzt vollkommen durch den Gang der Entwicklung der Weltrevolution bestätigt.

4. Es ist zu unterscheiden zwischen: a) der revolutionären Situation im allgemeinen, b) der unmittelbar-revolutionären Situation und c) der direkten Revolution. "Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt." Darauf hat Genosse Lenin schon 1915 hingewiesen. (Der Zusammenbruch der II.Internationale).¹⁾

Folgende Beispiele erläutern dies:

In Deutschland begann sich ungefähr 1914-1915 eine revolutionäre Situation herauszubilden. 1917-1918 entstand eine unmittelbar-revolutionäre Situation. Ende 1918 ging die unmittelbar-revolutionäre Situation in die Revolution über, die allerdings nicht die Form der siegreichen proletarischen Revolution, sondern die der bürgerlichen Revolution annahm. 1920-1923 trat an die Stelle der unmittelbar-revolutionären Situation die einfache revolutionäre Situation. 1923 war in Deutschland eine unmittelbar-revolutionäre Situation zu beobachten, die jedoch nicht in eine Revolution überging. 1925 gibt es in Deutschland keine unmittelbar-revolutionäre Situation, aber die allgemeine revolutionäre Situation bleibt bestehen.

In Rußland bildete sich 1901-1902 ganz deutlich eine revolutionäre Situation heraus. In den Jahren 1904-1905 hatten wir schon eine unmittelbar-revolutionäre Situation, die Ende 1905 in die direkte Revolution (die jedoch nicht siegte) überging. 1906-1907 hielt der Bolschewismus die Situation weiterhin für unmittelbar-revolutionär. Ungefähr seit 1908 bis 1915 war der Bolschewismus der Ansicht, daß in Rußland schon keine unmittelbar-revolutionäre Situation mehr bestand, daß aber die allgemeine revolutionäre Situation, die unbedingt mit der zweiten Revolution schwanger ging, vorhanden war. Von 1908-1911 stabilisierte sich die Selbstherrschaft scheinbar. Die Stolypinsche Agrarpolitik wurde von den Bolschewiki als "wei-

1) Lenin, Der Zusammenbruch der II.Internationale, KBML, Dietz Verlag, Berlin 1951, S.11

terer Schritt auf dem Wege der Umwandlung des Zarismus in eine bürgerliche Monarchie" charakterisiert, Nichtsdestoweniger blieb die allgemeine revolutionäre Situation bestehen. Und die Bolschewiki haben ihre gesamte Taktik auf der Voraussicht der zweiten Revolution aufgebaut. Ab 1916 begann sich erneut eine unmittelbar-revolutionäre Situation herauszubilden, die 1917 in die Revolution überging.

In Großbritannien beginnt offensichtlich erst jetzt die Entstehung einer allgemein-revolutionären Situation (eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die Lage in den Kolonien); es ist jedoch vollkommen klar, daß es in diesem Lande noch weit bis zur unmittelbar-revolutionären Situation ist.

Usw. usf.

In seiner Broschüre "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" hat Genosse Lenin im Jahre 1918 Kautsky "beim Wort genommen", der schon 1909 ("Der Weg zur Macht") und sogar 1902 ("Die soziale Revolution") eine objektiv revolutionäre Situation in Europa zugegeben hatte.

"Lange vor dem Kriege waren sich alle Marxisten, alle Sozialisten darin einig, daß ein europäischer Krieg eine revolutionäre Situation schaffen würde. Als Kautsky noch nicht Renegat war, hat er das klar und bestimmt anerkannt, sowohl 1902 ("Die soziale Revolution") als auch 1909 ("Der Weg zur Macht") ...

Die Erwartung einer revolutionären Situation in Europa war folglich keine Schwärmerei der Bolschewiki, sondern die allgemeine Ansicht aller Marxisten." So schrieb Genosse Lenin.¹⁾

In diesem Sinne ist auch heute erst recht eine allgemeine revolutionäre Situation im Weltmaßstab vorhanden, die noch dazu bei weitem bestimmter ausgeprägt ist:

a) die ökonomischen Widersprüche, die 1914-1918 zum ersten imperialistischen Kriege geführt haben, sind nicht gelöst und können nicht anders als durch die proletarische Weltrevolution gelöst werden; b) das bürgerliche Europa geht mit neuen imperia-

1) W.I.Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bd., Dietz Verlag, Berlin 1953, Bd.II, S. 467, 468

listischen Kriegen schwanger; c) gleichzeitig ist der Osten erwacht, und wir können heute mit einem gewissen Recht von einer objektiv revolutionären Situation nicht nur in Europa, sondern auch in Asien sprechen; d) die erste siegreiche proletarische Revolution hat sich auf einem Territorium gefestigt, das ein Sechstel der gesamten Erdkugel umfaßt; allein das Bestehen der UdSSR revolutioniert weiterhin die ganze Welt.

Mit seinen Beschlüssen hat das erweiterte Exekutivkomitee der Komintern nur gesagt, daß gegenwärtig keine unmittelbar-revolutionäre Situation in Europa (Deutschland) besteht. Die revolutionäre Situation im allgemeinen bleibt zweifellos bestehen.

5. Um vollkommen genau zu sein, müssen wir nicht von einer Stabilisierung, sondern von zwei Stabilisierungen sprechen. Neben der relativen Stabilisierung des Kapitalismus im bürgerlichen Europa geht ein zweifelloses Wachstum der staatlichen Industrie und eine Verstärkung der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft in der UdSSR vor sich. Hätten wir neben der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft kein Anwachsen der Wirtschaft in der UdSSR zu verzeichnen, oder ginge das Wachstum dieser Wirtschaft in der UdSSR zu langsam vor sich, oder wüchsen schließlich bei dem allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft in der UdSSR die Elemente der sozialistischen Wirtschaft nicht in genügendem Maße, dann wäre die reale Gefahr vorhanden, daß das gegenwärtig entstandene zeitweilige Gleichgewicht zugunsten der Weltbourgeoisie gestört würde.

Aber dies ist nicht der Fall. Es besteht aller Grund für die Hoffnung, daß die UdSSR bei Vorhandensein der schon in achtjähriger Erfahrung bewiesenen Unterstützung durch das internationale Proletariat auch aus eigener Kraft weiterhin erfolgreich ihre Wirtschaft heben kann und damit weiterhin als außerordentlich ernster Faktor des Wachstums der Weltrevolution dienen und den Arbeitern anderer Länder helfen wird, ihre proletarische Revolution vorzubereiten.

Genosse Lenin hat uns gelehrt, ein Höchstmaß dessen durchzuführen, "... was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist."¹⁾

1) W.I.Lenin: Ausgew. Werke in zwei Bd., Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.470

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet diese Aufgabe für die KPR alles - von der direkten Unterstützung der revolutionären Bewegung in anderen Ländern, bis zum billigen Kattun für die Bauernschaft im eigenen Lande, d.h. an der Schaffung der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR zu arbeiten und gleichzeitig den Vorkämpfern der proletarischen Revolution in allen Ländern jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

6. Aus der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung, die das unbedingte Gesetz des Kapitalismus ist, hat Genosse Lenin mit Recht zwei Dinge abgeleitet: a) die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande und b) die Möglichkeit, daß diese wenigen oder sogar das eine Land nicht unbedingt Länder des am höchsten entwickelten Kapitalismus sein werden (vergl. besonders die Bemerkungen über Suchanow).¹⁾

Die Erfahrungen der russischen Revolution haben bewiesen, daß ein solcher erster Sieg in einem Lande nicht nur möglich ist, sondern daß bei einer Reihe günstiger Umstände dieses erste Land der siegreichen proletarischen Revolution (bei einer gewissen Unterstützung durch das internationale Proletariat) sich auf eine lange Periode halten und festigen kann, sogar in dem Falle, daß diese Unterstützung nicht die Form direkter proletarischer Revolutionen in anderen Ländern annimmt.

Aber gleichzeitig lehrt der Leninismus, daß der endgültige Sieg des Sozialismus im Sinne der vollen Sicherung gegen die Restauration der bürgerlichen Verhältnisse nur im internationalen Maßstabe (oder in einigen entscheidenden Ländern) möglich ist.

"Das russische Proletariat kann die sozialistische Revolution mit seinen eigenen Kräften allein nicht siegreich vollenden. Es aber kann der russischen Revolution einen solchen Schwung verleihen, daß dadurch die besten Vorbedingungen für diese Revolution geschaffen werden und daß sie in gewissem Sinne begonnen wird. Es kann seinem wichtigsten, seinem zuverlässigsten Bundesgenossen, dem europäischen und amerikanischen sozialistischen Proletariat

1) vergl. W.I.Lenin "Über unsere Revolution. Aus Anlaß der Aufzeichnungen N.Suchanows". Ausgw. Werke, Bd.II, S.996-999, 1953

die Bedingungen für den Eintritt in entscheidende Kämpfe erleichtern." (Lenin 1917 "Brief an die Schweizer Arbeiter")¹⁾
"Gewiß, wenn man an die Dinge den welthistorischen Maßstab anlegt, so kann auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe."²⁾

"Als wir vor drei Jahren die Frage der Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets aufs bestimmteste erklärt, daß dieser Sieg nicht als sicher gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird, daß eine richtige Einschätzung unserer Revolution nur vom Standpunkt der internationalen Revolution möglich ist. Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zum mindesten in einigen wichtigen kapitalistischen Ländern siegen. (Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 189, 1920 russ.)"³⁾

Diese grundlegende These des Leninismus behält auch jetzt voll und ganz ihre Gültigkeit.

7. Was die Fristen der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution betrifft, so war es unvermeidlich, daß die KPR, die keine konkreten historischen Erfahrungen hatte, auf diesem Gebiet - besonders zu Beginn unserer Revolution - gewisse Rechenfehler machte.

Es gab eine Zeit (1918), da erwarteten wir alle den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland und in einigen anderen Ländern innerhalb weniger Monate oder sogar Wochen.

Die deutsche Revolution kam viel später, und überdies war es noch keine proletarische Revolution, sondern eine Revolution, die nur

1) W.I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 362 (russ.); deutsch: Lenin, Sämtl. Werke, Verlag für Literatur und Politik, Wien - Berlin 1928, S. 91

2) W.I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 72 (russ.); deutsch: Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 337

3) W.I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 383 (russ.); deutsch: Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien - Berlin 1930, S. 603

Wilhelm II. beseitigte, nicht aber die Macht der Bourgeoisie. Jedoch selbst eine solche Revolution in Deutschland war bei den revolutionären Erschütterungen in einer Reihe anderer Länder schon ausreichend, damit die proletarische Revolution in Rußland Zeit gewinnen und sich festigen konnte.

Es hat sich gezeigt, daß: a) der Entwicklungsgang der Weltrevolution sich bedeutend verlangsamt hat; b) gleichzeitig hat es sich aber auch herausgestellt, daß die erste siegreiche proletarische Revolution (UdSSR) sich allein (bei gewisser Unterstützung durch die Arbeiter anderer Länder) im Verlaufe einer viel längeren Zeit halten kann, als es zu Beginn der Revolution den Anschein hatte.

8. "Im Weltmaßstabe völlig und endgültig siegen kann man in Rußland allein nicht, sondern man kann es nur dann, wenn in allen, mindestens in allen führenden Ländern oder aber wenigstens in einigen der größten führenden Länder, das Proletariat siegen wird. (Lenin Bd. 16, S. 61, 1919, russ.)"¹⁾

"Wir leben nicht nur in einem Staat, sondern in einem System von Staaten, und das Bestehen der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Letzten Endes wird entweder der eine oder der andere siegen. (Lenin, Bd. XVI, S. 102, russ. 1919)"²⁾

Diese grundlegenden Thesen des Leninismus bleiben auch jetzt völlig richtig. Es handelt sich hier nur darum, was unter den Worten "auf die Dauer" und "letzten Endes" zu verstehen ist. Zunächst schien es, daß sich dies "letzten Endes" im Verlaufe von ein zwei Jahren oder sogar einigen Monaten entscheiden würde. Der Verlauf der Ereignisse hat jedoch gezeigt, daß wir nur "ganz zu Anfang"³⁾ (Ausdruck des Genossen Lenin) so geurteilt haben. Schon im Jahre 1921 schrieb Genosse Lenin, "10 bis 20 Jahre richtige Beziehungen zur Bauernschaft und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer

1) Lenin, Werke, 4. Ausg. Bd. 29, Seite 40 (russ.)

2) Lenin, Werke, 4. Ausg. Bd. 29, Seite 133 (russ.)

3) am Anfang aller Anfänge - d. Übersetzung wörtlich

Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert, sonst 20 - 40 Jahre Qualen weißgardistischen Terrors."¹⁾

Diese äußerst wichtigen programmatischen Erklärungen W.I.Lenins dürfen ebenso wie auch seine Erklärung über die Rolle des Ostens (1923) keinen Augenblick vergessen werden.

"Wir stehen also gegenwärtig vor der Frage:

Wird es uns gelingen, angesichts unserer klein- und zwergebäuerlichen Produktion, angesichts der bei uns herrschenden Zerrüttung so lange durchzuhalten, bis die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus vollendet haben? ... Uns mangelt es ebenfalls an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die politischen Voraussetzungen dafür haben."²⁾

Die seit 1917 vergangenen Jahre und alle Peripetien der Weltrevolution von 1917 bis 1925 kann man in gewissem Sinne als "Anfang der Anfänge" betrachten. Die Situation, die sich jetzt im Weltmaßstab ergeben hat, kann man mit den Worten des Genossen Lenin charakterisieren: "ein langwährendes Sich-Hinziehen der Situation, das weder nach der einen noch nach der anderen Seite endgültig entschieden ist", indem man heute hinzufügt; mit klarer Neigung auf die Seite des Sieges der sozialistischen Revolution.

9. Im allgemeinen ist der Sieg des Sozialismus (nicht im Sinne des endgültigen Sieges) in einem Lande unbedingt möglich. In seiner Polemik gegen Trotzki über die Frage der Vereinigten Staaten der Welt schrieb Genosse Lenin schon im Jahre 1915:

"Als selbständige Lösung wäre jedoch die Lösung Vereinigte Staaten der Welt kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen; zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwick-

1) W.I.Lenin: Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 390

2) W.I.Lenin: Ausgew. Werke in zwei Bd., Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 1017/18

lung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen und würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in ihnen den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und im Notfall sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen." ("Gegen den Strom").¹⁾

Andererseits ruft das Bestehen zweier direkt entgegengesetzter gesellschaftlicher Systeme die ständige Gefahr einer kapitalistischen Blockade und anderer Formen des ökonomischen Drucks, der bewaffneten Intervention und der Restauration hervor. Die einzige Garantie für den endgültigen Sieg des Sozialismus, d.h. die Garantie gegen eine Restauration, ist folglich die siegreiche sozialistische Revolution in einer Reihe von Ländern.

Daraus folgt jedoch durchaus nicht, daß der Aufbau einer vollkommenen sozialistischen Gesellschaft in einem so rückständigen Lande wie Rußland ohne die "staatliche Hilfe" (Trotzki) von in technisch-ökonomischer Hinsicht weiter entwickelten Ländern nicht möglich ist. Einen Bestandteil der trotzkistischen Theorie von der permanenten Revolution bildet die Behauptung, daß "ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland möglich wird erst nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas". (Trotzki 1922) - eine Behauptung, die das Proletariat der UdSSR in der gegenwärtigen Periode zur faktischen Passivität verurteilt. Gegen derartige "Theorien" schrieb Genosse Lenin:

"Unendlich schablonenhaft ist zum Beispiel ihr Argument, das sie im Verlauf der Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie auswendig gelernt haben, und das darin besteht, daß wir für den Sozialismus noch nicht reif sind, daß uns, wie sich die verschiedenen gelahrten Herren unter ihnen ausdrücken, die objektiven

1) siehe W.I.Lenin "Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa", Ausgew. Werke in zwei Bd., Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 753

ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen." (Bemerkungen über Suchanow).¹⁾

Es muß an die programmatische Erklärung des Genossen Lenin in seinem letzten Artikel über das Genossenschaftswesen erinnert werden, die für die gegenwärtigen Verhältnisse besondere Bedeutung hat und besagt: "In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. - ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als Krämerei behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, ebenso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Es ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist ... Ich würde sagen, daß sich das Schwergewicht für uns auf die kulturelle Arbeit verschiebt, gäbe es nicht die internationalen Beziehungen, hätten wir nicht die Pflicht, für unsere Position in internationalem Maßstab zu kämpfen."²⁾

Daraus ergibt sich, daß das Land der Arbeiterdiktatur, das die Hauptbasis der internationalen Revolution darstellt, sich als ihren mächtigsten Hebel und ihre Stütze betrachten muß; andererseits muß die in ihm herrschende Partei des Proletariats alle ihre Anstrengungen darauf richten, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen in der Überzeugung, daß dieser Aufbau siegreich sein kann und ganz bestimmt siegreich sein wird, wenn es gelingt, das Land gegen jegliche Restaurationsversuche zu verteidigen. Mit anderen Worten, die KPR muß durch eine richtige Politik sowohl in bezug auf die Bauernschaft innerhalb des Landes als auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen alle Schwierigkeiten überwinden, die sich aus der Verzögerung der Weltrevolution ergeben.

1) siehe W.I.Lenin "Über unsere Revolution", Ausgew.Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.997
2) W.I.Lenin Ausgew.Werke in zwei Bänden, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S.989 u.994

10. Schon seit Ende 1920 spricht Genosse Lenin davon, daß "Jetzt können wir schon nicht mehr von einer bloßen Atempause, sondern von ernstesten Aussichten auf längere Aufbauarbeit reden."¹⁾ Aber später, 1921 und 1923, betrachtet Genosse Lenin unsere Lage weiterhin als eine "Atempause".

Diese "Atempause" darf keinesfalls als etwas flüchtig Vergänglichches, "Biwakmäßiges" betrachtet werden. Das Proletariat der UdSSR muß unter Führung der KPR schon heute kühn und entschlossen den Sozialismus aufbauen und dabei dessen eingedenk sein, daß unsere Revolution selbst ein Teil der Weltrevolution ist und daß unser Erfolg beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft an und für sich ein sehr großer Faktor für das Anwachsen der proletarischen Weltrevolution ist.

11. Die geschichtlichen Erfahrungen, die von der Komintern in den vergangenen acht Jahren (1917 - 1925) gesammelt wurden, zeigen, daß nicht nur die Frage des Tempos und der Fristen für das Heranreifen der Weltrevolution, sondern auch die Frage ihrer Marschroute nicht ganz so entschieden wird, wie es zu Beginn der Revolution schien. Unter den heutigen Verhältnissen in der Welt wird es mehr oder minder wahrscheinlich, daß die revolutionäre Entwicklung in der nächsten Zeit sowohl über England als auch über den Fernen Osten, den Balkan oder den Südosten Europas gehen kann. Die revolutionäre Welle ist in Deutschland (gegenüber dem Jahre 1923) gegenwärtig abgeebbt, aber in einem Lande wie England reift eine revolutionäre Situation heran. Die internationalen Befreiungsbewegungen wachsen und dehnen sich aus. All das ist von gewaltiger weltgeschichtlicher Bedeutung.

12. Die wichtigsten revolutionären Prozesse, die in England zu verzeichnen sind, verleihen den Versuchen einer Annäherung zwischen den Gewerkschaften der UdSSR und den englischen Gewerkschaften besonders große Bedeutung. Die Delegation unserer Gewerkschaften hat vollkommen richtig gehandelt, als sie auf der letzten Beratung in London den englischen Tradeunionisten ernsthafte Zugeständnisse machte, um ein Übereinkommen zu erzielen. Gleichzeitig muß man jedoch im Auge haben, daß jedes Abkommen mit Elementen,

1) W.I.Lenin: Sämtl.Werke, Bd.XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien - Berlin 1930, S.606

die zu Amsterdam gehören, nur dann irgendwie dauerhaft sein kann, wenn ein entsprechender Druck der Massen vorhanden ist. Die Linie der Komintern für internationale Einheit der Gewerkschaften hat sich voll und ganz bewährt. Diese Linie ist auszudehnen und zu entwickeln.

Gleichzeitig sind sich die russischen Gewerkschaften vollkommen dessen bewußt, daß die Gewerkschaftsinternationale als Organisation der revolutionären Elemente der Weltgewerkschaftsbewegung unbedingt erhalten und gestärkt werden muß, bis die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in internationalem Maßstab gesichert ist.

13. Unsere praktischen Differenzen mit dem Trotzismus in der Frage der Kominternpolitik beruhen keinesfalls auf dem Streit, ob sich das Tempo der internationalen Revolution verlangsamt oder nicht. Schon seit dem dritten Weltkongreß der Komintern haben sowohl das Exekutivkomitee der Komintern als auch das ZK der KPR klar gesehen, daß eine Verzögerung vorhanden ist. Der Streit mit dem Trotzismus ging und geht um die Frage, welches die Taktik der Kommunistischen Internationale in dieser Periode der verlangsamten Entwicklung der Weltrevolution sein soll.

Die übertriebene und unrichtige Einschätzung der angloamerikanischen Annäherung durch Trotzki stellte ihn unmittelbar vor die Notwendigkeit, die Leninsche Theorie des Imperialismus grundlegend zu revidieren (die Frage des Ultraimperialismus). Und zur gleichen Zeit unterstützten Trotzki und Radek und ihre nächsten Gesinnungsgenossen voll und ganz die Taktik der Gruppe Brandler im Jahre 1923, - einer Gruppe, die versuchte, die Taktik der Einheitsfront als Taktik einer Koalition mit den Sozialdemokraten auszulegen.

Das sind die wirklichen Differenzen zwischen der Leninschen Linie des Exekutivkomitees der Komintern mit dem Trotzismus.

14. Mit gewissen Vorbehalten und Einschränkungen kann man eine gewisse Parallele zwischen den Aufgaben der Komintern heute und denjenigen Aufgaben ziehen, die vor den russischen Bolschewiki in der Epoche zwischen den beiden Revolutionen, ungefähr in den Jahren 1908 bis 1914, standen.

Hieraus ergibt sich die Linie auf die Bolschewisierung, die (die

Bolschewisierung) von dem Kampf gegen liquidatorische Stimmungen (die Rechten in der Tschechoslowakei) sowie auch gegen ultra-linken Abweichungen begleitet ist.

15. Der Komintern steht eine Periode besonders schwieriger, komplizierter und verantwortungsvoller Arbeit bevor. Die Aufgabe der KPR wird darin bestehen, der Kommunistischen Internationale in dieser Periode eine besonders sichere Unterstützung zu erweisen, indem sie jetzt mit der gleichen Energie und Leidenschaft gegen "Begräbnis"stimmung ankämpft, mit der der Bolschewismus seinerzeit das Liquidatorentum bekämpft hat.

16. Im Zusammenhang mit der auf der internationalen Arena entstandenen Situation können unserer Partei in der augenblicklichen Periode zwei Gefahren drohen: 1) Abweichung in der Richtung zur Passivität, die aus einer übermäßig weiten Auslegung einer irgendwo auftretenden Stabilisierung des Kapitalismus und eines verlangsamten Tempos der internationalen Revolution hervorgeht, Fehlen eines genügenden Impulses zur energischen und systematischen Arbeit am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR, ungeachtet des verlangsamten Tempos der internationalen Revolution und 2) Abweichung in der Richtung zur nationalen Beschränktheit, Vergessen der Pflichten der internationalen proletarischen Revolution, gewissenlose Mißachtung der engen Abhängigkeit des Schicksals der UdSSR von der sich, wenn auch langsam, entwickelnden internationalen proletarischen Revolution, Unverständnis dafür, daß nicht nur die internationale Bewegung der Existenz, der Festigung und Stärkung der Macht des ersten proletarischen Staates in der Welt bedarf, sondern daß auch die Diktatur des Proletariats in der UdSSR Hilfe von seiten des internationalen Proletariats braucht. Die KPR muß diese beiden Gefahren sehen und beiden möglichen Abweichungen eine entschiedene Abfuhr erteilen.

"Die vierzehnte Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Stenographischer Bericht", Moskau - Leningrad 1925

Plenum des ZK der KPR(B)

3. - 10. Oktober 1925

Das Plenum des ZK fand statt unter der Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Revisionskommission. Das Plenum behandelte folgende Fragen:

1) Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik; 2) Der Außenhandel; 3) Der Arbeitslohn; 4) Die Arbeit der Gewerkschaften; 5) Die Arbeit unter der Dorfarmut.

Das Referat über aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik nahm das Plenum zur Kenntnis und beauftragte das Politbüro des ZK, praktische Maßnahmen zu erörtern und einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Zur Frage des Außenhandels nahm das Plenum den Bericht des Präsidiums der ZKK über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Außenhandels und zur Koordinierung des Außenhandels mit dem sich entfaltenden wirtschaftlichen Aufbau entgegen.

Nachdem das Plenum die Thesen des Präsidiums der ZKK im wesentlichen bestätigt hatte, beauftragte es eine Sonderkommission aus Mitgliedern des ZK und leitenden Funktionären der zentralen Wirtschaftsorgane, auf der Grundlage der Thesen der ZKK konkrete Vorschläge über die Formen der Verwirklichung des Außenhandelsmonopols auszuarbeiten und sie dem Politbüro des ZK zur Bestätigung vorzulegen.

Zur Frage des Arbeitslohnes beauftragte das Plenum das Politbüro des ZK, die Frage der Möglichkeit einer gewissen Erhöhung des Arbeitslohnes in den am meisten zurückgebliebenen Industriezweigen auszuarbeiten und die Anträge zu Fragen des Arbeitslohnes in einigen Schwerpunkt-Industriezweigen zu überprüfen.

Bei der Überprüfung der Arbeit der Gewerkschaften erkannte das Plenum als notwendig, auf dem XIV. Parteitag ein allgemeines Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften anzusetzen und beauftragte das Politbüro, unter Hinzuziehung der Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion entsprechende Thesen auszuarbeiten.

Zu dem Bericht der "Beratung über die Arbeit auf dem Lande"

bestätigte das Plenum die Resolution "Über die Arbeit der Partei unter der Dorfarmut", und beauftragte das Politbüro des ZK:

1) die Frage über die Arbeit der Organisationen der Dorfarmut in den nationalen und östlichen Randgebieten (Vereinigungen der Koschtschi, Sharly u.a. in Kasachstan, Mittelasien, Jakutien usw.) zu diskutieren und einen endgültigen Beschluß über diese Frage zu fassen;

2) im Verlaufe einer Woche die Frage der Organisation eines Sonderfonds für eine bevorzugte Kreditgewährung an die Wirtschaften der Dorfarmut zu überprüfen.

Das Plenum beschloß, den XIV. Parteitag zum 15. Dezember nach Moskau einzuberufen und bestätigte folgende Tagesordnung des Parteitages:

1) Politischer Bericht des ZK; 2) Organisatorischer Bericht des ZK; 3) Bericht der Revisionskommission; 4) Bericht der ZKK; 5) Bericht der Vertretung der KPR im Exekutivkomitee der Komintern; 6) Aktuelle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus; 7) Die Aufgaben der Gewerkschaften; 8) Die Arbeit des Komsomol; 9) Änderungen am Parteistatut; 10) Wahl der zentralen Parteiorgane.

Das Plenum beauftragte das Politbüro des ZK, im Namen des Plenums an die Ortsparteiorganisationen einen Brief zu richten, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die innerparteiliche Demokratie zu verwirklichen, besonders im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum Parteitag und der Durchführung der Parteikonferenzen in den einzelnen Orten.

Die Referate über die Lage in den kommunistischen Parteien des Auslandes über die internationale Lage sowie die Mitteilung über den Kongreß der englischen Gewerkschaften nahm das Plenum zur Kenntnis.

Resolutionen des Plenums

Über den Außenhandel

Die Tagesordnung des Oktoberplenums des Zentralkomitees der KPR enthielt ein Referat des Genossen Kuibyschew, des Volkskommissars für RKI¹⁾ über den Außenhandel. Im Ergebnis der Diskussion zu

1) Arbeiter- und Bauerninspektion. Der Übersetzer.

diesem Referat in der Sitzung des Plenums am 5. Oktober dieses Jahres wurden die Thesen des Genossen Kuibyschew im Prinzip angenommen, und es wurde eine große Kommission geschaffen, der zahlreiche Mitglieder des ZK angehören, die auf der örtlichen Ebene auf dem Gebiete der Wirtschaft arbeiten, sowie leitende Funktionäre des Volkskommissariats für Außenhandel. Die Kommission sollte auf der Grundlage der Thesen des Genossen Kuibyschew unter Berücksichtigung der im Plenum des ZK durchgeführten Diskussionen eine Reihe von Beschlüssen durcharbeiten und sie dem Politbüro zur Bestätigung vorlegen. Der endgültige Text des Beschlusses des Plenums des ZK ist jetzt ausgearbeitet. Er enthält eine Reihe Thesen, die den Außenhandel betreffen und im wesentlichen auf folgendes hinauslaufen:

1. Die Organisation des Außenhandels des proletarischen Staates in der kapitalistischen Umkreisung muß zwei Hauptaufgaben untergeordnet sein: a) der maximalen Unterstützung und Belebung der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und b) dem Schutz der im Aufbau befindlichen sozialistischen Wirtschaft vor dem ökonomischen Angriff der kapitalistischen Länder. Die ganze Schwierigkeit des Problems der Organisierung des Außenhandels besteht eben darin, daß der proletarische Staat auch nicht einen Augenblick diese beiden Aufgaben aus dem Auge verlieren darf und je nach der außenpolitischen Lage und den Erfordernissen des inneren sozialistischen Aufbaus die entsprechenden Organisationsformen des Außenhandels wählen muß. Es ist absolut unbestreitbar, daß die geringste Lücke im staatlichen Außenhandelsmonopol einen verstärkten Druck des Kapitalismus auf unsere sozialistischen Wirtschaftsformen nach sich ziehen und die unausbleibliche Vergrößerung dieser Lücke zur Unterordnung unserer gesamten Wirtschaft unter die technisch weiterentwickelte Wirtschaft der kapitalistischen Länder, d.h. zum Zusammenbruch des sozialistischen Aufbaues führen wird. Andererseits macht die Beibehaltung des für den Aufbau des Sozialismus notwendigen Entwicklungstempos der Volkswirtschaft es erforderlich, daß die bestehenden Formen zur Verwirklichung des Außenhandelsmonopols eine gewisse Entwicklung und Abänderung erfahren.

2. Die vom Proletariat geleitete Wirtschaft der UdSSR kommt mit dem Weltmarkt, der vom Imperialismus beherrscht wird, in

Berührung. Der Außenhandel ist das Gebiet, auf dem wir unmittelbar mit der uns umgebenden und uns feindlichen kapitalistischen Welt in Berührung kommen.

Der Außenhandel, der sowohl für uns als auch für die kapitalistischen Länder unter den Bedingungen der Entwicklung der Arbeitsteilung im Weltmaßstab die notwendige Form des Austausches der verschiedenartigen Erzeugnisse bildet, ist infolgedessen gleichzeitig die in ökonomischer Form vor sich gehende Fortsetzung des Kampfes um die Selbständigkeit unseres Sowjetsystems unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung.

Mit Hilfe des Außenhandels bemüht sich das internationale Kapital, uns seine Bedingungen aufzuzwingen, versucht es und wird es weiterhin versuchen, unser Land zu versklaven und es in seine Kolonie zu verwandeln. Dieser Umstand zwingt uns, auf diesem Abschnitt unserer Positionen bewaffnet zu sein, um nicht nur den Druck des Kapitalismus abzuwehren, sondern auch im Außenhandel für die Festigung der Wirtschaft der UdSSR und für die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus auszunutzen.

Unser wichtigstes Werkzeug zur Erfüllung dieser Aufgaben ist das Außenhandelsmonopol. Sein Wesen besteht darin, daß der Staat den Außenhandel durch ein speziell hierfür geschaffenes Organ (das Volkskommissariat für Außenhandel) selbst betreibt. Er legt fest, welche Organisationen in welchen Zweigen und in welchem Umfange unmittelbare Außenhandelsgeschäfte durchführen können. Ausgehend von den Aufgaben des Aufschwungs der Wirtschaft und des sozialistischen Aufbaues bestimmt der Staat mit Hilfe des Export- und Importplanes, was aus dem Lande ausgeführt und was eingeführt werden darf und in welchen Mengen. Mit Hilfe des Lizenz- und Kontingentsystems regelt er unmittelbar die Einfuhr und Ausfuhr sowie die Geschäfte der Außenhandelsorganisationen.

3. Das Außenhandelsmonopol muß unangetastet bleiben. Es muß gefestigt werden, da es eines der wirksamsten Mittel zur Abwehr des ökonomischen Drucks von seiten der kapitalistischen Länder darstellt. Weder Zollschutz noch irgendwelche anderen Mittel der Regulierung können uns in dem Maße schützen, wie das Außenhandelsmonopol es tut. Hierbei muß an die Zeilen Lenins erinnert werden, die er zum Dezemberplenum des ZK im Jahre 1922 zu dieser Frage schrieb: "... keine Zollpolitik kann in der Epoche des Imperialis-

ausrüstungen für die Elektroindustrie und für Elektrobau), Chemieimport (Einfuhr von Halbfabrikaten und Ausrüstungen für die chemische Industrie).

Die Organisierung aller dieser Aktien- und Anteilgesellschaften, Genossenschaften und Syndikate sowie die gesamte Leitung aller dieser Export- und Importgesellschaften obliegt dem Volkskommissariat für Außenhandel. Die Zusammensetzung der Aktiengesellschaften aus den Beteiligten, die Verteilung der Aktien unter sie sowie die Regeln für den Ein- und Austritt in die bzw. aus den Gesellschaften werden jeweils bei der Ausarbeitung der Satzung der betreffenden Aktiengesellschaft festgelegt und nach Vorlage durch das Volkskommissariat für Außenhandel vom Rat für Arbeit und Verteidigung bestätigt. In der Regel werden die oben genannten Export- und Importgesellschaften keine Monopolrechte besitzen; nur in Ausnahmefällen können dieser oder jener Export- oder Importgesellschaft durch besonderen Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung Monopolrechte zugestanden werden.

Der Landwirtschaftsverband und der Industrieverband erhalten auf dem Gebiete der Außenhandelsoperationen Rechte, die denen analog sind, die heute der Zentralverband¹⁾ auf diesem Gebiete hat.

Die Wirtschaftsorgane, die durch den Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung vom 28. Januar 1925 das Recht erhalten haben, Export- und Importoperationen zu tätigen (Erdölsyndikat, Verwaltung für Tee, Gummitrust usw.), arbeiten auf der gleichen Grundlage wie früher, die durch die Dekrete des Zentralen Exekutivkomitees vom 16. Oktober 1922 und vom 12. April 1923 festgelegt ist. Hierbei können einige von ihnen auf Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung verpflichtet werden, die Handelsoperationen mit dem Ausland über die Spezialabteilungen der Handelsvertretungen auszuführen.

Die staatlichen Handelszentralen müssen zu Organen für die Befriedigung der Bedürfnisse und Interessen der betreffenden

1) "Zentralverband" im russ. Original = Центрсоюз

Unionsrepubliken auf dem Gebiete des Außenhandels werden (Import von Waren, die für die Versorgung der Republiks-, der örtlichen, der Heim- und der gepachteten Industrie usw. notwendig sind); damit die Interessen der großen Rayons und Gebiete besser koordiniert und gewahrt werden, müssen dabei die Handelszentralen organisatorisch mit den größten Wirtschaftsorganisationen auf der Gebietsebene verbunden werden.

Weiterhin stellte das Plenum des ZK der KPR fest, daß es notwendig ist, das bestehende Lizenzsystem zu überprüfen mit dem Ziel, es zu vereinfachen und die Entwicklung des Exports und Imports maximal zu erleichtern. Zur Verteilung der Export- und Importkontingente und zur Regelung der Lizenzerteilung wird beim Volkskommissariat für Außenhandel eine Lizenzberatung organisiert, die sich aus Vertretern der interessierten Staats- und Wirtschaftsorgane, Genossenschaften und Unionsrepubliken zusammensetzt; der Beschluß der Beratung wird dem Volkskommissariat für Außenhandel zur Bestätigung eingereicht. Analoge Beratungen sind in den einzelnen Unionsrepubliken bei den Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Außenhandel vorgesehen. Im Interesse der genauen Einhaltung des Export- und Importplanes muß das Volkskommissariat für Außenhandel alle durch seine örtlichen Organe erteilten Lizenzen und die dafür fälligen Zahlungen nach Kalenderterminen streng kontrollieren.

Im Interesse der allseitigen Entwicklung des Exports von solchen Waren (Obst, Gemüse, Pilze, Kartoffeln, Daunen, Federn usw.), bei denen nur ein Interesse an der maximalen Entwicklung ihres Exportes vorhanden ist, an die der inländische Verbrauch keine besonderen Forderungen stellt und bei denen nicht die Gefahr einer unerwünschten Verknappung besteht, muß die Lizenzerteilung maximal erleichtert und vereinfacht werden. Auf dem Gebiete des Imports sind Erleichterungen und Vergünstigungen bei der Anwendung des Lizenzsystems für kleine Aufträge sowie für Aufträge über einzelne Muster und Modelle, Ausrüstungen für Wissenschaftler und Lehranstalten, gesellschaftliche Einrichtungen, Krankenhäuser, Ärzte usw. vorgesehen.

Da der Importplan für eine verhältnismäßig lange Zeitspanne aufgestellt wird, sind im Prozeß seiner Erfüllung immer diese oder jene vereinzelt Abweichungen und Ergänzungen unvermeidlich,

die mit verändertem Bedarf, mit aufgetretenen Veränderungen in den Lieferbedingungen, Preisen usw. zusammenhängen. Infolgedessen hat es das Plenum des ZK der KPR als notwendig erachtet, aus dem Gesamtimportplan einen gewissen Teil herauszunehmen und dem Volkskommissariat für Außenhandel das Recht zu geben, im Umfang dieses Teiles auf den allgemeinen Grundlagen, die in den Regulationsbestimmungen festgelegt sind, Einfuhrgenehmigungen ohne vorherige Abstimmung mit anderen Organen zu erteilen.

Für einige Kategorien von Importwaren wurde es als möglich angesehen, daß der Rat für Arbeit und Verteidigung keine Jahres-, sondern Minimalkontingente für eine längere Zeit - für drei bis fünf Jahre - festlegt, was in gewissen Fällen die zweckmäßigste Unterbringung der Aufträge, den Erhalt von Krediten, die Abstimmung mit den Hauptlieferanten usw. erleichtern kann.

Um die wichtigsten Abteilungen der Handelsvertretungen von kleinen Operationen zu entlasten, wurde es für notwendig erachtet, in großen Handelsvertretungen besondere Abteilungen für kleine Ankäufe zu bilden, auf welche der vereinfachte Prozeß der Durchführung von Aufträgen und Ankäufen anzuwenden ist.

Über die Arbeit der Partei unter der Dorfarmut

1. Die unmittelbare Aufgabe, die die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz stellen, besteht darin, daß unter der Führung des Proletariats die Politik der Befreiung der Mittelbauernschaft vom Einfluß des Kulakentums und die Festigung des Bündnisses des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauern mit der Mittelbauernschaft durchgeführt wird, und zwar vor allem durch die Belebung der Sowjets und durch die Einbeziehung der Massen der Bauernschaft in die Genossenschaften. Das geschieht, indem die Überreste des Kriegskommunismus beseitigt werden und der Warenumsatz entfaltet wird.

Der Erfolg dieser Politik wird durch die mehr oder minder vollständige Beherrschung der wirtschaftlichen Kommandohöhen, durch die Festigung und das Wachstum der nationalisierten Großindustrie, des Transportes, der staatlichen Finanzen und des Kreditsystems bedingt. Nur dadurch wird es möglich, die Wirtschaften der Hauptmasse der Bauernschaft allmählich auf den Weg der sozialistischen

Entwicklung, in erster Linie durch die Genossenschaften, zu bringen.

2. Genauso, wie die Entwicklung unserer Wirtschaft im allgemeinen unter den Bedingungen der NÖP in einander widersprechenden Formen und im Kampf der verschiedenen Wirtschaftssysteme (Privatkapital und staatliche Wirtschaft, individuelle und kollektive Wirtschaftsformen) verläuft, so ist auch im besonderen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion das gleichzeitige Wachstum sowohl der kapitalistischen Elemente (kulakische landwirtschaftliche Betriebe, Händler usw.) als auch der Elemente, die sich zum Sozialismus hin entwickeln (kollektive Wirtschaften, Genossenschaften usw.), unvermeidlich. Solche einander widersprechende Tendenzen sind unweigerlich sogar innerhalb der Genossenschaften selbst zu beobachten. Nur der Kampf zwischen diesen Tendenzen wird die Frage endgültig lösen.

3. Der Sieg der sozialistischen Elemente in diesem Kampf wird in immer stärkerem Maße durch die wachsende Stärke des Proletariats, das an der Macht ist, durch das Anwachsen der staatlichen Industrie und die Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Kreditsystems gesichert werden. Gemeinsam mit dem allgemeinen Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte des Landes wird die Entwicklung des Dorfes unter diesen Verhältnissen immer mehr in der Richtung zum Sozialismus verlaufen, hauptsächlich durch die Entwicklung der Genossenschaften.

4. Mit der Durchführung der auf der XIV. Parteikonferenz in bezug auf das Dorf festgelegten Politik ist gerade erst begonnen worden. Immer stärker entfaltet die Partei ihre Arbeit sowohl an der Vergenossenschaftung der Massen der Bauernschaft als auch an der Heranziehung der breiten Bauernmassen zum gesamten Aufbau der Sowjets (Belebung der Sowjets). Die positiven Ergebnisse dieser Politik haben sich schon darin gezeigt, daß sich die Autorität der Partei und der Sowjetmacht im Dorfe gefestigt hat. Die Durchführung der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz stößt jedoch in einzelnen Fällen auf Einwände der gleichen Art, wie sie beim Übergang zur NÖP im Jahre 1921 beobachtet wurden. Im Zusammenhang damit entsteht die Gefahr, daß diese Politik in zwei Richtungen entstellt wird: in der Richtung einer Unterschätzung der negativen Seiten der NÖP und in der Richtung, daß die Bedeutung der NÖP als einer

notwendigen Etappe auf dem Wege zum Sozialismus nicht verstanden wird.

5. Die erste Gefahr - die Gefahr der Unterschätzung der negativen Seiten der NÖP - führt dazu, daß man die Interessen der Dorf- armut vergißt und die Kulakengefahr unterschätzt. Die zweite Gefahr - das Unverständnis für die unbedingte Notwendigkeit der NÖP - führt dazu, daß man die außerordentlich große Bedeutung der Hauptmasse der Mittelbauern in der augenblicklichen Periode vergißt, daß das Bündnis der Arbeiter und Bauern gesprengt und folglich die prole- tarische Diktatur im Lande geschwächt wird. Der entschlossene Kampf gegen diese beiden Gefahren ist die unbedingte Voraussetzung dafür, daß eine Hintertreibung der von der Partei beschlossenen Politik auf dem Lande angewandt wird und die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz richtig durchgeführt werden.

6. Die Durchführung der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz, besonders die Entfaltung der massenhaften Vergenossenschaftung der Bauern sowie die Belebung der Sowjets und die damit verbundene Organisation der Dorfarmut und der Kampf um die Mittelbauern, gewinnt gegenwärtig angesichts der sich infolge der guten Ernte beschleunigenden Entwicklung der Warenbeziehungen und der für die nächste Zeit unausbleiblichen Verstärkung der Prozesse der sozia- len Umschichtung (Differenzierung) der Bauernschaft besondere Be- deutung.

In diesem Zusammenhang treten besonders folgende Fragen in den Vordergrund: der Zusammenschluß der Dorfarmut und der Landar- beiter um die Partei und die Sowjetmacht, die Methoden der Leitung und die Formen der Organisation dieser Schichten im Dorf sowie die verschiedenen Arten ihrer materiellen, kulturellen und politi- schen Unterstützung durch die Partei und die Staatsmacht.

Hiervon ausgehend wird als notwendig erachtet:

A. Bei der Durchführung ihrer Politik, die auf die Belebung der Sowjets und die Heranziehung der breiten Massen der armen Bauern und Mittelbauern zu ihrer Arbeit gerichtet ist, muß die Partei besondere Aufmerksamkeit darauf richten, hierbei die Dorf- armut um sich zu scharen und die Mittelbauern für sich zu gewinnen. Zu diesem Zweck sind in der Zeit der Neuwahlen und in der weiteren Arbeit der Sowjets (sowie in den Genossenschaften und der Bauern-

hilfe) besondere Versammlungen der Dorfarmut durchzuführen und ist damit zu beginnen, in den Dörfern, Amtsbezirken und Rayons Gruppen der armen Bauern zu organisieren (in diese sind unbedingt die Landarbeiter einzubeziehen). Hierbei ist anzustreben, daß die praktischen Maßnahmen in der Arbeit der Sowjets, der Genossen- schaften und der Bauernhilfe gemeinsam mit den Mittelbauern durch- gesetzt und daß die Kandidaten bei den Neuwahlen gemeinsam mit den Mittelbauern aufgestellt werden.

B. In der Arbeit der Genossenschaften ist der Heranziehung der Dorfarmut verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und sind zusätz- liche Maßnahmen auszuarbeiten, die den armen Bauern den Eintritt in eine landwirtschaftliche oder Kreditgenossenschaft (staatliche Hilfe bei der Zahlung von Anteilen usw.) erleichtern und die mate- rielle Hilfe für die ärmsten Schichten des Dorfes durch Erweite- rung des landwirtschaftlichen Kredites verstärken (die Fristen für die Kreditgewährung an die Dorfarmut verlängern, bei den land- wirtschaftlichen Genossenschaften Einrichtungen schaffen, die hauptsächlich die Dorfarmut betreuen wie beispielsweise Ausleih- stellen usw.).

C. Um den armen Bauern bei der Hebung ihrer Wirtschaften zu helfen, ist es notwendig, der Kreditgewährung an diese Wirtschaft- ten aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Kredites auf allgemei- nen Grundlagen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken und daneben einen ständigen Spezialfonds innerhalb der Zentralen Landwirt- schaftsbank zu bilden.

Dieser ständige Fonds ist speziell für die Kreditgewährung an die Dorfarmut und insbesondere an Kollektive zu besonders günstigen Bedingungen (günstige Termine, besonders günstige Bedingungen be- züglich der Deckung usw.) vorzusehen.

D. Mit allen Mitteln ist der Aufbau von Kolchosen (landwirt- schaftlichen Kommunen, landwirtschaftlichen Genossenschaften) der wirtschaftlich schwachen Bauern und der Mittelbauern zu unter- stützen, indem man die Kredithilfe verstärkt und ihnen den Erwerb landwirtschaftlicher Maschinen (insbesondere Traktoren) besonders erleichtert, und indem man sich ferner bemüht, die Arbeit der Kolchose mit der Hilfe für die benachbarten wirtschaftlich schwa- chen Bauern und Mittelbauern zu verbinden. Daneben ist die Ent-

wicklung der einfachsten Formen der Kollektivierung (Artels, Maschinengenossenschaften, Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung, zur gemeinsamen Nutzung des Viehs usw.) verstärkt zu unterstützen, wobei der Einbeziehung der schwachen Wirtschaften in diese Genossenschaften besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

E. Es wird festgestellt, daß die Arbeit der Bauernhilfe nicht genügend beachtet wird. Deshalb werden die Parteiorganisationen verpflichtet, entsprechend dem Beschluß des XIII. Parteitages über die Arbeit der Bauernhilfe die Arbeit derselben stärker zu unterstützen. Die Organisationen der Bauernhilfe sind auf der Grundlage des bestehenden Beschlusses des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion aufzubauen, d.h. auf der Grundlage der freiwilligen kollektiven Mitgliedschaft aller Bauern, die bei den Wahlen zu den Sowjets wahlberechtigt sind, wobei anzustreben ist, daß sich die ärmsten Schichten des Dorfes aktiver an ihrer Arbeit beteiligen. Neben der Entwicklung der Arbeit an der individuellen und an der gesellschaftlichen gegenseitigen Hilfe im Dorf muß die Bauernhilfe ihre Verbindung mit der Arbeit der Sowjets und der Genossenschaft verstärken, indem sie mit dafür sorgt, daß den wirtschaftlich Schwachen der Eintritt in die Genossenschaften erleichtert wird und daß sie für ihre Wirtschaft Kredit erhalten; und außerdem muß sie sich dafür einsetzen und darüber wachen, daß der Dorfarmut die gesetzlich festgelegten Vergünstigungen usw. gewährt werden.

F. Der Beschluß des Plenums des ZK der KP (B) der Ukraine (vom 23.-25. Juli dieses Jahres) über die Reorganisierung der Komnesamy¹⁾ und ihre Verwandlung in gesellschaftliche und freiwillige Organisationen wird bestätigt. In der weiteren Arbeit sollen die Komnesamy ihre Tätigkeit auf den Zusammenschluß der armen und Mittelbauern, auf die Verteidigung der Interessen der wirtschaftlich schwachen (nicht wohlhabenden) Bauern in den Sowjets, Genossenschaften und in der Bauernhilfe richten sowie darauf, daß die Hauptaufmerksamkeit auf die Aufgaben zur Hebung der Wirtschaften der Dorfarmut konzentriert wird. Mit der Reorganisierung der Komnesamy und der neuen Aufgabenstellung in deren Arbeit

1) "Komnesamy" - das sind die Komitees der Dorfarmut der Ukraine.

müssen die Parteiorganisationen noch stärker die Aufmerksamkeit auf die Anleitung der Arbeit der Komnesamy konzentrieren.

G. Im Zusammenhang mit der Durchführung der "zeitweiligen Richtlinien über die Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft" erhält die Arbeit des Verbandes der Land- und Forstarbeiter, als des Organs für den Zusammenschluß und den Schutz der Interessen der proletarischen Schichten im Dorfe besondere Bedeutung. Der Verband der Land- und Forstarbeiter soll die Verbundenheit der ärmsten Schichten des Dorfes mit den Industriearbeitern der Stadt auf jede Weise festigen und tatsächlich zur Organisation der breiten proletarischen und halbproletarischen Massen - der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Tagelöhner und halbproletarischen Elemente des Dorfes - werden, deren Hauptbeschäftigung die Lohnarbeit darstellt. Dabei ist die weitere allseitige Unterstützung der Organe des Verbandes der Land- und Forstarbeiter durch die Kräfte der Partei und die Stärkung seiner materiellen Mittel notwendig.

H. Die Parteiorganisationen müssen sich dafür einsetzen, daß die Gesetze, die die Interessen der ärmsten Schichten des Dorfes schützen, und die ihnen nach diesen Gesetzen zuerkannten Vergünstigungen (die Befreiung von Steuer oder ihre Senkung für wirtschaftlich Schwache, Vergünstigungen für die Durchführung der rationellen Ausnutzung der Anbauflächen, bevorzugte Zuteilung von Wald usw.) wirklich durchgeführt werden. In der gesamten Arbeit der Sowjets, der Genossenschaften und der Bauernhilfe sollen die Parteiorganisationen unter aktiver Teilnahme des Komsomol die Initiative bei der Organisation der ärmsten Schichten und der Sicherung ihrer Interessen in der Arbeit der entsprechenden Organe ergreifen (Aufnahme der Kinder der Dorfarmut in Schulen, Verteidigung der armen Bauern vor den Gerichten, Erleichterung des Eintritts in Genossenschaften für arme Bauern, Unterstützung der Dorfkorrespondenten aus den ärmsten Schichten usw.).

I. Die Aufgabe, der Dorfarmut zu helfen und sie auf der Grundlage der Festigung der Führung durch das Proletariat zu organisieren, macht es notwendig, daß die Partei die Partei- und Komsomolorganisationen auf dem Lande weiter festigt. Es ist notwendig, auf der Grundlage der von der Partei gefaßten Beschlüsse der Einbeziehung der ärmsten Elemente des Dorfes, besonders der Landerbeiter und der Tagelöhner, in die Partei und in den Komsomol größere

Aufmerksamkeit zu widmen, indem man in jeder Weise dazu beiträgt, daß aus ihren Reihen Funktionäre für die leitende Arbeit in allen öffentlichen Organen des Dorfes entwickelt werden, und in-dem man die aktivsten Kräfte von ihnen in die Parteiorganisation einbezieht; hierbei muß man dessen eingedenk sein, daß die stärkste Stütze der Kommunistischen Partei auf dem Lande nur die proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes sein können.

Über die Arbeit der Gewerkschaften

In den letzten drei Jahren ist die Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR außerordentlich gewachsen und hat sich gefestigt. Sie hat damit bewiesen, daß die der Gewerkschaftsbewegung durch den XI. Parteitag unserer Partei gegebene Linie richtig ist. Neue Arten der Massenarbeit der Gewerkschaften sind entstanden (Klubs, Kasse der gegenseitigen Hilfe, Körperkultur usw.). Die Zahl der Mitglieder ist gestiegen, ihre Aktivität hat sich erhöht und die Verbindung der einfachen Mitglieder mit den Gewerkschaftsorganen hat sich verstärkt.

Der Apparat der Gewerkschaften selbst ist ebenfalls bedeutend besser geworden. Ununterbrochen, wenn auch langsam, wächst die Zahl der von einem hauptamtlichen Funktionär betreuten Mitglieder. In den Haushaltsplänen der Gewerkschaften wird der Teil, der für den Apparat ausgegeben wird, prozentual kleiner. Es verbessert sich die Berichterstattung und Rechnungslegung.

Die allgemeine Finanzpolitik der Gewerkschaften gesundet ständig, und die Gewerkschaften, die dazu übergehen, ausschließlich auf der Grundlage der Mittel zu existieren, die sie aus freiwilligen Mitgliedsbeiträgen erhalten, beginnen gleichzeitig die gewerkschaftliche finanzielle Unterstützung für ihre Mitglieder (Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Teuerungshilfe) zu entwickeln.

Gleichzeitig hat sich das allgemeine kulturelle und wirtschaftliche Niveau der Massen ständig gehoben, und die Anforderungen, die von den einfachen Mitgliedern an die Gewerkschaftsverbände gestellt werden, sind schnell gewachsen.

Trotz der zweifellos großen Erfolge auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit sind die Gewerkschaften nicht immer den Forderungen gerecht geworden, welche die in kultureller Beziehung

schnell wachsende Masse an sie gestellt hat. Die mit verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Arbeiten überlasteten Gewerkschaften konnten häufig nicht mit der gesamten Arbeit fertig werden, waren einseitig und setzten zeitweise ihre wichtigste und hauptsächlichste Aufgabe - den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der in ihnen vereinten Massen und die intensive Arbeit an der Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus - an zweite Stelle.

Dies führte seinerseits unweigerlich dazu, daß die Forderungen und Bedürfnisse der breiten Arbeitermassen von den Gewerkschaften nicht genügend beachtet wurden, daß die Methode des Kriegskommunismus wieder erstanden und daß die wichtigsten Einzelheiten der gewerkschaftlichen Arbeit nicht genügend Beachtung fanden; d.h., es führte zu einer achtlosen und zeitweisen liederlichen Verausgabung von Mitgliedsbeiträgen, zu Erscheinungen des Formalismus und Bürokratismus.

Das ZK stellt fest, daß sich die Gewerkschaften bei der Wiederherstellung der Wirtschaft und der Industrie in den Fällen große Verdienste erworben haben, wenn diese Arbeit der Gewerkschaften entsprechend der Resolution des XI. Parteitages verlief, es billigt die Ausweitung dieser Arbeit dadurch, daß breite Arbeitermassen über die Produktionsberatungen zu ihr herangezogen werden und hält es für dringend notwendig, diese Arbeit weiterhin in jeder Weise zu vertiefen und zu entwickeln.

Gleichzeitig hält das ZK die einseitige sogenannte "wirtschaftliche Abweichung" für schädlich, die einzelne Gewerkschaftsorganisationen zeigen und die in Versuchen zum Ausdruck kommt, sich ohne Kompetenz unmittelbar in die Leitung und Verwaltung der Betriebe einzumischen, die Gewerkschaftsfunktionen mit wirtschaftlichen zu vermengen sowie darin, daß die Gewerkschaftsorgane und ihre Vertreter unterschiedlich alle Maßnahmen und Vorschläge der Verwaltung der Wirtschaftsorgane vor den Arbeitern verteidigen.

Das ist deshalb besonders schädlich und gefährlich, weil es die Gewerkschaften in ein Anhängsel, eine Politabteilung bei den Wirtschaftsorganen verwandelt und dazu führt, daß sie ihre wichtigste Funktion - Vertreter und Verteidiger der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu sein - verliert und in das Verwaltungs-

system der Industrie das Element einer schädlichen Dualität und Verantwortungslosigkeit hineinträgt.

In einer Reihe wirtschaftlicher Konflikte im Frühjahr 1925 traten Abweichungen und Mängel der Gewerkschaftsarbeit sowie die Losgelöstheit einiger Gewerkschaftsorgane von den Massen und die Schwächung der Gewerkschaftsdisziplin besonders klar zutage.

Gleichzeitig zeigten sich trotz der wiederholten Beschlüsse der Parteitage, Konferenzen und trotz der Anweisung des ZK der KPR Mängel in der Anleitung der Fraktionen der Gewerkschaftsorganisationen durch die Parteiorgane.

Neben einer kleinlichen Einmischung der Parteiorgane in die laufende Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen zeigte es sich, daß die Auswahl der leitenden Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen nicht ernsthaft vorgenommen wurde, daß sie häufig abgelöst wurden, bisweilen unter Verletzung der gewerkschaftlichen Demokratie, daß die meisten Fragen über Arbeitsbedingungen, Arbeitslohn, Kollektivverträge den Parteiorganen zur Beschlußfassung übertragen wurden, wodurch man die normalen Methoden der Gewerkschaftsarbeit verletzte und die Autorität der Gewerkschaften in den Augen der breiten Arbeitermassen herabminderte.

Diese Abweichungen und Fehler, die eine Reihe örtlicher Parteiorganisationen in der Anleitung der Gewerkschaftsfraktionen durch die Partei gemacht haben, waren in bedeutendem Maße bedingt durch die Schwierigkeiten im Kampf für die Wiederherstellung der Industrie und die Steigerung der Arbeitsproduktivität; sie sind heute, da unzweifelhaft immer größer werdende Erfolge in allen Zweigen der Volkswirtschaft vorhanden sind, besonders unzulässig.

Das Zentralkomitee der KPR erinnert alle Parteiorganisationen daran, daß die Gewerkschaften breite Organisationen der parteilosen Arbeitermassen sind und daß ihre gesamte Arbeit nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn ihr die Methode der Überzeugung, der kameradschaftlichen Disziplin und die Entwicklung der breiten Initiative der in ihnen vereinigten Mitglieder in allen Zweigen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zugrunde gelegt wird. In den Gewerkschaften muß die gesunde Arbeiterdemokratie am vollkommensten verwirklicht werden. In bezug auf die Gewerkschaften sind Methoden des Kommandierens und der kleinlichen Bevormundung

am unzulässigsten.

Neben den Aufgaben zur Belebung der Sowjets und zur Entwicklung der innerparteilichen Demokratie hat die Partei die Aufgabe, an der Gesundheit, Stärkung und Festigung der Gewerkschaften zu arbeiten, an der Stärkung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Demokratie sowie an der allseitigen Hebung der Autorität der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften wurden von unserer Partei geschaffen und aufgebaut. Unter Führung der Partei sind sie gewachsen und haben bedeutende Erfolge errungen. Ihre Errungenschaften und Mängel sind Errungenschaften und Mängel unserer Partei und der Sowjetmacht, deren Stütze die Gewerkschaften darstellen.

In den Gewerkschaften hat die Partei einen mächtigen Apparat, um den kommunistischen Einfluß auf die gesamte Masse der parteilosen Arbeiter und über die letzteren auf viele Millionen Bauern zu verwirklichen und ihre Politik unter ihnen durchzuführen.

Diese ihre Rolle können die Gewerkschaften nur erfolgreich erfüllen, wenn sie durch die gesamte Partei als Ganzes unterstützt werden und wenn die parteilosen Arbeiter zu den Gewerkschaften als den Organen, die berufen sind, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, unbedingtes Vertrauen haben. Die Partei und ihre Organe sollen mit allen Mitteln dazu beitragen, daß jeder parteilose Arbeiter seine Gewerkschaft als seine Gewerkschaftsorganisation betrachtet, die von ihm gewählt und kontrolliert wird und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Nur wenn diese Bedingungen eingehalten werden, können die Gewerkschaften ihre Rolle als Schule des Kommunismus erfüllen.

Das ZK hält es für notwendig, alle Parteiorganisationen darauf hinzuweisen, daß sie gegenüber den Gewerkschaften aufmerksamer, hellhöriger und behutsamer sein und die Methoden der Anleitung durch die Partei in dieser Richtung ändern müssen. Kommandieren und kleinliche Bevormundung ist auf keinen Fall zulässig.

Deshalb soll die gesamte Anleitung der Gewerkschaften durch die Partei über die Fraktionen und Gruppen der Kommunisten in den Gewerkschaften durchgeführt werden.

Die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, die dem Auf-

bau der Gewerkschaften in der UdSSR und der gewerkschaftlichen Disziplin zugrunde gelegt sind, müssen unverzüglich von allen, sowohl von den in den Gewerkschaften arbeitenden Parteimitgliedern als auch von den Parteiorganisationen, unterstützt und gefestigt werden.

Das ZK der KPR ist der Ansicht, daß eine der nächsten Aufgaben der Gewerkschaften und aller Kommunisten darin besteht, die Arbeit zur Entwicklung neuer Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung zu verstärken und ein neues junges Gewerkschaftsaktiv zu schaffen, das die beste Garantie dafür bietet, daß sich keine Kaste der Gewerkschaftsbürokratie bilden kann.

Das ZK der KPR hält die Maßnahme für zweckmäßig, die der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion zur Sicherung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Demokratie auf der Grundlage der breiten Wählbarkeit, der Rechenschaftslegung, der Kontrolle durch die Massen und der öffentlichen Diskussion ergriffen hat und ruft alle Kommunisten auf, diese Maßnahmen mit allen Mitteln zu unterstützen und alles zu tun, damit sämtliche gewerkschaftliche Maßnahmen des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, des höchsten leitenden Organs der Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR, vollständig durchgeführt werden.

Das Plenum, das sich in Anbetracht des in der nächsten Zeit bevorstehenden Parteitages auf die vorliegende Resolution über die Arbeit der Gewerkschaften beschränkt, hält es für notwendig, auf die Tagesordnung des XIV. Parteitages ein allgemeines Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften zu setzen und beauftragt das Politbüro, unter Hinzuziehung der Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion entsprechende Thesen für den Parteitag auszuarbeiten.

An alle Organisationen, an alle Mitglieder der KPR(B)

Der XIV. Parteitag tritt unter den Bedingungen des sich entfaltenden Aufschwungs der Volkswirtschaft zusammen. Unsere staatliche Industrie - die Grundlage des sozialistischen Aufbaus - hat sich bedeutend gefestigt. In diesem Wirtschaftsjahr geht die staatliche Industrie dem Abschluß ihrer Wiederherstellungsperiode entgegen. Damit treten noch wichtigere Aufgaben - die Neuschaffung

der Industrie und gleichzeitig der gesamten Volkswirtschaft auf einer neuen höheren technischen Grundlage - auf die Tagesordnung. Das Wachstum der Industrie ist aufs engste mit der Hebung der Landwirtschaft verbunden, deren Aufschwung durch die von der Partei und der Sowjetmacht betriebene Politik erleichtert wird. Auch die Landwirtschaft hat, besonders im Zusammenhang mit der guten Ernte in diesem Jahr, den Weg der sich beschleunigenden Entwicklung der Produktivkräfte beschritten. Der Aufschwung in der Landwirtschaft erfaßt nicht nur die verhältnismäßig kleine wohlhabende Oberschicht des Dorfes, sondern auch die breiten Massen der Mittelbauern.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung begannen sich die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter- und Bauernmassen zu verbessern. Auf der Grundlage der Weiterentwicklung der Produktivkräfte des Landes wird die Möglichkeit gesichert werden, auf dem Wege zur Verbesserung der Lage der breiten Massen der Werktätigen weiter voranzuschreiten.

Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wächst auch die politische Aktivität des Proletariats und aller sozialen Schichten der Bauernschaft. Charakteristisch ist im Augenblick: erstens die bedeutend stärkere Teilnahme der Arbeiter am gesamten gesellschaftlichen Leben (in der Partei, den Gewerkschaften, Sowjets, Genossenschaften, am kulturellen Aufbau und an den Produktionsberatungen) und zweitens die immer stärkere Heranziehung der Bauernmassen zur Arbeit in den Sowjets, Genossenschaften und anderen Organisationen des Dorfes. Das erwähnte Wachstum der sozialen Differenzierung des Dorfes verstärkt die Aktivität der sozialen Gruppen der Bauernschaft. Es wächst die Aktivität der Kulaken. Es verstärkt sich die Aktivität der Massen der Mittelbauern. Es verstärkt sich die Aktivität der Dorfarmut, aber da sie am wenigsten auf die neuen Kampfbedingungen vorbereitet ist, bleibt sie in ihrer Aktivität und Organisiertheit hinter den anderen Schichten der Bauernschaft zurück. In einigen Orten wurde festgestellt, daß sich der Einfluß des Kulakentums bei den letzten Neuwahlen der Sowjets verstärkt hatte und daß es gleichzeitig die Parteiorganisationen nicht verstanden, die armen Schichten des Dorfes zusammenzuschließen, um gemeinsam mit der Mittelbauernschaft in den Sowjets und Genossenschaften den Hauptmassen der armen und Mittelbauern im Dorfe den ständigen Einfluß zu sichern.

Der Aufschwung der Wirtschaft und die wachsende Aktivität der Massen haben die von der Partei seit dem XIII. Parteitag durchgeführte Politik bestimmt. Folgende Aufgaben standen in dieser Zeit im Mittelpunkt der Politik der Partei:

a) Belegung der Sowjets in Stadt und Land, Einbeziehung der parteilosen Arbeiter in die Stadtsowjets, der Mittelbauern und Dorfarmut in die Arbeit der Sowjets auf dem Lande. Die Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Massen der Mittelbauernschaft - das ist die Hauptaufgabe, die unsere Partei hierbei stellt.

b) Belegung der Genossenschaften und besonders Entfaltung der Arbeit zur massenhaften Vergenossenschaftung der Bauern. Mit der Entfaltung des Warenumsatzes, der Verstärkung der Handelsbeziehungen des Dorfes mit der Stadt gewinnt die Aufgabe, die Genossenschaften auf dem Lande zu entwickeln, da sie das Hauptmittel zur Einbeziehung der Wirtschaft der Hauptmasse der Bauernschaft in den Strom der sozialistischen Entwicklung sind, immer größere Bedeutung.

c) Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats durch Erhöhung des Arbeitslohnes der Arbeiter; diese Erhöhung wird mit der Sicherung des Wachstums der Industrie und mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden. Hierbei erkennt die Partei, daß es wichtig ist, entsprechende Maßnahmen in Form einer planmäßigen Erhöhung des Arbeitslohnes durchzuführen. Im Zusammenhang hiermit gewinnt die Aufgabe, die Gewerkschaften zu beleben, die Aufgabe, die Verbindung mit den Massen zu festigen, die Aufgabe, durch die Gewerkschaften noch breitere Arbeitermassen (darunter auch die neuen Schichten der Arbeiter, die jetzt aus dem Dorfe in die sich entfaltenden Werke und Fabriken kommen) in den sozialistischen Aufbau einzuschalten, allergrößte Bedeutung.

d) Hilfe für die Dorfarmut sowohl hinsichtlich der Verbesserung ihrer materiellen Lage als auch besonders in politischer Beziehung, in dem man sie um die Partei zusammenschließt und die ärmsten Schichten des Dorfes im Interesse des erfolgreichen Kampfes unter den neuen im Dorfe entstandenen Bedingungen organisiert.

In der Resolution über die Arbeit unter der Dorfarmut hat das Plenum des ZK erneut die Notwendigkeit hervorgehoben, die Politik der Partei auf dem Lande richtig durchzuführen sowie auf

die Unzulässigkeit der beiden Abweichungen von dieser Politik hingewiesen. Die erste Abweichung besteht in der Unterschätzung der Kulakengefahr im Dorfe und im Zusammenhang hiermit in der Verschleierung der Klassengegensätze, die während der NÖP-Periode im Dorfe vorhanden sind. Diese Abweichung führt dazu, daß die Interessen der ärmsten Schichten des Dorfes vergessen werden und zeugt davon, daß man die Aufgaben der Partei bei der Organisierung der Dorfarmut nicht versteht. Die zweite Abweichung besteht darin, daß man vor der Kulakengefahr den Kopf verliert und die außerordentlich große Rolle des Mittelbauern, dieser Hauptbauernmasse des heutigen Dorfes, vergißt. Diese Abweichung führt zur Sprengung des Bündnisses der Arbeiter und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern und schafft damit die Gefahr einer Schwächung der Diktatur des Proletariats. Beide Abweichungen, die durch die Erfahrungen dieses Jahres völlig gerechtfertigt werden, drohen die Politik der Partei auf dem Lande zu untergraben. Deshalb führt die Partei einen entschiedenen Kampf gegen diese beiden Abweichungen und wird ihn weiter führen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Politik der Partei auf dem Lande im letzten Jahr zu einer bedeutenden Verbesserung der politischen Lage im Dorfe beigetragen und daß sich die Autorität der Sowjetmacht und der Partei unter den Bauernmassen gefestigt hat. Deshalb muß diese Politik, die in den Beschlüssen der XIV. Parteikonferenz am deutlichsten zum Ausdruck kam, unbedingt auch in Zukunft mit aller Sorgfalt und aller Aufmerksamkeit durchgeführt werden.

Die Politik der Belegung der Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften und Organisationen der Dorfarmut kann jedoch nur dann verwirklicht werden, wenn die Partei selbst die innerparteiliche Demokratie in der gesamten Arbeit ihrer Organisationen entfaltet. Es darf keinen Augenblick zugelassen werden, daß Parteiorganisationen in diesen allgemeinen Prozeß des Aufschwunges der Aktivität der Massen und der Belegung ihrer Organisationen hinter den Ereignissen zurückbleiben. Es muß erreicht werden, daß ausnahmslos alle Organisationen wirklich an der Spitze dieser Sache stehen und die führende Rolle der Partei unter den neuen Bedingungen verwirklichen. Die Politik, die Massenorganisationen des Proletariats und aller Werktätigen zu beleben, bedeutet, daß breitere Arbeiter-

und Bauernmassen zur aktiven Teilnahme an ihrer Arbeit herangezogen werden und daß neue und immer breitere leitende Kader im Prozeß dieser Arbeit entwickelt werden, durch welche die Partei in noch größerem Maße ihren ideologischen Einfluß und die Führung der Massen und des gesamten praktischen Aufbaues sichert. Die Kommunisten müssen an der gesamten sich entfaltenden Arbeit der Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften und Organisation der Dorfarmut äußerst aktiv teilnehmen. Dazu sind auch im Parteilieben selbst die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie konsequenter durchzuführen, die die selbständige Arbeit der Parteimassen entwickeln und zur immer stärkeren Heranbildung neuer aktiver Parteifunktionäre aus den Reihen der Industriearbeiter, Landarbeiter und werktätigen Bauern beitragen.

In der gegenwärtigen Periode beschäftigt sich die Partei mit der Vorbereitung zum XIV. Parteitag. In dieser Periode, da in den einzelnen Orten die Wahlen zu ihren Konferenzen stattfinden, da die Politik der Partei als Ganzes und die Arbeit der örtlichen Parteiorgane in allen Organisationen, angefangen von der Zelle, diskutiert werden wird, da die Neuwahlen der örtlichen leitenden Organe und danach die Wahlen zum XIV. Parteitag durchgeführt werden, in dieser Periode muß die innerparteiliche Demokratie mit aller Strenge und besonderer Konsequenz wirksam durchgeführt werden. Das bedeutet, daß die Parteimassen zu möglichst aktiver Teilnahme an der Erörterung und Entwicklung der Fragen herangezogen werden müssen, die auf dem Parteitag stehen, daß man die Neuwahlen zu den örtlichen leitenden Parteiorganen und die Wahlen zum Parteitag so durchführt, daß nicht etwa diese oder jene Kandidaten aufgezwungen werden und daß die notwendige Erneuerung und die Entsendung von neuen Kräften aus den Massen erreicht wird, sowohl in die leitenden Organe als auch auf die Parteikonferenzen und auf den Parteitag.

Zahlreiche außerordentlich wichtige Fragen sind auf die Tagesordnung getreten. Zu allen diesen Fragen hat jedes Parteimitglied etwas zu sagen. Es ist notwendig, daß diese Fragen auf unseren Versammlungen breit diskutiert werden, ohne Schablone, ohne bürokratisches Abtun der Kritik, sondern so, daß diese Kritik und die Zweifel aufmerksam berücksichtigt werden und daß man sich zu praktischen Vorschlägen aufmerksam verhält. Die Partei muß ihre

Arbeit unter den Massen und besonders in den Massenorganisationen der Werktätigen noch breiter entfalten. Die Partei muß darauf hinwirken, eine verstärkte Aktivität der Parteimassen im gesamten Parteilieben zu erreichen. Die Partei muß die noch stärkere Entwicklung immer neuer leitender Kader der Parteiorganisationen und der Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern fördern. Dazu muß die Partei entschlossener den Weg der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie beschreiten und damit gleichzeitig die Festigung der richtigen Leitung durch die Partei als Ganzes sichern.

Unter diesen Bedingungen wird die Vorbereitung zum XIV. Parteitag wirklich zur Belebung der gesamten Parteiarbeit und zur Verbesserung der Methoden der Anleitung durch die Partei beitragen, und der Parteitag wird diese Arbeit mit seinen Beschlüssen festigen. Die aktive Teilnahme der Parteimassen an der Ausarbeitung der Beschlüsse der gesamten Partei wird dann die bewußteste und erfolgreichste Verwirklichung der Beschlüsse des XIV. Parteitages sichern. Dadurch werden neben einer richtigen Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie sowohl die Anleitung der Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern, der Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften usw. durch die Partei als auch die innerparteiliche Leitung auf der Grundlage der bolschewistischen Einheit unserer Reihen, auf der Grundlage des Leninismus gefestigt werden.

Das Plenum des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Rußlands
(Bolschewiki).

"Prawda" Nr. 254, 237, 238 und
248 vom 6. November, 16., 17. und
29. Oktober 1925

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion
in Resolutionen und Beschlüssen
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954

B a n d VI

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten russischen
Ausgabe in III Teilen.

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40. Jahres-
tages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim
Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt. Nur für den internen Gebrauch.

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissen-
schaften beim Zentralkomitee der SED - Lehrstuhl für
Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus,
Lehrkabinett. Berlin 1957

I

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU vom XIV. Parteitag der KPdSU (B), Moskau, 18. - 31. Dezember 1925 bis zum Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 21. - 23. Oktober 1927.

Die Redaktion lag in den Händen der Genossin Ingrid Hagemann vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19-23, mitzuteilen.

II

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Der XIV. Parteitag der KPdSU (B), Moskau , 18. bis 31. Dezember 1925 | 1 - 101 |
| I. Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages | 3 |
| Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees | 3 |
| Zum Bericht der Zentralen Kontroll- kommission | 16 |
| Über die Arbeit der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion | 17 |
| Zum Rechenschaftsbericht der Zentra- len Revisionskommission | 28 |
| Zum Rechenschaftsbericht der Vertret- ung der KPdSU (B) im Exekutivkomitee der Komintern | 28 |
| Aufruf an alle Mitglieder der Lenin- grader Organisation | 29 |
| Über die "Leningradsckaja Prawda" ... | 32 |
| Über die Änderung des Parteistatuts | 32 |
| Über die Arbeit der Gewerkschaften . | 32 |
| Über die Arbeit des Komsomol | 58 |
| II. Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) | 78 |
| Plenum des ZK der KPdSU (B), 6. bis 9. April 1926 | 102 - 114 |
| Die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik | 102 |

| | |
|---|-----------|
| Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 14. bis 23. Juli 1926 | 115 - 145 |
| Die Resolutionen des Plenums | 116 |
| Über die Ergebnisse der Neuwahlen der Sowjets | 116 |
| Zum Fall Laschewitsch u.a. und über die Einheit der Partei | 132 |
| Zum Wohnungsbau | 141 |
| Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 23. und 26. Oktober 1926 | 146 - 147 |
| Beschluss des Plenums über die inner- parteiliche Lage im Zusammenhang mit der Fraktionsarbeit und der Verletzung der Parteidisziplin durch eine Reihe von Mitgliedern des ZK . | 146 |
| Die XV. Parteikonferenz der KPdSU (B), Moskau, 26. Oktober bis 3. November 1926 | 148- 204 |
| I. Die Resolutionen der Konferenz | 149 |
| Zum Bericht der Delegation der KPdSU (B) im EKKI | 149 |
| Über die wirtschaftliche Lage des Landes und die Aufgaben der Partei | 150 |
| Die Ergebnisse der Arbeit der Ge- werkschaften und ihre nächsten Auf- gaben | 175 |
| Über den Oppositionsblock in der KPdSU (B) | 201 |
| II. Grußadresse an die Kommunistische Partei Deutschlands | 202 |

IV

| | |
|--|---------------|
| Plenum des ZK der KPdSU (B), 7. bis 12. Februar 1927 | 205 - 226 |
| Resolutionen des Plenums | 205 |
| Über die Industriebauten im Jahre 1926/27 | 205 |
| Über die Senkung der Liefer- und Einzelhandelspreise | 207 |
| Über die Wahlen zu den Sowjets | 222 |
| Das Plenum des ZK der KPdSU (B), 13. bis 16. April 1927 | 227 |
| Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 29. Juli bis 9. August 1927 | 228 - 278 |
| Resolutionen des Plenums | 228 |
| Über die internationale Lage | 228 |
| Über die wirtschaftlichen Direktiven für das Jahr 1927/28 | 247 |
| Über die Arbeit der Zentralen Kon- trollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion | 260 |
| Über die Verletzung der Parteidis- ziplin durch Sinowjew und Trotzki . | 268 |
| Über den XV. Parteitag | 278 |
| Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (B), 21. bis 23. Oktober 1927 | 279 - 332 |
| Resolutionen und Beschlüsse des Plenums | 279 |
| Richtlinien zur Aufstellung des Fünfjahrplanes der Volkswirtschaft | 279 |

V

| | |
|---|-----|
| Über die Arbeit auf dem Lande | 305 |
| Über die Diskussion | 330 |
| Über den Ausschluß Sinowjews und Trotz- kis aus dem ZK der KPdSU (B) | 331 |

Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)

Moskau. 18. - 31. Dezember 1925

Auf dem Parteitag waren 665 Delegierte mit beschließender und 641 mit beratender Stimme anwesend, die 643 000 Parteimitglieder und 445 000 Kandidaten vertraten.

Tagesordnung des Parteitages:

1. Politischer Bericht des ZK;
2. Organisatorischer Bericht des ZK;
3. Bericht der Revisionskommission;
4. Bericht der ZKK;
5. Bericht der Vertretung der KPR(B) im Exekutivkomitee der Komintern;
6. Aktuelle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus;
7. Über die Arbeit der Gewerkschaften;
8. Über die Arbeit des Komsomol;
9. Über die Änderung des Parteistatuts;
10. Wahlen zu den zentralen Parteiorganen.

Den politischen Bericht des ZK gab auf dem Parteitag J.W. Stalin, den organisatorischen Bericht des ZK W.M. Molotow. Der XIV. Parteitag billigte die politische und organisatorische Linie des Zentralkomitees, den Kurs auf die Durchführung der sozialistischen Industrialisierung unseres Landes und beauftragte das ZK, einen entschlossenen Kampf für die völlige Einheit der Partei zu führen.

Gegen die Parteilinie trat auf dem XIV. Parteitag die von Sinowjew und Kamenev geführte "neue Opposition" auf, die die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande verneinte. Der Parteitag entlarvte das trotzkistisch menschenwistische Wesen der "neuen Opposition" und zeigte, daß die Sinowjew-Leute schlecht maskierte Trotzkisten waren.

In seinen Beschlüssen lehnte der Parteitag einmütig die Kapitulationspläne der Oppositionellen ab und beauftragte das

ZK, die sozialistische Industrialisierung unseres Landes zu entfalten und, gestützt auf die Dorfarmut, im Kampf gegen die kapitalistischen Elemente das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Mittelbauern zu festigen. Der Parteitag betonte, daß der Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR die Hauptaufgabe der Partei sei.

Der Parteitag nahm einen an alle Mitglieder der Leningrader Organisation gerichteten Aufruf an, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Sinowjew-Opposition das Vertrauen der Leningrader Organisation betrogen habe, da sie auf dem Parteitag entgegen dem Willen der Leningrader Organisation gegen die Parteilinie aufgetreten sei. Der Parteitag rief die Leningrader Organisation auf, jeglichen Versuchen, die Einheit der Partei zu untergraben, ein Ende zu bereiten.

Der XIV. Parteitag war der Parteitag der Industrialisierung. Er zeichnete deutlich den Weg des weiteren Kampfes für den Sozialismus vor und rüstete das Proletariat mit dem Glauben an den Sieg des sozialistischen Aufbaus aus.

Der Parteitag bestätigte die Umbenennung der KPR(B) in Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und nahm das neue Parteistatut an.

Der Parteitag wählte 63 Mitglieder und 43 Kandidaten in das ZK der KPdSU(B). Außerdem wurden 103 Mitglieder in die ZKK und 4 Mitglieder in die Zentrale Revisionskommission gewählt.

In das ZK wurden gewählt: Stalin, J.W.; Molotow, W.M.; Kalinin, M.I.; Woroschilow, K.J.; Kaganowitsch, L.M.; Ordshonikidse, G.K.; Kirow, S.M.; Derschinski, F.E.; Andrejew, A.A.; Mikojan, A.I.; Schwernik, N.M.; Badajew, A.J.; Skworzow-Stepanow, I.I.; Shdanow, A.A.; u.a.

Am 1. Januar 1926 fand das Plenum des auf dem XIV. Parteitag gewählten ZK der KPdSU(B) unter Teilnahme der Mitglieder des Präsidiums der ZKK und der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission statt. Das Plenum wählte die Exekutivorgane des ZK: das Politbüro, das Orgbüro und das Sekretariat.

I. Resolutionen und Beschlüsse des Parteitag

Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees

Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) billigt voll und ganz die politische und organisatorische Linie des ZK, die der Partei, der Arbeiterklasse und dem gesamten Lande einen allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft gesichert und die die Positionen des Sozialismus sowohl außerhalb als auch innerhalb des Landes gefestigt hat.

Außenpolitisch wurde die Sowjetunion dank dieser Politik von einer Reihe von kapitalistischen Staaten anerkannt. Sie schloß mit ihnen eine Reihe neuer Handelsverträge und Konzessionen ab, erweiterte ihren Außenhandelsumsatz und festigte ihre internationale Lage.

Dank eben dieser Politik war die Sowjetunion im Innern in der Lage, einen stabilen Staatshaushaltsplan zu gewährleisten, die Entfaltung der Industrie und die weitere Entwicklung der Landwirtschaft bei einer allgemeinen Erhöhung des Arbeitslohnes und der Arbeitsproduktivität schnell voranzutreiben, ihre Produktion fast auf den Vorkriegsstand zu bringen und den sozialistischen Elementen in der gesamten Volkswirtschaft eine ständig wachsende Rolle zu sichern.

Dank eben dieser Politik hat die Sowjetmacht das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gefestigt und die proletarische Führung in ihm gesichert. Sie hat die faktische Rolle und Bedeutung der Genossenschaften gehoben, breite Schichten der technischen und sonstigen Intelligenz auf der Basis des sozialistischen Aufbaus unter Führung des Proletariats zusammengeschlossen, die Zusammenarbeit der Völker der Sowjetunion gefestigt und, bei erfolgreicher Durchführung der Neueinteilung in Rayons, begonnen, den Gebieten, autonomen und Unionsrepubliken eine materielle wirtschaftliche Basis zu geben.

Der Parteitag stellt diese Erfolge fest, weist aber auch gleichzeitig auf die Fehler auf dem Gebiete der Getreideerfassung und des Außenhandels hin, die für unsere stabile Währung, dieser unbedingten Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Entwicklung,

eine Gefahr hervorriefen und die Passivität der Handelsbilanz zur Folge hatten. Der Parteitag billigt die Beschlüsse des ZK der Partei, die Anfang November dieses Jahres gefaßt wurden und diese Fehler korrigieren und beauftragt das ZK, die Arbeit der Volkskommissariate für Wirtschaft stärker anzuleiten und sorgfältig darauf zu achten, daß solche Fehler in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Im neuen Berichtsjahr beginnt die Partei ihre Arbeit unter neuen Verhältnissen sowohl der äußeren als auch der inneren Lage.

Auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen ist eine Festigung und Erweiterung der "Atempause" zu verzeichnen, die sich in eine ganze Periode des sogenannten friedlichen Zusammenlebens der UdSSR mit den kapitalistischen Staaten verwandelt hat, obgleich die Widersprüche zwischen diesen beiden Lagern nicht schwächer, sondern stärker werden. Das sichert sowohl die Möglichkeit des inneren Aufbaus als auch - in erster Linie dank der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland - gewisse Vorteile für die Beschleunigung dieses Aufbaus in der UdSSR. Andererseits erhöhen die wachsenden Verbindungen unserer Wirtschaft mit dem Weltkapitalismus unsere Abhängigkeit vom Letzteren, was eine ganze Anzahl neuer Gefahren nach sich zieht. Dies darf die Partei in ihrer Arbeit am sozialistischen Aufbau und an der Sicherung der notwendigen wirtschaftlichen Selbständigkeit für unser Land nicht außer acht lassen.

Innerhalb der kapitalistischen Länder ist eine relative Stabilisierung des Kapitalismus und eine verhältnismäßige Festigung der politischen Macht der europäischen Bourgeoisie zu bemerken; die Rolle der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist außerordentlich gewachsen und grenzt an finanzielle Welt hegemonie; die Bedeutung des Britischen Imperiums als Weltmacht schwindet allmählich. Es gibt Gegensätze zwischen den Besiegten und den Siegern im imperialistischen Krieg, Gegensätze im Lager der Sieger selbst und Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa; das gesamte System des Imperialismus wird durch die erwachenden kolonialen und halbkolonialen

Völker (China, Indien, Syrien, Marokko) untergraben, deren Bewegung, stellenweise in Form nationaler Befreiungskriege, ein gewaltiges, früher nie gekanntes Ausmaß erreicht hat; schließlich wächst, neue Formen annehmend, die Arbeiterbewegung in Europa und deren Verbindung mit dem Proletariat der UdSSR. (Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterdelegationen in die UdSSR usw.).

Die relative Stabilisierung und die sogenannte "Befriedung" Europas unter der Hegemonie des anglo-amerikanischen Kapitals haben zu einem ganzen System wirtschaftlicher und politischer Blocks geführt, deren letzte die Konferenz von Locarno und die sogenannten "Garantieverträge" sind, die gegen die UdSSR gerichtet sind. Diese Blocks und Verträge, die getarnt werden durch den angeblich pazifistischen Völkerbund und durch das verlogene Geschrei der II. Internationale über Abrüstung, bedeuten im Grunde genommen nichts anderes als die Verteilung der Kräfte für einen neuen Krieg. Gegen diese unter anglo-amerikanischer Hegemonie stehenden Blocks der kapitalistischen Staaten und dem damit verbundenen wahnsinnigen Anwachsen der Aufrüstung, die die Gefahr neuer Kriege, darunter auch die Gefahr der Intervention in sich bergen, richtet sich die zunehmende Annäherung des Proletariats der führenden Länder an das Proletariat der UdSSR, vor allem unter der Losung des Kampfes für den Frieden, gegen neue imperialistische Kriege und bewaffnete Überfälle auf die UdSSR.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände beauftragt der Parteitag das ZK, sich in seiner Politik von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

a) das Bündnis des Proletariats der UdSSR, der Basis der Weltrevolution, mit dem westeuropäischen Proletariat und den unterdrückten Völkern ist mit allen Mitteln zu festigen und dabei Kurs auf die Entwicklung und den Sieg der internationalen proletarischen Revolution zu halten;

b) es ist eine Friedenspolitik durchzuführen, die im Mittelpunkt der gesamten Außenpolitik der Regierung stehen

und alle ihre grundlegenden Aktionen bestimmen muß;

c) der wirtschaftliche Aufbau ist unter dem Gesichtspunkt durchzuführen, daß die UdSSR aus einem Lande, das Maschinen und Fabrikausrüstungen einführt, verwandelt wird in ein Maschinen und Fabrikausrüstungen produzierendes Land, damit sich unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung die UdSSR auf keinen Fall in ein wirtschaftliches Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft verwandeln kann, sondern eine selbständige Wirtschaftseinheit bildet, die sozialistisch aufgebaut und dank ihrem ökonomischen Wachstum fähig ist, ein mächtiges Mittel zur Revolutionierung der Arbeiter aller Länder und der kolonialen und halbkolonialen unterdrückten Völker zu sein;

d) nach Möglichkeit sind wirtschaftliche Reserven bereitzustellen, die das Land sowohl auf dem Binnen- als auch auf dem Weltmarkt gegen alle und jegliche Zufälligkeiten schützen können;

e) es sind alle Maßnahmen zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und zur Stärkung der Macht der Roten Armee, der Roten Marine und Luftflotte zu ergreifen.

Auf dem Gebiete des ökonomischen Aufbaus geht der Parteitag davon aus, daß unser Land, das Land der Diktatur des Proletariats, "alles für die Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft Notwendige" besitzt.¹⁾ Der Parteitag ist der Auffassung, daß der Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR die Hauptaufgabe unserer Partei ist. Das Berichtsjahr hat die Richtigkeit dieser Thesen vollkommen bewiesen. Noch vor dem Machtantritt des Proletariats in anderen Ländern, wenn auch zweifellos mit seiner Unterstützung, hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft, ohne die sogenannte "Hilfe" von seiten des ausländischen Kapitals und im unentwegten Kampf gegen das Privatkapital in unserem Land, bereits die ersten wesentlichen Erfolge beim sozialistischen Aufbau errungen.

1) Lenin, Werke Bd.33, S.428 (russ.)

Hiervon ausgehend beauftragt der Parteitag das ZK, sich in der Wirtschaftspolitik von folgenden Direktiven leiten zu lassen:

a) In den Vordergrund die Aufgabe der allseitigen Sicherung des Sieges der sozialistischen Wirtschaftsformen über das Privatkapital zu stellen, das Außenhandelsmonopol zu festigen, die sozialistische staatliche Industrie zu erweitern und unter ihrer Führung und mit Hilfe der Genossenschaften eine immer größere Masse bäuerlicher Wirtschaften zum sozialistischen Aufbau heranzuziehen;

b) der UdSSR die wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern, da sie die UdSSR vor ihrer Verwandlung in ein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft bewahrt, und deshalb Kurs zu nehmen auf die Industrialisierung des Landes, die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln und die Bildung von Reserven, um wirtschaftlich manövrieren zu können;

c) auf der Grundlage der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz das Wachstum der Produktion und des Warenumsatzes im Lande allseitig zu fördern;

d) alle Ressourcen auszunutzen, die strengste Sparsamkeit bei der Verausgabung staatlicher Mittel zu beachten, die Umlaufgeschwindigkeit in der staatlichen Industrie, im Handel und in den Genossenschaften zu erhöhen, um das Tempo der sozialistischen Akkumulation zu steigern;

e) unsere sozialistische Industrie auf der Grundlage eines erhöhten technischen Niveaus zu entwickeln, dies jedoch in strenger Übereinstimmung sowohl mit der Kapazität des Marktes als auch mit den finanziellen Möglichkeiten des Staates;

f) mit allen Mitteln die Entwicklung der örtlichen sowjetischen Industrie (Rayon, Okrug (Bezirk), Gouvernement, Oblast (Gebiet), Republik) zu fördern und in jeder Weise die örtliche Initiative bei der Organisation dieser Industrie, die auf die Befriedigung der verschiedensten Bedürfnisse der Bevölkerung im allgemeinen und der Bauernschaft im besonderen gerichtet ist, zu wecken;

Das vergangene Jahr war gekennzeichnet durch ein stürmisches Wachstum der Volkswirtschaft im Ganzen, durch die Annäherung an den Vorkriegsstand und durch das Wachstum der einzelnen Wirtschaftszweige: der Industrie, der Landwirtschaft, des Transports, des Außenhandels, des Binnenhandels, des Kreditsystems und der Banken, der staatlichen Finanzen usw. Innerhalb der Volkswirtschaft ist bei aller Vielfalt ihrer Bestandteile (bäuerliche Naturalwirtschaft, kleine Warenproduktion, Privatkapitalismus, Staatskapitalismus und Sozialismus) der Anteil der sozialistischen Industrie, des staatlichen und genossenschaftlichen Handels, des nationalisierten Kredits und anderer Kommandohöhen des proletarischen Staates stark im Wachsen begriffen.

Somit geht auf der Basis der Neuen Ökonomischen Politik eine wirtschaftliche Offensive des Proletariats und eine Vorwärtsbewegung der Wirtschaft der UdSSR in Richtung auf den Sozialismus vor sich. Die staatliche, sozialistische Industrie wird immer mehr zum Vortrupp der Volkswirtschaft, der diese in ihrer Gesamtheit führt.

Der Parteitag stellt fest, daß ohne die aktive Teilnahme der breiten Arbeitermassen an der allgemeinen Arbeit zum Aufbau der sozialistischen Industrie (Kampagne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Produktionsberatungen usw.) diese Erfolge nicht hätten erreicht werden können.

Gleichzeitig entwickeln sich jedoch auch besondere Widersprüche dieses Wachstums und spezifische Gefahren und Schwierigkeiten, die durch dieses Wachstum bestimmt werden. Dazu gehören: das absolute Wachstum des Privatkapitals bei relativer Verminderung seiner Rolle, insbesondere des privaten Handelskapitals, das seine Tätigkeit auf die Versorgung des Dorfes umstellt; das Anwachsen der Kulakenwirtschaften im Dorfe zusammen mit der verstärkten Differenzierung des letzteren; das Anwachsen der neuen Bourgeoisie in den Städten, die bestrebt ist, sich in ihrem Kampf um die Unterwerfung der Mittelbauernwirtschaften ökonomisch an den kapitalistischen Handel und an die Kulakenwirtschaften anzuschließen.

g) die Entwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen und voranzutreiben, und zwar die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur, die Entwicklung der technischen Kulturen, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik (stärkerer Einsatz von Traktoren), die Industrialisierung der Landwirtschaft, die rationelle Ausnutzung des Bodens und die allseitige Unterstützung der verschiedenartigen Formen der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß eine der notwendigen Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgaben der Kampf gegen den Unglauben an den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande und gegen die Versuche ist, unsere Betriebe, die Betriebe von "konsequent-sozialistischem Typ" (Lenin) sind, als staatskapitalistische Betriebe zu betrachten. Solche ideologischen Strömungen, die eine bewußte Einstellung der Massen zum Aufbau des Sozialismus überhaupt und der sozialistischen Industrie im besonderen unmöglich machen, sind nur dazu geeignet, das Wachstum der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft zu hemmen und den Kampf des Privatkapitals gegen sie zu erleichtern. Der Parteitag hält deshalb eine breite Erziehungsarbeit für die Überwindung dieser Verfälschungen des Leninismus für erforderlich.

Auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen den Klassen stellt der Parteitag folgende wichtigste Erscheinungen fest, die ihrem Wesen nach durch die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR bestimmt werden: Wachstum des Industrieproletariats, Stärkung der Kulaken im Dorfe, Wachstum einer neuen Bourgeoisie in der Stadt und Aufschwung der Aktivität aller Klassen und Gruppen in unserem Lande. Eine der Hauptformen des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Zeit ist der Kampf zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Elementen der Wirtschaft, der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um den Einfluß auf die Hauptmasse der Bauernschaft. Dieser Kampf findet seinen politischen Ausdruck hauptsächlich in den Versuchen der Kulaken im Dorfe, die Schichten der Mittelbauern für sich zu gewinnen und somit die Sowjets unter ihren Einfluß zu bringen.

Wenn die Dorfarmut und vor allem die Landarbeiter die Stütze des Proletariats auf dem Lande sind, so ist und muß der Mittelbauer sein fester Bundesgenosse sein. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß durch die Vernichtung des gutsherrlichen Landbesitzes und den Übergang der gutsherrlichen Ländereien in die Hände der Bauernschaft, durch die Politik der Komitees der Dorfarmut und der Entkulakisierung im Dorfe und schließlich durch die Herauslösung des Bodens aus dem Warenumschlag (Nationalisierung des Bodens) die mittelbäuerlichen Schichten außerordentlich gestärkt worden sind und daß diese Schichten ungeachtet des Differenzierungsprozesses heute die Hauptmasse der Bauernschaft darstellen. Wenn man diese Massen nicht als festen Verbündeten hat oder sich nur auf ihre Neutralisierung beschränkt, so ist es jetzt, nach der Festigung der proletarischen Diktatur, unmöglich, den Sozialismus aufzubauen. Denn das wesentlichste Mittel zum Aufbau des Sozialismus im Dorfe besteht darin, bei stärkerer wirtschaftlicher Führung von Seiten der sozialistischen staatlichen Industrie, der staatlichen Kreditinstitute und der anderen Kommandohöhen, die sich in den Händen des Proletariats befinden, die Hauptmasse der Bauernschaft in die genossenschaftliche Organisation einzubeziehen und dieser Organisation eine sozialistische Entwicklung zu sichern, indem ihre kapitalistischen Elemente benutzt, überwunden und verdrängt werden. Deshalb führt jede Unterschätzung des Mittelbauern, das Nichterkennen seiner außerordentlich wichtigen Rolle und der Versuch, die Partei von der Losung des festen Bündnisses mit ihm zur veralteten Losung seiner Neutralisierung, und "der Furcht vor dem Mittelbauern" abzudrängen, objektiv zur Untergrabung der proletarischen Diktatur, weil dadurch der Block der Arbeiter und Bauern gesprengt wird.

Der Kampf gegen das Kulakentum muß sowohl durch die Organisation der Dorfarmut gegen den Kulaken als auch durch die Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern geführt werden, um den Mittelbauern vom Kulakentum loszureißen und den Kulaken zu isolieren.

Der Parteitag billigt voll und ganz die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz zur Bauernfrage (darunter die Beschlüsse über die Erweiterung der Pachtrechte und des Rechts zur Einstellung von Lohnarbeitern, über die Hilfe für die Heimindustrie, über den Übergang vom System des administrativen Druckes zum wirtschaftlichen Wettbewerb und zum wirtschaftlichen Kampf, über die Belebung der Sowjets usw.), die darauf gerichtet sind, die Politik der Partei bei der Festigung der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft weiter zu verbessern. Der Parteitag stellt fest, daß nur diese Wendung der Parteipolitik, die sich aus den veränderten Beziehungen zwischen den Klassen ergibt, die Lage im Dorfe grundlegend verbessert, die Autorität des Proletariats und seiner Partei unter der Bauernschaft gehoben und eine feste Basis für die breite organisatorische Arbeit zur Heranziehung der Bauernschaft zum sozialistischen Aufbau geschaffen hat.

Gleichzeitig billigt der Parteitag voll und ganz die Beschlüsse des Oktoberplenums des ZK über die Arbeit unter der Dorfarmut. Nur in dem Maße, wie der Aufschwung der Produktivkräfte des Dorfes - unter den heutigen Bedingungen der verstärkten Aktivität aller Klassengruppierungen - von der Organisation der wirtschaftlich schwachen Bauern und der Landarbeiter begleitet sein wird, werden die richtigen Wechselbeziehungen zwischen den Klassenkräften und die führende Stellung des Industrieproletariats gesichert sein. Der Parteitag billigt die Beschlüsse des ZK über die materielle Hilfe für die Dorfarmut und über die Organisation von Gruppen der Dorfarmut und hebt hervor, daß es sich hier weder um die Rückkehr zu den Komitees der Dorfarmut, noch um die Rückkehr zu dem während der Periode des Kriegskommunismus bestehenden System des Druckes, zu der Praxis der "Entkulakisierung" usw. handelt. Es handelt sich um die Organisation der Dorfarmut, die mit Hilfe der Partei und der Staatsmacht im Kampf an der wirtschaftlichen und politischen Front (Kollektivwirtschaften, Artels, Genossenschaften, Kooperationen, Bauernkomitees und Sowjets) die Reste der Psychologie der materiellen Abhängigkeit überwinden, den Weg des organisierten Klassenwiderstandes gegen den Kulaken beschreiten und sich in eine

Das Unvermögen, die Wichtigkeit des Kampfes auf diesen beiden Linien zu verstehen, ist verbunden mit den zwei Abweichungen von der richtigen durch die XIV. Parteikonferenz und das Oktoberplenum des ZK vorgezeichneten Parteilinie.

Der Parteitag verurteilt entschieden die Abweichung, die in der Unterschätzung der Differenzierung im Dorfe besteht und die die Gefahren nicht sieht, die mit dem Anwachsen des Kulakentums und der verschiedenen Formen der kapitalistischen Ausbeutung verbunden sind, die nicht begreifen will, wie notwendig es ist, dem Kulakentum die Spitze zu bieten und seine Ausbeuterbestrebungen einzuengen, und die ferner nicht sieht, daß die Partei des Proletariats die Pflicht hat, die Dorfarmut und die Landarbeiter im Kampf gegen den Kulaken zu organisieren und zusammenzuschließen.

Aber gleichzeitig verurteilt der Parteitag genauso entschieden die Versuche, die grundlegende Frage der kommunistischen Politik auf dem Lande zu vertuschen, die Frage des Kampfes um den Mittelbauern, der zentralen Figur in der Landwirtschaft, und die Frage um die Vergenossenschaftung als die grundlegende organisatorische Form der Bewegung des Dorfes zum Sozialismus.

Der Parteitag hebt besonders die Notwendigkeit des Kampfes gegen diese letzte Abweichung hervor. Während die Partei auf den unmittelbaren Kampf gegen den Kulaken und auf die Überwindung der ersten Abweichung verhältnismäßig gut vorbereitet ist, ist die Überwindung der zweiten Abweichung eine weit schwierigere Aufgabe, denn ihre Überwindung erfordert kompliziertere Kampfmethoden, die Verbindung der politischen Isolierung des Kulakentums mit der Heranziehung der Hauptmasse der Bauernschaft zum sozialistischen Aufbau. Das ist um so notwendiger, als unter den gegenwärtigen Bedingungen diese zweite Abweichung die Gefahr in sich birgt, daß man zur Politik der Entkulakisierung zurückkehrt, daß die heutige Parteilinie auf dem Lande untergraben wird, die schon wesentliche politische Erfolge gesichert hat, und daß das Bündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft gesprengt und somit unsere gesamte Aufbauarbeit zum Scheitern gebracht wird.

zuverlässige Stütze der proletarischen Politik in ihrem Kampf für den Zusammenschluß der Mittelbauern um das Proletariat verwandeln soll.

Der Parteitag stellt fest, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften sowohl in ihrer wirtschaftlichen Arbeit als auch bezüglich der Einbeziehung der Massen und der richtigen sozialistischen Leitung immer noch weit davon entfernt sind, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Der Parteitag verpflichtet alle Parteimitglieder, äußerst aufmerksam die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu verfolgen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr ein richtiges Wachstum sichern.

Die zunehmende Aktivität der Massen neben der zunehmenden Aktivität aller Klassengruppen und Schichten ist selbst auf der Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwungs zu einem Faktor von erstrangiger politischer Wichtigkeit geworden. Das Proletariat und seine Partei, die grundlegende führende gesellschaftliche Kraft, müssen dieses Wachstum für eine noch stärkere Einbeziehung der Massen in den Prozeß des sozialistischen Aufbaus an allen Fronten dieses Aufbaus und für den Kampf gegen den Bürokratismus des Staatsapparates ausnutzen. In den Städten hat die anwachsende Aktivität der Massen ihren Ausdruck in der Belebung der Stadt-sowjets, der Gewerkschaften, Arbeitergenossenschaften usw. gefunden. Auf dem Lande hat die verstärkte Aktivität der mittelbäuerlichen Massen und der Massen der armen Bauern ihren Ausdruck in der Belebung der Sowjets und der Genossenschaften gefunden. Der Parteitag hebt noch einmal hervor, daß es unter den augenblicklichen Bedingungen unmöglich ist, die Diktatur des Proletariats mit den Methoden des Kriegskommunismus und des administrativen Druckes zu festigen, daß es unmöglich ist, die Genossenschaften ohne Freiwilligkeit, ohne Rechenschaftspflicht der wählbaren Organe gegenüber den Wählern und ohne das Vertrauen der Mitglieder zu diesen Organen aufzubauen, daß die Belebung der Sowjets und ihre wachsende Verbundenheit mit den breiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung die unbedingte Voraussetzung für die gesamte weitere Arbeit der Partei und der Sowjetmacht ist.

Die Belebung der Dorfsowjets und der Genossenschaften, die die Initiative und Aktivität der Bauernschaft zur Entfaltung bringt, setzt - vom Standpunkte der Erhaltung und Festigung der proletarischen Führung - die Belebung und den Zusammenschluß, die wachsende Aktivität und die Stärkung der Organisationen des Proletariats voraus. Nur unter dieser Bedingung kann die proletarische Diktatur gefestigt und die Durchführung einer vom Standpunkte des Sozialismus richtigen politischen Linie gesichert werden. Hieraus resultiert vor allem die Lösung der Belebung der Gewerkschaften, dieser Massenorganisation der Arbeiter, die bestrebt ist, das gesamte Proletariat ohne Ausnahme zu erfassen. Die gewerkschaftliche Demokratie soll diejenige Methode sein, die die Teilnahme der Massen an ihrer allgemeinen Arbeit erleichtert, die Möglichkeiten für die Auswahl neuer Kader erweitert, den leitenden Funktionärstab der Gewerkschaftsorganisationen erneuert und sowohl den klassenmäßigen Zusammenschluß als auch die Hebung des Klassenbewußtseins der proletarischen Massen fördert.

Um diese gesamte Arbeit zur Belebung der Massenorganisationen des Proletariats und der Bauernschaft in der richtigen Weise durchzuführen, ist es notwendig, daß auch die führende Kraft dieser Organisationen, d.h. die KPdSU, in allen ihren Teilen den Weg der konsequenten innerparteilichen Demokratie beschreitet. Der Parteitag billigt den Aufruf des Oktoberplenums des ZK über die innerparteiliche Demokratie und empfiehlt den Parteiorganisationen, folgende Aufgaben auf diesem Gebiete zu beachten:

a) Die Hebung der Aktivität der breiten Parteimassen bei der Diskussion und der Lösung der wichtigsten Fragen der Parteipolitik;

b) die konsequente Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit der leitenden Parteiorgane, wobei neue Kräfte zur leitenden Arbeit heranzuziehen sind, die Erweiterung des Parteiaktivs und die Bildung neuer Parteikader zur Unterstützung der alten;

c) die Hebung der Qualifikation des Parteiaktivs, insbesondere die Hebung seines theoretischen Niveaus;

d) die Verbreitung der Grundlagen der Leninschen Lehre in den breitesten Kreisen der Partei.

Die Festigung der Partei und die Stärkung ihrer führenden Rolle auf allen Gebieten unserer Aufbauarbeit, die in der augenblicklichen komplizierten Lage notwendiger ist als je zuvor, setzt auch eine richtige Regulierung der Zusammensetzung der Partei voraus. Der Parteitag hält es für notwendig, auf diesem Gebiete eine Politik zu betreiben, die auf die Hebung der qualitativen Zusammensetzung der Parteiorganisationen, auf die immer stärkere Einbeziehung von Arbeitern in die Partei und die ständige Erhöhung des prozentualen Anteils des proletarischen Partei-kernes gerichtet ist. Gleichzeitig bestätigt der Parteitag die Notwendigkeit, die beschlossenen Maßnahmen zur Einschränkung der Aufnahme von nichtproletarischen Elementen in die Partei strikt durchzuführen und lehnt eine Politik ab, die zu einer übermäßigen Aufblähung der Reihen der Partei und ihrer Anfüllung mit halbproletarischen Elementen führt, die noch nicht durch die Schule der Gewerkschaften und der proletarischen Organisationen überhaupt gegangen sind. Der Parteitag verurteilt solche Versuche, da sie nichts mit dem Leninismus gemein haben, das richtige Verhältnis zwischen der Partei (dem Vortrupp der Klasse) und der Klasse ablehnen und die kommunistische Führung unmöglich machen.

Die führende Rolle der Partei kann nur bei absoluter Einheit des Willens, bei Geschlossenheit der Reihen der Partei und bei Wahrung und Festigung der bolschewistischen proletarischen Disziplin in der Partei völlig gesichert sein.

Der Parteitag billigt die Politik des ZK, die darauf gerichtet war, keine öffentliche Diskussion mit einigen Führern der Leningrader Organisation und ihren einzelnen dem ZK angehörenden Gesinnungsgenossen zuzulassen, sondern die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten im Kreise der Beteiligten anzustreben und die kollektive Leitung der Partei zu sichern.

Der Parteitag beauftragt das ZK, einen entschlossenen Kampf gegen jegliche Versuche zu führen, die Einheit der Partei zu untergraben, ganz gleich, von wo sie auch ausgehen und von

wem sie geleitet werden. Der Parteitag bringt seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Leningrader Organisation in den ersten Reihen der Kämpfer für die Geschlossenheit und Einheit unserer Leninistischen Partei stehen wird, für die Einheit, die um jeden Preis erhalten und gefestigt werden muß.

.....

Der Parteitag begrüßt die Festigung der Verbindungen zwischen dem Proletariat der Sowjetunion und dem Proletariat aller Länder.

Der Parteitag sieht hierin den wachsenden Einfluß der Sowjetunion als der Basis der internationalen Arbeiterbewegung. Der Parteitag empfiehlt dem ZK, auch in Zukunft mit allen Mitteln die Bande der internationalen Solidarität zu festigen, unter deren Zeichen die Diktatur des Proletariats geboren wurde, um ihre Herrschaft gekämpft und sich gefestigt hat.

Zum Bericht der Zentralen Kontrollkommission

Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) billigt vollkommen die Tätigkeit der Zentralen Kontrollkommission und bestätigt die von ihr eingebrachten Vorschläge über die Arbeit der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion.

Der Parteitag stellt fest, daß durch die Arbeit der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion eine Reihe von Verbesserungen in unserem Staatsapparat erzielt wurden.

Der Parteitag billigt besonders die Arbeit der ZKK im Kampf gegen die Verunreinigung der Partei durch fremde und zersetzte Elemente, insbesondere erkennt der Parteitag die von der ZKK durchgeführte Überprüfung der nicht mit der Produktion in Verbindung stehenden Parteizellen als richtig an.

Der Parteitag billigt die Stellung, die die ZKK in bezug auf die Erhaltung der Einheit der Partei und die Unterstützung der Leninschen Linie des ZK eingenommen hat.

Der Parteitag beauftragt die ZKK in ihrer neuen Zusammensetzung, einen noch entschlosseneren Kampf zu führen gegen ideologische Schwankungen und gegen Versuche, den einheitlichen Willen und die Disziplin der Partei zu zerstören und alle Maßnahmen zu ergreifen, die die konsequente und unbeirrte Durchführung der vom XIV. Parteitag angenommenen Beschlüsse sichern.

Über die Arbeit der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion

Die Verbindung mit den Massen und die innerparteiliche Demokratie

I. Aus dem gesamten Aufbau des Planes des Genossen Lenin zur Reorganisierung der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion ergibt sich ganz deutlich die Notwendigkeit, zur Arbeit an der Verbesserung des Staatsapparates die breiten Massen der Arbeiter und Bauern heranzuziehen. Wenn man nicht die Aufmerksamkeit dieser Massen auf diese Arbeit lenkt, wenn man sie nicht zur Verbesserung des Staatsapparates heranzieht und nicht neue Menschen aus diesen Massen auswählt, die die alten unverbesserten Beamten ablösen, kann von großen Errungenschaften in der Arbeit der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion gar keine Rede sein.

Die in der letzten Zeit zu beobachtende gewaltig zunehmende politische Aktivität der Arbeiterklasse und der ihr nahestehenden Schichten der Bauernschaft schafft eine günstige Situation für die Heranziehung dieser Massen zum Staatsaufbau. Die wichtigsten Massenorganisationen, mit denen die ZKK und ihre Organe um jeden Preis eine enge Verbindung herstellen müssen, sind die Gewerkschaften, die Produktionsberatungen und Wirtschaftskommissionen in den sowjetischen Behörden, die Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen, die Jugendorganisationen, die Sektionen der Sowjets usw. Die gesellschaftliche Initiative muß bedeutend breiter entfaltet werden. Die ZKK und ihre Organe sollen nicht nur die Schaffung aller möglichen freiwilligen Gesellschaften und Zirkel unter den Arbeitern und Bauern (z.B. Zirkel und Gesellschaften für technische Bildung, Agronomie, Erfindungswesen, Radio,

"Bücherfreunde" usw.) fördern, sondern sollen, nachdem sie sich mit ihnen in Verbindung gesetzt haben, darauf achten, welche neuen Kräfte sich hier in den verschiedenen Gebieten auszeichnen und sollen sie in dem Maße, wie sich ihre Qualifikation erhöht, allmählich fördern, indem sie sie zur Arbeit im Staatsapparat heranziehen.

Es ist ganz offensichtlich, daß diese wachsende Initiative der Massen in den Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften und freiwilligen Initiativgesellschaften es vor allen Dingen notwendig macht, in allen Organisationen die Initiative der Parteimitglieder maximal zu entwickeln und die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie tatsächlich zu verwirklichen. Nur unter dieser Voraussetzung können die Parteiorganisationen wirklich die stärker werdende Aktivität der Massen auf allen Gebieten leiten. Und Aufgabe der ZKK und ihrer Organe muß es sein, diese selbständige Tätigkeit der Parteimitglieder und die Initiative einzelner Parteiorganisationen anzuspornen. Insbesondere müssen die ZKK und ihre Organe bei der Bekämpfung krankhafter Erscheinungen in der Partei dem Kampf gegen die Verletzer der innerparteilichen Demokratie besondere Aufmerksamkeit widmen, indem sie die schuldigen Funktionäre zur Verantwortung ziehen.

Nachdem die ZKK eine enge Verbindung mit den Grundorganisationen der Partei und den gesellschaftlichen Organisationen hergestellt, deren Initiative und Aktivität geweckt und sie auf den Weg der lebendigen schöpferischen Arbeit geführt hat, muß sie es verstehen, die von unten kommenden örtlichen Erfahrungen zu berücksichtigen und ihre Verbindungen mit diesen Organisationen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auszunutzen, um in großem Maßstab neue Funktionäre auszuwählen und neue, junge und schöpferische Kräfte heranzubilden. Insbesondere müssen die ZKK und ihre Organe zu dem obengenannten Zweck aktiver vor den Massen auftreten und Rechenschaftsberichte über ihre Arbeit in den unteren Organisationen geben.

Die Auswahl der Mitarbeiter

II. Die Arbeit zur Auswahl von Mitarbeitern für die Staats- und Wirtschaftsorgane bleibt weiterhin eine äußerst wichtige Aufgabe der Partei bei der Leitung des Staates und der Wirtschaft. Die hierauf gerichtete Arbeit der Organe der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion bestand bisher hauptsächlich in der Reinigung des Staatsapparates von untauglichen Elementen. Jedoch die Überprüfung des Staatsapparates, die Verbindung der Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion mit den Kommissionen der Betriebskomitees und mit den Wirtschaftsbehörden, die Teilnahme der Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion an der Entwicklung neuer Funktionäre, - all das gibt den Organen der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion die Möglichkeit, den Parteiorganen zu helfen, ihre Aufgaben bei der Auswahl von Mitarbeitern zu erfüllen, indem sie solche unter ihnen aussuchen, deren Tätigkeit gezeigt hat, daß sie entsprechende Vorbildung besitzen, gewissenhaft in der Arbeit sind und über entsprechende Kenntnisse verfügen usw.

Deshalb muß es in Zukunft in größerem Maße als bisher die Aufgabe der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion sein, die entsprechenden Partei- und Sowjetorgane bei der Auswahl von Mitarbeitern für den Wirtschafts- und den Staatsapparat aktiv zu unterstützen.

Entwicklung neuer Kader

III. Der Parteitag ist der Meinung, daß die Heranbildung neuer Funktionäre für die Verbesserung des Staatsapparates von größter Bedeutung ist, da er auf diese Weise seinem Ziel, wirklich für die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zu arbeiten, näherkommt. Deshalb beauftragt er die Organe der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion, den entsprechenden Parteikomitees aktiv zu helfen, diese Frage in allen Behörden zu regeln sowie die Arbeitserfahrungen der aus Arbeiter- und Bauernkreisen entwickelten Kader auszuwerten.

Die ZKK und die Arbeiter- und Bauerninspektion müssen ihre Arbeit darauf einstellen, daß sie sich bei der Überprüfung und beim Studium des Staatsapparates immer mehr in eine wirkliche Schule verwandeln, die aus den zur Arbeit in der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion herangezogenen Arbeitern und Bauern Staatsfunktionäre macht. Zu diesem Zweck sollen die Organe der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion nicht nur Mitglieder der Kontrollkommission und Arbeiter und Bauern zur Arbeit heranziehen, sondern außerdem zu ihren eigenen Arbeiten maximal neue Funktionäre aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, der Studierenden an den Hochschulen, Techniken und Arbeiterfakultäten sowie aus den Reihen der Arbeiter- und Bauernjugend hinzuziehen.

Der Kampf gegen den Bürokratismus

IV. Trotz einiger Erfolge bei der Organisation des Staatsapparates ist der Bürokratismus, das gleichgültige Verhalten zur Sache, der Amtsschimmel usw. ein noch immer nicht ausgerottetes Übel. W.I.Lenin hat auf die Umgestaltung des Staatsapparates auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Arbeitsorganisation als auf den einzig richtigen und radikalen Weg zur Ausrottung dieser Überreste der Vergangenheit hingewiesen, die sich im Staatsapparat auch nach seinem Übergang unter die Leitung der Arbeiterklasse erhalten haben. Die ZKK und die Arbeiter- und Bauerninspektion und ihre Organe, die in dieser Richtung arbeiten, dürfen keinen Augenblick den tagtäglichen Kampf gegen die widerlichen Erscheinungen des Bürokratismus, des Amtsschimmels usw. unterbrechen, die durch vorgenommene Überprüfungen oder durch von Arbeitern und Bauern eingereichte Beschwerden aufgedeckt werden.

Für diesen ständigen Kampf gegen die Hauptmängel des Staatsapparates ist es notwendig, daß insbesondere die örtlichen Organe der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion mit besonderer Aufmerksamkeit die Beschwerden und Anträge der Arbeiter und Bauern annehmen und bearbeiten. Zu demselben Zwecke müssen die Verbindungen der Organe der Kontrollkommission

und der Arbeiter- und Bauerninspektion mit den Organisationen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten gefestigt werden, um die Pressekorrespondenzen im Kampf gegen die Mängel im Staatsapparat auszunutzen.

Über die Arbeit zur Rationalisierung des Apparates

V. 1.) Der Aufbau des Sozialismus in unserem Lande stellt der Partei und dem Staat in dem Moment, in dem die Wiederherstellungsperiode beendet wird, die Aufgabe, den Staats- und Wirtschaftsapparat so zu leiten, daß die schnellste Entwicklung der Produktivkräfte und der Übergang der Industrie und Landwirtschaft auf eine neue technische Basis gesichert wird. Gleichzeitig mit den Maßnahmen zur wirtschaftlichen Regulierung müssen sich Partei und Staat zur Erreichung dieses Zieles und zur maximalen Beschleunigung des Entwicklungstempos an die Spitze stellen und die Leitung der technischen und organisatorischen Rationalisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates übernehmen. Dieser Rationalisierungsprozeß ist ein langwieriger Prozeß, in dessen Verlauf die Organisation und die Technik der gesamten Arbeit der Behörden und Betriebe auf der Grundlage eines sorgfältigen Studiums der Arbeit und unter Auswertung der gesamten Erfahrungen auf diesem Gebiet ununterbrochen verbessert werden.

In diesen Prozeß der Rationalisierung der Verwaltung und der Wirtschaft müssen alle schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse und alle Mitarbeiter einbezogen werden, denen Partei und Staat die Leitung der betreffenden Teile der staatlichen Verwaltung übertragen haben.

Die praktischen Rationalisierungsmaßnahmen werden nur dann Erfolge haben und unsere Technik und Organisation der Wirtschaft und der Verwaltung wirklich umgestalten, wenn sie von den Leitern der betreffenden Teile des Staatsapparates selbst mit aktiver Unterstützung der breiten Arbeitermassen verwirklicht werden.

2.) In Anbetracht dessen ist die vollkommenste Form der Rationalisierung die Schaffung von besonderen Hilfsorganen

(Rationalisierungsabteilungen, Orgbüros in den Behörden usw.) in den Behörden und Wirtschaftsorganen, deren Aufgabe es sein muß, die Organisations- und Arbeitstechnik des Apparates zu untersuchen und - auf der Grundlage dieser Untersuchung sowie unter Berücksichtigung der Fakten und der Erfahrungen ähnlicher Behörden der UdSSR und der kapitalistischen Länder - Maßnahmen vorzuschlagen, die die Produktivität der Betriebe heben, die Arbeitsproduktivität steigern, den Staatsapparat vereinfachen und verbilligen und ihn näher an die Massen heranbringen können.

3.) In Zusammenhang hiermit muß die Rolle der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion bedeutend stärker und größer werden, da ihr von Partei und Staat die Aufgabe gestellt worden ist, das Organ für die allgemeine Regulierung und Leitung der Rationalisierungsarbeit in allen ihren Formen und in allen Teilen der staatlichen Verwaltung und Wirtschaft zu sein, das Organ, das den Behörden und Betrieben bei der praktischen Reorganisation hilft, sie muß ferner das wissenschaftliche Forschungszentrum sein, das rationelle Systeme für den Aufbau der verschiedenen Teile und Funktionen der Behörden und Betriebe ausarbeitet.

4.) Die Leitung der Rationalisierung von Verwaltung und Wirtschaft darf keinen bürokratisch-zentralisierten Charakter annehmen. Auf keinen Fall darf eine solche Lage eintreten, daß sich die ZKK und Arbeiter- und Bauerninspektion als ein gewöhnliches Amt betrachten, das die gesamte Arbeit auf diesem Gebiet in seinen Händen konzentriert und auf ressortmäßige bürokratische Art die gesamte Rationalisierungsarbeit in allen Ämtern, allen Behörden und allen Betrieben leitet. Damit würde erneut Bürokratismus eingebürgert, der die Initiative und Selbständigkeit der Staatsorgane einengt, die schon durch den breiten das ganze Land erfassenden Aufschwung des wirtschaftlichen Aufbaus geweckt wurde. Man muß vermeiden, daß Rationalisierungsmaßnahmen diesem oder jenem Leiter aufgezwungen werden; denn wenn er sie nicht freiwillig durchführt und selbst wünscht, wenn er die Bedeutung dieser oder jener Rationalisierungsmaßnahmen nicht versteht, kann es keine irgendwie merklichen Erfolge auf dem

Gebiet der richtigen und wissenschaftlichen Organisation der Wirtschaft und der Verwaltung geben.

Das Volkskommissariat für die Arbeiter- und Bauerninspektion soll seine Arbeit bei der allgemeinen Leitung der Rationalisierung des Staatsapparates nur in dem Maße durchführen, wie es tatsächlich entsprechende Erfahrungen und Kenntnisse im Volkskommissariat selbst sammelt, und sie nur in dem Maße ausdehnen, wie es den tatsächlichen organisatorischen Möglichkeiten für eine produktive Leitung der Arbeit entspricht und soll dabei die Hauptaufmerksamkeit darauf richten, die Initiative und Selbständigkeit der Leiter dieser oder jener Teile des Staats- oder Wirtschaftsapparates zu fördern. Diese Initiative und Selbständigkeit muß dort geweckt werden, wo sie nicht vorhanden ist. Die Arbeit dieser oder jener Organe für die Rationalisierung der eigenen Ämter und Behörden ist zu überprüfen, um nicht zuzulassen, daß unter dem Vorwand der Rationalisierung in Wirklichkeit staatliche Mittel unnötig und ergebnislos verausgabt werden.

5.) Auf diesem Gebiet muß die Hauptaufgabe der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion natürlich in der Förderung und Unterstützung der erfolgreich arbeitenden Organe für die Rationalisierung der Behörden, der Institute für wissenschaftliche Arbeitsorganisation und schließlich jener gesunden Rationalisierungskader bestehen, die unsere Sowjetgesellschaft ohne jeden Zweifel in immer stärkerer Zahl hervorbringt.

Aber schon heute ist ganz deutlich festzustellen, daß zuweilen die schlechtesten Elemente unseres bürokratischen Apparates bestrebt sind, sich mit Rationalisierungsarbeiten zu tarnen. Schon heute ist die Gefahr vorhanden, daß durch diese übelsten Elemente des Staatsapparates der Gedanke der Rationalisierung selbst diskreditiert wird. Deshalb muß es Aufgabe der ZKK und der Arbeiter- und Bauerninspektion sein, einen entschlossenen Kampf zu führen gegen diese versteckten Bestrebungen, die alten bürokratischen, beamtenmäßigen Grundsätze in die lebendige Sache der Reorganisation des Staatsapparates hinüberzuretten. Dieser Kampf ist sowohl gegen Organe für die Rationalisierung

der Behörden zu führen, die ohne sachkundige allseitige Untersuchung des Arbeitsprozesses und auf offensichtlich unwissenschaftlicher Grundlage arbeiten, als auch gegen ähnliche pseudo-wissenschaftliche Forschungsinstitute.

Schließlich muß auch auf die üppig wuchernde Literatur über Rationalisierungsfragen geachtet werden, die oftmals absolut nichts mit einer wirklichen wissenschaftlichen Arbeitsorganisation gemein hat und nur auf das in breiten Schichten geweckte Interesse an der wissenschaftlichen Organisation und Rationalisierung des Staatsapparates spekuliert.

6.) Bei der Unterstützung der Staats- und Wirtschaftsorgane in der praktischen Rationalisierung muß die ZKK - und Arbeiter- und Bauerninspektion besondere Aufmerksamkeit darauf richten, gute Beispiele, die auf dem Gebiete der Organisation oder der Technik von diesem oder jenem Wirtschafts- bzw. Verwaltungsorgan erzielt wurden, auf andere gleichartige Organe zu übertragen.

7.) Um alle auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung und der Wirtschaft arbeitenden Kräfte zur Rationalisierung zu vereinigen, um allgemeine Prinzipien und Methoden für diese Arbeit auszuarbeiten, um die Arbeit der schon bestehenden Organe zur Rationalisierung kollektiv zu überprüfen und die gesunden von ihnen auszuwählen, hält es der Parteitag für erforderlich, die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion zu beauftragen, im nächsten Jahr die III. Unionskonferenz für wissenschaftliche Arbeitsorganisation einzuberufen.

Die Überprüfung der Erfüllung der Parteibeschlüsse und die Kontrolle über die Tätigkeit des Staatsapparates

VI. Die Hauptaufgaben der ZKK - Arbeiter und Bauerninspektion sind nach wie vor die Kontrolle über die Durchführung von Beschlüssen und Direktiven der Partei und des Staates und die Kontrolle über die Tätigkeit in den Schwerpunktabschnitten des Staatsapparates. Dabei soll die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrer Arbeit einerseits als unmittelbares Kontrollorgan wirken und andererseits soll sie für die einzelnen Zweige

des Staatsapparates solche Formen der Verwaltung organisieren, die den leitenden Organen der entsprechenden Ämter die ständige und systematische Kontrolle über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse durch alle untergeordneten Organe und Funktionäre garantieren würde. Der XIV. Parteitag stellt der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion für das nächste Jahr die Hauptaufgabe, Maßnahmen auszuarbeiten, die es den leitenden Staats- und Wirtschaftsorganen ermöglichen, die Durchführung der Beschlüsse rechtzeitig und operativ zu überwachen und zu kontrollieren.

Das Studium und die Bearbeitung von Problemen

VII. Die ZKK - Arbeiter und Bauerninspektion und ihre örtlichen Organe haben die Möglichkeit, durch Untersuchungen und durch das Studium von Informationen der Partei und dem Staat zu helfen, auf die im Lande und in der Partei vor sich gehenden Prozesse rechtzeitig zu reagieren. Deshalb sollen die ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion und ihre örtlichen Organe so arbeiten, daß sie mehr und mehr zu einem der wichtigsten Organe werden, das die wichtigsten Probleme sowohl im Parteileben als auch auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung einleitend bearbeitet und vorbereitet.

Über den Schutz der Einheit der Partei und den Kampf gegen die Verunreinigung der Partei

VIII. Bei der Wahrung der Einheit der Partei, der Sorge um ihre qualitative Zusammensetzung, beim Kampf gegen die Verunreinigung der Partei durch parteifremde und zersetzende Elemente sind die Kontrollkommissionen schon dazu übergegangen, breite Schichten von Parteimitgliedern zu ihrer Arbeit heranzuziehen (Erhöhung der Mitgliederzahl der Kontrollkommissionen, Heranziehung von Parteibeisitzern, öffentliche Sitzungen usw.). Der Parteitag schlägt vor, weitere Schritte in dieser Richtung zu unternehmen und stellt den Kontrollkommissionen die Aufgabe, es zu erreichen, daß alle Parteimitglieder die Kontrollkommissionen als ihre Organisationen von Genossen betrachten, die aufmerksam auf alle

Umstände der zu behandelnden Angelegenheit achten, in alle Einzelheiten eindringen, dem zur Verantwortung Gezogenen alle Verteidigungsmöglichkeiten garantieren und ihre Entscheidungen auf der Grundlage unvoreingenommener Untersuchungen treffen. Der Parteitag hebt hervor, daß die Kontrollkommissionen bereits von der nur strafenden Arbeit zu einer Arbeit von vorwiegend parteierzieherischem Charakter übergegangen sind und schlägt den Kontrollkommissionen vor, auch in Zukunft in dieser Richtung zu arbeiten, ohne jedoch den entschlossenen Kampf gegen jene Elemente in der Partei abzuschwächen, die die Partei zersetzen oder ihre Einheit zerstören.

Die Überprüfung der nicht mit der Produktion verbundenen Zellen

IX. 1) Die Erfahrungen, die bei der Überprüfung der nicht mit der Produktion verbundenen Zellen gesammelt wurden, haben gezeigt, daß die Partei ihre Reihen systematisch überprüfen muß. Die Überprüfung der nicht mit der Produktion verbundenen Zellen hat sowohl bei der Reinigung der Partei von sozial fremden, zersetzten Elementen als auch bei der Belebung der Arbeit und der Verantwortlichkeit in dem überprüften Teil der Partei positive Ergebnisse gebracht. Die Durchführung einer Massenüberprüfung, wie es die Überprüfung der nicht mit der Produktion verbundenen Zellen - eines Drittels der Parteimitgliedschaft - war, hat gezeigt, wie kompliziert und schwierig diese Aufgabe ist, die einen großen Teil der Kräfte und Mittel der Partei abzieht, und daß es zweckmäßig ist, von Zeit zu Zeit nur jene Organisationen und Zellen zu überprüfen, bei denen es zweifelhaft ist, ob die Direktiven der übergeordneten Parteiorgane richtig durchgeführt werden bzw. ob irgendwelche krankhaften Erscheinungen vorhanden sind.

2) Für die Beseitigung der durch die Überprüfung festgestellten unnormalen Erscheinungen und für die Festigung der durch die Überprüfung hervorgerufenen positiven Momente empfiehlt der Parteitag den Parteiorganisationen, die Ergebnisse der Überprüfung sorgfältig zu studieren und auf der Grundlage der Schlußfolgerungen, die aus der Überprüfung der nicht mit der Produktion verbundenen Parteizellen gezogen wurden, eine Reihe praktischer

Maßnahmen organisatorischen und erzieherischen Charakters durchzuführen.

3) Aus dem Studium der Materialien sowie aus den Zahlenangaben der Überprüfung ergibt sich, daß die Parteiorganisationen im allgemeinen und die überprüften Zellen im besonderen der Aufnahme von nichtproletarischen Elementen in die Partei, die insbesondere über den LKJVR in die Partei einfließen, nicht ernsthaft genug ihre Aufmerksamkeit widmen. Deshalb wird den örtlichen Parteiorganen empfohlen, bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern aus nichtproletarischen Schichten große Vorsicht und Aufmerksamkeit an den Tag zu legen und darauf zu achten, daß sich die Zellen die Beschlüsse des XIII. Parteitagés zur Frage der Aufnahme in die Partei vollständig zu eigen machen.

4) Da im allgemeinen der Kampf der nicht mit der Produktion verbundenen Zellen gegen krankhafte Erscheinungen schwach ist und in einigen Fällen vollständig fehlt, wird es notwendig, darauf die Aufmerksamkeit der Parteiorgane zu richten und bei den Zellen eine Verstärkung der Arbeit in dieser Richtung zu erreichen.

Die Überprüfung der mit dem Dorfe verbundenen Organe

K. In der nächsten Periode wird es die wichtigste Aufgabe aller Parteiorganisationen sein, die Beschlüsse der Partei über die Arbeit auf dem Lande wirklich in die Tat umzusetzen; in diesem Zusammenhang müssen es die Organe der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion im nächsten Jahr übernehmen, die Arbeit sowohl der unteren Partei- als auch der Sowjetorgane unter dem Gesichtswinkel zu überprüfen, wie sie sich die Beschlüsse der höchsten Parteiorgane zu eigen gemacht haben; dazu werden für längere Zeit Mitglieder der Kontrollkommission auf das Land entsendet.

Die Koordinierung der Arbeit der Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion mit den Parteikomitees

XI. Die Organe der Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion können die ihnen gestellten Aufgaben nur dann erfolgreich erfüllen, wenn die Arbeit der Kontrollkommission -

Arbeiter- und Bauerninspektion eng mit der Arbeit der entsprechenden Parteikomitees und der führenden staatlichen Organe verbunden ist; daher müssen sich die entsprechenden Parteikomitees und staatlichen Organe aktiv an der Ausarbeitung und Bestätigung der Arbeitspläne der Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion beteiligen, damit diejenigen Aufgaben und diejenigen Untersuchungsobjekte in den Plan aufgenommen werden, deren Untersuchung die Parteikomitees und staatlichen Organe zur Leitung der staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit brauchen.

Zum Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission

Der XIV. Parteitag bestätigt den Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission und beauftragt das Zentralkomitee, folgende praktische Vorschläge der Revisionskommission zu überprüfen:

1.) Maßnahmen zu ergreifen, durch die erreicht wird, daß die verantwortlichen und technischen Mitarbeiter in den Abteilungen des ZK nicht so häufig wechseln.

2.) Eine genaue Abgrenzung der zentralen und örtlichen finanziellen Mittel der Parteiorganisation vorzunehmen.

3.) Maßnahmen zur vollständigeren und planmäßigeren Verwendung der Materialien der Informationsabteilung auszuarbeiten.

4.) Maßnahmen zur weiteren Abgrenzung der Arbeit der Presseabteilung des ZK und der Sowjetorgane für Pressefragen, der Hauptverwaltung für Literatur, der Bücherkammer usw. - zu ergreifen.

5.) Zu einer halbjährlichen Rechenschaftslegung der örtlichen Parteikomitees vor dem ZK usw. überzugehen.

Zum Rechenschaftsbericht der Vertretung der KPdSU(B) im

Exekutivkomitee der Komintern

Der Parteitag hat den Rechenschaftsbericht der Delegation

der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern entgegengenommen und beschließt:

1.) Im großen und ganzen wird die Tätigkeit der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern gebilligt.

2.) Es wird festgestellt, daß die Delegation der KPd SU(B) einer Reihe von Parteien (der tschechoslowakischen, der deutschen, der polnischen usw.) geholfen hat, gefährliche Abweichungen unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus im Westen zu beseitigen.

3.) Die Delegation der KPdSU(B) wird beauftragt, diesen Kampf auch in Zukunft sowohl gegen die rechten als auch gegen die "ultra-linken" Abweichungen von der richtigen marxistischen Linie fortzusetzen.

4.) Die Delegation wird beauftragt, den Kampf um die Gewerkschaften und ihre Einheit sowie um die Gewinnung der breiten Massen der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zu verstärken.

5.) Die Delegation der KPdSU(B) wird beauftragt, eine Verstärkung des Apparates der Kommunistischen Internationale durchzusetzen, und zwar durch den wachsenden Einfluß der ausländischen kommunistischen Parteien in der Leitung der Kommunistischen Internationale.

Aufruf an alle Mitglieder der Leningrader Organisation

Genossen!

Der Parteitag wendet sich in Anbetracht des vollkommen falschen Verhaltens der Leningrader Delegation an Euch. Die Delegation hat auf dem Parteitag einen eigenen Korreferenten gegen das ZK gestellt und eine besondere "Erklärung der Leningrader Organisation" mit der Unterschrift Kamenews und anderer herausgegeben. Dadurch entstand die Gefahr, daß die Einheit unserer Partei gesprengt wird (siehe "Leningradskaja Prawda" Nr. 295).

Eure Konferenz hat sich für das Vertrauen zum Zentralkomitee

ausgesprochen und den Auftrag gegeben, auf dem Parteitag für dieses Vertrauen zu stimmen. Eure Delegation hat auf dem Parteitag gegen das Vertrauen zum ZK gestimmt.

Eure Konferenz hielt die Einheit der Partei für notwendig. Eure Delegation hat gegen den gesamten Parteitag gestimmt und sich dem Parteitag entgegengestellt.

Alle kommunistischen Arbeiter Leningrads haben es von vornherein für notwendig gehalten, in gleichem Schritt mit ihrer Partei zu gehen. Die "Leningradskaja Prawda" hat dagegen bereits eine Kampagne gegen die Beschlüsse des Parteitages, d.h. eine Kampagne für die Sprengung der Einheit der Partei eingeleitet.

Gleichzeitig hat das Leningrader Gouvernementskomitee unter Berufung auf die Parteidisziplin dem Wyborger Rayon verbieten, sich zu versammeln, um seine Solidarität mit der gesamten Partei und ihrem Parteitag zum Ausdruck zu bringen. Dieser Beschluß des Gouvernementskomitees ist vollkommen falsch. Dieser Beschluß widerspricht den Grundlagen der innerparteilichen Demokratie. Dieser Beschluß sowie auch andere Beschlüsse, die die elementaren Rechte der Parteimitglieder verletzen und der innerparteilichen Demokratie widersprechen, müssen vom Gouvernementskomitee sofort aufgehoben werden.

Der Parteitag ruft alle Mitglieder der Leningrader Organisation auf, allen diesen Versuchen, die Einheit unserer leninistischen Partei zu untergraben, ein Ende zu bereiten.

Die Opposition hat sich auf dem Parteitag vollständig entlarvt. Während die Führer der Opposition auf den Rayonkonferenzen und sogar auf der Gouvernementspartei-konferenz von keinerlei Meinungsverschiedenheiten mit dem ZK sprachen und unter dem Banner der Treue zur Parteileitung Stimmen sammelten, traten sie auf dem Parteitag als abgesonderte Gruppe auf, die sich dem Zentralkomitee unserer Partei entgegenstellte.

Ihre Behauptung, daß die Partei die Kulakengefahr nicht sehe, ist unwahr.

Gefährlich ist ihr Versuch, unter lautem Geschrei über die

Kulakengefahr die Bedeutung der Leninschen Lösung vom Bündnis des Proletariats und der Dorfarnut mit dem Mittelbauern abzuschwächen.

Unwahr ist ihre Behauptung, daß der Parteitag die Verbesserungsanträge der Opposition nicht angenommen habe. Die Opposition hat keine Verbesserungsanträge eingebracht, sondern nur eine ultimative Erklärung, gegen die der Parteitag Einspruch erheben mußte.

Der Parteitag hat seinen genauen Beschluß in der Resolution festgelegt, die auf Vorschlag der Moskauer, Uraler, der ukrainischen (gemeinsam mit dem Donbass), der Tulaer, Iwanowo-Wosnessensker und Nishegorodsker Delegation angenommen wurde. Dieser Beschluß (genau wie die anderen Beschlüsse) des Parteitages ist bindend für alle Parteimitglieder. Eine Diskussion über die Beschlüsse des Parteitages kann und darf nicht zugelassen werden. Jeder kommunistische Arbeiter sieht, daß die Resolution zum Rechenschaftsbericht des ZK von der ersten bis zur letzten Zeile vom Leninismus durchdrungen ist. Jeder kommunistische Arbeiter sieht, daß sie durchdrungen ist von der großen Sorge um die Einheit der Partei. Um dieser Einheit willen ist der Parteitag auf die Milderung einzelner Formulierungen in der Resolution eingegangen. Und gegen diese Resolution haben Eure Delegierten gestimmt.

Der XIV. Parteitag erklärt, daß die Behauptung, die Partei wolle die Bedeutung der Leningrader Organisation herabmindern, eine Verleumdung der Partei ist.

Der XIV. Parteitag zweifelt nicht daran, daß es die Leningrader Organisation, die immer in den vordersten Reihen der Partei gestanden hat, verstehen wird, die von der Leningrader Delegation begangenen Fehler zu korrigieren.

Es lebe die Leningrader Organisation der KPdSU(B)!

Es lebe die Einheit der Leninschen Partei!

Über die "Leningradskaja Prawda"

In Anbetracht dessen, daß die "Leningradskaja Prawda" noch nach dem Beschluß des Parteitages einen systematischen Kampf gegen die Beschlüsse des Parteitags führt, damit offensichtlich die Parteidisziplin verletzt und die Beschlüsse der Partei untergräbt, beauftragt der Parteitag das ZK, unverzüglich Maßnahmen zur Änderung und Verbesserung der Zusammensetzung der Redaktion der "Leningradskaja Prawda" zu ergreifen.

Über die Änderung des Parteistatuts

Der XIV. Parteitag bestätigt die vorgeschlagenen Abänderungs- und Verbesserungsanträge zum Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und beauftragt das neu gewählte ZK mit seiner endgültigen Redaktion sowie mit der Herausgabe zusätzlicher Erläuterungen und Instruktionen auf der Grundlage des Statuts.

Der Parteitag bestätigt die Milderung der formalen Bedingungen für den Eintritt in die Partei für Arbeiter und Bauern und verweist gleichzeitig auf die unbedingte Notwendigkeit, daß die Parteiorganisation der individuellen Aufnahme von Kandidaten und Mitgliedern in die Partei größere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Über die Arbeit der Gewerkschaften

E i n f ü h r u n g

Wie gewaltig auch die Rolle unserer Gewerkschaften in der Periode des Kampfes um die Macht des Proletariats und in der Epoche des Bürgerkrieges gewesen ist, gegenwärtig ist ihr Tätigkeitsfeld noch umfangreicher, sind die vor ihnen stehenden Aufgaben noch wichtiger.

Mit dem Wachstum unserer Industrie wächst und erstarkt das Proletariat der UdSSR nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Der schwere Prozeß der Deklassierung des Proletariats liegt hinter uns. Es wächst die Macht der Arbeiterklasse, es wächst ihre Aktivität. Im gleichen Maße wie unsere Industrie weiter wächst, wird in noch stärkerem Maße auch die Aktivität

und das Bewußtsein der eigenen Kraft bei der Arbeiterklasse der UdSSR wachsen.

Die Gewerkschaften sind bei uns die wichtigste Massenorganisation, die die Arbeiter der Sowjetunion fast vollzählig erfaßt. An diese Organisation stellt das heutige Stadium der proletarischen Revolution, in der das Proletariat der UdSSR schon die Aufgabe des praktischen Aufbaus des Sozialismus verwirklicht, besonders hohe Anforderungen. Das Proletariat, das am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes arbeitet, übernimmt gleichzeitig die führende Rolle bei der Hebung des kulturellen Niveaus der Massen, das zusammen mit dem Wachstum der wirtschaftlichen Macht der UdSSR ansteigt und allmählich zur "Kulturrevolution" (Lenin) führt. Bei all dieser riesigen Arbeit an der tatsächlichen Verwirklichung der Prinzipien des Sozialismus im Alltagsleben der Massen entfallen auf die Gewerkschaften zweifellos gewaltige Aufgaben.

Die ganz zu Anfang der NÖP verfaßte Resolution des XI. Parteitags über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften wurde auf Schritt und Tritt durch das Leben bestätigt. Der XIV. Parteitag der KPdSU legt die Aufgaben der Gewerkschaften zur Zeit des ersten Jahrfünfts der NÖP fest und geht dabei voll und ganz von den allgemeinen Einschätzungen und Prinzipien aus, die der Resolution des XI. Parteitags zugrunde gelegt sind. Die Gewerkschaften der UdSSR sind sich klar darüber, daß die NÖP eine solche Form des Übergangs zum Sozialismus ist, die "den ökonomischen Wettbewerb zwischen dem sich entwickelnden Sozialismus und dem nach Wiedererstehung strebenden Kapitalismus... auf dem Boden der Befriedigung der wirtschaftlichen Interessen der viele Millionen umfassenden Bauernschaft mittels des Marktes" zuläßt (Resolution des XI. Parteitages über die Gewerkschaften).¹⁾ In dieser Übergangsperiode besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften der UdSSR darin, die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht in ihrem Kampf gegen bürokratische Entstellungen des Apparates des Arbeiterstaates sowie in ihrer Arbeit an seiner Verbesserung und Anpassung an die wirkliche Betreuung der

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band IV, Seite 7

Arbeiter- und Bauernmassen systematisch, allseitig und energisch zu unterstützen.

Im neunten Jahr der proletarischen Diktatur wächst in Stadt und Land auf der Basis des sich immer mächtiger abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwunges immer mehr die politische, wirtschaftliche und kulturelle Aktivität aller Schichten der Bevölkerung. Es wächst auch die Aktivität der der proletarischen Diktatur feindlich bzw. halbfeindlich gegenüberstehenden Elemente der Bevölkerung: des NÖP-manns, des Kulakentums, der Kleinbürger, eines gewissen Teiles der bürgerlichen Intelligenz usw. Unter diesen Verhältnissen ist es die erste und wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei, die gesamte Energie und Aktivität der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen zu vereinen, um damit das Gewicht und die führende Rolle des Proletariats im weiteren Verlauf der sozialistischen Revolution zu verstärken und zu erhöhen.

Mehr denn je müssen unsere Gewerkschaften eine Schule des Aufbaus, der Initiative, der Aktivität, des Zusammenschlusses der Kräfte der Arbeiter, ihrer vollzähligen Organisierung, eine Schule für die Heranziehung immer breiterer Massen von Werktätigen zum Aufbau des Sozialismus, zur Hebung des kulturellen Niveaus, zum Kampf gegen bürokratische Entstellungen - mit einem Wort, eine wirkliche Schule des Kommunismus sein.

1. In den letzten drei Jahren ist die Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR außerordentlich gewachsen und erstarkt und hat damit die Richtigkeit der Linie bestätigt, die der Gewerkschaftsbewegung vom XI. Parteitag unserer Partei gegeben wurde. Es sind neue Gebiete der Massenarbeit der Gewerkschaft entstanden (Klubs, Kassen der gegenseitigen Hilfe, Sport usw.), die Mitgliederzahl ist gestiegen, ihre Aktivität ist größer und die Verbindung der einfachen Mitglieder mit den Gewerkschaftsorganen ist stärker geworden.

2. Das Wachstum der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft der UdSSR war von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und von einer bedeutenden Hebung des kulturellen Niveaus

der Arbeiter begleitet. Es wuchs und wächst das politische Bewußtsein und die Aktivität des grundlegenden Stammes der Industriearbeiter. Es erhöhen sich die Anforderungen, die die einfachen Mitglieder an ihre Gewerkschaftsorgane und ihre angestellten Funktionäre stellen.

3. Das schnelle Tempo der Wiederherstellung und Entwicklung der Industrie im letzten Jahr hat eine bedeutende Erhöhung der Anzahl der in der Industrie und in anderen Volkswirtschaftszweigen beschäftigten Arbeiter und ein entsprechendes Anwachsen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder (vom 1. April 1923 bis 1. April 1924 um 20,3 Prozent, vom 1. April 1924 bis 1. April 1925 um 19,4 Prozent) mit sich gebracht.

Die alten Arbeiter, die durch die wirtschaftliche Zerrüttung in der Periode des Bürgerkrieges für eine Reihe von Jahren aus den großen Industriezentren, Fabriken und Werken herausgerissen wurden, kehren in die Betriebe zurück. Gleichzeitig kommen neue Schichten hinzu, die noch nicht durch die Schule der Produktion und Organisation der Arbeiterklasse gegangen sind. Der geringere Teil dieser neuen proletarischen Kader sind Arbeiterkinder (Halbwüchsige und kaum dem Kindesalter Entwachsene), in der Mehrzahl Komsomolzen, Kinder der Revolution, die jedoch das Leben in der vorrevolutionären Fabrik überhaupt nicht kennen.

Der größere Teil sind junge Bauern, die direkt aus dem Dorfe kommen, denen die Fabrik, der Kampf der Arbeiterklasse, ihre Aufgabe und Organisationen vollkommen unbekannt sind. Dieser Teil der neuen Arbeiter, der mit dem Grund und Boden noch stärker verbündet ist als mit der Fabrik, ist vollständig von bäuerlichen Interessen erfüllt, kann kaum oder gar nicht lesen und schreiben und neigt in seiner Mehrheit dazu, sich abseits von der proletarischen Hauptmasse, von ihren Interessen und ihrem gesellschaftlichen Leben zu halten und sich als zufällige, zeitweilige Gäste der Fabrik, des Werkes und der Stadt zu betrachten.

4. Das relative, wenn auch sehr unbedeutende Absinken des Prozentsatzes der in den Gewerkschaften organisierten Mitglieder (am 1. Juli 1924 waren es 89,6 Prozent, am 1. Oktober 1924

- 90,3 Prozent, am 1. Januar 1925 - 90,1 Prozent und am 1. April 1925 - 89,3 Prozent) bei einem bedeutenden absoluten Anwachsen der Mitgliederzahl (von 5 822 700 im April 1924 auf 7 740 000 Mitglieder im Oktober 1925) beweist, daß die Gewerkschaften nicht nur bei der Befriedigung der Anforderungen der kulturell am höchsten stehenden Schichten der Arbeiter und mit der Erziehung der neuen Arbeiter zurückbleiben, sondern daß sie es nicht einmal erreichen, sie organisatorisch zu erfassen, sie einfach in ihre Organisation einzubeziehen,

Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften angesichts der Perspektive einer noch größeren Entfaltung der Industrie und des weiteren zahlenmäßigen Wachstums der Arbeiter die Aufgabe, sich verstärkt um die allseitige kulturelle klassenmäßige Erziehung der neuen Arbeiter zu kümmern und sie auf das Niveau des Kernes der Industriearbeiter zu bringen.

5. Das schnelle zahlenmäßige Wachstum der nicht zur Industrie gehörenden Gewerkschaften (Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter - 297 900 Mitglieder im Jahre 1924 und 497 600 im Jahre 1925, Gewerkschaft der Bauarbeiter - 129 900 Mitglieder im Jahre 1923, 211 000 im Jahre 1924 und 326 000 im Jahre 1925 usw.), die in der Hauptsache fest mit dem Dorf verbundene, gewöhnlich kulturell rückständige Saisonarbeiter erfassen, bringt andere Gefahren mit sich: ein unverhältnismäßig starkes Anwachsen der Gewerkschaften durch nichtproletarische Elemente sowie die Verwandlung der Mitgliedschaft zur Gewerkschaft in eine rein formale Sache (ein Mensch mit dem Gewerkschaftsbuch in der Tasche), wobei das Verhältnis des Mitgliedes zur Gewerkschaft reduziert wird auf die Bereitschaft, für das Mitgliedsbuch und die durch dasselbe gewährten Vorrechte zu zahlen, ohne sich mit den Aufgaben, den Zielen seiner Gewerkschaft, ihrem Leben und ihrer Arbeit bekenntzumachen. Daraus ergeben sich Fälle, daß Mitgliedsbücher der Gewerkschaft an andere übergeben und verkauft werden.

6. Daraus ergibt sich unausbleiblich die wichtigste gegenwärtige Aufgabe der Gewerkschaften, dieser Schule des Kommunismus, nämlich die Aufgabe, ihren gesamten Apparat noch näher an die

Massen heranzubringen, alle Formen und Methoden ihrer Arbeit der Entwicklung der proletarischen Aktivität und Initiative, der Einbeziehung und allseitigen klassenmäßigen Erziehung der neuen Arbeiterschichten anzupassen, um damit Tausende und aber Tausende neuer Arbeiter für die Leitung des Staates auszubilden und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten. Das kann man dadurch erreichen, daß sich die Gewerkschaften auf allen Gebieten ihrer Arbeit darauf einstellen, ihre Mitglieder in jeder Weise zu betreuen, deren wirtschaftliche Interessen energisch zu vertreten und mit allen Mitteln an der Hebung ihres kulturellen Niveaus zu arbeiten, wobei der Erziehung der neuen Arbeiter besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

7. Jedoch haben sich trotz der zweifellos großen Erfolge, die in den letzten drei Jahren auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit erzielt wurden, gleichzeitig Abweichungen und Mängel in ihrer Arbeit gezeigt. Die mit den verschiedenartigsten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Arbeiten überlasteten Gewerkschaften konnten oft nicht mit ihrer Arbeit fertig werden, waren einseitig und stellten zuweilen ihre wichtigste und hauptsächlichste Aufgabe - den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der in ihnen vereinigten Massen und die allseitige Arbeit an der Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus - in den Hintergrund.

8. Dies wieder führte unausbleiblich dazu, daß die Gewerkschaften den Forderungen und Bedürfnissen der breiten Arbeitermassen zuwenig Beachtung schenkten, daß Methoden des Kriegskommunismus sich wieder einbürgerten und daß man wichtige Teilfragen der gewerkschaftlichen Arbeit nur ungenügend beachtete, daß man nachlässig und manchmal sogar schlampig in der Verwendung der Mitgliedsbeiträge war und daß Formalismus und Bürokratismus in Erscheinung traten.

Alles das zusammen hat dazu geführt, daß sich eine Reihe von Gewerkschaftsorganen von den Massen gelöst haben und die Gewerkschaftsdisziplin nachgelassen hat; das kam in einigen wirtschaftlichen Konflikten im Frühjahr 1925 besonders kraß zum Ausdruck.

9. Die Kompliziertheit der allgemeinen Aufgabe der Gewerkschaften, die wachsenden kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen, die politische Aktivität der führenden Schichten richtig auszunutzen und weiter auszudehnen und die neuen und zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter auf das Niveau der Fortgeschrittenen zu bringen und sie zu erziehen sowie die festgestellten Mängel zu korrigieren, - verlangt von den Gewerkschaften, daß sie alle Gebiete und einzelnen Formen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit entwickeln, umgestalten und an diese Hauptaufgabe anpassen, indem sie für die praktische Verwirklichung der Losung - durch eine gesunde Arbeiterdemokratie näher an die Massen - arbeiten.

10. Die notwendige Belebung der Arbeit der Gewerkschaften muß auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein:

- a) Breite Wählbarkeit aller Gewerkschaftsorgane;
- b) öffentliche, einfache, für jeden Arbeiter verständliche Rechenschaftslegung der gewählten Funktionäre vor ihren Wählern;
- c) feinfühliges, aufmerksames Verhalten gegenüber der gesunden, sachlichen, von den Massen kommenden Kritik;
- d) Entwicklung der Aktivität und Initiative der einfachen Mitglieder;
- e) maximale Verbilligung des Gewerkschaftsapparates und seine Annäherung an die Massen;
- f) Entwicklung und Ausdehnung der gewerkschaftlichen Hilfe für die Gewerkschaftsmitglieder.

11. Die Gewerkschaften müssen erreichen, daß jeder parteilose Arbeiter und Angestellte in seiner Gewerkschaft seine ureigenste, ihm nahe stehende Organisation sieht, die von ihm gewählt und kontrolliert wird und die ihm rechenschaftspflichtig ist. Nur bei der Einhaltung dieser Bedingungen werden die Gewerkschaften ihre Rolle als Schule des Kommunismus erfüllen können. Gegen die Methoden aus der Periode des Kriegskommunismus, von denen in der Gewerkschaftsarbeit noch immer Überreste vorhanden sind, muß ein entschiedener Kampf geführt werden, ebenso gegen

alle Versuche, zu diesen Methoden zurückzukehren.

Die Finanzen der Gewerkschaften

12. Die Welle von Veruntreuungen, die durch die unteren Gewerkschaftsorganisationen gegangen ist, erfordert einen energischen Kampf gegen dieses Übel nicht nur von seiten der Gewerkschaften und der Partei, sondern auch von seiten des Staates. Gleichzeitig zeugt diese Erscheinung von großen Mängeln der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Organisation ihrer Finanzarbeit. Die Gewerkschaften müssen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel in folgender Richtung ergreifen:

- a) Die Buchführung und finanzielle Rechnungslegung muß vor allem in den unteren Organisationen in Ordnung gebracht werden; die finanzielle Rechnungslegung vor den Massen muß periodisch, öffentlich und einfach sein;
- b) Die Kontrolle über die finanzielle Tätigkeit der untergeordneten Organisationen von seiten der übergeordneten muß verstärkt werden;
- c) Für die finanzielle Tätigkeit eines jeden Gewerkschaftsorgans muß sein leitendes Kollektiv als Ganzes sowohl gegenüber den Massen als auch gegenüber den übergeordneten Organen die Verantwortung tragen.
- d) Die Aktivität und Verantwortung der Revisionskommissionen ist dadurch zu verstärken, daß solche Genossen in sie hineingewählt werden, die die größte Autorität besitzen und besonders akkurat sind.
- e) Die Ergebnisse der Kontrolle und der Revision sind den Massen öffentlich bekanntzugeben.

13. Die gesamte Finanzpolitik der Gewerkschaft muß so aufgebaut sein, daß in dem Maße, wie sich die Gewerkschaften weiter festigen und stärken, ihre Ausgaben für den Apparat (Verwaltungs- und Wirtschaftsausgaben usw.) maximal gesenkt werden und ein immer größerer Teil der Mittel für die Betreuung ihrer Mitglieder (für Kultur- und Aufklärungsarbeit usw.) und für aktive

materielle Hilfe für die Mitglieder (bei Arbeitslosigkeit, Teuerungshilfe usw.) ausgegeben wird.

Kassen für gegenseitige Hilfe

14. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kassen für gegenseitige Hilfe in der Form, wie sie bestehen, nicht in der Lage sind, einen beträchtlichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder zu friedenzustellen. Dabei bedarf aber jeder Arbeiter zuweilen eines Darlehens auf der Grundlage des kollektiven Sparens und des Kredits. Dementsprechend muß die Praxis der Kassen für gegenseitige Hilfe auf der Grundlage umgestaltet werden, daß sie ihren Mitgliedern die Anteile zurückzahlen (Sparfunktion) und ihnen zu günstigen Bedingungen und in größerem Maße rückgabepflichtige Darlehen und Anleihen gewähren (Kreditfunktion), wobei die völlige finanzielle und organisatorische Selbständigkeit der Kassen zu wahren ist.

Die Gewerkschaften sollen die Tätigkeit der Kassen für gegenseitige Hilfe nur in dem unbedingt notwendigen Maße allgemein beobachten, um ihnen organisatorische und moralische Hilfe zu garantieren.

Die Entwicklung von Funktionären

15. Die gesamte Arbeit der Gewerkschaften muß so aufgebaut und so verteilt sein, daß jeder gewählte Funktionär der Gewerkschaft, vom Mitglied des Fabrik- und Werkkomitees an, in dem Kollektiv, dem er angehört, eine bestimmte Arbeit durchführt und für sie verantwortlich ist sowohl gegenüber seinen Wählern als auch gegenüber den Gewerkschaftsorganen insgesamt, die ihm die betreffende Arbeit übertragen haben.

Nur wenn diese Bedingung erfüllt wird, kann die Schaffung eines wirklich breiten Gewerkschaftsaktivs, sein unaufhörliches Wachstum durch die Heranziehung neuer Kräfte von unten und seine allmähliche Erziehung im Prozeß der praktischen Arbeit auf allen Stufen der Gewerkschaftsorganisationen gesichert werden. Diese Maßnahmen sollen die Gewähr dafür schaffen, daß die Gewerkschaftsorgane durch Festlegung der Verantwortlichkeit jedes gewählten

Funktionärs möglichst eng mit den Massen verbunden sind, daß in der Gewerkschaftsbewegung mit Erfolg neue Funktionäre herangebildet werden und daß ein neues junges proletarisches Gewerkschaftsaktiv geschaffen wird; denn ein solches bietet die beste Garantie gegen die Möglichkeit, daß sich eine Kaste der Gewerkschaftsbürokratie bildet.

Die wirtschaftliche Arbeit der Gewerkschaften

16. Der Erfolg des gesamten sozialistischen Aufbaus hängt voll und ganz vom Grad der wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetmacht und in erster Linie von den Erfolgen bei der Wiederherstellung der Großindustrie ab. Das Wachstum und die Entwicklung der sowjetischen Industrie und die Erhöhung ihrer Produktion, die das reale Unterpfand für die Stabilität der Erfolge des allgemeinen sozialistischen Aufbaus bilden, erfordern in Zukunft von der Kommunistischen Partei, von der Sowjetmacht und den Gewerkschaften, daß sie der Festigung und Entwicklung dieser Erfolge noch größere Aufmerksamkeit und Energie widmen.

Es wird festgestellt, daß sich die Gewerkschaften bei der Wiederherstellung der gesamten Wirtschaft und besonders der Industrie in den Fällen, wo die Gewerkschaftsarbeit entsprechend der Resolution des XI. Parteitag (Mitarbeit in den Planungs- und Regulierungsorganen, Förderung und Ausbildung von Verwaltungsfunktionären aus den Reihen der Arbeiter usw.) durchgeführt wurde, große Verdienste erworben haben. Diese Arbeit muß deshalb noch erweitert und vertieft werden. Die Gewerkschaftsvertreter müssen sich systematischer und planmäßiger an der Ausarbeitung der Produktionspläne in allen ihren Stadien beteiligen, sie müssen die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Arbeit in den höchsten Einheiten der Gewerkschaftsorganisationen zusammenfassen, die Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaftsvertreter in den Regulierungs- und Planungsorganen und Kommissionen koordinieren und sie systematisch in ihrer Tätigkeit anleiten.

Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften entschieden mit der Praxis brechen, die Arbeit der Wirtschaftsorgane zu wiederholen,

indem sie die Produktions- und Finanzpläne innerhalb der Gewerkschaft durch den Gewerkschaftsapparat prüfen und bestätigen. Sie müssen einen entschiedenen Kampf gegen die Versuche ihrer Organe und Vertreter führen, sich unmittelbar und unberechtigt in die Leitung und Verwaltung der Betriebe und ihrer Vereinigungen einzumischen. Dadurch werden die Gewerkschaftsfunktionen mit den Wirtschaftsfunktionen vermengt, und es wird eine schädliche Dualität und Verantwortungslosigkeit in die Verwaltung der Volkswirtschaft hineingetragen.

Die Produktionsberatungen

17. Die Produktionsberatungen in den Fabriken, Werken und anderen großen Betrieben und Wirtschaften sind das beste Mittel, um die breiten Arbeitermassen zum praktischen Aufbau der Sowjetwirtschaft heranzuziehen, um sie zum Verständnis dafür zu erziehen, daß die Interessen der Werktätigen unmittelbar vom Ausmaß der wirtschaftlichen Erfolge des sozialistischen Staates abhängen, und um neue Wirtschafts- und Verwaltungskader aus den Reihen der Arbeiter heranzubilden und zu erziehen.

18. Die Wirtschaftler und Gewerkschafter müssen die Arbeit der Produktions- und Wirtschaftsberatungen und der Kommissionen sowie die von ihnen gemachten Vorschläge aufmerksam beachten und studieren. Genau, klar und offen muß man die Gründe für die Ablehnung dieser oder jener Vorschläge erklären und ihre Fehler und Abweichungen korrigieren. Für die erste Zeit muß in den Produktionsberatungen die Hauptaufmerksamkeit auf die Behandlung praktischer Fragen gerichtet sein, die die Verbesserung der Produktion und der Arbeitsbedingungen des jeweiligen Betriebes betreffen. Dabei sind ihre Tagesordnungen auf keinen Fall mit abstrakten akademischen Fragen zu überladen, sondern der Fragenkomplex und ihr Rahmen sind nur allmählich zu erweitern, und zwar in dem Maße, wie sich ihre Arbeit entwickelt und sich der Horizont der Teilnehmer dieser Beratungen selbst erweitert. Es muß der Fehler und die Neigung verhütet und bekämpft werden, den Betrieb unmittelbar zu verwalten und zu lenken.

19. Nur wenn die Gewerkschaften die Tätigkeit der

Produktionsberatungen aufmerksam beobachten, ihre Erfahrungen studieren und zusammenfassen, ihre Fehler geduldig verbessern und ihre Errungenschaften entwickeln, schaffen sie sich die Möglichkeit, gerade über die Produktionsberatungen "bewußt und entschlossen zur beharrlichen, sachlichen, auf eine lange Reihe von Jahren berechnete, praktischen Ausbildung der Arbeiter und aller Werktätigen in der Leitung der Volkswirtschaft des ganzen Landes Überzugehen, wobei ständig die Arbeitsdisziplin und die dem kulturellen Niveau entsprechenden Formen des Kampfes um die Arbeitsdisziplin und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu heben sind." (Resolution des XI. Parteitagés über die Gewerkschaften)¹⁾

Die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane

20. Die Gemeinsamkeit der Interessen der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane in bezug auf die staatliche Industrie und ihre Erfolge darf auf keinen Fall so ausgelegt werden, als ob ihre Rollen im Betrieb und im Verhältnis zu den Arbeitermassen gleich wären.

Im Interesse des sozialistischen Aufbaus ist der Wirtschaftler verpflichtet, den maximalen Produktionserfolg des ihm von den Organen des proletarischen Staats anvertrauten Betriebes anzustreben - seine Rentabilität, die Verbesserung der Qualität und die Senkung der Produktionskosten auf der Grundlage der sowjetischen Gesetzlichkeit und mit Methoden, die dem allgemeinen Geist des sozialistischen Staates entsprechen.

Daß in der Arbeit einzelner Wirtschaftsorgane und Leiter der staatlichen Wirtschaft Erscheinungen von Bürokratismus, von "übermäßigen Ressortinteressen" und von Übereifer auftreten, wie es die Resolution des XI. Parteitagés voraussah, ist unausbleiblich und zweifellos der Fall. Deshalb haben die Gewerkschaften nach wie vor die unbedingte Pflicht, gegen solche bürokratischen Entstellungen des Staatsapparates zu kämpfen, die Pflicht, "die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, nach Möglichkeit zur Erhöhung ihres materiellen Lebensstandards beizutragen und

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band IV, Seite 15

die Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane, soweit sie sich aus bürokratischen Verzerrungen des Staatsapparates ergeben, ständig zu korrigieren." (Resolution des XI. Parteitagés über die Gewerkschaften.)¹⁾

Deshalb ist unbedingt gegen die Abweichung zu kämpfen, die in der Form jenes widerlichen Blocks einzelner Gewerkschaftsorgane und -funktionäre mit den Wirtschaftsorganen ihren Ausdruck findet. Dieser Block beruht auf der unkritischen und unbegründeten Billigung und Verteidigung aller Maßnahmen und Vorschläge der Verwaltung der Wirtschaftsorgane. Dadurch wird die Gewerkschaft in ein Anhängsel, in eine Politabteilung bei den Wirtschaftsorganen verwandelt, und dies führt schließlich dazu, daß sie ihre wichtigste Funktion vergißt, nämlich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu verteidigen.

21. Wenn die Gewerkschaften und ihre Vertreter so in ihrer Arbeit genau zwischen den Rechten und Pflichten der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane unterscheiden und auf keinen Fall ihre Vermischung zulassen, müssen sie gleichzeitig energisch die auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität gerichtete Tätigkeit der Wirtschaftler unterstützen, indem sie diese mit den Interessen der von ihnen vertretenen Arbeiter und der Möglichkeit der erfolgreichsten Verwirklichung dieser Maßnahmen in Einklang bringen. Um zu vermeiden, daß die Autorität der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane selbst untergraben wird, sind einseitige, nicht mit den Gewerkschaften abgestimmte Reden der Wirtschaftler vor den Arbeitern über Fragen der Veränderung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitslohnes als unzulässig anzusehen. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften die Arbeiter ständig über die Schwierigkeit, Kompliziertheit und Wichtigkeit der von den Wirtschaftlern im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus geleisteten Arbeit aufklären.

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band IV, Seite 8

entscheidenden Konflikte ist möglichst einzuschränken.

Bei der Lösung von Konflikten innerhalb der staatlichen Industrie müssen die Autorität und die Rolle des Volkskommissariats für Arbeit gestärkt werden. Es ist der objektive Oberste Schiedsrichter, der auf Verlangen einer der beiden Seiten auftretende Konflikte in einer staatlichen schiedsgerichtlichen Untersuchung entscheidet. Die Grundlage für die Entscheidung ist die Koordination der Interessen der für die gesamte Arbeiterklasse wichtigen Entwicklung der sozialistischen Industrie mit den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Gruppen der Werktätigen.

Die Tarifarbeit der Gewerkschaften

24. Die Gewerkschaften führen die Tarifarbeit in der Form der Kollektivverträge durch, die zur fast ausschließlichen Methode der Festlegung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitslohnes geworden sind. Obgleich bei der Ausarbeitung, der Verbesserung und der Struktur von Musterkollektivverträgen bedeutende Erfolge errungen wurden, bleibt die Tarifarbeit doch fast ausschließlich gewerkschaftliche Büroarbeit, auf die die Massen keinen direkten Einfluß haben. Die bestehende Praxis, bei der die meisten Gewerkschaftsorgane den Kollektivvertrag mit dem Wirtschaftsorgan abschließen, ohne die Stellungnahme der Arbeiter und Angestellten zu den von der Gewerkschaft in ihrem Namen übernommenen Verpflichtungen zu kennen, macht den Kollektivvertrag für die Arbeiter zu einem Dokument mit geringer Autorität. Diese Praxis ist auch eine schlechte Garantie für die Wirtschaftsorgane und muß geändert werden.

Es muß zur Regel werden, daß der Kollektivvertrag in seinen wichtigsten Teilen in breite Kreise erfassenden Arbeiterversammlungen diskutiert wird. Nur wenn alle Gewerkschaftsmitglieder, für die der Kollektivvertrag bestimmt ist, eingehend über ihn diskutieren, werden jedem Arbeiter die Bedingungen klar werden, von denen die Höhe seines Arbeitslohnes abhängt, und er erkennt die Notwendigkeit, die ihm durch den Kollektivvertrag auferlegten Pflichten zu erfüllen. Nur eine solche bewußte Teilnahme der

Die Lösung von Konflikten

22. Bis in die letzte Zeit ist zu beobachten, daß die normale Untersuchung von Konflikten in den Schlichtungsinstanzen und Schiedsgerichten dadurch umgangen wird, daß die Konflikte den Parteiorganisationen zur Entscheidung übertragen werden. Dies führt zur Untergrabung der Autorität der Schlichtungsinstanzen und Schiedsgerichte, untergräbt bei den Massen der parteilosen Arbeiter das Vertrauen zu ihren Gewerkschaften in bezug auf die richtige und parteiische Entscheidung von Streitfragen und führt in der Praxis häufig zur Komplizierung des Konflikts und zu unorganisierten Aktionen der Arbeiter.

23. Zu denselben Folgen führt auch die übertriebene Zentralisierung bei der Entscheidung von Konflikten seitens der Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane. Zur Beseitigung dieser unnormalen Erscheinungen ist folgendes notwendig:

- a) das Recht, Konflikte dem staatlichen Schiedsgericht zu übertragen, das jetzt nur die Gewerkschaften haben, ist auch auf die andere Seite - die Wirtschaftsorgane - auszuweihen;
- b) die Rechte der Tarif-Schlichtungskommissionen bei der Entscheidung von Konflikten sind zu erweitern und ihre Zusammensetzung ist durch die Delegation von kompetenten Vertretern beider Seiten zu verstärken. Es ist dafür zu sorgen, daß ihre Zusammensetzung stabil ist, und sie müssen sowohl von seiten der Wirtschaftsorgane als auch von seiten der Gewerkschaften stärker angeleitet werden;
- c) die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen beim Volkskommissariat für Arbeit ist zu verstärken und die Bearbeitung und Untersuchung der Fragen zu beschleunigen;
- d) die Tätigkeit der Schiedsgerichte ist zu entwickeln, wobei beide Seiten die Wahlen des Obersten Schiedsgerichts aufmerksamer und ernsthafter behandeln sollen;
- e) die Arbeiten bei der Lösung von Konflikten sind zu dezentralisieren, und der Kreis der zentral zu

befindlichen Betriebe erzogen werden, ihre Geschlossenheit, Organisiertheit und Solidarität soll sich entwickeln.

Der gesamte wirtschaftliche Kampf und der Streikkampf soll insbesondere in den großen in Privatbesitz befindlichen Betrieben (Konzessionen, gemischte Gesellschaften usw.) im Interesse seines Erfolges maximal zentralisiert und von den zentralen Gewerkschaftsorganen aktiv unterstützt und geleitet werden.

Zum Streik selbst darf man nur dann greifen, wenn eine Streitfrage auf anderem, friedlichem Wege in den Schlichtungsbehörden und Schiedsgerichten, die im proletarischen Staat voll und ganz die Interessen der Arbeiterklasse sichern, nicht gelöst werden kann.

Die Kulturarbeit der Gewerkschaften

26. Die Aufgabe, die wachsenden kulturellen Bedürfnisse der fortgeschrittensten Schichten des Proletariats zu befriedigen und das kulturelle Niveau der neu hinzugekommenen und zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter zu heben, erfordert, daß die Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit auf ihre kulturelle Aufklärungsarbeit konzentrierten.

Die Gewerkschaften müssen alle Seiten ihrer Kulturarbeit entwickeln und dabei dessen eingedenk sein, daß ihr wichtigstes Mittel nach wie vor die Arbeiterklubs und Roten Ecken bleiben müssen.

Die Gewerkschaften, die es sich zur Aufgabe machen, die kulturellen Bedürfnisse aller ihrer Mitglieder, unabhängig von Alter und Geschlecht, allseitig zu befriedigen, müssen eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten und durchführen, die garantieren, daß die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Beteiligung an den Klubs gegenwärtig äußerst gering ist, zu den Klubs herangezogen werden.

Die Klubarbeit selbst muß äußerst vielseitig sein, damit sie die Befriedigung des Bedürfnisses der Klubmitglieder nach Erholung und gesunder Zerstreuung mit den politisch aufklärenden und erzieherischen Aufgaben in sich vereinigt.

Mitglieder an der Ausarbeitung des Entwurfes für den Kollektivvertrag und an dem gesamten Prozeß seines Abschlusses wird alle Arbeiter mit der Lage in ihrer Produktion und mit deren Rolle im Gesamtsystem der Volkswirtschaft vertraut machen. Damit werden gleichzeitig die notwendigen Voraussetzungen für eine feste Produktions- und Gewerkschaftsdisziplin geschaffen, deren Grundlage die Verbindlichkeit des Kollektivvertrages für beide Seiten ist.

Das Verhältnis zu Streiks und ihre Rolle

25. Der XI. Parteitag hat darauf hingewiesen, daß ein Streik unter den Verhältnissen des proletarischen Staates von Mängeln im Staatsapparat, von der Schwäche der Gewerkschaftsorgane selbst und von der kulturellen Rückständigkeit der in ihnen vereinigten Massen zeugt.

In den staatlichen Betrieben haben die Gewerkschaften, die fest mit den Massen verbunden sind und ihr Vertrauen genießen, weitgehende Möglichkeiten, jeden Konflikt mit den normalen Methoden der Untersuchung in Schlichtungsinstanzen und Schiedsgerichten zu erledigen. Ein Streik, von dem die Gewerkschaft nichts weiß, ist stets ein Zeichen für eine wenig umsichtige Politik der Gewerkschaft. Er zeugt von einer Kluft zwischen der Gewerkschaft und den Massen und von einer allgemeinen Schwäche der Gewerkschaftsarbeit in dem bestimmten Betrieb.

In ihrem Verhältnis zu den Privatbetrieben müssen die Gewerkschaften daran denken, daß "eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften" darin besteht, "die Klasseninteressen des Proletariats und dessen Kampf gegen den Kapitalismus allseitig und mit allen Mitteln zu schützen." (Resolution des XI. Parteitages.)¹⁾ Deshalb ist der Versuch einzelner Gewerkschaften, den Klassenkampf der proletarischen Gewerkschaft gegen den privaten Unternehmer und Kapitalisten und durch administrativen Druck über die Staatsorgane zu ersetzen, entschieden zu verurteilen. Denn im Prozeß dieses Klassenkampfes müssen die Arbeiter der in Privatbesitz

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band IV, Seite 8

27. Die gesamte Klubarbeit muß auf der Grundlage der eigenen Tätigkeit, der Freiwilligkeit und der Initiative der Klubmitglieder selbst aufgebaut sein, ohne ihnen auch nur im geringsten etwas aufzuzwingen, sie zu kommandieren oder Zwang anzuwenden. Alle Versuche, die gesamte neue Klubarbeit, mit der wir uns noch wenig beschäftigt haben, in den Rahmen von Rundschreiben und Instruktionen zu pressen, die die Klubarbeit bis ins Kleinste regeln, sind als unbedingt schädlich zu betrachten.

Die Parteikollektive und Zellen des Klubs müssen sich sehr aktiv an allen Arten der Klubarbeit beteiligen und die ideologische und allgemein organisatorische Durchführung der Klubarbeit im kommunistischen Sinne beeinflussen. Dabei müssen sie gegenüber den parteilosen Mitgliedern des Klubs und der von ihnen gewählten Leitung äußerst taktvoll und aufmerksam sein, indem sie parteilose Arbeiter für die aktive Klubarbeit vorschlagen und die Leitung des Klubs in jeder Weise bei ihrer Arbeit unterstützen, ohne sie jedoch zu ersetzen.

Die Arbeit der Gewerkschaften im Dorf

28. Der Zustrom neuer Arbeiter in die Industrie und in das Bauwesen und die Entwicklung der Lohnarbeit im Dorf erfordern besondere Methoden, um den proletarischen Einfluß im Dorfe wirksam zu machen, wobei man den kulturellen Aufschwung des Dorfes fördern und zur Sicherung des Bündnisses zwischen Stadt und Land beitragen muß.

Die ersten Erfahrungen, die man beim Vordringen der Gewerkschaften ins Dorf gemacht hat, indem man die Arbeit und das Organisationsnetz fast aller gewerkschaftlichen und gewerkschaftsähnlichen Organisationen im Dorf entwickelte, haben nicht die erwarteten Erfolge gebracht, obgleich beträchtliche Kräfte und Mittel der Gewerkschaft verausgabt wurden und ein bedeutender Teil ihrer Aufmerksamkeit von der Arbeit unter den Massen des Stadtproletariats abgezogen wurde. Die Gewerkschaften, die nicht stark genug sind, um ihre Pflichten gegenüber den hauptsächlichsten Kadern des Proletariats in den Fabriken und Werken zu erfüllen, sind auf

dem Lande den auf unendlichen Weiten verstreuten einzelnen Mitgliedern und kleinen Gruppen nachgelaufen, haben dadurch ihre Kräfte und Mittel zersplittert und infolgedessen ihre Arbeit in der Stadt abgeschwächt und zuweilen die wichtigste Gewerkschaft auf dem Land - den Verband der Land- und Forstarbeiter an der Arbeit gehindert.

29. Der gewerkschaftliche Einfluß soll in Zukunft auf folgende Weise in das Dorf vordringen:

- a) Über die Arbeit der wichtigsten dörflichen Gewerkschaft - des Verbandes der Land- und Forstarbeiter;
- b) durch die Verstärkung der Arbeit der Gewerkschaften, die die Saisonarbeiter (hauptsächlich die Bauarbeiter, teilweise die Bergarbeiter u.a.) erfassen;
- c) durch Entwicklung und Verstärkung der Arbeit in den in ländlichen Gebieten gelegenen Betrieben;
- d) durch die verstärkte Arbeit unter den neuen Arbeitern.

30. Der Verband der Land- und Forstarbeiter ist eine der wichtigsten Organisationen, die den gewerkschaftlichen Einfluß im Dorfe durchsetzen kann. Deshalb sind seine Erfolge und Mängel entscheidend für unsere gesamte Arbeit im Dorfe.

Um die ihm zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können, muß der Verband der Land- und Forstarbeiter zum Verband der landwirtschaftlichen Arbeiter werden und darf in seinen Reihen nur wirkliche Proletarier und Halbproletarier des Dorfes vereinigen, für die der Verkauf ihrer Arbeitskraft das grundlegende, hauptsächlichste Existenzmittel darstellt. Wenn nämlich alle, auch solche, die nur einen gewissen Teil des Jahres in Wandergewerben arbeiten, (z.B. der Bauer, der im Winter mit seinem Pferde Holz fährt) vereinigt werden, so droht dem Verband die Gefahr, daß er durch kleinbürgerliche Elemente unverhältnismäßig stark aufgebläht wird.

Die gesamte Aufmerksamkeit des Verbandes der Land- und Forstarbeiter muß in der nächsten Periode darauf gerichtet sein,

seine Arbeit zu vertiefen, das Erreichte ernsthaft organisatorisch zu festigen und nicht nach neuen Verbandsmitgliedern zu jagen. Ein weiteres Wachstum des Verbandes kann ausschließlich nur durch die proletarischen Elemente des Dorfes möglich sein.

Der Erfolg des Verbandes wird nur in dem Maße gesichert sein, wie er es versteht, in der nächsten Zeit ein Verbandsaktiv zu schaffen, das wirklich aus landwirtschaftlichen Arbeitern besteht, und dazu überzugehen, alle seine Organe von unten bis oben auf der Grundlage der normalen Wählbarkeit aufzubauen. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben ist es notwendig, daß die Arbeit des Verbandes der Land- und Forstarbeiter von allen Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetorganen aufs stärkste unterstützt wird.

31. Die Arbeit der anderen Gewerkschaften muß hauptsächlich in den Städten und in den Gegenden durchgeführt werden, in denen viele Fabriken und Werke liegen; hierbei ist der Erziehungsarbeit unter den Saisonarbeitern besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Besondere Bedeutung gewinnt die Arbeit der Gewerkschaft der Bauarbeiter, die zum großen Teil aus eng mit dem Dorfe verbundenen Saisonarbeitern besteht. Die gesamte Aufmerksamkeit der Gewerkschaft der Bauarbeiter muß darauf gerichtet sein, alle Gebiete ihrer Arbeit in den Perioden zu entwickeln, in denen die Arbeiter beisammen sind und die stärkste Verbindung mit der Gewerkschaft haben; der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion soll eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten, die den die Saisonarbeiter erfassenden Gewerkschaften bei ihrer organisatorischen und erzieherischen Arbeit (in erster Linie den Bauarbeitern) helfen.

32. Einer derjenigen Faktoren, die die städtische Kultur und den proletarischen, sozialistischen Einfluß in das Dorf leiten, sind die in ländlichen Gegenden gelegenen Fabriken und Werke. Die verstärkte und vertiefte Arbeit der Gewerkschaften (besonders die kulturelle und erzieherische Arbeit) in den im Dorf gelegenen Betrieben kann und muß diese in Bollwerke der sowjetischen Kultur, in Stützpunkte des proletarischen Einflusses im Dorf verwandeln.

33. Die Erziehungsarbeit unter den neuen Schichten der Industriearbeiter erfordert von den Gewerkschaften eine besondere, spezielle Behandlung und besondere Methoden in ihrer gesamten Arbeit. Der Eintritt der Arbeiter in die Gewerkschaft selbst muß sich daraus ergeben, daß sie vom Nutzen und von der Notwendigkeit der Gewerkschaft überzeugt sind, muß das Ergebnis ihres freien und freiwilligen Entschlusses sein. Es ist notwendig, besondere Versammlungen der Nichtorganisierten zu veranstalten, die Arbeit zur Beseitigung des Analphabetentums und des Halbanalphabetentums unter ihnen zu verstärken und entschieden mit Methoden der ökonomischen Einwirkung auf die Nichtorganisierten zu brechen. Die gewerkschaftliche Propaganda unter ihnen ist mit allen Mitteln zu verstärken.

34. Proportional zum Anwachsen der Zahl der Industriearbeiter steigt auch die Zahl der Mitglieder in den nichtindustriellen Gewerkschaften (Sowjetangestellte - 23,9 Prozent, Lehrer und Erzieher - 11,1 Prozent, Ärzte und medizinisches Personal - 18,5 Prozent). Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren auch das Verhältnis aller Kategorien von Angestellten zum proletarischen Staat und zum Industrieproletariat sehr geändert. Die meisten Werktätigen dieser Kategorien (einschließlich der hochqualifizierten Mitarbeiter) beginnen sich dessen bewußt zu werden, daß ihre Interessen mit denen der für den Sozialismus kämpfenden Arbeiterklasse übereinstimmen. Der Zustrom von neuen jungen Angestellten, die in den letzten Jahren in der revolutionären Situation aufgewachsen sind und sich zum bedeutenden Teil aus Kindern kleiner Angestellter und Arbeiter zusammensetzen, ändert die soziale Zusammensetzung der Angestellten und festigt den unter ihnen vor sich gehenden Übergang auf die Seite der Sowjetmacht.

Der sowjetische Angestellte (Lehrer, Arzt, Ingenieur, Agronom u.a.) beginnt seinen Bestrebungen und seiner Einstellung nach zu einem wirklich sowjetischen Angestellten zu werden. Das erfordert von den Gewerkschaften und der Partei, daß sie anders an diese Kategorien der Werktätigen herangehen; man muß die Vorurteile gegen die Fachleute systematisch und unermüdet bekämpfen. Es ist notwendig, sich aufmerksamer und kameradschaftlicher

gegenüber den sowjetischen Angestellten zu verhalten, die gleichberechtigte Mitglieder unserer Gewerkschaften sind. Das soll dadurch geschehen, daß man die Massen über die Rolle der Fachleute und der Angestellten beim Aufbau des Staatsapparates, der staatlichen Wirtschaft und der Kultur aufklärt. Gleichzeitig muß man energisch an der weiteren politischen Erziehung dieser Kategorien der Werktätigen arbeiten und sie über die Gewerkschaften zur aktiven Teilnahme am Aufbau der staatlichen Wirtschaft und des Staatsapparates heranziehen.

35. Die Arbeit der Gewerkschaft Lehrer und Erzieher, der die qualifiziertesten Gewerkschaftsmitglieder im Dorfe angehören, sowie die Arbeit der Facharbeitersektionen bei anderen Gewerkschaften muß darauf gerichtet sein, das politische Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder zu heben, ihnen zu helfen und sie dafür auszubilden, ihre Aufgaben als Mittler der Kultur im Dorfe und als aktive Helfer bei der gesamten kulturellen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaft in den Fabriken, Werken und Klubs erfüllen zu können (Zeitschrift, Zeitung, Buch, periodische Amtsbezirks- und Bezirkskonferenzen).

Die Arbeit unter den Frauen

36. Trotz der bedeutenden Erfolge, die bei der Heranziehung von Arbeiterinnen zur aktiven Arbeit in den Gewerkschaften erzielt wurden, müssen letztere nichtsdestoweniger noch intensiver und umfassender daran arbeiten, daß sich die Zahl der aktiven gewählten Arbeiterinnen in allen Gliedern der Gewerkschaftsorganisationen erhöht, und zwar besonders in den Gewerkschaften, in denen Frauenarbeit vorherrscht oder sehr bedeutend ist. Es ist notwendig, das Netz der Krippen, Kinderheime und der Einrichtungen, die die Arbeiterinnen von der Hausarbeit befreien, nicht nur zu erhalten, sondern ausdehnen.

Die Gewerkschaften müssen dazu übergehen, planmäßig qualifizierte Gewerkschaftsfunktionäre aus den Reihen der Arbeiterinnen auszubilden, indem sie spezielle Gewerkschaftsschulen organisieren und die Zahl der in den schon bestehenden Gewerkschaftsschulen und -kursen lernenden Arbeiterinnen erhöhen.

Die Arbeit unter der Jugend

37. a) Es ist notwendig, die neu in die Produktion kommende Jugend verstärkt zu den Gewerkschaften heranzuziehen und ihrer beruflichen, produktionsmäßigen und klassenmäßigen Erziehung sowie der Bildung eines Gewerkschaftsaktivs aus den Reihen der Jugendlichen für die untere Gewerkschaftsarbeit (Mitglieder von Komitees, Kommissionen, Delegierte, Kassierer von Mitgliedsbeiträgen u.a.) größere Aufmerksamkeit zu schenken.

b) Um für die wählbaren Funktionen der Gewerkschaften auch stärkerer Komsomolfunktionäre heranzuziehen, sollen bei den Neuwahlen der Gewerkschaftsorgane die aktivsten Funktionäre des Komsomol, die unter den Arbeitern Autorität genießen, vorgeschlagen werden.

Die Partei und die Gewerkschaften

38. Die Kommunistische Partei, die der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, der Führer der gesamten proletarischen Bewegung als Ganzes ist, faßt alle Formen und Arten dieser Bewegung, alle Arbeiterorganisationen zusammen und lenkt ihre Tätigkeit auf die Verwirklichung des Endzieles der Arbeiterklasse - auf den Kampf für den Kommunismus.

Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben nur unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Vortrupps und des Führers der gesamten Arbeiterklasse, erfüllen. Es ist die Aufgabe sowohl der gesamten Partei als auch der einzelnen Parteiorgane, eine richtige systematische, über die entsprechenden kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaft erfolgende Führung der Gewerkschaften zu sichern.

Jedoch stellte das Plenum des ZK vom 3. Oktober 1925 trotz mehrmaliger Beschlüsse der Parteitage und Konferenzen und der Anweisung des ZK erneut fest, daß Mängel in der Anleitung der Fraktionen der Gewerkschaftsorganisationen von seiten der Parteiorgane vorhanden sind.

Neben einer kleinlichen Einmischung der Parteiorgane in die tägliche Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen wurde festgestellt,

daß die leitenden Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen nicht mit dem notwendigen Ernst ausgewählt werden, daß sie häufig wechseln, wobei zuweilen die gewerkschaftliche Demokratie verletzt wird und daß die Entscheidung der meisten Fragen, die die Arbeitsbedingungen, den Arbeitslohn, die Kollektivverträge u.a. betreffen, den Parteiorganen übertragen wird. Dadurch werden die normalen Methoden der gewerkschaftlichen Arbeit verletzt, und es wird die Autorität der Gewerkschaften in den Augen der breiten Arbeitermassen geschwächt.

Diese Abweichungen und Fehler, die von einer Reihe örtlicher Parteiorganisationen bei der Anleitung der Gewerkschaftsfraktionen begangen wurden, waren in bedeutendem Maße durch die Schwierigkeiten des Kampfes für die Wiederherstellung der Industrie und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität bedingt; sie sind heute, da zweifellos ständig wachsende Erfolge in allen Volkswirtschaftszweigen zu verzeichnen sind, besonders unzulässig.

39. Der Parteitag ruft allen Parteiorganisationen in Erinnerung, daß die Gewerkschaften die breiten Organisationen der parteilosen Arbeitermassen sind, daß die gesamte Arbeit in ihnen nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn ihr die Methoden der Überzeugung, der kameradschaftlichen Disziplin, der Entwicklung einer breiten Initiative der in ihnen vereinigten Mitglieder auf allen Gebieten der gewerkschaftlichen Arbeit zugrunde liegen. In den Gewerkschaften muß in vollkommener Weise eine gesunde Arbeiterdemokratie verwirklicht werden. In bezug auf die Gewerkschaften sind die Methoden des Kommandierens und der kleintlichen Bevormundung am wenigsten zulässig.

Neben den Aufgaben zur Belebung der Sowjets und zur Entwicklung der innerparteilichen Demokratie hat die Partei die Aufgabe, für die Gesundung der Gewerkschaften zu sorgen, sie zu stärken und zu festigen, die gewerkschaftliche Demokratie zu stärken und zu vertiefen und die Autorität der Gewerkschaften in jeder Weise zu heben.

40. Die Gewerkschaften wurden von unserer Partei geschaffen und aufgebaut. Unter Führung der Partei sind sie herangewachsen

und haben große Erfolge erzielt. Ihre Erfolge und Mängel sind die Erfolge und Mängel unserer Partei und der Sowjetmacht, deren Stütze die Gewerkschaften sind. In den Gewerkschaften hat die Partei einen mächtigen Apparat, um ihren kommunistischen Einfluß und ihre Politik unter der gesamten Masse der parteilosen Arbeiter und über letztere auch unter den vielen Millionen Bauern zu verwirklichen.

Diese ihre Aufgabe können die Gewerkschaften nur dann erfolgreich erfüllen, wenn sie von der gesamten Partei unterstützt werden und wenn die parteilosen Arbeiter ihnen unbedingt vertrauen, da sie die Organe sind, die berufen sind, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen und zum Ausdruck zu bringen.

Der Parteitag hält es für erforderlich, alle Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, gegenüber den Gewerkschaften aufmerksamer, feinfühlicher und behutsamer zu sein und die Methoden, mit denen die Partei sie anleitet, in dieser Richtung zu ändern. Deshalb muß die gesamte Anleitung der Gewerkschaftsbewegung durch die Partei über die Fraktionen und Gruppen der Kommunisten in den Gewerkschaften erfolgen.

41. Der Parteitag hält es für richtig, daß die Gewerkschaftsorganisationen nach Rayons eingeteilt werden, da dies der erfolgten Einteilung der Sowjets nach Rayons entspricht, und daß man Republiks- und Gebietsräte der Gewerkschaften schafft, und zwar auf der Grundlage einer normalen Wählbarkeit und einer Erweiterung der Rechte, die ihnen die Selbständigkeit und die Initiative auf allen Gebieten der gewerkschaftlichen Arbeit sichern. Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, unbedingt die Einheit der allgemeinen Linie, die Aktionseinheit und die Einheitlichkeit des organisatorischen Aufbaus der Gewerkschaftsorganisationen auf dem gesamten Territorium der UdSSR zu wahren und eventuelle Erscheinungen des Föderalismus in der Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen.

Die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Gewerkschaftsdisziplin, die dem Aufbau der Gewerkschaften in

ist, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung des gesamten internationalen Proletariats herzustellen.

Der XIV. Parteitag billigt diese allgemeine Linie des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion und die energische Arbeit, die er entfaltet hat, um die Anhänger der Einheit zusammenzuschließen. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß das brüderliche Kampfbündnis, das zwischen den Gewerkschaften Englands und den Gewerkschaften der UdSSR auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung geschlossen wurde und das seinen Ausdruck in der Schaffung des englisch-russischen Beratungskomitees fand, und die warmen Sympathien, die dies Bündnis unter den Arbeitern und den Gewerkschaften anderer Länder hervorrief, die ersten praktischen Schritte zur Herstellung der internationalen Einheit und das Unterpfand für ihren Erfolg sind.

Über die Arbeit des Komsomol

Einleitung

1. Die Arbeit des LKJVR muß sich den Besonderheiten der jetzigen Lage anpassen. Das wirtschaftliche Wachstum in Stadt und Land, die Erfolge der sozialistischen Elemente der Wirtschaft bei gleichzeitiger Zuspitzung der Widersprüche zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen (staatliche Wirtschaft und privates Handelskapital, Wachstum des Kulakentums im Dorfe bei gleichzeitigem Aufschwung des Mittelbauern und teilweiser Proletarisierung der Dorfarmut usw.), das Neue in den Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land überhaupt (trotz des Wachstums zu geringe Produktion auf dem Gebiete der Industrie) auf der Grundlage der allgemeinen Entwicklung der Warenwirtschaft - das sind die Besonderheiten, die letzten Endes auch die Aufgaben bei der Arbeit unter der Jugend bestimmen.

2. Auf dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wachstums und der Widersprüche dieses Wachstums zeichnet sich auch eine gewisse Veränderung der Klassenverhältnisse im Lande ab. Das Proletariat

der UdSSR zugrunde gelegt sind, müssen von allen - sowohl von den in den Gewerkschaften arbeitenden Parteimitgliedern als auch von den Parteiorganisationen - konsequent unterstützt und gefestigt werden.

42. Der Parteitag hält die Maßnahmen für zweckmäßig, die der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion angenommen hat, um die gewerkschaftliche Demokratie auf der Grundlage der breiten Wählbarkeit, der Rechenschaftspflicht, der Kontrolle durch die Massen und der offenen Diskussion zu sichern und zu entwickeln; er beauftragt daher die kommunistische Fraktion des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, diese Arbeit auf der Grundlage der von diesem Parteitag angenommenen Thesen zu vertiefen und auszudehnen.

Der Parteitag ruft alle Kommunisten und alle Parteiorganisationen auf, diese Maßnahmen zu unterstützen und Vorkehrungen zur vollständigen Durchführung aller gewerkschaftlichen Maßnahmen des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, des höchsten leitenden Organs der Gewerkschaftsbewegung der UdSSR, zu treffen.

43. Die wirtschaftliche Festigung der UdSSR ermöglichte es unseren Gewerkschaften, die Aufgabe der Herstellung brüderlicher Beziehungen zu den Arbeitern anderer Länder unmittelbar in Angriff zu nehmen. Sie hat zweifellos eine entscheidende Rolle in den Beziehungen der letzteren zu den Arbeitern der UdSSR und ihren Gewerkschaften gespielt. Das wieder hat den Gewerkschaften der UdSSR in Gestalt des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben, in vollem Umfang die Frage nach der Herstellung der Einheit der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung durch die Schaffung einer einheitlichen, proletarischen Gewerkschaftsinternationale zu stellen.

Der lebhafteste Widerhall, den dieser Aufruf der Gewerkschaften der Sowjetunion bei den Arbeitern der verschiedenen Länder, in erster Linie bei den englischen Arbeitern und bei den verschiedenen die UdSSR besuchenden proletarischen Delegationen unabhängig von deren politischen Überzeugungen und ihrer Parteizugehörigkeit findet, beweist, daß es unbedingt notwendig und wichtig

der städtischen Industrie wächst und schließt sich zusammen, während sich gleichzeitig eine innere Veränderung seiner Zusammensetzung vollzieht (Rückkehr qualifizierter Arbeiter aus den Dörfern, neue Schichten proletarisierter Bauern, Arbeiterjugend, die zum ersten Male in den Produktionsprozeß eintritt); die Schicht der Angestellten wächst im Zusammenhang damit, daß der gesamte Staats-, Wirtschafts- und Genossenschaftsapparat komplizierter und größer wird. Gleichzeitig wachsen auch die Schichten der neuen Bourgeoisie, besonders in der Sphäre des Handelskapitals. - Diese Schichten sind bestrebt, einen Teil der im Angestelltenverhältnis arbeitenden Intelligenz in der Stadt zu gewinnen und sich auf die wohlhabenden Schichten im Dorf zu stützen. Im Dorf werden bei einem Aufschwung der Masse der Mittelbauern auch die beiden äußersten Flügel - das Kulakentum einerseits, die Dorfarmut und die Landarbeiter andererseits - relativ stärker.

3. Die sich auf der Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums erhöhende Aktivität aller Klassen und Klassengruppen setzt voraus, daß die Leitung der gesamten Politik und der Wirtschaft des Landes durch das Proletariat nur auf einer neuen, höheren Entwicklungsstufe gewahrt und gefestigt werden kann; die wachsende Aktivität der Bauernschaft erfordert eine noch stärker wachsende Aktivität des Proletariats, damit das richtige Verhältnis zwischen den grundlegenden Klassen, d.h. die führende Rolle der Arbeiterklasse gewahrt wird.

4. Von diesem Standpunkt aus ist auch die Frage der Jugend in ihren verschiedenen Bestandteilen äußerst wichtig. Das natürliche Nachrücken der Altersstufen mit ihren verschiedenen Erfahrungen (neue Jahrgänge, die weder das feudale noch das bürgerliche Regime kennen und oft nicht einmal den Bürgerkrieg erlebt haben) und die Erhöhung des Prozentsatzes der Jugend verschärft die Jugendfrage und macht sie zu einem der wichtigsten politischen Probleme der Gegenwart.

5. Die sich entwickelnden Klassenwidersprüche und das Wachstum der neuen Bourgeoisie in Stadt und Land kennzeichnen somit auch den sich entfaltenden Kampf um die Jugend. Es ist deshalb durchaus kein Zufall, daß die Überreste der durch die

Revolution zerschlagenen Parteien - der Sozialrevolutionäre und besonders der Menschewiki - vor allem auf die Jugend spekulieren; sie predigen unter der Arbeiterjugend und den Studenten bürgerliche Ansichten zur Restaurierung der alten Gesellschaft und stellen unsere, ihrem Typ nach sozialistischen staatlichen Betriebe einfach als Kapitalismus oder irgendeine Form von Staatskapitalismus hin, ihr System als System der Ausbeutung der Arbeiterklasse, den Staat des Proletariats als kapitalistischen Arbeitgeber usw. Sie leugnen die Diktatur des Proletariats, die Tatsache, daß die grundlegenden Produktionsmittel dem proletarischen Staat gehören, sie nutzen unsere Mängel aus, suchen den Glauben der Arbeiterklasse und der lernenden Jugend an die Kräfte des Proletariats zu untergraben, sie säen Pessimismus und bereiten auf diese Weise ideologisch das Feld für eine offen bürgerliche Konterrevolution. Unter der Bauernschaft wollen sie gleichzeitig sowohl die Unzufriedenheit der kulakischen Oberschicht als auch die Unzufriedenheit jenes Teiles der Kleinbauern ausnutzen, der sich noch immer in einer schweren materiellen Lage befindet.

6. Der Kampf um die Jugend, eine ihr entsprechende Erziehung, die Wahrung der aus der sozialistischen Revolution übernommenen Erfahrungen, die an die großen Tagesaufgaben des Aufbaus und der Organisation angepaßt werden, die Erhaltung und Festigung der richtigen Führung werden somit als die wichtigsten Besonderheiten der gegenwärtigen Periode hervorgehoben.

Die grundlegenden Probleme des Komsomol in der jetzigen Periode

7. Der Parteitag stellt fest, daß der Komsomol im vergangenen Jahr eine Reihe Erfolge errungen hat (Erfassung von 50 Prozent der Arbeiterjugend; Erfolge auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und der Bildungsarbeit des Komsomol, Hebung der politischen Aktivität des Komsomol im Zusammenhang mit der allgemeinen wachsenden Aktivität der Arbeiter- und Bauernjugend; Verstärkung der Arbeit im Dorfe, der Erziehungsarbeit im allgemeinen, der politischen Schulungsarbeit im besonderen; Förderung neuer Aktivisten; Annäherung des Komsomol an die Partei und ihre Führung als Ergebnis des Kampfes gegen unleninistische Abweichungen und als

Ergebnis der durchgeführten Diskussionen).

8. Als grundlegend kann man gegenwärtig folgende vier Erscheinungen in der Arbeit des Komsomol betrachten: erstens das ungeheure Wachstum des Verbandes und der Pionierorganisation, insbesondere das Wachstum der bäuerlichen Zellen des Verbandes; zweitens die Schwächung der Disziplin und die zunehmende Fluktuation in den Reihen des Komsomol; drittens (das muß besonders hervorgehoben werden) das Vorhandensein eines gewissen Widerspruches zwischen den bestehenden Formen und dem Inhalt der Arbeit einerseits und den gegenwärtigen, auf dem wirtschaftlichen Wachstum begründeten Bedürfnissen andererseits; und schließlich viertens der Widerspruch zwischen dem ungeheuren Wachstum des Verbandes sowie der Pionierorganisation und der quantitativ und qualitativ ungenügenden Anleitung (auf der Linie - Proletariat und Bauernschaft, Partei und Komsomol, Komsomol und Pioniere).

9. An die erste Stelle muß das Mißverhältnis zwischen dem im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstum auftretenden neuen Ansprüchen der Massen und den Methoden, Formen und dem Inhalt der Komsomolarbeit gestellt werden. Das zentrale Problem der Komsomolbewegung in der gegenwärtigen Periode des Umschwungs besteht deshalb darin, ihre Arbeit diesen Ansprüchen anzupassen.

10. In der Stadt und für die Arbeiterjugend steht dieses Problem folgendermaßen: in die Produktion werden neue Schichten der Jugend einbezogen, und zwar zum ersten Mal; das wirtschaftliche Wachstum ruft bei diesen Schichten unausbleiblich das ganz natürliche Bestreben hervor:

a) ihre materielle Lage zu verbessern (in erster Linie Fragen des Arbeitslohnes);

b) eine entsprechende Berufsausbildung und nach Möglichkeit eine hohe Produktionsqualifikation zu erhalten;

c) überhaupt am Produktionsprozeß teilzuhaben und ihren Platz darin zu finden;

d) nach Möglichkeit an der wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes teilzunehmen und Einfluß auf sein Schicksal zu nehmen;

e) auf dem Gebiete der Lebensweise ein gewisses Maß an Muße und ein gewisses Mindestmaß an Zerstreuungen usw. zu haben.

Insbesondere betrifft das die älteren Jahrgänge unter der Arbeiterjugend, die gegenüber den Jüngeren von dem ideologischen und organisatorischen Einfluß des LKJVR erfaßt sind.

11. Im Verhältnis zu dieser im Grunde gesunden Bewegung sind zwei Abweichungen möglich: erstens, die bloße und unkritische Ermutigung dieses elementaren Bestrebens und zweitens der direkte Kampf gegen diese Bewegung. Beide Linien sind unrichtig und können die Arbeit unter der Jugend nur zersetzen.

Die bloße Entfesselung dieses elementaren Bestrebens allein würde unausbleiblich eine Kluft zwischen einzelnen Arbeitergruppen und der gesamten Klasse als Ganzes, zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Arbeiterstaat schaffen; sie würde unausbleiblich in der Arbeiterklasse kleinbürgerlichen Individualismus entwickeln und den sozialistischen Aufbau erschweren. Nicht minder schädlich ist die zweite Abweichung, die es ablehnt, die gesunde Sorge um die materielle Sicherstellung der Arbeiterjugend zu unterstützen, denn man kann die Hauptmasse der Jugend nur dann am sozialistischen Aufbau unter den Bedingungen des Friedens und des wirtschaftlichen Wachstums interessieren, wenn man ihre materielle Lage systematisch verbessert. Somit ist das zentrale Problem der gesamten Arbeit des Komsomol, das persönliche und das Gruppeninteresse mit den Interessen der gesamten Klasse in Einklang zu bringen und die tägliche Aufbauarbeit den allgemeinen revolutionären Aufgaben des Proletariats unterzuordnen.

12. In Wirklichkeit aber gibt es in der Arbeit des Komsomol in bedeutendem Maße auch solche Formen und Methoden und einen solchen Inhalt der Arbeit, die einer früheren Periode unserer Entwicklung entsprochen haben. Die Propaganda und Agitation, die Tagesordnung und die tägliche Arbeit der Zellen sind nicht genügend mit dem wachsenden Streben nach materiellem Wohlstand koordiniert; die Verbindung zwischen dem Persönlichen und Gesellschaftlichen steht nicht im Mittelpunkt der Arbeit; die Verfahren und Methoden entsprechen nicht dem Wachstum der Aktivität

(Vorhandensein von Elementen des Bürokratismus im Apparat) usw. All dieses in Zusammenhang zu bringen und den allgemeinen Aufgaben des revolutionären sozialistischen Aufbaus unterzuordnen - das ist die wichtigste Direktive für die Funktionäre des Komsomol in der Stadt.

13. Im Dorf ist dieselbe Erscheinung zu beobachten: Landarbeiter und Dorfarmut streben nach der direkten Vertretung ihrer materiellen Interessen, nach dem Aufschwung ihrer (bzw. der Kollektiv-) Wirtschaft; beim Mittelbauern ist dieses Moment noch schärfer ausgeprägt.

Die aktiven Schichten der armen und der Mittelbauern im allgemeinen und ihrer jungen Generation im besonderen sind unter den gegenwärtigen Bedingungen der wirtschaftlichen Belebung bestrebt:

- a) eine materielle Verbesserung ihrer Lage durch bessere Organisation ihrer Produktion und durch den Übergang zu fortschrittlicheren Methoden der Wirtschaftsführung zu erreichen;
- b) ihr kulturelles Niveau zu heben, vor allem durch die Bereicherung mit Kenntnissen, die in wirtschaftlicher Beziehung praktischen Nutzen bringen;
- c) überhaupt die Lebensbedingungen des heutigen Dorfes zu verbessern, insbesondere gesellschaftliche Formen einer gesunden Zerstreuung zu finden; das Streben hiernach ist besonders stark bei der Jugend zu beobachten.

Den Aufschwung der Einzelwirtschaft mit den allgemeinen Interessen des sozialistischen Aufbaus in Einklang zu bringen und in diesem Zusammenhang die Arbeit entsprechend zu organisieren - das muß die wichtigste Schlußfolgerung aus der gegenwärtigen Situation sein.

14. Der Komsomol steht somit vor der Aufgabe, seine Arbeit und seine Organisation zu beleben. Der Umschwung in seiner Entwicklung fällt mit dem Umschwung in der Entwicklung der Sowjets, der Gewerkschaften und der Partei zusammen. Darin kommt zum Ausdruck, daß in der Entwicklung des ganzen Landes ein Übergangs-

moment eingetreten ist. Die Belebung des Komsomol ist ein Glied in der allgemeinen Kette des Wachstums der aktiven, revolutionären Kräfte in dieser Periode.

15. Die zunehmende Aktivität der Massen, die Notwendigkeit, eine breitere Auslese von in verantwortliche Posten aufrückenden Werktätigen, von leitenden Funktionären usw. zu haben, erfordern den entschiedenen Kurs auf die Demokratie innerhalb der Komsomolorganisation. Wenn der jetzige Augenblick gebieterisch eine Änderung im Inhalt der Arbeit erfordert, so ist die Notwendigkeit nicht minder dringend, den aktuellen Aufgaben sowie dem neuen Inhalt der Arbeit auch ihre organisatorischen Formen (Demokratie innerhalb des Komsomol) und die Arbeitsmethoden (Maximum an Überzeugung, Minimum an Zwang) anzupassen.

16. Die oben festgestellten Mängel sind die Hauptursache (soweit diese Ursachen überhaupt durch diese oder jene Arbeit des Komsomol bedingt sind) für die Fluktuation in den Organisationen des LKJVR. Neben dem gewaltigen Wachstum des Verbandes ist in bedeutendem Maße die Erscheinung des Austritts aus seinen Reihen zu verzeichnen; die Analyse dieser Erscheinung zeigt, daß die Austritte zum größten Teil damit begründet werden, daß "es im Verband nichts zu tun gibt", daß er "nichts bietet", daß es besser ist, nach einer richtigen (d.h. vor allem einer berufstechnischen) Bildung zu suchen oder (im Dorfe) sich mit einer richtigen Arbeit (d.h. mit dem Aufschwung der Wirtschaft usw.) zu beschäftigen. Die kräftigsten und lebendigsten Zellen in den Städten sind diejenigen, die es verstanden haben, die Interessen der Hebung des Lebensstandards mit den Interessen der staatlichen Produktion als Ganzes und folglich auch mit den allgemeinen Interessen der Revolution zu verbinden. Die kräftigsten und lebendigsten Zellen auf dem Lande sind diejenigen, die eine praktische Arbeit für den Aufschwung der Landwirtschaft leisten (über landwirtschaftliche Zirkel, Genossenschaften, Block mit dem Agronomen usw.). Die kräftigsten und lebendigsten Klubs sind diejenigen, die kein trockenes, schematisches Material bieten, sondern ein gewisses Mindestmaß lebendiger Zerstreuung.

17. Das Nachlassen der Disziplin wird auch durch folgende wesentliche äußere Ursachen verstärkt: durch Umgruppierungen innerhalb der Arbeiter- und Bauernjugend überhaupt, durch Arbeitslosigkeit in den Städten und durch die gewaltige agrarische Überbevölkerung, durch die Entfaltung der Ware-Geldbeziehungen mit ihren Widersprüchen und insbesondere durch den steigenden Alkoholverbrauch in den Industriezentren. Neben den allgemeinen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung im allgemeinen und zur Gesundung der Jugendarbeit im besonderen ist ein beharrlicher systematischer Kampf gegen die Fluktuation und für die Hebung der Verbandsdisziplin erforderlich.

18. In unmittelbarem Zusammenhang hiermit steht die Notwendigkeit, unter der parteilosen Arbeiter- und Bauernjugend für ein geregeltes Leben und eine geregelte Lebensführung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Komsomol zu kämpfen. Die Überreste der alten "wurstigen" Undiszipliniertheit und des Anarchismus in der Lebensführung und die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung prallen jetzt heftig aufeinander. Die Kader in der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft werden die Sache nur dann richtig und siegreich durchführen können, wenn sie genauer und richtiger "rechnen", arbeiten und leben werden. Die Elemente der Disziplinlosigkeit, die zum Teil in den Überresten der vorrevolutionären Ideologie der Intellektuellen eine Grundlage finden, zum Teil in den deklassierten lumpenproletarischen, spießigen, kleinbürgerlichen intellektuell-anarchistischen Schichten des Komsomol und der parteilosen Jugend, müssen endlich vom organisierten Teil der proletarischen Jugend entschieden bekämpft werden.

19. Als grundlegendes Problem der Komsomolarbeit muß jetzt auch das Problem der Führung angesehen werden. Hierher gehört die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem proletarischen und dem bäuerlichen Teil des Verbandes, die Frage des Parteikernes im Komsomol, die Frage der Führung durch die Partei, die Frage der Anleitung der Pionierorganisationen durch den Komsomol.

20. In der allgemeinen Lage der Dinge ist ein starkes Mißverhältnis zwischen dem Wachstum des LKJVR und der Führung

festzustellen. Es ist bei weitem noch nicht alles getan, um die proletarische Führung im Verband zu sichern (deshalb wird jetzt die Lösung der Einbeziehung der gesamten Arbeiterjugend in den Verband besonders hervorgehoben); die Kräfte der Partei, die im LKJVR arbeiten, sind unzureichend; die Anleitung der Pionierorganisationen ist schlecht organisiert (qualitativ und quantitativ). Der Parteitag lenkt die ernsthafteste Aufmerksamkeit auf die sich daraus ergebenden großen Gefahren und auf die hauptsächlichste von ihnen - auf die Möglichkeit, daß sich der proletarische und der bäuerliche Teil des Verbandes voneinander lösen und die proletarische Führung geschwächt wird.

Die wichtigsten Merkmale in der Arbeit unter der Jugend

21. Aus dem oben Dargelegten geht hervor, daß der Eintritt neuen Menschenmaterials, neuer Menschen, sowohl in den Produktionsprozeß als auch auf den Schauplatz des politischen Kampfes, die hauptsächlichste Besonderheit des Augenblicks darstellt. Das nicht verstehen, heißt überhaupt nichts verstehen. Folglich muß man heute besonders nachdrücklich die Notwendigkeit betonen, bei der sozialistischen Erziehung früher gemachte Erfahrungen auszunutzen und dies unter Bedingungen, die sich grundlegend sowohl von den Bedingungen der vorrevolutionären Periode als auch von den Bedingungen des Kriegskommunismus und sogar von denen der ersten Periode der NÖP unterscheiden.

22. Während in den vorhergehenden Jahren eine der Hauptgefahren die der kommunistischen Überheblichkeit war, der Überschätzung der eigenen Kräfte, der Überschätzung der erzielten Ergebnisse usw., entsteht heute neben dieser Gefahr - eben in dem Maße, wie vollkommen neue Schichten der Jugend zum Aufbau des gesellschaftlichen Lebens herangezogen werden - eine andere Gefahr - die Gefahr, daß man die Perspektive der sozialistischen Entwicklung vollständig verliert. Die erschreckende politische Unwissenheit unter den neuen Schichten der Jugend, das Fehlen einer klaren Vorstellung von dem Unterschied zwischen kapitalistischen Betrieben und unseren Betrieben von konsequent sozialistischem Typ sowie zwischen den Wegen des Kapitalismus und den Wegen unserer

Entwicklung ist eine äußerst ernste Erscheinung, an der die Partei nicht vorübergehen kann.

23. Daraus ergibt sich, daß ein Kampf an zwei Fronten notwendig ist: Erstens ist es notwendig, den Kampf gegen kommunistische Überheblichkeit und übermäßigen Optimismus fortzusetzen, der die gewaltigen vor uns stehenden Schwierigkeiten und Gefahren nicht sieht; dieser Kampf ist besonders deshalb nötig, weil das private Handelskapital trotz der starken Zunahme des Anteils der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft imstande ist, unsere Front gerade auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Stadt und Land zu durchbrechen; auf der anderen Seite stellt die zweifellose Stärkung des Kulaken ihrerseits eine Reihe neuer Aufgaben; zweitens ist es notwendig, einen entschlossenen Kampf gegen den Pessimismus und den liquidatorischen Unglauben an den sozialistischen Weg unserer Entwicklung (dies ist Wasser auf die Mühle der Menschewiki und Sozialrevolutionäre) zu führen, einen Kampf, der gerade jetzt dringend notwendig wird, da neue Schichten der Jugend auftreten und da andererseits die Entwicklung unserer Industrie durchaus noch nicht in ausreichendem Maße die allgemeine Not (Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung, schlechte Bildung, ungenügenden Arbeitslohn u.a.) beseitigen und eine ausreichende Grundlage für schnelle Erfolge des Sozialismus im Dorf schaffen kann.

24. Jetzt muß ein mehr oder minder stabiles Verhältnis zwischen der "Politik" und der "Kulturarbeit" hergestellt werden. Bis zum XIII. Parteitag war eine gewisse Überspitzung nach der Seite der "Kulturarbeit" zu beobachten. Der XIII. Parteitag und die darauf folgenden Beschlüsse des Komsomol haben das Steuer auf die reine "Politik" herumgerissen. Gegenwärtig ist eine Überspitzung gerade in dieser Richtung vorhanden, und deshalb ist die "Politik" zum großen Teil nur im Rahmen des geschlossenen Aktivs geblieben. Es muß jetzt hervorgehoben werden, daß es unter den augenblicklichen Bedingungen keine politische Erziehung und politische Rolle des Verbandes geben kann, die außerhalb oder neben seiner in erster Linie kulturell-wirtschaftlichen Arbeit steht. Eben deshalb, weil wir in die Periode des schnellen wirtschaftlichen Aufbaus eingetreten sind, weil der Klassenkampf sich

immer stärker als Kampf der verschiedenen Wirtschaftsformen entfaltet, weil neue Schichten der Jugend ihre Aufgaben in der Produktion bzw. Wirtschaft suchen, eben deshalb ist eine enge Verbindung der kulturellen und wirtschaftlichen Arbeit mit der politischen Arbeit erforderlich. Das darf durchaus nicht im Sinne einer Verringerung der Rolle der Politik verstanden werden. Im Gegenteil, die politische Bedeutung des Verbandes und sein politischer Klassenkampf müssen eine noch größere Entwicklung erfahren. Aber dieser Kampf muß mit den aktuellen Problemen des sozialistischen Aufbaus verbunden sein, - nur unter dieser Bedingung wird es auch möglich sein, die politische Position des LKJVR nicht nur in Worten, sondern tatsächlich zu festigen.

25. Ohne eine solche Verbindung ist auch die internationalistisch-revolutionäre Erziehung der Jugend, die für den Sozialismus eine Frage von Leben oder Tod ist, unmöglich. Es wäre die größte Illusion, wollte man annehmen, daß man sich hier auf alte Schablonen, und nur auf diese, beschränken könne. Im Gegenteil, man muß die Neuartigkeit der Lage verstehen. Wenn die westeuropäischen Arbeiter und die westeuropäische Jugend auf neuen Wegen zur UdSSR und zum Kommunismus kommen, so kann man dasselbe auch vom Verhältnis unserer Jugend zum internationalen Proletariat sagen. Die Forderung des täglichen Lebens der Jugend mit den Interessen der gesamten Arbeiterklasse und folglich auch mit denen des wirtschaftlichen Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR zu verbinden, die Rolle der UdSSR als der Basis des Sozialismus in der ganzen Welt zu erkennen, ebenso auch die Rolle unserer Partei als der internationalen Kraft, die mit allen Mitteln ihre Verbindungen mit der revolutionären Arbeiterjugend aller Länder festigen muß - all das sind die spezifischen gegenwärtigen Methoden für die international-revolutionäre Erziehung der Jugend.

26. Mehr denn je muß sich der Komsomol auf die Massen, in erster Linie auf die Massen der Arbeiterjugend, orientieren. Eine der größten Gefahren des Augenblicks ist einerseits die, daß sich der Komsomol von den Parteilosen löst und andererseits die, daß sich das Komsomolaktiv von den Massen im Komsomol löst. Dieses Aktiv muß bedeutend näher an die Fabrik, das Werk, das Dorf

herangebracht werden - das ist die dringende Aufgabe des Tages. Besondere Aufmerksamkeit muß der verstärkten Arbeit unter den jugendlichen Arbeiterinnen und Bäuerinnen gewidmet werden.

27. Der Komsomol wird nicht in der Lage sein, mit den großen ihm gestellten Aufgaben fertig zu werden, wenn die Zusammensetzung seines Aktivs nicht quantitativ und qualitativ verbessert wird. Es muß mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß gegenwärtig eine hohe allgemein-politische sowie speziell fachliche (entsprechend den einzelnen Gebieten der Wissenschaft und Praxis) Qualifikation dieses Aktivs notwendig ist. Das Studium des Leninismus muß an die Spitze der Erziehung des Komsomolaktivs gestellt werden. Man muß verstehen, daß heute sowohl schöne Lösungen als auch trockene bürokratische Geschäftigkeit vollkommen ungenügend sind. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit auf den ganzen Ernst der Lage und macht es dem LKJVR zur Pflicht, alle Maßnahmen zur Hebung der allgemeinen und insbesondere der politischen Qualifikation dieses Aktivs zu ergreifen.

28. Die Überlastung des Aktivs mit laufenden Arbeiten erklärt sich in bedeutendem Maße daraus, daß man infolge unrationeller Arbeitsorganisation die Kräfte sinnlos verschwendet und Raubbau damit treibt. Gerade hier ist die Losung Lenins besonders am Platze: "Lieber weniger, aber besser". Alles Überflüssige, nicht Notwendige (häufige Sitzungen, Kommissionen u.a.) ist rücksichtslos zu beseitigen und auszumerzen, und der Verbesserung der Qualität der Arbeit ist größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Proletariat, Bauernschaft, Komsomol und Partei

29. Die erhöhte Aktivität aller Klassengruppierungen und die allgemeinen Ziele des sozialistischen Aufbaus erfordern verstärkte Arbeit unter den Kleinbauern, den Landarbeitern und den Mittelbauern. Eine systematische Regulierung der sozialen Zusammensetzung des Verbandes ist erforderlich, damit seine proletarische Führung stets erhalten bleibt. Es ist in erhöhtem Maße unbedingte Aufgabe des Verbandes, gestützt auf die Kleinbauern und Landarbeiter, die besten mittelbäuerlichen Elemente im Komsomol zu organisieren, das Wachstum des LKJVR im Dorfe jedoch nicht zu forcieren, sondern darin Zurückhaltung zu üben. In dieser Hinsicht ist die

Angst vor dem Mittelbauern entschieden zu verurteilen.

30. Um so dringender ist die Notwendigkeit, die führende Schicht des Verbandes, das jugendliche Industrieproletariat zu organisieren. Es ist notwendig, das Wachstum unserer Industrie, sowohl ihre quantitative Vergrößerung als auch die Konzentration des Proletariats in den Fabriken und Werken, auf jede Weise zur breitesten Werbung der proletarischen Jugend für den Verband auszunutzen. Die Aufgabe, die gesamte proletarische Jugend zu erfassen, ist von jedem Standpunkt, in erster Linie aber vom Standpunkt der Grundfragen unserer gegenwärtigen Politik aus, die dringendste Aufgabe des Augenblicks.

31. Dabei sind unter allen Umständen solche Maßnahmen zu vermeiden, die die Verbindung zwischen dem proletarischen und dem bäuerlichen Teil des Verbandes zerreißen könnten. Von diesem Standpunkt aus hält es der Parteitag für unzweckmäßig, die mittelbäuerlichen parteilosen Jugendlichen außerhalb des LKJVR in Form von ständigen Delegiertenversammlungen beim Komsomol zu organisieren, wie es von einigen Genossen vorgeschlagen wurde. Solche Organisationen würden unausbleiblich die Tendenz entwickeln, sich in einen zweiten, rein bäuerlichen, im Gegensatz zum LKJVR und zur Partei stehenden Verband zu entwickeln.

32. Die proletarische Führung im Verband kann jedoch nicht ohne feste Führung von seiten der Partei erreicht werden. Die Sorge um die Vergrößerung des Parteikernes im Verband muß nach wie vor auf der Tagesordnung stehen. Es ist deshalb theoretisch unrichtig und praktisch politisch schädlich, wenn die Frage des proletarischen Kernes der Frage der Führung durch die Partei gegenübergestellt wird.

33. Der Komsomol kann in bezug auf Fragen, die die Partei beschäftigen, auf keinen Fall eine "neutrale" Organisation sein - das würde das grundlegende Verhältnis zwischen Partei und LKJVR zerstören. Der Parteitag bestätigt die früheren Beschlüsse der Partei und verurteilt nochmals die Theorie der Neutralität.

34. Gleichzeitig ist der Parteitag der Meinung, daß der Kampf gegen die Neutralität nicht in eine Verkündung der

"Gleichberechtigung" von Partei und Komsomol entarten und "hinüberwachsen" soll. Dadurch würde ebenfalls, allerdings von der anderen Seite, das erforderliche Verhältnis zwischen Partei und Komsomol gestört werden. Von diesem Standpunkt aus kann und muß die Partei erörtern und entscheiden, welche der innerparteilichen Diskussionen vom Komsomol behandelt werden und welche nur innerhalb der Partei bleiben sollen. Die Theorie der "Gleichberechtigung" von Partei und Komsomol und die Organisation eines Druckes auf die Partei würde unter der Bedingung der revolutionären Autorität der Partei faktisch zur Isolierung des Komsomol, zur Loslösung von der Führung durch die Partei und zum völligen Bruch mit der revolutionären Tradition führen. Das wäre besonders gefährlich im jetzigen Augenblick, da der Prozentsatz der nichtproletarischen Massen in der Jugendorganisation unausbleiblich wachsen wird.

35. Andererseits stellt der Parteitag fest, daß die örtlichen Parteiorganisationen das Problem der Führung des Komsomol häufig nicht ernst genug genommen haben; das kam in der fast überall zu beobachtenden Erscheinung zum Ausdruck, daß die qualitative Zusammensetzung der der Partei angehörenden Genossen, die für die Arbeit im Komsomol zur Verfügung gestellt wurden, schlecht war. Die Kenntnis der Besonderheiten der Komsomolorganisation, ihrer täglichen Arbeit und das notwendige kameradschaftliche Feingefühl und Takt sind die Bedingungen für eine richtige Anleitung. Der Parteitag macht es allen örtlichen Parteiorganisationen sowie dem ZK der Partei zur Pflicht, dieser Frage die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen.

36. Der Parteitag billigt die Maßnahmen des ZK der Partei zum Kampf gegen die Tendenzen der Fraktionsbildung innerhalb des LKJVR und hebt besonders hervor, wie schädlich eine Fraktionsbildung innerhalb des Verbandes ist. Der Parteitag hält es für notwendig, Hand in Hand zu arbeiten, die Verbandsdisziplin strikt einzuhalten und die Autorität der Partei und ihres ZK bei der Anleitung des LKJVR vollständig und unbedingt anzuerkennen.

Über einige praktische Teilaufgaben des Komsomol

37. Im Lichte der allgemeinen politischen Aufgaben, auf die weiter oben hingewiesen wurde, ist es erforderlich, sich vor allem verstärkt mit der Durchführung folgender praktischer Maßnahmen zu beschäftigen. Die Fabrik- und Werkzelle des Verbandes muß alle Maßnahmen ergreifen, um die gesamte Masse der in der Produktion beschäftigten Arbeiterjugend durch den Verband zu erfassen. Diese Einbeziehung darf nicht durch bloße Agitation erfolgen, sondern dadurch, daß man die Jugendlichen an der Erörterung und praktischen Lösung von lebenswichtigen und die Jugend interessierenden Fragen teilnehmen läßt, in erster Linie von Fragen wirtschaftlichen und kulturellen Charakters. In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß den Produktionsberatungen, den Versammlungen, die den Rechenschaftsbericht des Direktors, des Meisters, der Werkkomitees u.a. diskutieren, erhöhte Aufmerksamkeit zukommt. Es muß die Notwendigkeit hervorgehoben werden, daß sich die Gewerkschaften gegenüber dem LKJVR aufmerksamer verhalten, und gleichzeitig die Notwendigkeit, daß die Mitglieder des LKJVR besser in ihnen arbeiten.

38. Der Parteitag hält es für notwendig, daß alle grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeit und die Bildung der Arbeiterjugend eingehalten werden und beauftragt das ZK, den Parteiorganisationen entsprechende Anweisungen zu geben. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes und des Dranges der Jugend nach Bildung und höherer Produktionsqualifikation ist der Verband verpflichtet, mit Unterstützung der Partei, der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeit der Betriebsberufsschulen und aller Arten von Massenschulen und Kursen, die der Jugend technisches Wissen vermitteln, noch mehr zu erweitern und zu verbessern. Die Ausbildung in der Produktion selbst muß neben der allgemeinen und politischen Ausbildung vor sich gehen und unlösbar mit ihr verbunden sein.

39. Gleichzeitig kann der Komsomol nicht stillschweigend über die Fragen der Lebensweise hinweggehen, die sich durch die

Verhältnisse des wirtschaftlichen Wachstums zuspitzen. Dem zersetzenden Einfluß der kleinbürgerlichen und der NÖP-mann-Elemente muß der organisierte Kampf für die Rationalisierung der Lebensweise entgegengestellt werden; der Komsomol muß derartige Fragen in allgemeinen Versammlungen breit diskutieren und die Organisation freiwilliger Vereinigungen um und unter Führung des LKJVR fördern, die den Kampf für diese Rationalisierung und für die Hebung des kulturellen Niveaus der dem Komsomol angehörenden Massen und der Arbeiter- und Bauernjugend überhaupt zum Ziel haben.

40. Im Interesse der physischen und moralischen Gesundheit der Jugend ist es erforderlich, die Entwicklung der Sportbewegung und die Organisation vermünftiger Zerstreuungen in jeder Weise zu unterstützen, wobei letztere durchaus nicht in ihr Gegenteil verwandelt werden dürfen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine grundlegende Reorganisation der Klubarbeit des LKJVR erforderlich.

41. Obwohl der Verband der Arbeit in der Fabrik und im Werk erstrangige Bedeutung beimißt, kann er seine Arbeit unter den arbeitslosen Jugendlichen nicht einstellen oder abschwächen, sondern muß sich bei allen entsprechenden Organisationen dafür einsetzen, daß sie wirtschaftlich unterstützt werden, muß ihre berufstechnische, allgemeine und politische Ausbildung fördern.

42. Bei der Arbeit auf dem Lande hat der Komsomol am Aufbau neuer fortschrittlicher Wirtschaftsformen, an ihrem Kampf gegen Unwissenheit und Armut einerseits und gegen kapitalistische Tendenzen andererseits teilzunehmen. Wenn der Jugendverband landwirtschaftliche Zirkel, Schulen der bäuerlichen Jugend und Bauernkurse für Erwachsene entwickelt und festigt und bei der Arbeit dieser Zirkel und Schulen das Bündnis mit dem sowjetischen Agronomen, Lehrern und dem kulturell und technisch gebildeten Bauern herstellt, wird er mit eigener Initiative an der kulturellen und wirtschaftlichen Umgestaltung teilnehmen, indem er gleichzeitig die genossenschaftlichen Vereinigungen propagiert und organisiert.

43. Der Komsomol, der an der wirtschaftlichen Front gegen den Kulaken kämpft und den Mittelbauern fest auf seine Seite

zieht, muß das Maximum seiner Anstrengungen auf die reale Hilfe für die Dorfarmut richten. Diese Hilfe wird zum Ausdruck kommen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Arbeit (Hilfe für die Einzelwirtschaften und für die vereinigte Wirtschaft des Kleinbauern, Organisation von Arteln, handwerklichen Lehrwerkstätten u.a. für arbeitslose arme Bauern) und auf dem Gebiete der politischen Arbeit (Unterstützung der Partei bei der Organisation von Gruppen der Dorfarmut, der Hebung des prozentualen Anteils der Kleinbauern in den Sowjets, Genossenschaften und anderen Organisationen). Von äußerster Wichtigkeit ist die Aufgabe, die Landarbeiter für den Verband zu werben. Gleichzeitig ist Sorge zu tragen für eine bessere Arbeit der dörflichen Zelle, für die Hebung der politischen Qualifikation usw., dadurch soll die Gewähr geschaffen werden, daß der Komsomol im Dorfe die richtige Parteilinie durchführt.

Was die Klubarbeit betrifft, so müssen ihre Methoden ebenso "belebt" werden, wie das weiter oben für die städtischen Arbeiterklubs festgelegt wurde.

44. Im Zusammenhang mit der wachsenden Aktivität der werktätigen Jugend in den früher unterdrückten Nationalitäten ist es notwendig, die Arbeit des Komsomol sowohl in den nationalen Republiken als auch unter den nationalen Minderheiten mit allen Mitteln zu verstärken.

45. Wenn der Verband seine Arbeit unter der Arbeiter- und Bauernjugend entwickelt und vertieft, darf er jenen Teil nicht vergessen, der in die Hochschulen gegangen ist, um ernsthaft zu studieren. In bezug auf diese Jugendlichen muß der Verband sie nicht nur bei der Entsendung auf die Hochschulen und Techniken (das Problem der Verwandlung der Hochschulen in Arbeiterhochschulen ist noch nicht in wünschenswertem Umfang gelöst) und bei der Verbesserung ihrer materiellen Lage unterstützen, sondern muß auch zur Erhöhung der Studiendisziplin und der Rationalisierung des Studiums beitragen. Der rote "Spezialist" soll keine schlechtere, sondern eine höhere Bildung als der bürgerliche "Spezialist" haben. In Wirklichkeit jedoch ist der Bildungsstand

unseres Hochschulstudenten bedeutend niedriger als das Niveau des bürgerlichen Studenten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Studium an den Hochschulen zu verbessern, die Anforderungen an die studierende Jugend zu erhöhen und ihre Kenntnisse systematisch zu überprüfen.

46. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Arbeit des Komsomol in der Armee und in der Flotte zu verstärken und hebt besonders hervor, daß sich die Arbeit der Komsomolgruppen bei den Parteizellen belebt und verbessert hat.

47. Das kolossale Wachstum des Komsomol, die Kompliziertheit der Aufgaben und Schwierigkeiten in seiner Arbeit, die verhältnismäßige Schwäche und Unwissenheit des Komsomolaktivs macht die Verstärkung der Anleitung des Verbandes durch die Partei dringender denn je. Es muß mit allem Nachdruck betont werden, wie gefährlich es ist, wenn diese oder jene Parteiorganisation die Probleme und Schwierigkeiten der Komsomolarbeit nicht kennt.

Es wird auf folgende praktische Maßnahmen zur Verstärkung der Führung durch die Partei hingewiesen:

a) Die Fragen der Verbandsarbeit sind systematisch in Parteiversammlungen auf die Tagesordnung zu setzen und zu behandeln.

b) Es sind gemeinsame Versammlungen der Partei- und Verbandsorganisationen zu veranstalten.

c) Die Auswahl der dem Verband zur Verfügung gestellten Parteimitglieder ist sorgfältiger vorzunehmen (es müssen Funktionäre zur Verfügung gestellt werden, die theoretisch und praktisch stark sind, die es verstehen, den Komsomolzen nicht zu bevormunden, sondern kameradschaftlich mit ihm umzugehen und die fähig sind, die besonderen Bedingungen der Verbandsarbeit zu verstehen).

d) Der Parteikern des Komsomol ist vorwiegend für die Arbeit im Komsomol einzusetzen, was natürlich nicht dazu führen soll, daß die der Partei angehörenden Komsomolzen vom Leben der Parteiorganisation losgelöst werden; hiermit soll eine stärkere

Verantwortlichkeit der der Partei angehörenden Komsomolzen gegenüber der Parteiorganisation erreicht werden.

e) Aufmerksamere Anleitung der Komsomolpresse.

Die verstärkte Führung des Komsomol durch die Partei ist gegenwärtig eine äußerst wichtige und erstrangige Aufgabe der Partei.

Die Pionierbewegung und die Schwierigkeiten auf ihrem Wege

48. Im letzten Jahr ist die Pionierbewegung zu einer Erscheinung von größter politischer Bedeutung geworden. Das äußerst starke Wachstum der Pionierorganisationen, ihre gewaltige Rolle bei der Erziehung der dritten Generation und die großen Perspektiven der Bewegung sind nicht zu bezweifeln. Aber auch auf diesem Gebiet sind zweifellos eine Reihe von Erscheinungen vorhanden, die davon zeugen, daß die Partei der Erziehung der dritten Generation große Aufmerksamkeit schenken muß.

Vor allem muß festgestellt werden, daß sich die Vortrupporganisationen der drei Generationen in gewissem Grade voneinander lösen; das wirkt sich auch negativ auf die Pionierbewegung aus. Die Partei widmet dem Komsomol wenig und der Pionierorganisation fast gar keine Aufmerksamkeit; der Komsomol "löst sich" in einer ganzen Reihe von Gruppen von den Pionierorganisationen und schenkt ihnen immer weniger Aufmerksamkeit; in den Pionierorganisationen verfügen die leitenden Kader nicht über das genügende Wissen und die erforderlichen organisatorischen und pädagogischen Erfahrungen und kommen mit ihren Aufgaben nicht zurecht.

49. Man muß erkennen, daß mit dieser Tatsache und mit der Schwäche der Erziehungsarbeit zweifellos die Erscheinung zusammenhängt, daß teilweise Kinder aus den Pionierorganisationen austreten, eine Erscheinung, die neben einer allgemeinen Erhöhung der Zahl der Pioniere zu beobachten ist. Aus der Zahl der größten Mängel in der Arbeit der Pionierorganisation, die diese Austritte bewirken, müssen folgende genannt werden:

a) die Begeisterung für das Äußere, für die Form, hinter der

II.

Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)¹⁾

Sektion der Kommunistischen Internationale

I. Die Parteimitglieder

1. Als Mitglied der Partei gilt jeder, der das Programm der Partei anerkennt, in einer ihrer Organisationen arbeitet, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet und Mitgliedsbeiträge entrichtet.

2. Neue Mitglieder werden aus den Reihen der Kandidaten aufgenommen, die die politische Grundschule absolviert und die festgesetzte Kandidatenzeit durchlaufen haben.

Für die Aufnahme von Kandidaten als Parteimitglieder gilt folgende Ordnung:

a) Es werden drei Kategorien festgesetzt:

1. Arbeiter und Rotarmisten aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft,
2. Bauern (mit Ausnahme von Rotarmisten), Handwerker, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten,
3. sonstige (Angestellte) usw.

Die erste Kategorie gliedert sich in zwei Gruppen:

Zur ersten Gruppe der ersten Kategorie gehören Industriearbeiter, die ununterbrochen physische Lohnarbeit verrichten.

Zur zweiten Gruppe der ersten Kategorie gehören nicht in der Industrie tätige Arbeiter, Rotarmisten aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sowie Landarbeiter.

b) Für die Aufnahme in die Partei legen die zur ersten Gruppe der ersten Kategorie gehörenden Personen Empfehlungen von zwei Parteimitgliedern vor, die mindestens ein Jahr der Partei angehören; Personen der zweiten Gruppe der ersten Kategorie - zwei Empfehlungen von Parteimitgliedern mit zweijähriger Parteizugehörigkeit; Personen der zweiten Kategorie drei Empfehlungen von

1) Vorliegender Text wurde am 17. Juni 1926 vom ZK der KPdSU(B) endgültig redigiert und bestätigt.

teilweise keine wirkliche Erziehungsarbeit steckt; das kommt in der Trommelmanie einerseits und in nacktem "Politizismus" andererseits zum Ausdruck. Die Kehrseite einer solchen Begeisterung zeigt sich darin, daß eine systematische und taktvolle Arbeit am Kinde fehlt, daß auf die Probleme der Lebensweise und auf andere Fragen, die das Kind bewegen, besonders auf das Geschlechtsproblem, nicht geachtet wird;

b) die Tatsache, daß die Pionierbewegung nicht mit der schulischen Arbeit koordiniert ist, wodurch es in der kindlichen Welt zu Einflüssen aus zwei verschiedenen, sich zuweilen widersprechenden Zentren und zu einer außerordentlichen, durch Überlastung entstehenden Übermüdung kommt, die den kindlichen Organismus zum Erliegen bringt;

c) das Mißverhältnis zwischen dem starken quantitativen Wachstum der Pionierorganisation und der nur schwachen Hebung der entsprechenden Qualifikation ihrer leitenden Kader. Das brennendste Problem in der Pionierbewegung ist das Problem der Ausbildung von qualifizierten Pionierleitern, die nicht nur über politische, sondern auch mindestens über die elementaren medizinischen und pädagogischen Kenntnisse verfügen.

50. Die Partei ist verpflichtet, dem Komsomol zu helfen, diese Schwierigkeiten möglichst schnell und reibungslos zu überwinden, die Probleme der Pionierbewegung systematisch zu studieren und für die leitenden Arbeiten in ihr Parteikräfte mit der entsprechenden Qualifikation zur Verfügung zu stellen.

Parteimitgliedern mit zweijähriger Parteizugehörigkeit; Personen der dritten Kategorie fünf Empfehlungen von Parteimitgliedern mit fünfjähriger Parteizugehörigkeit.

Anmerkung: Bei der Aufnahme von Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes als Mitglied der Partei wird bei der ersten und zweiten Kategorie die Empfehlung eines Komitees des Leninischen Kommunistischen Jugendverbandes der Empfehlung eines Parteimitgliedes gleichgestellt.

c) Ehemalige Mitglieder anderer Parteien werden in Ausnahmefällen in die Partei aufgenommen, und zwar auf Empfehlung von fünf Parteimitgliedern, die fünf Jahre der Partei angehören. Die Aufnahme erfolgt ausschließlich über die Betriebszelle und unterliegt unbedingt der Bestätigung des ZK, unabhängig von der sozialen Stellung des Aufzunehmenden.

Anmerkung: Das ZK kann das Recht der endgültigen Bestätigung von ehemaligen Angehörigen anderer Parteien als Parteimitglieder den einzelnen Regional- (Kraj-) und Gebiets- (Oblast-) Parteikomitees und den ZK der nationalen Kommunistischen Parteien überlassen.

d) Die Überprüfung der Empfehlungen erfolgt vor der Aufnahme und obliegt dem örtlichen Parteikomitee.

e) Aufnahmen in die Partei werden vorher in der Zelle durchgesprochen, durch die Vollversammlung der Organisationen entschieden und treten mit der Bestätigung durch das Parteikomitee in Kraft, - für die erste Kategorie - durch das Kreis- (Ujesd-) und Rayonkomitee (in Städten und Industriezentren), für die zweite und dritte Kategorie - durch das Bezirks- (Okrug-) oder Gouvernementskomitee. In den Rayonorganisationen der Städte werden Aufnahmen in die Partei durch die Vollversammlung der Parteimitglieder entschieden. Sind in einem Stadtrayon mehr als 1 000 Mitglieder und Kandidaten vorhanden, wird die Aufnahme vom Plenum des Rayonkomitees ohne Bestätigung durch die Vollversammlung durchgeführt.

f) Jugendliche bis zu einschließlich 20 Jahren (mit Ausnahme der Rotarmisten) treten nur über den Komsomol in die Partei ein.

3. Die Empfehlenden tragen für die Empfohlenen die Verantwortung und unterliegen im Falle unbegründeter Empfehlungen Parteistrafen bis zum Ausschluß aus der Partei.

4. Die Parteizugehörigkeit der aus den Reihen der Kandidaten aufgenommenen Parteimitglieder zählt von dem Tage, an dem die Vollversammlung der entsprechenden Zelle den betreffenden Genossen als Parteimitglied bestätigt hat.

5. Jedes Mitglied einer Organisation wird bei der Übersiedlung in den Tätigkeitsbereich einer anderen Organisation von dieser in ihren Mitgliederbestand aufgenommen.

Anmerkung: Der Übergang eines Parteimitglieds aus einer Organisation in eine andere erfolgt nach den durch das ZK der Partei festgelegten Regeln.

6. Der Ausschluß eines Mitglieds aus der Partei wird durch die Vollversammlung der Organisation entschieden, deren Mitglied die betreffende Person ist. Der Beschluß wird durch die Gouvernements- (Bezirks- (Okrug-)) Kontrollkommission oder unmittelbar durch die Gouvernements- (Bezirks- (Okrug-)) Kontrollkommission bestätigt. Der Beschluß über den Ausschluß tritt erst mit dem Einverständnis des Gouvernements- (Bezirks- (Okrug-)) Komitees in Kraft, wobei vom Tage des Ausschlusses durch die Vollversammlung oder durch die Gouvernements- (Bezirks- (Okrug-)) Kontrollkommission an die betreffende Person von der Parteiarbeit suspendiert wird. In der Parteipresse wird eine Mitteilung über den Ausschluß aus der Partei mit Angabe der Gründe veröffentlicht.

II. Die Parteikandidaten

7. Alle Personen, die in die Partei eintreten wollen, durchlaufen eine Kandidatenzeit, damit sich der Kandidat gründlich mit dem Programm und der Taktik der Partei bekannt machen kann und damit die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten geprüft werden können.

8. Für die Aufnahme als Kandidat gelten dieselben Bestimmungen wie für die Aufnahme als Parteimitglied (Einteilung nach Kategorien, Charakter der Empfehlungen und ihre Prüfung, Beschluß

der Organisation über die Aufnahme und Bestätigung durch das Parteikomitee).

9. Als Kandidatenzeiten werden festgesetzt: Für die erste Kategorie mindestens sechs Monate; für die zweite Kategorie mindestens ein Jahr und für die dritte Kategorie mindestens zwei Jahre.

Anmerkung: Ehemalige Mitglieder anderer Parteien durchlaufen unabhängig von ihrem sozialen Stand eine zweijährige Kandidatenzeit.

10. Die Parteikandidaten nehmen an den öffentlichen Versammlungen jener Organisation teil, der sie angehören. Sie haben keine beschließende Stimme, sondern nehmen an den Parteiversammlungen nur mit beratender Stimme teil.

11. Die Kandidaten entrichten den üblichen Mitgliedsbeitrag an die Kasse des örtlichen Parteikomitees.

III. Der organisatorische Aufbau der Partei

12. Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus.

13. Die Partei ist auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus nach dem territorialen Prinzip aufgebaut. Die Organisation, die einen Rayon umfaßt, gilt gegenüber allen Organisationen, die Teile des betreffenden Rayons umfassen, als die höherstehende Organisation.

14. Alle Parteiorganisationen sind in der Entscheidung örtlicher Fragen autonom.

15. Das höchste leitende Organ jeder Organisation ist die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag.

16. Die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag wählen ein Komitee, das ihr Exekutivorgan ist und die gesamte laufende Arbeit der örtlichen Organisation leitet.

17. Das Organisationsschema der Partei:

- a) Gebiet der UdSSR - Allunionsparteitag - ZK,
- b) Gebiete (Oblast), Republiken, Gouvernements - Gebiets-

(Oblast-) (Regional- (Kraj-))Konferenzen, Parteitage der nationalen Kommunistischen Parteien, Gouvernementskonferenzen - Gebiets- (Oblast-)Komitees (Regional- (Kraj-)Komitees), Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien, Gouvernementskomitees,

c) Bezirke (Okrug), Kreise (Ujesd) - Bezirks- (Okrug-) und Kreis- (Ujesd-)Konferenzen - Bezirks- (Okrug-) und Kreis- (Ujesd-)Komitees,

d) Amtsbezirke (Volost) (Rayon-) - Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitees, (Rayon-) Konferenzen - Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitees,

e) Betriebe, Ortschaften, Truppenteile der Roten Armee, Institutionen - Vollversammlung der Zellen - Büros der Zellen.

18. Die Reihenfolge der Unterordnung, der Rechenschaftslegung, des Instanzenweges und der Anfechtung aller Parteibeschlüsse (von der höheren Instanz zur niederen) ist folgende: Allunionsparteitag, ZK, Gebiets- (Oblast-) (Regional-) (Kraj-)Konferenz, Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee, Konferenz der nationalen Kommunistischen Parteien, ZK der nationalen Kommunistischen Parteien, die Gouvernementskonferenz usw.

19. Für besondere Formen der Parteiarbeit werden spezielle Abteilungen geschaffen. Die Abteilungen bestehen bei den Komitees und sind ihnen unmittelbar unterstellt. Das Organisationsschema der Abteilungen wird durch besondere Instruktionen des ZK festgelegt.

20. Jede Organisation hat nach ihrer endgültigen Bestätigung das Recht, - jedoch nur mit Genehmigung der entsprechenden höheren Parteiorganisation - sich ein eigenes Siegel zuzulegen.

IV. Die zentralen Parteiorganisationen

21. Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Ordentliche Parteitage werden jährlich einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK auf eigene Initiative oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder einberufen, die auf dem letzten Parteitag vertreten waren. Die Einberufung des Parteitages und die Tagesordnung werden mindestens

anderthalb Monate vor dem Parteitag bekanntgegeben. Ein außerordentlicher Parteitag muß binnen zwei Monaten einberufen werden.

Der Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn auf ihm mindestens die Hälfte aller Parteimitglieder vertreten ist, die auf dem letzten ordentlichen Parteitag vertreten waren.

Die Vertretungsquoten für den Parteitag werden vom Zentralkomitee festgesetzt.

22. Beruft das ZK den außerordentlichen Parteitag innerhalb der im Punkt 21 angeführten Frist nicht ein, so besitzen die Organisationen, die die Einberufung des Parteitages verlangt haben, das Recht, ein Organisationskomitee zu bilden, das die Rechte des ZK hinsichtlich der Einberufung des Parteitages besitzt.

23. Der Parteitag

- a) nimmt die Berichte des ZK, der Zentralen Kontrollkommission, der Zentralen Revisionskommission und der übrigen zentralen Institutionen entgegen und bestätigt sie;
- b) revidiert und ändert das Programm und das Statut der Partei;
- c) bestimmt die taktische Linie der Partei in den laufenden Fragen;
- d) wählt das ZK, die Zentrale Kontrollkommission, die Zentrale Revisionskommission usw.

24. Das Zentralkomitee wird in der vom Parteitag festgelegten Stärke gewählt. Scheiden Mitglieder des ZK aus, so wird sein Bestand aus den vom Parteitag gewählten Kandidaten und in der vom Parteitag festgesetzten Reihenfolge ergänzt.

25. Das ZK leitet in der Zeit zwischen den Parteitagungen die gesamte Arbeit der Partei, vertritt die Partei im Verkehr mit anderen Parteien, Organisationen und Institutionen, organisiert die verschiedenen Institutionen der Partei und leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktionen der Zentralorgane, die unter seiner Kontrolle arbeiten und bestätigt die Redakteure der Parteiorgane größerer örtlicher Organisationen, organisiert und leitet die Aktionen, die für die Gesamtpartei von Bedeutung sind, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet

die zentrale Kasse.

Das ZK lenkt die Arbeit der zentralen Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen durch die Parteifraktionen.

Das ZK hält mindestens eine Plenarsitzung in zwei Monaten ab. Die Kandidaten des ZK nehmen an den Plenarsitzungen mit beratender Stimme teil.

26. Das Zentralkomitee organisiert

für die politische Arbeit - das Politische Büro, für die allgemeine Leitung der Organisationsarbeit - das Organisationsbüro und für die laufende Arbeit organisatorischen und operativen Charakters - das Sekretariat.

27. In der Zeit zwischen den Parteitagungen beruft das ZK einmal eine Allunionsparteiokonferenz aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen ein.

28. Das ZK informiert die Parteiorganisationen regelmäßig über seine Arbeit.

29. Die Zentrale Kontrollkommission wird in der vom Parteitag festgesetzten Zusammensetzung gewählt.

30. Die Zentrale Revisionskommission wird in der vom Parteitag festgesetzten Zusammensetzung gewählt; die Gewählten müssen mindestens zehn Jahre der Partei angehören.

Die Zentrale Revisionskommission überprüft:

- a) Schnelligkeit und Richtigkeit der Bearbeitung von Angelegenheiten in den zentralen Parteiorganisationen und das Funktionieren des Apparates des Sekretariats des ZK der KPdSU(B),
- b) die Kasse und Institutionen des ZK der KPdSU(B).

V. Die Gebiets- (Oblast-) (Regional-) (Kraj-)Organisationen

31. Die Parteiorganisationen können sich mit Genehmigung des ZK der KPdSU(B) nach Gebieten (Oblast) (Regionen-Kraj) zusammenschließen. Die Gebiets- (Oblast-) (Regional-Kraj-)Grenzen werden durch die Gebiets- (Oblast-) (Regional-Kraj-)Konferenz festgelegt und vom ZK bestätigt.

32. Die Parteiorganisationen, die die Territorien der nationalen

Republiken (und Gebiete (Oblast)) der UdSSR und RSFSR umfassen, sind den Gebiets- (Oblast-) (oder Gouvernements-)Parteiorganisationen gleichgestellt, d.h. sie sind dem ZK der KPdSU(B) vollkommen unterstellt.

33. Das Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (oder das ZK der nationalen KP) wird durch die Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Konferenz gewählt (oder durch den Parteitag der nationalen KP).

Anmerkung: Die Präsidien oder das Büro der Regional- und der ihnen gleichgestellten Komitees werden durch das ZK der KPdSU(B) bestätigt.

34. Auf besonderen Beschluß des ZK werden dort, wo Gebiets- (Oblast-)Wirtschaftsorgane (Wirtschaftsräte usw.) bestehen, oder in Rayons, die besonders weit vom Zentrum entfernt sind, Gebiets- (Oblast-)Büros geschaffen, die vom ZK eingesetzt werden und deren Zusammensetzung jeweils vom ZK bestimmt wird. Die Gebiets- (Oblast-)Büros des ZK sind nur dem ZK der KPdSU(B) verantwortlich.

35. Die ordentliche Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Konferenz (oder der Parteitag der nationalen KP) wird einmal im Jahr vom Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (vom ZK der nationalen KP einberufen); eine außerordentliche - auf Beschluß des Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitees (des ZK der nationalen KP) oder eines Drittels der Gesamtmitgliederzahl der Organisationen, die zum Gebiet (Oblast) (zur Region (Kraj) gehören.

Die Vertretungsquote für die Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Konferenz (für den Parteitag der nationalen KP) wird vom Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (vom ZK der nationalen KP) festgelegt.

Die Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Konferenz (der Parteitag der nationalen KP) nimmt die Berichte des Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitees (des ZK der nationalen KP), der Kontrollkommission, der Revisionskommission und der übrigen Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Institutionen entgegen und bestätigt sie. Sie behandelt Fragen der Partei-, Sowjet-, Wirt-

schafts- und Gewerkschaftsarbeit im Gebiet (Oblast) (in der Region (Kraj)) oder in der Republik und wählt das Gebiets- (Oblast-) Regional- Kraj-)Komitee, die Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Kontrollkommission und die Revisionskommission (das ŽK, die ZKK, die ZRK der nationalen KP).

36. Das Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee bildet aus seinen Mitgliedern für die laufende Arbeit ein Büro aus mindestens fünf Personen.

Das Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (ZK der nationalen KP) organisiert verschiedene Institutionen der Partei im Rahmen des Gebiets (Oblast) (Region (Kraj)), leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Parteiorgans, das unter seiner Kontrolle arbeitet, organisiert und führt seine Aktionen, die für das Gebiet allgemeine Bedeutung haben, verteilt innerhalb der Grenzen des Gebiets (Oblast) (Regional (Kraj) die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Kasse der Partei. Das Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (ZK der nationalen KP) lenkt die Tätigkeit der Organe der Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderer Organisationen durch die Parteifractionen, lenkt unmittelbar die Arbeit der Komsomolorganisation und legt dem ZK ausführliche Berichte über seine Tätigkeit in der vom ZK der KPdSU(B) festgelegten Zeit und Form vor.

Das Plenum des Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitees (oder des ZK der nationalen KP) tritt mindestens einmal in zwei Monaten zusammen.

VI. Die Gouvernementsorganisationen

37. Die ordentliche Gouvernements-Partei-Konferenz wird durch das Gouvernementskomitee mindestens einmal im Jahr einberufen; außerordentliche - auf Beschluß des Gouvernementskomitees oder eines Drittels der Gesamtmitgliederzahl der Organisationen, die zum Gouvernement gehören.

Die Gouvernementskonferenz nimmt die Berichte des Gouvernementskomitees, der Gouvernements-Kontrollkommission, der Revi-

sionskommission und der übrigen Gouvernementsinstitutionen entgegen und bestätigt sie, behandelt Fragen der Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsarbeit des betreffenden Gouvernements, wählt das Gouvernementskomitee, die Gouvernementskontrollkommission, die Revisionskommission und die Delegierten für den Allunionsparteitag.

38. Das Gouvernementskomitee wird von der Konferenz gewählt, wobei in das Komitee sowohl Funktionäre des Gouvernementszentrums als auch der übrigen großen Arbeiterzentren des betreffenden Gouvernements gewählt werden müssen.

Das Gouvernementskomitee tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Das Gouvernementskomitee bildet aus seinen Mitgliedern für die laufende Arbeit ein Büro aus mindestens fünf Personen.

Mindestens drei Mitglieder des Büros müssen ausschließlich Parteilarbeit leisten.

Für den Sekretär des Gouvernementskomitees ist eine siebenjährige Parteizugehörigkeit und die Bestätigung durch die höhere Parteiinstanz obligatorisch (nur mit ihrer Genehmigung ist eine Ausnahme in der Dauer der Parteizugehörigkeit zulässig).

39. Das Gouvernementskomitee bestätigt die Kreis- (Ujesd-) und Rayonorganisationen des Gouvernements mit Genehmigung der Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitees oder des ZK, organisiert die verschiedenen Institutionen der Partei im Gouvernementsbereich, leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Gouvernements-Parteiorgans, das unter seiner Kontrolle arbeitet, organisiert alle seine Aktionen, die für das Gouvernment als ganzes von Bedeutung sind, verteilt innerhalb des Gouvernements die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Gouvernementskasse.

Das Gouvernementskomitee lenkt die Tätigkeit der Sowjets, der Gewerkschaften, der genossenschaftlichen Vereinigungen und anderer Organisationen durch die entsprechenden Fraktionen und lenkt unmittelbar die Arbeit des Komsomol. Das Gouvernementskomitee legt dem ZK Berichte über seine Tätigkeit zu dem Termin und in der Form vor, wie vom ZK bestimmt wurde. Die Gebiets- (Oblast-)Komitees der autonomen Republiken und Gebiete (Oblast)

sind den Gouvernementskomitees gleichgestellt.

40. Die Gouvernementskomitees geben zwischen den Konferenzen regelmäßig Informationsberichte vor der Vollversammlung oder vor der Konferenz der Stadt- oder Kreis- (Ujesd-) (Rayon-) Organisationen; außerdem berufen sie erweiterte Plenartagungen oder Gouvernementsberatungen aus Vertretern der Kreis- (Ujesd-) und Rayonkomitees ein (die unmittelbar dem Gouvernementskomitee unterstellt sind).

41. In den Gouvernementsstädten werden, falls notwendig, Rayonorganisationen mit den Rechten von Kreis- (Ujesd-)Organisationen geschaffen, die dem Gouvernementskomitee unmittelbar unterstellt sind.

VII. Die Bezirks- (Okrug-)Organisationen

42. Die Bezirks- (Okrug-)Partei-Konferenz wird durch das Bezirks- (Okrug-)Komitee mindestens einmal im Jahr einberufen, eine außerordentliche - auf Beschluß des Bezirks- (Okrug-)Komitees oder eines Drittels der zum Bezirk gehörenden Gesamtzahl der Mitglieder.

Die Bezirks- (Okrug-)Konferenz nimmt die Berichte des Bezirks- (Okrug-)Komitees, der Kontrollkommission, der Revisionskommission und der übrigen Bezirks- (Okrug-)Institutionen entgegen und bestätigt sie, wählt das Bezirks- (Okrug-)Komitee, die Kontrollkommission, die Revisionskommission und die Delegierten für den Allunionsparteitag.

43. In das Bezirkskomitee, das von der Konferenz gewählt wird, müssen sowohl Funktionäre des Bezirks- (Okrug-)Zentrums als auch der übrigen großen Arbeiterzentren des betreffenden Bezirks (Okrug) gewählt werden.

44. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee bildet aus seinen Mitgliedern ein Büro für die laufende Arbeit, das mindestens fünf Personen umfassen muß.

Mindestens drei Mitglieder des Büros müssen ausschließlich Parteilarbeit leisten.

Für den Sekretär des Bezirkskomitees ist eine fünfjährige Parteizugehörigkeit und die Bestätigung durch die höhere Parteiinstanz obligatorisch (nur mit ihrer Genehmigung ist eine Ausnahme in der Dauer der Parteizugehörigkeit zulässig).

45. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee bestätigt die Rayonorganisationen und die Parteizellen (die Rayonorganisationen werden darauf vom Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee oder vom ZK der nationalen KP bestätigt), es organisiert die verschiedenen Institutionen der Partei im Bereich des Bezirks (Okrug) und leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Bezirks- (Okrug-) Parteiorgans, das unter seiner Leitung und Kontrolle arbeitet, organisiert alle Aktionen, die für den Bezirk (Okrug) als ganzes von Bedeutung sind, verteilt im Bereich des Bezirks (Okrug) die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Bezirks- (Okrug-)Kasse. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee lenkt die Tätigkeit der Sowjets, der Gewerkschaften, der genossenschaftlichen und anderen Vereinigungen durch die entsprechenden Fraktionen und lenkt darüber hinaus unmittelbar die Arbeit des Komsomol. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee legt dem Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-)Komitee (oder dem ZK der nationalen KP) zu dem Termin und in der Form seine Berichte vor, wie sie vom ZK festgelegt werden.

46. Die Bezirks- (Okrug-)Komitees geben in der Zeit zwischen den Konferenzen regelmäßig Informationsberichte vor der Vollversammlung der Konferenz der Stadtorganisation oder der Rayonorganisationen; außerdem berufen die Bezirkskomitees erweiterte Plenartagungen oder Bezirksberatungen aus Vertretern der Rayonkomitees und großen Zellen (die unmittelbar dem Bezirks- (Okrug-)Komitee unterstehen) ein.

47. In großen Bezirks- (Okrug-)Städten können mit Genehmigung des höheren Parteikomitees Rayonorganisationen geschaffen werden, die den Rayonkomitees der Gouvernementsstädte gleichgestellt sind.

VIII. Die Kreis- (Ujesd-)Organisationen

48. Die Kreis- (Ujesd-)Konferenz nimmt die Berichte des Kreis-

(Ujesd-)Komitees, der Revisionskommission, des Bevollmächtigten der Gouvernementskontrollkommission entgegen und bestätigt sie, erörtert Fragen der Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsarbeit des Kreises (Volost) wählt das Komitee, die Revisionskommission und die Delegierten für die Gouvernementskonferenz. Die Konferenz wird einmal in sechs Monaten einberufen.

49. Das Kreis- (Ujesd-)Komitee wird auf der Kreis- (Ujesd-)Konferenz gewählt. Das Kreis- (Ujesd-)Komitee bildet aus seiner Mitte ein Büro aus höchstens fünf bis sieben Personen, von denen mindestens drei Genossen von jeglicher Arbeit, außer Parteiarbeit, befreit werden müssen.

Für den Sekretär des Kreis- (Ujesd-)Komitees ist eine dreijährige Parteizugehörigkeit und die Bestätigung durch die höhere Parteiinstanz obligatorisch (nur mit ihrer Genehmigung ist eine Ausnahme in der Dauer der Parteizugehörigkeit zulässig).

50. Das Kreis- (Ujesd-)Komitee bestätigt die Amts- (Volost-) Bezirks- und Rayonorganisationen und die Zellen im Kreis (Ujesd) mit Genehmigung des Gouvernementskomitees, organisiert die verschiedenen Institutionen der Partei innerhalb des Kreises, leitet ihre Tätigkeit, organisiert alle Aktionen, die für den Kreis als ganzes Bedeutung haben, organisiert Beratungen aus Vertretern der Amtsbezirks- (Volost-)Zellen und verwaltet die Kreis- (Ujesd-)Kasse der Partei.

Anmerkung: Das Kreis- (Ujesd-)Partei-Komitee kann Parteiliteratur und ein Parteiorgan nur mit Erlaubnis des Gouvernementskomitees herausgeben.

51. Das Kreis- (Ujesd-)Komitee lenkt durch die Parteifraktionen die Arbeit des Kreis- (Ujesd-)Exekutivkomitees, der Gewerkschaftsorganisationen, der genossenschaftlichen und anderer Vereinigungen innerhalb des Kreises und lenkt außerdem unmittelbar die Arbeit der Komsomolorganisationen.

IX. Die Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Organisationen

52. Das höchste Organ im Amtsbezirk (Volost) ist die Vollversammlung der Parteimitglieder des betreffenden Amtsbezirks (Volost).

Anmerkung: In ausgedehnten Amtsbezirken (Volost) (Rayons), in denen die Einberufung einer Vollversammlung Schwierigkeiten bereitet, ist an Stelle der Vollversammlung eine Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Konferenz zulässig. Diese Konferenzen werden mindestens einmal in drei Monaten einberufen.

53. Die Vollversammlung des Amtsbezirks (Volost) (Rayons) wird mindestens einmal im Monat einberufen; die Vollversammlung

- a) entscheidet die Fragen über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, wobei ihre Beschlüsse den übergeordneten Parteikomitees zur Bestätigung vorgelegt werden;
- b) erörtert und bestätigt den Bericht des Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitees;
- c) wählt das Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitee;
- d) wählt die Delegierten für die Kreis- (Ujesd-) und anderen Konferenzen;
- e) erörtert und bestätigt den Bericht der Fraktion des Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Exekutivkomitees.

54. Das Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitee wird von der Parteiversammlung des Amtsbezirks (Volost) (Rayon) oder von der Konferenz auf sechs Monate gewählt.

Für die Sekretäre des Amtsbezirkskomitees ist eine einjährige Parteizugehörigkeit obligatorisch.

Anmerkung: In Amtsbezirken (Volost), zu denen weniger als drei Dorfzellen gehören, wird kein Amtsbezirks- (Volost-)Komitee gebildet; die Kreis- (Ujesd-)Komitees können den Zellen der Amtsbezirks- (Volost-)Zentren dieser Amtsbezirke (Volost) die Erledigung einzelner Obliegenheiten der Amtsbezirks- (Volost-)Organisationen übertragen.

55. Das Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitee tritt mindestens einmal in zwei Wochen zusammen.

56. Das Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Komitee lenkt und leitet die Arbeit aller Organisationen, die zum Amtsbezirk (Volost) (Rayon) gehören, registriert alle Parteimitglieder, organisiert die Verteilung der Literatur, führt öffentliche Versammlungen,

Kundgebungen, Lektionen usw. durch, organisiert neue Zellen und läßt sie vom Kreis- (Ujesd-) (Bezirks- Okrug-)Komitee bestätigen, verwaltet die Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Kasse der Partei, legt einmal im Monat einen Bericht über seine Tätigkeit dem Kreis- (Ujesd-) (Bezirks- Okrug-)Komitee vor, lenkt die Arbeit des Amtsbezirks- (Volost-) (Rayon-)Exekutivkomitees durch die Parteifraktion.

X. Die Parteizellen

57. Die Grundlage der Parteiorganisation ist die Parteizelle. Die Zelle wird vom Bezirks- (Okrug-), Kreis- (Ujesd-) oder Rayon-Komitee bestätigt und besteht aus mindestens drei Parteimitgliedern.

58. In Großbetrieben mit einer großen Zahl von Arbeitern können innerhalb der allgemeinen Betriebszelle, die den ganzen Betrieb umfaßt, mit Genehmigung des Bezirks- (Okrug-) (Kreis- Ujesd-) oder Rayon-Komitees (in den Städten) in jedem besonderen Falle Abteilungszellen organisiert werden.

59. Die Zelle ist die Organisation, die die Arbeiter- und Bauernmassen mit dem leitenden Organ der Partei in dem betreffenden Ort verbindet. Die Aufgaben der Parteizelle sind:

1. Die Verwirklichung der Losungen und Beschlüsse der Partei unter den Massen;
2. die Heranziehung neuer Mitglieder und ihre Erziehung;
3. die Unterstützung des örtlichen Komitees in seiner organisatorischen und agitatorischen Arbeit;
4. als Organ der Partei aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes.

60. Für die Erledigung der laufenden Arbeit wählt die Zelle ein Büro auf sechs Monate.

Für den Sekretär der Zelle ist eine Parteizugehörigkeit von mindestens einem Jahr obligatorisch; eine Ausnahme ist nur mit Genehmigung des Bezirks- (Okrug-) (Kreis- Ujesd-)Komitees oder des Rayon-Komitees (in Städten) zulässig.

XI. Die Kontrollkommissionen

61. Zur Unterstützung der Partei bei der Festigung der Einheit und Autorität der KPdSU(B), bei der Gewinnung des besten Teiles der Arbeiterklasse für die Partei, zur Unterstützung des Kampfes gegen Verletzungen des Parteiprogramms und -statuts der KPdSU(B) durch Mitglieder, zur Durchsetzung der Parteilinie auf allen Wirkungsgebieten der Sowjetorgane und bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinfachung des Sowjet- und Wirtschaftsapparates werden durch Wahl auf dem Parteitag, den Gebiets- (Oblast-), Regions- (Kraj-), Gouvernements- und Bezirks- (Okrug-) Konferenzen Kontrollkommissionen gebildet, die den Organen, von denen sie gewählt wurden, rechenschaftspflichtig sind.

Anmerkung: Bezirks- (Okrug-) Kontrollkommissionen werden mit Genehmigung des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) organisiert.

62. Die Beschlüsse der Kontrollkommissionen können durch die entsprechenden Parteikomitees nicht aufgehoben werden, treten aber nur mit dem Einverständnis dieser Parteikomitees in Kraft und werden auch von ihnen durchgeführt.

Wird kein Einverständnis erzielt, so wird die Frage auf einer gemeinsamen Sitzung behandelt. Falls mit dem Komitee keine Übereinkunft erzielt wird, wird die Frage der entsprechenden Parteikonferenz oder der höheren Kontrollkommission oder dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegt.

A) Die Zentrale Kontrollkommission

63. Die Zentrale Kontrollkommission wird vornehmlich aus Arbeitern und Bauern gewählt, die die notwendige Praxis in der Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- oder unmittelbare Praxis in der Produktionsarbeit haben müssen. Die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission, die direkt in der Zentralen Kontrollkommission oder RKI (Arbeiter- und Bauerninspektion) arbeiten, müssen mindestens zehn Jahre der Partei angehören, die Mitglieder der Kontrollkommission, die in den örtlichen Organen arbeiten, mindestens sieben Jahre, Industriearbeiter und Bauern mindestens fünf Jahre.

64. Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission können nicht

gleichzeitig Mitglieder des ZK sein und können keine Posten in der Verwaltung und Wirtschaft bekleiden.

Anmerkung: Ausnahmen sind jeweils mit besonderer Genehmigung des ZK der KPdSU(B) und des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission zulässig.

65. Das Plenum der Zentralen Kontrollkommission tritt einmal in drei Monaten zusammen. In der Periode zwischen den Plenartagungen wird für die Leitung der gesamten laufenden Arbeit der Organe der Zentralen Kontrollkommission ein Präsidium aus 21 Mitgliedern und neun Kandidaten sowie sein operatives Organ - ein Sekretariat, - gebildet. Desgleichen wird für die Untersuchung von Verstößen gegen die Parteiethik, gegen das Statut und das Programm der KPdSU(B) - ein Parteikollegium der Zentralen Kontrollkommission geschaffen.

66. An den Parteitagen und Konferenzen - der gesamten Union, der nationalen Kommunistischen Parteien, der Regionen (Kraj), Gebiete (Oblast), Gouvernements, Bezirke (Okrug), Kreis (Ujesd) und anderen -, sowie an den Plenartagungen, Beratungen, Sitzungen und Versammlungen nehmen die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission mit beratender Stimme teil. An den Plenartagungen des ZK der KPdSU(B) nehmen nur die Mitglieder des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission und die Kandidaten teil. Wenn vereinigte Plenartagungen des ZK und der Zentralen Kontrollkommission einberufen werden, nehmen die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission mit beschließender Stimme teil.

Das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission delegiert drei Mitglieder und drei Stellvertreter für die Teilnahme an den Sitzungen des Politbüros des ZK und fünf Mitglieder und fünf Stellvertreter für die Teilnahme an den Sitzungen des Org.-Büros und des Sekretariats des ZK. Alle Delegierten haben beratende Stimme.

67. Die Zentrale Kontrollkommission hat das Recht, im Rahmen ihres Kompetenzbereiches allen Parteimitgliedern und Parteiorganisationen Aufgaben zu stellen.

B) Die Kontrollkommissionen der nationalen KP, der Gebiete (Oblast) (Regionen - Kraj), Gouvernements und Bezirke (Okrug)

68. Die Zahl der Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Kontrollkommission der nationalen KP, der Gebiets- (Oblast-) (Regional-Kraj-), Gouvernements- und Bezirks- (Okrug-) Kontrollkommissionen wird von der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) entsprechend der Größe der Organisation, der Wirtschaft des Bezirks und anderer Besonderheiten festgelegt.

Die Mitglieder und Kandidaten der Kontrollkommission werden vornehmlich aus den Reihen der Arbeiter und Bauern gewählt, die am konsequentesten die Partei vertreten. Für die Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Kontrollkommission der nationalen KP, der Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-) Kontrollkommission ist eine Parteizugehörigkeit von mindestens sieben Jahren, für die übrigen Kontrollkommissionen von mindestens fünf Jahren obligatorisch. Weiterhin müssen die Mitglieder und Kandidaten über eine entsprechende Praxis in der Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsarbeit verfügen und fähig sein, eine wirkliche Partei- und Sowjetkontrolle durchzuführen.

Anmerkung: Eine Ausnahme ist nur mit Genehmigung des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) und des ZK der KPdSU(B) zulässig.

69. Mitglieder der Kontrollkommission können nicht gleichzeitig Mitglieder von Parteikomitees sein und können keine verantwortlichen Stellen in der Verwaltung einnehmen.

Anmerkung: Eine Ausnahme ist nur mit Genehmigung der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) zulässig.

70. Das Plenum der Kontrollkommission wählt das Präsidium und das Parteikollegium und legt die Zusammensetzung des Kollegiums der RKI (Arbeiter- und Bauerninspektion) fest.

71. Die Mitglieder der Kontrollkommission und die Kandidaten nehmen an den Sitzungen des entsprechenden Plenums des Parteikomitees, auf Parteikonferenzen und Beratungen im Rahmen ihrer Organisation mit beratender Stimme teil.

Das Präsidium der Kontrollkommission delegiert einen Teil

seiner Mitglieder mit beratender Stimme in die Sitzungen des entsprechenden Büros der Parteikomitees.

72. Entsprechen die Beschlüsse der Kontrollkommission und des Parteikomitees einander nicht, werden gemeinsame Sitzungen anberaumt. Wird keine Einigung erzielt, geht der Punkt bei Zentralen Kontrollkommissionen des ZK einer nationalen KP, bei einer Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-) Kommission und bei einer Gouvernementskommission, die nicht zur ZKK einer nationalen KP oder zu einer Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-) Kommission gehört, der ZKK der KPdSU(B) zu; bei Gouvernements-Kontrollkommissionen oder Gebiets- (Oblast-) Kontrollkommissionen, die zur ZKK einer nationalen KP oder einer Regional- (Kraj-) Kontrollkommission gehören, wird die Frage der entsprechenden Zentralen Kontrollkommission der nationalen KP oder der Gebiets- (Oblast-) (Regional- Kraj-) Kontrollkommission vorgelegt.

73. Die Kontrollkommission hat das Recht, innerhalb ihres Kompetenzbereiches allen Parteimitgliedern und Parteiorganisationen Aufgaben zu stellen.

C) Die bevollmächtigten Kontrollkommissionen

74. Um eine unmittelbare und lebendige Verbindung der Organe der Kontrollkommission mit den niederen Parteiorganisationen und der breiten Masse der Arbeiter und Bauern herzustellen, wird die Institution der bevollmächtigten Kontrollkommissionen in den Bezirks- (Okrug-) und Kreis- (Ujesd-) Parteiorganisationen gebildet.

75. Die bevollmächtigten Kontrollkommissionen werden in erster Linie aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, die am konsequentesten die Partei vertreten und mindestens fünf Jahre Mitglied der Partei sind, von den Bezirks- (Okrug-) oder Kreis- (Ujesd-) Parteikonferenzen vorgeschlagen und durch die entsprechende Kontrollkommission bestätigt.

Anmerkung: Die Bevollmächtigten sollen möglichst aus den Reihen der Mitglieder der Kontrollkommission vorgeschlagen werden.

76. In den politisch und wirtschaftlich größten und bedeutendsten

Rayons werden die bevollmächtigten Kontrollkommissionen von jeder anderen Arbeit, außer der Parteiarbeit, befreit - in allen übrigen Rayons führen sie ihren Auftrag neben ihrer üblichen Arbeit aus.

77. Die bevollmächtigten Kontrollkommissionen haben das Recht, an Sitzungen des entsprechenden Parteikomitees, an Parteikonferenzen, Beratungen und Sitzungen der Kontrollkommission mit beratender Stimme teilzunehmen.

XII. Die Parteiorganisation in der Roten Armee

78. Die allgemeine Leitung der Parteiarbeit in der Roten Armee und Roten Flotte wird von der Politischen Leitung der Roten Arbeiter- und Bauern-Armee, als der Militärabteilung des ZK ausgeübt. Die Politische Leitung der Roten Armee übt ihre Führung durch die von ihr eingesetzten Politischen Abteilungen (der Fronten, Militärbezirke, Flotten, Armeen, Divisionen), durch die Militärkommissare und die auf den entsprechenden Konferenzen der Armee gewählten Parteikommissionen aus.

Die Zellen und Parteikollektive der Roten Armee und Flotte arbeiten auf der Grundlage einer besonderen, vom ZK bestätigten Instruktion.

79. Die Leiter der Politischen Abteilungen der Militärbezirke, der Flotten und Armeen müssen sieben Jahre der Partei angehören, die Leiter der Politischen Abteilungen der Division und Brigaden vier Jahre.

80. Die Parteikommissionen sind zuständig für Aufnahmen und Ausschlüsse von Parteimitgliedern und Kandidaten und ahnden auch Verstöße gegen das Parteiprogramm und das Parteistatut. Für die Mitglieder der Kommission ist eine fünfjährige Parteizugehörigkeit obligatorisch.

81. Einsatz und Versetzung der Parteimitglieder und Kandidaten der Roten Armee und Flotte obliegt den entsprechenden Politischen Organen.

Die Verfahrensweise zur Koordinierung von Versetzungen leitender Parteifunktionäre der Armee (Kommando- und politischer

Bestand) mit den Parteiorganen wird durch Instruktionen des ZK festgelegt.

82. Die politischen Organe sind verpflichtet, enge Verbindung mit den örtlichen Parteikomitees zu unterhalten, und zwar durch ständige Teilnahme der Leiter der politischen Organe und der Militärkommissare an der Arbeit der örtlichen Parteikomitees sowie dadurch, daß die Parteikomitees systematisch Berichte der Leiter der politischen Organe und Militärkommissare über die politische Arbeit in den Truppenteilen entgegennehmen. Die örtlichen Parteikomitees und Kontrollkommissionen leiten die Arbeit der Parteikommissionen zur Aufnahme von Kandidaten, zur Übernahme von Kandidaten in den Mitgliederstand, zum Kampf gegen Verletzungen des Parteistatuts dadurch, daß sie systematisch Berichte über die Arbeit in den Parteikommissionen der Divisionen und Militärbezirke entgegennehmen und diesen entsprechende Direktiven erteilen.

XIII. Die Parteidisziplin

83. Strengste Parteidisziplin ist oberste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen. Ein Beschluß der Parteizentren muß schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Erörterung aller strittigen Fragen des Parteilebens innerhalb der Partei, solange ein Beschluß nicht gefaßt ist, völlig frei.

84. Die Nichtdurchführung von Beschlüssen höherer Organisationen und andere Vergehen, die von der öffentlichen Meinung der Partei als Verbrechen betrachtet werden, ziehen nach sich: für eine Organisation - eine Rüge, Einsetzung eines provisorischen Komitees von oben und allgemeine Umregistrierung (Auflösung der Organisation); für einzelne Parteimitglieder - einen Tadel verschiedener Art (Verweis, Rüge usw.), öffentliche Rüge, zeitweilige Entfernung von verantwortlicher Partei- und Sowjetarbeit, Ausschluß aus der Partei und Ausschluß aus der Partei mit Benachrichtigung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden über das Vergehen. Die Zurückversetzung in den Kandidatenstand ist als Parteistrafe nicht zulässig.

85. Disziplinarvergehen werden von der Vollversammlung und von

den Kontrollkommissionen in der üblichen Weise, nach den festgelegten Instanzen untersucht.

XIV. Die Geldmittel der Partei

86. Die Geldmittel der Organisation setzen sich zusammen aus den Mitgliedsbeiträgen, den Beihilfen der höheren Parteiorganisationen und anderen Einnahmen.

87. Die Mitgliedsbeiträge für die Parteimitglieder und Kandidaten betragen mindestens $\frac{1}{2}$ Prozent des Lohnes. Es werden vier Kategorien des Mitgliedsbeitrages entsprechend der Höhe des Grundgehaltes festgelegt.

- Die 1. Kategorie zahlt $\frac{1}{2}$ Prozent,
- die 2. Kategorie zahlt 1 Prozent,
- die 3. Kategorie zahlt 2 Prozent,
- die 4. Kategorie zahlt 3 Prozent.

88. Die Mitgliedsbeiträge für Personen, die kein festes Einkommen haben, z.B. Bauern, werden durch die örtlichen Gouvernementskomitees festgesetzt.

89. Vollständig befreit von der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen sind Arbeitslose und Fürsorgeempfänger (Invaliden und Greise).

90. Als Aufnahmebeitrag werden beim Eintritt als Kandidat drei Prozent des Arbeitslohnes erhoben. Von dieser Zahlung wird niemand befreit.

91. Parteimitglieder und Kandidaten, die drei Monate lang ohne triftigen Grund keine Mitgliedsbeiträge entrichtet haben, gelten als aus der Partei ausgeschieden. Der Vollversammlung wird davon Mitteilung gemacht.

92. Die Verfahrensweise bei der Erhebung der Mitgliedsbeiträge und der Abzüge für die Partei wird durch besondere Anweisung festgelegt.

XV. Die Fraktionen in den außerparteilichen Organisationen

93. Auf allen Kongressen, Beratungen und in den gewählten Organen (Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschaftsorganen usw.), in

denen es mindestens drei Parteimitglieder gibt, werden Fraktionen gebildet, die die Aufgabe haben, den Einfluß der Partei allseitig zu verstärken, ihre Politik außerhalb der Partei durchzusetzen und die Kontrolle der Partei über die Arbeit aller genannten Institutionen und Organisationen durchzuführen.

Für die laufende Arbeit können die Fraktionen ein Büro wählen.

94. Bei der Erörterung von Fragen im Parteikomitee, die die Fraktion einer Organisation betreffen, entsendet die Fraktion ihre Vertreter mit beratender Stimme in die Sitzung des entsprechenden Komitees.

95. Die Fraktionen sind, unabhängig von ihrer Bedeutung, völlig den entsprechenden Parteiorganisationen unterstellt. In allen Fragen, zu denen gültige Beschlüsse der entsprechenden Parteiorganisation vorliegen, sind die Fraktionen verpflichtet, sich stets und strikt an diese Beschlüsse zu halten. Das Komitee hat das Recht, ein beliebiges Mitglied in die Fraktion aufzunehmen oder aus ihr abzuberufen, wobei es unbedingt verpflichtet ist, die Fraktion über die Gründe dieser Maßnahme zu unterrichten. Die Abberufung und Einsetzung des neuen Mitgliedes muß gemäß den Satzungen des außerparteilichen Organs, bei dem die Fraktion arbeitet, erfolgen. In den Fragen ihres inneren Lebens und der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom.

Bei einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Parteikomitee und der Fraktion in einer Frage, die zum Kompetenzbereich der Fraktion gehört, ist das Komitee verpflichtet, diese Frage mit den Vertretern der Fraktion nochmals zu untersuchen und einen endgültigen Beschluß zu fassen, den die Fraktion unverzüglich durchführen muß.

96. Für alle wichtigen Funktionen in den Organisationen, in denen eine Fraktion arbeitet, werden die Kandidaten von der Fraktion gemeinsam mit der entsprechenden Parteiorganisation aufgestellt. In gleicher Weise erfolgt auch der Wechsel von einer Funktion in eine andere.

97. Alle Fragen, die politischen Charakter haben und von der Fraktion zu erörtern sind, müssen im Beisein von Vertretern des

Plenum des ZK der KPdSU(B)

vom 6. bis 9. April 1926

- 101 -

Komitees besprochen werden.

98. Fragen, die von der außerparteilichen Organisation zu entscheiden sind, in der die Fraktion arbeitet und die grundsätzliche Bedeutung haben, ebenso alle Fragen, zu denen eine einmütige Stellungnahme der Kommunisten notwendig ist, müssen vorher in der Versammlung oder im Büro der Fraktion erörtert werden.

99. Alle Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, zu jeder Frage, die in der Fraktion einer außerparteilichen Organisation entschieden wurde, in den Vollversammlungen der betreffenden Organisation einstimmig abzustimmen. Diejenigen, die diese Regel verletzen, unterliegen Disziplinarmaßnahmen entsprechend dem Statut in der üblichen Ordnung.

100. Die Fraktionen in den außerparteilichen Organen verkehren nicht unmittelbar mit den Fraktionen der untergeordneten Organe. Wenn diese oder jene Fraktion ihre Beschlüsse auf Parteiebene durchführen muß, werden sie über das entsprechende Parteikomitee (mit Unterschrift des Sekretärs des Komitees und eines Mitgliedes des Büros der Fraktion) durchgeführt.

Die Resolutionen des Parteitages wurden aus dem Buch "Der XIV. Parteitag der KPdSU(B), stenographischer Bericht" Moskau - Leningrad 1926 übernommen.

Das Statut der KPdSU(B) ist der "Prawda" Nr.140 vom 20. Juni 1926 entnommen.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) fand unter Teilnahme der Mitglieder des Präsidiums der ZKK und der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission statt. Das Plenum erörterte Fragen des Wirtschaftsaufbaus, insbesondere:

1. die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik;
2. die Organisation und Methoden der Getreideerfassung im kommenden Jahr.

Zu den Fragen der wirtschaftlichen Lage und der Organisation und Methoden der Getreideerfassung im kommenden Jahr bestätigte das Plenum die vom Politbüro vorgeschlagenen Resolutionsentwürfe mit einzelnen Abänderungen.

Die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik

I. Die wichtigste Tatsache, die die Festigung der proletarischen Diktatur und die Stärkung der internationalen Bedeutung der UdSSR bestimmt hat, ist das schnelle Wachstum der Produktivkräfte des Landes, das den Anteil der sozialistischen Elemente in der Volkswirtschaft erhöhte. Dieses Wachstum war das Ergebnis einer Politik der Partei, die auf der Basis der NÖP zur Festigung des Bündnisses zwischen der staatlichen Industrie und der Landwirtschaft und zur Stärkung der führenden Rolle der staatlichen Industrie in der gesamten Volkswirtschaft führte. Es erfolgte unter den Verhältnissen der historisch entstandenen Disproportion in der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft und der allgemeinen ökonomischen Rückständigkeit des Landes.

In den ersten Jahren der NÖP stand im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik die Aufgabe, die Landwirtschaft schnellstens wiederherzustellen, weil dies der Ausgangspunkt für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung in Stadt und Land war. Eine Rohstoff- und Lebensmittelbasis zur Entwicklung der Industrie

und des Absatzmarktes ihrer Erzeugnisse war zu schaffen.

Gestützt auf die wachsende Landwirtschaft und auf die sich immer mehr vergrößernde Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes, erhöhte die Industrie, sich diesen Bedürfnissen anpassend, ihre Produktion im Jahre 1924/25 um 64 Prozent und erhöht sie im laufenden Wirtschaftsjahr ungefähr um 30 bis 40 Prozent.

Jedoch trotz dieses Anwachsens der Industrie ist das Land in eine längere Periode eingetreten, in der die Industrieproduktion weder der immer schneller wachsenden Nachfrage der Produktion noch der des Verbrauchers entspricht. Das hat einen verschärften Warenhunger nach Industrieerzeugnissen zur Folge. Unter diesen Umständen ist die Entwicklung der Industrie und die Industrialisierung des Landes überhaupt jene entscheidende Aufgabe, deren erfolgreiche Lösung das weitere Wachstum der gesamten Wirtschaft auf dem Wege zum Siege des Sozialismus bestimmt.

II. Die Industrialisierung des Landes und die Vergrößerung der Warenmasse an Industrieerzeugnissen stößt bei dem erreichten Entwicklungsstand der Industrie in der gegenwärtigen Periode auf spezifische Schwierigkeiten. Die Industrie hat das von der bürgerlichen Epoche hinterlassene Grundkapital fast völlig ausgenutzt und stützt sich in ihrer weiteren Entwicklung auf die Rekonstruktion der Betriebe sowie auf den Bau neuer Fabriken und Werke, was wiederum vollkommen vom Umfang jener Akkumulationen abhängt, die man für die Erweiterung der Industrie investieren kann.

Die Enteignung der nichtproduktiven Klassen (der Bourgeoisie und des Adels), die Annullierung der Schulden, die Konzentrierung der Einkünfte aus der Industrie, aus dem staatlichen Handel (Innen- und Außenhandel) und dem gesamten Kreditsystem in den Händen des Staates usw. ermöglichen an sich schon eine Akkumulation innerhalb des Landes, die das für den sozialistischen Aufbau notwendige Entwicklungstempo der Industrie gewährleistet.

Man muß dabei jedoch in Betracht ziehen, daß diese Aufgabe nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn es der Partei gelingt, einerseits im ganzen Lande ein strenges Regime der

Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und des schonungslosen Kampfes gegen jegliche überflüssige unproduktive Ausgaben zu verwirklichen und andererseits den Zustrom freier Mittel aus der Bevölkerung in alle Arten von Kredit- und Genossenschaftseinrichtungen sowie für die Staatsanleihen zu vergrößern, um diese Akkumulationen für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und vor allen Dingen für die Industrie zu verwenden.

Das Tempo, in dem die Vergrößerung der Grundkapitalien und die Rekonstruktion der Industrie vor sich gehen, hängt ebenso wie die Hebung der Technik und die Intensivierung der Landwirtschaft in stärkstem Maße davon ab, daß wir unsere Exportoperationen und den Import der notwendigen Ausrüstungen, Rohstoffe und Halbfabrikate für die Industrie sowie landwirtschaftlicher Geräte für den Ackerbau erfolgreich entwickeln. Deshalb ist die Entwicklung des Exports eine weitere notwendige Voraussetzung für die Industrialisierung des Landes und ein beschleunigtes Entwicklungstempo der Industrie.

Partei und Staat müssen systematische Maßnahmen ergreifen, um unsere Wirtschaft von ihrer Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern zu befreien, die besonders augenfällig in diesem Jahr zutage trat, wo die Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft beendet und die gesamte von der vorrevolutionären Zeit übernommene Technik ausgenutzt wurde. Deshalb müssen neben der Forcierung des Exports von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Holz und neben der Entwicklung und Verbesserung des industriellen Exports (Erdöl, Bodenschätze usw.) besonders energische Maßnahmen zur Entwicklung jener Wirtschaftszweige ergriffen werden, in denen sich unsere Abhängigkeit vom Ausland am stärksten fühlbar macht. Es muß die allergrößte Aufmerksamkeit auf die Entwicklung des Baumwollanbaus, der Schafzucht, auf eine stärkere Gewinnung von Buntmetallen, auf das Ausschmelzen von Eisenmetallen und die Entwicklung des Maschinenbaus usw. gerichtet werden.

Die Möglichkeit von Störungen im Außenhandel einerseits und die Unvermeidlichkeit von Disproportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, die unter den Bedingungen der Marktverhältnisse

und des Überwiegens spontaner Elemente in der Landwirtschaft häufigen Konjunkturschwankungen unterliegen, andererseits machen die Bildung von ausreichenden Reserven in den Händen des Staates notwendig, da diese eine der unbedingten Voraussetzungen für die Verwirklichung einer planmäßigen Leitung des wirtschaftlichen Lebens des Landes ist. Solche Reserven muß man im Staatshaushalt, im Außenhandel, in der Industrie, der Getreideversorgung und in der Verteidigung des Landes usw. schaffen.

In der gegenwärtigen Periode des Neuaufbaus gewinnt die Stärkung des Planprinzips und die Einführung des Regimes der Plan-
disziplin in der Tätigkeit aller staatlichen Organe besondere Bedeutung. Insbesondere muß jede irgendwie bedeutende Ausgabe auf dem Gebiet des Neuaufbaus sowohl von staatlicher als auch von örtlicher Bedeutung mit dem allgemeinen Wirtschaftsplan in Übereinstimmung gebracht werden. Eine spontane, separate Entfaltung von Bauarbeiten, die zur Zersplitterung und unwirtschaftlichen Verwendung von Mitteln führt, muß entschlossen unterbunden werden. Auf diesem Gebiet ist es notwendiger als auf jedem anderen, daß die Rolle der Planungsorgane verstärkt wird.

Neben dem Kampf für die Beseitigung des Planseparatismus und der Verworrenheit bei der Aufstellung und Verwirklichung der Pläne ist es erforderlich, die höheren Planungsorgane von der kleinlichen Prüfung der technischen Berechnungen der unteren Planungsorgane zu befreien und die Detaillierung der Planung hinsichtlich der Betriebspläne zu verringern sowie die Verantwortlichkeit für ihre operativen Organe zu erhöhen. Gleichzeitig muß die Zahl der Instanzen, die die operativen Pläne bis zu ihrer endgültigen Bestätigung zu durchlaufen haben, herabgesetzt werden. Die Rechte der einzelnen Planinstitutionen zur endgültigen Entscheidung der Fragen müssen fest abgegrenzt werden.

Nur unter diesen Bedingungen kann eine höhere Qualität der aufgestellten Pläne, ihre rechtzeitige Abwicklung und Bestätigung sowie eine wirkliche Konzentrierung der leitenden Planungsorgane auf die Hauptaufgaben der Wirtschaftsplanung erreicht werden.

Die nächsten Aufgaben für die bevorstehende Entwicklungsperiode

der Wirtschaft bestehen in der beschleunigten Akkumulation, in der zweckmäßigen Verwendung der akkumulierten Mittel, die weit strenger sein muß als bisher, sowie in der Verwirklichung des Planprinzips.

III. Neben dem hauptsächlichsten Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie wird gegenwärtig ein Mißverhältnis einerseits zwischen der Entwicklung des Verkehrswesens und der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit und andererseits zwischen der Entwicklung der einzelnen Industriezweige beobachtet. Gegenwärtig ist das Verkehrswesen bereits zu dem Glied im System der sowjetischen Wirtschaft geworden, ohne dessen ernsthafte Festigung ein weiteres Anwachsen des Warenumsatzes im Lande unmöglich ist. Ebenso bleiben die Brennstoff-, die Hütten- und Baustoffindustrie hinter den Bedürfnissen des Marktes und dem allgemeinen Entwicklungstempo der Wirtschaft stark zurück. Deshalb ist es in erster Linie notwendig, neben der Regulierung des Güterumschlages und der sparsameren Ausnutzung der Transportmittel bei der Eisenbahn und in der Schifffahrt eine solche Entwicklung des Verkehrswesens, der Hütten-, Brennstoff- und Baustoffindustrie und der Elektrifizierungsarbeiten zu gewährleisten, daß die vorhandenen Schwierigkeiten in der Versorgung der übrigen Industriezweige, in dem zunehmenden Warenverkehr und im Wohnungsbau beseitigt werden können.

Damit sich die Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung in Zukunft nicht wiederholen, ist es bereits jetzt notwendig, nicht nur die jetzt arbeitenden Brennstoffbetriebe besser auszunutzen und zu rationalisieren, sondern auch besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, die Frage des Aufbaus neuer Gebiete von Mineralbrennstoffen zu bearbeiten.

In Anbetracht dessen, daß das weitere Wachstum der Industrie, die Hebung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter durch die Wohnungskrise gehemmt werden, müssen Partei und Staat in der kommenden Periode dem Wohnungsbau besonders große Bedeutung beimessen.

IV. Die objektiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten der jetzigen Periode wurden in diesem Jahr durch Mißerfolge in der Planung der Wirtschaft verschärft, die darin zum Ausdruck kommen, daß für die Getreideerfassung, den Export - Import, für Devisen und Kredit zu hohe Pläne aufgestellt wurden und in diesem Zusammenhang auch für die industrielle Entwicklung und die Investitionsbauten.

Diese Mißerfolge in der Aufstellung und Durchführung der Pläne haben den Warenhunger noch mehr verschärft.

Das starke Ansteigen der Nachfrage im Dorfe wurde hervorgerufen durch die allgemein wachsende Produktion der Landwirtschaft, durch ihre vergrößerte Warenproduktion, durch die Herabsetzung der Steuern für die bäuerliche Bevölkerung und durch ein bedeutendes Ansteigen der Getreidepreise, das zu einem wesentlichen Teil durch die fehlerhafte Forcierung der Getreidebeschaffung verursacht wurde.

Das starke Anwachsen der zahlungsfähigen Nachfrage in der Stadt und in der Industrie wird erstens bestimmt durch eine bedeutende Erhöhung des Arbeitslohnes seit dem zweiten Halbjahr 1925. (und der entsprechenden Vergrößerung der Ausgaben für die Sozialversicherung) bei gleichzeitiger massenweiser Heranziehung neuer Arbeiter und vorübergehendem Stillstand im Wachstum der Arbeitsproduktivität; zweitens durch das Anwachsen der Belegschaften und die übergroße Zahl von Organen sowohl für den Staatshaushalt als auch für die Rechnungsführung im staatlichen Handel und in den Genossenschaften; drittens durch die in Angriff genommene Ausführung der Investitionsbauten, die erst nach einer längeren Frist eine Vergrößerung der Warenmasse bringen, und durch die schnelle Entwicklung der Schwerindustrie, die eine zusätzliche Nachfrage nach Fertigwaren geltend macht.

Außerdem hat eine gewisse Verstärkung der privaten Akkumulation auf dem Gebiet des Warenverkehrs, besonders durch die große Differenz zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen, einen bestimmten Einfluß auf das Anwachsen der zahlungsfähigen Nachfrage der Stadt ausgeübt.

Die verstärkte Nachfrage in der Stadt, die einen großen Teil

der sich vergrößernden Industrieproduktion aufbraucht, hat den Warenverkehr zwischen Stadt und Land desorganisiert, den Zustrom von Industriewaren aufs Land eingeschränkt und damit das Angebot von landwirtschaftlichen Produkten vermindert.

Das alles hatte einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus und ein starkes Auseinanderklaffen der Klein- und Großhandelspreise zur Folge, erschwerte die Erfüllung des Getreideerfassungsplans und des von ihm abhängigen Export- und Importplans und schuf Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Geldverkehrs. Die unter diesen Umständen unvermeidliche Minderung des Getreideerfassungsplans hatte eine Herabsetzung des Export- und Importplanes zur Folge und barg die Gefahr in sich, in diesem Jahr keine aktive Handels- und folglich auch Verrechnungsbilanz zu erzielen. Das ist eine um so ernstere Gefahr für die Stetigkeit des Geldverkehrs, als die Handelsbilanz des Vorjahres passiv war.

Die Kürzung der Import- und Kreditpläne machte auch die Überprüfung der Pläne für die Entwicklung der Industrie erforderlich, um sie mit den Reserven des Staates in Übereinstimmung zu bringen.

Die Koordinierung der ursprünglichen Pläne zur Entwicklung der Industrie mit den tatsächlichen Staatsreserven war im laufenden Jahr für einige Industriezweige - besonders für die, deren Arbeit von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe, Halbfabrikate und Einrichtungen abhängig ist - mit einer gewissen Verlangsamung des Entwicklungstempos der Industrie verbunden.

Die Lösung der Schwierigkeiten des laufenden Wirtschaftsjahres schließt die Möglichkeit der künftigen Entstehung neuer Schwierigkeiten, insbesondere bei der Realisierung der neuen Ernte nicht aus. Gegenwärtig haben wir noch nicht die notwendigen Angaben, um den Umfang der neuen Ernte zu bestimmen und auch nur einen ungefähren Plan für ihre Realisierung aufzustellen. Es ist aber äußerst wahrscheinlich, daß sich die staatliche Industrie infolge des Fehlens der notwendigen Reserven sowohl an Rohstoffen als auch an Fertigerzeugnissen angesichts der neuen Ernte erneut als ungenügend ausgerüstet erweist. Um den normalen Warenverkehr auf dem Lande während der neuen Ernte zu gewährleisten, beauftragt

schaffen, wenn auch die weitere Entwicklung der Landwirtschaft gewährleistet wird.

Deshalb müssen alle von der Partei (der XIV. Konferenz und dem XIV. Parteitag) und der Sowjetmacht gefaßten Beschlüsse über die Unterstützung des Aufschwungs der bäuerlichen Wirtschaft und die Verbesserung der Lage der bäuerlichen Massen voll und ganz verwirklicht werden.

Das Anwachsen der Produktivkräfte auf dem Lande erfolgt unter den Bedingungen des Kampfes zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen der Bauernschaft. Die in der jetzigen Periode der NÖP unvermeidliche Erstarkung des Kulakentums und der Kampf der Kulakenelemente um die Beherrschung des Dorfes stellt die Partei vor die Aufgabe, das wirtschaftliche und politische Bündnis des Proletariats mit der Hauptmasse der Klein- und Mittelbauern zu festigen und zu erweitern. Die Verwirklichung dieser Aufgaben muß erstens dadurch erfolgen, daß das Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern zur Isolierung des Kulakentums gefestigt wird und zweitens dadurch, daß die Dorfarmut materiell unterstützt und gegen das Kulakentum organisiert wird. Neben der eventuell möglichen künftigen Vergrößerung des in diesem Jahr gebildeten Spezialhilfsfonds für die Dorfarmut und der Befreiung des kleinbürgerlichen Teils der Bauernschaft von der Landwirtschaftssteuer muß ein System von weiteren Hilfsmaßnahmen für die Dorfarmut ausgearbeitet werden. Vor der Partei steht u.a. besonders die Aufgabe, die Erfahrungen bei der Anwendung von Lohnarbeit im Dorfe, bei der Entwicklung der Pachtverhältnisse sorgfältig zu studieren und Maßnahmen zur Regelung der Lohnarbeit und Lohnverhältnisse auszuarbeiten, um die ausbeuterischen Bestrebungen des Kulakentums einzuschränken und die Interessen der Dorfarmut zu schützen.

VI. Der auf dem Lande erreichte Stand der Waren- und Geldbeziehungen und der Akkumulation einerseits und die Notwendigkeit der Regulierung dieser Akkumulation entsprechend den Interessen des proletarischen Staates andererseits bringen die Aufgabe mit sich, ein solches Steuersystem für die bäuerliche Bevölkerung zu schaffen, das die Steuerlast für die wirtschaftlich schwachen

das Plenum des Zentralkomitees das Politbüro, zusätzliche Maßnahmen zu treffen, um die Masse an Industriewaren zu vergrößern, insbesondere durch eine eventuelle Vergrößerung der Rohstoffeinfuhr für die Textil- und Lederindustrie und im äußersten Notfalle durch die Einfuhr von Fertigerzeugnissen aus dem Auslande.

Um das allgemeine Preisniveau zu senken, ist es notwendig, nicht nur Maßnahmen zur Vergrößerung der Masse an Industriewaren zu treffen, sondern daneben die Unkosten der Getreideerfassungsapparate in allen Stadien der Getreideerfassung maximal herabzusetzen.

In Anbetracht dessen, daß es der Großindustrie in der nächsten Zukunft unmöglich ist, die zahlungsfähige Nachfrage nach Industrieerzeugnissen vollständig zu befriedigen und um den Warenhunger zu lindern, ist es notwendig, die Entwicklung sowohl der örtlichen Staats- als auch der örtlichen Heimindustrie und des Handwerks, besonders soweit sie mit örtlichen Brennstoffen arbeiten, in jeder Weise zu fördern.

Jedoch trotz der oben angeführten Schwierigkeiten wächst die Bedeutung der Industrie und der Arbeiterklasse im gesamten System unserer Wirtschaft auch in diesem Jahre. Die Industrie wächst bedeutend schneller als alle anderen Wirtschaftszweige der UdSSR. Im Vergleich zum Vorjahre steigt die Gesamtproduktion der Industrie erneut ungefähr um 30 - 40 Prozent. In diesem Jahre werden zum erstenmal in der Industrie bedeutende Mittel für die Rekonstruktion und den Neuaufbau investiert, wodurch sich die Möglichkeit ergibt, die Industrie in den kommenden Jahren zu erweitern.

V. Durch die im Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums entstandenen Schwierigkeiten wird die äußerst dringende Notwendigkeit, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf der Basis des Zusammenschlusses der staatlichen Industrie mit der Landwirtschaft zu festigen, nicht nur nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch verstärkt.

Die Industrie kann nur dann die Schwierigkeiten ihrer weiteren Entwicklung überwinden und das hierfür notwendige Kapital be-

ermöglichen es, bei der Heranziehung der Masse der Klein- und Mittelbauern zum sozialistischen Aufbau einen weiteren Schritt vorwärts zu tun.

Der sozialistische Aufbau muß alle Wirtschaftszweige, darunter auch die Landwirtschaft, umfassen. Deshalb kann die Organisation der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR nur dann gewährleistet sein, wenn sich die Landwirtschaft in folgender Hinsicht entwickelt: Festigung des Zusammenschlusses mit der sozialistischen Industrie, Stärkung ihrer führenden Rolle in der gesamten Volkswirtschaft und Zunahme der sozialistischen Elemente im Dorfe, von denen das wichtigste die Genossenschaft ist.

Das Plenum des ZK stellt fest, daß die Beschlüsse der Partei (XIV. Parteikonferenz und XIV. Parteitag) über den genossenschaftlichen Aufbau auf dem Lande noch nicht völlig verstanden wurden und von den Genossenschafts- und Parteiorganisationen ungenügend durchgeführt werden. Das Plenum verpflichtet alle Mitglieder der Partei, ihre Aufmerksamkeit auf die Durchführung der angeführten Beschlüsse der Partei zu konzentrieren und dabei besonders folgende Aufgaben zu beachten:

1) Es sind wirklich breite Massen der Bauernschaft zum genossenschaftlichen Aufbau heranzuziehen.

2) In der Genossenschaft selbst sind die Interessen der Masse der Mittel- und Kleinbauern vollständig zu sichern, und es muß gegen die Versuche der großbäuerlichen Elemente, die Genossenschaft für sich auszunutzen, gekämpft werden.

3) Die Unkosten im genossenschaftlichen Umlauf sind streng einzuschränken.

4) Der genossenschaftliche Umlauf ist durch Einschränkung der Rolle des Privatkapitals und entschlossenen Kampf für die Senkung der Kleinhandelspreise weiter auszudehnen.

5) Der Zustrom von Einlagen und Spargeldern aus den breiten bäuerlichen Massen in das Kredit- und Genossenschaftssystem ist zu sichern.

6) Die Kreditdisziplin ist allseitig zu festigen.

Schichten der Bauernschaft erleichtert und das damit seinem Typ nach dem System der Einkommensteuer äußerst nahe kommt. Infolgedessen ist es notwendig, wesentliche Änderungen im Aufbau der einheitlichen Landwirtschaftssteuer vorzunehmen:

a) die Berechnung der Steuer ist auf der Basis der Festlegung der Einkünfte nicht in Naturalform (Umlage auf die Ackerfläche), sondern in Geldform durchzuführen;

b) in die Zahl der zu steuernden Objekte sind die früher unberücksichtigten (oder ungenügend berücksichtigten) Einnahmequellen der bäuerlichen Bevölkerung (Weinbau, Imkerei, Gartenbau, Gemüsebau, soweit sie gewerblichen Charakter tragen sowie Einkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Arbeit usw.) aufzunehmen;

c) die Steuertabellen sind im Sinne einer stärkeren Progressivität abzuändern, bei völliger Steuerbefreiung der wirtschaftlich schwächsten Gruppen und Steuererhöhung für die wohlhabenden und großbäuerlichen Schichten der Bauernschaft.

Bei der Festlegung des Umfangs, in dem die nicht aus dem Ackerbau erzielten bäuerlichen Einkünfte zu besteuern sind, müssen die örtlichen Organe, die am besten über die besonderen Eigenheiten ihres Gebietes informiert sind, stärker herangezogen werden.

Die Gesamtsumme der einheitlichen Landwirtschaftssteuer kann lediglich in Übereinstimmung mit der Erweiterung der Anbauflächen, der Vergrößerung der steuerpflichtigen Objekte und der allgemeinen Steigerung der Einkommenshöhe der bäuerlichen Wirtschaften zunehmen.

Von der Gesamtsumme der Landwirtschaftssteuer müssen mindestens zwei Drittel den örtlichen Organen der Sowjetmacht (Amtsbezirken (Volost), Kreisen (Ujesd), Gouvernements) zur Befriedigung der örtlichen Bedürfnisse, besonders auf dem Lande, zur Verfügung gestellt werden.

VII. Die Entwicklung des genossenschaftlichen Aufbaus auf dem Lande, insbesondere des landwirtschaftlichen Kredits und der landwirtschaftlichen Genossenschaft sowie die allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen der Bauernschaft

7) Besondere Arten von Genossenschaften, die die Bauernschaft auf dem Gebiete der Produktion und insbesondere der Maschinisierung der Landwirtschaft vereinigen, sind zu festigen.

Diese Aufgaben können nur dann gelöst werden, wenn die Tätigkeit der Genossenschaften allgemein verbessert, ihre Autorität im wirtschaftlichen Leben der Bauernmassen gehoben und die Wählbarkeit ihrer Organe und ihre Verantwortlichkeit vor der Bevölkerung tatsächlich gesichert werden.

VIII. Ausgehend von den obigen Richtlinien, schlägt das Plenum des Zentralkomitees allen Parteiorganisationen vor, sich bei der Lösung der laufenden Aufgaben in der nächsten Zeit von folgenden Richtlinien leiten zu lassen:

a) auf dem Gebiet der Emissions- und Kreditpolitik von der Notwendigkeit, im Laufe der nächsten Monate die im Lande in Umlauf befindliche Geld- und Warenmasse miteinander in Einklang zu bringen und eine Erweiterung der Emissionen nur soweit zuzulassen, als in der Hebung der Kaufkraft des Rubels Erfolge erzielt werden;

b) auf dem Gebiet des Warenumsatzes von der Notwendigkeit, eine wesentliche Senkung der Kleinhandelspreise zu erzielen. Im Zusammenhang mit der Differenz zwischen den Kleinhandels- und den Großhandelspreisen gewinnen die Fragen der Organisation des Marktes und des Kampfes für die Senkung der Kleinhandelspreise außerordentliche Wichtigkeit. Weitere Erfolge in der Getreideerfassung, also auch in der Erfüllung des Exportplanes, die tatsächliche Erhöhung des Arbeitslohnes, Erfolge im Kampf gegen privatkapitalistische Akkumulationen, all dies hängt vollkommen von der weiteren Senkung der Kleinhandelspreise sowohl für Industriewaren als auch für landwirtschaftliche Produkte ab. Auf diesen Kampf müssen die Gewerkschaften, die staatliche Industrie, die Staatsorgane und besonders die Genossenschaften in der nächsten Zeit ihre Aufmerksamkeit konzentrieren;

c) auf dem Gebiet der Lohnpolitik stellt das Plenum des ZK fest, daß die zu Beginn des Wirtschaftsjahres ergriffenen Maßnahmen für eine allgemeine Lohnerhöhung und die letzten Maßnahmen

des Politbüros (Februar 1926) für Lohnerhöhungen in der Kohlenindustrie, im Verkehrswesen und für das Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen richtig waren und schlägt vor, sich für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres von der Notwendigkeit leiten zu lassen, das erzielte Lohnniveau zu sichern. Gleichzeitig ist es notwendig, entschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu ergreifen sowohl durch Rationalisierung der Produktion, insbesondere durch vollständigere Ausnutzung der Anlagen, Hebung der Qualifikation der Arbeiter und verbesserte Organisation der Fabriken und Werke, als auch durch rationelle Ausnutzung der Arbeitszeit, durch Hebung der Arbeitsdisziplin und durch den Kampf gegen das Bummelantentum usw.

Die von der Partei zu ergreifenden Maßnahmen verfolgen das Ziel, das erreichte Lohnniveau tatsächlich zu sichern. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen ist es notwendig, in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Wachstum der Produktivkräfte, der Entwicklung der Industrie und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ein weiteres Steigen des Arbeitslohnes zu gewährleisten;

d) auf dem Gebiet der Kapital-Ausgaben in der Industrie, des Staatshaushaltes und der Schaffung einer besonderen Reserve im Staatshaushalt ist der Beschluß des Politbüros vom 25. Februar dieses Jahres richtungweisend;

e) auf dem Gebiet des Export-, Importplanes für 1925/26 und der Schaffung einer Reserve im Außenhandel ist der Beschluß des Politbüros vom 21. Januar 1926 richtungweisend.

"Prawda" Nr.84. 13. April 1926

Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

14. - 23. Juli 1926

Aus der informatorischen Mitteilung

Vom 14. bis 23. Juli fand das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) unter Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Revisions-Kommission statt.

Das Plenum erörterte eine Reihe äußerst wichtiger Fragen des allgemeinen Staats- und Wirtschaftsaufbaus, des innerparteilichen Lebens und der Lage der Arbeiter, insbesondere die Ergebnisse der Neuwahlen der Sowjets, den Wohnungsbau und die Getreidebeschaffung im laufenden Jahr.

Das Plenum nahm den Bericht der ZKK entgegen, in dem festgestellt wurde, daß einige führende Funktionäre und Mitglieder der Partei (Laschewitsch, Gr. Belenki u.a.) nach dem XIV. Parteitag eine fraktionelle Tätigkeit entfaltet und gegen die Beschlüsse des X. und XIV. Parteitages über die Wahrung der Einheit der Partei verstoßen haben. Diese Fraktionsarbeit wurde in Verbindung mit dem Apparat des EKKI durchgeführt, der unter der unmittelbaren Leitung des Mitgliedes des Politbüros, Sinowjew, arbeitet. Das Plenum nahm eine vom Präsidium der ZKK in dieser Frage vorgeschlagene Resolution an, wonach Sinowjew seines Postens als Mitglied des Politbüros des ZK enthoben und Laschewitsch aus der Liste der Kandidaten des ZK gestrichen wurde.

Nach Entgegennahme der Mitteilung des Politbüros über die von ihm im Zusammenhang mit den letzten internationalen Ereignissen (Streik der britischen Bergarbeiter, Umsturz in Polen, Ereignisse in China usw.) angenommenen Beschlüsse billigte das Plenum die Tätigkeit des Politbüros und der Delegation der KPdSU(B) für internationale Fragen im EKKI.

Das Plenum beschloß, die nächste Parteikonferenz in der ersten Oktoberhälfte 1926 einzuberufen.

Resolutionen des Plenums

Über die Ergebnisse der Neuwahlen der Sowjets

(Resolution des Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B), angenommen am 20. Juli 1926 zum Referat des Genossen Molotow)

I. Charakter und Bedeutung der Wahlkampagne

1. Nach der Beendigung des Bürgerkrieges und der Festigung der proletarischen Diktatur ist die erste breite und offene Wahlkampagne im Jahre 1926 die Neuwahlen der Sowjets. Zum erstenmal nach dem Bürgerkrieg traten die sozialen Hauptgruppen der Wähler in Stadt und Land bei den Wahlen der Sowjets offen auf. Dabei verliefen diese Wahlen der Sowjets unter den Bedingungen einer ständig wachsenden Aktivität der werktätigen Massen.

2. Wie auch früher stand die Arbeiterklasse ihrer Aktivität nach an erster Stelle. Im Vergleich zur vorigen Wahlkampagne ist die Aktivität der Arbeiter und überhaupt der gewerkschaftlich Organisierten erneut gewachsen, allerdings noch verhältnismäßig unbedeutend (die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten, die tatsächlich an den Wahlen teilgenommen haben, erhöhte sich in der RSFSR von 52 auf 57 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder). Diese Tatsache erklärt sich sowohl damit, daß unter den gegebenen Verhältnissen von seiten der Feinde der proletarischen Diktatur keine unmittelbare Gefahr droht als auch mit der ungenügenden Aufmerksamkeit, die die Partei- und andere proletarische Organisationen den Wahlen in den Arbeiterbezirken gewidmet haben, sowie mit der noch ungenügend entfalteten Arbeit der Stadtsowjets. Die Folge war, daß die Arbeiter ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Arbeit der Partei, der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorganisationen konzentriert haben.

3. In der Stadt stieg die Wahlbeteiligung der gewerkschaftlich nichtorganisierten proletarischen Schichten (Arbeiterfrauen, Arbeitslose und Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind usw.) und der werktätigen Schichten des Kleinbürgertums (Kleingewerbetreibende, Handwerker usw.) bedeutend an. Die

Grundlage der Entwicklung der sowjetischen (proletarischen) Demokratie betrachtet werden.

II. Die Belebung der Sowjets, die proletarische Diktatur und die führende Rolle der Kommunistischen Partei

6. Die Politik zur Belebung der Sowjets muß sich als nächster Schritt in der Entwicklung der Sowjetdemokratie (der proletarischen Demokratie) darauf gründen, daß die Proletarier und die ärmsten bäuerlichen Halbproletarier "die ständige und einzige Grundlage des gesamten Staatsapparates" (s. Programm der KPdSU) bleiben. Das schließt nicht nur nicht aus, sondern macht es, besonders unter den Bedingungen der Festigung der Sowjetmacht, geradezu notwendig, daß die gesamte Hauptmasse der Bauernschaft tatsächlich und in immer breiterem Maße zum sowjetischen Aufbau herangezogen wird. In der jetzigen Periode - in der sich die materielle Basis der proletarischen Diktatur festigt (die staatliche Industrie immer mehr zur führenden Grundlage des gesamten Wirtschaftssystems des Landes wird), das Proletariat in genügendem Maße und anhaltend zahlenmäßig wächst, das ganze Sowjetsystem und endlich die Kommunistische Partei selbst, die die proletarische Diktatur leitet, sich bedeutend gefestigt haben - in diesem Moment ist diese Aufgabe für die proletarische Diktatur von außerordentlich großer Bedeutung. Deshalb wird jetzt besonders die Aufgabe unterstrichen, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft zu festigen. "Das höchste Prinzip der Diktatur ist die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht halten kann" (Lenin)¹⁾. Hieraus ergibt sich, wie wichtig es ist, auf dem Lande ein breites Aktiv von parteilosen Klein- und Mittelbauern um die Partei zu schaffen.

7. Gleichzeitig wird das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft nur dann die feste Stütze der Diktatur des Proletariats sein, wenn in diesem Bündnis die führende Rolle des

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausg., Bd.32, S.466 (russ.) d.Red.

prozentuale Zunahme ihrer Wahlbeteiligung (in der RSFSR stieg dieser Prozentsatz im Vergleich zu 1924/25 von 24 auf 37 Prozent) fiel besonders deshalb auf, weil ihre Aktivität in den vorangegangenen Wahlkampagnen völlig unbedeutend war.

4. Auf dem Lande spiegelte die Wahlkampagne im großen und ganzen die Verbesserung der politischen Lage wider. Das zeigte sich daran, wie sich die Hauptmasse des Dorfes, die Mittel- und Kleinbauern, an den Wahlen beteiligte (die tatsächliche Beteiligung der Bauern an den Wahlen stieg in der RSFSR von 41 auf 47 Prozent der gesamten Wähler auf dem Lande). Hierbei zeichnete sich die Masse der Mittelbauern, die sich im Laufe der Neuwahlen häufig stark der Dorfarmut annäherte, durch die größte Aktivität aus. Die Kleinbauern und besonders die Landarbeiter des Dorfes zeigten jedoch noch immer eine ungenügende Aktivität. Die Arbeit unter der Dorfarmut, die sich vorläufig nur in einem gewissen Teil unbedeutend verstärkt hatte, hatte bereits wachsende Aktivität und Organisiertheit im Auftreten der Dorfarmut zur Folge. Andererseits war das oft mit großer Aktivität auftretende Kulakentum in den meisten Fällen gezwungen, auf die offene Verteidigung seiner Klasseninteressen und seiner antisowjetischen Politik zu verzichten. Es nahm seine Zuflucht dazu, die Begierden der Kulaken heuchlerisch mit angeblichen "Interessen der Dorfarmut", der "revolutionären Gesetzmäßigkeit" usw. zu bemänteln.

5. Die Wahlkampagne ließ das spezifische Gewicht der verschiedenen sozialen Schichten in Stadt und Land noch krasser hervortreten und zeigte, daß sich die Arbeiterklasse und die werktätigen Schichten der Bauernschaft noch fester um die Sowjets zusammenschließen. Sie unterstrich auch die sich unter den neuen Bedingungen ergebenden Schwierigkeiten in der Arbeit der Sowjets und die Mängel ihrer Anleitung durch die Partei. In Anbetracht dessen sind die Neuwahlen der Sowjets im Jahre 1926 von gewaltiger Bedeutung, weil sie ein Prüfstein waren für die Belebung der Sowjets, die Durchführung der revolutionären Gesetzmäßigkeit usw. Die Ergebnisse dieser allgemeinen Wahlkampagne, der ersten nach der Belebung der Sowjets, müssen vor allem vom Standpunkt der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats auf der

Proletariats tatsächlich gewährleistet ist. Deshalb setzt die Politik der Belebung der Sowjets als wahrhaft proletarische Klassenpolitik die allseitige weitere Entwicklung der Aktivität, Selbständigkeit und Organisiertheit des Proletariats voraus. Besonders aktiv muß seine Beteiligung an den Wahlen der Sowjets und an deren gesamter Arbeit sein. Die positive politische Bedeutung der Wahlkampagne darf man deshalb nicht nur nach der absoluten Zahl der abgegebenen Stimmen beurteilen, sondern auch danach, inwieweit sich die Teilnahme und der Einfluß der proletarischen Wähler (in Stadt und Land) an der Arbeit der Sowjets festigt und wächst und inwieweit die quantitative und qualitative Bedeutung der in die Sowjets gewählten fortschrittlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und derer aktiver und tatsächlich führender Einfluß auf die gesamte Arbeit der Sowjets zunimmt.

8. Weiter ist die Politik der Belebung der Sowjets auch darauf gerichtet, die Überreste des politischen Einflusses der bürgerlichen Elemente (der NÖP-Männer, Kulaken, bürgerlichen Intelligenz) auf die werktätigen Massen endgültig zu beseitigen. Nur eine solche Politik der Belebung der Sowjets kann von der Partei als richtig anerkannt werden, die den organisierten Widerstand der Werktätigen selbst gegen alle Versuche dieser oder jener Elemente der Bourgeoisie, politischen Einfluß auf die Massen zu gewinnen, verstärkt und die folglich zur endgültigen politischen Isolierung der bürgerlichen Elemente im Lande führt. Im Zusammenhang mit dem Verlauf der Wahlkampagne, die die wachsende Aktivität der kleinbürgerlichen Schichten sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt widerspiegelt, wird besonders die Notwendigkeit betont, den Massen jedes sowohl offene als auch maskierte (was jetzt bedeutend häufiger vorkommt) politische Auftreten der bürgerlichen Elemente zu erklären und vor ihnen zu entlarven und gegen jegliche Versuche dieser Elemente, ihre ideologischen und politischen Positionen zu verteidigen, einen schonungslosen Kampf zu führen (z.B. gegen die Versuche, die Propaganda ihrer reaktionären Ideologie durch die Herausgabe der sogenannten "Smenowechowskaja" - Literatur in der Art der geschlossenen Zeitschrift "Neues Rußland" zu legalisieren; sowie gegen ihre Politik, wirtschaftliche, kulturelle

und religiöse Organisationen, insbesondere in den nationalen Republiken, in denen die Schicht des Proletariats besonders gering ist, gegen die Interessen der proletarischen Diktatur auszunutzen usw.).

9. Unter den Bedingungen der NÖP ist es bei teilweiser Wiederherstellung der kapitalistischen Beziehungen und der noch andauernden Entwicklung der Masse von Handwerksbetrieben und Bauernwirtschaften auf kleinbürgerlicher Grundlage unvermeidlich, daß die Überreste der kleinbürgerlichen politischen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) erneut versuchen, ihre Organisationen und ihren Einfluß wiederherzustellen. Es ist wahrscheinlich, daß sie jetzt die Belebung der Sowjets sowie der Genossenschaft usw. in dieser oder jener maskierten Form für solche Versuche ausnützen werden, das Recht auf ihre Existenz zu vertreten. Zu solchen Versuchen muß man z.B. die konterrevolutionäre Agitation für die Notwendigkeit besonderer bäuerlicher, aber in Wirklichkeit kulakischer Parteien und Verbände rechnen, die dem Proletariat und der Kommunistischen Partei unvermeidlich entgegengestellt werden würden. Andererseits werden sie möglicherweise versuchen, unter dem Deckmantel einer angeblich "wahrhaft proletarischen" Aufmachung, einer angeblich "wahrhaft proletarischen" Politik und mit heuchlerischen "linken" Losungen, die der Linie der KPdSU(B) entgegengestellt werden (z.B. mit dem Neomenschewismus), mit ihrer kleinbürgerlichen Politik auf Dummenfang auszugehen. Weiterhin sind auch Versuche zur Wiederherstellung der kleinbürgerlichen nationalistischen Parteien (Petljura-Anhänger, Dshadiden, Alosch-Ordynyer usw.) unvermeidlich. In diesem Zusammenhang muß die Partei nach wie vor neben der tatsächlichen Befriedigung der brennendsten Bedürfnisse der Arbeitermassen auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hauptmasse der Bauernschaft in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stellen (und dadurch die ökonomischen Wurzeln der politischen Schwankungen der Masse der Kleinbesitzer ausrotten), wobei sie diese wirtschaftlichen Maßnahmen verbinden muß mit dem unversöhnlichen und systematischen Kampf gegen alle kleinbürgerlichen politischen Schwankungen, von welcher Seite und in welcher äußeren Form sie auch

- 121 -

auftreten mögen. Die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht müssen nach wie vor entschlossen und unerbittlich jegliche Anschläge der kleinbürgerlichen politischen Gruppierungen vereiteln, deren Politik die Rückkehr zum Kapitalismus zum Ziel hatte und hat und die bestrebt sind, das Land rückwärts - zur bürgerlichen Macht - zu lenken, wodurch sie tatsächlich zu direkten Handlangern und zum unmittelbaren Werkzeug des internationalen Kapitals werden.

10. Angesichts der dargelegten Gefahr neuer Versuche, die bürgerliche Politik zu beleben, muß folgende Frage mit aller prinzipieller Klarheit gestellt werden: das Bestehen zweier oder mehrerer politischer Parteien ist unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats (insbesondere bei dem Kurs auf die Entwicklung des Sowjetdemokratismus) unzulässig. Das Bestehen mehrerer politischer Parteien - und damit ihr Kampf untereinander um die Macht - könnte nichts anderes sein als die direkte Sprengung des für einen so hohen Preis eroberten und jetzt gefestigten Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft. Das würde die völlige Zersetzung und direkte Untergrabung der ureigensten Grundlagen der proletarischen Diktatur darstellen. Das Vorhandensein eines Kampfes politischer Parteien (sowie von entstandenen Fraktionen einer einheitlichen Partei) ist mit der siegreichen Diktatur des Proletariats unvereinbar und wäre in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiedergeburt der bürgerlichen Demokratie in dieser oder jener Form. Darum "erkennen wir" unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur "den eigentlichen Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, 'das übliche bürgerliche Parteiwesen' nicht an". (Lenin)¹⁾ Die Erfahrungen der proletarischen Revolution in unserem Lande haben dieses Prinzip der Entwicklung der proletarischen Diktatur voll und ganz bestätigt.

11. Die Tatsache, daß die KPdSU im Verlauf der proletarischen Revolution zur unbestreitbaren und einzigen Führerin der proletarischen Diktatur geworden ist, ist eine gewaltige historische Errungenschaft des Proletariates und gleichzeitig eine der wichtigsten und grundlegendsten Voraussetzungen für die wirklich

siegreiche Entwicklung der proletarischen Revolution. Diese Tatsache weist auch darauf hin, wie die Kommunistische Partei, die Partei des Sieges des Sozialismus, in ihren grundsätzlichen Zügen beschaffen sein muß: - sie muß fähig sein, eine richtige revolutionär-proletarische Politik durchzuführen, sie muß vor allem unter den Arbeitern und überhaupt in den breiten Massen der Werktätigen tief und fest verwurzelt sein, und sie muß es endlich verstehen, eine eiserne Disziplin mit einer wahrhaften innerparteilichen Demokratie zu vereinen. Die Entwicklung der Sowjetdemokratie setzt voraus, daß die organisierte Avantgarde und der Führer der proletarischen Diktatur, die Partei des Proletariats, vor allem selbst die innerparteiliche Demokratie wirklich entwickelt, dabei aber ihre eiserne Disziplin, ihre unbedingte Einheit und wirklich proletarische Geschlossenheit wahrt und festigt. Nur als einheitliche Partei und nur als einziger Führer der proletarischen Diktatur kann die Kommunistische Partei den Sieg der proletarischen Revolution sichern.

12. Die einzige Partei im Lande der Diktatur des Proletariats, die Partei der Kommunisten, muß jedoch die Arbeit bei der Heranziehung der parteilosen Arbeiter- und Bauernmassen am gesamten sowjetischen Aufbau immer mehr verstärken. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß der Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat, der Kampf gegen die zahlreichen Überreste bürgerlichen Beamtenwesens und gegen ihren Einfluß in allen seinen Zweigen, der Kampf für die tatsächliche Verbesserung und Umgestaltung des Staatsapparates eine der zentralen Aufgaben unserer Partei sein. Das erfordert, daß die Kommunistische Partei die parteilosen Arbeiter und werktätigen Bauern zum Sowjet-Aufbau heranzieht und diejenigen von ihnen, die der Sache am ergebensten und am aktivsten sind, auf leitende Posten im Staatsapparat aufrücken läßt. Auf diese Weise soll das gegenseitige Vertrauen und die gegenseitige Kontrolle der Parteimitglieder durch die Parteilosen und der Parteilosen durch die Parteimitglieder in der Praxis verwirklicht werden. Nur wenn die Partei gegenüber den Bedürfnissen der Massen die größte Feinfühligkeit an den Tag legt, bei der praktischen Teilnahme der Massen am sozialistischen Aufbau immer engere Verbindung mit ihnen

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausg., Bd.32, S.304 (russ.) d.Red.

bekommt, in der Arbeit der Sowjets die besten Organisationsformen herausarbeitet und entsprechend anwendet, nur wenn sie die Arbeit anderer Massenorganisationen (in erster Linie der Gewerkschaften, der Produktionsberatungen, der Genossenschaften usw.) mit der Arbeit der Sowjets verbindet, kann sie (bei allseitiger Verstärkung der Arbeit zur Hebung des kulturellen Niveaus) ihre Arbeit beim Aufbau des Sozialismus immer mehr verstärken.

III. Die Ergebnisse der Neuwahlen

13. Das grundsätzliche Ergebnis der Wahlkampagne besteht darin, daß sie die Richtigkeit des von der Partei auf der XIV. Parteikonferenz eingeschlagenen politischen Kurses voll auf bestätigt hat. Das fand seinen Ausdruck darin, daß die Autorität und der Einfluß der Partei unter den Arbeiter- und Bauernmassen zweifellos gewachsen sind. Bei dem von der Partei eingeschlagenen festen Kurs auf die stärkere Einbeziehung parteiloser Arbeiter und Bauern in die Sowjets war eine gewisse Senkung des Prozentsatzes an Kommunisten unvermeidlich, und zwar besonders in solchen Sowjets, in denen dieser Prozentsatz früher den höchsten Stand erreichte (z.B. in den Stadtsowjets). Die führende Rolle der Partei wurde jedoch durch die letzten Neuwahlen nicht nur nicht geschwächt, sondern im Gegenteil zweifellos gefestigt. Das wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß die Wahlkampagne anschaulich gezeigt hat, daß die kleinbürgerlichen Parteien (Menschewiki, Sozialrevolutionäre und dergl.) keinerlei irgendwie fühlbaren Einfluß haben, ja, daß sie sogar vollkommen bankrott sind.

14. Die verstärkte Aktivität der Massen bei den Neuwahlen spiegelte sich in der Einbeziehung bedeutender neuer Schichten von Werktätigen, neuer Schichten von Arbeitern und besonders neuer Schichten der Bauernschaft, des Handwerks, der Angestellten, der dörflichen Intelligenz (Lehrerschaft usw.) in den Sowjet-Aufbau wider. Die Gesamtzahl der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen ist bedeutend gestiegen, und zwar nach vorläufigen Berechnungen allein in der RSFSR von 17 Millionen auf 19,5 Millionen. Die erste breite und offene Wahlkampagne zu den Sowjets hat zweifellos gezeigt, daß entgegen dem Geschrei der

kleinbürgerlichen Reaktion über "das Absterben der Sowjets" (das sich angeblich aus ihrer klassenmäßigen Gleichartigkeit ergibt) die tatsächlich beginnende Belebung der Sowjets eine unbestreitbare Tatsache ist.

15. Die Wahlkampagne hat gezeigt, daß die Aufgabe, sie richtig durchzuführen und politisch zu leiten, wesentlich komplizierter geworden ist. Indessen muß zugegeben werden, daß trotz der seit Beendigung der Wahlkampagne verstrichenen beträchtlichen Zeitspanne die Auswertung ihrer Ergebnisse sowohl in den Parteiorganisationen im allgemeinen als auch in der Tagespresse im besonderen ungenügend und in den meisten Fällen direkt schwach war. Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß die politische Auswertung und Beleuchtung der Wahlergebnisse schwach waren und daß häufig jegliche überprüfte statistische Angaben fehlten, die ein genaues Bild vom Klassenkampf und den in der Wahlkampagne widergespiegelten sozialpolitischen Tendenzen geben.

16. Auf dem Land bahnen sich auf der Grundlage der zunehmenden Aktivität der Hauptmasse der Bauernschaft, besonders der Mittelbauern, und der Festigung des Vertrauens zur Partei günstigere Bedingungen für die Schaffung des Blocks der Klein- und Mittelbauern gegen das Kulakentum an. In diesem Zusammenhang sind bei der Schaffung des parteilosen bäuerlichen Aktivs um die Partei und die Sowjets Erfolge zu verzeichnen. Indessen ergeben sich hier für unsere Partei bei der Entfaltung der entsprechenden Arbeit für die gegenwärtige Periode besonders wichtige Aufgaben und Schwierigkeiten; denn:

a) die Parteiorganisationen auf dem Lande verstehen es bis jetzt noch nicht genügend, parteilose Bauernaktivi zu schaffen, und deshalb wird die zunehmende Aktivität der Hauptmassen der Bauern von unserer Partei noch längst nicht in genügendem Maße organisatorisch erfaßt;

b) in Anbetracht dessen, daß die Aktivität unter den Landarbeitern und Kleinbauern nur langsam wächst und hinter der zunehmenden Aktivität der anderen Schichten des Dorfes zurückbleibt, sind die Rolle und der Anteil der Landarbeiter und Kleinbauern im

parteilosen bäuerlichen Aktiv häufig noch immer unbedeutend. In diesem Zusammenhang entwickelt sich die Heranziehung der Landarbeiter und Kleinbauern zu verantwortlichen Arbeiten in den Sowjets (sowie in den Genossenschaften, den Bauernhilfen und anderen Organisationen) langsamer als die der Mittelbauern.

17. In der Stadt hat sich im Zusammenhang mit der im Verhältnis zu den vorigen Wahlen bedeutend größeren Beteiligung der gewerkschaftlich nichtorganisierten proletarischen Schichten und der werktätigen Schichten des Kleinbürgertums einerseits und andererseits im Zusammenhang mit der ungenügenden Aufmerksamkeit, die die Partei- und anderen proletarischen Organisationen den Neuwahlen in den Arbeitervierteln gewidmet haben, - der Anteil von Vertretern der ersten Gruppe in den Stadtsowjets merklich erhöht. Diese Tatsache verdient besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Stadtsowjets mit einer unbedeutenden proletarischen Bevölkerung.

18. Was die Leitung durch die Partei betrifft, so verdient die Tatsache besondere Aufmerksamkeit, daß die Parteiorganisationen auf dem Lande die jetzige Wahlkampagne organisierter, ohne jene Kopflösigkeit aufnahmen, die bei den Teil-Neuwahlen im vergangenen Jahr festzustellen war. Unbestreitbar sind auch die Erfolge auf dem Gebiet der vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen und der Verbesserung der Wahltechnik (größere Zahl von Wahlversammlungen, vorherige Aufstellung von Kandidaten, Wahlordnungen usw.).

Gleichzeitig müssen große Mängel auf diesem Gebiet festgestellt werden. Bei einer bedeutenden Verbesserung der Methoden der Anleitung (Abkehr von den Methoden des Kommandierens und Ernennens hinsichtlich der Sowjets) in der Arbeit der Ortsorganisationen, insbesondere auf dem Lande, zeigt sich häufig eine Überspitzung ins Gegenteil, und zwar im Sinne eines direkten Verzichts auf die Führung durch die Partei und einer Nachtrabpolitik in der Wahlkampagne. Die Versuche, das "Gesicht" der Parteiorganisation "zu verstecken", die Politik der Partei nicht im eigenen Namen zu vertreten, der Verzicht darauf, offen eigene Kandidaten vorzuschlagen und zu verteidigen, dies alles erfuhr in einer Reihe von Organisationen eine vollkommen ungenügende Abfuhr. Außerdem müssen

folgende Mängel hervorgehoben werden: ungenügende Beachtung der Neuwahlen der Sowjets in Arbeitervierteln durch die Parteiorganisationen, schwache politische Instruktion der Ortsorganisationen, ungenügende Beleuchtung der Neuwahlen der Sowjets in der Presse usw.

19. Besonders müssen Fälle von Entstellungen der politischen Linie der Partei festgestellt werden. Zu diesen Fällen muß man das der Parteilinie widersprechende Zurückweichen rechnen, das bei der Ausarbeitung der Wahlinstruktionen und -erläuterungen (sowohl in den zentralen als auch in örtlichen Sowjetorganen) sowie bei der fälschlich erweiterten Anwendung dieser Instruktionen und Erläuterungen in der praktischen Durchführung der Wahlen an Ort und Stelle auftrat. In diesem Zusammenhang muß energisch betont werden, daß es zu einer Zeit, da sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt ein gewisses Anwachsen der bürgerlichen Elemente zu verzeichnen ist, falsch war, die Zahl der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, zu verringern.

20. Völlig ungenügend war die Beteiligung an der Wahlkampagne von Seiten der Gewerkschaften (insbesondere der Industriegewerkschaften), der Genossenschaften, der Bauernhilfen, Komitees der wirtschaftlich schwachen Bauern und anderer Organisationen. Die schlecht organisierte Teilnahme des Komsomol und der Frauen-Delegierten-Versammlungen, insbesondere der Delegierten-Versammlungen der Arbeiterinnen an den Neuwahlen muß besonders hervorgehoben werden.

21. Die zunehmende Aktivität der Massen fand in einer etwas aktiveren Beteiligung der Roten Armee und Flotte an den Wahlen (die in dieser Wahlkampagne durchschnittlich 70 Prozent der Gesamtstärke der Roten Armee erreichte) ihren Ausdruck.

Die Rote Armee ist bereits zur wichtigsten Schule bei der Ausbildung von Sowjetfunktionären, insbesondere für das Dorf geworden. Die Rolle der demobilisierten Rotarmisten in der Arbeit der Sowjets auf dem Lande nimmt weiterhin zu, was eine verstärkte Aufmerksamkeit der Partei in dieser Richtung erfordert.

22. Über die Arbeit der neugewählten Sowjets gibt es gegenwärtig noch nicht genügend Angaben. Die Arbeit der neuen Sowjets spiegelt jedoch im allgemeinen ein weiteres Anwachsen ihrer Aktivität insbesondere auf dem Lande wider. Auf der Basis der sich festigenden Haushaltspläne in den Volost (Rayon) und auf der Grundlage der sich entwickelnden Selbständigkeit der klein- und mittelbäuerlichen Massen in ihnen festigen sich die Sowjets auf dem Lande und heben systematisch ihre Autorität unter den breiten Massen der Werktätigen des Dorfes. Die Dorfsowjets spielen in der gegenwärtigen Periode im Vergleich zu den früheren Jahren eine bedeutend größere Rolle. Daneben haben die Sowjets in den Städten, die bis zu der kürzlichen Annahme der neuen "Bestimmungen über die Arbeit der Stadtsowjets" keine genügende materielle (Haushaltsplan) und organisatorisch-rechtliche Grundlage hatten, ihre Arbeit, mit einigen Ausnahmen, nur langsam und ungenügend entwickelt. Erst jetzt haben die Stadtsowjets auf der Grundlage der neuen "Bestimmungen" die Möglichkeit, gestützt auf die zunehmende Aktivität der Massen, die werktätigen Schichten der Stadt, selbstverständlich vor allem die Industriearbeiter, tatsächlich verstärkt in ihre gesamte Arbeit einzubeziehen.

IV. Schlußfolgerungen und praktische Aufgaben

Die Partei, die die Politik der Belebung der Sowjets (der Gewerkschaften, Genossenschaften usw.) fortsetzt, muß sich folgende Aufgaben stellen:

1. Zur Verstärkung des Kampfes für die Verbesserung des gesamten Sowjetapparates, für die Überwindung seines Bürokratismus und seiner Losgelöstheit von den Massen sind die Arbeiter, Bauern und anderen Schichten der Werktätigen in größerem Umfang und kühner zu der gesamten Arbeit der Sowjets (Sektionen, Konferenzen, Kommissionen) heranzuziehen.

2. Zu demselben Zwecke muß man stärker und entschlossener parteilose Arbeiter und Bauern zu verantwortungsvollerer Arbeit in den Sowjets (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.) aufsteigen lassen und ihnen dabei in jeder Weise helfen, ihre politische,

allgemein kulturelle und speziell fachliche Qualifikation zu heben.

3. Die Rechenschaftslegung und Verantwortlichkeit der in die Sowjets Gewählten vor ihren Wählern ist zu verstärken, wozu es unter anderem notwendig ist, den Wählern ihr Recht auf die Abberufung derjenigen Vertreter aus den Sowjets, die sie nicht zufriedenstellen, zu erläutern.

4. Die Wahlinstruktionen der zentralen und örtlichen Organe sind zu korrigieren, um sie in genaue Übereinstimmung mit der Sowjetverfassung und der Generallinie der Partei zu bringen. Die Ausarbeitung zusätzlicher Anweisungen über die Anwendung der Wahlinstruktionen in Kreisen mit nomadisierender und halbnomadisierender Bevölkerung wird als notwendig betrachtet.

5. Die richtige Durchführung der durch die Sowjetverfassung und die entsprechenden Instruktionen aufgestellten Wahlnormen ist durchzusetzen, wobei besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten ist, daß die nach der Sowjetverfassung nicht wahlberechtigten Bürger nicht an den Wahlen zu den Sowjets teilnehmen können. Deshalb ist es notwendig, in stärkerem Maße Betriebsarbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sowie Mittelbauern in die Wahlkommissionen hereinzunehmen, um die Aufstellung der Wählerlisten zu überprüfen und die richtige Anwendung der sowjetischen Gesetzgebung überhaupt zu kontrollieren.

6. Um die Anleitung der Arbeit der Sowjets durch die Partei zu verbessern, ist es notwendig:

a) den systematischen und unermüdbaren Kampf sowohl gegen die Überreste der Methoden des "Kommandierens" und "Ernennens" hinsichtlich der Sowjets als auch gegen Erscheinungen von Nachtrabpolitik bei der Leitung der Neuwahlen und der Arbeit der Sowjets fortzusetzen;

b) die Aufmerksamkeit auf die Wahlen und auf die eigentliche Arbeit der Sowjets in den Arbeitervierteln zu verstärken, um zu erreichen, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, möglichst aktiv an den

Wahlen und der Sowjetarbeit beteiligen; im Zusammenhang mit der wachsenden Beteiligung anderer Schichten von Werktätigen, Angestellten, Handwerkern, Hausfrauen usw. an den Neuwahlen und der Arbeit der Sowjets ist dies insbesondere in Gegenden mit unbedeutender proletarischer Bevölkerung notwendig;

c) eine lebendigere, unmittelbarere und systematischere Anleitung der unteren Parteiorganisationen während der Neuwahlen und bei der Herstellung einer engeren Verbindung der Sowjets mit den Arbeitern und Bauern durch die in die Sowjets gewählten Vertreter zu gewährleisten;

d) der Beleuchtung der Wahlergebnisse und der Arbeit der Sowjets in der Presse mehr Aufmerksamkeit zu schenken;

e) stärker darauf zu achten, daß die Sowjetverfassung und die entsprechende Wahlinstruktion in der Praxis richtig angewandt werden.

7. Im Hinblick auf das parteilose bäuerliche Aktiv auf dem Lande ist es notwendig:

a) an der Schaffung und Anleitung des parteilosen Aktivs auf dem Lande systematisch zu arbeiten und dabei auf keinen Fall eine Verschmelzung der Parteiorganisation mit diesem Aktiv oder andererseits die Verwandlung dieses Aktivs in eine gesonderte feste Organisation zuzulassen;

b) besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, Landarbeiter und Kleinbauern zu den bäuerlichen Aktivs heranzuziehen, die Rolle und den Einfluß dieses Teils im Aktiv zu verstärken und kühner als bisher Landarbeiter und Kleinbauern in alle Organe der Sowjets, Genossenschaften usw. zu bringen.

8. Die praktische Durchführung der neuen "Richtlinie über die Stadtsowjets" ist zu beschleunigen und neue Aufgaben für die Arbeit der Stadtsowjets im allgemeinen und im besonderen für Städte mit unbedeutender proletarischer Bevölkerung sind auszuarbeiten.

9. Ebenso ist es notwendig; die Arbeit der Gewerkschaften,

Genossenschaften usw. der Arbeit der Sowjets zu nähern und eng mit ihr zu verbinden; die Teilnahme dieser Organisationen an den Wahlkampagnen muß bedeutend verstärkt werden.

10. Dasselbe ist über die Arbeit des Komsomol, der Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen sowie über die Einbeziehung der nichtorganisierten Frauen zu sagen.

11. Es ist notwendig hervorzuheben, daß die Werktätigen in den rückständigeren nationalen Republiken und Gebieten zu den Neuwahlen - und zur gesamten Arbeit der Sowjets - heranzuziehen sind. In vielen Fällen steht hier vor uns noch die unmittelbare Aufgabe, die Sowjets als die tatsächlichen Organe der Sowjetmacht zu schaffen und zu festigen.

12. Außerdem muß unter den einzelnen Schichten der Wähler auf die Beteiligung der Roten Armee und Flotte an den Neuwahlen und der Arbeit der Sowjets mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden.

13. Zur breiteren Heranziehung der Werktätigen zu den Wahlen in die Sowjets sind weitere Schritte zur Verbesserung der vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen und der Wahltechnik notwendig.

14. Die Berichterstattung und insbesondere die Statistik über die Ergebnisse der Wahlkampagnen müssen verbessert werden, um eine richtigere Einschätzung der Klassenelemente und Klassentendenzen, die im Verlaufe und in den Ergebnissen der Neuwahlen zutage treten, geben zu können.

Die XIV. Parteikonferenz und danach der XIV. Parteitag haben die Politik der Belebung der Sowjets gebilligt. Die Hauptaufgaben dieser Politik waren: die Lostrennung des Mittelbauern vom Kulakentum, die politische Isolierung des Kulakentums, die Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Kleinbauern mit den Mittelbauern, die Heranziehung der Hauptmasse der Bauern zum sozialistischen Aufbau, die Stärkung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei unter den breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land. Die erste breite und offene Wahlkampagne, der die Durchführung dieser Politik zugrunde lag, mußte unvermeidlich einige Züge

dazu geführt, den Einfluß der Partei auf dem Lande zu schwächen, die politische Rolle des Kulakentums zu stärken und dadurch die Diktatur des Proletariats im Lande zu schwächen.

Daneben sind die durch die Politik der Belebung der Sowjets erzielten Erfolge von großer Bedeutung für die Entwicklung der sowjetischen (proletarischen) Demokratie im allgemeinen und vor allem für den Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat. Diese ersten Erfolge bestätigen, daß die Ablehnung der auf die Belebung der Sowjets gerichteten Politik und damit auf die Politik der Entwicklung der sowjetischen (proletarischen) Demokratie unter den heutigen Verhältnissen, die faktische Unterordnung der Partei unter den Druck unseres immer noch mit bürgerlich-beamtenhaften Einflüssen durchsetzten und im bedeutenden Maße bürokratischen Staatsapparates bedeutet hätte, wozu sich die "neue Opposition" tatsächlich verirrt hat. Die Partei hat festen Kurs auf die verstärkte Arbeit zur Festigung der Sowjets und der Umwandlung des Staatsapparates im ganzen genommen, zieht hierzu immer stärker die Arbeiter- und Bauernmassen heran und schafft damit günstige Bedingungen für den tatsächlichen Kampf gegen den Bürokratismus.

Die Partei zieht aus den Neuwahlen der Sowjets die Schlußfolgerungen, wird die aufgetretenen Schwierigkeiten und Mängel berücksichtigen und mit noch stärkerer Überzeugung die festgelegte wahrhaft Leninsche Politik der Belebung der Sowjets durchführen.

Zum Fall Laschewitsch u.a. und über die Einheit der Partei
(Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK
der KPdSU(B), angenommen am 23. Juli 1926)

1. Der Wahrung der Einheit unserer Partei galt schon immer die Sorge der ganzen Partei und ihrer zentralen Organe - des ZK und der ZKK. Die Partei hat unter Führung des Genossen Lenin jede Erscheinung von Fraktionsbildung, jegliche Versuche des Kampfes gegen die Partei erfolgreich abgeschlagen, die unternommen wurden von Fraktionen und Gruppierungen "mit besonderen Plattformen und

einer Übergangsperiode tragen, der Periode des Übergangs von alten Methoden der Anleitung der Sowjets durch die Partei zu neuen. Im Zusammenhang mit diesem Umstand hat die Wahlkampagne die Schwierigkeiten bei der richtigen Durchführung der von der Partei angenommenen Politik schärfer und augenscheinlicher hervorgehoben und einige Mängel in der Anleitung durch die Partei aufgedeckt. Trotz der Schwierigkeiten, die im Verlaufe der Wahlen aufgetreten sind, hat jedoch diese Wahlkampagne im ganzen die Richtigkeit der von der Partei durchgeführten Politik bestätigt. In diesem Sinne ist schon der einfache Vergleich der jetzigen Wahlkampagne mit den Nachwahlen des vergangenen Jahres aufschlußreich. Die Wahlen der Sowjets auf dem Lande haben gezeigt, wie sehr sich die allgemeine politische Lage auf dem Lande während des neuen Kurses der Politik unserer Partei wirklich gebessert hat. Dabei wurde die wachsende Aktivität der Hauptmasse der Bauernschaft (Klein- und Mittelbauern) in Richtung auf die Linie der Sowjets gelenkt und entwickelt. Die Neuwahlen, denen die Belebung der Sowjets zugrunde lag, haben die beginnende Loslösung des Mittelbauern vom Kulakentum, die Annäherung des Mittelbauern an die Kleinbauern, die wachsende politische Aktivität der Kleinbauern und die Schwächung des politischen Einflusses, den das Kulakentum auf die Bauernmassen hat, aufgedeckt. Die Neuwahlen zeigten, daß die Partei begonnen hat, die Kleinbauern unter den neuen Bedingungen auf dem Lande als selbständige politische Kraft gegen das Kulakentum zu organisieren. Das allgemeine Ergebnis der Neuwahlen der Sowjets auf dem Lande besteht darin, daß die wachsende Autorität der Partei und das Vertrauen der breiten Masse der Klein- und Mittelbauern des Dorfes zu ihr und die Festigung der proletarischen Diktatur zum Ausdruck kam. Damit haben sich die von der "neuen Opposition" auf dem XIV. Parteitag gemachten Versuche, das Vertrauen zu der von der Partei durchgeführten Politik zu untergraben, als völlig haltlos erwiesen. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß die Opposition, die auf dem XIV. Parteitag gegen den neuen Kurs der Parteipolitik auftrat, die Partei zu alten und überlebten Methoden der Leitung zurückzuzerren suchte. Diese Politik der "neuen Opposition" hätte, wenn sie von der Partei angenommen worden wäre, unvermeidlich

dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzusondern und sich ihre eigene Gruppendisziplin zu schaffen" (aus der Resolution des X. Parteitag). Der X. Parteitag, der gerade in der Periode des Umschwungs im Leben unseres Landes und der Partei stattfand, in der Periode des Übergangs zur NÖP, nahm eine von Lenin ausgearbeitete und vorgeschlagene Resolution über die Einheit der Partei an. In dieser Resolution "lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder darauf, daß die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen und die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert, im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt, besonders notwendig ist". Weiterhin weist der Parteitag auf die Notwendigkeit hin, "daß alle klassenbewußten Arbeiter sich des Schadens und der Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsmacherei klar bewußt werden, die unvermeidlich dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranzumachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Kluft zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen."¹⁾

Die von Lenin vorgeschlagene und vom X. Parteitag angenommene Resolution über die Einheit war die leitende Direktive für die Partei und alle ihre Organe bei der Wahrung der Geschlossenheit ihrer Reihen. Gestützt auf diesen Willen des X. Parteitags, wurde die Partei mit allen Erscheinungen von Fraktionsbildung fertig, die vor dem XIV. Parteitag auftraten. Zum XIV. Parteitag stand die Partei erneut vor der Tatsache einer Fraktionsbildung, und zwar durch die sogenannte "Neue Opposition".

Der XIV. Parteitag hat den politischen und organisatorischen, die Linie des Leninismus entstellenden Ansichten der Opposition eine entscheidende Abfuhr erteilt, aber trotzdem hat der Parteitag und das ZK der KPdSU(B) in seiner neuen Zusammensetzung es als möglich und notwendig erachtet, die Anhänger der

Opposition in alle führenden Institutionen der Partei, darunter auch in das ZK und sein Politbüro, aufzunehmen. Die Partei hoffte, daß die Opposition im Frozeß der sachlichen Arbeit ihre Fehler einsehen und korrigieren würde. Somit war der Opposition vollkommen die Möglichkeit gegeben worden, ihre Ansichten in den Fällen, in denen Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Frage entstanden, auf dem normalen Parteieweg zu vertreten. Obwohl die Opposition auch weiterhin auf ihren vom XIV. Parteitag festgestellten Fehlern beharrte und in die Arbeit des Politbüros und des ZK Elemente einer offensichtlichen fraktionsmäßigen Unversöhnlichkeit hineinbrachte, hat diese von der Opposition auf dem Parteieweg durchgeführte Verteidigung ihrer Ansichten innerhalb des ZK weder von seiten des ZK noch der ZKK ernsthafte Befürchtungen für die Wahrung der Einheit wachgerufen.

2. Bedauerlicherweise hat sich aber die Opposition in ihrem Kampf nicht auf die im Rahmen des Parteistatuts zulässige Verteidigung ihrer Ansichten beschränkt, sondern ist in letzter Zeit dazu übergegangen, die Beschlüsse des X. und XIV. Parteitags über die Wahrung der Einheit der Reihen der KPdSU(B) direkt zu verletzen, indem sie in ihrem Kampf gegen die Partei versuchte, eine illegale fraktionelle Organisation zu schaffen, die der Partei entgegengestellt und gegen ihre Einheit gerichtet war.

In der letzten Zeit sah sich die Partei vor eine ganze Reihe solcher fraktioneller Schritte seitens der "neuen Opposition" gestellt, die in folgenden Tatsachen zum Ausdruck kamen: Abhaltung illegaler konspirativer Versammlungen; vorsätzliche Sammlung geheimer Parteidokumente, deren Vervielfältigung und Verbreitung sowohl in Moskau als auch in anderen Städten, um so die Linie der Partei zu diskriminieren (gleichartige Geheimdokumente des Politbüros wurden in folgenden Orten unter den Mitgliedern der Partei verteilt und den Organisationen zugestellt: in Briansk, Saratow, Wladiwostok, Pjatigorsk, Omsk, Gomel, Odessa usw.), Entsendung ihrer Agenten in andere Parteiorganisationen, um dort fraktionelle illegale Gruppen zu bilden (die Reise Gr. Belenkis nach Odessa zur Organisierung einer illegalen Fraktion mit Einführung

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 182/183, - D.Red.

einer besonderen Chiffre, Treffs usw.).

Es ist notwendig festzustellen, daß alle Fäden dieser fraktionellen Tätigkeit der Opposition zum Apparat des EKKI führen, an dessen Spitze das Mitglied des Politbüros Sinowjew steht.

Besonders hervorgehoben werden muß die von dem Mitarbeiter des EKKI, Gr. Belenki, in der Nähe von Moskau in einem Walde veranstaltete illegale Fraktionsversammlung, die ein im Leben unserer Partei noch nie dagewesener Schritt zur Spaltung war. Diese Versammlung, die nach allen Regeln der Konspiration durchgeführt wurde (Patrouillen, strenge fraktionsmäßige Auswahl der Eingeladenen usw.), wurde nicht nur von einem Mitarbeiter des EKKI, der auf ihr den Vorsitz hatte, geleitet, sondern, was ebenfalls in unserer Partei noch nie dagewesen war, auf dieser von der Partei geheim gehaltenen Versammlung hielt der Kandidat des ZK der KPdSU(B), Laschewitsch, ein Referat, in dem er die Versammelten aufrief, sich zum Kampf gegen die Partei und gegen das von ihr gewählte ZK zu organisieren.

Alle diese desorganisierenden Schritte der Opposition zeugen bereits davon, daß die Opposition beschlossen hat, von der legalen Vertretung ihrer Ansichten zur Bildung einer illegalen Organisation im Unionsmaßstab überzugehen, die sich gegen die Partei stellt und somit die Spaltung ihrer Reihen vorbereitet.

3. Diese Tätigkeit der "neuen Opposition" rief eine Belebung innerhalb der durch die Partei verurteilten Gruppierungen hervor und stachelte diese jämmerlichen Reste parteifeindlicher und offenkundig spalterischer Gruppen dazu an, im Vertrauen auf die Unterstützung durch die "neue Opposition" erneut gegen die Partei und ihre Einheit zu arbeiten. Es ist z.B. festgestellt worden, daß Michailow, der Direktor eines Moskauer Werkes, der früher zur sogenannten "Arbeitsgruppe" Mjasnikows gehörte (die Partei hatte sie schon vor drei Jahren als konterrevolutionäre Gruppe verurteilt), mit Hilfe von parteilosen Stenotypistinnen geheime Parteidokumente zwecks weiterer Verbreitung vervielfältigte und ebenfalls illegale Versammlungen abhielt.

Es wurde festgestellt, daß Schugajew, der früher einmal zur sogenannten "Arbeiteropposition" gehörte, die auf dem X. Parteitag auf Vorschlag des Genossen Lenin verurteilt wurde, so tief sank, daß er antisowjetische Agitation unter Spezialisten trieb, indem er sich in Gesprächen mit ihnen für den direkten Kampf gegen die Sowjetmacht unter Ausnutzung der von ihm infolge der Tätigkeit der "neuen Opposition" erwarteten Spaltung aussprach. Und endlich beteiligte sich der seinerzeit im Zusammenhang mit der menschewistischen Organisation, die sich "Arbeiterwahrheit" nannte, ausgeschlossene Jazek an der Verbreitung von Geheimdokumenten der "neuen Opposition" unter Mitgliedern der Partei.

4. Die zunehmende Fraktionstätigkeit der "neuen Opposition" führte sie dazu, mit der Zwei-Parteien-Idee zu spielen und verschärfte bis aufs äußerste ihre antileninistischen Abweichungen: Unglauben an die Kraft des Proletariats und Pessimismus in den sozialistischen Aufbau im allgemeinen und in den Aufbau der sozialistischen Industrie im besonderen; Tendenz zur Sprengung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft (Mittelbauern) d.h. zur Abkehr von dem Prinzip, das bei uns, nach Lenin, "das höchste Prinzip der proletarischen Diktatur" ist; Tendenz zur Unterstützung und Bemäntelung ultrarechter, offensichtlich zum Menschewismus abgleitender Abweichungen in unserer Partei (z.B.: der Gruppe Sergej Medwedjews, des ehemaligen Leiters der sogenannten "Arbeiteropposition", die sich bis zur Übergabe unserer sozialistischen Industrie an das ausländische Kapital, bis zu Reden über die Liquidierung der Komintern und der Gewerkschaftsinternationale usw., d.h. bis zur Liquidierung aller revolutionären Ziele unserer Partei verstieg); Tendenz zur Blockbildung im internationalen Maßstab sowohl mit den ultralinken vom Typ Kersch als auch mit den ultrarechten vom Typ Suwarin, die, nachdem sie aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen sind, unter dem Vorwand einer angeblich vorhandenen bäuerlich-kulakischen Entartung unserer Partei eine wilde Attacke gegen die Diktatur des Proletariats in der UdSSR reiten. Ohne sachliche Vorschläge einzubringen und zum Schein gestützt auf linke Phrasen, die den rechten opportunistischen Inhalt verdecken,

geht die "neue Opposition" zu immer unzulässigeren, zur Spaltung führenden Kampfmethoden über.

5. Die Fraktionsarbeit der Opposition beschränkt sich nicht auf den Rahmen unserer Partei, es wird auch versucht, den Apparat des EKKI in den Kampf hineinzuziehen und durch ihn die von unserer Partei verurteilten Ansichten der Opposition in anderen Bruderparteien zu verbreiten und dadurch den Boden für eine Auflehnung der ausländischen kommunistischen Partei gegen die KPdSU(B) zu schaffen. Man kann nicht umhin festzustellen, daß der erste Versuch der "neuen Opposition", vom rechtmäßigen Weg der Vertretung ihrer Ansichten auf den Weg des konspirativen fraktionellen Kampfes überzugehen, seinen Ausdruck fand in den Machenschaften von Mitarbeitern des EKKI, die in unmittelbarer Verbindung mit Sinowjew stehen und die versuchten, in den verschiedenen Parteien der Komintern Fraktionsgruppen zu bilden (die Sache Guralski, Wujowitsch). Obgleich dieser Fall von der Delegation der KPdSU(B) im EKKI und vom Politbüro des ZK verurteilt wurde, wird jedoch der Apparat des EKKI weiterhin für die Fraktionsarbeit ausgenutzt (die oben angeführte Reise des Mitarbeiters des EKKI Gr. Belenki nach Odessa zur Organisierung einer Fraktion und die ebenfalls von ihm durchgeführte illegale Fraktionsversammlung im Moskauer Rayon).

6. Die "neue Opposition" wünschte nicht, von dem unbestrittenen Recht jedes Parteimitglieds Gebrauch zu machen, seine Ansichten, selbstverständlich wenn sie nicht gegen die von der Partei angenommenen Beschlüsse gerichtet sind, zu vertreten. Doch anstatt ihre Ansichten innerhalb der Parteiorganisationen auf dem Boden des Parteistatuts offen und ehrlich auszusprechen, zog sie es vor, vor der Partei und ihren Mitgliedern geheimgehaltene Versammlungen zu veranstalten und eine illegale Fraktion zu bilden.

Der XIV. Parteitag, der den Anhängern der Opposition allein durch ihre Wahl in das ZK und in die ZKK die volle Möglichkeit gewährte, ihre Ansichten innerhalb des ZK zu verteidigen, gab gleichzeitig die Richtlinien "gegen jegliche Versuche zur Sprengung der Einheit der Partei, von wo sie auch ausgehen und von

wem sie auch geführt sein mögen, einen entschlossenen Kampf zu führen". Dieser Beschluß ist lediglich eine Bestätigung des Beschlusses vom X. Parteitag, der auf Vorschlag des Genossen Lenin im Augenblick eines besonders zugespitzten Fraktionskampfes angenommen wurde. Der X. Parteitag hat das ZK beauftragt, "jegliche Fraktionsmacherei vollkommen auszumerzen", hat verfügt, "unverzüglich ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, aufzulösen und beauftragt alle Organisationen, strengstens darauf zu achten, daß jedwede fraktionellen Aktionen unzulässig sind. Die Nichterfüllung dieses Parteibeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluß aus der Partei nach sich."¹⁾

7. Die Partei macht für den Fraktionskampf alle an ihm teilnehmenden Parteimitglieder verantwortlich, kann aber nicht umhin, als den politisch Verantwortlichen für diesen spalterischen Kampf den Leiter der Opposition auf dem XIV. Parteitag, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU(B), Sinowjew, zu betrachten, dessen Gesinnungsgenossen sich am aktivsten an der Fraktionsarbeit beteiligen und den Sinowjew unterstehenden Apparat des EKKI dafür ausnutzen, dies umsomehr, als Sinowjew nicht den leisesten Versuch gemacht hat, diese seine Gesinnungsgenossen zu verurteilen und sich von ihnen zu distanzieren.

Unter Berücksichtigung alles Dargelegten beschließt das Plenum des ZK und die ZKK folgendes:

a) Sinowjew aus dem Politbüro des ZK auszuschließen, da es als untragbar anzusehen ist, daß der Fraktionskampf der Opposition faktisch von einem Mitglied des Politbüros des ZK geleitet wird; gleichzeitig ergeht an alle Oppositionellen, unabhängig von ihrer Stellung in der Partei, die Warnung, daß, wenn sie ihre Arbeit zur Bildung einer im Gegensatz zur Partei stehenden Fraktion fortsetzen, das ZK und die ZKK genötigt sein werden, zum Schutze der Einheit der Partei auch ihnen gegenüber entsprechende organisatorische Schlußfolgerungen zu ziehen;

1) Sie vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 184/185, - D.Red.

b) anzuerkennen, daß der Kandidat des ZK Laschewitsch durch seine aktive Teilnahme an der Schaffung einer gegen die Einheit der Partei gerichteten Fraktionsorganisation das Vertrauen der Partei verletzt und getäuscht hat, wofür er den Ausschluß aus den Reihen der KPdSU(B) verdienen würde, jedoch unter Berücksichtigung seiner früheren Parteitätigkeit wird Laschewitsch eine strenge Rüge mit der Verwarnung ausgesprochen, daß er sich durch jeden Versuch, die Fraktionsarbeit fortzusetzen, außerhalb der Reihen der KPdSU(B) stellt. Auf Grund des von W.I.Lenin vorgeschlagenen und vom X. Parteitag der KPdSU(B) angenommenen besonderen Beschlusses wird Laschewitsch aus dem ZK der KPdSU(B) ausgeschlossen und seines Postens als stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates enthoben, wobei ihm für die Dauer von 2 Jahren verboten wird, verantwortliche Parteiarbeit zu leisten;

c) die Verfügung des Präsidiums der ZKK vom 12. Juli 1926 hinsichtlich G.J.Belenki, I.S.Tschernischow, B.G.Schapiro, M.W.Wassiljewa, N.M.Wlassow und K.A.Wolgina zu bestätigen.¹⁾

8. Die gegen die Einheit gerichtete Arbeit der Opposition hat bis jetzt in keiner Organisation unserer Partei irgendwelche Unterstützung gefunden, jedoch würde eine weitere Entwicklung der Fraktionsarbeit die Partei vor die ernste Gefahr der Spaltung stellen. Die Leninsche Partei wird auch weiterhin eine Spaltung ihrer Reihen nicht zulassen und wird jedem Versuch eines fraktionellen Kampfes die entschiedenste Abfuhr erteilen.

Alle Parteiorganisationen dürfen keinen Fraktionskampf zulassen und müssen sich in ihrer praktischen Arbeit an der Festigung der Partei streng von den Weisungen der Resolution des X. Parteitages leiten lassen, die vom Genossen Lenin vorgeschlagen wurde und in der es heißt: "Der Parteitag beauftragt das ZK, jegliche Fraktionsmacherei vollkommen auszumerzen und erklärt gleichzeitig, daß in den Fragen, die die besondere Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf sich gelenkt haben - Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen

1) In der Verfügung des Präsidiums der ZKK wurde die spalterische Fraktionstätigkeit der genannten Personen verurteilt. Den aktiv an der Opposition Beteiligten wurden Parteistrafen auferlegt.
D.Red.

Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung der Demokratie und der Initiative der Arbeiter usw. - alle sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen. Alle Parteimitglieder müssen wissen, daß die Partei in diesen Fragen nicht alle notwendigen Maßnahmen durchführt, da sie auf eine ganze Reihe verschiedenartiger Hindernisse stößt, und daß die Partei bei unterschiedener Zurückweisung unsachlicher und fraktioneller Kritik nach wie vor unermüdlich, unter Erprobung neuer Methoden, mit allen Mitteln gegen den Bürokratismus, für die Erweiterung des Demokratismus und der Initiative, für die Aufdeckung, Entlarvung und Vertreibung der Leute, die sich in die Partei eingeschlichen haben usw., kämpfen wird."¹⁾

Die Partei, vertreten durch das ZK und die ZKK, verlangt von den Parteiorganisationen, daß sie die in ihrer Arbeit vorhandenen Mängel entschlossen beseitigen, um durch eine breite Diskussion über die grundsätzlichen Fragen der Parteiarbeit in allen Organisationen die Aktivität der Parteimitglieder zu heben und sie im Geiste der Leninschen Prinzipien zu erziehen, indem man kleinbürgerliche Stimmungen bekämpft, die manchmal unter dem Deckmantel linker Phrasen in die Partei eindringen.

9. Das Plenum des ZK und der ZKK ruft alle Parteimitglieder zur Einheit, zur Geschlossenheit und zur bolschewistischen Disziplin auf, denn "die grundlegende Voraussetzung für alle Erfolge der bolschewistischen Partei bestand stets in der stählernen Einheit und eisernen Disziplin, in der echten Einheit der Anschauungen auf dem Boden des Leninismus". (Aus der Resolution des Plenums des ZK und der ZKK vom 17. Januar 1925)²⁾

In der jetzigen Periode des praktischen Aufbaus des Sozialismus unter den Bedingungen der NÖP und den aus ihr hervorgehenden Gefahren von seiten der bürgerlichen Elemente innerhalb

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 184/185

2) Siehe vorliegende Ausgabe, Band V, Seite 160 - D.Red.

des Landes und der fortdauernden kapitalistischen Umkreisung von außen ist diese unerschütterliche Einheit der Partei mehr denn je notwendig. Die Partei hat auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus und der Hebung des materiellen Wohlstandes der Arbeiter- und Bauernmassen wesentliche Erfolge erreicht, aber sie stellt nüchtern fest, daß diese Erfolge lediglich die ersten und vielleicht auch die leichtesten Schritte auf dem Wege zum Sozialismus sind. Eine kolossale und die schwerste Arbeit steht noch bevor, um den praktischen Aufbau des Sozialismus weiterzuführen und die materielle Lage der Arbeiter und der Dorfarmut zu heben.

Dazu ist eine noch größere Geschlossenheit und Disziplin unserer proletarischen Reihen notwendig. Dazu ist die Wahrung und weitere Festigung der Einheit der proletarischen Avantgarde - die Einheit unserer Partei notwendig.

Ohne eine feste Parteidisziplin, ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit wäre die Partei unfähig, die historischen Aufgaben, die ihr die Oktoberrevolution auferlegt hat, zu erfüllen, die Macht der Diktatur des Proletariats zu wahren und zu festigen und dadurch den Sieg des Sozialismus zu sichern. Das ZK und die ZKK geben ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß unsere Partei in sich genügend Kraft findet, um alle Versuche der Verletzung der Einheit der Partei zurückzuweisen, um jegliche Versuche der Spaltung und der Zersetzung der Partei zu vereiteln.

Gegen Fraktionen und den Fraktionskampf, die die Partei stören, den großen Aufbau des Sozialismus zu leiten!

Für die Einheit und Geschlossenheit der Leninschen Partei!

Zum Wohnungsbau

(Resolution des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B), angenommen am 23. Juli 1926)

Im Leben der Arbeiter wird die Wohnungsfrage zu einer der brennendsten Fragen, ohne deren positive Lösung eine einigermaßen bedeutende Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht möglich ist. Außerdem hält die sich verstärkende Wohnungskrise die weitere

Entfaltung der Industrie auf, da sie ein schwerwiegendes Hindernis bei der Heranziehung von Arbeitskräften zur Produktion ist und sich negativ auf das Steigen der Arbeitsproduktivität auswirkt. Wenn auch die von der Sowjetmacht getroffenen Maßnahmen zum Wohnungsbau beträchtlich sind (Nationalisierung des städtischen Bodens; Übergabe beträchtlichen Wohnraums an die Arbeiter auf Kosten der Wohnungen höherer Angestellter der Betriebe und der bürgerlichen Wohnungen in der Stadt; Bewilligung von 350 Millionen Rubel für den Bau von Arbeiterwohnungen, der in den letzten zwei Jahren durch den Staat, die Wirtschaftsorgane und die Exekutivkomitees durchgeführt wurde; die Vorzugsrechte, die durch Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion vom 16. Mai 1924 für den Bau von Arbeiterwohnungen eingeräumt wurden usw.), so konnten sie das Anwachsen der Wohnungskrise nicht verringern und aufhalten.

Als Hauptursachen für den katastrophalen Zustand beim Arbeiterwohnungsbau sind anzusehen: das gleichgültige Verhalten der Fabrikanten und Industriellen zur Befriedigung der minimalsten Bedürfnisse der Arbeiter an Wohnungen in der Vergangenheit (bei den Betrieben wurden für die Arbeiter hauptsächlich Arbeiterkasernen gebaut, die mit der Entwicklung der Produktion zu einem ungewöhnlichen Zusammenpferchen der Arbeiter in diese Fabrik- und Werkkasernen führten) und die schon in den ersten Tagen des imperialistischen Krieges erfolgte Einstellung des Städtebaus und des Baus von Arbeiterwohnungen, sogar solcher von Kasernentyp, bei einer sich immer mehr vergrößernden Zahl von Arbeitern in den Betrieben.

Die Ursachen für die weitere Verschärfung der Wohnungskrise waren: das progressive Anwachsen des Wohnungsverfalls infolge der niedrigen Miete; die fehlende Regulierung des gesamten Wohnungsbaus und das Fehlen ständiger Quellen zur Bildung eines Wohnungsbaufonds. Außerdem ist es notwendig, auf eine Reihe zweitrangiger Mängel, die die Entwicklung des Wohnungsbaus behindern, hinzuweisen, und zwar: auf die unregelmäßige Bereitstellung von Baumaterial, das Fehlen richtig arbeitender Bauorganisationen, das Fehlen eines

billigsten und rationellsten Typs von Arbeiterwohnungen, die Zersplitterung der Mittel bei der Kreditgewährung an kleine Bauherren und die ungenügende Planmäßigkeit bei der Verteilung der Mittel nach den wichtigsten Industrierayons und Zweigen der Volkswirtschaft.

Das Plenum des ZK und der ZKK mißt dem Bau von Arbeiterwohnungen, dessen Durchführung mehrere Jahre erfordert, erstrangige Bedeutung bei und hält es zur Erreichung einer größeren Stetigkeit und Planmäßigkeit im gesamten Wohnungsbau sowie zur Beseitigung der Mängel der Vergangenheit für notwendig:

1. einen ständigen Fonds für den Arbeiterwohnungsbau zu schaffen, der sich zusammensetzen muß:

- a) aus Haushaltsmitteln;
- b) aus Anweisungen aus dem Gewinn der Betriebe (Fonds zur Verbesserung der Lebensweise der Arbeiter);
- c) aus Anweisungen eines bestimmten Prozentsatzes aus dem Reingewinn der Staatsversicherung;
- d) aus Anweisungen eines bestimmten Prozentsatzes aus den Amortisationssummen, die durch die Wohnungsmieten einlaufen und
- e) aus der Rückzahlung von Anleihen, die als Wohnungsbaukredit gegeben waren.

2. Neben der Bildung eines festen Wohnungsfonds wird es für die weitere Regelung des Wohnungsbaus als notwendig betrachtet, daß die Staatliche Planungskommission bei der Aufstellung des Fünfjahrplans für die Entwicklung der Industrie auch einen Perspektivplan für den Bau von Arbeiterwohnungen für die gleiche Periode berücksichtigt, damit der Wohnungsbau dem Plan zur Wiederherstellung der Industrie in den großen Industriezentren und -Rayons entspricht und damit die Wohnfläche auf diese Rayons gleichmäßiger verteilt wird.

Die Staatliche Planungskommission muß bei der Aufstellung des Perspektivplans für den Wohnungsbau den Wohnraumbedarf des Kommandobestands der R A B A (Rote Arbeiter- und Bauernarmee)

berücksichtigen.

3. Bei der Aufstellung des Plans für den Wohnungsbau ist eine Politik einzuschlagen, die es ermöglicht, die Mängel der vorigen und der laufenden Bausaison zu beseitigen, wozu es notwendig ist:

- a) auf den verstärkten Bau von Arbeiterwohnungen Kurs zu nehmen;
- b) das Bauwesen zu verbilligen und die Arbeit der staatlichen Baubüros zu regeln; Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Bauindustrie und zur Regulierung des Marktes für Baumaterialien zu ergreifen;
- c) den Kredit für den Wohnungsbau durch Verlängerung der Kreditgewährungsfristen zu verbilligen und die Zinsen für Wohnungsbaukredite herabzusetzen und
- d) die Vertragspraxis bei der Kreditgewährung für den Wohnungsbau zu vereinfachen und zu dezentralisieren und die Kredite für den Wohnungsbau rechtzeitig zu bewilligen.

4. Um eine größere Vereinheitlichung beim Bau von Arbeiterwohnungen zu erreichen, wird das Unterstützungskomitee beauftragt, unter Hinzuziehung anderer Organisationen, die das Bauwesen regeln, alle Maßnahmen zur Ausarbeitung eines möglichst billigen und für die Bedürfnisse der Arbeiter möglichst geeigneten Wohnungstyps zu treffen, wobei sowohl die örtlichen Besonderheiten als auch Möglichkeiten für die Ausnutzung örtlicher Baustoffe zu berücksichtigen sind.

5. Es wird als notwendig betrachtet, daß die Gewerkschaften stärker auf die Qualität, den Bautyp und die Anpassung der Arbeiterwohnungen an die Lebensverhältnisse der Arbeiter achten.

6. In Anbetracht dessen, daß der Wohnungsbau hauptsächlich von den Wirtschaftsorganen und den Exekutivkomitees durchgeführt wird, ist es notwendig, sie auch weiterhin bei der Aufstellung des Bauplanes als die hauptsächlichsten Erbauer von Arbeiterwohnungen anzusehen, wobei in den Hauptstädten und bedeutendsten Industriestädten der Bau durch die Wirtschaftsorgane und Exekutivkomitees aufeinander abgestimmt werden muß.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der

KPdsU(B)

23. und 26. Oktober 1926

- 145 -

7. Um eine größtmögliche Entwicklung des Wohnungsbaus und die Einbeziehung der eigenen Mittel der Erbauer hierfür zu erreichen, ist die Verstärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus als notwendig und die Förderung des Wohnungsbaus von privaten Bauherren als durchaus zweckmäßig und zeitgemäß anzusehen.

8. Das Plenum des ZK und der ZKK ist der Ansicht, daß die gegenwärtig erhobene Miete zur Zeit nicht einmal die laufende Instandhaltung der Häuser garantiert, sondern den vorhandenen Wohnungsfonds zum Verfall verurteilt und dadurch zur Verschärfung der Wohnungskrise führt. Deshalb muß die Mietpolitik so gelenkt werden, daß die Bezahlung für die Wohnung sowohl die Benutzung und Reparatur der Häuser als auch ihre Wiederherstellung garantiert. Als notwendige Voraussetzung für die Durchführung dieser Politik muß jedoch das Tempo der Erhöhung der Wohnungsmiete mit dem Tempo der allgemeinen Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten in direkte Übereinstimmung gebracht werden.

"Prawda" Nr. 169, 25. Juli 1926 und
Zeitschrift "Nachrichten des ZK der KPdsU(B)"
Nr. 29 - 30, 1926

An dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdsU(B) nahmen die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission teil.

Am 23. Oktober bestätigte das Plenum im wesentlichen die vom Politbüro des ZK gebilligten Thesen "Über die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Partei" und über "Die Ergebnisse der Arbeit der Gewerkschaften und ihre nächsten Aufgaben" und beschloß, diese Thesen der XV. Parteikonferenz zur Prüfung zu unterbreiten.

Das Plenum bestätigte die vorher in der Presse veröffentlichte Tagesordnung der XV. Parteikonferenz, nachdem es dieselbe durch die Frage über die Opposition und die innerparteiliche Lage ergänzt und mit dem Referat zu dieser Frage den Genossen Stalin beauftragt hatte.

Nachdem das Plenum die Mitteilung W.M. Molotows vom Politbüro des ZK und J.M. Jaroslowskis von der ZKK über die innerparteiliche Lage in Verbindung mit der Fraktionsarbeit der Anführer des trotzkistisch-sinowjewschen Blocks entgegengenommen hatte, nahm es einen entsprechenden Beschluß an.

Am 26. Oktober bestätigte das Plenum J.W. Stalins Thesen "Über den Oppositionsblock in der KPdsU(B)" und beschloß, sie der XV. Parteikonferenz der KPdsU(B) vorzulegen.

Beschluß des Plenums über die innerparteiliche Lage im Zusammenhang mit der Fraktionsarbeit und der Verletzung der Parteidisziplin durch eine Reihe von Mitgliedern des ZK
(angenommen am 23. Oktober 1926)

Folgender vom Gen. Kirow im Namen der Leningrader ZK-Mitglieder vorgelegter Resolutionsentwurf wird bestätigt:

"1.) Wegen Verletzung der Parteidisziplin durch die Mitglieder des ZK, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Pjatakow, Jewdokimow, Sokolnikow, Smigli und der Kandidatin des ZK, Genossin Nikolajewa, erteilt das Plenum des ZK und der ZKK allen diesen Genossen eine Verwarnung und macht sie auf die ganze Unzulässigkeit eines derartigen Verhaltens von Mitgliedern des leitenden Parteiorgans aufmerksam.

2.) Da Sinowjew in der Kommunistischen Internationale nicht die Linie der KPdSU(B) vertritt und durch seine führende Fraktionsarbeit in der Komintern das Vertrauen einer Reihe kommunistischer Parteien (der deutschen, englischen, französischen, amerikanischen usw.) verloren hat, wie das in ihren Beschlüssen zum Ausdruck kam, halten das ZK und die ZKK eine weitere Tätigkeit Sinowjews in der Kommunistischen Internationale nicht für möglich.

3.) Wegen der leitenden Fraktionstätigkeit Trotzki und Kamenews in der Periode nach dem Juli-Plenum des ZK und der ZKK beschließt das Plenum des ZK und der ZKK, Trotzki von seinen Pflichten als Mitglied des Politbüros des ZK und Kamenew von seinen Pflichten als Kandidat des Politbüros des ZK zu entbinden."

Archiv des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts

Die XV. Parteikonferenz der KPdSU(B)

Moskau, 26. Oktober - 3. November 1926

Auf der Konferenz waren 194 Delegierte mit beschließender und 640 mit beratender Stimme anwesend.

Tagesordnung der Konferenz: 1. Die internationale Lage; 2. Die wirtschaftliche Lage des Landes und die Aufgaben der Partei; 3. Die Ergebnisse der Arbeit der Gewerkschaften und ihre nächsten Aufgaben; 4. Über die Opposition und die innerparteiliche Lage.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des XIV. Parteitages der KPdSU(B) schritt die Industrialisierung der UdSSR vorwärts. Die kapitalistischen Länder sahen in der Festigung der UdSSR eine Gefahr für ihre Existenz und trafen alle Maßnahmen, um den sozialistischen Aufbau zu stören. In einer Einheitsfront mit den Imperialisten traten die Trotzkiisten und andere Oppositionelle auf. Im Sommer 1926 vereinigten sich die Trotzkiisten und Sinowjewleute zu einem parteifeindlichen Block und errichteten die Grundlagen für ihre besondere illegale antileninistische Partei. Ihre verräterische, parteifeindliche Tätigkeit verdeckten sie durch heuchlerische, doppelzüngige Erklärungen.

Die Konferenz nahm einstimmig die Thesen aus dem Referat J.W. Stalins "Über den Oppositionsblock in der KPdSU(B)" an und charakterisierte den trotzkistisch sinowjewschen Block als sozialdemokratische Abweichung in den Reihen der Partei, als Hilfstrupp der II. Internationale in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Konferenz, die die Politik des ZK voll und ganz billigte, forderte dazu auf, den Kampf für die Einheit der Partei, für die Entlarvung des trotzkistisch-sinowjewschen Blocks, der auf einen menschewistischen Standpunkt abgeglitten ist, entschlossen weiterzuführen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) vom 3. November 1926 bestätigte alle Beschlüsse der XV. Parteikonferenz. In Anbetracht der Ernennung W.W. Kuibyschews zum Vorsitzenden

des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR bestätigte das Plenum G.K.Ordshonikidse als Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission.

Über die Bedeutung der XV.Parteikonferenz sagte J.W.Stalin in seinem Referat auf dem VII.Plenum des Exekutivkomitees der Komintern: "Der Sinn und die Bedeutung der XV.Konferenz bestehen darin, daß sie die Sache der Ausrüstung unserer Partei mit der Idee des Sieges des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande in aller Form bekräftigte und vollendete." (J.W.Stalin, Werke, Bd.9, S.54)

Das VII. erweiterte Plenum des EKKI im Dezember 1926 nahm, nachdem es das Referat J.W.Stalins "Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung" entgegengenommen hatte, eine Resolution an, in der es die Beschlüsse der XV.Parteikonferenz über den Oppositionsblock billigte.

I. Die Resolutionen der Konferenz

Zum Bericht der Delegation der KPdSU(B) im EKKI

Nach Entgegennahme und Behandlung des Referats Bucharins heißt die XV.Parteikonferenz die prinzipielle Linie der Delegation der KPdSU(B) und ihre Arbeit in der Kommunistischen Internationale voll und ganz richtig.

Die Konferenz macht es der Delegation zur Pflicht, den entschlossenen ideologischen Kampf gegen die antileninistischen Abweichungen in der Kommunistischen Internationale fortzusetzen, nachdem die Verkünder dieser Abweichungen, die sich mehr oder weniger mit der Opposition innerhalb der KPdSU(B) solidarisierten, in Gestalt ihrer konsequentesten Gruppen offenkundig ins konterrevolutionäre Lager übergegangen sind (Korsch, Suwarin, Maslow, Ruth Fischer). Diese wurden aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen, haben aber in Urbahns, Weber u.a. ihre Anhänger in den kommunistischen Parteien.

Die Konferenz beauftragt die Delegation der KPdSU(B), in

der Kommunistischen Internationale eine auf weitere Bolschewisierung gerichtete Linie zu verfolgen, welche Theorie und Praxis der sogenannten Freiheit der Fraktionen und Gruppierungen ausschließt, da dieses Prinzip den Organisationsprinzipien des Leninismus durchaus feindlich ist.

Die Konferenz verurteilt entschieden die fraktionelle und antileninistische Arbeit der Opposition der KPdSU(B) in der Kommunistischen Internationale.

Die Konferenz schließt sich den Beschlüssen mehrerer Bruderparteien und des Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) voll und ganz an, nach denen Sinowjew der Arbeit in der Kommunistischen Internationale enthoben wird.

Die wirtschaftliche Lage des Landes und die Aufgaben der Partei

Einleitung

Die größte historische Aufgabe, die der Diktatur des Proletariats gestellt ist, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, verlangt gebieterisch, daß alle Kräfte der Partei, des Staates und der Arbeiterklasse auf die Fragen der Wirtschaftspolitik konzentriert werden.

Unter den schwierigen Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, der technischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit der UdSSR, des bunten Nebeneinander verschiedener sozialökonomischer Formationen in der Volkswirtschaft, des erbitterten Kampfes der sozialistischen und kapitalistischen Elemente sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt - ist es notwendig, daß man die Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung nüchtern in Rechnung stellt und daß der Staat energisch, elastisch und rechtzeitig auf die gesamte Wirtschaft des Landes einwirkt, um ihre planmäßige Entwicklung zum Sozialismus zu sichern.

Die wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg des sozialistischen Aufbaus sind: die Festigung der wirtschaftlichen Hegemonie der sozialistischen Großindustrie über die gesamte Ökonomie des Landes, ihre führende Stellung und ihre Rolle als sozialisti-

sche Umgestalterin der Bauernwirtschaft; die wachsende zahlenmäßige Stärke und die zunehmende Aktivität des Proletariats und die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft.

Die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes in den verflossenen Jahren der Neuen Ökonomischen Politik und das schnelle Wachstum des vergesellschafteten Sektors der Volkswirtschaft im Vergleich zum privatkapitalistischen sind die beste Widerlegung der Ansichten der Opposition, die in den Schwierigkeiten und Hindernissen bei den ersten Schritten des wirtschaftlichen Aufbaus ein Argument gegen die Möglichkeit des siegreichen Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande sieht.

Unter Führung der KPdSU(B) ist im großen und ganzen eine gewaltige Arbeit auf dem Gebiete der Wiederherstellung der Volkswirtschaft geleistet worden. Die Wiederherstellungsperiode kann im allgemeinen als abgeschlossen betrachtet werden. Jetzt tritt die Volkswirtschaft in eine neue Periode ihrer Entwicklung ein - in die Periode der Umgestaltung der Wirtschaft auf der Grundlage einer neuen, höheren Technik.

Mit Beginn dieser Periode wurde die Sammlung des während des Bürgerkrieges und der Intervention zerstreuten Proletariats beendet, eine Festigung seiner Organisationen ist vor sich gegangen und eine bedeutende Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse wurde erreicht.

Die wichtigsten Ergebnisse des Wiederherstellungsprozesses bestehen in der Sicherung der führenden Rolle der in den Händen des Proletariats befindlichen wirtschaftlichen Kommandohöhen, wobei im allgemeinen der Vorkriegsstand der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und des Eisenbahnverkehrs erreicht wurde, in der dominierenden Stellung der Genossenschaften und des staatlichen Handels auf dem Gebiet des Warenumsatzes, in der Schaffung einer festen Währung und dem Aufbau eines Kredit-systems auf neuer Grundlage.

1. Die Periode der Umgestaltung der Wirtschaft auf einer neuen technischen Basis und das Tempo der Industrialisierung

Mit dem Abschluß der Wiederherstellungsperiode stößt die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft auf die Mängel und auf die Rückständigkeit der von der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen produktionstechnischen Basis. Die Volkswirtschaft tritt in eine Phase ein, in der sich ihr Entwicklungstempo im Vergleich zu den vergangenen Jahren stark verlangsamt.

Vollkommen falsch ist die defätistische Ideologie, die in den Reden der Opposition zum Ausdruck kam und die diese Verlangsamung des Tempos mit einem Mißlingen der Industrialisierung und einer Bedrohung der Diktatur des Proletariats in Verbindung bringt. Diese Ideologie läßt den Umstand außer acht, daß die Entwicklung der Industrie auf der Grundlage einer Erweiterung des Grundkapitals (neuer Investitionsbauten) niemals mit einer solchen Geschwindigkeit vor sich gehen konnte und vor sich gehen kann wie die Entwicklung der Industrie auf der alten Basis in den letzten Jahren der Wiederherstellungsperiode. Die spezifischen Bedingungen des Sowjetstaates sichern jedoch der Industrie ein rascheres Entwicklungstempo als die Bedingungen eines kapitalistischen Staates.

Voraussetzung für das weitere Wachstum der Industrie ist die Erweiterung des Grundkapitals.

Alle Bemühungen der Partei und des Sowjetstaates müssen in erster Linie darauf gerichtet sein, eine solche Erweiterung des Grundkapitals sicherzustellen, die die allmähliche Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft auf einer höheren technischen Basis ermöglichen könnte.

Es ist anzustreben, die industrielle Entwicklung der führenden kapitalistischen Länder in einer verhältnismäßig kurzen historischen Frist einzuholen und zu überholen. Die erfolgreiche Verwirklichung dieser Aufgabe hängt vom Tempo der Akkumulation in der Volkswirtschaft und von jenen Reserven ab, die sie für die Industrialisierung frei machen kann.

Eine der spezifischen Besonderheiten und gleichzeitig eine der größten Schwierigkeiten in der Anfangsetappe der Industrialisierung besteht darin, daß die Ausgaben für Investitionsbauten eine bedeutende Anspannung der Volkswirtschaft erfordern, während die Ergebnisse des Neuaufbaus, d.h. die qualitativ besseren und billigeren Erzeugnisse der neuen Fabriken und Werke, erst wesentlich später, häufig erst nach einigen Jahren, auf dem Markt erscheinen werden.

Es wäre falsch anzunehmen, das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft würde in Zukunft das Vorkriegstempo nicht übersteigen oder sogar niedriger sein. Eine solche Ansicht rechnet nicht mit dem Umstand, daß sich in dem Maße, wie der industrielle Aufbauplan verwirklicht wird, immer neue Möglichkeiten für die nächstfolgende Steigerung des Entwicklungstempos sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft ergeben und sich immer größere Perspektiven bei der Ausnutzung aller inneren Reserven der UdSSR eröffnen werden. Eine solche Ansicht läßt ferner jene grundlegenden Veränderungen außer acht, die in der Wirtschaft der Sowjetunion vor sich gegangen sind und sie von der Wirtschaft der kapitalistischen Länder unterscheiden. Diese Unterschiede, die in erster Linie in der Beseitigung des Privateigentums an den wesentlichsten Produktionsmitteln und in der planmäßigen Leitung der gesamten Wirtschaft bestehen, verwandeln sich im Verlaufe der weiteren Entwicklung der Wirtschaft immer mehr in gewaltige Vorzüge, die ein bedeutend schnelleres Entwicklungstempo im Vergleich zur Vorkriegsperiode und zum Entwicklungstempo der kapitalistischen Länder gewährleisten.

Die Realisierung dieser Vorzüge im praktischen Aufbau ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei in der Periode der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft.

Die rationelle und planmäßige Ausnutzung aller in der Volkswirtschaft vorhandenen Möglichkeiten gewährleistet die Beibehaltung eines genügend raschen Entwicklungstempos der Volkswirtschaft, das alljährliche Wachstum ihres vergesellschafteten Teiles und die Festigung und Stärkung der führenden Rolle des Proletariats

in unserem Lande.

2. Die Quellen der Akkumulation

Das Tempo der Erweiterung des Grundkapitals wird abhängen:

- a) vom Umfang der Akkumulation in der vergesellschafteten Industrie;
- b) von der Ausnutzung der Einkünfte anderer Zweige der Volkswirtschaft über das Staatsbudget;
- c) von der Ausnutzung der Ersparnisse der Bevölkerung durch ihre Gewinnung für die Genossenschaften, Sparkassen, inneren Staatsanleihen, für das Kreditsystem usw.

Der Prozeß der erweiterten Reproduktion der Industrie ist vor allen Dingen dadurch sicherzustellen, daß neue Massen von Mehrprodukten, die innerhalb der Industrie selbst zu schaffen sind, in die Industrie investiert werden. Die wichtigsten Voraussetzungen für die Vergrößerung der Akkumulation innerhalb der Industrie sind: entschiedene Einschränkung der Unkosten, Beschleunigung des Kapitalumschlages, allseitige Rationalisierung der Industrie, Anwendung der neuesten Errungenschaften der Technik, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeitsdisziplin.

Wie groß aber die Akkumulation innerhalb der Industrie auch sein mag, sie reicht doch nicht aus, jedenfalls nicht im Verlaufe der nächsten Periode, um das notwendige Entwicklungstempo der Industrie zu sichern.

Deshalb wird die weitere Entfaltung der Industrie in hohem Grade von jenen zusätzlichen Mitteln abhängen, die in den Industriebaufbau gelenkt werden.

Eines der wichtigsten Instrumente zur Neuverteilung des Volkseinkommens ist der Staatshaushalt. Im Staatshaushalt der Sowjetunion muß die Industrialisierung des Landes ihren vollen Ausdruck finden. Im Ausgabenteil des Budgets müssen die entsprechenden Assignierungen für die Industrie, die Elektrifizierung usw. gesichert sein.

Die Interessen der Industrialisierung müssen auch bei der Aufstellung des Export- und Importplanes (Steigerung des Imports von Produktionsmitteln bei Verringerung des Imports von Konsumgütern) in erster Linie berücksichtigt werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß bis heute keine irgendwie ernsthaften Anstrengungen gemacht wurden, um die Mittel zusammenzufassen, die sich bei der Bevölkerung, in den Genossenschaften, in den Sparkassen, durch die Anleihen usw. angesammelt haben. In dem Maße, wie der allgemeine Wohlstand der Bevölkerung wächst, muß diese Ausnutzung der kleinen Ersparnisse der Bevölkerung durch die genossenschaftlichen und Kreditinstitutionen als eine der Quellen von Mitteln für die Entwicklung der Volkswirtschaft immer größere Bedeutung erlangen.

Die Konferenz verurteilt kategorisch die Ansicht der Opposition, die Industrialisierung mittels einer derartigen Besteuerung des Dorfes und einer solchen Preispolitik durchzuführen, die unvermeidlich zu einem Stillstand in der Entwicklung der Landwirtschaft führen und die Rohstoffquellen für die Industrie und den Absatzmarkt ihrer Erzeugnisse einengen würden, was unausbleiblich ein starkes Absinken des Tempos in der Industrialisierung des Landes zur Folge hätte.

3. Das Sparsamkeitsregime und die neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Verwaltung

Die Verwirklichung der Industrialisierung des Landes ist nicht möglich ohne die strenge und unentwegte Durchführung des Sparsamkeitsregimes. Die Aufmerksamkeit der gesamten Partei und aller Sowjetorgane muß darauf gerichtet sein, allen überflüssigen und unproduktiven Ausgaben ein Ende zu machen.

Eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche und richtige Durchführung des Sparsamkeitsregimes ist die Beteiligung der breiten Arbeitermassen. Die konsequente Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes kann und muß bedeutende Mittel für die weitere Entwicklung der Wirtschaft auf der Grundlage der Industrialisierung des Landes frei machen. Die Konferenz stellt fest, daß bei

der Durchführung des Sparsamkeitsregimes Entstellungen der Richtlinien der Partei vorgekommen sind, die sich in Versuchen äußerten, die Einsparungen auf Kosten dringender Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Es ist notwendig, gegen eine solche Entstellung des Sparsamkeitsregimes einen entschiedenen Kampf zu führen und jegliche Versuche in dieser Richtung von Grund auf zu unterbinden.

Um das Sparsamkeitsregime zu verwirklichen, müssen bei der Verringerung des Personalbestandes sowohl in den nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung organisierten als auch in den vom Staat finanzierten Organen, der maximalen Einschränkung der gegenwärtig außerordentlich hohen Unkosten, bei der Rationalisierung des ganzen Verwaltungssystems sowie beim entschlossenen Kampf mit dem Bürokratismus entscheidende Erfolge erreicht werden. Der Bürokratismus war ein riesiges Übel, solange die Sowjetmacht besteht. Dieses Übel wird noch gefährlicher im gegenwärtigen Moment, wo das Land mit der Umgestaltung seines gesamten Wirtschaftslebens beginnt. Die enormen Kosten des bürokratischen Apparates, die außerordentlichen Verzögerungen bei der Lösung unaufschiebbarer Fragen des Aufbaus, die häufigen Entstellungen der Richtlinien der Partei und der Staatsmacht sind auf dem Wege zum weiteren Aufbau außerordentlich ernste Hindernisse.

In Übereinstimmung mit den neuen wirtschaftlichen Aufgaben ist es erforderlich, sich nicht auf die Ausmerzung kleiner Mängel im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat zu beschränken, sondern das gesamte System des Verwaltungsapparates in der Wirtschaft zu überprüfen, um es zu verbessern, maximal zu vereinfachen und zu verbilligen.

Es wird als notwendig erachtet, in Form eines Gesetzes eine genauere Abgrenzung der Funktionen und Verpflichtungen der einzelnen Instanzen festzulegen sowohl auf dem Gebiet der Kontrolle als auch auf dem Gebiet der Verwaltung und der Wirtschaftsplanung.

Im Verlaufe von neun Jahren nach der Oktoberrevolution wurde ein sehr kompliziertes System der Produktionsorganisation, der

Warenverteilung, der Kreditorgane usw. geschaffen. Verschiedene Glieder dieses Systems wuchsen oft spontan, ihr Tätigkeitskreis war unter völlig anderen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt worden. Die sich für den Staat und die Volkswirtschaft ergebenden neuen Aufgaben finden in diesen Organen oft nicht die notwendige Stütze. Die Verwirklichung des Zentralisationsprinzips, das bei einer geplanten, organisierten Wirtschaft unbedingt notwendig ist, wird gegenwärtig mit Methoden durchgeführt, die zu einer Zeit notwendig waren, als die ersten Schritte bei der Organisation der Sowjetwirtschaft gemacht wurden, gegenwärtig aber sind sie veraltet. Innerhalb der Organe selbst ist sowohl zwischen den verschiedenen Abteilungen dieser Organe als auch zwischen den einzelnen Mitarbeitern ungenügend das Prinzip der Verantwortlichkeit und der genauen Arbeitsteilung durchgeführt worden. Die Nichtübereinstimmung zwischen dem Organisationssystem und der veränderten Lage mit ihren neuen Aufgaben führt unausbleiblich zur Verschwendung von Mitteln und zur Stärkung des Bürokratismus.

Entsprechend den Beschlüssen des April-Plenums des ZK der KPdSU(B) über die Regelung der Arbeit in den Planorganen sowie über die Einschränkung der Instanzen, durch die die Pläne laufen, hält es die Konferenz für erforderlich, schon in der nächsten Periode zu erreichen, daß die Plan- und Operativorgane der Gebiete und Republiken vollständiger und richtiger für die Leitung des Wirtschaftslebens der UdSSR ausgenutzt werden.

Bei Ausarbeitung der Wirtschaftspläne müssen mit besonderer Aufmerksamkeit die Interessen der in wirtschaftlicher Beziehung zurückgebliebenen Republiken und Oblasti berücksichtigt werden.

Zur Zeit der Wiederherstellungsperiode haben sich Kader entwickelt, die bereits umfangreiche Erfahrungen bei der Organisation der Verwaltung in der Industrie gesammelt haben. Der Verwaltungsapparat der Grundeinheiten der Produktion (Fabriken, Werke) hat sich genügend gefestigt und meistert seine Arbeit. Es hat sich herausgestellt, welche gewaltige Bedeutung (die künftig noch zunehmen wird) die Produktionsberatungen, die Konferenzen und das System der Kaderentwicklung von unten als Formen der

unmittelbaren Beteiligung der Arbeiter an der Organisation der Produktion haben. Dies alles ermöglicht einen weiteren und unterschiedeneren Schritt zur Befreiung der unteren Glieder des Produktionssystems von kleinlicher Bevormundung, Kontrolle und Rechenschaftslegung. Gleichzeitig muß die Verantwortlichkeit der Leiter eines jeden einzelnen Organes (von oben bis unten) für die von ihnen auszuführende Arbeit verstärkt werden.

IV. Die Landwirtschaft und die Bauernschaft

Die beginnende Wirtschaftsperiode bringt neue Schwierigkeiten sowohl in der Entwicklung der Landwirtschaft als auch in den gesellschaftlichen Beziehungen auf dem Lande mit sich. Die unzureichende Versorgung des Dorfes mit landwirtschaftlichem Inventar und Maschinen wird zur Ursache einer verlangsamten Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und kann nur in Verbindung mit der erfolgreichen Entfaltung der Industrialisierung überwunden werden. Die ungenügende Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur, das Vorherrschen rückständiger Wirtschaftsformen - all das erweist sich als kolossales Hindernis für die weitere Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft.

Das Überwiegen rückständiger Wirtschaftsformen bewirkt in einer Reihe von Rayons der UdSSR eine Überbevölkerung im Dorf und eine verstärkte Abwanderung der Arbeitskräfte nach der Stadt. Die Liquidierung dieser Erscheinung erfordert eine längere Zeit und hängt unmittelbar ab von der Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur, der Erschließung neuer Ländereien in schwach besiedelten Rayons durch Umsiedlung und Industrialisierung des Landes und insbesondere von der Entwicklung der örtlichen Industrie und von der Intensivierung der Landwirtschaft.

Die Politik der Partei geht auf dem Gebiet der Landwirtschaft von dem Vorhandensein zweier Entwicklungstendenzen des Dorfes aus: der kapitalistischen und der sozialistischen. Die praktischen Maßnahmen, durch die der auf die allgemeine Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft gerichtete Kurs der Partei verwirklicht wird, zielen deshalb darauf ab, daß sich die

sozialistischen Wirtschaftsformen auf dem Lande unentwegt festigen und erweitern.

Die Konferenz stellt fest, daß sich die Rolle und Bedeutung des genossenschaftlichen öffentlichen Lebens auf dem Lande erweitert und festigt und daß in erster Linie die landwirtschaftlichen Genossenschaften anwachsen.

Ferner muß konstatiert werden, daß in der Entwicklung der Kollektivwirtschaften, sowohl ihr zahlenmäßiges Wachstum als auch die Festigung ihrer wirtschaftlichen Stärke betreffend, Erfolge erzielt wurden. Die Sowjetwirtschaften arbeiten in letzter Zeit ohne Defizit, wodurch sich die Bedeutung dieser Keime der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik und Kultur erhöhte.

Alle Maßnahmen in der Landwirtschaft müssen von der Notwendigkeit ausgehen, das Bündnis der Arbeiter mit der Hauptmasse der Bauernschaft - den armen und Mittelbauern - weiter zu festigen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch fernerhin die Versorgung des Dorfes mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Waren, die Organisation des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte, der Aufbau des landwirtschaftlichen Kreditsystems und die Unterstützung der Dorfarmut (Befreiung der Kleinstbauern von der Landwirtschaftssteuer, Bereitstellung besonderer Kredite für die ärmsten Bauern, Beistand in der Entwicklung kollektiver Formen der Landwirtschaft usw.) durchgeführt werden.

Die XV. Parteikonferenz bestätigt die Richtigkeit der von der XIV. Parteikonferenz und dem XIV. Parteitag bezüglich der Bauernschaft festgelegten Linie und verurteilt entschieden die Versuche der Opposition, unter den Deckmantel einer angeblichen Verteidigung der Industrialisierung von dieser Politik im Verhältnis zur Bauernschaft abzugehen und damit dem Bündnis zwischen Stadt und Land einen nicht wiedergutzumachenden Schlag zu versetzen.

Der Versuch, die Bauernschaft nur als ein Besteuerungsobjekt zu betrachten, um durch übermäßig hohe Steuern und Er-

höhung der Verkaufspreise größere Mittel aus der Bauernwirtschaft herauszuziehen, muß unausbleiblich die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande zum Stillstand bringen, die Warenproduktion der Landwirtschaft verringern und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und damit den sozialistischen Aufbau gefährden.

Die letzten Jahre haben mit voller Klarheit gezeigt, daß auf der Grundlage der Nationalisierung des Grund und Bodens, der ökonomischen und allgemeinen Politik der Sowjetmacht (Hilfe für die Masse der armen und Mittelbauern, Wachstum der Genossenschaften, Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbaufläche, Kredite, Steuerpolitik usw.), unter den Bedingungen des allgemeinen Aufschwungs der Volkswirtschaft ein wirtschaftlicher Aufstieg der Hauptbauernmassen, darunter eines bedeutenden Teils der armen Bauern (Abnahme der Wirtschaften, die kein Pferd und die nur eine geringe Anbaufläche haben), vor sich geht.

Unter den politischen und ökonomischen Bedingungen der UdSSR zeigt die Differenzierung der Bauernschaft die Besonderheit, daß neben dem Wachstum der Kulakenelemente auf dem Lande und der Proletarisierung eines gewissen Teils der Kleinbauernwirtschaften ein wirtschaftlicher Aufschwung des anderen Teiles der Kleinbauernwirtschaften zu verzeichnen ist.

Die Masse der Mittelbauern, die durch die sich wirtschaftlich kräftigenden Kleinbauernwirtschaften ergänzt wird, bleibt nach wie vor die Hauptkraft der Landwirtschaft.

All das schafft günstige Voraussetzungen für die Entfaltung der ökonomischen und politischen Arbeit unter den Kleinbauern, die die Möglichkeit erhalten, im Bündnis mit den Mittelbauern durch die Genossenschaft das Elend und die Verarmung zu bekämpfen und einen entschiedenen Kampf für die Einschränkung der ausbeuterischen Bestrebungen des Kulakentums zu führen.

Wir müssen weiterhin unentwegt Kurs auf die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft nehmen, die die Möglichkeit einer äußerst schnellen Entwicklung der Industrie und der gesam-

ten Volkswirtschaft gewährleistet, und müssen dabei in der praktischen Arbeit im Verhältnis zur Bauernschaft die Politik fortsetzen, die auf die Entwicklung der technischen Kulturen und der Viehzucht, auf die Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, die Entwicklung von Industriezweigen, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, und auf die Entwicklung des Aufbaus von Sowjet- und Kollektivwirtschaften gerichtet ist.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens bleibt nach wie vor die Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande, da die weitere Entwicklung der Landwirtschaft, ihr Aufstieg auf ein höheres Niveau der Technik und Organisation, die Einbeziehung des Dorfes in den sozialistischen Aufbau nur durch die Entfaltung und Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeit erreicht werden kann.

V. Die Ergebnisse des Jahres 1925/1926 und die Perspektiven für 1926/1927

Die oben gekennzeichneten Aufgaben und die ihrem Charakter nach langwierigen Schwierigkeiten beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung 1925/1926 und drücken in noch größerem Ausmaße dem Wirtschaftsjahr 1926/1927 ihren Stempel auf.

Die wichtigsten Ergebnisse des vergangenen Jahres sind (nach Angaben des Gosplan) folgende:

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft stieg im Jahre 1924/25 von 9 031,3 Millionen Rubel, gerechnet nach Vorkriegspreisen, auf 11 124,4 Millionen Rubel im Jahre 1925/26, d.h. um 23 Prozent; das Wachstum des Warenanteils der Landwirtschaft betrug 22,8 Prozent. In Verbindung damit erhöhte sich das Ergebnis der Getreidebeschaffung auf 584 Millionen Pud gegenüber 313,6 Millionen Pud im Vorjahre.

Die Produktion der staatlichen Industrie stieg im Jahre 1924/25 von 3 761 Millionen Vorkriegsrubeln auf 5 333 Millionen Vorkriegsrubel im Jahre 1925/26, was eine Zunahme von 42 Prozent bedeutet. Innerhalb der Industrie entwickelte sich die Schwerindustrie schneller als die Leichtindustrie. Die Kapitalinvestierun-

gen in der Industrie vergrößerten sich im Vergleich zum Vorjahr bedeutend. Die Gesamtsumme der Kapitalanlagen betrug 778 Millionen Rubel im Jahre 1925/26 gegenüber 385 Millionen Rubel im Jahre 1924/25.

Das gekennzeichnete Wachstum der Produktivkräfte führte zu einer weiteren Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Der durchschnittliche Jahreslohn eines Arbeiters, der 1924/25 468 Goldrubel betrug, erhöhte sich im Jahre 1925/26 auf 571 Rubel.

Der Staatshaushalt für 1925/26 stieg auf 4 Milliarden Rubel.

Der Export stieg (nach vorläufigen Angaben) von 551 auf 663 Millionen Rubel, der Import von 720 auf 759 Millionen Rubel.

Aber dieses allgemeine Wachstum der Produktivkräfte des Landes ging unter den Bedingungen bedeutender wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor sich, die in der Hauptsache erst in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres überwunden wurden.

Neben den großen wirtschaftlichen Erfolgen im vergangenen Jahr ist eine Reihe ungünstiger Momente festzustellen:

a) ein Ansteigen der Einzelhandelspreise um ungefähr 10 - 11 Prozent im Jahr, daneben auch eine gewisse Erhöhung der Produktionskosten;

b) eine passive Handelsbilanz, die hauptsächlich mit der unvollständigen Erfüllung der Exportpläne zusammenhängt;

c) wesentliches Zurückbleiben der im Staatshaushalt gebildeten Geldreserve hinter der vorgesehenen Höhe;

d) unvollständige Erfüllung des Einnahmeteils des Transportbudgets, hauptsächlich in Verbindung mit der größer gewordenen Gesamtmenge wenig einträglicher Frachten, und infolgedessen eine äußerst angespannte Finanzlage im Transportwesen, aus der sich erneut das Problem einer Erhöhung der Eisenbahntarife ergab;

e) bedeutende Verringerung der Brennstoffvorräte gegen Ende des Jahres, die durch die Nichterfüllung des Planes für Brennstoffgewinnung (97 Prozent) bei tatsächlichem Überschreiten der Pläne für den Brennstoffverbrauch (102,4 Prozent) hervorgerufen

- 163 -

wurde; ungenügende Steigerung der Produktion von Elektroenergie bei außerordentlichem Anwachsen des Bedarfs.

Alle diese negativen Momente sind zum großen Teil aus denselben spezifischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres heraus zu erklären, die dadurch hervorgerufen wurden, daß man die Verwirklichung von Investitionsplänen und eine Entfaltung der Industrie in Angriff nahm, die nicht den Ressourcen des Landes entsprachen und die Reserven an Devisen für den Import überstiegen; sie wurden ferner verursacht durch übermäßige Emissionen für die Getreidebeschaffung und Finanzierung der Wirtschaft zu Beginn des vergangenen Jahres. Durch Präzisierung und Einschränkung der Planaufgaben gelang es in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres, diese Schwierigkeiten im wesentlichen zu überwinden.

Die Grundlinie des Wirtschaftsplanes wurde dank den getroffenen Maßnahmen vollkommen eingehalten und die gesamte Wirtschaft auf eine höhere Entwicklungsstufe gehoben.

Das vergangene Jahr zeugt erneut von einer weiteren Festigung und Erweiterung der sozialistischen Elemente in der Ökonomik des Landes. Auf dem Gebiet der Produktion und des Warenumsatzes haben sich die Positionen des Sozialismus sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande gefestigt.

Die erneute gute Ernte des Jahres 1926 bestimmt in bedeutendem Maße den allgemeinen Charakter des Wirtschaftslebens im Verlaufe des ganzen Jahres 1926/27. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft stieg um 7 Prozent, der Marktanteil um 14,4 Prozent; dabei beträgt die Steigerung auf dem Gebiet der Getreidekulturen 9,1 Prozent, in der Viehzucht 4,9 Prozent. Dagegen ist bei technischen Kulturen ein Absinken um 6 Prozent festzustellen. Dieser Rückgang im Anbau technischer Kulturen verursacht in diesem Jahre Schwierigkeiten in der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und in der Entwicklung des Exports.

Die Industrieproduktion soll im Vergleich zum Vorjahr um 17 - 18 Prozent (die Schwerindustrie um über 20 Prozent) erweitert werden. Der Umfang der Kapitalanlagen wird sich bis zu

900 Millionen Rubel erhöhen, zusammen mit der Elektrifizierung sogar auf 1050 Millionen Rubel.

Um dieses Wachstum der Produktion und den Umfang der Großneubauten zu gewährleisten, ist beabsichtigt, den Anteil des industriellen Imports an der gesamten Einfuhr aus dem Ausland maximal zu steigern. Wenn im vergangenen Jahr der Import für den Bedarf der Industrie etwas mehr als 60 Prozent des Gesamtimports betrug, so ist in diesem Jahre vorgesehen, denselben auf 80 Prozent zu erhöhen. Im nächsten Jahr werden dreimal soviel Fabrikausrüstungen eingeführt werden wie im vergangenen Jahr. Rohstoffe sollen in dem Umfang eingeführt werden, wie er die oben aufgezeigte Steigerung der Produktion sichert.

Unter diesen Bedingungen wird der Hunger nach Industriewaren auch im laufenden Wirtschaftsjahr andauern, wobei jedoch kein Anlaß besteht, eine Verschärfung zu befürchten.

Im Unterschied zum vergangenen Jahr wird der Markt nur durch die inländische Produktion mit Massenbedarfsartikeln versorgt werden.

VI. Die grundlegenden Probleme des laufenden Wirtschaftsjahres

Die zu Beginn dieses Jahres entstandene Wirtschaftslage erfordert, daß die Partei und die Sowjetorgane der praktischen Lösung folgender wichtigster Aufgaben besondere Aufmerksamkeit widmen:

a) Industrie und Investitionsbauten

Die Aufgabe der Partei und des Staates bei der Leitung der Industrie besteht in diesem Wirtschaftsjahr auch weiterhin darin, alle Möglichkeiten für die maximale Steigerung der Industrieproduktion auszunutzen, um den Mangel an Industriewaren zu beheben und eine allgemeine Gesundung des Warenumsatzes zu erreichen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist es notwendig, neben der organisierten und maximalen Ausnutzung des inneren Rohstoffmarktes auch von der kleinsten Möglichkeit, zusätzlich ausländische Rohstoffe einzuführen, Gebrauch zu machen, damit die für den Massenbedarf

produzierenden Industriezweige voll ausgelastet werden. Unter den neuen Arbeitsbedingungen der Industrie, bei fast voller Auslastung der vorhandenen Ausrüstung in den meisten Industriezweigen, wird eine maximale Produktionssteigerung bedeutend schwieriger als in den früheren Jahren. Möglichkeiten zur Produktionserweiterung sind vor allen Dingen in einer Verbesserung der Arbeit der Industrie selbst zu suchen: in den technischen Errungenschaften, in der besseren Organisation der Arbeitskräfte, in der Hebung der Arbeitsproduktivität, in der Senkung der Unkosten, in der Beschleunigung des Kapitalumlaufes der Industrie, in der entschiedenen Einschränkung der immobilen Ressourcen der Industrie usw.

Die Notwendigkeit, die Rationalisierung der Industrie so entschlossen auf die Tagesordnung zu setzen, ergibt sich daraus, daß die Rationalisierung unter unseren Bedingungen eine zusätzliche Quelle für die Entfaltung der sozialistischen Industrie auf der Grundlage einer höheren Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten der Erzeugnisse darstellt und im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern eine Vermehrung der in der gesamten Produktion beschäftigten Stamarbeiter gewährleistet.

Die XV. Konferenz der KPdSU(B) hält es für eine der wichtigsten Aufgaben der entsprechenden Staats- und Wirtschaftsorgane, die Organisation der Produktion und die Verwaltung der Industrie zu verbessern und die administrativen und Verwaltungsausgaben maximal zu senken, um durch größte Sparsamkeit und Mobilisierung aller Mittel eine maximale Steigerung der Produktion, ihre Verbilligung und eine Verbesserung ihrer Qualität zu erzielen.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe erfordert eine entschlossene Beseitigung der heute noch vorhandenen Mängel, die die Produktion stören und die Arbeit der wirtschaftlich zusammen arbeitenden Betriebe desorganisieren: nicht termingemäße Erfüllung der Aufträge und ihre nicht rechtzeitige Bezahlung, verspätete Zustellung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Verzögerung der Lohnauszahlung, nicht rechtzeitige Bestätigung der Produktions-, der Finanz- und Kreditpläne usw.

Bei dem anhaltenden Wachstum unserer Industrie und der

Angespanntheit ihrer inneren Reserven müssen alle sie betreuenden Einrichtungen ihre Arbeitsmethoden überprüfen, den Bedürfnissen der von ihnen betreuten Industrie mehr Verständnis und Aufmerksamkeit entgegenbringen und jeden Überflüssigen, unnötigen Formalismus beseitigen, weil davon die Arbeit von Dutzenden und Hunderten Betrieben abhängt. Gleichzeitig muß eine wirkliche Verantwortlichkeit der Institutionen und Betriebe für die Verletzung von Verträgen und die Nichterfüllung der Planaufgaben festgelegt werden.

Die XV. Parteikonferenz stellt fest, daß die Investitionsprojekte ökonomisch und technisch nicht genügend durchgearbeitet, daß sie nicht genügend mit dem Gesamtwirtschaftsplan koordiniert werden und daß die Kontrolle über die auszuführenden Bauarbeiten nicht organisiert ist (was häufig zu unrationeller Verausgabung von Mitteln führte). Sie stellt deshalb den Organen der Industrie die Aufgabe, einen entschiedenen Kampf gegen diese Mängel zu führen. Die XV. Parteikonferenz der KPdSU(B) verpflichtet die betreffenden Staats- und Wirtschaftsorgane, für Großneubauten und den neuen industriellen Aufbau eine Kapitalanlage von nicht weniger als 900 Millionen Rubel und zusammen mit der Elektrifizierung von nicht weniger als 1 Milliarde Rubel zu gewährleisten. Sie verlangt von allen Organen maximale Umsicht bei Beginn der Großneubauten, die Einhaltung der strengsten Plansziplin und die Errichtung einer solchen Kontrolle über die Erfüllung der Pläne, daß die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Aufbaus sowie die Einhaltung der festgelegten Ausmaße und Fristen der Bauvorhaben gewährleistet sind.

Die Investitionen müssen in noch höherem Maße als im vergangenen Jahre vorwiegend für die Umgestaltung und Neuausrüstung der Schwerindustrie (Metall, Brennstoff, Elektrizität) angelegt werden. Insbesondere muß der Entwicklung der Buntmetallproduktion (Kupfer, Zinn, Blei, Aluminium) genügend Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Die Konferenz geht von der Notwendigkeit aus, in unserem Lande die Produktion von Produktionsmitteln zu forcieren, um die Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern auf diesem für die

Industrialisierung entscheidenden Gebiet zu besetzen. Sie stellt den Staats- und Wirtschaftsorganen die Aufgabe, den Maschinenbau allseitig zu entwickeln. Für dieses Ziel müssen die leitenden Organe der Industrie die größten Anstrengungen machen, in den Maschinenbau müssen die besten technischen Kräfte und die besten kommunistischen Verwaltungsfachleute geschickt werden.

Die Aufgaben, die auf dem Gebiet der Industrie vor der Partei und dem Staat stehen, können nur erfolgreich gelöst werden, wenn die schöpferischen Kräfte der breiten Arbeitermassen in diese kolossale Aufbauarbeit hineingezogen werden. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften und die Arbeiter in den Produktionsberatungen stärker an dieser Arbeit beteiligen.

Die Umgestaltung der Industrie auf einer neuen technischen Basis verlangt natürlich mehr als je zuvor die Mobilisierung aller im Lande vorhandenen technisch gebildeten Kräfte und eine sorgsame Behandlung der Spezialisten, die mit Hingabe zu ihrer Sache der Arbeiterklasse beim grandiosen Aufbau des Sozialismus helfen. Man muß der Tatsache Rechnung tragen, daß das kulturell rückständige vorrevolutionäre Rußland der proletarischen Diktatur eine äußerst geringe Zahl technisch gebildeter Kräfte hinterlassen hat. Der Staat muß deshalb nicht nur für das Wachstum der technischen Kultur, für die Ausbildung neuer technischer Kader aus Arbeitern und Bauern sorgen, sondern auch die vorhandenen Kräfte rationell und zweckmäßig einsetzen.

Die Konferenz lenkt ferner die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane auf die Notwendigkeit, die Qualifikation der Fachleute zu erhöhen sowie die unteren Glieder des Produktionssystems auf Kosten der Verwaltungsorgane durch erfahrene Spezialisten zu verstärken und für ihre Arbeit in der Produktion die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Die XV. Konferenz betont die große Bedeutung der örtlichen Industrie für die Wirtschaft des Landes sowie die in ihrer Entwicklung erzielten Erfolge und hält es für erforderlich, daß der Oberste Volkswirtschaftsrat und andere zentrale Organe ihr die

gebührende Aufmerksamkeit widmen und bei der Aufstellung von Kredit- und Importplänen sowie von Materialversorgungsplänen ihren Bedarf an Hilfsrohstoffen und Materialien berücksichtigen.

b) Das Preisproblem und der Warenumsatz

Die Politik der Partei geht auch unter den neuen Bedingungen der Industrialisierung von der Notwendigkeit aus, die Senkung der Industriepreise fortzusetzen. Nur dieser Kurs auf die Preissenkung entspricht den Interessen der breiten Massen in Stadt und Land. Um so größere Bedeutung erlangt die Überwindung der im Laufe des vergangenen Jahres aufgetretenen heftigen anomalen Erscheinungen auf dem Gebiet der Preise, die in erster Linie im Ansteigen der Einzelhandelspreise für Industriewaren zum Ausdruck kamen. Die Ursachen für das Ansteigen der Einzelhandelspreise liegen erstens in dem Warenmangel, der die Möglichkeit außerordentlich hoher Aufschläge und Gewinne für die Handelsorganisationen geschaffen hat, und zweitens in den unmäßigen Unkosten und der unrationellen Organisation des Warenverteilungsnetzes. Die größte Höhe erreichte der Einzelhandelsindex für Industriewaren am 1. Mai 1925 mit 2,71 gegenüber 2,25 am 1. Mai 1925. Unter dem Einfluß der Maßnahmen zur Senkung der Einzelhandelspreise erfuhr dieser Index, beginnend mit dem 1. Mai, eine gewisse Senkung und betrug am 1. Oktober 2,64. Diese Preissenkung kann auf keinen Fall als genügend angesehen werden. Die Preisschere zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreisen ist noch außerordentlich groß. Die Erreichung entschiedener Erfolge auf dem Weg einer weiteren Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren erlangt um so größere Bedeutung, als die Getreidepreise im Vergleich zum vorigen Jahr bedeutend niedriger sind.

Die Konferenz erachtet es als notwendig, die von der Partei eingeleitete Kampagne zur Senkung der Einzelhandelspreise mit aller Energie fortzusetzen und die breiten Schichten der in Genossenschaften organisierten Bevölkerung - der Arbeiter und Bauern - dazu heranzuziehen.

Die teilweise Erhöhung der Produktionskosten im vergangenen Jahr macht entschlossene Maßnahmen zur Selbstkostensenkung notwendig.

Die Konferenz erachtet es als notwendig, im Verlaufe dieses Jahres die Selbstkosten für Industriewaren so zu senken, daß auch eine Senkung der Verkaufspreise möglich wird.

Vollkommen irrig ist der Vorschlag einer Reihe von Genossen aus der Opposition, die Verkaufspreise für Industriewaren zu erhöhen, um dadurch zusätzliche Mittel für die Beschleunigung der Industrialisierung des Landes zu gewinnen. Diese Vorschläge lehnt die XV. Allunionskonferenz der KPdSU(B) mit aller Entschiedenheit ab. Die Industrialisierung durch Erhöhung der Verkaufspreise durchführen, heißt, unsere Industrie isoliert, losgelöst von allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft zu entfalten, die Erweiterung des Marktes für den Absatz ihrer Produktion einzuengen, eine weitere Erhöhung der Einzelhandelspreise zu begünstigen und damit den Reallohn zu senken, das Dorf gegen die Stadt aufzubringen, die Differenzierung auf dem Lande zu verstärken, indem man die Industriewaren nur für die wohlhabendsten Schichten des Dorfes zugänglich macht, die Voraussetzungen für eine Inflation zu schaffen und letzten Endes die Verwirklichung der Industrialisierung selbst zum Scheitern zu bringen. Die Erhöhung der Verkaufspreise ist besonders gefährlich, da faktisch ein Monopol der staatlichen Industrie besteht. Unter diesen Bedingungen würde sie unvermeidlich zum technischen Stillstand und zur Verstärkung des Bürokratismus im ganzen Wirtschaftsapparat führen.

Die Aufgaben, die vor der Partei und dem Sowjetstaat auf dem Gebiet der Preispolitik stehen, verlangen besondere Aufmerksamkeit für die Fragen der Organisation und Regelung des Warenverteilungsnetzes.

Die Konferenz vermerkt mit Befriedigung die Erfolge, die vom staatlichen Handel und den Genossenschaften in der Beherrschung des Warenumsatzes im ganzen Lande erzielt wurden und stellt fest, daß die auf den Beschlüssen der XIV. Parteikonferenz beruhende Linie, deren Ziel die Stärkung der herrschenden Stellung der Genossenschaften und des staatlichen Handels auf dem Gebiet des Warenumsatzes ist, auch weiterhin mit aller Entschlossenheit fortgesetzt werden muß. Gleichzeitig trifft die Konferenz

die Feststellung, daß die Erfolge, die im Kampf für die Gesundheit und Verbilligung des staatlichen und genossenschaftlichen Warenverteilungsnetzes erzielt wurden, ungenügend sind.

Durchführung des strengsten Sparsamkeitsregimes in den Handelsorganisationen, rücksichtsloser Kampf für die Senkung der Unkosten, Einschränkung der Apparate, Überwindung der Mißwirtschaft, der Schlamperei und des Bürokratismus in den Handelsapparaten sowie Stärkung der Kreditdisziplin, das sind nach wie vor diejenigen Aufgaben, auf deren Lösung die Partei, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft die größte Aufmerksamkeit richten müssen.

Die Genossenschaft, die den Einzelhandelsumsatz zu über 40 Prozent (und zusammen mit dem staatlichen Einzelhandel zu über 60 Prozent) beherrscht, muß dem kleinen Verbraucher - dem Arbeiter und Bauern - ihre Vorzüge vor dem privatkapitalistischen Handel als die billigere, sparsamere und den Interessen der breiten Verbrauchermassen besser entsprechende Organisation in der Praxis beweisen. Deshalb ist die Verbesserung des genossenschaftlichen Handels eine Frage, die über den Rahmen einer engen wirtschaftlichen Aufgabe hinausgeht und gewaltige politische Bedeutung gewinnt.

Neben dem vergesellschafteten Sektor der Volkswirtschaft, der wie gesagt im Wachsen begriffen ist, wird das Privatkapital auch fernerhin, insbesondere auf dem Gebiet des Warenumsatzes, noch eine bedeutende Rolle spielen. Daraus folgt, daß die Partei und der Staat den Fragen des Kampfes gegen das Privatkapital besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Einige Erfolge, die auf dem Wege der staatlichen Regulierung des Privatkapitals (ökonomische Regulierung im Transportwesen, Versorgung mit Industriewaren nur zu streng festgelegten Bedingungen, Zuweisung eines streng begrenzten Tätigkeitsgebietes an das Privatkapital usw.) erzielt wurden, zeugen davon, daß das Privatkapital bei einer besseren Kontrolle über seine Tätigkeit in größerem Maße als bisher der staatlichen Regulierung unterworfen werden kann.

Die Konferenz unterstreicht besonders die gegenwärtig offensichtlich ungenügende Kontrolle über den Umfang des Privatkapitals und die Richtung seiner Tätigkeit. Dieses Fehlen der Kontrolle führte zu übertriebenen Berechnungen der privatkapitalistischen Akkumulation in einzelnen Wirtschaftszweigen. Dieses Fehlen einer Kontrolle erschwert auch, da das Privatkapital beim Übergang aus einer Tätigkeitssphäre in eine andere sehr beweglich ist, die praktische Verwirklichung der Steuerpolitik der Partei, die auf einer progressiven Einkommensteuer und damit auf einer Einschränkung der privatkapitalistischen Akkumulation beruht. Die fehlende Kontrolle ermöglichte einzelnen Gruppen des Privatkapitals letzten Endes auch, sich der Besteuerung zu entziehen (Gruppen, die mit dem Devisenmarkt verbunden sind u.a.).

Besondere Aufmerksamkeit lenkt die Konferenz auf die Notwendigkeit, eine sorgfältige Kontrolle über die Tätigkeit des Privatkapitals, das mit der Heimindustrie verbunden ist, zu errichten, um die Heimarbeiter und Handwerker vor Ausbeutung zu schützen.

Die Konferenz, die die von Partei und Staat durchgeführten Maßnahmen zur verstärkten Besteuerung des privatkapitalistischen Profits gutheißt, erachtet es als notwendig, eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die erstens die nötige Kontrolle über die Tätigkeit des Privatkapitals und zweitens die Konzentration seiner Arbeit auf jene Zweige der Volkswirtschaft gewährleisten, die eine Regelung seiner Tätigkeit, eine Kontrolle und Besteuerung seiner Profite in besonders hohem Grade ermöglichen.

c) Der Außenhandel

Die Verwirklichung der Industrialisierung erfordert im jetzigen Entwicklungsstadium eine maximale Einfuhr von Fabrikausrüstungen; deren verstärkter Import ist aber abhängig von der Entwicklung des Exports und vom Verzicht auf den Import jener Waren, die innerhalb der UdSSR hergestellt werden können.

Aus dem Mißverhältnis zwischen dem Entwicklungsniveau des Außenhandels und der Entwicklung der Produktion innerhalb des Landes ergibt sich in voller Größe die Aufgabe, den Export maximal

zu erweitern. Ausgehend hiervon erachtet es die Konferenz für unbedingt erforderlich, eine solide Exportbasis der Volkswirtschaft zu schaffen, indem die Entwicklung der entsprechenden Zweige der Landwirtschaft und der Industrie gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit muß der Einrichtung von Elevatoren und Kühlhäusern, der Erstbearbeitung von Exporterzeugnissen der Landwirtschaft, deren Standardisierung und der entsprechenden Organisation des Transports entgegengebracht werden. Aus denselben Gründen hält es die Konferenz für notwendig, einen speziellen Fonds für die Prämierung des Exports der am wenigsten rentablen Waren zu schaffen.

Die Konferenz stellt fest, daß die Richtlinien der Partei über die aktive Außenhandelsbilanz im Verlaufe der letzten zwei Jahre nicht eingehalten wurden und unterstreicht sehr entschieden die Notwendigkeit, ein solches Verhältnis zwischen Export und Import herzustellen, das mit absoluter Sicherheit den Abschluß der Handelsbilanz mit einem aktiven Saldo garantiert, und zwar in solcher Höhe, daß die Akkumulation von Devisenreserven gewährleistet ist.

Eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung des Außenhandels ist die Senkung der noch immer unmäßig hohen Unkosten sowie die Verbesserung der Arbeit des Außenhandelsapparates und seine Verbilligung.

Die XV. Allunionskonferenz hebt die Unerschütterlichkeit des Außenhandelsmonopols hervor, welche die grundlegende Voraussetzung für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern und für die Entwicklung eines Außenhandels ist, der den grundlegenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus am besten entspricht.

d) Fragen der Arbeit

Die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, die Hebung ihres Lebensniveaus in Übereinstimmung mit den Errungenschaften und Erfolgen der Volkswirtschaft ist eine der grundlegenden Aufgaben der Partei.

Die vergangenen Jahre waren durch das stürmische Anwachsen der Zahl der beschäftigten Arbeiter, das Ansteigen des Nominal- und Reallohnes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Im Zusammenhang damit wuchs der Anteil des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger am gesamten Nationaleinkommen systematisch von Jahr zu Jahr und betrug (nach Angaben des Gosplan) im Jahre 1925/26 29,2 Prozent gegenüber 23,2 Prozent im Jahre 1923/24 und 22 Prozent im Jahre 1913.

Im Verlaufe des vergangenen Jahres stieg die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter um 439 000.

Der reale Tageslohn erhöhte sich um 11,7 Prozent.

Die XV. Allunions-Parteikonferenz billigt voll und ganz die vom ZK gefaßten Beschlüsse über die im Laufe dieses Jahres durchzuführende Erhöhung des Lohnniveaus in den zurückgebliebenen Produktionszweigen und den besonders niedrig bezahlten Arbeitergruppen als einen weiteren Schritt zur Beseitigung des anomalen Unterschiedes in der Bezahlung verschiedener Kategorien von Werktätigen.

Die Konferenz stellt fest, daß im vergangenen Jahr eine Reihe ungesunder Erscheinungen aufgetreten sind, die in erster Linie in einem verlangsamten Wachstum der Arbeitsproduktivität und der verschlechterten Qualität der Arbeit bestehen. Die Gründe liegen in der Einbeziehung einer bedeutenden Menge wenig qualifizierter Arbeiter in den Arbeitsprozeß, in der unrationellen Verwendung der Arbeitskräfte und in einer teilweisen Schwächung der Arbeitsdisziplin (Bummelantentum usw.). Die rasche Zunahme der mutwilligen Arbeitsversäumnisse macht es notwendig, zur Sicherung einer kontinuierlichen Produktion bedeutend mehr Arbeiter zu beschäftigen (für Fälle etwaigen Nichterscheins zur Arbeit) und damit die Produktion wesentlich zu verteuern. Gegen diese ungesunden Erscheinungen muß ein entschlossener Kampf geführt werden. Neben den in dieser Richtung zu treffenden administrativen und technischen Maßnahmen erlangen die Produktionsberatungen gewaltige Bedeutung. Ohne aktive Beteiligung der Arbeitermassen kann der Kampf für die Stärkung der Arbeitsdisziplin nicht

mit vollem Erfolg geführt werden, ebenso wie auch alle anderen Aufgaben und Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus ergeben, ohne breite Beteiligung der Arbeitermassen nicht erfolgreich bewältigt werden können.

Die Aufgabe der Industrialisierung des Landes kann nur dann mit Erfolg gelöst werden, wenn die breiten Arbeitermassen sich sowohl über die Aufgaben im klaren sind, die bei der Erweiterung der Industrie vor der Arbeiterklasse stehen, als auch über die Schwierigkeiten beim Aufbau der gesamten Volkswirtschaft.

Die Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen müssen in jeder Weise dazu beitragen, daß die Arbeit der Produktionsberatungen verbessert wird und ihre auf die Verbesserung und Rationalisierung der Produktion gerichteten Hinweise und Beschlüsse schnellstens verwirklicht werden.

Die praktische Verwirklichung der Industrialisierung macht es zur dringlichen Aufgabe, die technische Qualifizierung der vorhandenen und die Ausbildung neuer qualifizierter Arbeiterkader zu erreichen und das gesamte kulturelle Niveau der Arbeitermassen zu heben. In Verbindung hiermit ist es erforderlich, die Arbeit der Fabrik- und Werkschulen zu verbessern, das Netz der Abendkurse zu erweitern und die Bedingungen für die individuelle und brigadeweise Werkschulung zu erleichtern. Es ist notwendig, der berufstechnischen Ausbildung und der Festigung ihrer Verbindung mit der Industrie die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Wohnungsfrage ist im Leben der Arbeiter zu einer der brennendsten Fragen geworden, ohne deren positive Lösung eine Verbesserung ihrer Lage in Zukunft nicht möglich ist. Schon nicht zu reden davon, daß die sich verschärfende Wohnraumkrise das stärkste Hindernis für die weitere Entfaltung der Industrie darstellt. Die XV. Parteikonferenz mißt dem Bau von Arbeiterwohnungen, dessen Verwirklichung eine Reihe von Jahren erfordert, erstrangige Bedeutung bei und billigt voll und ganz die praktischen Beschlüsse des Juli-Plenums des ZK und der ZKK zur Wohnungsfrage. Sie hält es für erforderlich, die Durchführung dieser Beschlüsse zu beschleunigen. Dabei lenkt sie die besondere

Aufmerksamkeit auf die rechtzeitige Genehmigung der Kredite für den Wohnungsbau und auf die verstärkte Kontrolle über die richtige Verwendung dieser Kredite.

Die XV. Parteikonferenz stellt fest, daß es trotz des Wachstums der Industrie und der Einstellung von über 400 000 neuen Arbeitern in die staatliche Industrie im vorigen Jahr eine bedeutende Zahl von Arbeitslosen gab.

Die Hauptquelle, aus der sich die Arbeitslosen rekrutieren, ist das Dorf, das die in der Landwirtschaft überflüssigen Arbeitskräfte nach der Stadt abstößt. Bedeutenden Einfluß auf das Wachstum der Arbeitslosigkeit hat auch die Einschränkung des Bedienungspersonals in den Wirtschafts- und Staatsorganen.

Die in der Hauptsache mit der Übervölkerung des Dorfes zusammenhängende Arbeitslosigkeit wird unvermeidlich langwierig sein. Die wichtigsten Mittel zu ihrer Beseitigung bestehen erstens darin, in der Landwirtschaft selbst Maßnahmen durchzuführen, die ihren Bedarf an Arbeitskräften steigern, (Unterstützung der Dorfarmut, verstärkter Anbau arbeitsintensiver Kulturen, Intensivierung der Landwirtschaft, ihre Kollektivierung, Umsiedlung usw.) und zweitens in der Entwicklung der Industrie. Gleichzeitig sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um den Umfang der öffentlichen Arbeiten zu erweitern, die Arbeitslosenunterstützung, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern zu regeln und Arbeitsnachweise zu organisieren.

Die Ergebnisse der Arbeit der Gewerkschaften und ihre nächsten Aufgaben

Einführung

Die gegenwärtige Lage wird gekennzeichnet durch das rasche Wachstum der Produktivkräfte des Landes im allgemeinen und der staatlichen Industrie im besonderen. Dieses Wachstum wird gleichzeitig begleitet von einem Wachsen der sozialen Widersprüche und - im gegebenen Zeitabschnitt - von einer gewissen Verschärfung

des Klassenkampfes im Lande bei relativer Stärkung der ökonomischen und politischen Positionen des Proletariats. Die wachsende wirtschaftliche sowie auch politische Aktivität der dem Proletariat unmittelbar feindlichen Klassen und Gruppen (Bourgeoisie, Kulakentum) sowie die wachsende Aktivität des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums, das der proletarischen Führung bedarf und unvermeidliche Schwankungen an den Tag legt, erfordert die Konsolidierung, den festen Zusammenschluß und die Organisation aller Kräfte des wachsenden Proletariats. Das Industrieproletariat muß als führende Klasse der Sowjetgesellschaft auch weiterhin seine Positionen und seinen Einfluß in jeder Weise festigen. Die Gewerkschaften, die die breiteste Form einer ihrer Zusammensetzung nach rein klassenmäßigen Vereinigung der Arbeiter darstellt, werden im gegenwärtigen Moment vor gewaltige Aufgaben gestellt. Die kommunistische (allgemeinpolitische, kulturelle, berufliche) Erziehung neuer Schichten der Arbeiterklasse, die Hebung der allgemeinen Aktivität des Proletariats sowohl im politischen Leben des Landes als auch auf dem Gebiet des wirtschaftlichen sozialistischen Aufbaus, die Erhöhung des materiellen Lebensniveaus des Proletariats in Verbindung mit dem Wachstum der Arbeitsproduktivität sowie die weitere Heranziehung breiter proletarischer Massen zum Kampf gegen den Bürokratismus und die bürokratischen Auswüchse im Staatsapparat - das sind die Aufgaben, deren Lösung jetzt besonders dringlich ist.

Der Wendepunkt im Leben unserer Wirtschaft, der mit dem Übergang vom Wiederherstellungs- zum Rekonstruktionsprozeß und den besonderen Schwierigkeiten dieses Übergangs verbunden ist, verlangt von den Gewerkschaften eine besonders angestrengte Arbeit auf dem Gebiet der breiten Massenaufklärung, der Hebung ihres Interesses für die allgemeinen Aufgaben der Klasse und die breitere Heranziehung der Arbeitermassen zum sozialistischen Aufbau (Sowjets, Wirtschaftsorgane, Genossenschaft usw.).

Das Wachstum der Gewerkschaften, das sich aus dem Wachstum des Proletariats im Lande ergibt, muß als mächtiger Faktor bei der Festigung der proletarischen Diktatur und des sozialistischen

Aufbaus dienen.

Angesichts des Kampfes für die internationale Gewerkschaftseinheit, der sich unter den Schlägen des angreifenden Kapitals entfaltet, entsteht für die Gewerkschaften der UdSSR gleichzeitig die Aufgabe, noch energischer an der Front des internationalen proletarischen Kampfes zu arbeiten. Der wachsende Einfluß der Gewerkschaften der UdSSR auf diesem Gebiet muß die Bände der internationalen Solidarität unter den breiten Massen des kämpfenden Proletariats noch fester knüpfen, die brüderliche Verbundenheit zwischen den Proletariern der kapitalistischen Länder und den Proletariern der Sowjetunion stärken und damit zur Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt vom Joch des Kapitals und zum Kampf für den Sieg der Weltrevolution beitragen.

Die Lage der Gewerkschaften

Trotz einer Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten des vergangenen Jahres ist die sowjetische Wirtschaft auch weiter in allen Zweigen ununterbrochen gewachsen. Zusammen mit ihr wuchs auch die Zahl des Proletariats und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder:

Am 1. April 1925 6 950 400
Am 1. April 1926 8 768 200

Das bedeutet eine Zunahme um 26,2 Prozent.

Neben dem zahlenmäßigen Wachstum der Gewerkschaften ging auf der Grundlage der Entfaltung der proletarischen Demokratie eine ständige Vertiefung ihrer Arbeit, eine Erweiterung des Netzes der Gewerkschaftsorganisationen, eine Erweiterung und Erneuerung des Gewerkschaftsaktivs durch Heranziehung neuer Zehntausender von Arbeitern zur proletarischen gesellschaftlichen Betätigung vor sich, wodurch die Richtigkeit der Direktiven des XIV. Parteitages in der Praxis voll und ganz bestätigt wurde.

Ferner wurde die gesamte Finanzpolitik der Gewerkschaften auf eine bedeutend gesündere Basis gestellt: die Finanzen wurden gefestigt, die Hilfe für die Arbeitslosen verstärkt, die Ausgaben für die Kulturarbeit erhöht, die finanzielle Rechnungslegung ver-

bessert und die Kontrolle durch die oberen Organe sowie die Tätigkeit der Revisionskommission verstärkt; Veruntreuungen traten wesentlich seltener auf.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß neben den zweifellosen Erfolgen der Gewerkschaften auf allen Gebieten ihrer Arbeit und bei der Liquidierung der widerlichen Formen der "wirtschaftlichen" Abweichung eine Reihe ernster Mängel und Abweichungen in ihrer Arbeit vorhanden sind, die die weitere Verwirklichung der Beschlüsse des XIV. Parteitages hemmen können. Diese Mängel und Abweichungen müssen endgültig und entschlossen beseitigt werden.

Ungeachtet der bedeutenden Verbesserung der allgemeinen Massenarbeit und der lebendigen Verbindung zwischen den oberen und unteren Organen der Gewerkschaften, werden in der Arbeit der Gewerkschaften noch immer folgende Mängel beobachtet:

1.) Ungenügende Erfüllung ihrer unmittelbaren Verpflichtungen bei der Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, mangelnde Aufmerksamkeit für deren kleine dringliche soziale und wirtschaftliche Nöte und Forderungen, zuwenig energische Vertretung der gerechten und gesetzlichen Forderungen der Arbeiter gegenüber den Staats- und Wirtschaftsorganen, die Langsamkeit und manchmal sogar Verschleppung ihrer Verwirklichung.

2.) Die bei weitem noch nicht genügende sachliche Verbindung zwischen dem ZK, den Gouvernementsabteilungen und den Rayonkomitees der Gewerkschaften einerseits und zwischen diesen letzteren und den Betrieben andererseits sowie auch zwischen den Leitern der Betriebsgewerkschaftskomitees und den eigentlichen arbeitenden Massen der Abteilungen, was von einem starken Vorherrschen von Kanzleimethoden bei der Leitung zeugt, das stets zu Mißverständnissen zwischen den Geleiteten und Leitern, zum Formalismus auf der einen und zur Gereiztheit und zum Mißtrauen auf der anderen Seite führt. Dies ist eine der Ursachen für die Fälle von Verletzung der Gewerkschaftsdisziplin, für die Konflikte und Streiks "ohne Wissen" der Gewerkschaft, die vorgekommen sind. Ein weiterer Mangel ist der Umstand, daß die Leiter und Vertreter der obersten Gewerkschafts-

organe außerordentlich selten die Betriebe besuchen.

3.) Die ungenügende Erneuerung der hauptamtlichen wählbaren Mitarbeiter der Betriebsgewerkschaftskomitees in einer ganzen Reihe von Rayons (Vorsitzende, Sekretäre, Mitglieder des Präsidiums), die schwache Heranziehung von parteilosen Arbeitern für diese Posten sowie auch für die höheren Organe der Gewerkschaftsorganisationen (Gouvernementsabteilungen, Gouvernementsgewerkschaftsrat, ZK), so daß diese Schicht von Funktionären Gefahr läuft, sich zu isolieren und von den Massen zu entfernen.

4.) Die unzureichende Arbeit an der Erziehung des jungen Aktivs, was zur Folge hat, daß in seinen Reihen Fälle von Undiszipliniertheit, von Schwankungen und Unfähigkeit, den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Massen zu sichern, vorkommen.

5.) Mängel in der Massenarbeit, insbesondere in der Organisation der allgemeinen und Delegiertenversammlungen, die Überladung der Tagesordnung der allgemeinen und Delegiertenversammlungen mit abstrakten, für die Arbeiter uninteressanten Fragen, in denen die für die Arbeiter dringlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen untergehen und nicht die nötige Klärung erfahren, die Nichterfüllung der in den allgemeinen Versammlungen angenommenen Beschlüsse und ihre verspätete Darlegung von den Arbeitern, die Enttäuschung der Arbeiter über die allgemeinen Versammlungen, die Ermüdung und leichtsinnige Einstellung zu ihnen.

6.) Vollkommen ungenügend ist die Beteiligung der Gewerkschaften an der Arbeit der Sowjets und ihrer Organe, der Genossenschaften usw. und ihre Verbindung zu diesen Organen. Das ist ein besonders unnormaler Zustand unter den gegenwärtigen Bedingungen, da diese ihre Arbeit entfalten und beleben, was eine organisierte Teilnahme der Arbeiter am Aufbau der Verwaltung und der Genossenschaften in allen ihren Zweigen verstärkt notwendig macht.

7.) Zu den Mängeln der Gewerkschaftsarbeit gehören auch die Ergebnisse der letzten Neuwahlen der Fabrikkomitees. Obgleich die Gesamtzahl der Arbeiterinnen, die zur aktiven Gewerkschaftsarbeit herangezogen und in alle wählbaren Organe der Gewerkschaften gewählt wurden, zweifellos gewachsen ist, zeigen die letzten Wahlen

der Fabrikkomitees, daß der Prozentsatz an Frauen zwar im allgemeinen gestiegen, aber in einzelnen Betriebsgewerkschaftskomitees großer Industriezentren etwas gefallen ist. Die Gewerkschaften müssen, ohne die Prinzipien der normalen Demokratie zu verletzen, bei den Wahlen der Gewerkschaftsorgane ihre Mitglieder tatkräftiger über die Notwendigkeit aufklären, Arbeiterinnen in alle Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Sowjetfunktionen aufrücken zu lassen, und müssen die Kandidaturen der Arbeiterinnen bei den Wahlen energisch unterstützen.

Entsprechend den neuen Richtlinien des ZK und des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, die eine richtige Abgrenzung zwischen der Partei- und Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen festlegen, muß in der gesamten Gewerkschaftsarbeit der Entfaltung der Arbeit unter den Frauen in den Betrieben mehr Aufmerksamkeit eingeräumt werden. Wenn man die Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen vollständig den Betriebsgewerkschaftskomitees überträgt, werden die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterinnen (Arbeitsschutz, Hebung der Qualifikation usw.) besser und vollkommen wahrgenommen und damit die Arbeiterinnen stärker an der Gewerkschaftsarbeit interessiert.

8.) Die Praxis, die Betriebskollektivverträge in den Delegierten und allgemeinen Versammlungen zu behandeln, hat zweifellos positive Resultate gezeitigt. Sie hat bei den Arbeitern eine bewußtere Einstellung zu ihren sich aus dem Betriebskollektivvertrag ergebenden Rechten und Pflichten sowie eine klarere und bewußtere Vorstellung von der wirtschaftlichen Lage und den Produktionsaufgaben ihres Betriebes entwickelt. Diese Praxis der vorangehenden Diskussion über den Betriebskollektivvertrag in allgemeinen Arbeiterversammlungen mit nachfolgenden Berichten über den Gang der Verhandlungen und über ihre endgültigen Ergebnisse muß allgemein verbreitet werden. Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß beim Abschluß von Betriebskollektivverträgen Fälle von Verzögerung aufgetreten sind, die Unzufriedenheit bei den Arbeitern hervorriefen. Zur Beseitigung dieser Mängel werden der Zentralrat der Gewerkschaften, der Oberste Volkswirtschaftsrat und das Volks-

kommissariat für Arbeit beauftragt, den unteren Organisationen und Institutionen entsprechende Anweisungen zu geben.

Das Sparsamkeitsregime

Das politische und kulturelle Wachstum der grundlegenden Kader des Proletariats führt dazu, daß sich seine Empfindlichkeit gegenüber allen Verletzungen des revolutionären Rechtes und bürokratischen Entstellungen der Linie der Sowjetmacht entwickelt, die sich einzelne Mitarbeiter der Verwaltung zuschulden kommen lassen. Dieses Wachstum bildet die Grundlage für die weitere Hebung der Arbeitsproduktivität und für weitere Erfolge beim sozialistischen Aufbau unter bewußter Teilnahme des gesamten Proletariats. Es verlangt gleichzeitig von den Verwaltungsfunktionären und Wirtschaftlern, daß sie im Umgang mit den Arbeitern taktvoll und aufmerksam sind, die Linie des Sowjetstaates in allen Zweigen der Sowjet- und insbesondere der wirtschaftlichen Tätigkeit genau durchführen und die Gesetze und die Rechte der Arbeiter wahren.

Das Sparsamkeitsregime als die unbedingte Voraussetzung der sozialistischen Akkumulation, der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Preissenkung für alle Produkte und Waren hat bereits einige, wenn auch noch bescheidene Resultate gezeitigt. Zweifellos werden unsere Erfolge auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr größer werden und die Voraussetzung für eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter bilden.

Das Sparsamkeitsregime ist somit auf die Festigung und Entwicklung der Errungenschaften, die sich die Arbeiter und Arbeiterinnen im Oktober erobert haben, gerichtet und kann nur dann erfolgreich verwirklicht werden, wenn es von den breitesten Arbeitermassen unbedingt aktiv unterstützt wird und wenn der Kampf gegen die Mängel im Staats- und Wirtschaftsapparat, die Vervollkommnung des Systems der Produktionsverwaltung und der eigentlichen Organisation der Produktion, die strenge Einschränkung unproduktiver Ausgaben und die Festigung der Arbeitsdisziplin bei gleichzeitigem wirksamen Schutz der Rechte und Interessen der Arbeiter seine Grundlage bilden.

Deshalb sind die offensichtlichen Entstellungen des Sparsamkeitsregimes durch eine Reihe von Wirtschaftsorganen, die es nicht durch Rationalisierung der Produktionsprozesse und Senkung der Unkosten, sondern durch Verletzung der dringlichsten Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter zu verwirklichen versuchten, als vollkommen unzulässig zu bezeichnen. Diese Organe haben die Arbeiter durch häufige unzeitige Überprüfungen der Normen und Tarife, durch kleinliche, nörglerische Einstellung des Verwaltungspersonals und manchmal sogar durch unmittelbare Verletzung der Betriebskollektivverträge und des Kodex' für Arbeitsrecht nervös gemacht. Die Partei und die Gewerkschaften müssen jeglichen bürokratischen Entstellungen von der Linie der Partei und der Sowjetmacht durch Wirtschaftsorgane und einzelne Administratoren den entschiedenen Kampf ansagen.

Gleichzeitig bestehen die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften in der planmäßigen unermüdlichen Arbeit an der Festigung der Gewerkschafts- und Arbeitsdisziplin, im entschlossenen Kampf mit den anarchischen Methoden, die von einzelnen Arbeitergruppen zur Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Fragen angewandt werden ("Getrödel", Streiks ohne Erlaubnis der Gewerkschaft usw.), ohne die gesetzlichen und normalen Methoden zur Erfüllung ihrer Forderungen auszuschöpfen.

Ebenso, wie die Gewerkschaften entschlossen gegen bürokratische Entstellungen der Wirtschaftsorgane kämpfen und die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiter energisch vertreten, müssen sie, gestützt auf die bewußtesten Kader des Proletariats, einen nicht weniger energischen Kampf gegen willkürliche Verletzungen der Produktions- und Arbeitsdisziplin führen, da sie den gesamten sozialistischen Aufbau, die ureigenste Sache der Arbeiterklasse, gefährden. Dem Bummelantentum, der Unordnung, der gewissenlosen Einstellung zu den eigenen Verpflichtungen müssen die Gewerkschaften, gestützt auf die proletarische öffentliche Meinung, den entschiedensten Kampf erklären. Die Gewerkschaften sollen nicht nur alle vernünftigen Maßnahmen der Wirtschaftsorgane, die auf die Durchführung des Sparsamkeitsregimes gerichtet sind,

unterstützen, sondern auch selbst konkrete Vorschläge machen, die darauf hinzielen, die Losungen der Partei über das Sparsamkeitsregime und die Rationalisierung der Produktion zu verwirklichen.

Die exakte Einhaltung der Gesetze, der Kollektivverträge, der Arbeits- und Betriebsvorschriften (Kodex des Arbeitsrechts, Kollektivverträge, Betriebsordnungen, Verordnungen der Schlichtungsinstanzen und Schiedsgerichte usw.) sowohl durch die Administration als auch durch die Arbeiter, muß die notwendigste Voraussetzung einer richtigen Organisation der Arbeit und einer gesunden Arbeitsdisziplin sein.

Die Produktionsberatungen

Der XIV. Parteitag der KPdSU wies die Partei und die Gewerkschaften darauf hin: "Die Produktionsberatungen in den Fabriken, Werken und anderen großen Betrieben und Wirtschaften sind das beste Mittel, um die breiten Arbeitermassen zum praktischen Aufbau der Sowjetwirtschaft heranzuziehen, um sie zum Verständnis dafür zu erziehen, daß die Interessen der Werktätigen unmittelbar vom Ausmaß der wirtschaftlichen Erfolge des sozialistischen Staates abhängen, und um neue Wirtschafts- und Verwaltungskader aus den Reihen der Arbeiter heranzubilden und zu erziehen."¹⁾

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Praxis diese vom XIV. Parteitag getroffene Feststellung über die Rolle der Produktionsberatungen voll und ganz bestätigt hat. Gegenwärtig müssen die Produktionsberatungen (und -konferenzen) unter der geschickten und energischen Anleitung der Gewerkschaften eine besonders bedeutende Rolle spielen, indem sie breite Arbeiterschichten zur bewußten Teilnahme an der Organisation der Industrie und des gesamten sozialistischen Aufbaus bewegen, sie erziehen und in der Verwaltung der Produktion unterrichten, neue Tausende proletarischer Verwaltungsfunktionäre und Wirtschaftler entwickeln und damit die feste Grundlage für den Kampf gegen Bürokratismus und für die Gesundung des gesamten Staats- und Wirtschaftsapparates schaffen.

1) Siehe vorliegenden Band, Seite 42 - D.Red.

Entgegen dem panischen Geschrei der Opposition entwickeln sich die Produktionsberatungen und gehen allmählich zu einer gründlicheren Arbeit über. Die erste Etappe in der Arbeit der Produktionsberatungen - die Besprechung und Beseitigung der wesentlichsten Mängel - ist in der Hauptsache fast abgeschlossen.

Die vorübergehenden Stockungen, die in der Arbeit der Produktionsberatungen beobachtet wurden, erklären sich aus folgenden Ursachen: Bürokratismus in den Wirtschaftsorganen, geringschätzig-e Einstellung eines gewissen Teiles der Wirtschaftler sowie der Fabrik- und Werkverwaltung zu den Produktionsberatungen, deren bisweilen eifersüchtige Einstellung zu den Vorschlägen der Arbeiter, unaufmerksame und manchmal nachlässige Einstellung einzelner Gewerkschaften zu den Vorschlägen, fehlendes Verständnis (der Gewerkschaften) für die Notwendigkeit, technisch mögliche und vom Standpunkt der Produktion zweckmäßige Vorschläge der Produktionsberatungen energisch zu verwirklichen, - Unvermögen, die Öffentlichkeit und die proletarische Demokratie im Kampf mit dem Amtsschimmel auszunutzen (Wandzeitungen, Zeitungsberichte, Referate in allgemeinen Versammlungen) und ungenügende Erfassung, Kontrolle und Rechenschaftslegung über das Schicksal der von den Produktionssachberatungen gemachten Vorschläge.

Die Konferenz, die die Richtlinien des XIV. Parteitages über die Aufgaben der Produktionsberatungen bestätigt, stellt fest, daß die nächsten Aufgaben im gegebenen Moment folgende sind:

1.) Vertiefung der Arbeit der Produktionsberatungen durch Übergang zu einer grundsätzlich planmäßigen Arbeit, indem sie anfangs Arbeitspläne für einen verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitt aufstellen, wobei sie es jedoch nicht ablehnen dürfen, nicht vorgesehene Fragen, die von den Teilnehmern der Beratungen aufgeworfen werden, in die Tagesordnung aufzunehmen.

2.) Übergang zur Erörterung und Bearbeitung größerer allgemeiner Fragen wie z.B.: Verbesserung der Arbeits- und Produktionsorganisation der ganzen Abteilung, des ganzen Betriebes, der gesamten Vereinigung usw., indem man große schwierige Fragen in eine Reihe kleinerer Einzelfragen aufteilt und jede von ihnen gesondert

in Abteilungsproduktionsberatungen und besonders für diesen Zweck geschaffenen Kommissionen durcharbeitet. Das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion und die einzelnen ZKs der Gewerkschaften sollen die Arbeit der Produktionsberatungen aufmerksam studieren und auf dieser Grundlage eine Reihe von Musterinstruktionen über die Methoden und das System der Arbeit der Produktionsberatungen ausarbeiten sowohl solche allgemeinen Charakters als auch solche für die einzelnen Industriezweige. Ferner sollen sie die Herausgabe einer besonderen Zeitschrift zur Anleitung der Arbeit und zur Zusammenfassung der Erfahrungen der Produktionsberatungen in Erwägung ziehen.

3.) Alle Gewerkschaftsorganisationen müssen der Arbeit der Produktionsberatungen mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher, sie besser praktisch anleiten, sich beharrlich bemühen, die schnellste Verwirklichung ihrer vom Standpunkt der Produktion zweckmäßigen Beschlüsse durchzusetzen und die Beratungen bei Ablehnung ihrer Beschlüsse oder bei Verzögerung ihrer Verwirklichung gemeinsam mit den Wirtschaftlern regelmäßig und möglichst genau über die Ursachen informieren. Die Parteiorganisationen müssen den Gewerkschaftsorganisationen bei dieser Arbeit volle Unterstützung gewähren.

4.) Die Wirtschaftsorgane werden verpflichtet, den Produktionsberatungen auf der Grundlage des Rundschreibens vom Juli (Oberster Volkswirtschaftsrat und Zentralrat der Gewerkschaften) mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Oberste Wirtschaftsrat muß darauf achten, daß nach dem erwähnten Rundschreiben verfahren wird, er muß Maßnahmen zur Beseitigung des Amtsschimmels und der Schlamperei bei der Überprüfung der Vorschläge der Produktionsberatungen treffen und die Verwaltungsfunktionäre und Wirtschaftler, die diese Richtlinien nicht erfüllen und die Linie des Sowjetstaates in dieser Frage entstellen, zur Verantwortung ziehen.

Um die Arbeit der Produktionsberatungen zu vertiefen, um sie, und damit die Arbeitermassen, in engere Verbindung mit der Verwaltung der Betriebe zu bringen, sie mit den Plänen, Finanzen, dem

Handelsapparat, den ausführenden Organen und der rationellen Ausnutzung der vorhandenen Reserven vertraut zu machen - wird es als nützlich angesehen, in einzelnen Betrieben versuchsweise zeitweilige Kontrollkommissionen aus Arbeitern des betreffenden Betriebes zu schaffen, die vom Betriebsgewerkschaftskomitee und den Produktionsberatungen gebildet werden. Die Aufgabe solcher Kommissionen muß es sein, die gesamte Tätigkeit der Betriebsverwaltung in einer bestimmten Periode ihrer Arbeit, ihre Pläne, Finanzen, Verwaltungsmethoden, die Struktur des Apparates sowie die rationelle Ausnutzung der zu seiner Verfügung stehenden Reserven mit allen Einzelheiten kennenzulernen, um vor dem Plenum der Produktionsberatung gemeinsam mit den Wirtschaftlern einen entsprechenden Bericht abzugeben.

Die genaue Aufzählung der Rechte und Pflichten solcher Kommissionen, ihre Struktur und die Methode ihrer Bildung sowie die Festlegung jener Betriebe, in denen dieser Versuch in erster Linie durchgeführt werden soll, sind vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion und dem Obersten Volkswirtschaftsrat auszuarbeiten. Die Gewerkschaften müssen die Arbeit der Produktionskonferenzen dadurch vertiefen, daß sie sie sorgfältiger und sachkundiger vorbereiten und ihre Tagesordnung vorher durcharbeiten, ihre Erfahrungen berücksichtigen, die Verwirklichung ihrer Beschlüsse regelmäßig überprüfen und die auf den betreffenden Konferenzen festgestellten Mängel beseitigen.

Gewerkschaften und Wirtschaft

Die Gewerkschaften haben den wirtschaftlichen und ökonomischen Fragen und auch der Aufstellung eigener Kandidaten für die Posten in Verwaltung und Wirtschaft viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ihre Arbeit auf diesen Gebieten ist als äußerst ungenügend und schwach zu bezeichnen. Gleichzeitig muß man feststellen, daß die Wirtschaftsorgane in mehreren Fällen den Hinweisen der Gewerkschaften und den von ihnen für wirtschaftliche Funktionen aufgestellten Kandidaturen wenig Beachtung geschenkt haben. Dieser Zustand muß so rasch wie möglich geändert werden.

Dazu müssen sich alle Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen strikt an die Resolutionen des XI. Parteitages der KPR und des XIV. Parteitages der KPdSU halten, in denen von der Notwendigkeit gesprochen wird, daß die Gewerkschaftsorganisationen in allen planenden und regulierenden Organen energisch mitarbeiten und daß sie Wirtschaftler und Verwaltungsfunktionäre aus den Reihen der Arbeiter entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, die Kandidaturen für wirtschaftliche Funktionen miteinander abzustimmen und zu bestätigen.

Die Gewerkschaftsorganisationen müssen die Arbeit der Revisionskommissionen der Wirtschaftsorgane aufmerkamer verfolgen, die Zusammensetzung ihrer Vertreter in ihnen verbessern und die engste Verbindung mit ihnen aufnehmen, damit sie über die Arbeit sowohl der eigenen Vertreter als auch der ganzen Revisionskommissionen und damit über die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des betreffenden Betriebes, der Vereinigung und des gesamten Industriezweiges unterrichtet sind. Das bringt die Gewerkschaftsorgane näher an die Wirtschaft heran, erhöht ihre Kompetenz und ermöglicht es ihnen, Organisation und Verwaltung der Produktion aktiv zu beeinflussen.

Die Gewerkschaften müssen ihre Tätigkeit bei der Ausbildung neuer Arbeiterschichten für die Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft nach Kräften verstärken, die Fähigsten unter den Arbeitern und Arbeiterinnen auf verschiedene Wirtschaftsposten (durch die Produktionsberatungen) aufrücken lassen, mit Unterstützung des Staates produktionsstechnische Abendzirkel und -kurse einrichten, zu denen die Arbeiterjugend möglichst stark heranzuziehen ist, sowie Kurse für rote Direktoren und die Herausgabe von technischer Literatur usw. organisieren:

Die Parteiorganisationen müssen alle sachlichen Vorschläge und Kandidaturen, die von den Gewerkschaften für die verschiedenen wirtschaftlichen Funktionen gebracht werden, unterstützen.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß:

a) die Vertiefung der Arbeit der Produktionsberatungen,

b) die Verstärkung ihrer Kontrollfunktionen,

c) die unentwegte tatkräftige Einsetzung von Arbeitern in alle Posten der Wirtschaft,

d) die systematische und planmäßige Teilnahme der Gewerkschaften an der Organisation der Produktion auf der Grundlage der Beschlüsse dieser Konferenz bei Unterstützung durch die gesamte Partei - die notwendigen Voraussetzungen dafür sind, die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse zur Organisation der Produktion heranzuziehen und den Erfolg des sozialistischen Aufbaus am vollständigsten zu gewährleisten.

Der Arbeitslohn

Die KPdSU als Partei der Arbeiterklasse, die alle Formen des Kampfes des Proletariats für seine endgültige Befreiung leitet, betrachtet und betrachtet die allseitige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter stets als ihre wichtigste Aufgabe. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Ordnung, in der die Staatsmacht und alle Produktionsmittel der Klasse der Kapitalisten gehören, sind die Kommunistische Partei und ihre Mitglieder, da sie an der Beseitigung des Kapitalismus interessiert sind, verpflichtet, jede der Hebung ihres Lebensniveaus dienende Forderung der Arbeiter an ihren Herrn, den Kapitalisten, zu unterstützen. Unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, in einem Staat, "in dem die werktätigen Bauern unter Führung der Arbeiterschaft den Sozialismus bauen und die Führung durch die Kapitalisten entschieden ablehnen", (aus einem Brief W.I. Lenins an den V. Gewerkschaftskongreß)¹⁾ ist die Kommunistische Partei als die Avantgarde, die die Diktatur ihrer Klasse verwirklicht und den ganzen sozialistischen Aufbau leitet, stärkstens am Tempo der sozialistischen Akkumulation interessiert, da dies gleichzeitig das Tempo des sozialistischen Aufbaus ist, von dem wieder das Tempo der weiteren materiellen und kulturellen Besserstellung des Proletariats abhängt.

1) W.I. Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 333 (russ.)
(deutsch: W.I. Lenin, Ausgew. Werke in 12 Bänden, Bd. 9,
Seite 402) D. Red.

Die Kommunistische Partei muß ihre Lohnpolitik im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, ihrer Endziele und der Sicherung einer stetigen weiteren Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats genau mit der wirklichen ökonomischen Situation der Sowjetwirtschaft, mit dem Wachstum ihrer Produktivkräfte und ihren Reserven in Einklang bringen. Gleichzeitig muß sie das Tempo der sozialistischen Akkumulation gewährleisten, das für den Sieg des im Aufbau befindlichen Sozialismus über das um seine Existenz und Entwicklung kämpfende Privatkapital (das in der Tatsache der internationalen kapitalistischen Umkreisung der UdSSR eine Stütze findet) notwendig ist.

Die Konferenz billigt voll und ganz die Lohnpolitik der Partei, die von den Gewerkschaften restlos unterstützt wird. Insbesondere stimmt die Konferenz dem Beschluß des April-Plenums des ZK der KPdSU zu, der die offensichtlich falschen und schädlichen Vorschläge der Opposition über den Arbeitslohn ablehnte, die in der schweren ökonomischen Konjunktur jener Periode angesichts eines wachsenden Warenindex unausbleiblich zu einem starken Preisanstieg, zu einer Entwertung des Geldes und damit in Wirklichkeit zu einer weiteren Senkung des Reallohnes geführt hätten. Ferner billigt die Konferenz den Septemberbeschluß des ZK der KPdSU und des Rates der Volkskommissare über die Erhöhung der Löhne auf Grund der sich ergebenden Perspektiven einer allgemeinen wirtschaftlichen Belebung (Ernte, Steigerung der Arbeitsproduktivität usw.) sowie die allgemeine Direktive, die Löhne der am niedrigsten bezahlten Arbeitergruppen und die in den im Hinblick auf die Entlohnung am meisten zurückgebliebenen Zweigen überhaupt heraufzusetzen, da dies der erste und wichtigste Schritt zur Beseitigung des offensichtlich anomalen Unterschiedes in der Bezahlung verschiedener Kategorien von Werktätigen ist. Die Partei und ihr ZK werden sich mit energischer Unterstützung der Gewerkschaften auch in Zukunft mit allen Kräften bemühen, auf der Grundlage und in genauer Übereinstimmung mit der ökonomischen Lage der gesamten Wirtschaft und den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus eine weitere Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse zu erreichen. Sie werden aber auch jede verantwortungslose

Demagogie und Politikasterei in dieser für die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei wichtigsten Frage entschieden ablehnen.

Das Genossenschaftswesen

Die Gewerkschaften, die sich die allseitige Verbesserung der ökonomischen, kulturellen und sozialen Lage des Proletariats zur Aufgabe stellen, sind durchaus an einer gesunden Entwicklung des Genossenschaftswesens interessiert, dessen Erfolge nicht nur den Sieg der sozialistischen Elemente über das räuberische Privatkapital sichern, sondern auch unmittelbar eine direkte Erhöhung des Reallohns der Arbeiter gewährleisten.

Die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Genossenschaftswesens kann jedoch nur das Wachstum und die Festigung des genossenschaftlichen gesellschaftlichen Lebens der Werktätigen und in erster Linie des proletarischen gesellschaftlichen Lebens sein. Die Gewerkschaften müssen sich aktiver an der gesamten genossenschaftlichen Arbeit beteiligen, indem sie breite Schichten von Arbeitern und Arbeiterinnen dafür gewinnen und besonders die Genossenschaften im Kampf um die Senkung der Einzelhandelspreise unterstützen. Die Gewerkschaften müssen die Versammlungen der Bevollmächtigten gut vorbereiten, die Bevollmächtigten sorgfältiger auswählen, die energischsten Arbeiter und Arbeiterinnen in alle genossenschaftlichen Wahlfunktionen bringen und die gesamte Arbeit der Genossenschaften, darunter auch die praktische Kleinarbeit, aufmerksam verfolgen, denn die Preise und die Qualität der Waren im Genossenschaftsladen bestimmen faktisch die Höhe des Reallohnes der Arbeiter. Die Arbeit zur Verbesserung der Genossenschaft und ihrer gesamten Tätigkeit auf der Basis des proletarischen gesellschaftlichen Lebens ist für die Gewerkschaften eines der wichtigsten Arbeitsgebiete bei der Erhöhung des Reallohnes und der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Arbeiter.

Gewerkschaften und Partei

Nach dem XIV. Parteitag sind das Verhältnis zu den Gewerkschaft-

ten und die Methoden ihrer Anleitung von seiten der Gau- (Krai-), Gebiets- und Gouvernementsparteiorganisationen bedeutend besser geworden; trotzdem kann man in einer Reihe von Fällen beobachten, daß die Beschlüsse des XIV. Parteitags über die Gewerkschaften nicht aktiv genug verwirklicht werden, daß ihre Arbeit zuwenig beachtet und es an Aufklärungsarbeit über die Aufgaben der Gewerkschaften fehlt. Infolgedessen ist das Verhältnis der unteren Parteiorganisationen zu den Gewerkschaften fast das gleiche geblieben.

Die Gau- (Krai-), Gebiets- und Gouvernementskomitees der KPdSU müssen alles tun, um die vorhandenen anormalen Erscheinungen zu beseitigen, indem sie es sich zur Aufgabe machen, von den ihnen unterstehenden Parteiorganisationen (Bezirks- (Okrug-), Kreis- (Ujesd-), Rayonkomitees, Zellenbüros) die strikte Durchführung der Beschlüsse des XIV. Parteitages über die Gewerkschaften zu erreichen, indem sie eine Aufklärungskampagne durchführen, ihre Arbeit auf diesem Gebiet systematisch beobachten und alle ihre Fehler und Abweichungen von den Methoden der richtigen Leitung verbessern.

Staatsorgane und Gewerkschaften

Die Partei stellt fest, daß das von der Partei, den Gewerkschaften und den Sowjets angewandte System der Kaderentwicklung wesentliche Resultate gezeitigt hat, kann sich jedoch mit den erreichten Erfolgen nicht zufrieden-geben und ebensowenig die einzelnen Mängel in dieser Arbeit übersehen.

Zu diesen Mängeln gehören folgende:

- a) Gleichgültigkeit einiger Leiter der staatlichen, wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Organe gegenüber der Arbeit der Beförderten und als Folge hiervon ein geringschätziges, zuweilen feindliches Verhältnis der unteren Verwaltungsfunktionäre diesen gegenüber; das Ergebnis ist manchmal ein allmähliches Herunterrücken der beförderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von der Stellung, auf die man sie ursprünglich aufrücken ließ, bis auf die niedrigsten technischen Funktionen;

- b) niedrige Entlohnung der Arbeit der in den Sowjetapparat Aufgerückten, was einer Beförderung qualifizierter Arbeiter auf Posten in den Sowjets hinderlich ist;
- c) schwache Arbeit der Gewerkschaften bei der Beförderung von Arbeitern auf verantwortliche Posten in den Sowjet-, Wirtschafts- und Genossenschaftsorganen. Die Gewerkschaften versäumen es fast vollständig, die Arbeit der Beförderten zu beobachten und gewähren ihnen keinerlei moralische Unterstützung in ihrer Tätigkeit.

Die Konferenz betrachtet es als die nächste Aufgabe aller Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, als eine der wirksamsten Maßnahmen im Kampf gegen den Bürokratismus, so energisch und systematisch wie möglich Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Gliedern des Staatsapparates einzusetzen, ihre Arbeit aufmerksam zu verfolgen, ihnen dabei allseitige Unterstützung zu erweisen und die Fähigsten auf höhere, verantwortlichere Posten aufrücken zu lassen. Die Partei und die Gewerkschaften müssen einen energischen Kampf gegen den Widerstand führen, der dem System der Kaderentwicklung von verknöcherten Bürokraten und von für ihre Stellung im Staats- und Wirtschaftsapparat nicht geeigneten Elementen entgegengesetzt wird und müssen diese Elemente systematisch durch fähigere, kulturell und politisch gewachsene Arbeiter ersetzen.

Die Einsetzung von möglichst vielen Arbeitern im ganzen Staatsapparat ist eine der wirksamsten Maßnahmen im Kampf gegen Bürokratismus. Die Gewerkschaften müssen der gesamten Arbeit der Sowjets größere Aufmerksamkeit als bisher entgegenbringen, sich aktiver an deren laufenden Arbeiten beteiligen, indem sie auf Grund der Erfahrungen ihrer tagtäglichen Arbeit die dringlichsten Fragen aus dem Leben der Arbeiter aufwerfen und sich gleichzeitig an der Wahlkampagne für die Wahlen in die Sowjets stärker beteiligen und dabei eine größere Rolle spielen.

Die ansehnliche Vertretung der Landarbeiter - Mitglieder der Gewerkschaft Land und Forst - in den Amtsbezirks- (Volost-) und Dorfsowjets, ist als ein zweifelloser Erfolg bei der Sicherung des proletarischen Einflusses auf dem Lande zu würdigen; die in dieser

Richtung

begonnene Arbeit ist breiter und planmäßiger zu entfalten.

Ebenso muß die Aufmerksamkeit der Partei und der Gewerkschaften auf die Entfaltung der schon begonnenen Arbeit zur Bildung eines Aktivs in der Gewerkschaft Land und Forst gerichtet sein. Es ist notwendig, die Landproletarier bei den Wahlen der Dorfsowjets und Genossenschaftsorgane in jeder Weise zu unterstützen und damit den proletarischen Einfluß auf dem Lande zu verstärken.

Man muß die wirtschaftliche Lage der Beförderten studieren und unter Beteiligung der Gewerkschaften eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten, die die Einsetzung qualifizierter Arbeiter in die Sowjet- und die gesellschaftlichen Funktionen gewährleisten.

Die Gewerkschaften und ihre Organe müssen von oben bis unten den aktivsten Anteil an der Kontroll- und Reorganisationstätigkeit der Arbeiter- und Bauerninspektion nehmen, die ihrerseits die Aufgabe hat, die Gewerkschaften als solche und durch sie die breitesten Massen der Werktätigen zu ihrer Arbeit heranzuziehen.

Die Arbeitslosigkeit

Trotz der bedeutenden Entfaltung der Industrie und aller Zweige der Volkswirtschaft, die zu einer Erhöhung der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten geführt hat (von 6 035 300 im Jahre 1925 auf 7 700 600 im Jahre 1926 - eine Vermehrung um 1 665 300 Beschäftigte), hat sich die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht verringert, sondern steigt weiter an.

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder | |
| am 1. April 1925 | 992 900 |
| Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder | |
| am 1. April 1926 | 1 182 500 |

Das bedeutet eine Steigerung um 19,1 Prozent.

Für einzelne Kategorien (ungelernte Arbeiter, Hausangestellte, wenig qualifizierte Büroangestellte usw.) droht die Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit infolge der agrarischen Überbevölkerung und des ununterbrochenen Zustroms von Arbeitskräften aus

dem Dorfe nach der Stadt chronisch zu werden. Daraus ergibt sich für die Partei, die Gewerkschaften und die Sowjetmacht die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit sowohl durch eine Reihe dringlicher Maßnahmen speziellen Charakters (siehe Verordnung des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, die von einer Kommission des Politbüros gebilligt wurde) als auch auf staatlichem Wege (Gosplan) zu bekämpfen. Gleichzeitig muß die allgemeinere Frage, für welche Arbeiten man die überschüssige Bevölkerung verwenden kann, gelöst werden.

Die Partei, die Gewerkschaften, die Wirtschaftsorgane und alle Parteimitglieder müssen bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten den entschiedensten Kampf gegen Protektion und Vetternwirtschaft führen und alle Maßnahmen des ZK der KPdSU, des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion und der Sowjetorgane, die auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet sind, unterstützen.

Die Arbeitslosigkeit und die Kinder der Arbeiter

Besonders ernst steht die Frage der Arbeitslosigkeit der proletarischen Jugend (Halbwüchsige und Jugendliche, hauptsächlich Kinder von Fabrik- und Werkarbeitern und niedrig bezahlten angestellten).

Diese proletarische Jugend, die weder in den Lehranstalten noch in den Betrieben Möglichkeiten zum Lernen hat, ist zu längerer Arbeitslosigkeit und erzwungener Untätigkeit verurteilt. Da sich der Einfluß der proletarischen gesellschaftlichen Organisationen (die ihre Arbeit hauptsächlich und fast ausschließlich in den Betrieben leisten) und ihrer kulturellen Aufklärungsarbeit nicht auf sie erstreckt, zersetzt sie sich moralisch und bildet zusammen mit den heranwachsenden Schichten der obdachlosen, verwahrlosten Kinder die Hauptkraft der "kriegerischen Straße", entartet zu einem gesellschaftsfeindlichen Element und steckt infolge ihrer engen Beziehungen im täglichen Leben einen bedeutenden Teil der arbeitenden Jugend und sogar die am wenigsten gefestigten Schichten des Komsomol mit ihrer Psychologie an.

Kulturarbeit

Da das kulturelle und politische Niveau der großen Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen noch immer niedrig ist und ihre Wünsche und Interessen bei der Kultur- und Aufklärungsarbeit wenig berücksichtigt werden, ist es notwendig, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß alle Zweige der gesamten Kulturarbeit den Erfordernissen der Arbeiter und Arbeiterinnen angepaßt werden.

Angesichts der Fülle von Abweichungen von der richtigen Linie erinnert die Konferenz an die Notwendigkeit, die Weisungen des XIV. Parteitages durchzuführen, in denen es heißt: "Die Klubarbeit selbst muß äußerst vielseitig sein, damit sie die Befriedigung des Bedürfnisses der Klubmitglieder nach Erholung und gesunder Zerstreuung mit den politisch aufklärenden und erzieherischen Aufgaben in sich vereinigt".¹⁾ Die gesamte Kulturarbeit der Gewerkschaften muß wesentlich belebt und vielseitiger werden. Es ist anzuerkennen, daß die Gewerkschaften auf diesem Gebiet bedeutende Erfolge erzielt haben wie z.B.: a) Vertiefung der Klubarbeit und insbesondere der Zirkelarbeit; b) die vollständige Heranziehung der erwachsenen Arbeiter zu den Klubs; c) breite Entfaltung des Netzes Roter Ecken (am 1. Dezember 1925 - 15 932 und am 1. Juli 1926 - 19 000); d) Entwicklung des Sports; e) Zunahme der Zahl der Bibliotheken und Vertiefung der Bibliothekarbeit (am 1. Januar 1925 - 6803, am 1. Januar 1926 - 8850 Bibliotheken); f) Entwicklung der Laienspielkunst und Einführung der Wählbarkeit der Klubverwaltung; g) richtiges Herangehen an die Entfaltung der Kulturarbeit unter den Saisonarbeitern und in ländlichen Gegenden; h) verstärkter Kampf gegen das Analphabetentum; - gleichzeitig ist jedoch die zweifellos neu aufkommende Abweichung festzustellen, die Klubs ausschließlich für politische Aufklärungsarbeit auszunutzen und allmählich alle Arten der Zerstreuung und Erholung (Tänze, Dramatische Zirkel, Chöre, Musik usw.) aus dem Klub zu verdrängen.

Ein solch übertriebener Rigorismus führt dazu, daß die Arbeiter den Klub meiden und in den Bierstuben, Schenken, Teestuben und

1) Siehe vorliegenden Band, S.48 - D.Red.

Auf dieser Grundlage entwickelt sich eine allerdings von unserer Presse aus Sensationslust nicht selten panisch übertriebene Welle des Rowdytums, die sogar in den besten proletarischen Rayons auftritt und die schändlichen Sitten und Überreste der vorrevolutionären Vergangenheit neu hervorbringt.

Im Gegensatz zu dem intellektuellen Geschrei über den Kampf mit dem Rowdytum "im allgemeinen" müssen die Gewerkschaft, die Partei und der Staat einen planmäßigen Kampf gegen die Verwahrlosung und Arbeitslosigkeit der Jugend führen, indem sie eine Reihe praktischer Maßnahmen ergreifen.

In erster Linie ist folgendes notwendig:

1.) Sehr sachlich die entschlossene Liquidierung der Verwahrlosung der Kinder und Halbwüchsigen in Angriff zu nehmen, wobei diese Arbeiterkinder voll und ganz in den Schulen für sozialistische Erziehung erfaßt werden müssen. Zu dieser Arbeit müssen alle proletarischen Massenorganisationen herangezogen werden; die Gewerkschaften müssen die Hauptarbeit auf sich nehmen und die breitesten proletarischen Massen dafür gewinnen.

2.) Den Arbeiterkindern (Halbwüchsigen und Jugendlichen) ist der Eintritt in Fabriken und Werke auf jede Weise zu erleichtern; Gewerkschaften und Komsomol müssen streng darauf achten, daß die oft verletzte Mindestzahl von Beschäftigten für Halbwüchsige streng eingehalten wird.

3.) Das Volkskommissariat für Arbeit, die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane müssen in den Arbeiterrayons kurzfristige Betriebsschulen und -kurse einrichten, die es den arbeitslosen Kindern von Arbeitern ermöglichen, sich eine elementare Qualifikation anzueignen, um dadurch leichter Arbeit zu erhalten.

4.) Die Gewerkschaften müssen eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten, die die Beteiligung der gesamten arbeitslosen proletarischen Jugend an der Kulturarbeit der Gewerkschaft gewährleisten (Zutritt zu Klubs, Zirkel für Körperkultur, Betätigung in den Klubs in den Tagesstunden usw.).

auf der Straße Zerstreung suchen.

Ebenso ist die lehrbuchmäßige, abstoßende, "rationelle" Behandlung der Körperkultur (Körperkultur "als Hygiene", "Übung", "Entspannung", "Ausgleichsgymnastik"), die geringschätzig-e Einstellung zu den Wettbewerbmethoden (Kampf gegen "Rekordlertum" und "Sportlertum") und deren direkte Bekämpfung durch verschiedene Klubs und durch einen bedeutenden Teil ihrer Funktionäre, die Methode, den Arbeitern das aufzudrängen, was ihren Leitern gefällt und was sie für nützlich halten, - all das zusammengenommen ist zweifellos ein Hemmschuh für eine breitere Entfaltung der Körperkultur und für eine stärkere Heranziehung der Jugend und droht die Entwicklung der verschiedenen Arten und Formen der Körperkultur lahmzulegen.

Die Gewerkschaften müssen den Arbeitern die gesündesten und hygienischsten Methoden der Körperkultur empfehlen und ihre Entstellung und Verkrüppelung bekämpfen, aber gleichzeitig entschieden von dem Versuch ablassen, jedem einzelnen Arbeiter die eine oder andere Sportart aufzudrängen.

Diesen Abweichungen, die der Entfaltung der Kulturarbeit im Wege stehen, die versuchen, den Arbeitermassen etwas aufzudrängen, ohne auf deren Lebensgewohnheiten, individuelle und altersmäßige Besonderheiten Rücksicht zu nehmen, diesen "vernünftigen" im Studierzimmer ausgedachten Formen und Methoden der Erholung und Zerstreung muß der Kampf angesagt werden.

Die Gewerkschaften dürfen keinen Augenblick ihre Verpflichtung vergessen, die kulturellen Bedürfnisse der in ihnen vereinigten Massen allseitig zu befriedigen, indem sie die Formen und Methoden ihrer Arbeit den Besonderheiten des Berufs und der Lebensweise sowie dem kulturellen Niveau der Massen anpassen und diese allmählich auf ein immer höheres Niveau der kulturellen Entwicklung heben.

Die Gewerkschaft ist verpflichtet, für die Entwicklung des Klassenbewußtseins ihrer Mitglieder zu sorgen, deshalb muß sie sie über politische und berufliche Fragen aufklären und ihre

Initiative und Selbständigkeit auf der Grundlage der proletarischen Demokratie entwickeln. Sie muß sich mit der Aufklärung und Erziehung für die Produktion befassen und diese ganze Arbeit durch ihre Klubs und Rote Ecken durchführen. Aber im selben Maße ist sie verpflichtet, an der Verbesserung der Lebensweise zu arbeiten, indem sie für gesunde Erholung und Zerstreung der Arbeiter Sorge trägt. Jegliche Einseitigkeit wird dabei von Schaden sein.

Die Körperkultur ist stärker und breiter zu entfalten, aktiver und vielfältiger zu gestalten, und die arbeitslose proletarische Jugend muß für sie gewonnen werden. Es ist notwendig, alle Seiten der gewerkschaftlichen Kulturarbeit gleichmäßig zu entwickeln und zu verbessern und die Methoden der eigenen Arbeit und die einzelnen Maßnahmen auf Grund der Erfahrungen zu überprüfen. Es ist erforderlich, dem Streben der Arbeiter, besonders der Jugend, nach Allgemeinbildung entgegenzukommen und mit Unterstützung der Partei und des Staates Abendkurse, Universitäten und Abendtechniken für die Arbeiter mit besonders ausgearbeiteten Lehrplänen und entsprechendem Unterrichtssystem zu organisieren. Es ist ferner notwendig, das Netz der Fabrik- und Werkschulen energisch zu festigen und auf keinen Fall zuzulassen, daß das jetzt bestehende Netz der Fabrik- und Werkschulen verringert wird.

Es ist erforderlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen der Pionierbewegung bedeutend mehr Unterstützung gewähren und ihre Aufmerksamkeit auf die gesamte Arbeit der Pionierorganisationen lenken, indem sie die Arbeiter und insbesondere die Arbeiterinnen dafür interessieren.

Eines der größten Hemmnisse in der Entwicklung und Entfaltung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit ist der Mangel an Räumen für Klubs, die Enge, die Überbeanspruchung der Klubräume für Versammlungen verschiedener gesellschaftlicher Organisationen (Partei- und Gewerkschaftskongresse, Konferenzen usw.); deshalb muß der Bau von Klubs und Versammlungsräumen für die Massenorganisationen, in erster Linie in den Arbeiterstädten und -bezirken, in den Plan für Wohnungsbau aufgenommen werden. Gleichermassen muß bei der

Überprüfung der Pläne für die gesellschaftliche Arbeit der Bau von öffentlichen Gärten und Sportplätzen mit aufgenommen werden.

Die internationale Arbeit der Gewerkschaften

Die Konferenz billigt die Arbeit, die der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion unter der allgemeinen Leitung des ZK der KPdSU im Kampf um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung geleistet hat.

Insbesondere bestätigt die Konferenz die Richtigkeit der Linie, die der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion gegenüber dem englischen Generalstreik, dem Streik der Bergarbeiter und hinsichtlich der Beziehungen zum Generalrat verfolgt hat. Das Zentralkomitee der KPdSU und die Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion sind richtig vorgegangen, als sie den prinzipiell falschen und politisch schädlichen Vorschlag der Opposition ablehnten, die Initiative zum Bruch mit dem Englisch-Russischen Komitee zu ergreifen, denn das hätte nichts anderes bedeutet, als die Kommunisten zum Austritt aus den Gewerkschaftsorganen und aus den Gewerkschaften zu bewegen, in denen sie in der Minderheit sind. Man hätte damit in Wirklichkeit den Führern des Generalrates einen Dienst erwiesen. Dieser Schritt hätte den Gegnern der Einheit, insbesondere den Führern der Amsterdamer Internationale, als indirekte Rechtfertigung ihrer Politik gedient.

Die Konferenz billigt die klare und offene Kritik an den Verrätern des Generalstreiks und die energische Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Erfahrungen des englischen Streiks auf dem Hintergrund der Offensive, die das um seine Stabilisierung kämpfende Kapital gegen die Arbeiterklasse durchführt, ganz klar das zweifellos gewachsene Klassenbewußtsein der westeuropäischen Arbeiter, ihre zunehmende Enttäuschung über die reformistischen Methoden des Kampfes und ihre wachsende Sympathie für die Arbeiter der UdSSR und den sozialistischen Aufbau in unserem Lande gezeigt haben. Gleichzeitig verstärkt sich die Reaktion der reformistischen Führer gegen die Linksent-

wicklung der Massen (Vertreibung der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften und andere Repressalien - einerseits, die Übertragung und verstärkte Kultivierung "amerikanischer" Methoden der Klassenzusammenarbeit, die die zynischste Form des Versöhnler- und Lakaientums der reformistischen Führer für das Kapital darstellt, - andererseits).

Die Aufgaben der Gewerkschaften der UdSSR bestehen unter den gegebenen Bedingungen mehr als je darin, den ausländischen Arbeitern in ihrem Kampf gegen das angreifende Kapital die größtmögliche brüderliche Unterstützung zu erweisen und ihnen zu helfen, ihre eigenen wahren Klasseninteressen zu erkennen und sich vom Einfluß der reformistischen Führer zu befreien.

Die Konferenz billigt die Arbeit zur Herstellung brüderlicher Beziehungen mit den westeuropäischen Arbeitern mittels Arbeiterdelegationen und empfiehlt dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, die Arbeiter anderer Länder auch weiterhin in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich mit dem Leben der Arbeiter der UdSSR und überhaupt mit dem ganzen Lande vertraut zu machen.

Die Konferenz empfiehlt der Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, ihren Einfluß und ihre aktive Arbeit in der Gewerkschaftsinternationale zu verstärken, deren Tätigkeit auf jede Weise zu unterstützen und den Kampf für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung energisch fortzusetzen.

+ + +

Die Konferenz, welche die von den Parteiorganisationen und Gewerkschaften geleistete große Arbeit zur Verwirklichung der Richtlinien des XIV. Parteitages und eine ganze Reihe zweifellos praktischer Erfolge feststellt, hält es für notwendig, alle Parteiorganisationen, Gewerkschaften und alle Parteimitglieder aufzurufen, noch energischer an der Verwirklichung aller Beschlüsse des XIV. Parteitages und der gegenwärtigen Konferenz zu arbeiten.

Die Konferenz bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß die

II. Grußadresse an die Kommunistische Partei Deutschlands

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Teure Genossen!

Die XV. Konferenz der KPdSU sendet dem Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse - der Kommunistischen Partei Deutschlands - proletarische Grüße. Mit der KPD ist unsere Partei gegenwärtig stärker denn je verbunden, da sie gemeinsam für den Leninismus gegen die in Worten "linken", in der Tat aber sozialdemokratischen opportunistischen Abweichungen des Oppositionsblockes in der KPdSU(B) und seines Verbündeten - der deutschen sogenannten "ultralinken" Fraktion kämpfen, die offen ihrem Wesen nach sozialdemokratische und renegatenhafte Ideen propagiert.

Die vereinigte Opposition hat in unserer Partei eine entscheidende Niederlage erlitten. Die spalterische Fraktionsarbeit des Oppositionsblockes holte sich bei der gesamten Masse der Parteimitglieder eine vernichtende Abfuhr. Nicht in einer einzigen Parteiorganisation, nicht in einer einzigen Arbeiterzelle erlangte die Opposition eine auch nur einigermaßen nennenswerte Minderheit. Die kommunistischen Arbeiter Moskaus und Leningrads, die Parteidemokratie, an die die Führer der Opposition zu appellieren suchten, erhoben sich in geschlossener bolschewistischer Front zur Verteidigung der Leninschen Linie der Partei und ihrer Einheit. Nachdem sie in allen Parteiversammlungen von den Arbeitern, den einfachen Parteimitgliedern, aufs Haupt geschlagen waren, sahen sich die Führer der Opposition gezwungen, unter dem Druck der Masse der Parteimitglieder ihre Fraktionstätigkeit zu verurteilen und sich von den fraktionellen Methoden des Kampfes loszusagen. Die Partei wies die Führer des Oppositionsblockes, die ihre Kräfte überschätzten und glaubten, mit ihrer einstigen Autorität und mit demagogischen Phrasen unter den Bolschewiki Einfluß zu gewinnen, in ihre Schranken zurück. Die Partei wird die ideologisch-politische Liquidierung dieser kleinbürgerlichen Abweichung, die durch den Oppositionsblock vertreten wird und die die Opposition nach wie vor verfißt, erfolgreich zu Ende führen.

Gewerkschaften mit der tatkräftigsten Unterstützung der gesamten Partei die erzielten Errungenschaften festigen und entfalten, sich energisch und systematisch mit der Beseitigung der festgestellten Mängel beschäftigen und die Verbindung ihrer Gewerkschaftsorgane mit den durch sie vereinigten Massen auf der Grundlage der proletarischen Demokratie stärken und festigen werden, indem sie diese Massen allseitig und aufmerksam betreuen und die ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange der Arbeiter vertreten. Sie ist ferner überzeugt, daß die Gewerkschaften unablässig daran arbeiten werden, das allgemeine kulturelle Niveau der Arbeiter zu heben, daß sie auf der Grundlage eines gesunden Bündnisses der Gewerkschaften - und über sie der gesamten Arbeitermassen - mit der Produktion Hunderttausende neuer Arbeiterinnen und Arbeiter für die Verwaltung der Wirtschaft und des gesamten Staatsapparates entwickeln und ausbilden und damit den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus gewährleisten und ihre Rolle als Schule des Kommunismus erfüllen werden.

Die Konferenz ist ebenfalls davon überzeugt, daß, unter Leitung der KPdSU, die Gewerkschaften der UdSSR, als der stärkste führende Teil der Gewerkschaftsinternationale, genauso beharrlich für die dem ganzen internationalen Proletariat so notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung kämpfen werden, ohne ihren Kampf gegen jegliches Massenversöhnertum auch nur einen Augenblick zu unterbrechen, daß sie alle Versuche, die lebendige Sache und den praktischen Kampf für die Massen durch revolutionäre Phrasen zu ersetzen, zurückweisen und die vor ihnen stehenden internationalen revolutionären Verpflichtungen erfüllen werden.

Über den Oppositionsblock in der KPdSU(B)

(Der folgende Beschlusstext ist identisch mit den von Stalin ausgearbeiteten "Thesen zur XV. Unionskonferenz der KPdSU(B)", der nachzulesen ist in: J. Stalin, Werke, Bd. 8, S. 192 - 208.)

schen Internationale.

Es lebe der Leninismus!

Es lebe die bolschewistische Einheit der Kommunistischen Partei Deutschlands!

" XV. Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B).
Stenographischer Bericht."
Moskau-Leningrad, 1927.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat denselben Kampf gegen Gruppierungen zu führen, die den verlängerten Arm des Oppositionsblockes der KPdSU bilden. Die Ideen des Oppositionsblockes entwickelten sich auf dem Boden der deutschen "Ultralinken" zu einer vollkommen sozialdemokratischen politischen Linie, die nicht nur von den aus der deutschen Partei hinausgeworfenen Korsch, Maslow und Ruth Fischer, sondern auch von den Führern der "ultralinken" Gruppierungen in der Partei (Weber-Urbahns-Scholem) vertreten wird. Die Hetze, die Scholem, Weber und Urbahns gegen den Sowjetischen Arbeiterstaat und die KPdSU, die Kommunistische Partei Deutschlands und die Komintern betreiben, stellt sie in eine Reihe mit den Renegaten und schlimmsten Feinden des Kommunismus. Die KPdSU(B) begrüßt die Linie, die die deutsche Bruderpartei eingeschlagen hat, um dieser defätistischen Agitation der Urbahns und Co. sowie ihrer spalterischen Fraktionstätigkeit innerhalb der Partei ein Ende zu bereiten. Wir zweifeln nicht daran, daß es der Kommunistischen Partei Deutschlands in nächster Zeit gelingen wird, die Überreste des "ultralinken" Opportunismus in ihren Reihen zu liquidieren. Die Niederlage der Opposition in der KPdSU und die Liquidierung der "ultralinken" Gruppierungen in der deutschen Partei werden die absolut feste Leninsche Einheit in der Kommunistischen Internationale gewährleisten und alle Versuche, eine internationale antibolschewistische Fraktion zu schaffen, zunichte machen.

In den letzten Monaten mußten sowohl die KPdSU und die Kommunistische Partei Deutschlands als auch die ganze Kommunistische Internationale viel Kraft für den Kampf gegen die kleinbürgerlichen Verfallsstimmungen aufwenden, die in den Ansichten des Oppositionsblocks in der KPdSU und den internationalen "ultralinken" und rechten Gruppierungen ihren Ausdruck fanden. Dieser Kampf ist noch nicht beendet, doch der volle Sieg der Leninschen Linie über alle Spielarten des Opportunismus ist an der ganzen Front der internationalen kommunistischen Bewegung bereits gesichert. Das Auftreten und die Herausbildung einer defätistischen Ideologie unter einzelnen Gruppen von Kommunisten ist nur eine kleine vorübergehende Episode in der siegreichen Entwicklung der Kommunisti-

Plenum des ZK der KPdSU(B)

7. - 12. Februar 1927

An dem Plenum nahmen die Mitglieder der ZKK und die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission teil. Das Plenum behandelte eine Reihe von Wirtschaftsfragen, nahm Beschlüsse zur Frage der Industriebauten im Jahre 1926/27, zur Senkung der Liefer- und Einzelhandelspreise an und nahm die Mitteilung über den Staatshaushalt für 1926/27 entgegen. Das Plenum erörterte auch die Wahlen zu den Sowjets und die bevorstehenden Sowjetkongresse der UdSSR und der RSFSR.

Resolutionen des Plenums

Über die Industriebauten im Jahre 1926/27

(Nach dem Bericht der Genossen Kulbyschew und Krshishanowski)

Nach Anhören des Berichtes des Genossen Kulbyschew über den Plan der Industriebauten für das Jahr 1926/27 beschließt das Plenum des ZK der KPdSU(B):

1.) Der im Beschluß des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung vorgesehene Plan der Neubauten, der zusammen mit der Elektrifizierung 1.100 Millionen Rubel beträgt, wird im allgemeinen gebilligt.

2.) Obgleich der Plan einen bedeutenden Umfang an Neubauten für die Metallindustrie (über ein Viertel des ganzen Umfanges an Neubauten für die gesamte Industrie) vorsieht, wird die Erhöhung dieser Kapitalarbeiten für notwendig erachtet, um ein schnelleres Entwicklungstempo des Hüttenwesens und des Maschinenbaues zu sichern. Zu diesem Zweck wird der Rat für Arbeit und Verteidigung ersucht, eventuelle zusätzliche Ressourcen (zusätzliche ausländische Kredite, zusätzliche Möglichkeiten eines langfristigen inneren Kredites, bessere Ausnutzung der inneren Reserven der Metallindustrie selbst usw.) auszunutzen. Die Höhe, in welcher der vorgesehene Umfang der Neubauten für die Metallindustrie überschritten werden soll, wird vom Rat für Arbeit und Verteidi-

gung festgesetzt.

3.) Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird aufgefordert, darauf zu achten, daß bei Erfüllung des Planes der Neubauten für 1926/27 die Mängel vermieden werden, die im Vorjahr aufgetreten sind. Besondere Aufmerksamkeit ist der Verbilligung des Bauwesens, seiner Wirtschaftlichkeit, der technischen Bearbeitung der Projekte, der Einhaltung der Plandisziplin wie auch der rechtzeitigen Freigabe der im Plan vorgesehenen Mittel zuzuwenden.

4.) Das Politbüro wird beauftragt, ein System von Maßnahmen auszuarbeiten, die im Zusammenhang mit der Neuausrüstung und Rationalisierung der Betriebe den Einsatz der Arbeitskräfte in der Industrie regeln sowie auch genaue Direktiven über die Normung der Arbeit in den rationalisierten, neu ausgerüsteten und neuen Betrieben.

5.) Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird aufgefordert, eine wesentlich vereinfachte Regelung für den Durchlauf der Industriefinanzpläne und der Pläne der Neubauten auszuarbeiten, um die Anzahl der die Pläne bearbeitenden Instanzen möglichst stark zu verringern und die Formblätter für die Aufstellung der Pläne und die Vorschriften für ihre Bestätigung maximal zu vereinfachen. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird aufgefordert, die neue Regelung schon für die Industriepläne des kommenden Jahres anzuwenden, damit der zusammengefaßte Gesamtplan der Industrie für die Union dem Plenum des ZK bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres zur Durchsicht vorgelegt werden kann.

6.) Das Politbüro wird verpflichtet, die Ausarbeitung des vorläufigen Fünfjahrplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft und im besonderen der Industrie und des Transportwesens so zu beschleunigen, daß alle Wirtschaftspläne für das kommende Wirtschaftsjahr aufeinander abgestimmt werden und von den festgelegten Entwicklungsperspektiven sowohl der einzelnen Wirtschaftszweige als auch der Rayons ausgehen.

7.) Um a) die Beteiligung des inländischen Maschinenbaues an der Ausrüstung neuer Werke, an der Rekonstruktion und Erweiterung

alter zu verstärken, b) die Abhängigkeit der Neubauten von Importen zu verringern und c) den eigenen Maschinenbau zu verbilligen, wird der Rat für Arbeit und Verteidigung beauftragt, Maßnahmen zur Auslastung der Maschinenbaubetriebe der UdSSR mit langfristigen Planaufträgen für die entsprechende Ausrüstung auszuarbeiten.

Über die Senkung der Liefer- und Einzelhandelspreise

(Nach den Berichten der Genossen Mikojan und Kuibyschew)

I

1. Während des vorigen Jahres erzielte die Partei an der Wirtschaftsfront eine Reihe größter Erfolge. Hierher gehören: a) die Regelung der Getreidebeschaffung und die Festsetzung stabiler Getreidepreise, b) die spürbar werdende Steigerung des Exports, die größere Planmäßigkeit bei der Realisierung des Imports und die damit verbundene Überwindung der Devisenschwierigkeiten, c) die Stabilität des Tschernwonez wurde erhalten, d) es wurde nicht nur die Gefahr einer Senkung des Reallohnes beseitigt, sondern derselbe wurde auch etwas erhöht, e) Überwindung des vorjährigen krankhaften Zickzack in der Erweiterung der Industrieproduktion, stark vergrößerte Menge an Industrieerzeugnissen und planmäßiger Übergang der Wirtschaft von der Wiederherstellungsperiode zur Rekonstruktionsperiode und f) verringerter prozentualer Anteil des Privatkapitals und verringerter Umfang seiner Akkumulation. Gleichzeitig blieb eine der Hauptaufgaben, die von der Partei im Vorjahr gestellt wurden, nämlich die Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren, unerfüllt.

2. Im Preisproblem kreuzen sich alle grundlegenden wirtschaftlichen und folglich auch politischen Probleme des Sowjetstaates. Die Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, die Sicherung der miteinander verbundenen und voneinander abhängigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie, die Verteilung des Nationaleinkommens und die damit verbundenen Fragen der Industrialisierung der UdSSR und der

sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Stärkung der Arbeiterklasse, die Sicherung des Reallohnes, die Stabilisierung des Tschernwonez, endlich die planmäßige Stärkung der sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft und die weitere Einschränkung der privatkapitalistischen Elemente der Volkswirtschaft - alles das hängt mit dem Preisproblem zusammen.

Die Partei erzielte entscheidende Ergebnisse bei der beinahe vollen Wiederherstellung der alten produktionstechnischen Basis, der Wiederherstellung der Landwirtschaft, des Transportwesens, des Kreditsystems u.a. hauptsächlich deshalb, weil sie den Leninischen Kurs auf das "Bündnis" richtig verfolgte. Das Problem des Bündnisses, des richtigen Verhältnisses zur Bauernschaft bleibt auch jetzt, in der neuen Periode der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft, das entscheidende Problem, von dem die Möglichkeit unserer Vorwärtsentwicklung abhängt.

Um die Führung der Bauernschaft durch das Proletariat zu sichern, ist in der gegenwärtigen Periode die Senkung der Preise für Industriewaren die wichtigste Aufgabe. Der Kurs der Partei und des Staates auf die Industrialisierung des Landes, auf die weitere Hilfe für den Aufschwung in der Landwirtschaft, auf den sozialistischen Weg ihrer Entwicklung, auf die Notwendigkeit, sich im sozialistischen Aufbau "gemeinsam mit der Hauptmasse der Bauernschaft vorwärtszubewegen" - alles das hängt in der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode mit der Preissenkung für Industriewaren zusammen.

Die Schaffung einer festen Rohstoffbasis für die Industrie ist ebenfalls unlösbar mit der Senkung der Preise verbunden. Der Zustand der Rohstoffwirtschaft wird in diesem Jahr durch eine Reihe ungünstiger Momente (unbedeutende Zunahme der Anbaufläche für technische Kulturen und für einige sogar Verringerung der Fläche, Ersetzung des Anbaues technischer Kulturen durch Getreidekulturen u.a.) charakterisiert. Daß die Produktion von Rohstoffen zu wenig einbrachte, ergab sich durch die große Differenz zwischen den Preisen für Rohstoffe und Getreide auf der einen wie auch zwischen denen für Rohstoffe und Industriewaren auf der anderen

Seite. Wir dürfen die Angleichung nicht durch eine Preiserhöhung für Rohstoffe vornehmen, denn sie kann ein Steigen der Preise für Produkte der Getreidekulturen und die Verteuerung der Selbstkosten der Industrieproduktion zur Folge haben, sondern müssen die Rohstoffkulturen gegenüber den Getreidekulturen konkurrenzfähig machen und vor allem die Industriepreise senken. Nur dieser Weg gewährleistet das Anwachsen der Rohstoffbasis unserer Industrie.

Mit dem Preisproblem sind jedoch nicht nur Fragen unserer Innenpolitik verbunden. Äußerst wichtige Fragen der Außenbeziehungen der UdSSR befinden sich in enger Abhängigkeit von unseren Erfolgen bei der Preissenkung. Der Widerstand gegen den Druck der kapitalistischen Welt auf unser Außenhandelsmonopol, die Erkämpfung stabiler und selbständiger Positionen auf dem Auslandsmarkt hängt sowohl auf dem Gebiet des Exports als auch auf dem des Imports damit zusammen, daß wir das Problem der gegenwärtig vorhandenen "Schere" zwischen dem Niveau unserer Preise und dem der Weltmarktpreise erfolgreich lösen.

Alles das macht die Preispolitik für eine Reihe von Jahren zu einem zentralen wirtschaftlichen und politischen Problem der sowjetischen Wirtschaftspolitik.

3.) Dieses Problem wird jedoch besonders aktuell in der gegenwärtigen Situation, die einerseits die Notwendigkeit mit sich bringt, die erreichte Höhe der landwirtschaftlichen Preise beizubehalten, für den Bauern einen genügenden Anreiz zur Realisierung der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen, nachdem der Druck der Landwirtschaftssteuer wesentlich abgeschwächt wurde, und die fernere Erweiterung der Anbaufläche im Frühjahr 1927 zu sichern. Andererseits ergibt sich aus dieser Lage die Notwendigkeit, mögliche Stockungen in der Realisierung einzelner Industrieerzeugnisse zu verhüten, die auftreten können als Folge der erhöhten industriellen Produktion im letzten Jahr, des gemilderten Warenhungers, der ungenügend gewachsenen Kaufkraft der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen, und der in der letzten Zeit noch weiter gewordenen "Schere" zwischen den Preisen für Industrie- und landwirtschaft-

lichen Waren, während gleichzeitig die weit klaffende Groß- und Einzelhandels-"Schere" geblieben ist.

4.) Da der im Frühjahr des vergangenen Jahres herausgebildete Stand der Einzelhandelspreise für Industriewaren, der der höchste seit dem Herbst 1923 war, auf dem übermäßigen Unterschied zwischen den Lieferpreisen der Industrie und den Einzelhandelspreisen basierte, wies das Aprilplenum des Zentralkomitees auf die außerordentliche Wichtigkeit des Kampfes für die Senkung der Einzelhandelspreise hin. Diese Weisung, die der Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung vom 2. Juli über die zehnprozentige Senkung der Einzelhandelspreise für unzureichend vorhandene Industriewaren weiterentwickelte, wurde jedoch in durchaus ungenügendem Maße erfüllt, obgleich die Handelsorganisationen objektiv die Möglichkeit hatten, diese Maßnahme zu verwirklichen.

5.) Die Ursachen für die bei weitem ungenügende Senkung der Einzelhandelspreise durch den genossenschaftlichen und staatlichen Handel bestehen in folgendem. Die zunehmende Nachfrage der Land- und Stadtbevölkerung, die durch die Produktion der Industrie ungeachtet ihrer intensiven Entwicklung nicht gedeckt werden konnte, schuf einen Warenhunger. Andererseits verstärkte das Fehlen ausreichender Mittel bei den Genossenschaften und beim staatlichen Handel das Streben nach unmäßiger Akkumulation. Sie suchten diese nicht durch Rationalisierung des Apparates und des Warenverteilungs-Netzes und durch Senkung der Handelsunkosten, die ein natürliches Ergebnis der Erweiterung der Handelsumsätze hätte sein müssen, zu erreichen, sondern durch riesige Profite, die von den Handelsorganisationen häufig dadurch gemacht werden konnten, daß sie die Interessen der breiten Verbrauchermassen in Stadt und Land mißachteten und ihre Monopolstellung unter den Bedingungen des Warenhungers ausnutzten. Da die Genossenschaften und der staatliche Handel sich von der Psychologie der Akkumulation auf Kosten der günstigen Konjunktur leiten ließen, setzten sie der Kampagne für die Senkung der Preise Widerstand entgegen. Die Parteiorganisationen und die örtlichen Sowjetorgane legten bei der Verwirklichung der von der Partei gestellten Aufgabe nicht genügend

Aktivität an den Tag. Insbesondere wurde fast nichts getan, um die breiten Arbeiter- und Bauernmassen für den Kampf um die Senkung der Einzelhandelspreise zu gewinnen.

6.) Die ungenügende Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren im Laufe des letzten Halbjahres unter Beibehaltung der alten landwirtschaftlichen Preise führte zur weiteren Öffnung der "Schere" und macht die völlige Lösung der im Frühjahr des Vorjahres gestellten Aufgabe dringend notwendig. Allein die Lösung dieser neuen Aufgabe, d.h. die Verengung der "Schere", kann nicht damit erschöpft werden, daß man nur die Einzelhandelspreise auf Kosten des Warenverteilungsnetzes senkt, sondern sie macht auch die durch den Beschluß des Politbüros bereits begonnene Senkung der Lieferpreise der Industrie zu einer zeitgemäßen und unbedingt notwendigen Maßnahme.

Aus der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Lieferpreise zu senken, ergibt sich die Verpflichtung, das gesamte industrielle Leben der bevorstehenden Periode unter diesem Gesichtswinkel zu lenken und zu führen. Da die Akkumulation innerhalb der Industrie eine der wichtigsten Quellen ist, die das von der Partei vorgesehene Tempo der Industrialisierung des Landes sichert, muß man entschieden nach der Senkung der Selbstkosten streben, damit die Senkung der Lieferpreise nicht zur Reduzierung der industriellen Akkumulation führt. Die Senkung der Lieferpreise muß ein Antrieb sein, der die Industriebetriebe zu großen Leistungen auf dem Gebiete der Selbstkostensenkung anspornt.

7.) Absolut falsch und nicht stichhaltig ist die Behauptung, daß die Akkumulation und das Tempo der Industrialisierung eine Politik hoher Industriepreise diktieren. Die Beibehaltung eines hohen Preisniveaus kann bei der fehlenden Konkurrenz, dieses Hauptantriebes für die Verbesserung und das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft, unter den Bedingungen der Monopolstellung in der Produktion und auf dem Markt und unter den Bedingungen des Außenhandelsmonopols die Gefahr der Bürokratisierung unserer Produktions- und Handelsapparate schaffen und das Interesse an der ununterbrochenen Verbesserung der Produktion und des Handels

erlahmen lassen. Die Politik der verschleierte Akkumulationen, die Forcierung nicht vorgesehener Kapitalkaufwendungen unter dem Deckmantel laufender Reparaturen, die Steigerung des Gewinnes bei unmäßig hohen Kosten, insbesondere des Handels - alles das entsteht durch die Politik der hohen Preise und nützt der Ökonomik der Volkswirtschaft nicht, sondern schadet ihr, es beschleunigt nicht die Erfüllung der vorgesehenen Entwicklungspläne, sondern untergräbt sie.

In unserem Wirtschaftssystem ist eben die Politik der Preis-senkung das Mittel, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse auf die Senkung der Selbstkosten einwirkt, die Wirtschaftsorganisationen zwingt, beweglicher zu werden, zur Rationalisierung der Produktion drängt und damit wirklich gesunde Quellen der sozialistischen Akkumulation schafft, die für das Fortschreiten der Industrialisierung des Landes so notwendig ist.

Der wirksame Kampf gegen den Bürokratismus und die Regelung der Industriewirtschaft sind engstens mit dem Problem der Preis-senkung verbunden, weil gerade die hohen Preise zu übermäßiger Aufblähung und bürokratischen Entstellungen des Produktions- und insbesondere des Handelsapparates führen.

Darum haben die Organe der Industrie vor der Partei, der Arbeiterklasse und dem Lande die direkte Verpflichtung, die Selbstkosten zu senken. Auf die Lösung dieser sehr wichtigen Aufgabe müssen alle Anstrengungen der Wirtschaftsorganisationen und der gesamten Arbeiterklasse gerichtet sein. Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Bemühungen auf diesem Gebiet müssen folgende Fragen sein: zweckmäßige Neuausrüstung der Industrie, Verbesserung der gesamten Organisation der Wirtschaft, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Mobilisierung innerer Reserven, strenge Plandisziplin, Verstärkung des Kampfes für die Rationalisierung, tatsächliche und nicht fiktive Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes, Senkung der Verwaltungskosten, Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter und des technischen Personals, Kampf gegen das Bummelantentum, gegen das Durcheinander, gegen die Unwirtschaftlichkeit auf allen Stufen des Produktionsprozesses.

Produktion und der Verbesserung ihrer Qualität von folgenden Direktiven leiten lassen und die entsprechenden notwendigen Maßnahmen durchführen:

1.) Die Tendenzen zu überwinden, die im vergangenen Wirtschaftsjahr zu einer Erhöhung der Selbstkosten der Produktion in einer Reihe von Industriezweigen führten und noch im laufenden Wirtschaftsjahr zu erreichen, daß die Produktionskosten der Industrie wesentlich, und zwar durchschnittlich um mindestens 5 Prozent, gesenkt werden. Ferner muß man, ohne sich hierauf zu beschränken, ein Programm von Maßnahmen für eine Reihe von Jahren erarbeiten, das darauf abzielt, die Produktion in der staatlichen Industrie, sowohl in der zentralen als auch in der örtlichen, systematisch zu verbilligen.

2.) Auf der Grundlage der Erfolge bei der Verbilligung der industriellen Produktion und in dem Maße, wie solche Erfolge erreicht werden, sind auch die Lieferpreise der Industrie, darunter auch die der örtlichen, systematisch herabzusetzen.

3.) Da eine separate Preispolitik für die örtliche republikanische und genossenschaftliche Industrie für unzulässig erachtet wird, ist die für die Unionsindustrie festgesetzte Preisregulierung auf sie auszudehnen und insbesondere die Erhöhung der Lieferpreise für die von ihr hergestellten Waren des Massenbedarfes zu verbieten.

4.) Die Vergrößerung der Warenvorräte, die sich in der letzten Zeit bei den Industrie- und Handelsorganisationen im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Industrieproduktion und der Überwindung des großen Warenhunglers angesammelt haben, nimmt zwei Formen an, die völlig verschiedene Bedeutung haben.

Erstens: Bildung von Umsatzreserven der Produktion in für den Warenumschlag normalen Umfang und saisonmäßige Warenanhäufung, die eine gleichmäßigere Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt gewährleisten. Im Zusammenhang damit ist es notwendig, Maßnahmen auszuarbeiten, welche den Umfang der sich bildenden Warenvorräte mit dem wirklichen Bedarf des Marktes und mit den realen Ressourcen des Staates in Übereinstimmung bringen.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß von allen Wirtschaftsorganen, der gesamten Arbeiterklasse und dem gesamten technischen Personal der Betriebe ein Maximum von Aufmerksamkeit und Energie aufgewendet werden.

Erst dann, wenn zur Beratung über alle Einzelheiten der Produktionsprozesse, alle Elemente, welche die Produktionskosten bilden, die aktiven Schichten der Arbeiter herangezogen werden, erst dann, wenn die Verbesserung der Produktion und ihre höchste Produktivität den Hauptinhalt der Produktionsberatungen und der Produktionskonferenzen bilden - erst dann werden wirkliche Ergebnisse bei der Verbilligung der Selbstkosten erreicht werden.

II

Die Preispolitik als Knotenpunkt der gesamten Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates bestimmt letzten Endes:

- a) das Tempo und die Perspektiven für die Entwicklung der Industrie und die Aufnahmefähigkeit des Marktes für ihre Produktion,
- b) das Entwicklungstempo der landwirtschaftlichen Produktion,
- c) das Tempo der sozialistischen Akkumulation,
- d) den Rahmen, auf den die privatkapitalistische Akkumulation beschränkt wird,
- e) die Kaufkraft des Tscherwonez, d.h. die gesamte Währungspolitik des Sowjetstaates,
- f) die Höhe des Reallohnes des Arbeiters usw., usf.

Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage macht es notwendig, das erreichte Preisniveau für landwirtschaftliche Waren aufrechtzuerhalten und stellt gleichzeitig, um Schwierigkeiten im Absatz der Produktion einzelner Industriezweige zu vermeiden, die Partei und alle ihre Organisationen vor die Aufgabe, die Preise für Industriewaren stärker als in den vergangenen Jahren zu senken.

Um diese Aufgabe zu lösen, ist es notwendig, daß sich alle Parteiorganisationen bei der Verbilligung der industriellen

Zweitens: Die Anhäufung großer Vorräte aus der Produktion bei einer Reihe von Industriezweigen: a) weil das Sortiment und die Qualität der Waren den Anforderungen der Verbraucher nicht entsprechend und b) weil das Warenangebot bedeutend schneller wächst als die Nachfrage. Diese Anhäufung großer Warenvorräte droht zu einer Absatzkrise für diese Industriezweige zu werden, falls nicht rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ursachen dieser zweiten Art der Anhäufung großer Warenvorräte zu beseitigen.

Neben allen anderen Folgen können beide Formen des Anwachsens der Warenmassen eine angespannte Lage für die Umlaufmittel der Industrie- und Handelsorganisationen hervorrufen.

5.) In der nächsten Zeit ist es in erster Linie notwendig, eine bedeutende Senkung der Lieferpreise für jene Industriezweige und Industriewaren zu erreichen, die auf dem Markt auf Schwierigkeiten stoßen. Dies ist zu erreichen sowohl durch Erweiterung des Umsatzes mittels Preissenkung als auch durch Änderung des Sortiments der Produktion entsprechend dem veränderten Bedarf des Marktes.

6.) Es wird eine bedeutende Verschlechterung der Qualität einer Reihe von Industriewaren im vergangenen Wirtschaftsjahr festgestellt. Deshalb muß es die wichtigste Aufgabe der Industrie im laufenden Wirtschaftsjahr sein, nicht nur die frühere, bessere Qualität dieser Waren wieder zu erreichen, sondern die Qualität der gesamten Industrieerzeugnisse zu heben. Dabei sind die steigenden Ansprüche der Verbraucher in bezug auf die Qualität der Industriewaren zu berücksichtigen.

7.) Das ZK betrachtet die höheren Ansprüche des Verbrauchers an die Qualität des Sortiments der Industriewaren als Kennzeichen für die Hebung des kulturellen und materiellen Lebensniveaus der werktätigen Massen, und es ist der Ansicht, daß unsere sozialistische Industrie nur dann die feste Grundlage für das Bündnis zwischen Stadt und Land sein, nur dann mit Erfolg im Verhältnis zur Landwirtschaft die führende Rolle übernehmen, die einzelnen unvermeidlichen Schwierigkeiten auf dem Wege ihrer Entwicklung schnell

und reibungslos überwinden kann, wenn sie, die sozialistische Industrie, heilhörig auf alle Veränderungen, die auf dem Verbrauchermarkt vor sich gehen, achtet, und wenn sie durch entsprechende Umstellung ihrer Produktionstätigkeit schnell auf diese Veränderungen reagiert.

8.) Die Industrie wird nur dann in der Lage sein, feinfühlig auf die Veränderungen in der Nachfrage der Bevölkerung zu reagieren, wenn die Genossenschaften und der staatliche Handel, insbesondere die Genossenschaften, die über ein weitverzweigtes Warenverteilungsnetz verfügen, es verstehen, ihre Arbeit so umzustellen und solche Arbeitsmethoden auszuarbeiten, daß sie die vor sich gehenden und sich bemerkbar machenden Veränderungen auf dem Markte rechtzeitig erkennen und sie der staatlichen Industrie signalisieren. In dem Maße, wie die Genossenschaften diese neue, wichtige und schwere Aufgabe meistern, müssen sie dazu übergehen, im voraus Aufträge für die Herstellung solcher auf dem Markt geförderter Waren zu erteilen. Damit werden sie der Industrie helfen, sich den Veränderungen auf dem Markt anzupassen und ihr die Möglichkeit geben, bei der Aufstellung der Produktionspläne rechtzeitig alle Anforderungen des Marktes zu berücksichtigen.

III

Das Plenum des Zentralkomitees stellt fest, daß die Direktiven des Politbüros und des Rates für Arbeit und Verteidigung vom Mai über die Senkung der Einzelhandelspreise für die Gruppe der damals unzureichend vorhandenen Waren um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. Mai offensichtlich ungenügend durchgeführt wurde, es bestätigt den Beschluß des Politbüros vom 3. Februar 1927 über die Senkung der Einzelhandelspreise und hält es für erforderlich, zur Senkung der Einzelhandelspreise folgende Maßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen sind im jetzigen Stadium die aktuellste Aufgabe und erfordern zu ihrer Lösung die Mobilisierung aller Kräfte der Parteiorganisationen und der breiten Massen der Werktätigen.

1. Unter Berücksichtigung der durchzuführenden Senkung der

Lieferpreise für eine Reihe von Waren muß unter allen Umständen zum 1. Juni eine Senkung der Einzelhandelspreise für alle Industriewaren gegenüber den Preisen vom 1. Januar dieses Jahres um mindestens 10 Prozent erreicht werden.

2. Unter Berücksichtigung dessen, daß die in letzter Zeit durchgeführte Senkung der Lieferpreise der Industrie im privaten Handel nur in unbedeutendem Maße und im genossenschaftlichen und staatlichen Handel nicht in vollem Maße bis zum Verbraucher gelangte, wodurch sich die "Schere" zwischen Groß- und Einzelhandelspreisen vergrößerte, verpflichtet das ZK die Parteiorganisationen, alle Kräfte auf die Beseitigung dieser "Schere" im genossenschaftlichen und staatlichen Handel zu richten, indem die Einzelhandelspreise auf Kosten des staatlichen Handels und der Genossenschaften gesenkt werden. Dadurch soll gewährleistet werden, daß jede Senkung der Lieferpreise durch das Warenverteilungsnetz tatsächlich in vollem Umfang dem Verbraucher zugute kommt.

3. Da die ungenügende Senkung der Einzelhandelspreise durch die Genossenschaften und den staatlichen Handel bei gleichzeitigen übermäßigen Gewinn im vergangenen Jahr in bedeutendem Maße dadurch verursacht wurde, daß die Mitarbeiter der Genossenschaften und des staatlichen Handels die Lösung der sozialistischen Akkumulation mißverstanden, ist es erforderlich, in der Psychologie der Mitarbeiter von Handelsorganisationen eine entschiedene Änderung herbeizuführen. Die sozialistische Akkumulation kann und darf nicht durch Beibehaltung eines hohen Preisniveaus oder durch Preiserhöhung erfolgen, sondern muß durch Erfolge bei der Verringerung der Handelsunkosten, beim rationellen Aufbau des Apparates und beim sparsamen Wirtschaften erreicht werden.

4. Das Volkskommissariat für Handel wird beauftragt: a) eine Höchstgewinnspanne festzulegen, die in die Kalkulation des staatlichen Handels und der Genossenschaft einzubeziehen ist, wobei diese Höchstspanne für die Zwischen- und die obersten Glieder der Genossenschaften und des staatlichen Handels auf das äußerste Minimum beschränkt wird; b) innerhalb von 2 Monaten auf der Grundlage minimaler Unkosten und Handelskosten herabgesetzte Einzelhandels-

aufschläge und -preise für die wichtigsten Industriewaren nach einzelnen Rayons festzulegen, die für alle Glieder des staatlichen und genossenschaftlichen Handels gelten. Die Nichteinhaltung der festgelegten Aufschläge und Preise muß sowohl durch Maßnahmen der Kredit- und Steuerpolitik als auch durch Disziplinar- und Kriminalstrafen verhindert werden; o) die Praxis der an den Waren angebrachten festen Verkaufspreise für die Rayons auszudehnen und die obligatorische Veröffentlichung dieser Preise in einer Form festzulegen, die eine Überprüfung durch die Arbeiter und Bauern ermöglicht.

5. Da die Verringerung der Zirkulationskosten eine der wichtigsten Aufgaben beim sozialistischen Aufbau und bei der Durchführung des Sparsamkeitsregimes ist, muß eine entscheidende Senkung der Verwaltungs- und Wirtschaftskosten im Handelsapparat des staatlichen Handels und der Genossenschaften (hinsichtlich der Besoldung des Handelspersonals, der Dienstreisen, hinsichtlich der Bezahlung von Kommissions-, Vermittlungs- und ähnlichen Ausgaben) erreicht werden. Man muß es sich zur Aufgabe machen, diese Ausgaben im laufenden Wirtschaftsjahr um mindestens 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verringern.

6. In der Periode des entfalteten sozialistischen wirtschaftlichen Aufbaus, nachdem der vergesellschaftete Sektor im Handel bereits einen entscheidenden Platz im Groß- und Einzelhandel erobert und den privaten Handel auf den zweiten Platz verdrängt hat, gewinnt die Aufgabe, das Warenverteilungsnetz zu rationalisieren, äußerst wichtige Bedeutung.

Der Leninsche Plan der allgemeinen Vergenossenschaftung der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land als Weg zum Sozialismus erhielt seine Bestätigung in dem gigantisch-schnellen Wachstum der Genossenschaften. Die organisatorische und finanzielle Festigung der Genossenschaften, die Millionenmassen von Werktätigen in ihre Reihen zog und den breiten Markt erfaßte, gewinnt eben deshalb besondere Bedeutung, weil die Genossenschaft nicht nur das rationellste System für die Organisation der Zirkulation, sondern auch ein solcher Zirkulationsapparat ist, der Millionenmassen

organisiert, sie zur praktischen Arbeit am sozialistischen Aufbau heranzieht und sich in seiner Tätigkeit auf ihre Hilfe stützt.

Das Tätigkeitsfeld der Genossenschaften muß in zwei Richtungen ausgeweitet werden: in erster Linie durch weitere Verdrängung des privaten Handels und zweitens dadurch, daß die Genossenschaften den staatlichen Handel in den Bezirken und in dem Maße ersetzen, wie sie in der Lage sein werden, dies mit ihren eigenen finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zu tun, ohne die Warenbewegung zum Verbraucher zu verteuern und ohne daß der von dem staatlichen Handel frei gemachte Platz auf dem Markt vom privaten Handel eingenommen wird.

Die weitere Festigung der Genossenschaften, die Stärkung ihrer Rolle im Warenumsatz, die wirkliche Heranziehung der Arbeiter- und Bauernmassen zum genossenschaftlichen Aufbau, die Beseitigung aller Mängel und krankhaften Erscheinungen in der Genossenschaftsarbeit, - all das bildet eine der Hauptaufgaben der Partei.

Die entscheidende Bedeutung, die die Genossenschaften und der staatliche Handel in den letzten Jahren auf dem Markt errungen haben, ist ein so großer Erfolg, daß er uns zu einer, im Vergleich mit dem Anfangsstadium der NÖP, höheren Stufe der Entwicklung führt. Es wäre jedoch ein unverzeihlicher Fehler, jene Gefahren der Verbürokratisierung nicht zu sehen, die sich aus der Monopolstellung ergeben, und nicht rechtzeitig das entsprechende Gegengift anzuwenden, um die Verbürokratisierung unseres Warenverteilungsnetzes zu verhüten.

Die krankhaften Erscheinungen und die Gefahr der Verbürokratisierung, die auf der Grundlage der Monopolstellung unseres Handelsnetzes entstehen, müssen dadurch beseitigt werden, daß 1) ein solches System der Genossenschaften und des staatlichen Handels eingeführt wird, das eine gegenseitige Überprüfung des staatlichen Handels und der Genossenschaften gewährleistet; 2) das Planprinzip bei der Lenkung des Marktes und der Tätigkeit des gesamten Warenverteilungsnetzes gefestigt wird; 3) die führende Rolle der obersten Glieder im Genossenschaftssystem gegenüber den unteren verstärkt wird; 4) die Kontrolle und Überprüfung der obersten Glieder

der Genossenschaft durch die unteren und eine wirkliche selbständige Arbeit und Initiative von seiten der untersten Glieder der Genossenschaften gewährleistet wird; 5) die genossenschaftlich organisierten Arbeiter- und Bauernmassen zu einer wirklichen Teilnahme am genossenschaftlichen Aufbau und an der Überprüfung der Tätigkeit ihrer Organe herangezogen werden; ebenso sollen die Arbeitermassen zur Kontrolle über die Tätigkeit der Genossenschafts- und staatlichen Handelsorganisationen eingesetzt werden; 6) sowie auch dadurch, daß die Mitarbeiter-Kader der Genossenschaft verstärkt werden.

Das Plenum des ZK beauftragt das Politbüro, auf dieser Grundlage das System von Maßnahmen zur Rationalisierung des Warenverteilungsnetzes zu untersuchen und zu verwirklichen und dabei zu beachten,

- a) daß überflüssige Glieder des Handelsapparates aufgelöst werden,
- b) der Warenweg vom Produzenten zum Verbraucher auf der Grundlage der maximalen Ausnutzung des Transitversandes der Ware von der Produktionsstelle zum Verbraucher verkürzt wird,
- c) die Selbstkosten gesenkt und die Zirkulationskosten verringert werden.

IV

1.) Das Privatkapital, das von den Genossenschaften und vom staatlichen Handel in eine zweitrangige Rolle zurückgedrängt ist und ihnen den entscheidenden Einfluß auf dem Markt überlassen hat, umfaßt gegenwärtig immerhin etwa 22 Prozent des gesamten Warenumsatzes und etwa 40 Prozent des Einzelhandels und stellt somit eine bedeutende Größe dar, mit der man rechnen muß.

2.) Die Rolle des Privatkapitals muß auch weiterhin systematisch eingeengt werden. Es wäre jedoch eine Überschätzung der eigenen Kräfte und ein Vorseilen, wenn wir uns die Aufgabe stellten, das Privatkapital jetzt schon vollständig vom Markt zu verdrängen und den Warenumsatz hundertprozentig in den Händen der Genossenschaften und des staatlichen Handels zu konzentrieren.

3.) Neben der Aufgabe, das Privatkapital im Handel und in der Industrie durch ökonomische Maßnahmen weiter zu überwinden, tritt in den Vordergrund die Aufgabe, das Privatkapital dem regulierenden Einfluß des proletarischen Staates zu unterwerfen, um es im Interesse des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus zu verwenden. Die von der Genossenschaft und dem staatlichen Handel erkämpfte beherrschende Rolle auf dem Markt macht die Verwirklichung dieser Aufgabe völlig real.

4.) Die Aufgabe, die Preise im privaten Sektor des Handels zu senken, ist unter anderem dadurch lösbar, daß Waren aus der staatlichen Industrie nur an jene Privathändler abgegeben werden, die sich an die festgesetzten Preise und Aufschläge halten.

5.) Das Plenum weist auf die ungeheure Wichtigkeit der Aufgabe hin, den Absatz der Erzeugnisse der Heimindustrie durch den staatlichen Handel und die Genossenschaften zu erfassen und die Rolle der Privathändler auf diesem Gebiet einzuengen. Das Plenum beauftragt das Politbüro, die tatsächliche Lage in der Heimindustrie zu untersuchen und Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen, die die Heimindustrie noch enger mit der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft verbinden sowohl in bezug auf die Organisation der Versorgung des Gewerbetreibenden mit Rohstoffen als auch in bezug auf den Absatz seiner Produkte.

V

Die gewaltige Bedeutung, die das Problem der Preissenkung für die Volkswirtschaft der Sowjetunion besitzt, macht es erforderlich, daß sich alle Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen äußerst aktiv an seiner Lösung beteiligen. In Anbetracht dessen beschließt das Plenum des ZK:

1. Die Parteiorganisationen werden aufgefordert, in stärkstem Maße ihren Einfluß auf die staatlichen und genossenschaftlichen Industrie- und Handelsorganisationen geltend zu machen, damit die vorgesehenen Aufgaben bei der Preissenkung, insbesondere der Einzelhandelspreise, gelöst werden.

2. Die Organe des Volkskommissariats für Handel sind dadurch zu stärken, daß man die qualitative Zusammensetzung ihres Mitarbeiterstabes verbessert.

3. Das Büro der Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion wird aufgefordert, ein System von Maßnahmen auszuarbeiten, durch das die unteren Gewerkschaftsorgane, die Gewerkschaftsmitglieder und die in den Genossenschaften erfaßten Arbeitermassen zur Kontrolle über die Durchführung der vorgesehenen Preissenkung durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen herangezogen werden.

4. Die Parteiorganisationen und die Sowjets haben organisatorische Maßnahmen zu treffen, um tatsächlich die Hauptmasse der Bauernschaft zur Teilnahme an der Leitung der Dorfgenossenschaften und an der Kontrolle über ihre Arbeit heranzuziehen.

5. Die Kontrollkommissionen und das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion haben darauf zu achten, daß alle Organe, sowohl die Sowjet- als auch die Parteiorgane, die genannten Direktiven durchführen und diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die sie verletzen.

Über die Wahlen zu den Sowjets

(Zum Bericht des Genossen Kalinin)

Nach Anhören der Mitteilung des Genossen Kalinin über die beginnende Wahlkampagne und über die bevorstehenden Sowjetkongresse hält es das Plenum des ZK für notwendig, in Ergänzung der vorhergehenden Direktiven der Partei folgende äußerst wichtige Momente zu unterstreichen:

1. Die gegenwärtige Wahlkampagne ist die zweite breite und öffentliche Wahlkampagne zu den Sowjets. Die Losung der Belebung der Sowjets muß in dieser Kampagne mit größerer Konsequenz als früher durchgeführt werden: weder ein Kommandieren noch ein Aufdrängen von Kandidaten für die Sowjets ist zulässig, es sind wirkliche Wahlen notwendig, die gewährleisten, daß die breiten Massen der Arbeiter und Bauern an ihnen teilnehmen, und die die Bedeutung

der Sowjets als der wirklichen Organe der proletarischen Diktatur erhöhen. Den politischen Inhalt der Wahlkampagne zu den Sowjets müssen die Hauptfragen der Innen- und der Außenpolitik der Sowjetmacht und der Partei bilden, aber auch örtliche Fragen, die unmittelbar mit den eigenen Interessen der Wähler verbunden sind.

2. Die Wahlen in die Sowjets sind eine grundlegende und allgemeine Überprüfung der gesamten Arbeit der Sowjetmacht und unserer Partei durch die Millionenmassen parteiloser Arbeiter und Bauern. Auf der Grundlage des wachsenden Vertrauens und der aktiven Unterstützung der parteilosen Arbeiter sowie auch der gesamten Masse parteiloser Werktätiger muß die Partei ihre führende Rolle in den Sowjets festigen, Diese Aufgabe, ihre führende Rolle zu festigen, muß die Partei dadurch lösen, daß sie neue und immer neue Schichten von parteilosen Arbeitern und Bauern zu den Wahlen und zur eigentlichen Arbeit in den Sowjets heranzieht.

3. Das Proletariat muß bei den Neuwahlen der Sowjets ein Höchstmaß an Aktivität, Organisiertheit und Bewußtsein an den Tag legen. Das ist um so mehr erforderlich, als die Erfahrungen der vorjährigen Wahlkampagne gezeigt haben, daß die Aktivität der kleinbürgerlichen Schichten bedeutend gewachsen ist. Es muß um jeden Preis erreicht werden, daß auch die rückständigeren Schichten der Arbeiter (Arbeiterinnen, neue Arbeiter, unqualifizierte, ungelernete Arbeiter usw.) möglichst stark zu diesen Wahlen in die Sowjets herangezogen werden und daß ihre Nöte und Bedürfnisse eine stärkere Widerspiegelung in der Arbeit der neuen Sowjets finden. Die Arbeit der Gewerkschaften in dieser Richtung zu verstärken, ist die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Wahlkampagne.

4. Die Wahlen zu den Sowjets auf dem Lande müssen zur Festigung des Bündnisses der Arbeiter und der Dorfarmut mit der breiten Masse der Mittelbauern dienen und damit zur politischen Isolierung des Kulakentums auf dem Lande führen. Gleichzeitig muß besonders aufmerksam auf die richtige Durchführung der Wahlinstruktion geachtet werden, die gegen das Kulakentum, und nur gegen dieses, gerichtet ist. Die richtige Durchführung der Wahlinstruktion soll auf keinen Fall die mittelbäuerlichen Schichten auf dem Lande von den

Sowjets zurückstoßen. Wenn man den Mittelbauern das Wahlrecht entzieht, ist dies objektiv eine direkte Hilfe für das Kulakentum. Jeglicher Versuch einer solchen erweiterten Auslegung der Instruktion, bei welcher der Mittelbauer unter die Kategorie derer fällt, denen das Wahlrecht entzogen ist, muß als größter politischer Fehler behandelt werden. Gegen eine solche erweiterte Auslegung der Instruktion zum Schaden der mittelbäuerlichen Schichten müssen die allerentschiedensten Maßnahmen ergriffen werden. Die Wahlkampagne muß nicht nur dazu dienen, die mittelbäuerliche Masse auf dem Lande in breitem Umfang zu den Wahlen heranzuziehen, sondern auch dazu, die Dorfarmut zu organisieren. Man muß immer und immer wieder die Aufmerksamkeit auf die Verstärkung des Einflusses der Landarbeiter lenken. Gestützt auf die errungenen Erfolge in dieser Angelegenheit, müssen die Wahlen helfen, die Parteilarbeit in dieser Richtung weiter zu entfalten.

5. Die neuen Sowjets müssen zu einem noch mächtigeren Hebel für den sozialistischen Aufbau werden. Neben der Hauptaufgabe, in den Sowjets den fortschrittlichsten und aktivsten Teil der Arbeiterklasse sowie den fortschrittlichsten Teil der werktätigen Bauernschaft auf dem Lande zu vereinigen, müssen die Interessen aller wichtigen Schichten der Arbeitermasse und auf dem Lande der Masse der werktätigen Bauern, davon besonders der Kleinbauern und Landarbeiter, in der Arbeit der neuen Sowjets und in ihrer Zusammensetzung einen stärkeren Ausdruck finden. Die rückständigeren Gruppen der Proletarier und Halbproletarier müssen näher an die Arbeit der Sowjets herankommen. Die Beteiligung parteiloser Arbeiter und Arbeiterinnen an den Stadtsowjets sowie der Bauern und Bäuerinnen an den Sowjets im Dorfe darf nicht nur nicht schwächer, sondern muß stärker werden. Der Heranbildung neuer und wirklich fortschrittlicher und aktiver Funktionäre für die Sowjets aus den parteilosen Arbeiter- und Bauernmassen muß bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als früher. Die Arbeit der Sowjets muß mit der Arbeit aller Organisationen der Arbeiter- und Bauernmassen verbunden sein: mit den Gewerkschaften, den Genossenschaften, der Bauernhilfe usw. Die Sowjets müssen mehr und mehr zu organisatorisch-politischen und wirtschaftlichen Zentren der ge-

gen Vorbereitung sowohl des einen als auch des anderen besonders Aufmerksamkeit geschenkt werden.

"Prawda" Nr. 36, 13. Februar 1927

samen Arbeiter- und Bauerngesellschaft werden.

6. Der Vorbereitung der Sowjetkongresse (der Kreise, Gouvernements, Republiken und der Union) muß bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die richtige Art der Rechenschaftslegung durch die ausführenden Organe der Sowjets vor den Kongressen und größte Hellhörigkeit für die Stimme der Werktätigen auf diesen Kongressen müssen helfen, die Mängel der früheren Arbeit zu berichtigen und müssen ihren Ausdruck in der weiteren Arbeit der neu gewählten Exekutivkomitees der Sowjets finden. Der Neubesetzung der leitenden Sowjetorgane muß die ernsteste Beachtung geschenkt werden. Man muß den kommunistischen Teil der Exekutivkomitees festigen und gleichzeitig neue Kräfte aus den Reihen der parteilosen Arbeiter und Bauern heranziehen. Die Heranbildung neuer Kräfte aus der Masse der parteilosen Werktätigen muß darauf gerichtet sein, daß neue, wirklich aktive und wirklich fortschrittliche Elemente der Arbeiter und Bauern (besonders Kleinbauern und Landarbeiter) für die Arbeit in den leitenden Organen der Sowjets gewonnen werden. Es ist erforderlich, daß die parteilosen Mitglieder der Exekutivkomitees (darunter der Kreis-, Gouvernements- und der höheren Exekutivkomitees) mindestens ein Drittel der gesamten Mitgliederzahl der Exekutivkomitees ausmachen.

7. Die besonders große politische Bedeutung der Sowjetkongresse der Unionsrepubliken und des Unions-Sowjetkongresses macht es erforderlich, daß man der Vorbereitung der Wahlen auf den Kongressen und der Organisation ihrer Arbeit größte Beachtung schenkt. Auf diesen Kongressen müssen die grundlegenden Fragen der Arbeit der Sowjetmacht in der gegenwärtigen Periode behandelt werden, wobei die Arbeit der Kongresse so organisiert sein muß (insbesondere durch die Schaffung umfangreicher Kommissionen und Sektionen unter Beteiligung von Parteilosen), daß sie zu einer eingehenden Erörterung der auf den Kongressen stehenden Fragen beiträgt. Auf diesen Kongressen müssen die einfachen Parteimitglieder, die parteilosen Arbeiter und Bauern unbedingt stärker vertreten sein als auf den früheren. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten in der Organisation der Sowjetkongresse der RSFSR und der UdSSR muß der richti-

Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

29. Juli bis 9. August 1927

Informatorische Mitteilung

Vom 29. Juli bis 9. August d.J. tagte das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) unter Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission.

Das Plenum behandelte eine Reihe sehr wichtiger Fragen der internationalen Politik, des wirtschaftlichen Aufbaus und des innerparteilichen Lebens, insbesondere:

1. Die internationale Lage. 2. Die Kontrollziffern der Volkswirtschaft für das Jahr 1927/28. 3. Bericht der Arbeiter- und Bauerninspektion über die Rationalisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates und das Sparsamkeitsregime. 4. Die neuesten Aktionen der Opposition und die Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki. 5. Den Parteitag.

Es wurden folgende Resolutionen angenommen:

Resolutionen des Plenums

Über die internationale Lage

(Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK, angenommen am 9. August 1927)

I. Die internationale Lage und die UdSSR

1. Die gegenwärtige internationale Lage ist in erster Linie durch die äußerst gespannten Beziehungen zwischen dem imperialistischen England und der proletarischen UdSSR einerseits und durch die militärische Intervention des Imperialismus in China andererseits gekennzeichnet. Die Gefahr eines konterrevolutionären Krieges gegen die UdSSR ist das brennendste Problem der gegenwärtigen Periode. Die Verschärfung der Gegensätze zwischen der UdSSR und ihrer kapitalistischen Umkreisung ist die Haupttendenz der gegenwärtigen Periode, was selbstverständlich diese oder jene Phase einer gewissen Besserung der Beziehungen an dieser oder

Das Plenum des ZK der KPdSU(B)

vom 13. - 16. April 1927

Informatorische Mitteilung

Vom 13. - 16. April dieses Jahres tagte das Plenum des ZK der KPdSU(B) unter Teilnahme der Mitglieder des Präsidiums der ZKK und der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission.

Das Plenum behandelte eine Reihe von Fragen, die mit den Sowjetkongressen der RSFSR und der UdSSR zusammenhängen.

Nach Entgegennahme und Behandlung der Mitteilung des Politbüros über die Beschlüsse, die von ihm im Zusammenhang mit den letzten internationalen Ereignissen (die Ereignisse in China u.a.) angenommen wurden, billigte das Plenum die Politik des Politbüros in der internationalen Frage.

Das Plenum beschloß, den XV. Parteitag der KPdSU(B) für die zweite Novemberhälfte dieses Jahres einzuberufen und beauftragte das Politbüro, dem nächsten Plenum die Tagesordnung des Parteitages zur Prüfung vorzulegen.

Das Plenum nahm außerdem die Mitteilung des Büros der kommunistischen Fraktion des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion über die letzte Tagung des Englisch-Sowjetischen Einheitskomitees in Berlin entgegen.

"Prawda" Nr.88, 19. April 1927

jener Kampffront nicht ausschließt.

2. Dieser Verschärfung liegt die Tatsache der Festigung des Kapitalismus - sowohl auf rein wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet - in dem durch den Krieg außerordentlich zerrütteten Europa sowie in Japan und in den Vereinigten Staaten zugrunde. Gleichzeitig wachsen die Erfolge des revolutionären sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, entfaltet sich die Volksrevolution in China, gärt es stark unter den Kolonialvölkern und kommt es zu einer merklichen Linksschwenkung der proletarischen Massen in Europa (die englischen Ereignisse, Tag der Roten Frontkämpfer in Deutschland, Wien usw.). Dieser Prozeß der Festigung des Kapitalismus geht im Rahmen der allgemeinen Nachkriegs-Desorganisation der Weltwirtschaft vor sich, ruft immer neue und schärfere Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems hervor und steigert damit zugleich die imperialistischen Tendenzen aufs äußerste. Daher sind die sogenannte "russische" und die "chinesische" Frage für den internationalen Imperialismus die brennendsten Fragen der Politik. Der sich stabilisierende europäische Imperialismus ist an diesen Fragen auf zweierlei Weise interessiert: sowohl an der wirtschaftlichen Expansion (Märkte, Sphären für Kapitalanlagen, Rohstoffquellen) als auch an einem Präventivkrieg gegen die Revolution.

3. Die wirtschaftliche Stabilisierung des europäischen Kapitalismus im gegenwärtigen Zeitpunkt ist von seiner radikalen Rekonstruktion (äußerst schnelles Anwachsen der Trusts und anderer Vereinigungen, technische Reorganisation der Produktion mit Übergang zu neuen Maschinen, neuen Metallen und zum Teil neuen Rohstoffen, Einführung des Fließbandsystems usw.) begleitet. Gleichzeitig ist eine eigentümliche Umstellung der Industrie auf Kriegsbedürfnisse zu beobachten, da die chemische Industrie zugleich mit der metallurgischen immer mehr in den Vordergrund rückt. Große Kapitalinvestitionen als Grundkapital bringen auch eine große Zunahme der Produktionsfähigkeit des Industrieapparates mit sich, was - bei der ungenügenden Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes - die Frage nach ausländischen Märkten und ausländischen Kapitalan-

lagesphären immer brennender macht. Eben deshalb gewinnt die Frage der UdSSR und Chinas für den Imperialismus besondere wirtschaftliche Bedeutung. Während der europäische Kapitalismus (in erster Linie der französische und der deutsche) seine Produktivkräfte im großen und ganzen schnell entwickelt, macht der englische Imperialismus trotz seiner verzweifelten Stabilisierungsversuche innerhalb des Landes eine chronische Depression durch. Vor die Notwendigkeit der Konkurrenz mit dem europäischen Kontinent und ebenso mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestellt, bedroht von den kolonialen Bewegungen des Ostens, wird der englische Imperialismus ganz natürlich zum Führer der reaktionären imperialistischen Kräfte.

4. Die wirtschaftliche Stabilisierung, die ihre tiefen inneren Widersprüche entwickelt und den Klassenkampf verschärft, (England, Österreich usw.) ist auch von einer politischen Festigung der Bourgeoisie begleitet. Eine Reihe faschistischer Staatsstreichs, die Bildung des "Bürgerblocks" in Deutschland und seine Konsolidierung, die Festigung der reaktionären Regierung in Frankreich, die Herrschaft der "engstirnigen" Konservativen in England, die Konsolidierung der herrschenden Klassen in Polen, der augenblickliche Bankrott der Koalitionsregierungen in Europa, - alles das trägt zu einer aggressiveren Politik gegenüber der Sowjetunion bei, da die Grundlage der ökonomischen und allgemeinen Klassenwidersprüche zwischen der UdSSR und ihrer imperialistischen Umkreisung wächst.

5. Zu dem Umschwung in den Beziehungen zwischen dem Staat des Proletariats und dem Imperialismus hat das Wachstum der UdSSR selbst, ihrer Wirtschaft, ihrer Staatsmacht, ihrer Kultur und der Organisiertheit der breiten werktätigen Massen, ihre revolutionierende internationale Bedeutung in hohem Maße beigetragen. Das System des sozialistischen Außenhandelsmonopols, das die Interessen der UdSSR als Exporteur wahrt, das Wachstum der sozialistischen Produktion gewährleistet und nicht zuläßt, daß die UdSSR in ein Agraranhängsel verwandelt wird, das das wirtschaftliche "Hinterland" des Weltkapitalismus ergänzt: die Politik der Industrialisierung des Landes, die auf der gleichen Linie liegt; der Zusam-

menbruch der Hoffnungen auf die innere Entartung der Wirtschaft und des politischen Überbaues der UdSSR; der Zusammenbruch der Illusionen der Imperialisten hinsichtlich des sogenannten "friedlichen Eindringens" des Imperialismus in alle Poren unserer Wirtschaft; schließlich der mächtige revolutionierende Einfluß der UdSSR (China, England), - alle diese mächtigen Tatsachen riefen und rufen ihrerseits eine wachsende Aggressivität von seiten des konterrevolutionären Imperialismus hervor.

6. Die Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR bedeutet nichts anderes als die Wiederaufnahme des Klassenkampfes zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem siegreichen Proletariat auf erweiterter Grundlage. Dies eben wird vom Klassenstandpunkt aus der Sinn dieses Krieges sein. Bei jedem, der - wie die Opposition in unserer Partei - diesen Charakter des Krieges bezweifelt oder gar die Wurzeln des Überfalles auf die UdSSR nicht im Wachstum des im Aufbau befindlichen Sozialismus in der UdSSR und dem revolutionierenden Einfluß der letzteren sieht, sondern umgekehrt im "National-Reformismus" der proletarischen Partei, offenbart sich eine sozialdemokratische Abweichung, die in der gegenwärtigen internationalen Lage doppelt schädlich ist und objektiv den Feinden des Proletariats hilft.

7. Das System der diplomatischen und Militärbündnisse gegen die UdSSR, das auf der Linie der sogenannten "Einkreisung" der UdSSR liegt (polnisch-rumänischer Vertrag, jugoslawisch-polnischer, tschechoslowakisch-polnischer, italienisch-rumänischer usw.; die Tätigkeit Englands in den baltischen Ländern, in Polen, im Fernen Osten und in Persien; der "Druck" auf Deutschland, der besonders mit Locarno begann und mit den letzten Versuchen der Schaffung eines antisowjetischen Blockes in Genf abschließt; der Überfall auf die Arcos, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR; der verstärkte Druck auf Frankreich, um den Bruch mit der UdSSR herbeizuführen, der gleiche Druck auf Italien, Griechenland usw.; der besonders in der letzten Zeit zunehmende Druck auf Deutschland), ist die charakteristischste Tatsache des gegenwärtigen Augenblickes.

In Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR und gegen die Arbeiterklasse ihres eigenen Landes führt die englische konservative Regierung überall einen diplomatischen Kampf gegen die UdSSR, organisiert die wirtschaftliche und Kreditblockade der UdSSR, Verschwörungen und terroristische Akte auf dem Territorium der Sowjetunion, unterstützt die konterrevolutionären Gruppierungen im Kaukasus, besonders in Georgien, in der Ukraine, usw. usf. Gleichzeitig ergreift eine Reihe kapitalistischer Staaten verstärkte Maßnahmen zur Vorbereitung des Hinterlandes (Gesetze Mussolinis gegen die Arbeiter und Terror gegen die Kommunisten in Italien; Bill gegen die Gewerkschaften, "Reform"-projekt des Oberhauses in England; Militärgesetze des "Sozialisten" Paul Boncour und die Kommunistenverhaftungen in Frankreich usw. usf). Die ideologische Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR übernimmt zugleich mit der Bourgeoisie auch die sogenannte internationale Sozialdemokratie zusammen mit den "ultralinken" Renegaten des Kommunismus: größtmögliche Diskreditierung der UdSSR als Staat; verleumderische Hetze über Entartung, Kulakenpolitik (Lewy) und Bonapartismus; Geschrei über den "roten Imperialismus", über die angebliche kriegstreiberische Rolle der UdSSR, die an der Störung des Friedens "schuld" sei, der sorgfältig vom Völkerbund "gehütet" wurde (siehe z.B. die Position Bauers, die Marseiller Resolutionen der II. Internationale, die "Granatenkampagne", den jüngsten Antrag der finnischen sozial-demokratischen Regierung an den Völkerbund usw.) - alles das soll der Verschleierung und Rechtfertigung des Klassenkrieges der imperialistischen Bourgeoisie gegen den proletarischen Staat dienen und die Arbeiter Europas von der Erfüllung ihrer proletarischen Pflicht ablenken, die UdSSR mit allen Mitteln zu verteidigen. Unter diesen Bedingungen ist die Propaganda der Opposition der KPdSU(B) besonders verlogen und verbrecherisch.

8. Obgleich die inneren Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten schwere Konflikte zwischen ihnen hervorzurufen drohen, (anglo-amerikanische, italienisch-französische, Balkan- und mitteleuropäische, polnisch-deutsche, japanisch-amerikanische usw.) so ist andererseits auch ein zeltweiliger

Block dieser Staaten gegen die UdSSR, d.h. eine direkte militärische oder finanzielle Unterstützung der Kräfte, die die Operationen gegen den Staat der Arbeiterklasse unmittelbar durchführen, nicht ausgeschlossen. Die wütende Propaganda für den Abbruch der Beziehungen mit der UdSSR in Frankreich; die Schwenkung eines bedeutenden Teiles der deutschen Presse zu einer feindseligen Haltung gegen die UdSSR, die japanische Politik im Fernen Osten usw. usw. signalisieren die reale Möglichkeit dieser Gefahr.

9. Entgegenwirkende Faktoren sind vor allem die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die gegen den imperialistischen Krieg kämpft, und zum Teil auch kleinbürgerliche Schichten, die pazifistisch eingestellt sind und den Krieg fürchten. Außerdem versteht die Bourgeoisie, daß ein Krieg gegen die UdSSR ohne Zweifel früher oder später alle Kräfte der internationalen Revolution entfesseln würde, und das muß zwangsläufig bei der Bestimmung des Zeitpunktes für den Überfall auf die UdSSR seitens des Imperialismus ein verzögerndes Moment sein. Andererseits spielen auch die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten und den kapitalistischen Gruppen innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder eine wesentliche Rolle. Im Zentrum Europas ist Deutschland an der Hinauszögerung der Ereignisse unmittelbar interessiert, denn die Dynamik der Entwicklung führt zum un- zweifelhaften absoluten und relativen Anwachsen des ökonomischen und politischen Gewichtes Deutschlands. Gleichzeitig ist Deutschland mehr als andere Länder an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR interessiert. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß das kapitalistische Deutschland im Falle entscheidender Ereignisse unbedingt neutral bleiben wird. Es kann, nachdem es eine möglichst vorteilhafte Position ausgehandelt hat, zur Zeit des Ausbruches der Ereignisse in einer Einheitsfront mit dem Feind stehen. Die USA sind ebensowenig an einer europäischen Katastrophe interessiert, die mit einem Risiko für die gewaltigen amerikanischen Kapitalinvestitionen verbunden wäre. Aber auch sie werden, trotz des anglo-amerikanischen Antagonismus, der im letzten Konflikt mit Großbritannien wegen der Flottenaufrüstung usw. zutage trat, selbstverständlich im Falle eines Konfliktes dem

englischen Imperialismus helfen. So verzögern die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten zwar den Konflikt, beseitigen aber nicht seine immer größere Wahrscheinlichkeit und Unvermeidlichkeit.

10. Eine unzweifelhafte Untergrabung des gesamten Systems des Imperialismus, in erster Linie des englischen, eine Untergrabung, die die ungeheuer tiefe Desorganisation des gesamten Weltkapitalismus im ganzen zum Ausdruck bringt, ist die chinesische Revolution. Die Gefahr der proletarischen Revolution in Europa, die Notwendigkeit, einen Krieg gegen die UdSSR gleichzeitig mit einem Krieg gegen die chinesische Revolution zu führen, die große Gefahr, die von den Kolonien droht (Aufstand in Indonesien, Anwachsen der national-revolutionären Bewegung in Indien usw.), - dies sind die Hauptschwierigkeiten für den Imperialismus.

11. Das oben Gesagte bestimmt die Politik der UdSSR. Sie ist vor allem eine Politik des Friedens. Bei der Unmöglichkeit, den Zeitpunkt des militärischen Überfalls auf die UdSSR "vorauszusagen" und bei aller Notwendigkeit, sich auf diesen Überfall vorzubereiten, muß die UdSSR eine entschiedene konsequente Politik des Friedens führen, der die Position des proletarischen Staates mit jedem Jahr und mit jedem Monat stärkt. Im Interesse des Kampfes um den Frieden muß die Regierung der UdSSR wirtschaftlich zweckmäßige Verbindungen mit kapitalistischen Staaten eingehen. Gleichzeitig wird die Regierung der UdSSR mit allen Mitteln die Grundlagen ihrer proletarischen wirtschaftlichen und staatlichen Verfassung verteidigen, die gleichzeitig auch die Grundlagen ihrer Existenz als proletarischer Staat sind.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die Arbeiterklasse der UdSSR dem Aufruf der Partei und der Sowjetmacht, die Verteidigung des proletarischen Landes mit allen Mitteln vorzubereiten, begeistert gefolgt ist, sie hat in der Woche der Verteidigung ihre Geschlossenheit, ihre Fähigkeit, die Bauernschaft zu führen, und ihre Bereitschaft gezeigt, das Zentrum der internationalen Revolution mit ihrem Leben gegen den Überfall durch den Imperialismus zu verteidigen.

II. Die internationale Lage und die Komintern

12. Der künftige Krieg gegen die UdSSR wird eine Lage schaffen, die sich wesentlich - und in einigen sehr wichtigen Punkten auch prinzipiell - von der Situation des Jahres 1914 unterscheiden wird. Wenn es sich im Jahre 1914 um einen Krieg zwischen imperialistischen Staaten handelte und der Imperialismus auf beiden Seiten der Front stand, so wird in einem Kriege gegen die UdSSR der Imperialismus gegen das als Staatsmacht organisierte Proletariat kämpfen. Deshalb hat das letzte Plenum des EKKI vollkommen richtig betont, daß hier von einem Überfall einer (der imperialistischen) Seite auf die andere (proletarische) gesprochen werden kann und muß; daher muß man hier sowohl von der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes (welches es im Jahre 1914 nicht gab) als auch von der Verteidigung der chinesischen Revolution sprechen; daher ist es hier notwendig, in den kapitalistischen Ländern nicht nur die Losung des Defätismus, sondern auch die Losung der aktiven Hilfe für den proletarischen Staat zu propagieren; daher geht hier die Losung der Verbrüderung in die Losung des Übergangs auf die Seite der UdSSR über und wird unmittelbar mit der Losung des Sturzes der "eigenen" imperialistischen Regierung verbunden usw. usw.

13. Die wichtigste Frage in der gesamten ideologischen Vorbereitung auf den Krieg ist die Frage der defätistischen Propaganda in den kapitalistischen Staaten. Der trotzkistische Block hat sich indessen nicht ein einziges Mal über eine Revision der trotzkistischen Einstellung während des Krieges geäußert. Ohne eine Revision dieser Einstellung kann von einer bolschewistischen Vorbereitung auf den Krieg gar nicht die Rede sein. Wenn der Trotzkismus im Krieg 1914 gegen die Losung der Niederlage des kapitalistischen Vaterlandes und gegen die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg war, indem er ihr die pazifistische Losung des abstrakten Friedens entgegenstellte, so hat der trotzkistische Block in der gegenwärtigen Periode seine Einstellung zu diesem Fehler in keiner Weise bekundet. Das EKKI hat völlig richtig für die kommende Periode nicht die abstrakte Losung des Friedens ausgegeben, sondern die konkrete Losung der Verteidi-

gung der russischen und chinesischen Revolution, der Vorbereitung des proletarischen Generalstreiks und des Aufstandes gegen den Imperialismus bei gleichzeitigem entschiedenem Kampf gegen die Phrase vom Streik, wie sie charakteristisch ist für die reformistischen Führer, die in der Praxis den Imperialismus mit allen Mitteln unterstützen.

14. Der Ausgang des künftigen Krieges wird im wesentlichen durch die Wechselbeziehungen der Klassenkräfte sowohl im Westen als auch in erster Linie in der UdSSR und in China entschieden werden. Die Einschätzung der Lage durch die Opposition ("Rechtsschwenkung" der Arbeiterklasse im Westen, faktische "Entartung" der Macht in der UdSSR, d.h. Leugnung der tatsächlich führenden Rolle des Proletariats sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf staatspolitischem Gebiet der UdSSR überhaupt) ist, dem Wesen der Sache nach, ein gegenüber der UdSSR verlogener und defätistischer Standpunkt. Der wesentliche Prozeß im westeuropäischen Proletariat ist der Prozeß der Linksschwenkung, obzwar zugleich damit eine Rechtsschwenkung der aristokratischen Oberschichten zu beobachten ist. Der wesentliche Prozeß in der UdSSR ist der Prozeß der Festigung des sozialistischen Sektors der Wirtschaft, obwohl auch unter den dem Proletariat feindlichen Schichten (NÖPleute, Kulaken, bürgerliche "Smena-Wech"-Intelligenz, nationalistische konterrevolutionäre Tendenzen usw.) Tatsachen großer Aktivität vorhanden sind. Ebenso ist die Theorie der Opposition, die während des Krieges einen Bruch des Blockes zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft erwartet und den proletarischen Krieg dem Volkskrieg gegenüberstellt, falsch. In Wirklichkeit führt das Proletariat den ihm aufgezwungenen Krieg nicht als eine isolierte Klasse, sondern als Klassenhegemon, der die breiten Schichten der Volksmassen führt.

15. Die Opposition versucht, die verleumderische Behauptung in Umlauf zu bringen, daß die "falsche" Politik der Partei an dem Herannahen der Kriegsgefahr schuld sei, daß der Imperialismus deshalb angreift, weil wir schwächer geworden seien. Eine solche "Erklärung" der Kriegsgefahr zeugt nicht nur von stärkster fraktioneller Blindheit und fraktioneller Tollwut der Opposition,

noch die sich nach links entwickelnden Kader der sozialdemokratischen Arbeiter führt.

17. Das sozialdemokratische Geschrei vom "roten Imperialismus" und den "sowjetischen Granaten" usw. kann jedoch keinen einigermaßen merklichen Widerhall unter den Arbeitern finden. Die "Bearbeitung" dieser Massen gegen die UdSSR wird deshalb auch "von links" durch die sogenannten "ultralinken" Renegaten vom Typ Maslow-Fischer, Urbahns-Korsch betrieben, die mit so offen rechten Renegaten wie Suwarin, Rosmer, Monatte usw. in gleichem Schritt gehen. Diese Gruppe sucht die UdSSR vom revolutionären Proletariat des Westens durch die Verleumdung von der Entartung der Partei und der Sowjetmacht, von unserer Kulakisierung und dem Thermidor zu isolieren, wobei die Argumente für diese Verleumdungen mit vollen Händen aus dem ideologischen Arsenal unserer Opposition geschöpft werden. Auf diese Weise versuchen die "ultralinken" Konterrevolutionäre, das revolutionäre Proletariat des Westens an den Gedanken heranzuführen, daß das Schicksal der UdSSR für das Schicksal der Weltrevolution völlig bedeutungslos sei. Während die sozialdemokratische Führung versucht, die Arbeitermassen auf den bürgerlichen Angriff gegen die UdSSR umzustellen, versucht die "Führung" der "ultralinken" Renegaten, die Arbeitermassen in dem drohenden kriegerischen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu neutralisieren.

Der Block mit dieser Gruppe von Renegaten des Kommunismus ist der beste Beweis dafür, wie tief unsere Opposition gesunken ist.

18. Die Rechtsschwenkung der Spitzen der Arbeiteraristokratie und -bürokratie zeigte sich auch in dem verräterischen Verhalten der Führer des Generalrates und ihrer Vertreter im Englisch-Russischen Komitee. Die Kommunisten im Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion haben die verräterischen Schritte des Generalrates im allgemeinen richtig kritisiert. Gleichzeitig übernahmen sie ganz richtig nicht die Verantwortung für das Auffliegen und die Spaltung des Englisch-Russischen Komitees; auf diese Weise entlarvten sie restlos die verräterische Taktik der

sondern auch von völligem Nichtverstehen der tiefen, objektiven Ursachen, welche die Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und der UdSSR im gegenwärtigen Entwicklungsstadium (Stabilisierung des Kapitalismus bei weiter andauernder Krise, die chinesische Revolution, unser Wachstum) unvermeidlich machen.

Eine solche "Analyse" der Ursachen des in Vorbereitung befindlichen Krieges gegen die UdSSR trägt in Wirklichkeit zur Schwächung der Kräfte des internationalen Proletariats bei, gibt die Trümpfe der Sozialdemokratie in die Hände und hilft durch die völlige Verdrehung der wirklichen Verhältnisse der Bourgeoisie.

16. Die Sozialdemokratie, die Klassenzusammenarbeit und Koalition propagiert, sich am Völkerbund beteiligt, die Kriegsvorbereitung aktiv unterstützt (Gesetz Boncour) und eine systematische Hetze gegen die UdSSR betreibt, sucht mit Hilfe ihres sogenannten "linken" Flügels die Führung der wachsenden Kader der nach links schwenkenden Arbeiter in der Hand zu behalten. Während die rechten Sozialdemokraten, die offen feindlich gegen die UdSSR eingestellt und offen konterrevolutionär sind (vergl. Kautsky, Mac Donald, Renaudel), bei den Arbeitermassen immer mehr an Ansehen verlieren, treiben die "Linken" (Otto Bauer, Lewy, Longue usw.), die mitunter mit Worten die UdSSR sogar "verteidigen", eine weit raffiniertere Politik des Betruges und der Irreführung der Arbeitermassen, indem sie im entscheidenden Augenblick gemeinsam mit der Bourgeoisie handeln. Die Entlarvung dieses "linken" Flügels ist eine der aktuellen Aufgaben der Komintern. Durch den Verrat des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks in England und die sozialchauvinistische Einstellung zum Krieg des Imperialismus gegen die UdSSR entlarvten sich die "linken" Generalrätle und Führer der Amsterdamer Internationale (Purcell, Hicks u. Co.) vor den breitesten Arbeitermassen. Der Verrat an dem Aufstand in Wien hat den stärksten und organisiertesten Vortrupp des "linken" Flügels der II. Internationale - die österreichische Sozialdemokratie restlos entlarvt. Diese Tatsachen müssen von den Kommunisten voll ausgenutzt werden. Der Hauptfeind unter den Sozialdemokraten sind die "Linken"; gegen sie muß der Schlag in erster Linie konzentriert werden, weil gerade mit ihrer Hilfe die II. Internationale

Führer des Generalrates. Unter Ausnutzung der "legalen Möglichkeit" der Verbindung mit den englischen Gewerkschaften muß der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion jeden verräterischen, versöhnlerischen und sozial-imperialistischen Schritt der Führer des Generalrates mit aller Konsequenz brandmarken. Gleichzeitig ist es notwendig, alle Anstrengungen zu machen, um die internationale Arbeit des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion für den Kampf gegen den Krieg, gegen den Angriff des Kapitals und für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung sowohl im Westen als auch im Osten (vergl. Pazifik-Konferenz der Gewerkschaften usw.) zu beleben. Gleichermaßen ist es notwendig, alles zu tun, damit die Arbeit der Gewerkschaftsinternationale in dieser Richtung energischer wird.

III. Das Problem der chinesischen Revolution

19. Bei der Festlegung der Taktik der proletarischen Partei in der chinesischen Revolution konnte es drei Hauptlinien geben - und sie waren tatsächlich vorhanden, - die objektiv betrachtet werden müssen und die verschiedene Einschätzungen des Charakters der chinesischen Revolution voraussetzen. Die e r s t e Linie (die rechte Abweichung, die direkt und unmittelbar in den Menschewismus übergeht) geht davon aus, daß es bis zum Sieg über den Imperialismus und bis zur Vereinigung Chinas auf allen Stufen der Entwicklung notwendig sei, die einheitliche national-"revolutionäre" Front einschließlich der Bourgeoisie um jeden Preis zu erhalten und für dieses Ziel alle und jede Zugeständnisse zu machen (Abbremsen der Agrarrevolution und Kampf gegen sie, Abbremsen der Arbeiterbewegung und Kampf gegen "übermäßige Forderungen" der Arbeiter usw., um die "Bourgeoisie nicht abzuschrecken"); die z w e i t e Linie (die trotzkistische), die, allerdings nachträglich, die Zulässigkeit von Abkommen und Bündnissen mit der Bourgeoisie ü b e r h a u p t unabhängig von den Entwicklungsetappen der Revolution prinzipiell ablehnt und meint, daß Bündnisse und Abkommen mit der Bourgeoisie die Kräfte des Proletariats nur schwächen usw., schließlich die d r i t t e (die leninistische Linie,

die die Komintern in die Tat umsetzte); diese Linie hält Abkommen mit der Bourgeoisie kolonialer und halbkolonialer Länder für notwendig, jedoch nur in bestimmten Etappen der Entwicklung, unter bestimmten Bedingungen, sie hält gleichzeitig den Bruch dieser Abkommen und den entschiedenen Kampf gegen die ehemaligen Verbündeten bei Veränderungen der Entwicklungsbedingungen, bei einer Umgruppierung der Klassenkräfte usw. für obligatorisch.

20. Die rechte Abweichung, zu der entgegen den Direktiven der Komintern die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei abglitt, stützt sich auf die vollständig unrichtige Gegenüberstellung der nationalen Revolution und der Agrarrevolution; ihre Träger beabsichtigen ständige Beziehungen zwischen den Hauptklassenkräften der chinesischen Gesellschaft; sie verstehen nicht die ganze Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Entfaltung der Klassenwidersprüche innerhalb der früher einheitlichen national-revolutionären Front; sie verstehen nicht die ganze Unvermeidlichkeit der damit verbundenen Klassenumgruppierungen, des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Hegemonie in der nationalen Befreiungsbewegung, der Umwandlung der bürgerlichen Revolution in eine bürgerlich-demokratische und die Perspektiven des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. In letzter Instanz lehnen sie den Standpunkt des Klassenkampfes ab und gleiten damit zum Menschewismus herab. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK kann nunmehr mit Befriedigung feststellen, daß diese rechte Abweichung in der Leitung der chinesischen kommunistischen Bruderpartei bereits liquidiert ist und die Linie der Führung ausgerichtet wird.

21. Der trotzkistische Standpunkt stützt sich formal vor allem auf die Analogie mit der Revolution des Jahres 1905 in Rußland, wo die Bolschewiki im Gegensatz zu den Menschewiki einen entschiedenen Kampf gegen Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie führten. Der größte Fehler der trotzkistischen Linie besteht darin, daß Trotzki und seine Anhänger (Sinowjew u.a.) den grundlegenden Unterschied zwischen einem imperialistischen und einem kolonialen Land, zwischen der Revolution in einem imperialistischen Land und der Revolution in einem Lande, welches das Banner des Kampfes

gegen den Imperialismus erhebt, nicht verstehen. Lenin schrieb in dessen ausdrücklich: "... was ist die allerwichtigste, grundlegende Idee unserer Thesen? Der Unterschied zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Völkern. Wir unterstreichen diesen Unterschied - im Gegensatz zur II. Internationale und bürgerlichen Demokratie. Für das Proletariat und die Kommunistische Internationale ist es in der Epoche des Imperialismus besonders wichtig, die konkreten ökonomischen Tatsachen zu konstatieren und bei der Lösung aller kolonialen und nationalen Fragen nicht von abstrakten Thesen, sondern von den Erscheinungen der konkreten Wirklichkeit auszugehen" (W.I.Lenin, Sämtl. Werke in 30 Bd., Bd. XVII, Seite 274);¹⁾ ferner "Die Kommunistische Internationale muß zeitweilige Bündnisse mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und zurückgebliebenen Länder eingehen, sich aber mit ihr nicht verschmelzen, sondern bedingungslos die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung erhalten, sogar in ihrer am wenigsten entwickelten Keimform" (W.I.Lenin, Ausgew. Werke in 2 Bd., Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, Seite 770)²⁾, und schließlich schrieb er direkt: "Wir als Kommunisten müssen und werden die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur in den Fällen unterstützen, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern werden, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geiste zu erziehen und zu organisieren." (W.I.Lenin, Sämtl. Werke in 30 Bd., Bd. XVII, Seite 275-276)³⁾

Der Standpunkt Lenins unterscheidet sich also von Grund auf vom Standpunkt Trotzkis. Der Standpunkt Trotzkis ist größte Entstellung des Leninismus, sie stützt sich auf die größte Verwischung der Unterschiede zwischen den Ländern des Imperialismus und den Kolonien, eine Verwischung, die außerordentlich charakteristisch ist für die sozialdemokratische Abweichung.

1) W.I.Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 31, S. 215 (russ.) d. Red.

2) W.I.Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 31, S. 127 (russ.) d. Red.

3) W.I.Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 31, S. 217 (russ.) d. Red.

22. Das grundlegende Charakteristikum der Linie der Komintern besteht darin, daß dieser Linie die Analyse der verschiedenen Stappen der Revolution und der verschiedenen Klassenumgruppierungen zugrunde gelegt wurde. Die Komintern sprach sich für die Unterstützung der nationalen Bourgeoisie in der Entwicklungsperiode der chinesischen Revolution aus, in der diese Bourgeoisie revolutionär war, d.h. 1.) als sie einen wirklichen Kampf mit dem Imperialismus führte, 2.) als sie die Kommunisten nicht hinderte, die Arbeiter und die Bauernmassen in revolutionärem Geiste zu erziehen und revolutionäre Organisationen der Arbeiter und Bauern aufzubauen; 3.) als sie der Gründung, Festigung und Erweiterung der selbständigen Partei des kommunistischen Proletariats nichts in den Weg legte. So standen die Dinge in der Periode von Kanton und des Nordfeldzuges bis zum Verrat Tschiang Kai-scheks, in dem der Übergang der nationalen Bourgeoisie aus dem Lager der Revolution ins Lager der Konterrevolution zum Ausdruck kam. In dieser Zeit ist nicht nur die Chinesische Kommunistische Partei gewachsen, sondern hat auch die Arbeiter- und Bauernbewegung außerordentlich stark an Umfang zugenommen, wurden Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften) und der Bauernschaft (Bauernverbände und Bauernkomitees) geschaffen. In diesem Stadium der Entwicklung erleichterte das Abkommen mit der Bourgeoisie das Wachstum der Kräfte der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, und gerade damit wird vor allem die Leninsche Taktik in einem Kolonialland durch das Leben selbst und den Verlauf des Klassenkampfes bestätigt. Die Wendung Tschiang Kai-scheks bedeutete eine neue Gruppierung der Klassenkräfte. Deshalb entwickelte die Komintern in diesem neuen Stadium der Entwicklung eine neue taktische Linie des entschiedenen und unerbittlichen Kampfes des Blockes der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums gegen den Block der Imperialisten und Tschang Tso-lins und ebenso auch gegen die Tschiang Kai-schek-Bourgeoisie. Ein Teil des radikalen und Kleinbürgertums, das in der linken Kuomintang und der Hankau-Regierung verblieben war, erklärte Tschiang Kai-schek den Krieg und gab der Kommunistischen Partei die Möglichkeit, zu arbeiten. Die Kommunistische Partei mußte auch diese Möglichkeit für die Organisation des "Wider-

standes gegen die Kawenjäleute" und für die Mobilisierung der Massen ausnutzen. Der stärker werdende Klassenkampf und der Druck der Imperialisten verursachten jedoch eine neue Umgruppierung der Kräfte. Von der Revolution fielen auch die meisten Häupter der Hankau-Regierung und der linken Kuomintang ab, indem sie begannen, die Bewegung der Arbeiter und Bauern zu zerschlagen. Diese nächste Etappe rief auch eine entsprechende Änderung in der Taktik und den Losungen hervor: Austritt aus der Hankau-Regierung, die Kriegserklärung der Kommunisten auch an diese Regierung, die aufgehört hatte "wirklich revolutionär" zu sein.

23. In allen Etappen dieser Entwicklung hielt es die Komintern, die den Übergang von einer Etappe zur anderen rechtzeitig voraussah, für notwendig, die Massen auf diesen Übergang vorzubereiten; die Komintern hielt nicht nur die energische Arbeit der selbständigen chinesischen Kommunistischen Partei für notwendig, sondern auch die entschiedene Kritik an allen Schwankungen und allem Zaudern ihrer zeitweiligen Verbündeten, auch der linksten von ihnen, die systematische Vorbereitung ihrer eigenen Kräfte - der Massenorganisationen, der Streitkräfte, usw., - die Errichtung von entsprechenden Stützpunkten, die den Arbeitern, Bauern und der städtischen Armut möglichst starke Garantien für die Weiterentwicklung der Revolution und ihre Vertiefung gewährleisten. Die Entfaltung der Agrarrevolution, die revolutionäre Übernahme des Bodens durch die Bauern, die Entfaltung der Arbeiterbewegung, die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, die Demokratisierung des Kuomintang und die Absetzung ihrer schwankenden Führer von ihren Posten, dies waren die Hauptlosungen der Komintern.

24. Während sie die Revolution vorwärts führte, war die Komintern gleichzeitig entschieden dagegen, noch nicht überwundene Etappen der Revolution zu überspringen. Sie verurteilte richtig den Austritt aus der Kuomintang, dieser Massenorganisation, unter Verhältnissen, in denen dieser Austritt die Preisgabe derselben an die Rechten bedeutet und die Kommunisten von den Massen der Kuomintang isoliert hätte. Sie war richtigerweise gegen die Losung der Sowjets, als diese Losung das Überspringen der Hankau-Regierung und der linken Kuomintang bedeutete, die noch eine

revolutionäre Politik in der oben gekennzeichneten Bedeutung dieses Wortes durchführten. Gleichzeitig führte die Komintern einen entschiedenen Kampf gegen alle rechten Abweichungen sowohl seitens der Führung der chinesischen Kommunistischen Partei, welche ihren schwankenden Verbündeten die Interessen der Agrarrevolution und der Arbeiterbewegung opferte, als auch innerhalb der KPdSU, wo einige oppositionelle Theoretiker eine direkte Apologie der Bourgeoisie (Radek mit seiner "Arbeiter- und Bauern-Regierung" Kantons usw.) predigten oder äußerst opportunistische Theorien der chinesischen Revolution schufen (die "Zoll"-Theorie Trotzki's).

25. Wenn die chinesische Revolution trotz der richtigen Taktik der Komintern eine schwere Niederlage erlitt, so ist das in erster Linie durch das Verhältnis der Klassenkräfte sowohl innerhalb des Landes als auch vom internationalen Standpunkt aus zu erklären; diese Niederlage erklärt sich ferner durch den Umstand, daß die Arbeiter- und Bauernmassen noch nicht genügend Kräfte organisieren konnten, um den Sieg über die vereinigten oder parallel handelnden Kräfte des Gegners davonzutragen: über den ausländischen Imperialismus, die Feudalherren mit Tschang Tso-lin an der Spitze, und die konterrevolutionäre nationale Bourgeoisie; schließlich durch den Umstand, daß die Arbeiterklasse noch nicht Zeit gehabt hatte, eine fest organisierte kommunistische Massenpartei zu schaffen. Andererseits muß zugegeben werden, daß die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei, die systematisch die Direktiven der Komintern ablehnte, ihren Teil Verantwortung für die Niederlage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in China trägt.

26. Die gegenwärtige Periode der chinesischen Revolution ist durch ihre schwere Niederlage und die gleichzeitige radikale Kräfteumgruppierung gekennzeichnet, in der sich ein Block der Arbeiter, Bauern und der Stadtarmut gegen alle besitzenden Klassen und den Imperialismus organisiert. In diesem Sinn geht die Revolution in eine höhere Phase ihrer Entwicklung über, in die Phase des direkten Kampfes für die Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Die Erfahrungen der vorausgegangenen Entwicklung haben augenscheinlich gezeigt, daß die Bourgeoisie nicht imstande ist, die Aufgabe der nationalen Befreiung vom Joch der Imperialisten

Kommunistischen Partei muß darüber aufklären, daß nur auf der Grundlage des Klassenkampfes der breitesten Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Feudalherren und Kapitalisten der Sieg über den Imperialismus, die revolutionäre Vereinigung Chinas und seine Befreiung vom Joch des Imperialismus möglich ist.

Die Kommunistische Partei muß ferner alle Maßnahmen zur Erhaltung, Festigung und Erweiterung der Arbeitergewerkschaften und der Organisationen der Bauernschaft (Bauernbünde, Komitees usw.) ergreifen.

Die Kommunistische Partei muß alles tun, damit sich die unteren Schichten der linken Kuomintang gegen seine Oberschichten erheben und muß eine energische Kampagne in dieser Richtung entwickeln. Gleichzeitig muß die Kommunistische Partei eine energische Propaganda für die Idee der Sowjets entfalten. Falls die Versuche der Kommunistischen Partei, die Kuomintang zu revolutionieren, nicht von Erfolg gekrönt werden und falls es nicht gelingt, diese Organisation zu demokratisieren, indem man sie in die breiteste Massenorganisation der Arbeiter und Bauern verwandelt; falls andererseits die Revolution einen Aufschwung erfährt, wird es notwendig, die propagandistische Losung der Sowjets in eine unmittelbare Kampflosung zu verwandeln und zur Organisierung von Sowjets der Arbeiter, Bauern und Handwerker zu schreiten.

Gleichzeitig ist es notwendig, alle Anstrengungen zu machen, um die Agrarbewegung zu entfalten und mit allen nur möglichen Maßnahmen die Arbeiter und Bauern zu bewaffnen und so die Grundlagen einer wirklich revolutionären Arbeiter- und Bauernarmee zu legen. Die Partei muß systematisch an der Entlarvung des Verrats Tschiang Kai-scheks und Hankaus arbeiten, indem sie ihnen unerbitlich alle Masken herunterreißt und als wirkliche Avantgarde der Arbeiterklasse auftritt, die um die Hegemonie dieser letzteren kämpft und die breitesten Schichten der Bauern und der städtischen Armut führt.

zu lösen, weil sie, gegen die Arbeiter und Bauern Krieg führend, nicht imstande ist, einen konsequenten Kampf gegen den ausländischen Imperialismus zu führen und mehr und mehr zum Kompromiß mit ihm neigt und obendrein zu einem Kompromiß, das ihm faktisch die beinahe unangetastete Herrschaft überläßt; die nationale Bourgeoisie kann auch die inneren Aufgaben der Revolution nicht lösen, weil sie die Bauern nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar aktiv gegen sie vorgeht, und somit immer mehr zum Block mit den Feudalherren neigt und nicht einmal die elementaren Probleme der bürgerlich-demokratischen Revolution löst. Andererseits ist es ihr beinahe unmöglich, ein Kompromiß mit der Bauernschaft einzugehen, weil man in China nicht einmal eine unzulängliche Bodenreform durchführen kann, ohne die Gentry und die kleinen Gutsbesitzer anzutasten, wozu die Bourgeoisie absolut unfähig ist. So wird die Perspektive immer wahrscheinlicher, daß die zeitweilige Niederlage der Revolution in verhältnismäßig kurzer Zeit von einem neuen Aufschwung abgelöst wird.

27. Die Kommunistische Partei Chinas ist gegenwärtig die Partei, auf die sich das Feuer aller Gegner der Revolution konzentriert. Vor ihr stehen jetzt die schwersten und verantwortungsvollsten Aufgaben. Sie muß vor allem das Liquidatorentum in ihren eigenen Reihen liquidieren, alle Fehler, die ihre Führung begangen hat, beachten, sich auf der Grundlage der Direktiven der Komintern konsolidieren, die Führung ändern, neue Führer von unten an die Spitze bringen, die Erfahrung im unmittelbaren revolutionären Kampf besitzen; gleichzeitig muß sie ihren illegalen Apparat auch auf dem Territorium von Hankau aufbauen.

Die Kommunistische Partei muß einen entschiedenen systematischen Kampf gegen alle und jede Theorien führen, die die Interessen des nationalen Befreiungskampfes den Interessen des Klassenkampfes der Arbeiter und Bauern gegenüberstellen. Diese konterrevolutionären Ideen, die von den Verrätern der Revolution (Tschiang Kai-schek, Fin, Wan Tin-wai u.a., die sich betrügerisch mit dem Banner des Sun Yat-senismus tarnen) stark propagiert werden, zielen darauf ab, die Volksmassen den Interessen und der Führung der konterrevolutionären nationalen Bourgeoisie unterzuordnen. Die

Über die wirtschaftlichen Direktiven für das Jahr 1927/28

(Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK, angenommen am 9. August 1927)

I.) Die charakteristischen Züge der nächsten Periode

1. Die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres und möglicherweise der nächsten Jahre wird unter dem Einfluß einer Reihe neuer Faktoren vor sich gehen, welche die in den letzten Jahren entstandene Situation stark verändern. Die wichtigste kennzeichnende Besonderheit der neuen Situation ist die allgemeine Verschärfung der internationalen Beziehungen und insbesondere die Komplizierung der internationalen Lage der UdSSR. Der Abbruch der Beziehungen zur UdSSR durch die konservative Regierung Englands verfolgt nicht nur das unmittelbare Ziel, die wirtschaftliche Macht der Sowjetunion zu schwächen, sondern macht es wahrscheinlich, daß ein direkter Überfall auf die UdSSR organisiert wird. Im Zusammenhang damit müssen wir nicht nur die unmittelbaren Versuche der englischen Konservativen abwehren, eine allgemeine wirtschaftliche Blockade gegen die Sowjetunion zu organisieren, und unsere Friedenspolitik unentwegt fortsetzen, sondern es wird zur wichtigsten politischen Aufgabe, in kürzester Frist die Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um das Land für den Fall vorzubereiten, daß die imperialistischen Staaten die wirtschaftliche Blockade oder den bewaffneten Überfall auf die UdSSR verwirklichen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt mit Befriedigung fest, daß der Abbruch der Handelsbeziehungen mit England sich auf die Erfüllung der Wirtschaftspläne des laufenden Jahres nicht ausgewirkt hat und das Land die Lösung der in der nächsten Periode stehenden Aufgaben, die unter neuen, schwierigeren Bedingungen zu bewältigen sind, mit gewachsenen Kräften und gefestigter wirtschaftlicher und politischer Macht des Proletariats in Angriff nehmen wird.

2. Bei der Behandlung der neuen Aufgaben, die sich gegenwärtig für die Wirtschaft der Union ergeben, muß man davon ausgehen,

daß die grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche wirtschaftliche und politische Vorbereitung des Landes auf den möglichen Zusammenstoß mit der bürgerlichen Welt nur darin bestehen kann, daß der Kurs der Partei energisch durchgeführt wird, der darauf gerichtet ist, das Wachstum der sozialistischen Elemente in der gesamten Volkswirtschaft zu stärken (Verwirklichung der Industrialisierung, Erhöhung des Anteils der Arbeiterklasse, Hilfe für die Dorfarmut und Unterstützung der mittelbäuerlichen Schichten des Dorfes bei stärkster Einschränkung der Ausbeuterendenenzen des Kulaken). Darum darf die Lösung der spezifischen, mit der veränderten internationalen Lage zusammenhängenden Aufgaben auf keinen Fall das von der Partei aufgestellte allgemeine Programm des wirtschaftlichen Aufbaus ins Wanken bringen.

Die weitere Verwirklichung des Programms des sozialistischen Aufbaus ist in dieser Situation mit der Überwindung einer Reihe neuer Schwierigkeiten verbunden, die sich vor allem aus der Notwendigkeit ergeben, bedeutende Mittel für die Bildung von Reserven und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes aufzuwenden. Nichtsdestoweniger ist das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der Meinung, daß die in der letzten Zeit beim Wirtschaftsaufbau erreichten Erfolge es möglich machen, das Programm der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auf der Grundlage der Industrialisierung des Landes und des von Jahr zu Jahr wachsenden prozentualen Anteils der Großindustrie und der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

II. Die wichtigsten Kennziffern des laufenden Jahres

3. Als wichtigste Kennziffer für die wirtschaftliche Entwicklung können dienen: a) das Anwachsen der Produktion der staatlichen Industrie in 8 Monaten durchschnittlich um 20 - 21 Prozent, bei Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln um 29 Prozent und von Konsumtionsgütern um 17,8 Prozent (im Halbjahr); b) Aufwendungen für Neubauten für die Industrie und Elektrifizierung in Höhe von über 1 Milliarde Rubel und Inangriffnahme von Bauten wie Dnjeprostroj und die Semiretenscaja Eisenbahn; c) Erhöhung des Reallohnes für die verflossenen 9 Monate um durch-

schnittlich 11,5 Prozent im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität; d) Umschwung in der Preissenkung für Industriewaren (der Index der Einzelhandelspreise für Industriewaren wurde nach dem von der Zentralen Statistischen Verwaltung für die gesamte Union berechneten Index von Januar bis Juli 1927 in allen Teilen des Handels um durchschnittlich 9,5 Prozent gesenkt; e) die Stabilität der Erfasungspreise für Getreide während des ganzen Jahres und die Senkung des Verkaufspreises für Getreide; f) die Erweiterung der Anbaufläche für Spezialkulturen im Jahre 1927; g) die Erringung der herrschenden Stellung auf dem Markt durch die Genossenschaften und den staatlichen Handel mittels Verdrängung des privaten Kapitals; h) die Erreichung einer aktiven Außenhandelsbilanz, die für 8 Monate 102 Mill. Rubel betrug im Gegensatz zur passiven Bilanz der letzten beiden Jahre; i) die erfolgreiche Erfüllung des Staatshaushaltsplanes trotz des beträchtlichen Zurückbleibens der Einnahmen im Haushalt des Eisenbahntransportwesens; j) die erhöhte Kaufkraft des Rubels, die erfolgreiche Entwicklung der Anleihe-Operationen und die verstärkte Erfassung der kleinen Ersparnisse der Bevölkerung durch die Sparkassen.

4. Daneben gab es im Verlauf dieses Jahres eine ganze Reihe negativer Erscheinungen. Hierher gehören:

a) bedeutende Mängel bei den Neubauten sowohl in bezug auf Planung und Projektierung als auch auf die zu hohen Kosten der Bauten selbst und der Baumaterialien; b) geringer Umfang des Wohnungsbaues und zu hohe Kosten dafür; c) außerordentlich verzögertes Tempo bei der Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion; d) das noch immer zu hohe allgemeine Preisniveau für Industriewaren und die große Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen; e) die Rohstoffschwierigkeiten als Folge der verringerten Anbaufläche für Rohstoffkulturen und gewerbliche Nutzpflanzen im Vorjahr und ihre niedrigen Ernteerträge; f) geringe Zunahme des Anbaues von Getreide; g) die Entstellung der Partei-Direktiven in der Praxis des Landwirtschaftskredits und in der Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften, was zum Ausdruck kam in einer Reihe von Fällen unnormal hoher Kreditgewährung an die wohlhaben-

den kulakischen Schichten des Dorfes, in der Ausnutzung von pseudogenossenschaften durch letztere für die Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen usw.; h) das ungenügende Tempo in der Entwicklung des Eisenbahntransportwesens; i) das starke Zurückbleiben der Entwicklung des Außenhandels gegenüber anderen Momenten des Wachstums der Volkswirtschaft; h) bedeutende Arbeitslosigkeit, hauptsächlich unter den unqualifizierten Kategorien der Arbeiter und den Angestellten des staatlichen Handels bei gleichzeitig steigender Zahl der in der staatlichen Industrie beschäftigten Arbeiter und Fehlen einer ganzen Reihe von Kategorien qualifizierter Arbeiter in einzelnen Industriezweigen.

5. Ohne die Bedeutung aller dieser krankhaften Erscheinungen irgendwie zu verringern, stellt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK fest, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Ergebnisse des laufenden Jahres - soweit man darüber nach den vorläufigen Angaben urteilen kann - sich als günstig erwiesen haben und die gesamte Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit im laufenden Jahre im großen und ganzen krisenfrei war, was davon zeugt, daß die planmäßige Leitung der Wirtschaft unseres Landes bedeutend verbessert wurde.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Erfolge dieses Jahres die Möglichkeit gewährleisten, die materielle und kulturelle Lage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft weiter zu verbessern, das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu festigen und die gesamte Volkswirtschaft auf dem Wege zum Sozialismus zu entwickeln.

III. Allgemeine Direktiven zur Aufstellung der Kontrollziffern für 1927/28

6. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK geht von der neuen wirtschaftlich-politischen Situation aus und sieht es als allerwichtigste Aufgabe des nächsten Wirtschaftsjahres an, Haushalts-, Devisen-, Getreide-, Waren-, Rohstoff- und Brennstoffreserven in ausreichendem Umfang zu bilden, die sowohl für das wirtschaftliche Manövrieren als auch für die Sicherung der Verteidigung

gungsfähigkeit des Landes notwendig sind. Gleichzeitig hält es das Plenum für möglich und notwendig, das vorgesehene Tempo der Industrialisierung einzuhalten. Die Kapitalaufwendungen müssen 1927/28 im Vergleich mit dem laufenden Jahr ansteigen und in erster Linie in die Schwerindustrie, das Verkehrswesen und den Wohnungsbau gelenkt werden.

Die Besonderheiten des kommenden Jahres, die unausbleiblich den Abzug gewaltiger Mittel aus dem Wirtschaftsumlauf hervorrufen, verlangen die Verkürzung der Bauzeiten und zwingen uns, nur mit großer Vorsicht - nur in dem Maße, wie nach Deckung der allerwichtigsten Bedürfnisse und nach Sicherung des schnellsten Abschlusses der angefangenen Arbeiten reale Reserven übrig sind - an neue große Vorhaben heranzugehen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK weist auf ernste Mängel im Neuaufbau hin (die ihren Ausdruck finden in starken Überschreitungen der Kostenanschläge und in hohen Selbstkosten - als Ergebnis der schlechten Organisation des gesamten Bauwesens, insbesondere der Vorbereitungsarbeiten für die Entfaltung der Bauten, der fehlenden Mechanisierung, unverhältnismäßig hoher Materialkosten bei niedriger Qualität, häufiger Rechenfehler in den Projektierungen, gleichgültigen Verhaltens zur Arbeit, niedriger Arbeitsproduktivität) und betont, daß das leitende Prinzip des Neuaufbaus die entschiedene Senkung der Selbstkosten bei Erhöhung der Qualität der Produktion in den neu zu erbauenden und auszurüstenden Betrieben sein muß.

In Anbetracht der großen Industrieneubauten ist die Rationalisierung des Bauwesens, die Einschränkung der Unkosten, die Verbilligung des Baumaterials und des gesamten Bauwesens eine erst-rangige Aufgabe, die von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft ist. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK verlangt, daß auf diesem Gebiet um jeden Preis ernsthaft Verbesserungen erzielt werden und schon im Verlaufe des nächsten Jahres der Bauindex im Vergleich mit dem laufenden Wirtschaftsjahr um mindestens 15 Prozent gesenkt wird.

7. Es ist notwendig, gestützt auf die diesjährigen Erfolge

der Industrie, den Kampf für die Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion zur Hauptaufgabe der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zu machen und die organisierte Einwirkung der Partei, der Gewerkschaftsorganisationen und Wirtschaftsorgane auf diesen Kampf zu konzentrieren.

Im Laufe des nächsten Jahres müssen die Selbstkosten der Industrieproduktion im Vergleich zum Jahre 1926/27 um mindestens 5 Prozent gesenkt werden. Die Erreichung möglichst niedriger Verbrauchsnormen für Roh- und Brennstoff, Arbeitskräfte usw. je Einheit der Industrieerzeugnisse, insbesondere durch die Aufstellung von Höchstsätzen für den Verbrauch von Roh- und Brennstoff usw. je Einheit der Produktion, die Einführung der strengen Verantwortlichkeit bestimmter Personen und Organisationen für die erfolgreiche Selbstkostensenkung und die Heranziehung der Arbeitermassen zu diesen Aufgaben müssen die Hauptmomente dieses allgemeinen Kampfes um die Senkung der Selbstkosten sein. Die Senkung der Selbstkosten muß gleichzeitig mit der Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse erreicht werden.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß auf dem Gebiet der Rationalisierung der Produktion gegenwärtig nur die ersten zaghaften Schritte getan werden. Man muß davon ausgehen, daß die Rationalisierung die wichtigste Bedingung für die Rekonstruktion der gesamten Wirtschaft und für die radikale Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist. Die Rationalisierung erfordert, daß alle Wirtschaftsorgane dem technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Produktion und der Förderung der wirtschaftlichen Initiative sowohl der technischen Kader als auch der gesamten Arbeitermasse größte Aufmerksamkeit schenken. Entsprechend der Resolution des Politbüros müssen konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Rationalisierung ausgearbeitet und insbesondere genaue Direktiven für den Einsatz der frei werdenden Arbeitskräfte in den erweiterten und neu errichteten Betrieben gegeben werden. Dabei muß man mit der Möglichkeit rechnen und sie verhindern, daß bei der praktischen Durchführung der Rationalisierungspolitik die gleichen Entstellungen auftreten wie in der ersten Periode der Verwirklichung des Sparsamkeitsregimes. Bei der gesamten

Arbeit an der Rationalisierung der Industrieproduktion müssen die Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsorgane davon ausgehen, daß die Rationalisierung nur dann Erfolg haben kann, wenn sich die breiten Arbeitermassen aktiv daran beteiligen.

8. Entsprechend der von der XV. Parteikonferenz gegebenen Direktive, die Arbeitslöhne in dem Maße planmäßig zu erhöhen, wie sich die Volkswirtschaft allgemein verbessert und die Arbeitsproduktivität steigt, muß im kommenden Wirtschaftsjahr eine weitere Erhöhung der Arbeitslöhne gewährleistet werden sowohl durch Erhöhung des Nominallohnes für zurückgebliebene Gruppen von Arbeitern als auch durch eine weitere Senkung der Einzelhandelspreise. Während so die materielle Lage der in der Produktion Beschäftigten verbessert wird, müssen im Jahre 1927/28 gleichzeitig eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden.

9. Bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Perspektiven für das Jahr 1927/28 muß man damit rechnen, daß, da die Entwicklung der Landwirtschaft in sehr hohem Grade Elemente der Spontaneität enthält und die Reorganisation der Landwirtschaft in den Dürrebezirken noch nicht durchgeführt ist, nach drei fruchtbaren Jahren in den nächsten 1 - 2 Jahren ein Ausfall an Getreide oder eine Mißernte möglich ist. Daher muß man bereits 1927/28 eine Reihe spezieller vorbeugender Maßnahmen ergreifen (Bildung einer Reserve an Brot- und Futtergetreide, Erhöhung der staatlichen Saatfonds, Versorgung der Dürrebezirke mit dürrefestem Saatgut, Förderung einer Erweiterung der Anbauflächen in den nicht der Dürre ausgesetzten Bezirken usw.). Die Finanzierung der Landwirtschaft muß diesen Aufgaben und dem allgemeinen Tempo entsprechen, indem der Staatshaushalt und die Kreditmöglichkeiten des staatlichen und landwirtschaftlichen Banksystems wachsen.

Während die Hauptmasse der Bauernschaft einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, wächst gleichzeitig die Kulakenschicht auf dem Lande. Unter diesen Bedingungen müssen alle Partei- und Sowjetorgane besonders auf die konsequente und beharrliche Durchführung der Parteidirektiven achten, nach denen die gesamte Masse

der Klein- und Mittelbauern bei der Hebung ihrer Wirtschaften zu unterstützen ist, und der Dorfarmut umfassende Hilfe erwiesen und deren Interessen geschützt werden müssen (besonders in bezug auf die Steuerpolitik, das Genossenschaftswesen, den Kredit, die Maschinengenossenschaften usw.). Es müssen entscheidende Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeitsmethoden der landwirtschaftlichen und der Kreditgenossenschaften so zu verbessern, daß die in der Praxis vorhandenen Entstellungen der Parteidirektiven in bezug auf die Wahrung der Interessen der Klein- und Mittelbauern beseitigt werden. Gleichzeitig schlägt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK vor, daß der Hilfsfonds für die Dorfarmut im nächsten Jahr sowohl aus dem staatlichen als auch aus dem örtlichen Budget erhöht wird. Gleichfalls muß im System der landwirtschaftlichen Kreditfonds eine Erhöhung der langfristigen Kredite, besonders für die Versorgung mit Maschinen, gesichert werden.

10. Ausgehend von der wahrscheinlich mittelmäßigen (wenn auch im Vergleich zum Vorjahr ein wenig gesunkenen) Ernte, hält es das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK für notwendig, im Verlauf der bevorstehenden Getreidebeschaffungskampagne die Bildung eines staatlichen Fonds von Brot- und Futtergetreide in Höhe von nicht weniger als 50 Millionen Pud zu gewährleisten.

Während fester Kurs darauf zu nehmen ist, daß die Preise für Brotgetreide und Spezialkulturen im großen und ganzen auf dem Stand des abgelaufenen Jahres gehalten werden, wird es als notwendig betrachtet, die Preise der einzelnen Kulturen und der verschiedenen Erzeugerbezirke stärker in Übereinstimmung zu bringen. Um die zu große Spanne zwischen den Beschaffungs- und den Verkaufspreisen für landwirtschaftliche Waren und in erster Linie für Getreide zu beseitigen, müssen die Unkosten im Warenlenkungsnetz so gesenkt werden, daß dadurch nicht nur die Erhöhung der Beschaffungspreise für einige Kulturen und in einzelnen Rayons ausgeglichen, sondern auch eine weitere Senkung der Verkaufspreise gewährleistet wird.

Das Vorhandensein beträchtlicher Getreidevorräte auf dem Lande als Ergebnis zweier befriedigender Ernten gestattet es, im kommenden Jahr den Getreidebeschaffungsplan auszudehnen; die

Voraussetzung für seine erfolgreiche Erfüllung ist jedoch, daß man eine genügende Menge von Industriewaren zur Befriedigung des bäuerlichen Bedarfs in die Getreidebeschaffungsrayons schickt, die Preissenkung für diese Waren bis an den ländlichen Verbraucher heranhöhrt und die Arbeit der Getreidebeschaffungsorganisationen in jeder Weise unterstützt.

11. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hebt die bei der Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren erzielten Erfolge hervor, ist jedoch der Meinung, daß diese Erfolge vorläufig noch nicht mit irgendwie bedeutenden Irrungenschaften in der Rationalisierung des Handelsnetzes verbunden waren. Die Rationalisierung des gesamten Systems der Warenverteilung und die maximale Verringerung der Kosten für den Warenumsatz gewinnen gegenwärtig (neben der Senkung der Selbstkosten) entscheidende Bedeutung, während gleichzeitig auch weiterhin die Politik der Preissenkung für Industriewaren durchgeführt werden muß. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK betont mit aller Entschiedenheit die Notwendigkeit weiterer Erfolge auf dem Gebiet der Preissenkung für Industriewaren und beauftragt das Politbüro, im Jahre 1927/28 praktische Maßnahmen auf diesem Gebiet durchzuführen. Das Plenum lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Gemüse- und Fleischmärkte vollständiger von der Genossenschaft zu erfassen, um so für die Preissenkung dieser für den Arbeiterhaushalt so wichtigen Produkte zu kämpfen.

12. Die veränderte Außenhandelskonjunktur kann sich äußerst schmerzhaft auf die Erfüllung der Export- und Importpläne auswirken. Daher ist neben allen möglichen Maßnahmen zur Entwicklung der Kreditbeziehungen mit dem Ausland die maximale Ausweitung der Exportoperationen und die Anwendung zusätzlicher Maßnahmen zu deren Förderung notwendig (Erhöhung des Prämienfonds für Exporte, Kompensationsimport usw.). Zu der Aufgabe, den Export zu forcieren, müssen die örtlichen und die Republikorgane herangezogen werden.

13. Das Plenum ist der Meinung, daß eine Verzögerung in der Entwicklung des Verkehrswesens eine Gefahr für die tatsächliche

Verwirklichung der Industrialisierung wäre und daß es zur Verhütung dieser Gefahr erforderlich ist, die Aufwendungen (sowohl an fixem als auch an zirkulierendem Kapital) für die Verstärkung des bestehenden Verkehrsnetzes, für den Bau neuer Linien, für die Verbesserung und Entwicklung des Wassertransports zu erhöhen und erkennt an, daß die Mittel hierfür in erster Linie innerhalb der Transportwirtschaft selbst gefunden werden müssen, indem man das gesamte System der Organisation des Verkehrswesens reguliert, die Betriebskosten senkt, die Arbeitsproduktivität hebt usw. Gleichzeitig hält es das Plenum für erforderlich, aus dem Budget zusätzliche Mittel für die Durchführung von Investitionsarbeiten im Verkehrswesen zur Verfügung zu stellen.

14. Unter Berücksichtigung der im Laufe dieses Jahres durchgeführten Überprüfung der wesentlichsten direkten Steuern (der Landwirtschafts-, der Gewerbe- und der Einkommensteuer), die im Hinblick auf eine erhöhte Besteuerung der wohlhabenden und reichen Bevölkerungsschichten und eine Erleichterung der Steuerlast für die Minderbemittelten vorgenommen wurde, beauftragt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK das Politbüro, die Ergebnisse zu studieren, welche die Anwendung der neuen Gesetze gebracht hat, um sowohl in der Steuergesetzgebung selbst als auch in der Praxis ihrer Anwendung auf Grund von Erfahrungen solche Änderungen festzulegen, die die Interessen des proletarischen Staates am besten sichern.

15. Einige Erfolge, die auf dem Gebiet der Kosteneinsparung in einzelnen Gliedern des Staatsapparates und seiner Rationalisierung (Streichung überflüssiger Planstellen, übermäßiger Rechnungslegung usw.) vorhanden sind, geben die Möglichkeit, die Durchführung entsprechender Maßnahmen auf den gesamten Staatsapparat auszudehnen, was im Jahre 1927/28 zu einer Verringerung von Kosten dieser Art um durchschnittlich mindestens 20 Prozent im Vergleich zum Jahre 1926/27 führen muß. Das gleiche Ergebnis in der Kosteneinsparung muß auch bei den Behörden und Betrieben erzielt werden, die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungslegung arbeiten. Die Einschränkung der Verwaltungskosten ist um so notwendiger, als der Sowjetstaat im kommenden Jahr bei einer

verringerten Zunahme der staatlichen Einnahmen die Ausgaben für das Verkehrswesen, die Industrie und die Verteidigung erhöhen muß.

16. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt fest, daß die pessimistischen "Prophezeiungen" der Opposition, die darauf abzielten, die Leitung des ZK auf dem Gebiet der Volkswirtschaft zu verleumden, durch die im vergangenen Wirtschaftsjahr erzielten tatsächlichen Erfolge völlig widerlegt sind; das zeugt von dem vollständigen Bankrott der ganzen Linie der Opposition auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

Anstelle der von der Opposition vorausgesagten allgemeinen Wirtschaftskrise führte das abgelaufene Jahr zu einer bedeutenden Festigung der staatlichen Industrie und zu einer Aufschwung der gesamten Wirtschaft, zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, zur Erfüllung des Planes der Neubauten, zu einer gewissen Entspannung des Marktes und, was für den weiteren Aufbau des Sozialismus besonders wichtig ist, zu einer Stärkung des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft.

"Die drohende Gefahr einer Inflation", mit der die Opposition schreckte, erwies sich als Frucht panischer Hirngespinnste, die Kaufkraft des Geldes stieg in dieser Zeit, und dies ist einer der wichtigsten Beweise dafür, daß die wirtschaftlichen Erfolge bedeutend sind und die Anleitung durch die Partei richtig ist.

Die Voraussagen der Opposition über die unvermeidliche Erhöhung der Einzelhandelspreise und die gleich starke Senkung des Reallohnes haben Bankrott erlitten, da in Wirklichkeit eine Senkung der Einzelhandelspreise durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen erreicht wurde, was auch den privaten Händler zwang, die Preise zu senken, so daß der Reallohn nicht nur nicht sank, sondern im Gegenteil stieg. Dabei wurde die von der Partei festgelegte Linie der Lohnerhöhung, insbesondere für die in dieser Hinsicht am meisten zurückgebliebenen Kategorien der Arbeiter, im allgemeinen verwirklicht.

Außerordentliche Schwierigkeiten "prophezeite" die Opposition auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung und der mit ihr zusammenhängenden Erfüllung des Export- und Importplanes. Die richtige

Anleitung der Arbeit des Staatsapparates durch die Partei führte aber dazu, daß die Getreidebeschaffung höhere Ergebnisse brachte als im vorigen Jahr, daß die Beschaffungsarbeit richtig geregelt und, entgegen den Voraussagen der Opposition, die richtige Klassenpolitik im Beschaffungswesen gesichert wurde, insbesondere dadurch, daß man die Herbst- und Frühjahrsgetreidepreise auf gleicher Höhe hielt.

17. Gleichzeitig stellt das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK fest, daß die Opposition in dem von ihr vorgelegten Resolutionsentwurf über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft gezwungen war, ihre wesentlich verleumderische Behauptung von der Entartung der Führung, dem sogenannten "Thermidorentum", zu verschweigen und damit selbst zugeben mußte, daß der Ablauf des Wirtschaftslebens im Jahre 1926/27 in aller Deutlichkeit den Bankrott der Opposition offenbarte und bestätigte, daß die Leninsche Leitung der Wirtschaft durch die Partei und den Sowjetstaat richtig ist.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK stellt die völlige Haltlosigkeit der auf diesem Plenum eingebrachten praktischen Vorschläge der Opposition, die auf einer Verzerrung der Leninschen Wirtschaftspolitik und auf einer bewußten Entstellung der ökonomischen Wirklichkeit beruhen, fest.

Das Plenum weist die heuchlerischen und widerspruchsvollen Vorschläge der Opposition auf dem Gebiet der Preise zurück, da diese die alten Theorien der Opposition über die Erhöhung oder Beibehaltung der Lieferpreise der Industrie, über die Beibehaltung ("Nichtverschlechterung") der Qualität der Produktion zu tarnen versuchten und den von der Partei angenommenen und durchgeführten Kurs ersetzen sollten, der auf die bedingungslose Senkung der Liefer- und Einzelhandelspreise und die Steigerung der Qualität der Produktion gerichtet ist und in Wirklichkeit auch die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Massen der Bauernschaft richtig zum Ausdruck bringt.

In Anbetracht der von Partei und Staat durchgeführten klassenmäßigen Steuerpolitik auf dem Lande und der bereits durchge-

fürten bedeutenden Erhöhung der Steuersätze für das Privatkapital, die dazu führte, daß sich der durch die Steuer beschlagnahmte Teil der Einnahmen des Privatunternehmers um 40 Prozent erhöhte, - weist das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK die unsinnigen demagogischen Vorschläge der Opposition zurück, die darauf berechnet sind, zusätzliche Schwierigkeiten in der Entwicklung der Volkswirtschaft zu schaffen. Diese Vorschläge sehen die gewaltsame Einziehung der Getreideüberschüsse in natura vor und eine derartige Überbesteuerung des privaten Handelsumsatzes, daß sie zu seiner sofortigen Liquidierung führen müßte, während der Markt noch nicht genügend durch den staatlichen und genossenschaftlichen Handel erfaßt ist. Das ZK und die ZKK sind der Meinung, daß diese Vorschläge im Grunde genommen auf die Abschaffung der Neuen Ökonomischen Politik gerichtet sind, die von der Partei unter der Führung Lenins festgelegt wurde.

Ausgehend von der pessimistischen Ansicht über die Entwicklung unserer Industrie schlug die Opposition in ihrem Verordnungsentwurf auf dem Gebiet des Außenhandels eine Politik vor, die einen verstärkten Einkauf von Produktionsinstrumenten und Fertigerzeugnissen im Ausland vorsieht, welche in unseren Betrieben hergestellt werden können. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, das die gegenwärtig auf diesem Gebiet durchgeführte Politik für richtig hält, lehnt diese Einstellung der Opposition im Verhältnis zur kapitalistischen Weltwirtschaft entschieden ab, da sie unvermeidlich dazu führen würde, die Industrialisierung der UdSSR zu verzögern und die Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern auf dem Gebiet der Produktion von Produktionsinstrumenten zu vergrößern.

+ + +

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da sich die internationale Lage verschärft hat und von seiten der kapitalistischen Umkreisung ein Überfall auf das Land der proletarischen Diktatur vorbereitet wird, ist es, um das Programm des sozialistischen Aufbaus zu verwirklichen und die Verteidigung des Landes zu sichern, erforderlich, daß man die Arbeit aller Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorgane in jeder Weise verbessert, bürokratische

Entstellungen des Apparates überwindet, daß die Partei und die werktätigen Massen alle Kräfte anspannen, daß die Arbeitsdisziplin gefestigt und die Verantwortlichkeit für die Erfüllung einer jeden, selbst der kleinsten Aufgabe in der Wirtschaft, in der Produktion, im Sowjetapparat erhöht wird usw. Die hauptsächliche Garantie für die Erfolge des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der UdSSR und für die Stärkung ihrer Verteidigung liegt darin, daß breite Schichten der Arbeiterklasse und die Hauptmasse der Bauernschaft im Prozeß des sozialistischen Aufbaus in stärkstem Maße eigene Initiative entwickeln.

Über die Arbeit der ZKK - Arbeiter- und Bauerninspektion

(Resolutionen des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK zum Bericht des Gen.Ordshonikidse, angenommen am 9.August 1927)

1. Obgleich es der Partei gelang, in den letzten Jahren in bezug auf die Verbesserung des Sowjetapparates gewisse Erfolge zu erringen, - die Qualität des unteren Staatsapparates hat sich verbessert, die sehr schwierige Arbeit der Planung wurde ausgedehnt und festigt sich in ihrer Qualität, die Arbeit der Stadt- und Dorfsowjets belebt und entwickelt sich, für die Verwaltung des Staates steigen neue Kader von Kommunisten und Parteilosen auf, aus dem Staatsapparat werden die noch vor kurzem weit verbreiteten Bestechungen und Veruntreuungen ausgemerzt - gilt noch immer die von Wladimir Iljitsch gegebene Charakteristik unseres Staatsapparates und entspricht seinem jetzigen Zustand.

"Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derartig traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir zunächst gründlich überlegen müssen, in welcher Weise wir die Mängel des Staatsapparates bekämpfen sollen, eingedenk dessen, daß diese Mängel ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben, die zwar über den Haufen geworfen, aber noch nicht überwunden, noch nicht in das Stadium einer in die ferne Vergangenheit versunkenen Kultur' entschwinden ist." (Artikel "Lieber weniger, aber besser")¹⁾

1) Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd.II, S.1005, Dietz Verlag, Berlin 1952 - D.Red.

Der Apparat des proletarischen Staates, der noch in den ersten Revolutionsjahren hauptsächlich aus alten bürokratischen Elementen gebildet und in bedeutendem Maße ergänzt wurde durch noch vor der Revolution ausgebildete Intellektuelle, dessen leitende kommunistische Kader zuwenig Erfahrungen haben, dieser Apparat erweist sich unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und kulturellen Zurückgebliebenheit des Landes als nicht genügend geeignet, die neuen Aufgaben der Rekonstruktion der Volkswirtschaft und der "Kulturrevolution" zu lösen. Es werden (unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums des Landes auf sozialistischer Grundlage und des kulturellen Aufstiegs der Massen) solche Elemente bürokratischer Entstellung des Staatsapparates unzulässig wie der übermäßige Zentralismus, das Ersetzen der planenden Leitung durch bürokratische Bevormundung, die Kostspieligkeit des Apparates, der Hunderte von Millionen Rubel verschlingt, die zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Hebung der Kultur gebraucht werden, das bürokratische, dunkelhafte Verhalten einzelner Elemente des Apparates gegenüber dem einfachen Arbeiter und Bauern. Der Kampf gegen diese bürokratischen Entstellungen muß von der gesamten Klassenbewußten Masse der Arbeiter und Bauern mit den Kommunisten an der Spitze aufgenommen werden.

2. "Jede weitere Stufe, die wir hinauf zur Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur erklimmen, muß von einer Vervollständigung und Umgestaltung unseres Sowjetsystems begleitet sein, aber wir stehen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung noch sehr tief. Viele Veränderungen stehen bevor, und darüber "verlegen" zu werden, wäre der größte Unsinn (wenn nicht Schlimmeres als Unsinn)". (Lenin, Band XVIII, I. Teil, Seite 379)¹⁾

Wir haben es in den letzten Jahren verstanden, erfolgreich die Aufgabe der Wiederherstellung der durch den imperialistischen Krieg und die Intervention zerstörten Wirtschaft zu lösen. Wir sind dazu übergegangen, die Aufgaben der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf der höchsten technischen und organisatorischen Grundlage zu lösen. Die Lösung der neuen Aufgaben, die

1) W.I. Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 88 (russ.) d. Red.

Rekonstruktion der Industrie, die Umgestaltung der Bauernwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage, die Lösung der Aufgaben der Kulturrevolution erfordern von der Partei, daß sie den Kampf gegen die bürokratischen Entstellungen im Staatsapparat immer mehr verstärkt. Die Voraussicht Lenins, daß die neue Stufe, auf die wir uns in unserem sozialistischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau erhoben haben, die Vervollständigung und Umgestaltung unseres gesamten Sowjetsystems erfordert, bewahrheitet sich vollkommen.

3. "Die nächste Hauptaufgabe für die Gegenwart und die wichtigste für die nächsten Jahre ist die systematische Verkleinerung und Verbilligung des Sowjetapparates durch seine Einschränkung, durch seine vollkommeneren Organisation, durch Beseitigung des Amtsschimmels, des Bürokratismus und durch Verringerung der unproduktiven Ausgaben". (Lenin, Band XX, II. Teil, Seite 528)¹⁾

Die Erfahrungen der letzten Jahre beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau haben gezeigt, daß wir ohne eine Verbilligung des Sowjetapparates, ohne eine entschiedene Verringerung der unproduktiven Ausgaben, ohne den tagtäglichen organisierten Kampf der gesamten Partei an der Spitze der werktätigen Massen gegen bürokratische Entstellungen, ohne unermüdliche Arbeit an der Ausmerzung jeglicher Spuren "überflüssigen Aufwandes" (Lenin, Bd. XVIII, II. Teil, Seite 128)²⁾ ohne die Heranziehung der parteilosen Arbeiter und Bauern zum Kampf gegen den Bürokratismus, ohne entschlossene Überwindung des Widerstandes der bürokratischen Elemente im Staatsapparat selbst - die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus nicht mit dem notwendigen Erfolg und Tempo lösen können.

Auch hier bewahrheitet sich Lenins Voraussicht vollkommen: die Aufgabe der Verbesserung und Umgestaltung unseres gesamten Sowjetsystems wird unter den gegenwärtigen Bedingungen zur hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgabe der Partei.

1) W.I. Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 406 (russ.) d. Red.

2) W.I. Lenin, Werke, 4. Ausg., Bd. 33, S. 459

des Sowjetlandes angewandt werden, so daß die Verwaltungsausgaben im Wirtschaftsjahr 1927/28 um mindestens 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1926/27 gesenkt werden.

6. Die gemeinsamen Erfahrungen der Arbeiter- und Bauerninspektion und der entsprechenden Ämter und Organisationen (Volkskommissariat für Verkehrswesen, Volkskommissariat für Handel, Volkskommissariat für Finanzen, örtliche Sowjetorgane, die Verwaltung der Kursker Eisenbahn, der Kasaner, Jekaterinburger, der Südwestlichen Eisenbahnen) zeigen, daß durch Beseitigung der Zweigleisigkeit in der Arbeit, durch Liquidierung eines übermäßigen Zentralismus, durch den Abbau unnötiger Funktionen mittels Dezentralisierung der Verwaltung, die mit einer Zentralisation und Erhöhung der Qualität der Planung kombiniert werden muß, durch Einschränkung und Verbesserung der Rechnungslegung, durch Gewährleistung der notwendigen Selbständigkeit in der Arbeit der Leiter von Institutionen und Betrieben (Werk, Trust, Abteilung des Exekutivkomitees, Krankenhaus, Schule) die Partei zugleich mit der Verbilligung des Apparates eine gesteigerte Genauigkeit in seiner Arbeit, eine Einschränkung des Amtsschimmels, eine Annäherung des Apparates an die Massen erreichen kann.

Die herausgegebenen Dekrete über die Trusts, über die Rechte der örtlichen Organe, über die Vereinfachung der Arbeit der zentralen Ämter, der Beschluß des Rates der Volkskommissare über die Staatliche Plankommission bieten die Grundlage für die weiteren Bemühungen um die Vereinfachung der Arbeit des Sowjetapparates.

7. Die Kontrolle und Überprüfung bleiben weiterhin das schwächste Glied in der Arbeit unserer gesamten Staatsmaschine. Die Erfahrungen bei der Kontrolle über die Durchführung der Gesetze über Pacht und Lohnarbeit in der Bauernwirtschaft, bei der Überprüfung der Durchführung der Bewässerungsarbeiten in Mittelasien, bei der Überprüfung der Neubauarbeiten zeigen, daß wir ohne systematische und organisierte Kontrolle über die Verwirklichung der Parteibeschlüsse und Sowjetgesetze, ohne Sicherung der tatsächlichen und restlosen Verwirklichung der Partei- und Sowjetbeschlüsse die Arbeit des gesamten Staatsapparates nicht wesentlich verbessern können.

4. Die Erfahrungen der gesamten Partei beim Kampf gegen bürokratische Entstellungen des Staatsapparates (Belebung der Sowjets, Verstärkung und Verbesserung der kommunistischen Leitung der Sowjets usw.) und insbesondere die Erfahrungen in der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion zeigen, wie unbegründet die Erklärungen der Opposition sind, es liege eine zunehmende bürokratische Entartung des Staatsapparates vor. Dieselben Erfahrungen zeigen, daß die Partei imstande ist, jene Gefahren einer bürokratischen Entartung des Staatsapparates zu überwinden, die durch den Druck der neuen Bourgeoisie des Kulakentums und der Bürokratie auf den Staatsapparat entstehen. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK billigt die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion beim Kampf gegen bürokratische Entstellung des Staatsapparates und hebt besonders hervor, daß diese Erfahrungen für die Partei ungeheure Möglichkeiten für die Verbilligung des Apparates, seine Vereinfachung, für die Verbesserung der Organisation der gesamten Arbeit und die Annäherung an die Massen eröffnen, und es unterstreicht gleichzeitig die gewaltige Bedeutung und die Notwendigkeit, die Erfüllung der Parteidirektiven und der Sowjetgesetze zu überprüfen und zu kontrollieren.

5. Die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion in Dutzenden von zentralen, örtlichen, Industrie-, Handels- und Transportinstitutionen, die dazu führte, daß diese um 20 bis 30 und auch 40 Prozent eingeschränkt wurden, bei gleichzeitiger Kürzung der übermäßigen Rechnungslegung um 50 bis 70 Prozent, zeigt, daß die Aufgabe, die der gesamten Partei vor einem Jahr vom Zentralkomitee der Partei gestellt wurde, nämlich durch Einschränkung der unproduktiven Kosten 300 - 400 Millionen Rubel einzusparen, im Laufe des nächsten Jahres vollständig gelöst werden muß und gelöst werden kann. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hält es für erforderlich, diese in der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion gesammelten Erfahrungen für den gesamten Verwaltungsapparat des Landes und der Wirtschaft zu verallgemeinern und verpflichtet die Leiter der Ämter, der Exekutivkomitees, der Industrie- und Handelsbetriebe und des Transportwesens, unter ihrer Verantwortlichkeit zu erreichen, daß diese Erfahrungen überall auf jede Institution

8. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hebt hervor, daß die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion selbst in den Fällen, wo sie zu einer bedeutenden Verringerung der Zahl der Angestellten führte, von der großen Mehrheit der Kommunisten, Gewerkschaftsorgane und vom besten Teil der Spezialisten und Parteilosen, denen die Sache des Sowjetlandes teuer ist und am Herzen liegt, unterstützt wurde. Die Tatsache, daß die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion in den zentralen Volkskommissariaten, in Wirtschafts-institutionen und Exekutivkomitees unter Teilnahme der Parteizellen, der Ortskomitees und des breiten Parteilosenaktivs dieser Organisationen durchgeführt wurde, zeigt, welche Möglichkeiten die Partei zur Verbesserung des Staatsapparates in den Händen hat.

9. Zwecks weiterer Entfaltung des Kampfes der Partei gegen bürokratische Entstellungen im Sowjetapparat:

a) beauftragt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK die Parteiorganisationen, die Arbeiter- und Bauerninspektion und die Kontrollkommissionen, die Fraktionen der Sowjets und der Gewerkschaften und die Presseorgane, die Arbeit zur Heranziehung breiter Arbeiter- und Bauernmassen zum Kampf gegen bürokratische Entstellungen des Staatsapparates mit allen Mitteln zu entfalten. Man muß die Arbeiter und Bauern zur Unduldsamkeit gegen bürokratische Entstellungen erziehen, die Fähigkeit in ihnen entwickeln, gegen jeden konkreten Fall widerlicher Verschleppung oder bürokratischer Unverschämtheit zu kämpfen. Dementsprechend muß die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion die Möglichkeit gewährleisten, jedem Arbeiter und Bauern, der gegen dieses oder jenes konkrete bürokratische Übel kämpft, sofort und in jeder Weise zu helfen. Gleichzeitig beauftragt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK die Arbeiter- und Bauerninspektion und Kontrollkommissionen, solche Personen und Organe (sowohl Partei als auch Sowjetorgane) entschlossen zu verfolgen und zu bestrafen, welche Repressalien gegen diejenigen anwenden, die das Laster bürokratischer Entstellungen kritisieren, wie scharf diese Kritik auch sein mag.

b) Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hebt besonders hervor, daß die Arbeit der Presse beim Kampf gegen den Unfug des Bürokratismus trotz zahlreicher Weisungen des ZK ungenügend ist.

Diesen Kampf muß die Presse so führen, wie Lenin gelehrt hat - "ohne Ansehen der Person", indem sie sich auf keinen Fall auf Kleinigkeiten beschränkt, wie das oft vorkommt, sondern die Arbeiter und Bauern um die proletarische Diktatur im Kampf für die sozialistische Umgestaltung unseres Staatsapparates sammelt.

c) Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beauftragt die Arbeiter- und Bauerninspektion, die Kontrollarbeit hinsichtlich der Durchführung der Partei- und Regierungsbeschlüsse zu verstärken und zu entfalten, und zwar besonders in bezug auf die Neubauten, die Senkung der Handels- und Produktionsunkosten, die Verwirklichung der proletarischen Sowjetdemokratie (Belebung der Sowjets, Wählbarkeit, das Recht auf Abberufung, Wechselbeziehungen zwischen Parteiorganen und Organen der Sowjets und der Gewerkschaften, Einsetzung von Arbeitern und Bauern in die staatliche Arbeit usw.).

d) Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK weist die Arbeiter- und Bauerninspektion und die Parteiorgane auf die Notwendigkeit hin, jenen Mitarbeitern unseres Staatsapparates (sowohl den Kommunisten als auch den Parteilosen) unentwegt und entschlossen die Stirn zu bieten, die etwa versuchen sollten, dem Kampf der Partei für die Umgestaltung des Staatsapparates Routine, Konservatismus und bürokratische Selbstzufriedenheit, hinter denen sich häufig der Druck der dem Proletariat feindlichen Klassen verbirgt, entgegenzustellen. Gleichzeitig ist die Arbeit des Gerichtes im Kampf gegen den Bürokratismus zu erweitern, indem solche Mitarbeiter des Sowjetapparates unbedingt vor das Volksgericht gestellt werden, die sich nicht zu rechtfertigende übermäßige Ausgaben oder eine bürokratische Einstellung zur Arbeit zuschulden kommen lassen, wobei in keinem Falle die Möglichkeit zugelassen werden darf, daß das Urteil gemildert oder die Durchführung einer gerichtlichen Untersuchung abgelehnt wird wegen "Herkunft aus dem Arbeiter- und Bauernstand", "früherer Verdienste", "Beziehungen" usw.

e) Damit sich unser Staatsapparat die wertvollsten Errungenschaften der Technik und Kultur Westeuropas und Amerikas aneignet,

nicht nur, weil es Titel und Würden erfordern." (Lenin, Band XVIII, II. Teil, Seite 120)¹⁾

Die Arbeiter- und Bauerninspektion muß aus Mitarbeitern bestehen, die "hochqualifiziert, besonders überprüft und besonders zuverlässig sein müssen ..."

g) Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beauftragt die Arbeiter- und Bauerninspektion, für den Parteitag Thesen über die Arbeit der Partei am Sowjetapparat vorzubereiten und dabei von den Weisungen Lenins über die Methoden und Wege zur Annäherung des Verwaltungsapparates an die Volksmassen, von den Leninschen Weisungen über die Methoden und Wege zur Festigung der proletarischen Diktatur, als der Organisation zur Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse mit Hilfe der Sowjets, auszugehen. Hierbei muß man dessen eingedenk sein, daß unsere Aufgabe nicht nur darin besteht, eine gut arbeitende und billige Staatsmaschine zu schaffen, sondern auch unablässig die Bedingungen für die Beseitigung des Staatsapparates und seine Verschmelzung mit den Massen vorzubereiten.

Über die Verletzung der Parteidisziplin durch Sinowjew und Trotzki

(Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK zum Bericht des Genossen Ordshonikidse, angenommen am 9. August 1927)

Seit dem Jahre 1923 nutzte die Opposition, anfangs geführt durch Trotzki und seit 1926 mit Trotzki und Sinowjew an der Spitze, jede Schwierigkeit, die die Partei beim sozialistischen Aufbau des Landes überwinden mußte, dazu aus, um der Einheit der Partei und ihrer Führung einen Schlag zu versetzen, wobei sie vor keiner Verletzung der Parteidisziplin Halt machte.

Im Jahre 1923, im Augenblick der ersten ernstesten Schwierigkeiten auf der Grundlage der NÖP, die mit der Absatzkrise und der Geldreform zusammenhängen, versuchten Trotzki und seine Gruppe, die die kleinbürgerlichen Schwankungen im Lande zum Ausdruck brachten, die entstandenen Schwierigkeiten zu Fraktionszwecken auszu-

1) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II, S. 1009, Dietz Verlag, Berlin 1952 - D. Red.

beauftragt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKI die Arbeiter- und Bauerninspektion, gemeinsam mit den entsprechenden Ämtern dafür zu sorgen, daß in stärkerem Maße die besten ausländischen Spezialisten für unseren industriellen Aufbau, für die Organisation der Rechnungslegung, für die Schriftführung herangezogen werden und daneben in stärkerem Maße unsere Ingenieure, Direktoren, Buchhalter, Rationalisatoren in die führenden kapitalistischen Länder zu schicken, damit sie dort lernen - um sie bei uns überhaupt richtiger einzusetzen. Insbesondere ist zu demselben Zweck der Apparat der Arbeiter- und Bauerninspektion durch eine Gruppe bester ausländischer Spezialisten zu verstärken, mit deren Hilfe die Arbeiter- und Bauerninspektion eine beschleunigte Übernahme jener Errungenschaften der führenden Staaten, besonders Amerikas, durch den Sowjetapparat organisieren könnte, ohne deren Übernahme unser Apparat weiterhin die Merkmale vorkapitalistischer Rückständigkeit behalten wird.

f) Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beauftragt das Politbüro und das Orgbüro des ZK der KPdSU(B), die Landeskomitees, die nationalen ZK und die Gouvernementskomitees, die Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und Kontrollkommissionen durch die besten Mitarbeiter der Partei, der Wirtschaft und der Sowjets zu verstärken, indem sie von der Notwendigkeit ausgehen, die von Lenin gestellte Aufgabe zu lösen. ... "Wir müssen die Arbeiter- und Bauerninspektion als Instrument zur Verbesserung unseres Staatsapparates zu einer wirklich mustergültigen Institution machen" (Lenin, Bd. XVIII, II. Teil, Seite 117)¹⁾

"Entweder lohnt es gar nicht, bei einer so aussichtslosen Sache, wie es die Arbeiter- und Bauerninspektion ist, sich mit einer jener Reorganisationen zu beschäftigen, wie wir sie in Hülle und Fülle gehabt haben, oder man muß sich wirklich die Aufgabe stellen, auf langsamem, schwierigem, ungewöhnlichem Wege, nicht ohne zahlreiche Revisionen, etwas wirklich Vorbildliches zu schaffen, das dazu angetan ist, jedermann Achtung einzuflößen, und dies

1) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II, S. 1007, Dietz Verlag, Berlin 1952 - D. Red.

nutzen, indem sie eine Erklärung abgaben, daß das Land durch die Politik der Partei an den Rand des Abgrunds gebracht worden sei. Die Tatsachen zeigten jedoch, daß sich die Opposition verrechnet hatte, daß sie ihre eigene Niederlage bei den Massen als Untergang des Landes betrachtet hatte. Die Partei und die Komintern prüften die Handlungsweise der Opposition, verurteilten damals die trotzkistische Opposition und charakterisierten ihre Ansichten als kleinbürgerliche Abweichung.

Gegen Ende 1925, als sich vor der Partei neue Schwierigkeiten erhoben, die mit den Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zusammenhingen, zeigte es sich, daß Sinowjew, Kamenew u.a. auf die Seite des Trotzkismus übergingen.

Der XIV. Parteitag (Dezember 1925) schätzte diese Abkehr der "neuen Opposition" (Sinowjew u.a.) von den Leninschen Ansichten einmütig so ein, daß in ihr Verneinung des sozialistischen Charakters unserer Industrie, die Unterschätzung des Mittelbauern, die Forderung nach der Freiheit der Fraktionen und Gruppierungen usw. zum Ausdruck komme. Im Frühjahr und im Sommer 1926 bildete sich endgültig der Block der "neuen Opposition" mit Trotzki und anderen fraktionellen Gruppierungen, deren Ansichten seinerzeit von der Partei verurteilt worden waren, wobei die "neue Opposition" mit Sinowjew an der Spitze endgültig zur ideologischen Position des Trotzkismus überging.

Im Sommer 1926 ging die Opposition bei ihren ununterbrochenen Angriffen gegen die Partei so weit, ihre fraktionelle Organisation zu bilden, sie in eine illegale Organisation zu verwandeln, illegale Versammlungen durchzuführen, die im Walde stattfanden (der Fall Laschewitsch u.a.). Die Opposition entfaltete ihre Fraktionsarbeit weiter und ging von illegalen Versammlungen zu offenen Fraktionskundgebungen über (im "Awiopribor", im "Krassny Putilowez" ¹⁾) wobei sie versuchte, der Partei eine Diskussion über Fragen aufzudrängen, die vom Parteitag bereits entschieden waren. Nachdem sie von der gesamten Partei eine einmütige Abfuhr erhalten hatte und mit besonderer Entschiedenheit von den Arbeiterzellen

1) Bezeichnungen von Betrieben. d.Red. d.dt.Ausg.

der Partei zurückgeworfen worden war, sah sie sich gezwungen, zu kapitulieren und sich der Partei gegenüber zu verpflichten, den Fraktionskampf einzustellen (Deklaration vom 16. Oktober 1926).

In dieser Deklaration erkannte die Opposition "ihre Pflicht an" ... "den Beschluß der Partei über die Unzulässigkeit der Fraktionsbildung in die Tat umzusetzen..."

In dieser Deklaration erkannte es die Opposition "als besonders unzulässig an, in irgendeiner Weise die Tätigkeit von Leuten zu unterstützen, die bereits aus der Partei und der Komintern ausgeschlossen sind, wie etwa: Ruth Fischer, Maslow ...", die sich mit der Opposition in unserer Partei solidarisch erklärten.

In dieser Deklaration erklärte die Opposition: "Die Beschlüsse des XIV. Parteitages, des ZK der Partei und der ZKK betrachten wir als unbedingt verbindlich für uns, wir werden uns ihnen vorbehaltlos unterwerfen und sie verwirklichen ..."

Damals erklärte die Opposition: "Wir sprechen denen, die in irgendeiner Weise gegen die Komintern, die KPdSU oder die UdSSR agitieren, kategorisch das Recht ab, auf irgendeine Solidarität mit uns Anspruch zu erheben." In dieser Erklärung verurteilte sie entschieden "eine solche Kritik an der Komintern oder an der Politik unserer Partei, die (die Kritik) zur Hetze wird, welche die Lage der Komintern als der Kampforganisation des Proletariats, der KPdSU, als des Vortrupps der Komintern oder der UdSSR, als des ersten Staates der proletarischen Diktatur schwächt."

Die Erfahrungen der gesamten auf ihre Verpflichtung vom Oktober folgenden Arbeit der Opposition zeigten jedoch, daß die Opposition nicht eine der gegenüber der Partei übernommenen Verpflichtungen erfüllte und ihre Fraktionsarbeit nicht nur nicht abschwächte, sondern umgekehrt, den Weg der direkten Spaltung und der Organisation einer anderen Partei beschrift.

Ogleich die XV. Parteikonferenz, deren Beschlüsse vom Exekutivkomitee der Komintern bestätigt wurden, die Linie der Opposition als Linie einer sozialdemokratischen Abweichung, als Linie einer mit linken Phrasen maskierten rechten Abweichung entschieden verurteilte, obgleich die Opposition nicht in einer einzigen Zelle

der Partei irgendwelche Unterstützung erhielt, setzte sie ihre Fraktionsarbeit hartnäckig fort und bedrohte immer stärker die Einheit der Partei.

In letzter Zeit konzentrierte die Opposition im Zusammenhang mit den besonderen Schwierigkeiten in der internationalen Lage der UdSSR und den teilweisen Niederlagen der chinesischen Revolution ihre Attacke gegen die Partei auf unsere internationale Politik (China, England). Als Antwort auf die für die UdSSR erwachsene Kriegsgefahr trat die Opposition mit solchen Erklärungen hervor, die die Arbeit der Partei zur Mobilisierung der Massen für den Kampf gegen die Kriegsgefahr und zur Verteidigung des Sowjetlandes untergraben. Erklärungen über die thermidorianische Entartung des ZK, über einen nationalkonservativen Kurs, über die Kulaken-Ustrjalow-Linie der Partei, darüber, daß "die gefährlichste aller Gefahren das Parteiregime ist" und nicht die Kriegsgefahr, - all diese Erklärungen, die dazu führen, den Willen des internationalen Proletariats zur Verteidigung der UdSSR zu zersetzen, wurden vom Plenum des EKKI als "Mittel beurteilt, angesichts der Kriegsgefahr vor den Arbeitern ihre Fahnenflucht zu maskieren."

All das war begleitet von einer eindeutig parteifeindlichen Fraktionsarbeit, die in letzter Zeit einen unzulässigen Charakter annahm. Anstatt Erfüllung der von der Opposition am 16. Oktober übernommenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Parteidisziplin, - Druck und Verbreitung von Fraktionsliteratur nicht nur unter Parteimitgliedern, sondern auch unter Parteilosern, Organisation illegaler Fraktionsgruppen, -zirkel, -beratungen, Verbreitung der zutiefst parteifeindlichen Deklaration 84 mit unerhörten verleumderischen Anschuldigungen gegen die Partei, die Rede Trotzki's auf dem VIII. Plenum des EKKI im Mai 1927, die vom EKKI einmütig als parteifeindlich charakterisiert wurde, und die grob-fraktionsmäßige Rede Sinowjews am 9. Mai 1927 auf einer Parteiloserversammlung, in der er gegen die Partei und ihre führenden Organe an die Parteilosern appellierte und mit der er gegen alle Traditionen der bolschewistischen Partei und gegen die elementare Parteidisziplin verstieß. Und endlich brachte Trotzki auf der Tagung des Präsidiums der ZKK (im Juni 1927) die ganz unerhörte verleumderi-

sche Anschuldigung bezüglich des Thermidorentums gegen die Partei vor.

Ogleich das ZK der Partei den Fall der desorganisierenden Rede Sinowjews der ZKK zur Untersuchung übergeben hatte, obgleich das EKKI die Rede Trotzki's als eindeutig fraktionsmäßig beurteilt hatte, nahmen Trotzki und Sinowjew am 9. Juni 1927 - in den Tagen der härtesten Angriffe des englischen Imperialismus auf die UdSSR - an einer parteifeindlichen politischen Demonstration teil, die von der Opposition auf dem Bahnhof organisiert wurde. Als Vorwand dafür diente die Verabschiedung Smilgis, der den Beschluß des ZK über seine Abreise zur Arbeit in den Fernen Osten mehrere Wochen lang sabotiert hatte. Trotzki hielt auf dem Jaroslawsker Bahnhof eine Rede an die Demonstranten, die neben den durch den Fraktionsapparat zusammengerufenen Oppositionellen auch das auf dem Bahnhof anwesende kleinbürgerliche Publikum mit anhörte.

Damit haben Trotzki und Sinowjew gezeigt, daß

a) die von ihnen übernommene Verpflichtung zur Einhaltung der Disziplin von ihrer Seite aus nur ein taktisches Manöver war, welches darauf abzielte, die Partei zu betrügen;

b) im Augenblick der Kriegsgefahr, wo die zentrale Aufgabe der Partei in der Festigung des Hinterlandes besteht und die Hauptbedingung für die Festigung des Hinterlandes die Hebung der Kampfbereitschaft und der Diszipliniertheit der Partei ist, - die Opposition im Namen ihrer Fraktionsziele die Parteidisziplin verletzt und antisowjetische Kräfte in unserem Lande entfesseln hilft.

Schon auf dem X. Parteitag machte Lenin in der Resolution über die Einheit der Partei auf die Notwendigkeit aufmerksam, der Partei "die Erfahrungen früherer Revolutionen" zu "erläutern, in denen die Konterrevolution die der äußersten revolutionären Partei am nächsten stehenden kleinbürgerlichen Gruppierungen unterstützte, um die revolutionäre Diktatur zu erschüttern und zu stürzen und dadurch dem weiteren vollen Sieg der Konterrevolution, dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer, den Weg zu bahnen."¹⁾

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 184 - D.Red.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Partei darauf, daß die Opposition durch ihr fraktionsmäßiges Auftreten gegen die Partei objektiv zu einem Zentrum wird, um welches sich parteifeindliche und sowjetfeindliche Kräfte sammeln und auf dessen zersetzende Tätigkeit die innere und die ausländische Konterrevolution schon jetzt ihre Hoffnungen setzt.

Die Partei hat jahrelang die größte Duldsamkeit und die größte Geduld an den Tag gelegt, indem sie der Opposition eine Verwarnung nach der anderen erteilte und versuchte, die Führer der Opposition zur Einhaltung der Parteidisziplin zu bringen.

Die letzten Reden Trotzki's und Sinowjews zeigen jedoch, daß die Partei, obgleich sie alle Mittel der Verwarnung erschöpfte, nicht erreichen konnte, daß sich die Führer der Opposition wirklich dem Willen der Partei unterordneten, sondern daß die Oppositionsführer die für ausnahmslos jedes Parteimitglied verbindlichen Grundlagen des Parteigeistes und der Parteidisziplin grob und systematisch verletzen, daß die Opposition unter der Führung der oppositionellen Mitglieder des ZK Fraktionsarbeit treibt, die Einheit der Partei untergräbt und die Linie der Spaltung verfolgt.

Sowohl in Anbetracht der oben dargestellten Tatsachen als auch auf Grund der in diesem Plenum durchgeführten Diskussion war das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK schließlich gezwungen, festzustellen:

1.) daß die Opposition (Trotzki, Sinowjew) in ihrer Fraktionsverblendung auf einen Weg abgelenkt, der gegen die unbedingte und vorbehaltlose Verteidigung der UdSSR im Kampf gegen die imperialistische Intervention gerichtet ist, wobei die Opposition versucht, diese ihre falsche Linie damit zu begründen, daß die bestehenden leitenden Organe der KPdSU(B) und der UdSSR angeblich "thermidorianisch" seien, weshalb es nach Meinung der Opposition notwendig ist, vor allen Dingen diese Organe abzulösen, um dann die Verteidigung der UdSSR zu organisieren (These Trotzki's über Clemenceau);

2.) daß die Opposition (Trotzki, Sinowjew) sich auf den Weg

der direkten Spaltung der Komintern begibt, indem sie in Deutschland eine zweite Partei mit den von der Komintern Ausgeschlossenen Maslow und Ruth Fischer an der Spitze organisiert und sie zu einem Instrument zur Spaltung der anderen europäischen Sektionen der Komintern macht;

3.) daß die Opposition (Trotzki, Sinowjew) sich auf den Weg der Organisierung einer neuen Partei gegen die KPdSU(B) begibt, auf den Weg der offenen Spaltung in der KPdSU(B), indem sie systematisch die Beschlüsse unserer Partei verletzt, den Parteigeist und die Parteidisziplin zerstört und damit dazu beiträgt, das Proletariat der UdSSR angesichts der herannahenden Kriegsgefahr zu entwaffnen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK kann nicht umhin festzustellen, daß die Oppositionsführer (Trotzki, Sinowjew) durch all diese Verbrechen gegen die Partei und das Proletariat in eine Sackgasse geraten sind, eine feindliche Stellung zur Partei bezogen und die Partei vor die Notwendigkeit gestellt haben, den Beschluß des X. Parteitages unserer Partei über die Einheit der Partei auf sie anzuwenden.

Der Beschluß des X. Parteitages über die Einheit der Partei verpflichtet das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, nicht nur die offenen Spalter und Desorganisatoren der Partei und der Komintern aus dem ZK, sondern auch aus der Partei auszuschließen. Nichtsdestoweniger hat sich das Präsidium der ZKK, das den Führern der Opposition die Möglichkeit zu geben wünscht, ihre Fehler zu korrigieren und sich von ihren Verbrechen gegen die Partei loszusagen, auf den Vorschlag beschränkt, Trotzki und Sinowjew aus dem ZK der KPdSU(B) auszuschließen.

Darüber hinaus haben das Präsidium der ZKK und das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK in dem Wunsch, den Führern der Opposition, die in eine Sackgasse geraten sind, einen Ausweg zu öffnen und die Sache des Friedens in der Partei zu erleichtern, einen letzten Versuch gemacht, Trotzki und Sinowjew im ZK zu belassen, indem sie ihnen vorschlugen, eine Reihe elementarer Bedingungen anzunehmen, die für Mitglieder der bolschewistischen Partei abso-

lut verbindlich und für den Frieden in der Partei notwendig sind, und zwar:

1. sich angesichts der Kriegsgefahr von der halbdefätistischen Theorie Trotzki's (die These Trotzki's über Clemenceau) loszusagen, den Weg der unbedingten und vorbehaltlosen Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus zu beschreiten und die oppositionelle Verleumdung von einer thermidorianischen Entartung unserer Partei - und Sowjetführung zu verurteilen;

2. sich von der Spaltungspolitik in der Komintern loszusagen, die Partei der aus der Komintern Ausgeschlossenen - Maslow und Ruth Fischer - zu verurteilen, jegliche Verbindung mit dieser antileninistischen und Spalterpartei abubrechen und alle Beschlüsse der Kommunistischen Internationale zu verwirklichen;

3. sich von der Spaltungspolitik in der KPdSU(B) loszusagen, den Versuch der Gründung einer zweiten Partei zu verurteilen und die Fraktion aufzulösen mit der Verpflichtung, alle Beschlüsse der KPdSU(B) und ihres Zentralkomitees auszuführen.

Trotz dem Entgegenkommen des Plenums des ZK und der ZKK und dem elementaren Charakter dieser Bedingungen lehnten es jedoch die Führer der Opposition ab, diese Bedingungen anzunehmen.

Erst nachdem sich das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK infolgedessen gezwungen sah, grundsätzlich eine Resolution über den Ausschluß Sinowjews und Trotzki's aus dem ZK der Partei anzunehmen, - erst danach hielt es die Opposition für notwendig, zurückzuweichen, sich von einer Reihe ihrer Fehler loszusagen und sich im wesentlichen, wenn auch mit Vorbehalten, mit dem Vorschlag des Plenums des ZK und der ZKK einverstanden zu erklären, indem sie eine entsprechende "Erklärung" abgab.

In Anbetracht dessen beschließt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, die Frage des Ausschlusses Sinowjews und Trotzki's aus dem ZK der Partei von der Tagesordnung abzusetzen und ihnen einen strengen Verweis mit Verwarnung zu erteilen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist der Meinung,

daß sich all das als ein gewisser Schritt zum Frieden in der Partei erweisen kann. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist jedoch weit davon entfernt, die "Erklärung" der Opposition als einen ausreichenden Akt anzusehen, der geeignet wäre, den notwendigen Frieden in der Partei zu gewährleisten.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hat nichtsdestoweniger allen Grund, mit Befriedigung hervorzuheben, daß:

1. die Opposition in ihrer "Erklärung" sich gezwungen sah, sich von einer Reihe von Fehlern und Schwankungen in der Frage über den Charakter eines künftigen Krieges der UdSSR gegen eine Intervention und über die bedingungslose Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus loszusagen, wenn sich auch die Opposition mit ihrer Weigerung, die halbdefätistische These Trotzki's über Clemenceau direkt zu verurteilen, eine Grundlage für ihre in Zukunft möglichen Schwankungen in bezug auf die bedingungslose Verteidigung der UdSSR sichert;

2. die Opposition sich gezwungen sah, sich von der parteifeindlichen Verleumdung bezüglich einer thermidorianischen Entartung der Parteiführung loszusagen, wenn sie sich auch mit ihrem Vorbehalt, die Partei kämpfe nicht genügend gegen thermidorianische Tendenzen im Lande, den Boden für weitere Angriffe auf die Partei in dieser Richtung sichert;

3. die Opposition sich allerdings aus formalen Erwägungen gezwungen sah, auf die organisatorischen Verbindungen mit der antileninistischen Spaltergruppe Urbahns-Maslow zu verzichten, wenn sie sich auch durch ihre Weigerung, auf die Unterstützung dieser Gruppe zu verzichten, die Grundlage für weitere Angriffe auf die Komintern erhält;

4. die Opposition sich gezwungen sah, sich von der Fraktionsarbeit innerhalb der KPdSU(B) loszusagen und die Notwendigkeit anzuerkennen, die Elemente dieser Fraktionsbildung zu beseitigen, wenn sie sich auch durch ihren Vorbehalt und ihren Ausfall gegen das "Regime in der Partei" versucht, ihre vorausgegangene Spaltertätigkeit zu rechtfertigen und darüber hinaus sich den Boden für neue Angriffe auf die KPdSU(B) zu sichern.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK hat keine Veranlassung, sich dafür zu verbürgen, daß die Opposition völlig aufrichtig ist, wenn sie zurückweicht und sich von einer Reihe ihrer Fehler lossagt. Die Erfahrungen mit der analogen "Erklärung" der Opposition vom 16. Oktober 1926 zeigen, daß die Opposition nicht immer geneigt ist, ihre der Partei gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Vorbehalte, die die Opposition in ihrer jetzigen "Erklärung" zu den Fragen macht, die ihr auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK vorgelegt wurden, beweisen, daß die Opposition nicht darauf verzichtet, ihren Kampf gegen die Führung der Partei und der Komintern fortzusetzen. In Anbetracht dessen verpflichtet das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK die Opposition, die Fraktion unverzüglich aufzulösen und fordert alle Organisationen und alle Mitglieder unserer Partei auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Fraktionsbildung, fraktionelle Aktionen und fraktionelle Gruppierungen unbedingt zu beseitigen.

In systematischer Durchführung der innerparteilichen Demokratie und ohne die sachliche, kameradschaftliche Kritik an den Mängeln der Partei einzuschränken, ist das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der Meinung, daß die Parteiorganisationen sich hierbei von dem Beschluß des X. Parteitages leiten lassen müssen, der lautet:

"Es ist notwendig, daß jede Parteiorganisation strengstens beachtet, daß die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei, jegliche Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrungen, die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und die Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. nicht vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund irgendeiner 'Plattform' u.ä. bilden, sondern von allen Parteimitgliedern erörtert werden müssen."¹⁾

Die Parteiorganisationen müssen die Fraktionsarbeit beseitigen, die Einheit und eiserne Disziplin in der Partei verteidigen und sich dabei vom Beschluß desselben X. Parteitages leiten lassen, der lautet:

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 184 - D.Red.

"Der Parteitag verfügt, unverzüglich ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, aufzulösen und beauftragt alle Organisationen, strengstens darauf zu achten, daß jedwede fraktionellen Aktionen unzulässig sind. Die Nichterfüllung dieses Parteibeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluß aus der Partei nach sich."¹⁾

Über den XV. Parteitag

1. Einberufung des XV. Parteitages zum 1. Dezember 1927
2. Folgende Tagesordnung des XV. Parteitages wird bestätigt.
 1. Rechenschaftsbericht des ZK (politisch und organisatorisch)
 2. Bericht der Zentralen-Revisionskommission
 3. Bericht der Zentralen Kontrollkommission - Arbeiter- und Bauerninspektion
 4. Bericht der Delegation der KPdSU(B) im EKKI
 5. Der Fünfjahrplan der Volkswirtschaft
 6. Die Arbeit auf dem Lande
 7. Wahl der zentralen Parteiinstitutionen

"Prawda" Nr. 180 und Nr. 181
vom 10. und 11. August 1927

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 185 - D. Red.

Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)

21. - 23. Oktober 1927

Vom 21. - 23. Oktober dieses Jahres tagte das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) unter Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission. Das Plenum erörterte und bestätigte die vom Politbüro des ZK vorgeschlagenen Thesenentwürfe zu den Fragen der Tagesordnung des XV. Parteitages a) über die Richtlinien zur Aufstellung des Fünfjahrplanes der Volkswirtschaft und b) über die Arbeit auf dem Lande - mit den von Sonderkommissionen des Plenums vorgeschlagenen Abänderungen.

Das Plenum nahm ferner den Bericht des Präsidiums der ZKK über die Fraktionsarbeit Trotzki's und Sinowjew's nach dem August-Plenum des ZK und der ZKK entgegen und beschloß, Trotzki und Sinowjew aus dem ZK auszuschließen.

Ferner nahm das Plenum einen speziellen Beschluß über die Parteidiskussion an und bestätigte die Redner, die zu den Fragen der Tagesordnung des XV. Parteitages sprechen werden.

Resolutionen und Beschlüsse des Plenums

Richtlinien zur Aufstellung des Fünfjahrplans der Volkswirtschaft (Thesen, gebilligt vom vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 23. Oktober 1927)

Ergebnisse und Voraussetzungen des sozialistischen Aufbaus

1. Die Ergebnisse des seit der Oktoberrevolution vergangenen Jahrzehnts offenbaren die gewaltige internationale Bedeutung dieser Revolution als eines Bestandteils des großen internationalen revolutionären Prozesses, der die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umgestaltet. Die Diktatur des Proletariats, die proletarische Nationalisierung der Produktionsmittel, des Verkehrs- und Kreditwesens, des Außenhandels, die Nationalisierung des Bodens - all diese Voraussetzungen bedingten die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR auf einer grundsätz-

lich anderen, sozialistischen Grundlage. Grundlegend verändert hat sich der soziale und Klasseninhalt der wirtschaftlichen Kommandohöhen, die die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft als Ganzes bestimmen. Grundlegend verändert hat sich auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land, denn die Industrie hat "ihr Gesicht dem Dorf zugewandt", ist zu einem mächtigen Faktor seiner sozialistischen Umgestaltung geworden, und das Wachstum des Binnenmarktes hat begonnen, sich im Gegensatz zum Kapitalismus nicht in einem Prozeß der Verelendung des Dorfes, sondern im Wachstum seines Wohlstandes zu äußern. Grundlegend verändert hat sich die Organisationsform der Volkswirtschaft, da - auf der Grundlage der Nationalisierung der Großindustrie und der anderen Kommandohöhen - die planende Wirtschaftsführung möglich wurde, die die Anarchie des kapitalistischen Warenmarktes immer mehr verdrängt. Grundlegend verändert hat sich auch die Verteilung des Nationaleinkommens, die den persönlichen Konsum der früher herrschenden Klassen beinahe gänzlich ausschließt und damit einen bedeutenden Teil des unproduktiven Konsums beseitigt. Diese Unterscheidungsmerkmale der Wirtschaft der UdSSR haben ein im Vergleich zu den Ländern des Kapitalismus weit schnelleres Tempo des Wiederherstellungsprozesses und einen viel schnelleren Prozeß der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht.

2. Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Beginn der sogenannten "Neuen Ökonomischen Politik", die den Grundstein für die richtige Verbindung der staatlichen sozialistischen Industrie mit den Klein- und Kleinstwirtschaften der bäuerlichen einfachen Warenproduzenten legten, haben die Thesen Lenins vollauf bestätigt, daß wir in unserem Lande alles für den Aufbau des Sozialismus Notwendige und Ausreichende besitzen, daß die objektiven inneren Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR keineswegs die Unvermeidlichkeit des Sturzes oder der Entartung der proletarischen Diktatur in sich schließen und daß das Vorhandensein einer großen Anzahl von Bauerwirtschaften und das Bündnis der staatlichen Wirtschaft mit ihnen unser Land keineswegs in ein Land bäuerlicher Beschränktheit verwandelt. Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen mit aller

Deutlichkeit, daß sich in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik eine radikale Umgruppierung in den Beziehungen zwischen den vergesellschafteten Formen der Wirtschaft (in erster Linie der sozialistischen Industrie), der einfachen Warenwirtschaft und der kapitalistischen Wirtschaft vollzogen hat. Trat zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik die staatliche Industrie fast überhaupt nicht in Erscheinung und griffen auf dem Gebiet des Warenumsatzes die staatlichen und genossenschaftlichen Organe selbst auf die private Vermittlung zurück und war das Privatkapital, das alle Vorteile eines schnellen Umsatzes auf seiner Seite hatte, ein ziemlich bedeutender Faktor, so spielen an der Schwelle des Übergangs von der Wiederherstellungs- zur Rekonstruktionsperiode die sozialistische Industrie und die anderen Kommandohöhen bereits die entscheidende und führende Rolle in der gesamten Volkswirtschaft, der staatliche und genossenschaftliche Handel umfaßt den überwiegenden Teil des gesamten Warenumsatzes im Lande, der vergesellschaftete Sektor der Volkswirtschaft bestimmt die allgemeine Richtung der Entwicklung, verdrängt das Privatkapital, nimmt die Wirtschaft der einfachen bäuerlichen Warenproduzenten ins Schlepptau und gestaltet sie allmählich um.

Unter diesen Bedingungen schafft das weitaus schnellere Wachstum des vergesellschafteten Teils der Wirtschaft, das die Gefahr des sich auf kleinbürgerlicher Grundlage entwickelnden Privatkapitals auf einen Bruchteil herabmindert, trotz der absoluten zahlenmäßigen Zunahme der Privatunternehmen, sichere Voraussetzungen für den endgültigen Sieg des Sozialismus. Vom sozialen - klassenmäßigen Standpunkt betrachtet, bedeutet dies, daß trotz aller Widersprüche im Entwicklungsprozeß, trotz des Wachstums der Bourgeoisie in Stadt und Land (Kulaken und NÖP-Leute) der prozentuale Anteil der Arbeiterklasse sich erhöht hat, ihre Verbindung mit der Hauptmasse der Bauernschaft stärker geworden ist und die Diktatur des Proletariats sich gefestigt hat.

3. Die Erfahrungen der planenden Leitung haben bewiesen, daß die Planvoranschläge häufig mehr oder weniger wesentlicher Abänderungen bedurften, daß sie unvermeidlich relativen und bedingten Charakter tragen mußten, daß der reale Plan unvermeidlich in dem

Maße organisch entsteht, wie die tatsächliche Organisiertheit der Volkswirtschaft wächst und die Möglichkeiten einer genauen Berechnung und Voraussicht auf der Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Wirtschaft des Landes größer werden. Die Abhängigkeit von der Ernte und die Unmöglichkeit, sie im voraus statistisch genau zu erfassen, die Abhängigkeit von der Spontaneität des Marktes, die immer mehr durch das Planprinzip gezügelt wird aber sich noch nicht ganz in ihren Rahmen fügt; die Konjunkturschwankungen des Weltmarktes und die Abhängigkeit von letzterem, schließlich die außerökonomischen Faktoren, die in erster Linie mit der feindlichen kapitalistischen Umkreisung zusammenhängen und sich sowohl in den wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des Landes widerspiegeln - all das bedingt den relativen Charakter der Planvoranschläge und der zahlenmäßigen Voranschläge überhaupt. Der Fünfjahrplan der Volkswirtschaft wird im Zusammenhang mit der Verschärfung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten und der UdSSR dem Druck der internationalen Momente besonders stark ausgesetzt sein.

Unter Berücksichtigung der Möglichkeit, daß die kapitalistischen Staaten einen militärischen Überfall auf den ersten proletarischen Staat der Geschichte unternehmen, muß man bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans der schnellstmöglichen Entwicklung jener Zweige der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Industrie im besonderen die größte Aufmerksamkeit zuwenden, die bei der Sicherung der Verteidigung und der wirtschaftlichen Stabilität des Landes in Kriegszeiten die wichtigste Rolle spielen.

Auf die Fragen der Verteidigung ist im Zusammenhang mit der Aufstellung des Fünfjahr-Perspektivplanes nicht nur die Aufmerksamkeit der Planungs- und Wirtschaftsorgane zu lenken, sondern es muß in erster Linie dafür gesorgt werden, daß die gesamte Partei diesen Fragen ständig ihre Aufmerksamkeit widmet. Andererseits muß bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes auch die Möglichkeit von Mißernten nach einer Reihe von Jahren mit guten Erträgen berücksichtigt werden.

4. Bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes der Volkswirtschaft, wie überhaupt bei der Aufstellung jedes Wirtschaftsplanes für einen mehr oder weniger langen Zeitraum, muß die günstigste Kombination folgender Elemente angestrebt werden: des erweiterten Konsums der Arbeiter- und Bauernmassen; der erweiterten Reproduktion (Akkumulation) in der staatlichen Industrie auf der Grundlage der erweiterten Reproduktion in der Volkswirtschaft überhaupt; des im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern schnelleren Tempos der volkswirtschaftlichen Entwicklung und der unbedingten systematischen Erhöhung des prozentualen Anteils des sozialistischen Wirtschaftssektors, der das wichtigste und entscheidende Moment in der gesamten Wirtschaftspolitik des Proletariats ist.

Dabei darf man auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen nicht von der bloßen Losung der maximalen Entwicklung dieser Beziehungen ausgehen (diese Losung, die von der Opposition aufgestellt wird, würde bei konsequenter Anwendung die Aufhebung des Außenhandelsmonopols und die sowohl wirtschaftliche als auch militärische Kapitulation vor der internationalen Bourgeoisie bedeuten) und auch nicht von der Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen mit der kapitalistischen Welt (die Verwirklichung dieser Losung hätte eine wesentliche Verlangsamung des Tempos unserer wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und des Tempos des gesamten sozialistischen Aufbaus zur Folge). Man muß hier von maximal entwickelten Beziehungen ausgehen, sofern diese Verbindungen (Erweiterung des Außenhandels, des Auslandskredits, der Konzessionen, die Heranziehung technischer Kräfte aus dem Ausland usw.) die wirtschaftliche Macht der Sowjetunion vergrößern, sie unabhängiger von der kapitalistischen Welt machen und die sozialistische Basis für die weitere industrielle Entwicklung der Sowjetunion erweitern, - nur in diesen Grenzen kann man von maximal entwickelten Verbindungen sprechen.

Was die Wechselbeziehungen zwischen Produktion und Konsumtion betrifft, muß man beachten, daß man nicht gleichzeitig Höchstziffern sowohl der einen als auch der anderen anstreben kann (wie dies jetzt die Opposition fordert), denn das ist eine unlösbare Aufgabe, - daß man auch nicht entweder von dem einseitigen

Interesse der Akkumulation im gegebenen Zeitabschnitt ausgehen kann (wie dies von Trotzki gefordert wurde, der im Jahre 1923 die Parole einer strengen Konzentration und eines verstärkten Drucks auf die Arbeiter aufstellte) oder von dem einseitigen Interesse des Konsums. In Anbetracht dessen, daß zwischen diesen Momenten sowohl ein relativer Widerspruch besteht als auch eine Wechselwirkung und ein Zusammenhang, wobei vom Standpunkt der Entwicklung auf lange Sicht diese Interessen im allgemeinen übereinstimmen, ist es notwendig, von der größtmöglichen Koordination dieser beiden Momente auszugehen.

Das gleiche muß auch im Hinblick auf Stadt und Land, die sozialistische Industrie und die bäuerliche Wirtschaft gesagt werden. Es ist falsch, von der Forderung einer möglichst starken Umleitung der Geldmittel aus der Sphäre der bäuerlichen Wirtschaft in die Sphäre der Industrie auszugehen, denn diese Forderung bedeutet nicht nur den politischen Bruch mit der Bauernschaft, sondern auch eine Untergrabung der Rohstoffbasis für die Industrie selbst, die Untergrabung ihres Binnenmarktes, die Untergrabung des Exports und eine Störung des Gleichgewichtes im gesamten System der Volkswirtschaft. Andererseits wäre es falsch, darauf zu verzichten, für den Aufbau der Industrie die Mittel des Dorfes in Anspruch zu nehmen; das würde gegenwärtig eine Verlangsamung des Entwicklungstempos und eine Störung des Gleichgewichtes zum Nachteil der Industrialisierung des Landes bedeuten.

Bei der Frage des Entwicklungstempos muß man gleichermaßen der äußerst großen Kompliziertheit dieser Aufgabe Rechnung tragen. Man darf hierbei nicht von einem maximalen Tempo der Akkumulation für das nächste Jahr oder für einige Jahre ausgehen, sondern von einem solchen Verhältnis, das auf lange Sicht das schnellste Entwicklungstempo gewährleistet. Von diesem Standpunkt aus muß man die von der Opposition aufgestellte Losung der Preiserhöhung entschieden und ein für allemal verurteilen: Diese Losung würde nicht nur zu einer bürokratischen Entartung und monopolistischen Fäulnis der Industrie führen, nicht nur einen Schlag gegen die Konsumenten, in erster Linie gegen die Arbeiterklasse und die Armen in Stadt und Land bedeuten, nicht nur dem Kulaken die höch-

sten Trümpfe in die Hand geben - sie würde auch nach einiger Zeit ein starkes Absinken des Entwicklungstempos zur Folge haben, da sie den inneren Markt einengen, die landwirtschaftliche Basis der Industrie untergraben und den technischen Fortschritt in der Industrie aufhalten würde.

Was das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie betrifft, so muß man ebenfalls von der optimalen Verknüpfung beider Momente ausgehen. Wenn wir es auch für richtig erachten, das Schwergewicht auf die Produktion von Produktionsmitteln zu legen, so darf man dabei doch die Gefahr nicht übersehen, daß allzu umfangreiche staatliche Mittel in den Großbauten festgelegt werden können, die sich erst nach einigen Jahren auf dem Markt realisieren; andererseits muß man in Betracht ziehen, daß der schnellere Umschlag in der Leichtindustrie (Bedarfsgüterherstellung) es ermöglicht, die hierfür investierten Mittel auch für den Aufbau der Schwerindustrie zu verwenden, vorausgesetzt, daß sich die Leichtindustrie entwickelt.

Nur wenn man alle genannten Faktoren berücksichtigt und sie durch die Planung koordiniert, kann man die Wirtschaft auf dem Wege einer mehr oder weniger planmäßigen, mehr oder weniger krisenfreien Entwicklung führen.

5. Vom Standpunkt des Klassenkampfes und der Verteilung der Klassenkräfte ist die Periode, in die wir jetzt eintreten, durch ein Aufblühen der Klassenmacht des Proletariats, durch die Festigung seines Bündnisses mit der Masse der Klein- und Mittelbauern gekennzeichnet, während gleichzeitig die privatkapitalistischen Elemente in Stadt und Land relativ zurückgehen bei möglicherweise noch absoluter Zunahme.

Die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages dienen in der gegenwärtigen Periode als Grundlage für die richtige Politik gegenüber dem Dorf, und sie waren es, die die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft gewährleisteten. Das Proletariat verfügt, nachdem es die mittelbauernfeindliche Abweichung in den Reihen seiner Partei überwunden hat, auf der Grundlage der erzielten Festigung

des Blocks der Arbeiter und Bauern gemeinsam mit der ganzen Masse der Klein- und Mittelbauern jetzt über die Möglichkeit, eine weitere, systematischere und konsequentere Einschränkung des Kulaken und des Privathändlers vorzunehmen. Das muß die grundlegende Klassenorientierung für den Fünfjahrplan der Volkswirtschaft sein.

Probleme des Fünfjahresplanes und die Wirtschaftspolitik der Partei

1. Die Hauptschwierigkeiten und Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik des Proletariats liegen in der Regelung der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land. Bei der Aufstellung des Fünfjahr-Wirtschaftsplans muß man von der Lösung jener Aufgaben ausgehen, die mit den hauptsächlichsten Disproportionen unserer Wirtschaft verbunden sind: mit der Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft, die längst noch nicht überwunden ist, obgleich sich die Industrie schneller entwickelt als die Landwirtschaft; mit der Disproportion zwischen den Preisen für Industriewaren und für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Preisschere); mit der Disproportion zwischen der Nachfrage nach Rohstoffen für die Industrie, die von der Landwirtschaft produziert werden (Baumwolle, Häute, Wolle usw.) und ihrem Angebot; schließlich mit der Disproportion zwischen der Anzahl der Arbeitskräfte auf dem Lande und der realen Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwendung (sogenannte "agrarische Überbevölkerung").

2. Diese Disproportionen können durch verschiedene Methoden beseitigt werden. So läßt sich z.B. das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei den Industriewaren durch eine Erhöhung der Industriepreise herstellen (die Methode der Opposition, die sie noch bis in die allerletzte Zeit propagierte); diese Methode muß jedoch aus den oben erwähnten Gründen von der Partei entschieden abgelehnt werden. Das Gleichgewicht ließe sich auch durch eine starke Senkung der landwirtschaftlichen Preise erzielen; diese Methode würde jedoch zu einer Verlangsamung des gesamten Entwicklungstempos führen, die Exportmöglichkeiten einschränken und die Rohstoffbasis der Industrie noch mehr untergraben. Das Gleichgewicht könnte durch eine wesentlich höhere Besteuerung der Bauernschaft hergestellt werden. Aber auch diese Methode ist, soweit

davon nicht die Kulaken, sondern die gesamte Masse der Bauern betroffen wird, aus den gleichen Gründen nicht annehmbar wie die Politik der hohen Preise für Industriewaren oder die Politik der übermäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Derartige Methoden zur Beseitigung der hauptsächlichlichen Disproportionen würden direkt oder in ihrem Endergebnis zur Herstellung des Gleichgewichtes führen, aber nicht bei einer schnell ansteigenden Entwicklungskurve der Produktivkräfte, sondern bei ihrer äußerst verlangsamten Bewegung. Andererseits würden diese Methoden, indem sie ein gewisses Gleichgewicht auf dem Markt herstellen, nicht nur keine Linderung oder gar Beseitigung der Übervölkerung des Dorfes und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit in den Städten bringen, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen und sich sehr ungünstig auf das gesamte politische Leben des Landes auswirken. Ebenso muß die allgemeine Orientierung auf eine "zeitweilige" forcierte Kreditgewährung an die Landwirtschaft und maximale Erweiterung des Getreideexports auf Kosten der Investitionen in die Industrie abgelehnt werden. Diese Politik, die auf dem Gebiet des Außenhandelsmonopols die größtmögliche Erweiterung der Außenhandelsoperationen zur Folge hätte, würde der Politik der Industrialisierung des Landes widersprechen, das Wachstum unserer Industrie aufhalten und die Sowjetunion dem äußeren kapitalistischen Feind gegenüber wirtschaftlich entwaffnen.

3. Der einzig richtige Weg zur Beseitigung der genannten Disproportionen ist der Weg der Selbstkostensenkung der Industrieproduktion, die auf einer energisch durchgeführten Rationalisierung der Industrie und ihrer Erweiterung beruht, also auf der Politik der Preissenkung für Industriewaren; der Weg der Entwicklung der arbeitsintensiven Kulturen auf dem Lande und der Industrialisierung der Landwirtschaft selbst (in erster Linie durch die Entwicklung der Industrie zur primären Bearbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse); der Weg der allseitigen Heranziehung der kleinen Ersparnisse (innere Anleihen, Sparkassen, Heranziehung der Genossenschaftsbeiträge, Bau von Genossenschaftsfabriken) und ihre Koordination mit dem Kreditsystem.

Nur dieser Kurs, der die Wirtschaft nicht den Weg des geringsten Widerstandes, sondern den Weg der Überwindung größter Schwierigkeiten führt, gewährleistet die Herstellung eines mehr oder weniger harmonischen Verhältnisses zwischen Stadt und Land, die systematische Behebung des Mangels an Industriewaren, das Aufsaugen der "überflüssigen" Arbeitskräfte, das auf dem ununterbrochenen Aufschwung der Produktivkräfte des Landes beruht, die Erhöhung des prozentualen Anteils des sozialistischen Wirtschaftssektors und einen ständig zunehmenden Wohlstand der breiten Massen des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft. Denn durch den stärkeren Anbau von arbeitsintensiven Kulturen auf dem Lande, durch die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wird zwangsläufig eine wachsende Zahl von Arbeitskräften aufgesogen werden, während die sich erweiternde Industrie, hauptsächlich auf der Grundlage eines verkürzten Arbeitstages und der Einführung von mehr Schichten, die Arbeitslosigkeit in den Städten schneller beseitigen wird. Die Politik der Rationalisierung und der niedrigen Preise führt, indem sie das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herstellt, unbedingt zu einem dauerhaft beschleunigten Entwicklungstempo. Diese Politik, die den Konsum der Massen erweitert und einen entsprechenden Druck auf den gesamten Produktionsapparat gewährleistet, wird die beste Garantie gegen jede Art von Fäulnis und monopolistischem Parasitismus sein.

4. Ausgehend von dem allgemeinen Kurs des Außenhandels (ein Maximum an Handelsbeziehungen unter der Bedingung, daß die eigene Produktionsbasis sich festigt und die Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt wächst), ist es notwendig, den Außenhandel unbedingt mit der Ausrichtung auf eine aktive Bilanz zu planen. Die aktive Handelsbilanz bildet neben der gesteigerten Goldgewinnung im Lande die wichtigste Quelle zur Schaffung einer Devisenreserve, die besonders notwendig ist angesichts der sich zuspitzenden Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR und auch angesichts der Möglichkeit einer Mißernte.

Im Zusammenhang mit den letztgenannten Umständen muß im Fünfjahrplan der Anhäufung von Reserven, überhaupt von Natural-, Waren- und Devisenreserven, viel Platz eingeräumt werden. Die

Schaffung dieser Reserven muß die unbedingt notwendige Sicherung sein, die die UdSSR vor großen Konjunkturschwankungen des Weltmarktes, den Möglichkeiten einer teilweisen oder allgemeinen wirtschaftlichen oder Kredit- und Finanzblockade, einer Mißernte im eigenen Lande sowie dem direkten bewaffneten Überfall auf die Union der proletarischen Republiken schützt.

5. Auf dem Gebiet der Industrie müssen folgende wichtigste Probleme hervorgehoben werden: Erstens das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumgütern, d.h. zwischen Schwer- und Leichtindustrie; zweitens das Verhältnis zwischen der Zahl der im Bau befindlichen neuen Industrie-einheiten und den Fristen ihrer endgültigen Fertigstellung (in Anbetracht der Gefahr, untragbar hohe Mittel in allzu umfangreichen Neubauten festzulegen, die sich lange Zeit nicht realisieren lassen); drittens das Verhältnis zwischen den Selbstkosten der Erzeugnisse und dem Arbeitslohn; schließlich das Verhältnis zwischen der Produktion für die Bedürfnisse des Binnenmarktes und des Exportes einerseits und der Sicherung der Landesverteidigung andererseits.

Entsprechend der Politik der Industrialisierung des Landes muß in erster Linie die Produktion von Produktionsmitteln gesteigert werden, damit die Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft gesichert, d.h. die von ihrer Seite kommende Nachfrage nach Industrieerzeugnissen im wesentlichen durch die einheimische Industrieproduktion der UdSSR befriedigt werden kann. Das schnellste Entwicklungstempo muß für jene Zweige der Schwerindustrie erreicht werden, die binnen kürzester Frist die wirtschaftliche Macht und die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR stärken, die im Falle einer Wirtschaftsblockade die Möglichkeit der Entwicklung garantieren, die die Abhängigkeit von der kapitalistischen Welt verringern und dazu beitragen, die Landwirtschaft auf der Grundlage einer höheren Technik und der Kollektivierung der Wirtschaft umzugestalten. Deshalb muß der schnellsten Verwirklichung des Elektrifizierungsplanes, der Entwicklung der Eisen- und Buntmetall-Hüttenindustrie, der weiteren Entfaltung der Kohlenförderung, der Erdöl- und Torfgewinnung, des allgemeinen Maschinen- und Landmaschinenbaus, der Elektroindustrie und der

chemischen Werke, insbesondere auf dem Gebiet der Erzeugung künstlicher Düngemittel, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Bedarfgüter erzeugende Industrie muß die Menge und Qualität ihrer Produktion auf einen Stand bringen, der die Gewähr bietet, daß sich die Verbrauchsnorm des einzelnen Werktätigen beträchtlich erhöht. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Entwicklung der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie zu lenken, die die Entwicklung der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion sichert und in besonderem Maße zur stärkeren Industrialisierung der Landwirtschaft und zur Beseitigung der Übervölkerung des Dorfes beiträgt. An neuen Produktionszweigen müssen entwickelt oder neu aufgebaut werden: die Produktion von Ausrüstungen für das Hüttenwesen, für die Brennstoff- und Textilindustrie, der Kraftwagen-, Flugzeug- und Traktorenbau, die Produktion von Kunstfaser, die Gewinnung seltener Elemente, die Produktion von Aluminium, Manganeisen, Zink, Stickstoffverbindungen, Kali, die Produktion von Ausrüstungen für die Filmindustrie und Funkanlagen, die Gewinnung von Radium usw.

Die Verkaufspreise für Industrieerzeugnisse müssen systematisch gesenkt werden, weil dadurch eine konsequente Verengung der Preisschere erreicht wird, d.h. die Disproportion zwischen den Preisen für Industriewaren einerseits und denen für landwirtschaftliche Erzeugnisse andererseits sowie die Disproportion zwischen unserem Preisniveau und den Weltmarktpreisen beseitigt wird.

Diese Aufgaben lassen sich nur verwirklichen, wenn die Selbstkosten energisch gesenkt werden. Deshalb ist die Selbstkostensenkung das zentrale Problem der Industrie, und seiner Lösung müssen alle übrigen Aufgaben untergeordnet werden. Die Hauptmethode für seine erfolgreiche Lösung muß die sozialistische Rationalisierung der Produktion sein. Die Einführung der neuen Technik, die Verbesserung der Arbeitsorganisation, die Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte und Verdichtung des Arbeitstages bei seiner gleichzeitigen Verkürzung - das sind die wichtigsten Bestandteile des Rationalisierungsprozesses. Energische Maßnahmen auf diesem Gebiet werden eine Lohnerhöhung und weitere Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse ermöglichen. Gleichzeitig müssen dadurch die Ausgaben für den Arbeitslohn pro Fertigungseinheit ge-

senkt, ihre Selbstkosten verringert, die Arbeitsproduktivität gesteigert und eine feste Grundlage für die Politik der Preissenkung geschaffen werden.

Die verstärkte Akkumulation innerhalb der Industrie neben einer Neuverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Industrie bietet die Möglichkeit, Investitionen in der Industrie in einem Ausmaß vorzunehmen, das das erforderliche Wachstum der Produktion und ihre Rationalisierung gewährleistet, die äußerste Sparsamkeit in der Verausgabung der Mittel, die wesentliche Verbilligung der Baukosten und die strikte Durchführung des Planes voraussetzt. Der Investitionsplan muß dabei von einem Plan für die zweckmäßigste Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes unter Berücksichtigung territorialer Besonderheiten ausgehen. Ebenso muß er von der größtmöglichen Effektivität der Kapitalaufwendungen ausgehen sowohl in bezug auf die Fristen der Fertigstellung der Bauten als auch auf den Produktionseffekt der zu errichtenden Betriebe. Deshalb müssen in jedem Jahr maximale Investitionen für den Bau einer relativ beschränkten Zahl neuer Werke und für die Rekonstruktion ausgewählter bestehender Betriebe vorgesehen werden. Bei der Durchführung der Neubauten ist ein energischer Kampf für die Einführung neuer Arbeitsmethoden und die Anwendung der neuesten technischen Errungenschaften erforderlich. Insbesondere muß der unmäßig hohe Kostenindex der Baumaterialien und der Bauausführung überhaupt beseitigt werden.

Außerordentlich große Beachtung ist bei der Aufstellung des Planes dem Bau von Arbeiterwohnungen zu widmen. Angesichts der ungeheuer großen Wohnungsnot muß der Bau von Arbeiterwohnungen so erweitert werden, daß er der Arbeiterbevölkerung für die nächsten fünf Jahre eine Vergrößerung der Wohnfläche gewährleistet.

Bei der Aufstellung des Fünfjahrplans muß auch die Entwicklung der kleinen örtlichen Industrie, d.h. der Heimindustrie und des Handwerks berücksichtigt werden, die gegenwärtig eine durchaus notwendige Ergänzung der staatlichen Großindustrie bildet und zur Beseitigung des Warendefizits sowie zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Man muß darauf bedacht sein, diese Gewerbe unter den Einfluß der staatlichen und genossenschaftlichen

Organe zu bringen, die Vergenossenschaftung, Vereinigung und Rationalisierung der Produktion der kleinen gewerblichen Produzenten durchzuführen und sie dem Einfluß der privaten Aufkäufer, Verteiler und Wucherer zu entziehen.

6. Auf dem Gebiet des Transportwesens muß man sich die Aufgabe stellen, das Verkehrsnetz und seine Arbeit so zu erweitern, daß es die Bedürfnisse der wachsenden Produktion und des Warenverkehrs befriedigen kann, dem volkswirtschaftlichen Leben des Landes neue Gebiete hinzufügt, dabei neue gewaltige Quellen für die Entwicklung der Produktivkräfte erschließt und den Bedürfnissen der Verteidigung gerecht wird. In Anbetracht dessen, daß das Verkehrswesen beim Übergang von der Wiederherstellung zur unterschiedenen Umgestaltung und Rationalisierung zurückgeblieben ist, muß man der grundlegenden Rekonstruktion der Verkehrswirtschaft und der Rationalisierung ihrer Arbeit nach dem Muster der technisch fortgeschrittensten Länder größte Aufmerksamkeit widmen. Zur Finanzierung der Investitionen in die Verkehrswirtschaft müssen Mittel des Staatshaushaltes und besonders und hauptsächlich größere Mittel aus der eigenen Akkumulation, die durch Selbstkostensenkung bei der Frachtenbeförderung und Verringerung der unproduktiven Ausgaben erreicht werden, dienen.

Besondere Beachtung ist der Entwicklung des örtlichen Verkehrswesens zu schenken, sowohl dem erweiterten Straßenbau als auch der Mechanisierung der Transportmittel, in erster Linie in den Rayons mit entwickelter Warenwirtschaft. Die örtlichen Organe der Sowjetmacht müssen sich besonders bemühen, dieses Problem zu lösen, indem sie die Kräfte und Mittel sowohl der ortsansässigen Bevölkerung als auch der örtlichen Sowjets dazu heranziehen, da die ungenügende Entwicklung des lokalen Verkehrswesens einer der wichtigsten Gründe für die technische und kulturelle Rückständigkeit des Dorfes ist.

7. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft muß man bei Aufstellung des Planes von der unbedingten Notwendigkeit eines allgemeinen Aufschwungs der Landwirtschaft ausgehen (in erster Linie Steigerung der Ernteerträge und Vergrößerung der Anbauflächen) wie

auch von der richtigen Verbindung der Grundelemente der Wirtschaft - sowohl der territorialen als auch der der verschiedenen Wirtschaftszweige (Getreidekulturen, gewerbliche Nutzpflanzen und Viehzucht). Diese Zweige der Landwirtschaft müssen sich so schnell entwickeln, daß 1. die Erweiterung des Konsums der breiten Massen gewährleistet ist, 2. eine solche Steigerung des Exports erreicht wird, wie sie im Fünfjahrplan den Erfordernissen des Imports und der Anhäufung von Devisenreserven entspricht und 3. der Bedarf der Industrie stärker durch eigene Rohstoffe gedeckt wird.

In der Politik der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß der Fünfjahrplan von der Notwendigkeit ausgehen, zwischen der Entwicklung der einzelnen Zweige der Landwirtschaft ein stabiles Verhältnis herzustellen, das auch dem in den Plänen festgelegten Bedarf der Produktion, des persönlichen Verbrauchs und des Exports entspricht. Die Aufteilung der Ressourcen auf die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft wird außer durch die bereits erwähnten Momente auch noch von der Notwendigkeit bestimmt, die Disproportionen zwischen der Zahl der Arbeitskräfte und ihrer realen Verwendung zu beseitigen. Daraus folgt die Notwendigkeit einer forcierten Entwicklung der arbeitsintensiven Kulturen und der schnellen Industrialisierung der Landwirtschaft hauptsächlich durch die primäre Bearbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Daraus ergibt sich auch, daß es unzulässig ist, die technischen Probleme der Landwirtschaft in Bausch und Bogen zu lösen, sondern daß man zwischen Getreideanbaugebieten (Traktor, Maschinen, Sortensaatgut usw.), den Rayons mit arbeitsintensiven gewerblichen Nutzpflanzen (Melioration, Drainage, Bewässerung, Düngung usw.) und schließlich den Viehzuchttrayons (Verbesserung der Rassen und Organisation des Absatzes) unterscheiden muß. Der Plan muß insbesondere eine solche Erweiterung der Anbauflächen für Weizen und Gerste, eine solche Steigerung ihrer Erträge und des Warenanteils bei diesen Erzeugnissen vorsehen, daß die wachsenden Bedürfnisse innerhalb des Landes befriedigt werden und der erforderliche Umfang des Exports gesichert wird. Der Plan muß Investitionen in die Landwirtschaft vorsehen, die sowohl durch

die Bauernschaft selbst als auch aus Mitteln des Staatshaushaltes vorgenommen werden und dazu dienen, die Landwirtschaft zu mechanisieren sowie die wichtigsten Bewässerungs- und Meliorationsarbeiten überhaupt durchzuführen, wobei den Arbeiten zur Verhütung eventueller Mißernten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Im Fünfjahrplan muß eine forcierte Arbeit zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen vorgesehen werden, die die elementare Voraussetzung bildet sowohl für den allgemeinen Übergang der gesamten Landwirtschaft zu einer höheren Stufe der Agrikultur als auch für die Einführung kollektiver Formen des Wirtschaftens und für die Wahrung der Interessen der Dorfarmut und der Mittelbauern im Kampf gegen die Kulaken. Auch die Umsiedlungsarbeiten müssen verstärkt werden, denn sie fördern den Aufschwung der Produktivkräfte der Landwirtschaft, verbessern die Lage der besitzlosen und wirtschaftlich schwachen Gruppen der Bauernschaft und werden daher zur Verminderung der Übervölkerung des Dorfes beitragen.

Der Plan muß von der grundlegenden Klassenorientierung der Partei ausgehen, nämlich von der Politik, gestützt auf die Dorfarmut, das feste Bündnis mit den Mittelbauern und die Offensive gegen den Kulaken zu verwirklichen. Der Plan muß deshalb von der Unterstützung der Genossenschaften ausgehen (wobei der Vorschlag der Opposition, den Genossenschaften Kapital zu entziehen, entschieden abgelehnt wird, weil das einen Schlag gegen den gesamten Genossenschaftsplan Lenins bedeuten würde); der Plan muß von der richtigen innergenossenschaftlichen Politik ausgehen (Kreditgewährung an die wirtschaftlich Schwachen, Kampf gegen die Kulaken-Tendenzen, eine entsprechende Politik in den Maschinengenossenschaften usw.); er muß ferner davon ausgehen, daß es neben der allseitigen Entwicklung der Absatzgenossenschaften gegenwärtig erforderlich ist, auch allen lebensfähigen Formen der Produktionsgenossenschaften (Kommunen, Kollektivwirtschaften, Artels, Produktionsgenossenschaften, Genossenschaftsfabriken usw.) wie auch den Sowjetwirtschaften, die auf eine höhere Stufe gehoben werden müssen, starke Unterstützung zuteil werden

zu lassen.

8. Eine überaus wichtige Aufgabe des sozialistischen Aufbaus im Hinblick auf die Organisation des Austausches ist die Überwindung der Marktanarchie und der Verschwendungssucht in der Verausgabung materieller Mittel, wie sie der kapitalistischen Art der Verteilung eigen ist. Dazu ist es notwendig, den vergesellschafteten Sektor des Warenumsatzes weiterzuentwickeln und zu rationalisieren.

Der vergesellschaftete Sektor der Zirkulation, der durch Verdrängung des Privatkapitals erweitert wird und der durch Rationalisierung des Handelsnetzes und größtmögliche Einschränkung der unproduktiven Ausgaben auf dem Gebiet des Austausches die Planungsgrundlage für den Warenumsatz schafft, verankert alle die gewaltigen ökonomischen Vorzüge des neuen sozialen Verteilungssystems und verwandelt sich im weiteren, entsprechend den Erfolgen beim sozialistischen Aufbau, in den Apparat zur sozialistischen Verteilung der Produkte.

Die weitere Verdrängung des privaten Händlers vom Markt durch die Genossenschaften und den staatlichen Handel muß in dem Maße vor sich gehen, wie sich die organisatorischen und materiellen Möglichkeiten der beiden letzteren vergrößern, damit diese Verdrängung kein Loch in das Verteilungsnetz reißt und keine Stockung in der Versorgung des Marktes nach sich zieht.

Die Stärkung und das Wachstum der Genossenschaften und des staatlichen Handels, die im stärksten Maße dem Einfluß der planenden Leitung unterliegen, müssen ihrerseits den Kampf für die Senkung der Preise, des Haushaltsindex' und die Beseitigung der Preisschere zwischen den Einzelhandels- und Großhandelspreisen erleichtern.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Genossenschaftsbewegung gewidmet werden. Ihre Aufgabe ist es, immer breitere Kreise der Bevölkerung zu erfassen. Die Genossenschaft muß in den billigsten und rationellsten Apparat der Warenbewegung vom Produzenten zum Konsumenten verwandelt werden. Durch die organisierte Heftanziehung der Massen zur wirtschaftlichen Tätigkeit muß sie zur Ermittlung

des Bedarfs der Bevölkerung und zur planmäßigen Deckung dieses Bedarfs beitragen, indem sie der Industrie über das Auftragsystem rechtzeitig Warenanforderungen zuleitet.

Die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes macht eine derartige Verteilung der Mittel erforderlich, bei der ein möglichst großer Teil derselben in der Produktion angelegt und ein möglichst kleiner Teil vom Verteilungsnetz verbraucht wird.

Die Beschleunigung des Umsatzes im Handel und daneben die Senkung der Unkosten und die Intensivierung der Arbeit jeder Handelseinheit, die Vereinfachung, Verkürzung und das Geraderichten der Verteilungswege sind die Hauptmethoden, um diese Aufgabe zu lösen.

Die Vorzüge der planenden Leitung gestattet es der sowjetischen Wirtschaft, mit einer bedeutend niedrigeren Norm an Warenvorräten auszukommen als die kapitalistische Wirtschaft, was vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft eine bedeutende Einsparung ergibt. Der Plan muß jedoch die Bildung solcher Warenvorräte vorsehen, die sowohl für die reibungslose Versorgung des Marktes als auch zum Ausgleich saisonbedingter Schwankungen der Marktkonjunktur ausreichen.

Schließlich muß der Plan ausreichende Zuweisungen für die Erweiterung und Schaffung einer neuen, höheren technischen Basis des Verteilungsapparates vorsehen (Neubau von Speichern, Elevatoren, Kühlhäuser usw.).

9. Was den Geldumlauf und das Kreditwesen betrifft, so muß der Plan von der Notwendigkeit ausgehen, daß die Kaufkraft des Tscherwonez systematisch erhöht wird. Die Emission von Papiergeld muß sich in den Grenzen halten, die durch den zunehmenden Warenumsatz bedingt sind.

Gleichzeitig ist es erforderlich, bei ständiger Erweiterung des Etats bedeutende Haushaltsreserven anzulegen, die ein genügend freies Manövrieren sowohl innerhalb des Landes als auch auf dem Außenhandelsmarkt gestatten.

Das Kreditsystem verwandelt sich in immer stärkerem Maße in

ein Mittel zur Festigung des sozialistischen Wirtschaftssektors und insbesondere zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern.

Im Plan sind Maßnahmen vorzusehen, um die kleinen Ersparnisse in die Sphäre des staatlichen Kredits einzubeziehen. Eine solche Einbeziehung, die einerseits zusätzliche Hilfsquellen für die Industrialisierung erschließt, muß andererseits im bevorstehenden Planjahr fünf zur Herstellung des Gleichgewichts auf dem Markt zwischen der zahlungsfähigen Nachfrage nach Industriewaren und ihrem Angebot beitragen.

10. Der Fünfjahrplan muß besonders die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen Rayons im Auge haben, die früher durch die Politik des Zarismus in ihrer Entwicklung gehemmt wurden, um entsprechend ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten einen wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Rayons herbeizuführen, und zwar auf der Grundlage, daß man ihre eigenen Nöte und Bedürfnisse in Zusammenhang mit den Nöten und Bedürfnissen der ganzen Sowjetunion behandelt.

11. Die richtige Lösung der zentralen Probleme des Fünfjahrplans ermöglicht es, das Volkseinkommen so zu erhöhen und zu verteilen, daß die Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse sowie der Klein- und Mittelbauern gesichert ist, während das schnellstmögliche Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft beibehalten wird.

Das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse und die steigende Arbeitsproduktivität führen im Zusammenhang mit der grundlegenden Rekonstruktion der Industrie, die den Produktionsprozeß pro Arbeiter wesentlich erhöht, unter den Bedingungen des proletarischen Staates zur weiteren Verkürzung des Arbeitstages und zur Erhöhung des Arbeitslohnes, die besonders stark in der Erhöhung des Reallohnes zum Ausdruck kommt. Der allgemeine Aufschwung der Volkswirtschaft ermöglicht eine weitere Erhöhung der Ausgaben für andere materielle und kulturelle Bedürfnisse der Arbeitermassen, in erster Linie für den Wohnungsbau, den Bau von Schulen, Techniken und Klubbhäusern; er ermöglicht die Einrichtung von Kantinen, Kinderkrippen, Kinderheimen usw. usf.

Dies alles schafft, während gleichzeitig das Netz der Lehranstalten für die technische Berufsausbildung entwickelt und das gesamte Volksbildungswesen den Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus angepaßt wird, die Voraussetzungen für die schnelle Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeitermassen, für ihre immer aktivere Beteiligung am Aufbau des Sozialismus und damit für die Festigung der wichtigsten Grundlagen der proletarischen Diktatur.

Die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem Wege der Mechanisierung und Intensivierung, ihre Umstellung auf höhere technische und soziale Formen der Wirtschaftsführung, die Vergenossenschaftung der bäuerlichen Bevölkerung, die Gewährung staatlicher Unterstützung und Kredite ausschließlich an die Wirtschaften der Klein- und Mittelbauern und die richtige Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte und Industriewaren - all dies erhöht die Einkünfte der Bauernwirtschaft und sichert die ständige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Kleinst- und Mittelbauernschaft bei entschiedener Einschränkung der ausbeuterischen Tendenzen des Kulaken. All das schafft die Grundlage für einen allgemeinen kulturellen Aufschwung auf dem Lande, die Entwicklung der Aufklärungs- und Kulturarbeit, die Verbreitung agronomischer und technischer Kenntnisse unter den Massen der Landbevölkerung. Die Annäherung zwischen dem Lebensstandard der Stadt und dem des Dorfes ebnet die Wege zur Beseitigung der vom Kapitalismus geschaffenen Kluft zwischen beiden und festigt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, indem sie letztere auf den Weg der sozialistischen Entwicklung führt und für die aktive Teilnahme am allgemeinen sozialistischen Aufbau gewinnt.

12. Der Fünfjahrplan muß in Verbindung mit den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus der Notwendigkeit Rechnung tragen, das kulturelle Niveau der Bevölkerung in Stadt und Land beträchtlich zu heben, die nationalen Kulturen der Völker der UdSSR zu entwickeln und muß den Plan des kulturellen Aufbaus mit der Industrialisierung des Landes koordinieren, da er ein integrierender Teil des Gesamtplanes des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR ist.

13. Der Parteitag konstatiert, daß bei der Aufstellung der Planaufgaben ein bedeutender Schritt vorwärts getan wurde und hält angesichts der zunehmenden Kompliziertheit der Planung und ihrer wachsenden praktischen Bedeutung die Stärkung der Plandisziplin, die Festigung der Planungsorgane und eine besser planende Leitung für notwendig. Um das volkswirtschaftliche Leben des Landes möglichst vollständig durch die planende Leitung zu erfassen, erachtet es der Parteitag für erforderlich, im Laufe des bevorstehenden Planjahrfünfts die Einteilung des ganzen Landes in Rayons abzuschließen.

Sozialistische Rationalisierung, Bedeutung und Rolle der Massenorganisationen

Zur Lösung der obengenannten Aufgaben hält der XV. Parteitag der KPdSU(B) die Durchführung einer Reihe von Direktiven für erforderlich, die allein die Verwirklichung eines entsprechenden Planes der Volkswirtschaft gewährleisten können.

1) Im Mittelpunkt des Ganzen muß eine äußerst energische, äußerst angespannte Arbeit auf dem Gebiete der Rationalisierung stehen: Rationalisierung der Industrie in erster Linie, Rationalisierung des Handelsapparates, Rationalisierung des Staatsapparates usw.

Diese Rationalisierung kann nicht durchgeführt werden, ohne daß Wissenschaft und wissenschaftliche Technik die Entwicklung stärker als bisher beeinflussen. Die vordringlichste Aufgabe, die jetzt auf die Tagesordnung gesetzt werden muß, besteht darin, das Netz der wissenschaftlichen Forschungsinstitute der Industrie sowie der Werklaboratorien im großen Maßstab zu entwickeln, die akademische wissenschaftliche Arbeit entschlossen in engere Verbindung mit der Tätigkeit der Industrie und Landwirtschaft zu bringen, die westeuropäischen und amerikanischen wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfahrungen weitestgehend auszunutzen und alle neuesten Entdeckungen und Erfindungen, neue Industrien, neue Rohstoffe, neue Metalle usw. ebenso wie neue Organisationsformen sorgfältig zu studieren. Im Zusammenhang hier-

mit ist es notwendig, alle Kräfte aufzubieten, um die technische und agronomische Ausbildung zu verbessern und binnen kürzester Zeit solche Kader von Facharbeitern und Wissenschaftlern heranzubilden, die auf der Höhe der heutigen Weltwissenschaft und -technik stehen und sich aktiv am sozialistischen Aufbau beteiligen.

2) Die wesentlichste und entscheidende Voraussetzung für diese Arbeit zur Rationalisierung der gesamten Volkswirtschaft ist die Heranziehung breiter Arbeiter- und Bauernmassen. Alle Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und anderen Organisationen müssen es sich zur Aufgabe machen, intensive Propagandaarbeit zu leisten und darüber aufzuklären, daß der endgültige Sieg der Werktätigen nur möglich ist durch den entschlossensten Kampf gegen unproduktive Ausgaben, gegen Nachlässigkeit und Schlamperei bei der Arbeit, gegen unpfleghche und sorglose Behandlung der Produktionsmittel, gegen verantwortungslose Einstellung zur eigenen Arbeit und gegen rückständige technische Formen der Wirtschaft (veraltete Technik in der Industrie, Dreifelderwirtschaft, Hackenpflug usw. in der Landwirtschaft). Es muß ein ganz entschiedener Kampf geführt werden gegen den Bürokratismus im Staats- und Wirtschaftsapparat, gegen Rückständigkeit, routinemäßiges Arbeiten und Tendenzen der Nachtrabpolitik sowohl unter den Massen als auch in den Organisationen und bei den führenden Kadern derselben - seien es Organe des Staatsapparates, der Gewerkschaften, Genossenschaften oder selbst Parteiorgane. Ein energischer Kampf ist zu führen für die entschiedene Umgestaltung der Lebensweise, für ein kulturelles Leben und gegen die Trunksucht, für eine beharrliche Liquidierung des Analphabetentums, für eine bewußte Einstellung der Arbeiter- und Bauernmassen zur Arbeit und für eine gute Arbeitsdisziplin.

3) Eine besonders wichtige Aufgabe haben dabei die Gewerkschaftsorganisationen des Proletariats, von ihren untersten bis zu ihren höchsten Einheiten. Die Gewerkschaften müssen alle Entstellungen der Rationalisierung schonungslos bekämpfen, darüber wachen, daß die täglichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigt werden, jeglichem Amtsschimmel und Bürokratismus, wo immer

sie sich zeigen, ganz energisch den Garaus machen, jeden Versuch, die große schöpferische Initiative der Massen zu hemmen, kühn vereiteln, die proletarischen Massen auf breitester Basis in die Front der großen Aufbauarbeit einreihen und diese Initiative mit allen Mitteln entwickeln. Dadurch müssen die Gewerkschaften in noch stärkerem Maße zum wichtigsten Hebel der Umgestaltung unserer Industrie werden. Auf der Grundlage unserer auf die Verkürzung des Arbeitstages und die Erhöhung der Löhne (entsprechend den Hilfsquellen des Landes und dem Aufschwung der Industrie) gerichteten Politik müssen die Gewerkschaften (durch die Betriebsgewerkschaftskomitees, Produktionsberatungen und Konferenzen, Kontrollkommissionen usw.) die Arbeitserziehung der Proletariatsmassen, die Organisation der Arbeit in den Werken und Fabriken, die Verbesserung der innerbetrieblichen Ordnung und die Rationalisierung der Technik in den Betrieben in jeder Weise fördern. Die Gewerkschaften müssen den zurückgebliebenen Schichten des Proletariats helfen, klar zu begreifen, daß gerade das Proletariat als Klasse der Herr der Industrie ist, daß sich ihm gewaltige Perspektiven eröffnen, wenn es beharrlich und unbeirrt auf dem Wege der Industrialisierung des Landes, der Rationalisierung seiner Wirtschaft und des Aufbaus des Sozialismus voranschreitet.

4) Die breiten Massen der Bauernschaft, der Klein- und Mittelbauern müssen in erster Linie über die Genossenschaften immer stärker für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes mobilisiert werden. Die Initiative der Massen der Klein- und Mittelbauern bei der Schaffung verschiedener Formen der kollektiven Wirtschaft und von Kulturzentren, bei der Organisation agronomischer Hilfe und bei der Unterstützung von Maßnahmen zur rationellen Bodennutzung, bei der Rationalisierung des Genossenschaftsapparates, bei der von den genossenschaftlich organisierten Massen durchgeführten Kontrolle über die Genossenschaftsorgane, über die Preise usw. muß energischer unterstützt werden. Energischer und kühner muß auch die Masseninitiative bei der Mechanisierung der Landwirtschaft, ihrer Intensivierung, bei der Einführung neuer arbeitsintensiver Kulturen, beim Bau von Genossenschaftsfabriken usw. geweckt und unterstützt werden.

5) Der Parteitag macht auf die gewaltige Rolle des Komsomol und auf die vor ihm stehenden Aufgaben aufmerksam. Der Komsomol muß der Initiator und Wegweiser bei der Verwirklichung des Neuen in Stadt und Land, bei der Rationalisierung der Wirtschaft, der Arbeit und der Lebensweise sein. Der Komsomol soll einer der wichtigsten Helfer der Partei im Kampf gegen technisch-wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit sein. Der Komsomol muß der wichtigste Faktor sein, durch den die breitesten Massen der proletarischen, klein- und mittelbäuerlichen Jugend im Geiste des Aufbaus des Sozialismus und seiner Verteidigung gegen alle Feinde außerhalb und innerhalb des Landes umerzogen werden.

6) Ebenso lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei darauf, wie außerordentlich wichtig es ist, die breiten Schichten des weiblichen Proletariats und der fortschrittlichen Massen der Bäuerinnen noch stärker zum Aufbau des Sozialismus und zur Rationalisierung der Wirtschaft heranzuziehen. Dazu sind in größerem Umfang als bisher Maßnahmen durchzuführen, die dazu beitragen, sowohl die Qualifikation der Arbeiterinnen zu heben als auch die Arbeit zu ihrer Befreiung von den Alltagsorgen zu verstärken. Nur in dem Maße, wie diese Aufgabe gelöst wird, wird sich auch der gesamte Arbeits- und Lebensstil der breiten Massen unseres Landes auf sozialistischer Grundlage umgestalten.

7) Angesichts der grandiosen Aufgaben, die in der kommenden fünfjährigen Periode auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus vor dem Land stehen, hebt der Parteitag hervor, daß die Parteimitglieder, ganz gleich, auf welchem Posten sie stehen, von der Werkbank angefangen bis zu den höchsten das Land leitenden Organen, allen durch ihren Arbeitsheroismus, ihre Arbeitsdisziplin und ihre angespannte, exakte und rationell organisierte Arbeit ein Vorbild sein müssen.

+ + +

Der Parteitag bestätigt die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik des ZK in der verflissenen Periode und ist der Auffassung, daß die Verwirklichung des Fünfjahrplans, die den Wohlstand der Massen bedeutend heben und die Positionen des Sozialismus festigen

muß, vor allen Dingen von der Einmütigkeit, Geschlossenheit und schöpferischen Energie der Partei selbst abhängt. Von diesem Standpunkt verurteilt der Parteitag kategorisch die Tätigkeit der oppositionellen Fraktion Trotzki's, die die große Aufbauarbeit desorganisiert, den Fortgang dieser Arbeit stört und versucht, auch den ganzen Sowjetapparat zu desorganisieren.

Der Parteitag verurteilt kategorisch die wirtschaftliche Linie der Opposition. Im Gegensatz zur Leninschen Versicherung, daß bei einer richtigen Politik der Partei der volle Sieg des Sozialismus in unserem Lande möglich ist, wenn keine Überfälle von außen dazwischenkommen, geht die Opposition davon aus, daß ein Sieg des Sozialismus unmöglich ist. Deshalb empfiehlt sie der Partei anstelle einer zuversichtlichen, gut durchdachten Politik entweder die größten prinzipienlosen Schwankungen oder eine Politik, die nichts mit dem Leninismus gemein hat. Auf dem Gebiet der Rationalisierung der Wirtschaft schwankte die trotzkistische Opposition, die den Gegnern ihrer Politik "agitatorisches Herangehen" vorwarf, von der Losung der "strengen Konzentration" und des Drucks auf die Arbeiter (Stillegung solcher Giganten der proletarischen Industrie wie des Putilow Werkes, des Werkes in Brjansk usw.) bis zur faktischen Ablehnung der Rationalisierung. Die überaus wichtige These Lenins, die der gesamten wirtschaftlichen Orientierung zugrunde liegt, nämlich die These, daß die proletarische Industrie dem Bauern billigere Waren geben muß, als ihm das kapitalistische System gab, wurde von der Opposition offen mißachtet. Im völligen Gegensatz zu Lenin stellte sie die These auf, daß man den Bauern noch mehr abnehmen muß, als ihnen unter dem alten System abgenommen wurde, daß man eine Politik der Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Preise betreiben müsse usw. Nur unter dem Druck der schärfsten Kritik sah sich die Opposition genötigt, sich von dieser Politik loszusagen, die eine Politik des Bruches mit der Bauernschaft, der Ausplünderung der Konsumenten, d.h. der Arbeiter, eine Politik der Unterstützung des Kulaken im Dorfe, eine Politik des monopolistischen Parasitismus und der bürokratischen Entartung des industriellen Wirtschaftsapparates ist. Im völligen und grundsätzlichen Widerspruch zu dem gesam-

ten Genossenschaftsplan Lenins, der auf der Finanzierung der Genossenschaften bestand, stellte die Opposition die These auf, man müsse das genossenschaftliche Kapital aus der Sphäre des Handels herausziehen, und gedachte dadurch die Lage der Industrie zu erleichtern. Diese bürokratisch-administrative Politik würde jedoch die Sache des realen und lebendigen Bündnisses mit der Bauernschaft dem Privatkapital ausliefern, einen Schlag gegen die Entwicklung der wirtschaftlichen Initiative der Bauern bedeuten, ihnen den Weg zum Sozialismus versperren und das Privatkapital als Beherrscher des Zirkulationsprozesses zwischen die staatliche Industrie und die Bauernschaft stellen. Im völligen Widerspruch zu Lenin, der ausdrücklich vor dem Standpunkt der "Überindustrialisierung" warnte, auf die Notwendigkeit hinwies, mit der ganzen Hauptmasse der Bauernschaft voranzuschreiten, und die oberflächlichen Phrasen von der "bäuerlichen Beschränktheit" hinwegfegte, schlägt die trotzkistische Opposition vor, sich isoliert von dieser Masse zu bewegen, macht sich damit vollständig die von Lenin verspottete These von der "Beschränktheit" zu eigen und verurteilt die Politik der Partei unvermeidlich zum Scheitern. Die Opposition leitet daraus die These von der "Entartung", dem "Thermidor" und sonstigen Thesen ab, die aus dem Ustrjalow-menschewistischen Arsenal entlehnt sind; sie versucht die Arbeiterklasse ideologisch zu demobilisieren und geht von der bolschewistischen Bahn des mit größter Energie betriebenen Aufbaus des Sozialismus auf die menschewistische einer "kritischen" Einstellung zum eigentlichen Klassencharakter dieses Aufbaus über. Indem sie sich ablehnend oder bestenfalls "neutral" zur Rationalisierung der Industrie verhält, versucht die Opposition, sich in ihren demagogisch-agitatorischen Forderungen auf die Vorurteile und den Hang zur Nachträbpolitik bei den rückständigsten Schichten des Proletariats mit ihrer halb-bäuerlichen Verbraucherpsychologie zu stützen. Aus dieser Einstellung der Opposition zur Rationalisierung und daraus, daß sie nicht an den Erfolg dieser Sache glaubt, ergibt sich ihre negative Einstellung zum Siebensturentag, dessen erfolgreiche Verwirklichung von der einmütigen und energischen Durchführung der Rationalisierung abhängt. Das objektive Ergebnis dieser Politik wäre eine

bürokratische Stagnation unserer Industrie, die Verwandlung des Proletariats aus dem Verbündeten und Führer der Bauernschaft in einen Konsumenten, der sich nicht die Umgestaltung der bäuerlichen Wirtschaft zum Ziele setzt. Eine solche Politik würde unvermeidlich zum Zusammenbruch der proletarischen Diktatur führen. Andererseits predigt die Opposition, die sich mit dem Banner des "Internationalismus" tarnt, in Wirklichkeit ein wirtschaftliches Bündnis mit dem internationalen Kapital, das dazu führen würde, daß die Sowjetunion ihre wirtschaftliche Selbständigkeit verlöre und der Aufbau des Sozialismus scheiterte.

+ + +

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, dafür zu sorgen, daß die Ausarbeitung des Fünfjahrplans so vorgenommen wird, daß er dem nächsten Sowjetkongress zur Erörterung vorgelegt werden kann, und ferner dafür zu sorgen, daß alle örtlichen Sowjet-, Gewerkschafts-, Partei- und anderen Organisationen zur sorgfältigen und allseitigen Erörterung des Planentwurfes herangezogen werden.

Über die Arbeit auf dem Lande

(Thesen zum Referat des Genossen Molotow auf dem XV. Parteitag, gebilligt vom Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 23. Oktober 1927)

I) Die charakteristischen Besonderheiten in der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur

1) Die Diktatur des Proletariats in der UdSSR verändert grundlegend die Bedingungen und folglich auch den Verlauf der Entwicklung in der Landwirtschaft, indem sie einen grundsätzlich neuen Typ der Entwicklung der Agrarverhältnisse, einen neuen Typ der Klassenumgruppierungen auf dem Lande und eine neue Richtung in der Entwicklung der Wirtschaftsformen schafft. Die Diktatur

des Proletariats, die Nationalisierung des Bodens, der Großindustrie und der Banken bieten nicht nur die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu führen, sondern schaffen auch ein vollkommen anderes Verhältnis zwischen Stadt und Land als es in der kapitalistischen Gesellschaft besteht. Die Industrie der kapitalistischen Gesellschaft stützt sich in ihrer Entwicklung auf eine solche Gestaltung des Binnenmarktes, die die Verelendung der Hauptmasse der Mittelbauern und im Zusammenhang mit ihrer Proletarisierung den Zerfall dieser Hauptgruppe voraussetzt. Unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur unterscheidet sich der Prozeß der Bildung des Binnenmarktes grundlegend von dem im Kapitalismus. Der Markt dehnt sich hier nicht infolge der Verarmung und Proletarisierung der Hauptmasse der Bauernschaft aus, sondern durch die Erhöhung des Wohlstandes der Mittelbauern und der Dorfarmut. Schon allein dies bedingt einen ganz anderen Charakter der Klassenverschiebungen und der Klassenumgruppierungen innerhalb der Bauernschaft.

2) Die bestimmende Grundlage der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung sind die Kommandohöhen der Wirtschaft, in erster Linie die Großindustrie. Wenn jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft die führende Rolle dieser Kommandohöhen durch ihren kapitalistischen Inhalt bestimmt wurde, so sind die nationalisierte Industrie, die Kreditinstitute, das Verkehrswesen, die Genossenschaften und der staatliche Handel des proletarischen Staates die mächtigsten Hebel zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Die planende Leitung der Wirtschaft, die ermöglicht wird durch die gewaltige Zentralisation der Produktionsmittel und der Apparate, die dem Zirkulationsprozeß dienen, in den Händen der proletarischen Macht, schafft zwangsläufig ungeheure Möglichkeiten, umgestaltend auf die Wirtschaft des Dorfes einzuwirken. Die Genossenschaft der kleinen Produzenten, die unter den Bedingungen des Kapitalismus unvermeidlich in das System der kapitalistischen Wirtschaftsorgane hineinwächst, wird unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur zu einem gewaltigen Verbindungsmechanismus, der der sozialistischen Industrie hilft, das Dorf - die einfachen Warenproduzenten - zu führen. Die gesamte Politik des proletarischen Staates, seine Finanz-, Steuer-, Kredit- und Wirt-

schaftspolitik überhaupt, ist darauf gerichtet, die Schichten der Klein- und Mittelbauern mit allen nur möglichen Mitteln zu unterstützen und - je nach den Bedingungen, auf verschiedene Art - die Ausbeutertendenzen der landwirtschaftlichen Bourgeoisie einzuschränken.

3) Diese allgemeinen Voraussetzungen der Entwicklung wirkten sich in der Periode der proletarischen Diktatur in den verschiedenen Etappen der Revolution durchaus nicht immer in gleichem Maße aus. In der Periode, die unmittelbar auf die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik folgte, die die richtige Grundlage für die Verbindung zwischen der staatlichen Großindustrie und dem kleinen ländlichen Produzenten schuf, waren die Kommandohöhen des Proletariats aufs äußerste geschwächt, das Privatkapital befand sich in der Periode seiner ursprünglichen Akkumulation und war in der Offensive, die kleinbürgerliche Elementargewalt bildete die für die Sache des sozialistischen Aufbaus sehr große Gefahr des Kleineigentums; denn der Bauer hatte noch keine praktischen Beweise für die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und der richtigen Organisation des Warenaustausches zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft.

In der folgenden Periode ging auf der Grundlage des Wachstums der Produktivkräfte im allgemeinen und der sozialistischen Industrie in erster Linie eine Umgruppierung der Kräfte und Wirtschaftsformen vor sich, und zwar in der Richtung, daß die sozialistischen Elemente an Bedeutung gewannen. Die Rolle der Kommandohöhen (staatliche Industrie, Banken, Verkehrswesen, staatlicher Handel, Genossenschaften usw.) wurde größer, wenn auch noch nicht in dem Maße, um ein festes Bündnis mit den Mittelbauern zu erreichen, ihn konsequent führen zu können und vom Kulaken loszureißen. Die XIV. Parteikonferenz und der XIV. Parteitag haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ein festes Bündnis mit den Mittelbauern zu erreichen.

4) Die dritte Periode ist durch eine weitere Vergrößerung des sozialistischen Wirtschaftssektors und eine noch stärkere Umgruppierung der Kräfte in Richtung auf eine weitere Festigung

der Grundlagen des sozialistischen Aufbaus gekennzeichnet. In der Wirtschaft hat die staatliche Industrie auf der Grundlage des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs nicht nur den Vorkriegsstand überschritten, sondern konnte bereits zu ihrer Neuausrüstung und Entwicklung auf einer neuen technischen Basis übergehen. Auf dem Gebiet des Warenverkehrs haben der staatliche Handel und die Genossenschaften den Privathändler aus einer ganzen Reihe sehr wichtiger Gebiete verdrängt und beinahe das Monopol über den Markt erlangt. Vom Klassenstandpunkt kann die Partei das Wachstum und die Konsolidierung des Proletariats und die auf der Grundlage der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages erreichte Festigung seines Bündnisses mit den Mittelbauern sowie seine sich verstärkende Offensive gegen das Privatkapital konstatieren. Gleichzeitig war dieser Prozeß von einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Organisation von Gruppen der Dorfarmut, der zunehmenden Organisiertheit der Landarbeiter, einer Belebung der Sowjets und einem unter den neuen Bedingungen wachsenden Widerstand gegen das Kulakentum begleitet. Diese Voraussetzungen schaffen die Möglichkeit, breitere Schichten von Klein- und Mittelbauern durch die Genossenschaft zu erfassen, die planende Einwirkung auf die bäuerliche Wirtschaft zu verstärken und auf der Grundlage der in der Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern erzielten Erfolge entschlossener gegen den Kulaken vorzugehen.

II) Der Kampf der sozialistischen und der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft

5) Eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung der UdSSR zum Sozialismus ist der Aufschwung der Produktivkräfte des Dorfes und die Hebung des Wohlstandes der breiten Bauernmassen. Nur auf diesem Wege kann die sozialistische Stadt das Dorf führen, indem sie den allmählichen Übergang von der Wirtschaft des individuellen Privatbesitzers, die noch für eine beträchtliche Zeit die Grundlage der gesamten Landwirtschaft sein wird, zu ihren kollektiven Formen mit allen Mitteln fördert.

Wenn man den Prozeß der landwirtschaftlichen Produktion

untersucht, muß man zu folgenden grundlegenden Schlußfolgerungen gelangen. Vor allem ist ein allgemeiner Aufschwung der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen festzustellen sowohl auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft als auch auf dem der gewerblichen Nutzpflanzen und der Viehzucht. Die Landwirtschaft hat im großen und ganzen den Vorkriegsstand der Bruttoerzeugung überschritten, wenn auch bei der Getreideproduktion dieser Stand noch nicht erreicht wurde. Die Technik und die Kultur der Landwirtschaft haben sich zweifellos entwickelt (Maschinen, Traktoren, Elektrifizierung, Vielfelderwirtschaft und ihre Verbindung mit der Viehwirtschaft, besseres Saatgut, Düngemittel usw.). Daneben ist jedoch zu bemerken, daß die Erträge noch äußerst niedrig sind, besonders im Vergleich mit Europa und Amerika, und daß das Tempo der Entwicklung der Landwirtschaft noch zu schwach ist, daß ihre Abhängigkeit von den Naturbedingungen (Dürre und damit verbundene Mißernten u. dergl.) noch außerordentlich groß und die Warenproduktion der Landwirtschaft noch sehr gering ist im Verhältnis zu den Aufgaben, die gegenwärtig vom Standpunkt des sozialistischen Volkswirtschaftsplanes vor der Landwirtschaft stehen. Besonders kraß zeigt sich dies an den unzureichenden Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Exports, der die Grundlage für die Importoperationen bildet, die für die schnellste Industrialisierung des Landes und für den weiteren Aufschwung der Landwirtschaft selbst notwendig sind.

6) Ein sehr wesentlicher negativer Zug des heutigen Dorfes, der seine historische Vergangenheit und die Überreste der allgemeinen Rückständigkeit des Landes widerspiegelt, ist die sogenannte "agrарische Übervölkerung", d.h. die große Zahl "überflüssiger" Arbeitskräfte, die auf dem Lande keine Beschäftigung finden und die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt bedeutend vergrößern. Eine andere negative Erscheinung, die das Entwicklungstempo der Landwirtschaft aufhält, ist der verwehrlose Zustand eines bedeutenden Teils des Bodens und der Mangel an Inventar bei den wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft, was auch eine ungenügende Ausnutzung des Bodens durch diese Schichten der Bauernschaft zur Folge hat. Schließlich ist die sogenannte "Preisschere", d.h. die Divergenz der Preise für Industriewaren einerseits und für

landwirtschaftliche Erzeugnisse andererseits ein negatives, die Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land berührendes Merkmal der gegenwärtigen Lage. Diese negativen Erscheinungen können nur durch eine Reihe umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen beseitigt werden. Die Überwindung der "Übervölkerung des Dorfes" muß neben der Entwicklung der Industrie, der wachsenden Intensivierung der Landwirtschaft und dem verstärkten Anbau von arbeitsintensiven Kulturen einhergehen, was wiederum mit der Industrialisierung der Landwirtschaft und dem Bau von Werken für die primäre Bearbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie mit einer richtigen Umsiedlungspolitik zusammenhängt. Der verwehrlose Zustand von Feldern macht es notwendig, in verstärktem Umfang Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbauflächen durchzuführen, denn ohne sie ist es nicht möglich, Fortschritte in der Rationalisierung der Bauernwirtschaft zu erzielen, ohne sie besteht die Gefahr, daß sich die Bodennutzung in den Händen der Kulaken konzentriert. Der Mangel an Inventar bei den wirtschaftlich schwachen Bauern läßt sich durch eine verstärkte Vergenossenschaftung dieser Schichten und durch ihre Versorgung mit Inventar auf der Grundlage langfristiger Kredite beseitigen. Schließlich muß die "Preisschere" systematisch durch die Politik der Preissenkung für Industriewaren überwunden werden, für welche die Rationalisierung und die Senkung der Selbstkosten der Industrieerzeugnisse die Grundlage bildet.

7) Wenn man den Entwicklungsprozeß der Landwirtschaft vom sozialen und Klassenstandpunkt aus untersucht, ist er gegenwärtig durch den Kampf der sozialistischen und der kapitalistischen Tendenzen gekennzeichnet. Dieser Kampf drückt dem Prozeß der Differenzierung des Dorfes, der unter unseren Bedingungen ganz spezifische Eigentümlichkeiten aufweist, seinen besonderen Stempel auf. Die Besonderheiten dieser Differenzierung ergeben sich aus den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Besonderheiten bestehen darin, daß im Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklung, die sich in der Schwächung ("Auswaschung") der Mittelbauernschaft bei gleichzeitigem Anwachsen der extremen Gruppen der Dorfarmut und des Kulakentums äußert, bei uns umgekehrt ein Prozeß der Stärkung der Mittelbauerngruppe vor sich geht; wobei zur Zeit

die Kulakengruppe noch auf Kosten des wohlhabenden Teils der Mittelbauern in gewissem Maße wächst und die Kleinbauerngruppe, von der ein gewisser Teil proletarisiert wird, der andere bedeutendere Teil jedoch allmählich in die Gruppe der Mittelbauern aufrückt, abnimmt. Diese Besonderheiten ergeben sich zwangsläufig aus der widersprüchlichen wirtschaftlichen Entwicklung unter den gegenwärtigen Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Der einfache Warenproduzent in der Landwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft kann sich entweder in einen kleinen Kapitalisten oder in einen Proletarier verwandeln. Einen dritten Weg gibt es nicht. Unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur gibt es diesen Weg, da der kleine Warenproduzent über die Massenbewegung zur Vergenossenschaftung (sowohl in der Sphäre des Austausches als auch in immer stärkerem Maße in der Sphäre der Produktion) systematisch in den Prozeß des allgemeinen sozialistischen Aufbaus einbezogen werden kann. Andererseits verfügt die Dorfarmut gerade kraft der besonderen Entwicklungsbedingungen unter der proletarischen Diktatur über wachsende Möglichkeiten, in die mittleren Gruppen der Bauernschaft aufzurücken. So bewirkt die Eigenart der Differenzierungsprozesse bei uns ein weiteres Wachstum der mittelbäuerlichen Schicht, was ein übriges Mal die bekannte These des Genossen Lenin bestätigt, daß der Mittelbauer die "zentrale Figur der Landwirtschaft" ist.

Was das Tempo der Differenzierung in den einzelnen Rayons der UdSSR betrifft, so ist es entsprechend einer Reihe örtlicher Bedingungen unterschiedlich, was jedoch den allgemeinen Charakter und die Richtung dieses Prozesses nicht beeinträchtigt.

8) Ein äußerst grober Fehler der Opposition besteht darin, daß sie die Gesetzmäßigkeit, die in der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft unter dem Kapitalismus herrscht, vorbehaltlos auf die Epoche der Diktatur des Proletariats überträgt und so im Fahrwasser der bürgerlichen Ideologen segelt. Die Opposition erkennt nicht, daß die Entwicklungswege des Dorfes von der Entwicklung der Stadt bestimmt werden und daß den kapitalistischen Elementen im Dorfe unter unseren Bedingungen nicht nur die Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern gegenüberstehen, sondern auch das ganze System

der Diktatur des Proletariats mit seinen mächtigen wirtschaftlichen Kommandohöhen (in erster Linie der sozialistischen Industrie), den Genossenschaften und anderen Hebeln der planmäßigen Einwirkung auf die Landwirtschaft. Damit revidiert die Opposition die wichtigsten theoretischen Thesen des Marxismus-Leninismus über das Verhältnis zwischen der Groß- und Kleinproduktion, zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und kehrt zurück zu den bürgerlich-revisionistischen Theorien von der "thermidorianischen" Entartung des proletarischen Staates und vom Sieg des kleinen Kapitalisten, des Kulaken, und des Privatkapitals über die große und wie nirgends in der Welt zentralisierte Maschinenindustrie des sozialistischen Proletariats, die die gesamte Volkswirtschaft führt.

9) In letzter Zeit war eine bedeutende Verstärkung der planenden und regulierenden Rolle des proletarischen Staates in bezug auf die Landwirtschaft sowie ein wachsender Einfluß der sozialistischen Elemente im Dorfe selbst zu beobachten. Diese Faktoren sind eine Waffe im Kampf gegen den Kulaken, der eine Reihe von Positionen in der Wirtschaft des Dorfes an sich gerissen hat, und gegen das Privatkapital, das aus den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens verdrängt wird, sich jedoch in einem absoluten Wachstum befindet, in das Leben des Dorfes eindringt - insbesondere über die Heimindustrie und das Handwerk - und versucht, sich Stadt und Land trennend in den Weg zu stellen.

Auf dem Gebiet des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben sich die staatlichen Organe und die Genossenschaften die entscheidende und in mehreren sehr wichtigen Zweigen des Absatzes (Getreide, Baumwolle, Zuckerrüben usw.) die herrschende, ja beinahe die Monopolstellung erobert. Diese Stellung drückt sich in folgendem aus: 1) darin, daß der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ohne die Vermittlung des Privatkapitals beschafft wird. Das Privatkapital wurde bereits aus seinen früheren Positionen verdrängt; 2) darin, daß diese Erzeugnisse zu Preisen realisiert werden, die die staatlichen Organe festsetzen, wobei sie sich von den Interessen der gesamten Volkswirtschaft leiten lassen. In letzter Zeit ist es gelungen, stabile Getreidepreise im Frühjahr und im Herbst zu erreichen; 3) darin, daß der Staat

dank einer bestimmten Preispolitik die Möglichkeit hat, direkt auf die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion einzuwirken, und zwar in Richtung auf die zweckmäßigste Neuverteilung der Produktivkräfte. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß in einigen Zweigen (Fleischablieferung, Hanf) das Privatkapital noch eine ziemlich bedeutende Stellung einnimmt.

10) Auf dem Gebiet der Versorgung nähern wir uns bereits einer Lage, in der mehr als die Hälfte aller Waren, die das Dorf bekommt, unmittelbar über die Genossenschaft und die staatlichen Organe geliefert werden, wobei sich die Versorgung des Dorfes mit Maschinen gänzlich in Händen der Genossenschaften und der staatlichen Organe befindet und das Privatkapital bei einer ganzen Reihe von Industriewaren (Textilien, Salz, Petroleum usw.) eine nur unbedeutende Rolle spielt. Die Bemühungen des proletarischen Staates sind in dieser Hinsicht hauptsächlich auf folgendes gerichtet: 1) durch systematische Senkung der Preise für Industriewaren den Massen der Bauern billigere und qualitativ bessere Waren in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen; 2) die in der direkten Versorgung des Dorfes mit Industriewaren eroberten Positionen zu festigen und zu erweitern und dabei die Vermittlung des Privatkapitals immer mehr auszuschalten; 3) die Versorgung mit Maschinen zu einem Instrument für den Aufschwung der Masse der Bauernwirtschaften und für ihre Vergenossenschaftung, insbesondere ihre Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion zu machen.

11) Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, besonders der letzten Jahre, haben die Richtigkeit des Leninischen Genossenschaftsplanes voll und ganz bestätigt, nach dem die sozialistische Industrie gerade über die Genossenschaften die kleine Bauernwirtschaft auf dem Wege zum Sozialismus führen wird, indem sie die individuellen und zersplitterten Produktionseinheiten - sowohl über den Zirkulationsprozeß als auch in immer stärkerem Maße über die Reorganisation der Produktion selbst - in eine vergesellschaftete Großwirtschaft auf der Basis der neuen Technik (Elektrifizierung usw.) verwandelt. In den letzten Jahren haben sich die Genossenschaften (Verbraucher- und landwirtschaft-

liche Genossenschaften) zu einem mächtigen Organismus entwickelt, der mehrere Millionen Bauernwirtschaften vereinigt und zusammen mit dem staatlichen Handel die entscheidende Rolle im gesamten Warenumsatz zwischen Stadt und Land spielt. Die Zusammensetzung der Genossenschaft auf dem Lande unterscheidet sich wesentlich von ihrer Zusammensetzung in der Zeit vor der Revolution: es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Genossenschaften im wesentlichen Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern sind. Entsprechend ihrer Zusammensetzung ändert sich auch die Richtung, in der die Tätigkeit der genossenschaftlichen Organisationen verläuft, die heute die Interessen der Hauptmasse der Bauernschaft und nicht die ihrer kulakischen Oberschicht wahrnehmen. Was die Beziehungen zwischen Staat und Genossenschaften betrifft, so genießt die Genossenschaft eine Reihe von Vergünstigungen und Vorteilen, die sich aus der Notwendigkeit für den proletarischen Staat ergeben, den genossenschaftlichen Aufbau allseitig, also auch materiell zu unterstützen.

Neben der gewaltigen ökonomischen Bedeutung der Genossenschaften im allgemeinen und der landwirtschaftlichen Genossenschaften im besonderen muß auch die Tatsache hervorgehoben werden, daß die Genossenschaft die beste Form des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft auf breitester Grundlage, der Entwicklung ihrer Selbsttätigkeit und Initiative, die beste Form ihrer wirtschaftlichen und kulturpolitischen Erziehung, ihrer Einbeziehung in die Front des allgemeinen sozialistischen Aufbaus ist. Darin besteht ihr grundlegender Unterschied und Vorzug gegenüber den staatlichen Handels- und Beschaffungsorganen, und darin liegt auch die Perspektive ihrer immer stärker anwachsenden Rolle begründet.

Es muß als ein charakteristisches Merkmal der Opposition hervorgehoben werden, daß sie nicht an die Möglichkeit glaubt, die Hauptmasse der Bauernschaft über die Genossenschaften in die Front des sozialistischen Aufbaus einzureihen. Das ist eine Ablehnung des Leninischen Genossenschaftsplanes, also eine direkte Abkehr der Opposition vom Leninismus. Diese Abkehr ist das unvermeidliche Ergebnis der ganzen liquidatorischen Einstellung der

Opposition, die die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande leugnet.

12) Die landwirtschaftlichen und die Verbrauchergenossenschaften entwickeln sich und nehmen die wichtigsten Positionen auf dem Gebiet des Warenumschlages zwischen Stadt und Land ein. Dies führt zu der wirtschaftlichen Notwendigkeit und wirtschaftlichen Möglichkeit, aus dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung in das Gebiet der Produktion vorzudringen. Dort, wo die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen bereits das Monopol in der Beschaffung erlangt oder es beinahe erlangt haben, ist der Übergang zur Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion, d.h. die unmittelbare Mitwirkung am Aufschwung der Wirtschaft der in Genossenschaften vereinigten Bauernschaft eine besonders akute Frage, da die vergenossenschaftete Bevölkerung andernfalls keinerlei Vorteile gegenüber der nicht vergenossenschafteten genießen würde. Die innere Entwicklung der Genossenschaft selbst führt auf diese Weise dazu, daß die in der Genossenschaft vereinigten Bauernwirtschaften zusätzliche Vorteile gegenüber den nicht genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wirtschaften vor allem dann erlangen können, wenn sie von dem genossenschaftlichen Zusammenschluß auf dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung immer mehr zur Vergenossenschaftung auf dem Gebiet der Produktion übergehen, die zur technischen Rekonstruktion der Wirtschaften und zur Steigerung ihrer Rentabilität führt.

In diesem Prozeß des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Produktion spielt bereits heute die landwirtschaftliche Industrie (sowohl die staatliche als auch die genossenschaftliche) eine überaus wichtige Rolle und wird dies künftig noch mehr tun, denn sie ist unmittelbar - sowohl technisch als auch wirtschaftlich - mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden und verändert die innere Struktur der letzteren. Dieser Prozeß steht im Zusammenhang mit dem erweiterten Anbau von arbeitsintensiven Kulturen, der Entwicklung der Viehzucht usw. sowie mit den wachsenden Exportmöglichkeiten (Fleischverarbeitungsbetriebe, Käsereien, Konservenfabriken, Fabriken zur primären Bearbeitung von Flachs, Darren, Räuchereien usw. usf.).

13) Die verstärkte planende Einwirkung auf den Produktionsprozeß über die Genossenschaft findet ihren Ausdruck bereits in der Form direkter Aufträge an die genossenschaftlich organisierten Produzenten für eine bestimmte Qualität und Menge von Erzeugnissen, wie z.B. in der Zuckerindustrie und teilweise im Baumwollanbau (System der sogenannten Kontraktabschlüsse, Verträge usw.), wobei der Auftraggeber, d.h. die staatliche Industrie, die Möglichkeit hat, die Qualität des Produktionsprozesses zu heben, indem sie die jeweils besten Produktionsmethoden (Reihenaussaat, Qualität des Saatgutes, Düngung des Bodens u. dergl.) vertraglich vereinbart und zu ihrer Verwirklichung beiträgt. Dabei erfolgt die Versorgung mit den entsprechenden Produktionsmitteln häufig direkt durch Vermittlung der den Auftrag erteilenden staatlichen oder genossenschaftlichen Organisationen. Diese Form kann und muß künftig eines der wichtigsten Mittel zur Vergenossenschaftung der bäuerlichen Produktion im wahrsten Sinne des Wortes sein, d.h. zum freiwilligen Zusammenschluß der kleinen Produzenten, die über die Genossenschaft mit der sozialistischen Industrie verbunden sind.

14) Auf der Linie des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Produktion entwickeln sich solche ursprünglichen Formen der produktionsmäßigen Vereinigung wie Artels, verschiedene Arten von Produktionsgenossenschaften und landwirtschaftlichen Kommunen. Diese Formen haben nach einer gewissen kritischen Periode ihre Lebensfähigkeit bewiesen und verdienen, da es gleichzeitig überwiegend Vereinigungen von Wirtschaften armer und wirtschaftlich schwacher Bauern sind, auf jede Weise unterstützt und gefördert zu werden. In der allgemeinen Bilanz der sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft spielen die Sowjetwirtschaften als Formen des staatlichen sozialistischen Großackerbaus und der Großviehwirtschaft eine wesentliche Rolle. Das System der Sowjetwirtschaften, das ebenfalls eine ernste Krise durchgemacht hat, ist heute bereits rentabel und beginnt eine immer größere Rolle als kultur-agronomischer Faktor zu spielen, der auf die Bauernwirtschaft einwirkt, und als Musterbeispiel, das die Überlegenheit der vergesellschafteten Großproduktion gegenüber der

kleinen Bauernwirtschaft demonstriert.

15) Ein wichtiger Faktor der Einwirkung auf die Bauernschaft sind die großen Meliorationsanlagen wie z.B. die Bewässerungsarbeiten in Mittelasien (Baumwollanbau) und im Kaukasus. Das Bewässerungssystem kann in den Händen des proletarischen Staates zu einem mächtigen Regulator des Produktionsprozesses und zu einem Instrument zur Unterstützung der Klein- und mittelbäuerlichen Schichten werden. Eine andere Methode der planmäßigen Einwirkung sind die staatlichen und genossenschaftlichen Ausleihstationen, die mit einer entsprechenden Anzahl komplizierter Landmaschinen ausgerüstet sind und bei richtiger Politik einen bedeutenden Faktor im Kampf gegen die Ausbeutung der armen und wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft durch die Kulaken darstellen und die auch einen Ansporn bieten, zu kollektiven Formen der Bodenbearbeitung auf der Grundlage der neuen Technik überzugehen. Hierzu gehören ferner eine breit angelegte agrotechnische Hilfe, die Versorgung mit Sortensaatgut und Mineraldünger, die Arbeiten zur Bekämpfung der Dürre, Maßnahmen für den Aufschwung des zentralen Schwarzerdegebietes usw.

16) Die Entwicklung der Industrie und der allgemeine Aufschwung der Produktivkräfte des Landes, die Erweiterung der staatlichen Fonds für die Vergenossenschaftung der Millionenmassen von Klein- und Mittelbauern ermöglichen in immer größerem Umfang die technische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft, darunter auch der Landwirtschaft, auf der Grundlage der Elektrifizierung durchzuführen. Die Elektrifizierung wird dadurch, daß sie die Technik der gesamten Industrie umgestaltet, auch die gesamte Landwirtschaft in wachsendem Maße auf eine neue, vollkommene technische Grundlage stellen, ihre Methoden radikal verändern und sie gebieterisch auf die Bahn der vergesellschafteten Arbeit lenken. So kommt zu allen bereits genannten Hebeln des Sozialisierungsprozesses auf dem Lande und zu dem mächtigen Einfluß des Kredit- und Steuersystems noch der gewaltige Faktor der technischen Revolution hinzu, die den äußerst schnellen Aufschwung der Landwirtschaft und ihre allmähliche Vergesellschaftung durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß vorantreiben muß.

Ein sehr grober Fehler der Opposition sind ihre Versuche, den Plan der Elektrifizierung dem Genossenschaftsplan Lenins gegenüberzustellen. Diese Versuche zeugen davon, daß die Opposition die unzweideutige Tatsache nicht begreift, daß der Elektrifizierungsplan und der Genossenschaftsplan untrennbare Bestandteile des gesamten Leninschen Planes für den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande sind.

III) Zustand und Mängel der praktischen Arbeit

Entstellungen der Parteilinie

17) Bei aller Richtigkeit der allgemeinen Politik, trotz des wachsenden mächtigen Einflusses des proletarischen Staates, seiner Organe und der Genossenschaften auf die Landwirtschaft, müssen doch eine Reihe sehr ernster Mängel, Fehler und Entstellungen, zuweilen auch empörender Verstöße gegen die politische Linie der Partei festgestellt werden.

Was die Tätigkeit der staatlichen Organe betrifft, so müssen in erster Linie die Fehler hervorgehoben werden, die bei der Regulierung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse begangen wurden (Fehler im Jahre 1925/26), die das Scheitern unseres Export-Import-Planes und damit der Produktionspläne der Industrie, den verringerten Anbau gewerblicher Nutzpflanzen usw. zur Folge hatten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Landwirtschaftsorgane und Genossenschaftsorgane sowie die Organe des Landwirtschaftskredits der Durchführung der richtigen proletarischen Politik auf dem Lande (Versorgung mit Maschinen, Kreditgewährung, Anwendung der Pacht, rationelle Ausnutzung des Bodens usw.) viel zuwenig Aufmerksamkeit widmen und die Ansprüche der Kulaken häufig nicht energisch genug zurückweisen. Ebenso muß festgestellt werden, daß die Organe des Volkskommissariats für Finanzen, trotz der überaus großen Erfolge bei der Durchführung der progressiven Besteuerung, nicht immer ihrer Aufgabe gerecht werden, alle steuerpflichtigen Einnahmen der Kulakengruppen buchhalterisch zu erfassen und den entsprechenden Steuerdruck auszuüben. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die staatlichen Erfassungsorgane die Bedeutung der Ge-

rossenschaften als Massenorganisation, die die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion zur Aufgabe hat, häufig unterschätzen und dazu neigen, die Rolle der Genossenschaften zu schmälern und die Genossenschaften selbst in eine bloße Filiale der entsprechenden staatlichen Beschaffungsorgane zu verwandeln.

18) In den Genossenschaften selbst sind eine Reihe ungesunder Erscheinungen zu beobachten, die eine Entstellung der Parteipolitik signalisieren. Die Zusammensetzung der Genossenschaften, die im großen und ganzen zweifellos aus Klein- und Mittelbauern bestehen, läßt nichtsdestoweniger häufig eine relativ schwache Vergenossenschaftung der Dorfarmut und eine unverhältnismäßig starke Vergenossenschaftung der wohlhabenden Oberschichten des Dorfes erkennen. Die Zusammensetzung der Wahlorgane der Genossenschaften weist, ungeachtet der Beschlüsse über die Nichtzulassung der Kulaken in diese Organe, die gleichen Mängel auf. Infolgedessen kommt es bei der Versorgung mit Maschinen häufig vor, daß gerade die Oberschichten des Dorfes relativ besser ausgerüstet werden. Das gleiche ist über die Verteilung der Kredite zu sagen. Auch muß auf die Nichterfüllung der Parteidirektiven durch die genossenschaftlichen Organe hingewiesen werden, die die direkt für den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Dorfarmut bestimmten Fonds häufig nicht ihrer Bestimmung entsprechend ausnutzen. Wenn auch in letzter Zeit ein Wandel eingetreten ist und derartige Fälle nicht mehr häufig vorkommen, sind trotz der ausdrücklichen Direktiven des ZK der KPdSU(B) die oben erwähnten Abweichungen von der Parteilinie immer noch festzustellen. Es muß ferner auf die Tatsache aufmerksam gemacht werden, daß Pseudogenossenschaften existieren, die als Tarnung der kulakischen "Gesellschaften" dienen und alle Rechte und Privilegien der Genossenschaften für sich in Anspruch nehmen. Ein wesentlicher Mangel in der organisierten Arbeit der Genossenschaften ist ferner das Bestehen einer großen Anzahl sogenannter "wilder" Genossenschaften, die noch immer nicht in das allgemeine zentralisierte System der Genossenschaften eingliedert sind.

Ein allgemeiner Mangel in der Arbeit der Landwirtschafts- und Wirtschaftsorgane sowie der genossenschaftlichen Organisationen

sind die nicht selten auftretenden Meinungsverschiedenheiten und häufig auch der widersprechende Charakter der von ihnen durchgeführten Maßnahmen.

19) Was die Arbeit der Sowjets anbelangt, so sind zweifellos Erfolge in der auf die Belebung der Sowjets auf dem Lande gerichteten Politik der Partei zu verzeichnen. Die Sowjets (ihre Sektionen und Kommissionen) werden immer mehr zu organisierenden Zentren des wirtschaftlichen und politischen Lebens, zu einer Schule der Verwaltung, einem Mittel zur Entwicklung neuer Kader aus Klein- und Mittelbauern usw. Die Organisation des Parteilosaktivs um die Sowjets hat deren Autorität in den Augen der breiten Masse gestärkt. Gleichzeitig muß auf die wachsende Organisiertheit der Dorfarmut und der Landarbeiter hingewiesen werden, die sich bei den Wahlen in die Sowjets, in die Genossenschaftsorgane usw. gezeigt hat; nichtsdestoweniger muß festgestellt werden, daß diese Arbeit bei weitem noch nicht in genügendem Umfang durchgeführt ist.

20) Auf dem Gebiet der Parteiarbeit muß auf die ungenügende Arbeit unter den Landarbeitern hingewiesen werden (was sich auch in der Zusammensetzung der Dorfzellen widerspiegelt) sowie auf die mangelhafte Koordinierung der parteipolitischen Arbeit mit der Arbeit auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus. Jedoch zeigen die Kampagnen für die Wahlen in die Sowjets, die unter Führung der Partei auf der Grundlage einer breiten Demokratie für die Werktätigen durchgeführt wurden, daß die Autorität der Parteiorganisationen bei den Bauernmassen wächst. Eine überaus wichtige Rolle auf dem Lande spielt die Komsomol-Organisation, die ihre Aufgabe gegenwärtig darin zu sehen hat, ihren Mitgliederbestand im Sinne einer Verstärkung des Kerns von Landarbeitern und Kleinbauern zu regulieren, neue umfangreiche Kader des Komsomolaktivs aus seiner Mitte zu entwickeln, die Parteilinie strikter durchzuführen und ihre Mitglieder politisch zu erziehen. Die Komsomol-Organisation soll ein äußerst wirksamer Hebel der Partei beim Aufschwung und bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Entwicklung einer breiten Initiative auf dem Gebiet der Kultur und der Heranbildung neuer Kader sozialistischer Funktionäre sein. Für die Gewinnung der Massen der Kleinbäuerinnen und Land-

arbeiterinnen für das Klein- und Mittelbauernaktiv, zur Hebung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft und zu ihrer Vergenossenschaftung sind die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen wichtig, die intensiver daran arbeiten müssen, die der Partei nahestehenden Schichten der Bäuerinnen zum gesamten sozialistischen Aufbau auf dem Lande heranzuziehen.

IV) Die nächsten Aufgaben der Partei

Wir können also feststellen, daß 1. auf wirtschaftlichem Gebiet der sozialistische Sektor der Volkswirtschaft und zugleich auch der prozentuale Anteil der Arbeiterklasse außerordentlich gewachsen ist; 2. das Privatkapital aus einer Reihe sehr wichtiger Positionen verdrängt wurde; 3. auf dem Lande sowohl die Hauptwidersprüche als auch die Hebel der sozialistischen Entwicklung ganz klar zutage getreten sind, d.h. einerseits ein gewisses Anwachsen des Kulakentums und andererseits eine Verstärkung der Mittelbauerngruppe sowie eine größere Organisiertheit der Dorfarmut, eine schnellere Entwicklung der Genossenschaften, die unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur nach Lenins Worten gleichbedeutend ist mit dem "Wachstum des Sozialismus", und eine Verstärkung der planenden und regulierenden Rolle der staatlichen Organe im Hinblick auf die bäuerliche Wirtschaft.

Seit der XIV. Parteikonferenz und dem XIV. Parteitag haben sich in Verbindung mit der entsprechenden Politik der Partei auch auf einem anderen Gebiet eine Reihe wichtiger Veränderungen vollzogen: 1) Die Anbaufläche wurde vergrößert und die Zahl der nicht bearbeiteten Bodenflächen ist bedeutend zurückgegangen, was damit zusammenhängt, daß die Wirtschaft der Hauptmassen der Bauern allgemein im Aufschwung begriffen ist. 2) Auf politischem Gebiet hat sich die Abkehr des Mittelbauern vom Kulakentum verstärkt, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Masse der Mittelbauern gefestigt und eine klare Wendung zur Isolierung des Kulaken gezeigt.

So können also die Ziele, die sich die Partei in der Periode der XIV. Parteikonferenz und des XIV. Parteitages gesteckt hatte, als im wesentlichen erreicht betrachtet werden. Die Partei erzielt-

te diese Erfolge, indem sie sowohl gegen die Unterschätzung der Kulakengefahr als auch insbesondere gegen die mittelbauernfeindliche Abweichung der Opposition kämpfte. Die Partei hätte diese Erfolge nicht errungen, wenn sie das Feuer nicht gegen die opportunistische mittelbauernfeindliche Abweichung der Opposition konzentriert hätte, denn diese Abweichung, die das Bündnis des Proletariats mit den Massen der Mittelbauern untergräbt und die Loslösung des Mittelbauern vom Kulakentum erschwert, führt in der Praxis zu einer Verstärkung des Einflusses der Kulaken auf dem Lande. Die von der Partei durchgeführte Leninsche Politik des Bündnisses mit den Mittelbauern muß unbedingt fortgesetzt werden. Die Erfolge, die die Partei durch ihre Politik auf dem Lande erzielt hat und die daraus entstandene neue Lage gestatten es der Partei des Proletariats, unter voller Ausnutzung der ganzen Macht der Wirtschaftsorgane und nach wie vor gestützt auf die Massen der Klein- und Mittelbauern, die Offensive gegen das Kulakentum weiterzuentwickeln und eine Reihe neuer Maßnahmen zu treffen, die die Entwicklung des Kapitalismus im Dorfe einschränken und die bäuerliche Wirtschaft dem Sozialismus entgegenführen.

Hieraus ergeben sich folgende aktuelle Aufgaben für die Partei:

1) Elemente der staatlichen planenden Regulierung in der Landwirtschaft:

- a) Die Erfolge der staatlichen Organe und der Genossenschaften in bezug auf die Übernahme des Absatzes von Industriewaren auf dem Lande und der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Stadt sind zu festigen und weiterzuentwickeln, da sie eine sehr wichtige Bedingung für die Überwindung der Spontaneität des Marktes, für die Ausdehnung des Planprinzips auf die Landwirtschaft und für die Sicherung der führenden Rolle der sozialistischen Industrie in der gesamten Volkswirtschaft sind.
- b) Die Politik der Freissenkung für Industriewaren unter Wahrung der Stabilität der landwirtschaftlichen Preise ist unbeirrbar fortzusetzen, da sie eine außerordentlich wichtige Bedingung für die Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Massen und

für die Festigung des Bündnisses zwischen Stadt und Land ist.

c) Die Praxis der Vertragsbeziehungen (Kontraktabschlüsse usw.) zwischen der genossenschaftlich organisierten Bauernschaft und den staatlichen Organen ist auf jede Weise zu fördern, denn diese Vertragsbeziehungen führen den unmittelbaren Zusammenschluß zwischen der bäuerlichen Wirtschaft und den entsprechenden Zweigen der sozialistischen Industrie (Zucker-, Textilindustrie usw.) herbei und erleichtern die planende Regulierung der Landwirtschaft der betreffenden Rayons und Wirtschaftszweige durch den Staat.

d) In dem Maße, wie sich die Genossenschaften (landwirtschaftliche Genossenschaften und Verbraucher-Genossenschaften) festigen und der Kulak sowie der Privathändler aus der Sphäre des Warenumsatzes verdrängt werden, ist es notwendig, zwischen den Genossenschaften und den staatlichen Organen solche Wechselbeziehungen herzustellen, die geeignet sind, das Arbeitsfeld der Genossenschaften noch mehr zu erweitern, wobei die Interessen des Sowjetstaates und die Führung durch ihn unbedingt gesichert sein müssen.

2) Besteuerung:

a) Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß der Partei und der Sowjetmacht über die Befreiung der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft (35 Prozent aller Bauernwirtschaften in der Union) von der Landwirtschaftssteuer mit größter Exaktheit durchgeführt wird.

b) Zwecks Besteuerung der wachsenden Einkünfte der wohlhabendsten Schichten im Dorfe wird das ZK beauftragt, die Frage des Übergangs zu einem möglichst vollkommenen progressiven Einkommensteuersystem zu bearbeiten.

3) Genossenschaften:

a) Das Netz der Verbraucher- und landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zu erweitern und zu festigen mit dem Ziel, in der kommenden Periode die gesamte Dorfarmut und die Mehrzahl der Mittelbauern in die Genossenschaft einzubeziehen.

b) Die infolge der schwachen Organisationsarbeit der Genossenschaftsbewegung entstandenen sogenannten "wildern" Genossenschaften müssen binnen kürzester Zeit dem System der landwirtschaftlichen Genossenschaften eingegliedert werden.

c) Die Praxis der Bildung besonderer Arten von landwirtschaftlichen Genossenschaften (reorganisierter Landwirtschaftsverband, Getreidezentrum, Ölzentrum, Flachscenter, Rübenanbaugenossenschaft usw.) wird gebilligt, und es wird als notwendig anerkannt, diese Arten der genossenschaftlichen Vereinigung weiterzuentwickeln, da sie das sicherste Mittel sind, allmählich von der Vergenossenschaftung auf dem Gebiet des Absatzes und der Versorgung zur Vergesellschaftung der Produktion der bäuerlichen Einzelwirtschaften überzugehen.

d) Der Kampf für die Befreiung der wirtschaftlich schwachen, kein Inventar besitzenden Bauernwirtschaften aus der Abhängigkeit von den Kulakenelementen, die ihr Inventar (landwirtschaftliche Maschinen usw.) zur Versklavung der Dorfarmut benutzen, ist zu verstärken. Zu diesem Zweck ist bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften neben dem staatlichen ein weiteres breites Netz von Ausleihstationen zu schaffen, die an die wirtschaftlich schwachen Bauern Maschinen zu Vorzugsbedingungen ausleihen und zur Entwicklung gesellschaftlicher Methoden der Bodenbearbeitung, der Ernteeinbringung usw. beitragen.

e) Die Versorgung der Kollektivwirtschaften und wirtschaftlich schwachen Bauern mit Landmaschinen ist auf jede Weise zu erleichtern, indem man ihnen besondere Vergünstigungen bei der Kreditgewährung, der Rückzahlung usw. einräumt. Die Versorgung der Kulakenelemente mit Landmaschinen ist einzuschränken, und zwar durch Festsetzung entsprechender Normen (Verminderung des Anteils der Kulaken an der Gesamtsumme der zu realisierenden Maschinen, Bezahlung in bar usw.).

f) Die Erweiterung der Fonds für die Dorfarmut im Rahmen des Staatshaushalts und der örtlichen Haushalte wird für notwendig erachtet, wobei die Verwendung dieser Fonds für die Produktionsgenossenschaften (Kollektivwirtschaften) festzulegen und gleich-

zeitig der Anteil der Dorfarmut an den übrigen Krediten zu erhöhen ist.

g) Durch Festigung der Erfolge bei der Besetzung führender Positionen in der Genossenschaftsarbeit mit den zuverlässigsten Klein- und Mittelbauern und durch Entwicklung der letzteren zu neuen umfangreichen Kadern sozialistischer Genossenschaftler ist der Kampf gegen die Kulakenelemente zu verstärken, die versuchen, die Herrschaft über die unteren genossenschaftlichen Organisationen zu erlangen.

h) Die Schaffung eines Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften wird gebilligt, da es ein Zentrum ist, das alle Arten landwirtschaftlicher Genossenschaften vereinigt und ein Organ, das neben der Verbrauchergenossenschaft dazu berufen ist, das Genossenschaftswesen auf dem Lande zu entwickeln und Millionenmassen der Bauern zu sozialistischen Methoden der Vergenossenschaftung zu erziehen.

4) Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften:

a) Der Beschluß des ZK über die Ergebnisse des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften vom 30. Dezember 1926 wird bestätigt, und sämtliche Parteiorganisationen und Parteifunktionäre in den Sowjet- und Genossenschaftsorganen wurden verpflichtet, dem Aufbau der Kollektivwirtschaften größere Unterstützung zuteil werden zu lassen und die Sowjetwirtschaften zu festigen, indem man diese tatsächlich in Mustergroßwirtschaften sozialistischen Typs verwandelt.

b) Die Erweiterung des Netzes von Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern zum Erwerb und zur gemeinsamen Benutzung von Landmaschinen ist in jeder Weise zu fördern, und gleichzeitig ist ein entschiedener Kampf gegen die Pseudoverbände (und Pseudogenossenschaften überhaupt) zu führen, welche den Kulakenelementen als Tarnung dienen, um auf ungesetzliche Weise alle möglichen Vorteile bei der Kreditgewährung, Versorgung usw. zu erlangen.

5) Bodennutzung und Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbaufläche:

a) Die Grundlagen der Nationalisierung des Bodens sind auf jede Weise zu festigen, und jegliche Versuche (direkte oder indirekte), die Nationalisierung des Bodens zu untergraben, wie z.B. An- und Verkauf sowie Schenkung von Boden, was z.B. in einigen Rayons des Kaukasus und Mittelasiens vorkommt, sind als schwere kriminelle Verbrechen zu bestrafen.

b) Die Verpachtung der Bodenfläche ist in solchen Rayons, wo die Verpachtung von Land zum Wachstum der Kulakenelemente führt, allmählich einzuschränken. Die Pachtzeit ist auf die Dauer einer Saatfolge, jedoch auf höchstens sechs Jahre zu beschränken. Was diejenigen betrifft, die trotz der ihnen durch den Staat oder durch die Genossenschaft erwiesenen Unterstützung den ihnen zugewiesenen Boden nicht selbst oder mit ihrer Familie bearbeiten und jedes Jahr Land verpachten, so ist das Recht der Verpachtung für sie gemäß Entscheidung der Exekutivkomitees der Amtsbezirke (der Rayons) auf drei bis sechs Jahre hintereinander zu befristen, nach deren Ablauf ihnen das Verfügungsrecht über den Boden zu entziehen und das Land der Bodengesellschaft zur Verfügung zu stellen ist.

Verstöße gegen das Gesetz über alle Arten der Weiterverpachtung sind als Kriminalverbrechen energisch zu bestrafen.

Land aus den staatlichen Bodenfonds ist hauptsächlich an Wirtschaften von werktätigen Bauern zu verpachten, wobei die Dauer der Pacht auf sechs Jahre zu beschränken ist. Ausnahmen von dieser Regel sind, was die staatlichen Bodenfonds anbelangt, für die einzelnen Rayons nur mit Genehmigung der zentralen Bodenorgane zulässig.

c) Die Entwicklung der für die weitere Vergenossenschaftung und für die Mechanisierung der Landwirtschaft günstigeren Formen der Bodennutzung (Siedlungen, Weiler usw.) ist allseitig zu fördern, wobei die Parxis der Zuteilung als Sonderland und Einzelgehöft einzuschränken und in Fällen, wo dies zu einem Anwachsen der Kulakenelemente führt, ganz zu beseitigen ist.

d) Maßnahmen zur rationellen Ausnutzung der Anbaufläche sind bei

den Schichten der armen und wirtschaftlich schwachen Bauern auf Staatskosten durchzuführen. Diese Maßnahmen müssen engstens mit den anderen organisatorischen und wirtschaftlichen Maßnahmen (agronomische Hilfe, Kreditgewährung, Melioration, Versorgung mit Maschinen usw.) verbunden sein. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Durchführung vorgenannter Maßnahmen die Interessen der ärmsten Schichten auch unmittelbar bei der Bodenzuweisung (Güteklasse, Lage usw.) gewahrt werden.

Die laut Plan festgesetzte Frist für den Abschluß der Arbeiten zur rationellen Bodennutzung in der UdSSR ist zu verkürzen.

e) Die Festsetzung der Grundregeln für die rationelle Bodennutzung und die Bodennutzung überhaupt im Unionsmaßstab wird für dringlich erklärt.

6) Lohnarbeit und Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter:

a) Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Kodex für Arbeitsrecht im Hinblick auf die Landarbeiter und Landarbeiterinnen in den Wirtschaften kulakischen Typs strikt zur Anwendung kommt und diejenigen, die gegen diesen Kodex verstoßen, strengstens zur Verantwortung gezogen werden.

b) Die konsequente Durchführung der "zeitweiligen Richtlinien" in den Bauernwirtschaften, die Hilfskräfte in Lohnarbeit beschäftigen, ist zu überwachen, und diejenigen, die gegen die "zeitweiligen Richtlinien" verstoßen, sind strengstens zur Verantwortung zu ziehen.

c) Die strikte Durchführung der Gesetze über die Sozialversicherung der Land-, Forstarbeiter und -arbeiterinnen ist zu gewährleisten.

d) Es wird für notwendig erklärt, daß die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter verstärkt an der Organisation der noch nicht organisierten Landarbeiter arbeitet und daß sie den noch nicht erfaßten halbproletarischen Elementen des Dorfes, für die die Lohnarbeit die wichtigste Existenzquelle bildet, den Eintritt in die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter erleichtert.

7) Versicherung der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft. Bauernhilfe:

a) Das ZK wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, damit der nächste Sowjetkongreß ein Gesetz über die Altersversicherung der wirtschaftlich schwachen Bauern annehmen kann.

b) Die Gesellschaften für gegenseitige Bauernhilfe sind auf jede Weise zu festigen, damit sie tatsächlich zu einer Massenorganisation der klein- und mittelbäuerlichen Schichten des Dorfes werden, die gegenseitig Hilfe und wirtschaftliche Maßnahmen organisiert, die die Lage der wirtschaftlich schwachen Bauern verbessern. Die Arbeit zur individuellen Hilfeleistung an die Dorfarmut muß fortgesetzt werden, aber gleichzeitig ist es notwendig, die Tätigkeit der Gesellschaften für gegenseitige Bauernhilfe immer mehr auf eine kollektive Hilfe in der Produktion für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft auszurichten.

8) Die Sowjets. Kulturarbeit:

a) Die Politik der Belebung der Sowjets als der Zentren für die politische Erziehung der breiten Massen der werktätigen Bauernschaft unter Führung des Proletariats wird fortgesetzt. Dabei ist besondere Aufmerksamkeit auf die Bildung und Erweiterung des parteilosen klein- und mittelbäuerlichen Aktivs zu lenken. Landarbeiter und wirtschaftlich schwache Bauern sind in verstärktem Maße in dieses Aktiv aufzunehmen. Es ist für die Heranziehung von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen (Delegierte, Mitglieder der Sowjets) zu dem Aktiv und für ihre Einsetzung in leitende Stellungen in den Sowjets zu sorgen.

b) Im Zusammenhang mit den Anfang 1928 bevorstehenden Wahlen der Sowjets ist eine breite Berichtskampagne über die Arbeit der Sowjets zu entfalten, sind die klein- und mittelbäuerlichen Schichten möglichst stark zu den Wahlen heranzuziehen, ist die Führung durch die Partei während der ganzen Wahlkampagne zu gewährleisten und streng darauf zu achten, daß die durch die bekannte Sowjetinstruktion festgesetzten Normen der Streichung der Kulaken und anderen antiproletarischen Elementen aus den Wählerlisten mit

aller Sorgfalt eingehalten werden.

c) Das ZK wird beauftragt, die Frage der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Sowjets und den Bodengesellschaften zu bearbeiten, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß die führende Rolle der Sowjets gewährleistet und den aus den Wählerlisten der Sowjets Gestrichenen in den Bodengesellschaften (in den Versammlungen) das Stimmrecht entzogen wird.

d) Die Initiative der örtlichen Sowjets hinsichtlich der Einführung einer allgemeinen Grundschulpflicht ist auf jede Weise zu unterstützen.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu lenken, daß die Kinder der Landarbeiter, Tagelöhner und der Dorfarmut stärker durch Schulen (aller Stufen) erfaßt werden. Dazu ist es notwendig, einen besonderen Schulfonds zur Unterstützung der Kinder der Dorfarmut einzurichten.

e) Der Entwicklung neuer und der Höherqualifizierung der vorhandenen Kader der ländlichen Intelligenz ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. Aus diesen Kadern sind aktive und bewußte Funktionäre der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes zu schaffen.

Der Entwicklung von Spezialistenkadern für die Organisation der Kollektivwirtschaften und großer Muster-Sowjetwirtschaften muß besondere Beachtung zuteil werden.

f) Die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande ist zu verstärken. Besondere Aufmerksamkeit soll man darauf richten, in den Dörfern Rundfunkanlagen und Kinos einzurichten, das Netz der Bibliotheken zu erweitern usw.

g) Um den Einfluß des Proletariats auf die Bauernschaft zu verstärken, müssen die Gewerkschaften darangehen, eine elementare Kulturarbeit (Rundfunk, Zeitungen, Bibliotheken usw.) unter ihren Mitgliedern im Dorfe aufzubauen, die einen bedeutenden Teil des Jahres mit der bäuerlichen Wirtschaft in Verbindung stehen (Bauarbeiter, Arbeiter des Wassertransports usw.).

9) Parteiorganisatorische Fragen:

a) Die bestehenden Kleinbauerngruppen bei den Sowjets und den

Genossenschaften sind zu organisieren und zu festigen, damit zum Zwecke des Erfahrungsaustausches von Zeit zu Zeit Beratungen dieser Gruppen im Dorfe und im Amtsbezirk (Rayon) durchgeführt werden können.

b) Bei den Parteikomitees (von den Bezirkskomitees und Gouvernementskomitees bis zum Zentralkomitee) sind Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande einzurichten, auf deren Initiative, wie jeweils erforderlich, Kreis- und Gouvernementskonferenzen der Kleinbauerngruppen durchzuführen sind.

c) Die Aufmerksamkeit ist darauf zu konzentrieren, daß vor allem jenes Aktiv der Landarbeiter und Kleinbauern geschult und in die Partei aufgenommen wird, welches sich in der Gewerkschaft der Landarbeiter, den Gruppen der Dorfarmut, bei der praktischen Arbeit in den Sowjets, den Genossenschaften usw. entwickelt.

d) Die Genossenschafts- und Sowjetorgane sind durch neue Parteikader zu festigen, um in ihrer Arbeit auf dem Lande die richtige Durchführung der Parteilinie zu gewährleisten.

Über die Diskussion

(Beschuß des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) vom 23. Oktober 1927)

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK billigt den Beschluß des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK vom 8. September 1927 über den "Entwurf der Plattform" Trotzki's, Sinowjew's, Muralow's u.a. und beschließt:

1) Auf Grund des Beschlusses des X. Parteitages über die Veröffentlichung der Thesen des ZK zu Fragen der Tagesordnung des Parteitages spätestens einen Monat vor dem Parteitag und gemäß Beschluß des Plenums des ZK und der ZKK vom August 1927 die vom gegenwärtigen Plenum des ZK und der ZKK gebilligten Thesen unverzüglich nach Beendigung der Arbeit des Plenums zu veröffentlichen, damit sie in den Parteiversammlungen und in der Presse diskutiert werden können.

2) Auf Grund des Beschlusses des Plenums des ZK und der ZKK vom

führten, der an die Bildung einer neuen antileninistischen Partei gemeinsam mit bürgerlichen Intellektuellen grenzt.

Angesichts dieser Tatsache beschließt das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, Trotzki und Sinowjew aus dem ZK auszuschließen.

Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK beschließt ferner, sämtliche Unterlagen über die spalterische Tätigkeit der Führer der trotzkistischen Opposition (Organisierung einer illegalen parteifeindlichen Druckerei zwecks Zerstörung der Partei, Block mit den Renegaten Maslow, Ruth Fischer und Souvarine zwecks Zerstörung der Komintern usw.) ebenso wie der Gruppe W.Smirnow-Sapronow dem XV.Parteitag zur Überprüfung vorzulegen.

"Prawda" Nr. 244
25. Oktober 1927

August 1927 in der "Prawda" eine "Diskussionsseite" erscheinen zu lassen, auf der Gegenthesen, Abänderungen zu den Thesen des ZK, konkrete Vorschläge zu den Thesen, kritische Artikel usw. veröffentlicht werden.

3) Sich bei der Führung der Diskussion von folgendem Beschluß des X.Parteitages leiten zu lassen:

"Es ist notwendig, daß jede Parteiorganisation strengstens beachtet, daß die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei, jegliche Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrungen, die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und die Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. nicht vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund irgendeiner 'Plattform' u.ä. bilden, sondern von allen Parteimitgliedern erörtert werden müssen."¹⁾

4) Das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK haben dafür zu sorgen, daß die Diskussion sich in einem Rahmen und einem Ton bewegt, der mit dem Parteigeist und den Beziehungen unter Genossen vereinbar ist.

Über den Ausschluß Sinowjews und Trotzki aus dem ZK der KPdSU(B)

(Beschuß des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B)
vom 23. Oktober 1927)

Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK im August 1927 hat Trotzki und Sinowjew gegenüber ein hohes Maß an Geduld und Nachgiebigkeit bewiesen, indem es diesen Genossen die Möglichkeit gab, ihr Versprechen vom 8.August über die Beseitigung der Elemente der Fraktionsarbeit zu halten. Es hat sich mit einer letzten Verwarnung begnügt.

Trotzki und Sinowjew haben die Partei jedoch zum zweiten Mal betrogen und die von ihnen übernommenen Verpflichtungen in größter Weise verletzt, indem sie die "Elemente der Fraktionsmachelei" nicht nur nicht beseitigten, sondern im Gegenteil den Fraktionskampf gegen die Partei und ihre Einheit bis zu einem Grade

1) Siehe vorliegende Ausgabe, Band III, Seite 184 - D.Red.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

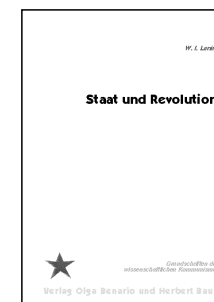
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 1:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

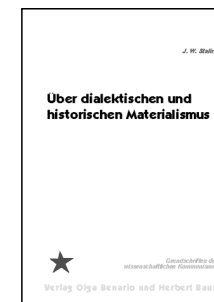
Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8



Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

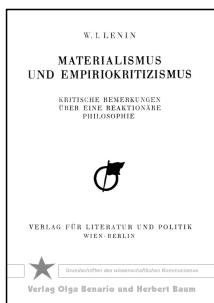
Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2



Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9

Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück** (1904)
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie
in der demokratischen Revolution**
(1905)
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
**Materialismus und
Empirio-kritizismus** (1908)
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1950
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848–1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

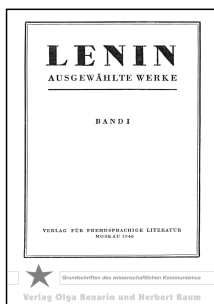
Band II: 1875–1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1946/47
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917–1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3



Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifesto del Partido Comunista
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

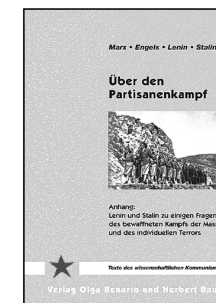
Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
**К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии**
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest Komunističke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



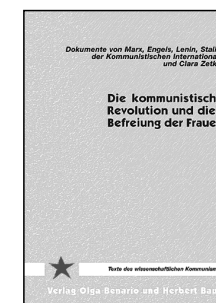
Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen
Fragen des bewaffneten Kampfs der
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-
union zusammengestellt worden und
behandeln die Grundlagen und Grund-
fragen des Partisanenkampfs, sie sind
Ausgangspunkt für eine umfassende
Analyse der Partisanenkämpfe gegen
den Nazifaschismus sowie eine Waffe
im Kampf gegen den revisionistischen
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

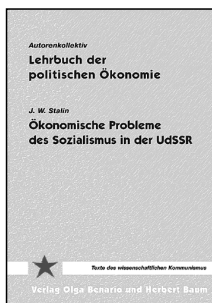


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
**Die kommunistische Revolution und
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung
steht die Frauenfrage als Frage der pro-
letarischen Revolution, als Frage des
Kampfes für den Sozialismus und Kom-
munismus. Es finden sich u.a. Texte über
die Ursprünge der Unterdrückung der
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-
wie über Probleme und Fragen der kom-
munistischen Arbeit unter den werktätig-
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
 J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

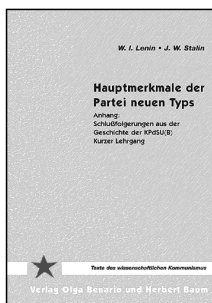
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

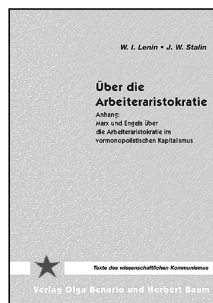


W. I. Lenin/J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
 ISBN 978-3-932636-22-6

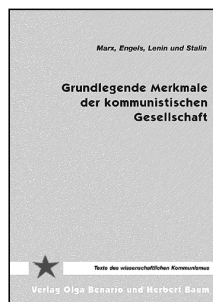
Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
 ISBN 978-3-932636-23-3



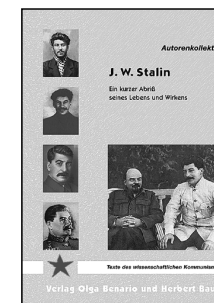
Marx, Engels, Lenin, Stalins
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
 ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



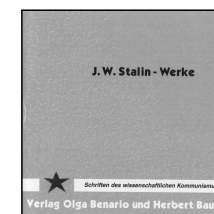
Autorenkollektiv
J. W. Stalin
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
 ISBN 978-3-932636-65-3

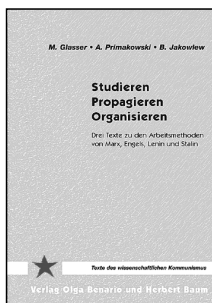


Stalin Werke Band 1 bis 13
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
 ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
 ISBN 978-3-932636-73-8

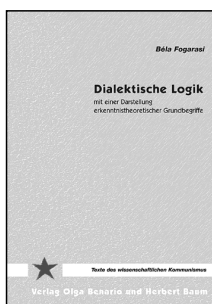
Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2

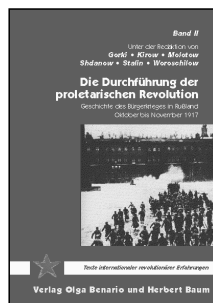


Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1
Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten
Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv
Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv
Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

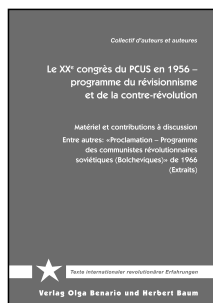


in russischer Sprache:

20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

Le XX^e congrès du PCUS en 1956
Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

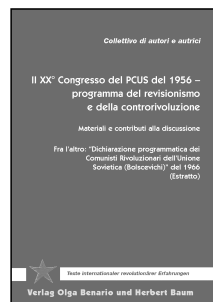
176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €
ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi
Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

Il XX^o Congresso del PCUS del 1956
Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen



Zur Geschichte Afghanistans
Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



Die Rote Fahne
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

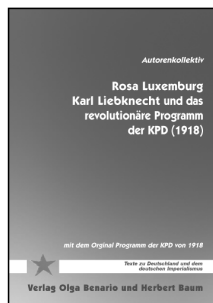
Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Internationale Hefte der Widerstandsbewegung
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

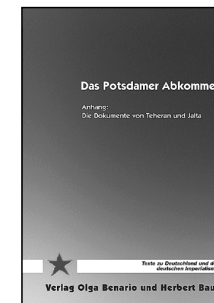
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlung nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv
Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
**Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

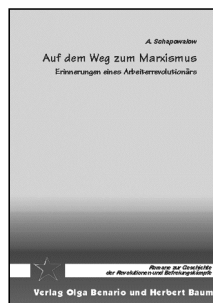
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

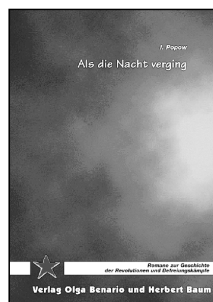
337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

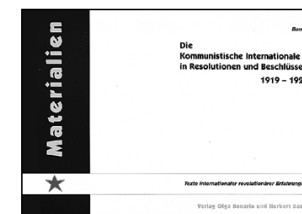
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1
Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8
Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:
Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

